

Für die Mitglieder unentgeltlich.
Abonnementspreis, je nach Umfang der
Hefte,
berechnet à 15 Cts. per Druckbogen.
Bestellung bei allen Buchhandlungen und
den schweizerischen Postbureaux.

Zeitschrift

Gratis pour les membres de la Société.
Prix d'abonnement, d'après les livraisons
de l'année, calculés à raison de 15 cts.
par feuille d'impression.
On peut s'abonner chez tous les libraires
et aux bureaux de poste suisses.

für

Schweizerische Statistik.

JOURNAL DE STATISTIQUE SUISSE.

Herausgegeben von der **Centralkommission der schweizerischen statistischen Gesellschaft**
unter Mitwirkung des eidg. statistischen Bureau.

*Publié par la Commission centrale de la Société suisse de statistique
avec le concours du Bureau fédéral de statistique.*

Bern 1908.

I. Band.

XLIV. Jahrgang.

Die schweizerische Philanthropie anfangs des XX. Jahrhunderts.

La Philanthropie suisse au commencement du XX^e siècle.

Kanton Wallis. — Canton du Valais.

Von — par Dr. E. Anderegg und — et Dr. H. Anderegg.

Vorwort.

Die Autonomie der schweizerischen Gemeinden ist wohl kaum auf einem anderen Gebiete so uneingeschränkt geblieben wie im Armenwesen; daher konnten sich auch in einzelnen Gegenden (Ursern, alten Landesteil von Obwalden, evangelischen Teil von Glarus, Landbezirk des Kantons Basel-Stadt, birseckischen Teil des Kantons Basel-Landschaft, äusseren Landesteil von Innerrhoden etc.) alte Einrichtungen bis auf den heutigen Tag erhalten, als Wahrzeichen der staatsrechtlichen Entwicklung der betreffenden Kantone. Durch die kantonalen Armengesetze werden den Gemeinden im wesentlichen bloss die Direktiven gegeben, und dies nicht etwa nur in den älteren Gesetzen, deren noch die Mehrzahl der Kantone besitzen (Aargau sogar von 1804, Solothurn von 1813, St. Gallen von 1835 etc.), sondern auch in denjenigen aus der neueren Zeit. Die Erklärung zu dieser Erscheinung ist nicht schwer zu finden, indem ja die Gemeinden hauptsächlich für die Aufbringung der Mittel zu sorgen haben. Den staatlichen Organen wird bei der Rechenschaftsablegung über die Gemeindeverwaltung in der Regel bezüglich dem Armenwesen ganz allgemein, und nicht in den Verhandlungen jeder einzelnen Institution speziell, eingeberichtet, weshalb die Kantonsbehörden selbst nicht in der Lage sind, über sämtliche Gemeindefarmen-

institutionen Aufschluss geben zu können, ja verschiedene Institutionen der fakultativ-amtlichen Armenpflege zurzeit gar nicht über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt sind. Von den Institutionen der privaten Armenpflege ist zwar eine Anzahl durch die Subventionsgenössigkeit in Beziehung zu Staatsbehörden getreten, und es geben z. B. für Aargau und Solothurn die regierungsrätlichen Rechenschaftsberichte jährlich eine Darstellung über die Tätigkeit der staatlich-subventionierten Armenvereine; allein sehr viele wirken doch im stillen, namentlich solche mit konfessionellem Charakter. Aber noch weit weniger als die Armeninstitutionen sind die Institutionen der Wohltätigkeit und der Gemeinnützigkeit bekannt; wenn auch einige derselben mit der Gemeinde- und Staatsverwaltung direkt oder durch Subventionsbezug indirekt im Zusammenhang stehen oder sich in kantonale, Landes- oder selbst internationale Verbände eingliedern, so sind die meisten der staatlichen Kontrolle gänzlich entrückt. Das Bedürfnis einer allseitigen Kenntnis der in der Schweiz sich vorfindenden philanthropischen Institutionen macht sich jedoch immer mehr bemerkbar.

Zur richtigen Beurteilung der Armenverhältnisse der verschiedenen Gegenden ist die Kenntnis der Wechselbeziehungen zwischen der amtlichen und privaten Armenpflege einerseits, und der Armenpflege und der Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit andererseits unerlässlich. Erst auf einer solchen Basis kann auch

die Armen- und Sozialgesetzgebung zeitgemäss und zweckentsprechend ausgebaut werden. Früher oder später wird der Bund das Armenwesen der Schweiz doch einheitlich regeln müssen; haben ja schon Kantonsbehörden, Vereine, und selbst Volksvertreter in den eidgenössischen Räten ein derartiges Verlangen gestellt! Für die Aufstellung zweckmässiger Gesetzesbestimmungen hat die Statistik die erforderlichen Anhaltspunkte zu bieten. Wenn die Statistik aber nicht eine ganz sichere Grundlage hat und bei der Erhebung nicht vorurteilsfrei, sondern schon mit einer gewissen Tendenz verfahren wird, so kann sie die Gesetzgeber irreführen. Und tatsächlich könnte man Fälle nennen, dass sich Gesetzesbestimmungen infolge mangelhaften statistischen Nachweisen, durch welche entweder die faktischen Verhältnisse nicht richtig zur Abklärung gekommen waren oder die Tragweite (namentlich in finanzieller Richtung) nicht allseitig erkannt werden konnte, nach kurzer Zeit als revisionsbedürftig, ja sogar als gänzlich undurchführbar erwiesen haben. Indem der Stand der schweizerischen Philanthropie auf Anfang des XX. Jahrhunderts einmal festgestellt wird, sollen dadurch für statistische Erhebungen in irgend einem Zweige dieses Gebietes die Anhaltspunkte zur Grundlage gegeben werden; die Mutationen lassen sich nachher verhältnismässig leicht verfolgen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass statistische Erhebungen, welche nicht auf einer sicheren Grundlage vorgenommen wurden, ein Material zu Tage fördern konnten, das sich von vornherein als unverwertbar erwies (z. B. die Erhebungen über das freiwillige Armenwesen von 1890, 1895 und 1896). Nur zu sehr liegt nämlich die Gefahr nahe, dass Gemeinden, Vereine etc. bei statistischen Aufnahmen für sie nachteilige Folgen wittern und deshalb Institutionen verheimlichen; dies würde unfehlbar für die Beschaffung der statistischen Nachweise zur Ausarbeitung eines eidgenössischen Armengesetzes eintreffen. Die Aufstellung des Etats über die philanthropischen Institutionen in der Schweiz zu einer neutralen Zeit liegt somit ganz besonders im Interesse der Entwicklung der Bundesgesetzgebung.

Aber auch in anderen Beziehungen erscheint ein solcher Etat für geboten. Erst wenn man einmal festgestellt hat, was für philanthropische Institutionen überhaupt bestehen, ist es nämlich möglich, ein eigentliches System für die Philanthropie zu schaffen. Man muss also für die Schaffung einer richtigen Systematik wie in den Naturwissenschaften vorgehen. Und wie der Walliser Entomologe Wolfgang Anderegg (geb. um 1786 in Meiringen, gest. 24. VI. 1863 in Gamsen¹⁾) durch Sammlung von Schmetterlingen für den Ausbau der Systematik der Insekten beitrug, so soll durch die Bekanntmachung der philanthropischen Institutionen der Schweiz und der Schweizer im Auslande auch ein Beitrag für eine Systematisierung der Werke der Armen- und

Wohlfahrtspflege geboten werden. Der Mangel einer richtigen Systematik hat sich nicht nur bei armenstatistischen Erhebungen, sondern auch für bibliographische Arbeiten etc. geltend gemacht.

Auf die Statistikerversammlung in Sitten 1907 geben wir nun das Faszikel Wallis heraus. In einem ersten Teile finden sich die Institutionen nach den politischen Gemeinden, in einem zweiten Teile nach der Zweckbestimmung zusammengestellt. Die gemeindeweise Zusammenstellung war notwendig, damit den interessierten Behörden die Angaben vor der definitiven Drucklegung zur Prüfung unterbreitet werden konnten. Bei diesem Anlasse verdanken wir allen Behörden und Personen, die uns die Verifikationsarbeiten für das vorliegende Faszikel besorgten, ihr bereitwilliges Entgegenkommen; insbesondere sei auch den Herren Staatsrat *H. Bioley*, alt Nationalrat, in Monthey, *Jules Gross*, Chorherr vom Grossen St. Bernhard, in Lens, Dr. *L. Guillaume*, Direktor des eidg. statistischen Bureaus, in Bern, und *Alphonse Matthey*, eidg. Statistiker, in Bern, für die Ratschläge, welche sie uns gaben, den besten Dank ausgesprochen.

In einer „Einleitung“ werden die Grundsätze, welche für die Ausarbeitung des Etats begleitend waren, näher auseinandergesetzt und zugleich zur vervollständigung des Bildes die einschlägigen Institutionen des Bundes, welche von allgemeinerem Interesse sind, besprochen.

Bern, am Bundestag (1. August) 1907.

Die Verfasser.

Einleitung.

Über die philanthropischen Werke der Schweiz gibt es zurzeit noch keinen vollständigen Etat. Die von Pfarrer W. Niedermann im Auftrage der Armenkommission der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft bearbeitete Schrift vom Jahre 1896 enthält hauptsächlich nur die einem weiten Kreise, und nicht bloss einer bestimmten Lokalität dienenden Institutionen der Armen-Erziehung und -Versorgung. Für einzelne Kantone und Gemeinden bestehen allerdings eingehendere Verzeichnisse, so für Genf von F. Lombard (1. Auflage 1875, 4. Auflage 1899), für Neuenburg von Dr. L. Guillaume (1881) und für Waadt von Pfarrer V. Segond (1. Auflage 1883, 2. Auflage 1895); allein dieselben sind nicht von den nämlichen Gesichtspunkten aus bearbeitet worden. In einer Abhandlung über das schweizerische Armenwesen, welche von A. le Cointe für den Abschnitt „Assistance publique“ des auf die Pariser Weltausstellung von 1900 herausgegebenen Werkes „Inventaire des institutions économiques et sociales de la Suisse à la fin du XIX^me siècle“ (Genf, Romet, 1900) benützt wurde, legten wir die Bedeutung

¹⁾ Vergl. P. Sigismund Furrer, Statistik von Wallis (Sitten, 1852), pag. 73; Wolf, Wallis und Chamounix I, pag. 78.

eines allgemeinen schweizerischen Etats über die philanthropischen Institutionen, zu welchem wir das Material schon seit Jahren sammelten, dar.

Die einzelnen Arten philanthropischer Institutionen werden in den Kantonen, ja sogar innerhalb der Kantone in den Gemeinden sehr verschiedenartig taxiert; hier wird eine Institution zum Armenwesen gezählt, dort rechnet man die gleichartige Institution zur Wohltätigkeit, anderwärts stellt man sie zur Gemeinnützigkeit. Für die Bearbeitung eines allgemeinen schweizerischen Etats darf man sich somit nicht an die örtlichen Auffassungen halten, sondern man muss vom Standpunkte, wie sich die einzelnen Arten von Institutionen zu einem Ganzen gliedern, ausgehen.

Das Leben des Menschen ist von der Befriedigung absoluter Bedürfnisse abhängig. Die Quellen der Existenzmittel beruhen in der Erwerbskraft und im Eigentum irdischer Güter (Privatvermögen, inbegriffen Anteile an Gemeingütern). Nach der Erwerbskraft kann der normale Lebensgang in 4 Altersperioden eingeteilt werden: in die Periode der noch schlummernden Erwerbskraft (Kindesalter), in die Periode der erwachenden, sich ausbildenden Erwerbskraft (Jünglings- bzw. Jungfrauenalter), in die Periode der ausgebildeten Erwerbskraft (Mannes- bzw. Frauenalter) und in die Periode der abnehmenden, sich allmählich verlierenden Erwerbsfähigkeit (Greisenalter). Durch abnormale Zustände (körperliche oder geistige Gebrechen) vermag sie sich bei einzelnen Individuen aber gar nie oder nie ganz zu entwickeln. Sodann kann mit oder ohne eigenes Verschulden die Erwerbskraft im besten Alter verloren gehen oder geschwächt werden. Auch das angestammte oder erworbene Privatvermögen ist nicht immer vor Verlust gesichert. Es liegt folglich in der Natur der Menschheit, dass die Glieder derselben für den Lebensunterhalt zeitweise oder lebenslänglich auf die Erwerbskraft oder das Vermögen dritter, die Kinder in erster Linie auf Kosten des Erzeugers, angewiesen sind. Fehlen nun aber die Faktoren zur Beschaffung der Existenzmittel ganz, oder sind sie nur in unzureichendem Masse vorhanden, so tritt die sporadische Armut, „Paupertät“, auf.

Die Kultur weckte in dem Menschen das Bewusstsein, sich als Glied der unter einer höheren Macht stehenden Gesellschaft zu betrachten und die allgemeine Menschenliebe, die Humanität, zum Massstabe seiner Handlungen zu nehmen. Die persönliche Freiheit wird durch die Rücksichtnahme auf die Sozietät beschränkt, d. h. die individuellen Interessen haben sich den allgemeinen unterzuordnen. Die Humanität fand in dem Christentum noch eine Vertiefung. Der Grossteil der menschlichen Gesellschaft ist zur Aufbringung der Existenzmittel auf die Erwerbskraft angewiesen (Arbeiterklasse); ein Teil ist im Besitze von bedeutenderem Privatvermögen, welches aber doch nicht ohne Inanspruchnahme der Erwerbskraft zur vollen Deckung der Lebensbedürfnisse hinreicht (Mittelstand); nur ein

relativ kleiner Bruchteil befindet sich in der Lage, die Lebensbedürfnisse voll und ganz aus dem Privatvermögen zu decken (Kapitalisten). Je höher die Kultur steht, desto grössere Anforderungen werden an die Erwerbskraft gestellt. Die Konkurrenz steigert sich und wird fühlbarer; sie bildet die Ursache, dass im Erwerbsleben schwächere und ältere Personen tüchtigen und jüngern Arbeitskräften früher weichen müssen. Infolge von Umgestaltungen oder von Krisen in der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung oder infolge von Elementar- oder andern für das Land unabwendbaren Ereignissen können Verhältnisse eintreten, in denen die Erwerbskraft, bzw. auch das Vermögen nicht richtig benützt werden können; es entsteht dadurch eine Massenarmut, der „Pauperismus“.

Die Armut, ob sie nun als Paupertät oder als Pauperismus auftritt, kennt die Geschichte für alle Zeiten. Konsequenterweise mussten grosse, auf ökonomische Besserstellung eines Teils der Bevölkerung zielende Umgestaltungen im Erwerbsleben, wie sie sich in der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung verfolgen lassen, ein nachhaltiges Auftreten des Pauperismus bewirken. So hatte der Übergang der Natural- zur Geldwirtschaft in einzelnen Ländern Europas zur Reformationzeit nicht nur eine Schichtung der Bevölkerung in Berufsstände und Klassen (beim landwirtschaftlichen Berufsstand: Grundbesitzer und „Tauner“, beim gewerblichen Berufsstand: Unternehmer und Lohnarbeiter), sondern durch Abschliessung der Bauern- und Zunftgerechtigkeiten auch ein „fahrendes Volk“ (Kessler, Fecker etc.) gezeitigt. So hatte ferner die Aufteilung von Allmenden, der Übergang des Gemein- in Sondereigentum, in der 1. Hälfte des XIX. Jahrhunderts jene zahlreichen Enteignungen des Grundbesitzes durch die gesetzliche Subhastation in solchen schweizerischen Gegenden zur Folge, wo noch keine Industrie den Betroffenen Verwendung bieten konnte. Als Beispiel aber, wie Krisen im Erwerbsleben, wenn sie noch in Zeiten von Missernten fallen, einen Notstand herbeizuführen vermögen, sei an die 2. Hälfte der 1810er Jahre erinnert; in jenen Gebieten der Schweiz, wo sich seit dem letzten Viertel des XVIII. Jahrhunderts die Baumwoll-Spinnerei und -Weberei als Hausindustrie und der Anbau der Kartoffel als Volksnahrungsmittel verallgemeinert hatten und eine starke Bevölkerungszunahme durch Niederlassung eingetreten war, befand sich dazumal durch ungünstige Konjunkturen für die genannte Hausindustrie (Kontinentalsperre, englische Konkurrenz etc.) und durch das Kartoffelfehljahr 1816 ein grosser Teil der Bevölkerung ohne genügende Subsistenzmittel. — „Armut“ ist die Machtlosigkeit eines Menschen, sämtliche oder einen Teil der notwendigen Existenzmittel für sich, bzw. auch für Angehörige, denen er der natürliche Versorger ist, auf erlaubte Art selbst zu beschaffen. Im Gegensatz zu dem „Armen“ ist der „Konkursit“ nach dem eidgenössischen Betreibungssystem (Konkursbetreibung gegen die Inhaber,

bezw. Mitinhaber von im Handelsregister eingetragenen Betrieben, Pfändung gegen alle übrigen Schuldner) der Betriebsmittel entblösst, indem eine gleichzeitige Exekution in sämtliche seiner Aktiven zu gunsten der Gläubiger erfolgt. — Beim gänzlichen Unvermögen zur Aufbringung der Existenzmittel besteht „Notarmut“, bei nur teilweisem Unvermögen „Dürftigkeit“. Personen, welche die Erwerbskraft besitzen, aber die sich ihnen bietenden Arbeitsgelegenheiten nicht benützen oder sich auf einen unerlaubten Erwerb verlegen, und Personen, welche ihr Vermögen (aus Geiz, Verschwendung etc.) nicht richtig anwenden, können daher nicht als „arm“ bezeichnet werden; es sind dies vielmehr „Korrektionsbedürftige“. Armut schändet nicht, wohl aber die Nichtaufbringung der Existenzmittel aus Liederlichkeit. Noch heutzutage wird jedoch oft kein Unterschied zwischen „Armen“ und „Korrektionsbedürftigen“ gemacht, obschon bereits Zwingli für die Reorganisation des zürcherischen Armenwesens im 1. Viertel des XVI. Jahrhunderts mit Nachdruck auf einen solchen hingewiesen hatte. Durch diese Vermengung hat das Armenwesen eine Entwürdigung erlitten und ist die Humanität auf falsche Bahnen gelenkt worden. — „Res sacra miser“; deswegen soll die Armut auch einer Profanierung durch das Schauspiel oder durch die Malerei entrückt sein. Die Armut bedrückt nicht nur die von ihr betroffenen Personen selbst, sondern auch deren Verwandten und Bekannte, deren Berufsgenossen, ja die Mitmenschen überhaupt; sie vermag lähmend auf die Lebenslust und Arbeitsfreude der menschlichen Gesellschaft zu wirken. Ethische, religiöse und nationalökonomische Gründe legen daher der Sozietät einerseits die richtige Sorge für die vorhandenen Armen (Armenpflege und Armenpolizei) und andererseits das rechtzeitige Eingreifen mit Massnahmen zur grösstmöglichen Beschränkung der Zahl der Armen (Wohlfahrtspflege und Wohlfahrtspolizei) auf. Die Präventivmittel gegen die Armut zielen naturgemäss auf die Ausbildung, Erhaltung und Entfaltung der Erwerbskraft und auf die Sicherung des Sonder- und Gemeineigentums; je nachdem sich die eingreifende Tätigkeit der Sozietät nach dieser prophylaktischen Richtung bloss im Interesse bestimmter Personen oder aber im Interesse gewisser Berufsstände oder der Gesamtheit entwickelt, äussert sie sich als „Wohltätigkeit“ oder „Gemeinnützigkeit“.

Die philanthropische Wirksamkeit nimmt nach präventiver Richtung die Verarmungsursachen, nach kurativer Richtung den Unterstützungsgrund zu ihrem Ausgangspunkte. Durch polizeiliche Massnahmen sollen dagegen Liederliche und fehlbare Arme bestraft und in ihrer Persönlichkeit, als Glieder der menschlichen Gesellschaft, wenn möglich gebessert werden.

Die „Armenpflege“, die „Wohltätigkeit“ und die „Gemeinnützigkeit“ können entweder ganz frei oder durch Organisationen ausgeübt werden. Eine Organisation kann schon für einen bloss vorübergehenden Zweck geschaffen werden, z. B. Hülfskomitees bei Brandfällen. Häufiger werden aber Institutionen errichtet, deren Wirksamkeit andauern soll. Das Tätigkeitsgebiet der Institutionen ist vielfach auf engere Kreise beschränkt, indem sich in solchen das Leben der Gemeinschaft am innigsten äussert. Die ganze Sozietät setzt sich ja aus den kleineren Kreisen zusammen; daher wird durch Befolgung dieses soeben erwähnten biologischen Prinzipes, welches dem allgemeinanthropologischen Prinzip gegenübersteht, in der Regel auch am besten dem Ganzen gedient. Die Institutionen, welche durch die organisierte philanthropische Tätigkeit entstanden sind, haben teils einen allgemeineren, teils einen speziellen Zweck. — Die freie Armenpflege gibt sich insbesondere in der Verabreichung von Almosen kund, die freie Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit in der Verabfolgung von Liebesgaben, Geschenken und Legaten. Die Geschichte kennt eine ganze Reihe hochherziger Frauen als „Mütter der Armen“. Wenn die modern geordnete Sozietät den Bettel auch verbietet, so hält dies doch nicht vom Almosengeben, d. h. von der freien Armenpflege ab. Wir erinnern hier an das denkwürdige Geschick von Bundesrat Schenk, dem Reorganisator des bernischen Armenwesens von 1857, der im Moment des Almosengebens von einem tödlichen Unfall betroffen wurde. Entsprechend der Auffassung, das Almosengeben habe aus religiösen Motiven — Gott zu Ehren und den Seelen verstorbener Vorfahren zum Troste — zu erfolgen, nennt der Bündner Romane den Empfänger „murdiu“, „murdiu“, d. h. einen, „der um Gottes Liebe (amur dieu) willen ein Almosen erhält“.

Die Intensität der Tätigkeit auf philanthropischem Gebiete in präventiver und kurativer Richtung wurzelt in der öffentlichen Meinung. Durch die öffentliche Meinung sollen die vernünftigen Interessen der Sozietät abgeklärt werden; sie auf die richtigen Bahnen zu lenken, liegt besonders in der Aufgabe der Schule und Kirche. Das Ideal, nach welchem die öffentliche Meinung streben sollte, ist der möglichste Ausgleich in der Verteilung des Erwerbes und der irdischen Güter. Wenn dieses Ideal verwirklicht werden könnte, so hätte man das beste Präventivmittel gegen die Paupertät erreicht.

Aus dem Schutze der vernünftigen Sonderinteressen gingen die Privatrechte, aus demjenigen der vernünftigen Gemeininteressen innerhalb engerer Kreise der Sozietät (Gemeinden, gemeindeähnlichen Korporationen) die öffentlichen Rechte hervor. Als Rechte werden heutzutage von der Sozietät unter anderm anerkannt:

das Recht auf Existenz, das Recht der Kinder auf Erziehung und eine allgemeine Bildung, das Recht auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit und damit verbunden das Recht auf freie Niederlassung, das Recht auf Ansammlung irdischer Güter, das Recht des Mannes auf Begründung einer Familie, das Recht der Frau und Kinder auf Alimentation durch den Mann, das Recht auf Unterstützung. Wo Rechte, bestehen aber auch Pflichten; daher werden die eben erwähnten Rechte nicht bedingungslos eingeräumt. Die Bedingung für das Recht auf Unterstützung ist z. B. Armut. Die von Thomas von Aquino begründete sogen. Thomas'sche Schule hat das Christentum als Quelle hingestellt, aus welcher die Menschenrechte und Menschenpflichten abzuleiten sind, während die französische Revolution nur den Menschenrechten als solchen, ohne von jener Quelle etwas wissen zu wollen, zum vollen Durchbruch verhelfen wollte.

Zur Förderung der vernünftigen Interessen organisierten sich die menschlichen Gemeinschaften nach Territorien zu Staaten. Ein Staat besteht aus Land und Volk. Die Zugehörigkeit zu einem Staate wird durch das Staatsbürgerrecht legitimiert. Die Befähigung zur Erhaltung einer Familie verleiht den Männern gewisse Rechte und Pflichten im Heimatstaate (Stimmrecht, Militärdienstpflicht etc.), wodurch sie Aktivbürger desselben werden. Wegen Nichterfüllung der Pflichten gegenüber der Familie und der Sozietät kann das Aktivbürgerrecht entzogen oder verkürzt werden; durch diese Massregel soll den Betroffenen die Würde des Menschen und Staatsbürgers zum Bewusstsein gebracht werden. Ein schöner Beweis der Solidarität und Brudertreue der Aktivbürger gibt die schweizerische Armee, indem häufig für Waffengefährten, die von einem Unglück betroffen wurden, unter den Kameraden Sammlungen veranstaltet werden.

Durch das Band der Staatsentwicklung bildete sich die Nationalität aus. Die Wahrung gleicher Rechte und Freiheiten konnte aber auch in einem Staatenkomplex eine Nationalität hervorrufen, wie dies in der alten Eidgenossenschaft der Fall war. Wenn bei Elementarereignissen oder anderen Unglücksfällen zunächst in kleineren Kreisen für Hülfe gesorgt wird, so erreichen gewisse Katastrophen doch einen solchen Umfang, dass auch die Hülfe weiterer Kreise in Anspruch genommen werden muss, und hier liegt dann die Hülfeleistung in erster Linie der Nation ob.

In der Unterwerfung der Bürger unter die Staatsgewalt liegt die Souveränität. Einzelne Staaten können sich auch noch unter die Souveränität eines Verbandes, Bundesstaates, stellen. Die alte schweizerische Nationalität hatte 1848 zur formellen Konstituierung des schweizerischen Bundesstaates geführt. Soweit in der

Schweiz die Staatsrechte nicht der Bundesgewalt übertragen sind, üben sie die Kantone als souveräne Gliedstaaten aus.

Dem die juristische Persönlichkeit zukommenden Staate fällt subsidiär der Erlass von Rechtssätzen zu. Der Staat sorgt für den Schutz des Lebens und die Sicherheit des Eigentums seiner Bürger; aus sanitäts- und sicherheitspolizeilichen Gründen hat er deshalb, soweit die Armenpflege von der Sozietät nicht freiwillig ausgeübt wird, auch für eine gesetzliche Armenpflege zu sorgen. Würde sich der Staat der Pflicht der Regelung des Armenwesens entziehen, so könnten einerseits durch dahinsiechende Arme krankheitserregende Herde entstehen und Krankheiten verbreitet werden, wodurch aus der Paupertät unter Umständen geradezu ein Pauperismus entstehen müsste, und andererseits durch den Trieb der Selbsterhaltung der Armen, welcher zur unerlaubten Selbsthülfe führen müsste, Eigentumsgefährdungen vorkommen. Schliesslich müsste aber der Staat für den Unterhalt gewisser Armen doch aufkommen, nämlich in der Form der Verwahrung im Interesse der Gemeinschaft. Dadurch würde aber der Staat selbst an Ansehen infolge der grossen Zahl der Detenierten, die durch das böse Beispiel fortwährend gesteigert würde, einbüßen, die Bevölkerung der Belästigung und Gefährdung durch Bettler und Vaganten ausgesetzt sein und der Arme in eine entwürdigende Lage gebracht. Als beispielsweise in der 1. Hälfte des XVI. Jahrhunderts in verschiedenen europäischen Staaten aus den vorn angedeuteten Gründen das „fahrende Volk“ eine starke Zunahme aufwies, sahen sich daher schon der öffentlichen Ordnung halber die Behörden veranlasst, für die Armenpflege gesetzliche Normen zu geben. Auch von der eidgenössischen Tagsatzung wurde am 30. IX. 1551 der bereits bei den Verhandlungen über die Bettelpolizei vom 30. V. 1491 aufgestellte Grundsatz der Armenfürsorgepflicht der „Orte“ (Kantone) dahin erweitert und am 14. III. 1563 bestätigt, dass „jeder Flecken, jede Kirchhore“ seine Armen erhalten soll, d. h. dass die Gemeinden in jenen Gegenden, wo die Regelung der Nutzung der Gemeingüter nach germanischem Recht zum Abschluss des „Twing“ (der Bauern- oder Realgerechtigkeit) geführt hatte, ebenfalls ihre von der Nutzung ausgeschlossenen Angehörigen im Verarmungsfalle, dessen Eintritt nun eher zu befürchten war, zu unterstützen haben. — Die auf staatlichem Zwange beruhende öffentliche, obligatorisch-amtliche Armenunterstützung bewirkt die Armen- oder Almosengenössigkeit. Die Armengenössigen sind natürlich von der Steuerpflicht enthoben. So bestimmt denn auch das Bundesgesetz von 1878 betreffend den Militäerpflichtersatz, dass öffentlich Unterstützte von der Militärsteuer befreit sind. Die bürgerlichen Folgen aber, welche

für die Armengeössigkeit in einzelnen Kantonen eintreten, in Verbindung mit jener Vermengung von Armen- und Korrektionswesen, haben dazu geführt, dass der Staat gewisse Unterstützungen bei Armut (z. B. die Unterstützung von Familien während dem Militärdienst des Ernährers) ausdrücklich nicht als „Armensache“ behandeln lassen will. Der Staat trifft ferner Massregeln für eine möglichst günstige Lebensstellung seiner Bürger. Er schützt das Recht auf Ehe. Gegen Erwerbsfähige, die aus Liederlichkeit die Existenzmittel für sich, bzw. für die Familie gar nicht oder auf unerlaubte Art aufbringen, sieht er gesetzlich die korrektionelle Einweisung in Anstalten vor. Wenn nun der Staat für die Inanspruchnahme des Rechts auf Unterstützung ganze oder teilweise Erwerbsunfähigkeit und Mangel anderweitiger Hilfsmittel hinstellt und für die Inanspruchnahme des Rechts auf Ehe keine ökonomischen Rücksichten geltend macht, ferner für die auf den Erwerb Angewiesenen bei Arbeitsscheue und Liederlichkeit die Zwangsarbeit vorsieht, so hat er auch dafür zu sorgen, dass solchen Personen, die ihre Erwerbskraft aus Mangel an Gelegenheit nicht anzuwenden vermögen, die Erwerbsmöglichkeit geboten wird. Dem Staate darf es nicht gleichgültig sein, ob der unbemittelte Arbeitslose armengeössig wird oder davor durch Werke der Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit (Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweis etc.) bewahrt wird. Wenn auch die Armengeössigkeit keine Schande ist, so widerstrebt sie doch dem Ehrgefühl eines in der Erwerbskraft Stehenden und nimmt ihm den Mut zu jeder Aufraffung. Je ärmer ein Volk, desto schwächer und machtloser die Nation. Der Staat musste sich, gedrängt durch die Macht der Verhältnisse, vom Rechts- und Polizeistaat zum Sozialstaat entwickeln.

Die allgemeinen Rechtssätze, welche die Aufgaben des Staates und der Staatsrepräsentanten (Behörden) bestimmen, bilden als „Staatsverfassung“ das oberste Gesetz. Die in Ausführung der Staatsverfassung erlassenen Gesetzesbestimmungen sind von verschiedener Intensität. Während z. B. diejenigen betreffend die Armenpflege sich auf die Individualität beziehen, gehen diejenigen einzelner Zweige der Wohlfahrtspflege auf ganze Berufsstände oder auf die Gesamtheit („Sozialgesetzgebung“). Nur insofern befolgt aber die Sozialpolitik eines einzelnen Berufsstandes die Gemeinnützigkeit, als sie sich innerhalb der Schranken der Nationalpolitik bewegt; werden die Sonderinteressen vom Berufsstande, bzw. auch von einer der beiden Klassen „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“, auf Kosten der Gesamtinteressen des Staates hervorgebracht, so weicht die Gemeinnützigkeit einem selbstsüchtigen Bestreben, welches, wenn erfolgreich, geradezu einem Pauperismus

unter Benachteiligten rufen kann. Das Hervordrängen von Berufsinteressen könnte rücksichtsloser, der „Klassenkampf“ schärfer werden, wenn nicht ein Teil der Bevölkerung, durch Erwerbsskumulationen in Familien und durch zusammengesetzte (aus Betrieben verschiedener Erwerbsbranchen bestehende) Unternehmungen von Einzelpersonen oder Personenverbänden, die Interessen verschiedener Berufsstände, die berufstätigen Inhaber von Alleinbetrieben gleichzeitig auch die Interessen der Arbeitnehmer verfechten müssten. Wie in einem Staat die Zahl der Armen durch geeignete Vorkehrungen möglichst beschränkt werden kann, dies zu erwirken liegt in der Aufgabe einer gesunden Sozialpolitik; die Armenpolitik aber kann sich einzig mit den staatlichen Massnahmen für die vorhandenen Armen (Gesetzgebung, Verwaltung, Versorgung, Mittel etc.) befassen. Da die Aktivbürger bezüglich der Beschaffung der Mittel für die obligatorisch-amtliche Armenpflege und der Entlastung dieser Armenpflege durch soziale Werke ein direktes Interesse für die Armenfrage haben, so ist sie ebenfalls zum Gegenstand der Parteipolitik geworden; auch schweizerische politische Parteien führen die Armenreform auf ihrem Programm.

Der Staat kann die Durchführung von Gesetzesbestimmungen gewissen Kreisen, ein Bundesstaat z. B. den Gliedstaaten, ein Gliedstaat den als öffentliche Korporationen die Autonomie bewahrenden Gemeinden übertragen. Er kann also nur eine Fürsorge treffen und die Aufsicht über die Handhabung der gegebenen Vorschriften ausüben. Die gesetzliche Armenpflege weist deshalb auch verschiedene Systeme auf. Der Staat hat z. B. nur eine Fürsorgepflicht übernommen und die Ausübung der Armenpflege der Verwandtschaft (Verwandtschaftsarmenpflege) oder den Gemeinden und gemeindeähnlichen Korporationen (Gemeindearmenpflege) überbunden. Er kann aber auch die Unterstützungspflicht selbst übernehmen (Staatsarmenpflege). Mit der Gemeindearmenpflege darf nicht die in Verwaltungskreisen nach politischer Gebietseinteilung ausgeübte Staatsarmenpflege verwechselt werden, wie umgekehrt mit der Staatsarmenpflege nicht die im Staate zentralisiert durchgeführte Gemeindearmenpflege. In der Schweiz haben die Kantone die gesetzliche Armenpflege für die Kantonsbürger, soweit solche nicht der Verwandtschaft durch die Zivil-, bzw. auch Armengesetzgebung auffällt, ganz oder zum grössten Teil den Gemeinden oder gemeindeähnlichen Korporationen übertragen. Es beruht dies auf den vorn erwähnten Tagsatzungsbeschlüssen. Bei der Beschlussfassung vom 30. IX. 1851 zu Baden, „jedes Ort, auch die drei Bünde und Wallis und alle Vogteien, jeder Flecken, jede Kirchhore hat seine Armen selbst, nach eines jeden Orts Vermögen, zu erhalten“, wurde das in der Ethik anerkannte

biologische Prinzip für die Philanthropie beachtet. Wie dann aber zum Schutze vor zu grosser Armenlast das Recht auf Unterstützung an das Ortsbürgerrecht geknüpft wurde und bei der kulturhistorischen Entwicklung die sich ausgebildeten Bürgergemeinden eine immer grösser werdende Zahl von auswärts wohnenden Unterstützungsberechtigten erhielten, wurde die Armenpflege jenem biologischen Prinzipie entrückt. Die Helvetik schuf die auf das Niederlassungsrecht begründete Einwohner- oder Territorialgemeinde, behielt aber nach einem anfänglichen Versuch, das Recht auf Unterstützung an den Niederlassungsschein zu knüpfen und auf Grund des Staatsbürgerrechts wieder das reine biologische Prinzip in die Gemeindearmenpflege zu legen, die Bürgergemeinde mit ihren öffentlich armenrechtlichen Verpflichtungen bei.

Innerhalb der Kantone hat also die Heimatberechtigung in den Bürgergemeinden engere kulturhistorische, die Wohnsitzberechtigung in den Einwohnergemeinden engere kulturgeographische Kreise begründet. Nach der Bundesverfassung kann der schweizerische Aktivbürger, der sich ausserhalb seiner Bürgergemeinde niederlässt, vom Stimmrecht in rein ortsbürgerlichen Angelegenheiten seiner Wohngemeinde ausgeschlossen werden, so dass also in den schweizerischen Gemeinden die Geschäfte der Bürgerschaft von denjenigen der Einwohnerschaft getrennt gehalten werden können. Wenn die Bürgergemeinden auch häufig mit den Einwohnergemeinden korrespondieren und in einzelnen Landesgegenden (Graubünden, Neuenburg, Wallis) die Verwaltungsgeschäfte sogar von den nämlichen Behörden besorgt werden (gemischte Gemeinden), so gibt es doch wieder Fälle, wo eine politische Gemeinde mit mehreren Bürgergemeinden (wie in den Kantonen St. Gallen und Aargau) oder eine Bürgergemeinde mit mehreren politischen Gemeinden (wie in Appenzell I.-Rh.) zusammenfällt. Sodann können innerhalb einer Bürgergemeinde aus territorialen, ökonomischen oder konfessionellen Gründen besondere Verwaltungsabteilungen bestehen. Decken sich die aus territorialen Gründen entstandenen Verwaltungsabteilungen mit Territorialgemeinden, so erscheint das Ortsbürgerrecht als ein wanderndes; in dem alten Bezirke Schwyz, dem alten Lande Uri, dem alten Hochgerichte Disentis etc. wurden solche Verwaltungsabteilungen zu selbständigen Bürgergemeinden erhoben und die Gesamtbürgergemeinden aufgelöst. Dem Staat ist das Obergerichtsrecht über die Gemeindeverwaltungen eingeräumt. Einigen Kantonen steht die Befugnis zu, schlecht verwaltete Gemeinden unter Kuratel zu stellen, also das nämliche Recht gegenüber nicht haushälterischen Gemeinden, wie gegen schlecht haushaltende Personen. Verschiedene Kantone gestatten auch Verwaltungsvereinigungen

unter Gemeinden, und in Basel-Stadt ging die Besorgung der Geschäfte der Einwohnergemeinden Basel und Kleinhüningen (gemäss Kantonsverfassung, §§ 21 und 22) geradezu an die staatlichen Organe über.

Je nachdem die Kantone die „in ihren Völkerschaften“ (nach Bundesverfassung) bestehenden kulturhistorischen oder kultur-geographischen Kreise für die Regelung der Gemeindearmenpflege zur Grundlage nehmen, hat man die ortsbürgerliche Armenpflege (Gemeindearmenpflege nach dem Bürger- oder Heimatprinzip) als natürliche Fortsetzung der Verwandtschaftsarmenpflege, oder die territoriale Armenpflege (Gemeindearmenpflege nach dem Einwohner- oder Territorialprinzip) als Ausbau der organisierten Privatarmenpflege. Im alten Kantonsteil Bern wurde von 1847—1857 der missglückte Versuch gemacht, die obligatorische Gemeindearmenpflege in eine organisierte Privatarmenpflege überzuführen und diese neben eine zentralisierte Staatsarmenpflege zu stellen; 1857 wurde dann an Stelle der Kirchengemeindearmenvereine eine amtliche Armenpflege der politischen Gemeinden, mit einer Teilung nach den Kategorien „Notarme“ (Notarmenpflege) und „Dürftige“ (Spendkasse und Krankenkasse), eingesetzt und 1897 diese territoriale Armenpflege auch auf den neuen Kantonsteil ausgedehnt, wobei zwar noch eine Auscheidung in „dauernde“ und „vorübergehende“ Unterstützungsbedürftigkeit gemacht, aber die Vorsetzung besonderer Organe für die Abteilungen nicht unbedingt gefordert wird. Im Kanton Neuenburg wurde 1889 die territoriale Armenpflege als natürliche Folge der Gemeindeentwicklung (Konstituierung der Gemeinden nach dem Territorial- statt wie früher nach dem Bürgerprinzip) eingeführt. Allein sowohl in Bern als in Neuenburg konnte im Armenwesen die kulturhistorische Grundlage, auf welcher in sämtlichen übrigen Kantonen die Gemeindearmenpflege für die kantonsbürgerlichen Angehörigen die gesetzliche Regelung fand (eine Ausnahme macht einzig die territoriale Armenpflege Birsfelden), doch nicht ganz beiseite gelassen werden. In Bern musste man den Bürgergemeinden und bürgergemeindeähnlichen Korporationen — Zünften —, wenn sie genügende Garantie bieten, die Fortführung der ortsbürgerlichen Armenpflege ausdrücklich gestatten. In Neuenburg fallen die ausserhalb des Kantons Verarmten derjenigen Gemeinde zur Unterstützung zu, in welcher sie das Ortsbürgerrecht besitzen. Auch das Territorial- oder Einwohnerprinzip in der Armenpflege deckt sich insoweit nicht ganz mit dem biologischen Prinzip, als die Gemeinden zum Schutz vor zu grossen Armenlasten die Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes an die Bedingung einer längeren Niederlassung knüpfen können; im Kanton Bern sieht das Gesetz die zweijährige Niederlassung vor. Wenn im Kanton Neuen-

burg auch der Unterstützungswohnsitz gleich mit der Erfüllung der für die Niederlassung vorgeschriebenen Formalitäten erworben wird, so können hier die Gemeinden, weil sie gegenüber Personen, welche durch Zwang das Domicil wechseln und dann in ihrer neuen Wohngemeinde (ohne die gesetzliche Niederlassung zu erhalten) geduldet werden, unterstützungspflichtig bleiben, doch eine Auswärtigen-Armenpflege erhalten. Einzig bei der dezentralisierten, armenkreisweise durchgeführten Staatsarmenpflege, bei welcher die Unterstützungsberechtigung an das Schweizerbürgerrecht, eventuell aus Reziprozität für Ausländer an die Niederlassung oder an den Aufenthalt gebunden wird, könnte das biologische Prinzip in der gesetzlichen Armenpflege, welches in der freiwilligen Armenpflege naturgemäss das vorwaltende ist, rein erhalten bleiben.

Die Armenkreise können mit Bürger-, Einwohner- oder Kirchgemeinden korrespondieren, die Funktionen von Armenbehörden den Organen derselben oder aber eigenen Kommissionen übertragen sein. So richten sich im Kanton Basel-Landschaft die Armenkreise nach den Bürgergemeinden, und sind denselben besondere Organe vorgesetzt; allein für Birsfelden, welches sich (ohne Ortsbürgerschaft) zu einer stark bevölkerten Arbeitergemeinde entwickelt hat, wird bezüglich dem Bürgerprinzip, für Olsberg, dessen meisten Bürger auswärts, die Mehrzahl in Liestal wohnen und daher die Bürgerversammlungen auch in Liestal abgehalten werden, bezüglich der Einsetzung einer besonderen Armenbehörde eine Ausnahme gemacht. Im inneren Landesteil von Innerrhoden, welcher eine einzige Bürgergemeinde bildet, besteht für die in derselben oder noch nicht 2 Jahre auswärts wohnenden Bürger eine nach den politischen Gemeinden („Bezirken“) dezentralisierte, für die länger als 2 Jahre auswärts wohnenden Bürger dagegen eine im „Armlentsäckelamt“ zentralisierte Armenpflege. Ursern, für welches das „Gesetz über Einführung eines festen Gemeindebürgerrechtes für die Armengenössigkeit“ vom 6. Mai 1883 keine Anwendung fand, bildet einen einzigen Armenkreis, der also 3 politische Gemeinden umfasst. Im Kanton St. Gallen haben die Orts-(Bürger-)Gemeinden innerhalb einer politischen Gemeinde, wenn für das Armenwesen die Steuerkraft dieser letztern in Anspruch genommen werden muss, ihre Armenpflege zu zentralisieren und dem Gemeinderat der Einwohnergemeinde die Funktionen der Armenbehörde zu übertragen. Bei der Normierung des Armenwesens durch die eidgenössische Tagsatzung von 1551 kam die obligatorisch-amtliche Armenpflege wohl zunächst den Kirchgemeinden zu, welche durch Zehntbezug und Stiftungsgüter vorher schon neben den Klöstern hauptsächlich die organisierte Armenpflege ausübten, ging dann aber durch

die Ausbildung des Ortsbürgerrechts an die bürgerlichen Korporationen innerhalb den „Kirchhören“ über. Wo in ein und derselben Kirchengemeinde mehrere Bürgergemeinden entstanden, konnten diese die gesetzliche Armenpflege noch gemeinsam weiterführen, wobei die Bürgerschaften zu bestimmten Leistungen verpflichtet wurden, oder der Staat konnte, wenn die gesetzliche Armenpflege an dieselben überging, doch wenigstens einen Ausgleich der Armenlast unter ihnen anordnen. So kommt es, dass noch heutzutage, wie oben erwähnt, Armenkreise nicht je mit einer Bürger-, sondern mit einer Kirchengemeinde korrespondieren, und dass in Thurgau, wo dies die Regel bildet, die Mittel für die gesetzliche Armenpflege teils die Kirchengemeinde, teils die zu ihr gehörenden konfessionellen Bürgerschaften aufzubringen haben. Aus diesem Umstande ist es auch zu erklären, dass es sogar Schweizerbürger gibt, welche einer Armengemeinde eines andern als ihres Heimatkantons angehören; die Bürger der Höfe Hägelen und Waldhausen in der aargauischen Gemeinde Fisibach sind armenrechtlich der zürcherischen Gemeinde Bachs zugeteilt. Wo den Armenkreisen noch die kirchliche Gebietseinteilung zu Grunde liegt, musste der Kanton für die gesetzliche Armenpflege in den Gebieten von interkantonalen Kirchengemeinden eine besondere Regelung treffen (z. B. Thurgau für katholisch Wilen und evangelisch Burg). Schon im Hinblick auf Art. 49 der Bundesverfassung von 1874 müssen bei der gesetzlichen ortsbürgerlichen Gemeindefürsorge die Anhörigen der mit Kirchengemeinden der kantonal anerkannten Landeskirchen zusammenfallenden Armenkreise als bürgerliche Korporationen aufgefasst werden; man kennt in der Schweiz keine obligatorisch-amtliche kirchliche Armenpflege mehr. In Nidwalden behält zwar die Verfassung vom 2. April 1877 noch den früheren Grundsatz bei, dass der Kanton in Armengemeinden, die mit den Kirchengemeinden zusammenfallen, eingeteilt sei. Allein schon durch die 1881 zwischen Buochs und Ennetbürgen erfolgte Abkürzung wurden nur die religiösen Angelegenheiten der beiden Gemeinden, nicht aber das Armenwesen getrennt, und das nidwaldnerische Armengesetz von 1882 vollzog die Trennung zwischen Kirchen- und Armensachen im Kanton auch formell, indem durch dasselbe besondere Armenbehörden eingeführt wurden. Im Kanton Glarus involvierte das Armengesetz von 1878 eine Revision des § 90 der Verfassung, welcher dem „Stillstand“ (Kirchgemeindebehörde) die Besorgung des gesetzlichen Armenwesens zuwies, obwohl die Praxis schon vorher vielfach hiervon abwich. Indem nun das glarnerische Armengesetz ebenfalls besondere Armenbehörden vorsah, wurde in den revidierten Kantonsverfassungen von 1880 und 1887 jeweilen ein Kapitel „Von den Armengemeinden“

eingeschaltet. Die zürcherische Verfassung von 1869 spricht nur von Gemeinden, die sich auf die Einwohnerschaft beziehen (politische, Kirch- und Schul-Gemeinden), und überträgt die Besorgung der ortsbürgerlichen Armenpflege in erster Linie den Kirchgemeinden. Im Laufe der Zeit ging aber die Ausübung der ortsbürgerlichen Armenpflege in diesem Kantone fast durchwegs an die politischen Gemeinden über. Im Thurgau, wo sich zurzeit die konfessionelle Armenkreiseinteilung noch am schärfsten ausprägt, beruht das Armenwesen doch auf unabhängigen Armengemeinden, welche bloss mit korrespondierenden Kirchgemeinden gemeinsame Behörden haben. Dies geht, abgesehen von ausdrücklichen Erklärungen der thurgauischen Regierung, daraus hervor, dass die Kirchenvorsteherschaften in bezug auf ihre Funktionen im Armenwesen den Bezirks- und nicht den kirchlichen Oberbehörden unterstellt sind, dass die Altkatholiken bei den katholischen Armenkreisen unterstützungsberechtigt sind, obschon der Kanton Thurgau nur die römisch-katholische Konfession neben der evangelischen als Landeskirche anerkennt, dass die in paritätischen Ehen lebenden Frauen während der Dauer der Ehe dem Armenkreise der ihrer persönlichen Religion entgegengesetzten Konfession angehören, und dass die seit dem Inkrafttreten des thurgauischen Armengesetzes von 1861 entstandenen Gebietsveränderungen in den Kirchgemeinden für das Armenwesen ohne Einfluss blieben und Kirchgemeinden neu entstanden sind (z. B. katholisch Klingenzell), deren Vorsteherschaften nicht auch die Funktionen von gesetzlichen Armenbehörden erhielten. In einzelnen Kantonen sind konfessionelle Armenkreise auch ohne Rücksicht auf die kirchliche Gebietsveränderung dadurch entstanden, dass in paritätischen Bürgergemeinden konfessionell ausgeschiedene Abteilungen die Besorgung des Armenwesens übernahmen, wie in Dietikon (Kanton Zürich) und in Altstätten und Marbach (Kanton St. Gallen), oder dass früher bloss geduldete Angehörige der israelitischen Konfession zu Korporationen mit der Verleihung der Eigenschaften von Ortsbürgergemeinden vereinigt wurden (Neuendingen und Neulengnau im Kanton Aargau). — Der Religionswechsel hat also in bezug auf das gesetzliche Armenwesen in paritätischen Kantonen insofern eine Bedeutung, als durch die Konversion Personen einer andern Armengemeinde zugeteilt werden müssen.

Immerhin kommt den Kirchgemeinden der in den Kantonen anerkannten Landeskirchen, wenn auch die Bundesverfassung von 1874 die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet, noch ein amtlicher Charakter zu, so dass ihre Institutionen für die Armen- und Wohlfahrtspflege, wie diejenigen der Schulgemeinden und die nicht auf gesetzlichem Zwang be-

ruhenden Institutionen der Einwohner- und Bürgergemeinden, der Bezirke, der Kantone und des Bundes, als fakultativ-amtliche betrachtet werden müssen. In den Städten Bern, Basel und Schaffhausen ist z. B. die kirchlich-reformierte Armenpflege durch besondere kommunale Verordnungen geregelt. Bei der Armenunterstützung durch die Gemeinden sind somit die Leistungen, zu denen die Bürger-, bzw. Einwohnergemeinden durch die Kantonsverfassung und — mit Ausnahme von Ausserrhoden — durch spezielle kantonale Armengesetze verpflichtet sind, auseinanderzuhalten von denjenigen Leistungen, welche die Bürger-, Einwohner-, Kirch- und Schulgemeinden, vom alten schweizerischen Gemeinsinn beseelt, freiwillig machen. Während über die obligatorisch-amtliche Armenpflege durchwegs eine staatliche Kontrolle besteht, unterliegt die fakultativ-amtliche Armenpflege nur in einigen Kantonen einer solchen, und zwar bloss in bezug auf die Verwaltung der vorhandenen Fonds, weil die gesetzlichen Bestimmungen über das Gemeindefinanzwesen auch auf diese Fonds Anwendung finden. In einzelnen Kantonen steht die fakultativ-amtliche Armenpflege der Kirchgemeinden unter der Aufsicht der kantonalen kirchlichen Oberbehörden, sowie der Kantonsregierung und ihrer Bezirksstatthalter (St. Gallen und Neuenburg). Die Institutionen der fakultativ-amtlichen Armenpflege können gruppiert werden in solche ohne und in solche mit öffentlicher Rechenschaftsablegung durch die mit der Ausübung betrauten Personen. Verschiedene Gemeinden besitzen noch von der Zeit der vorwiegenden Naturalwirtschaft her Fonds zur Beschaffung solcher Lebensbedürfnisse, die dazumal schon angekauft werden mussten (z. B. tessinische Gemeinden Salzlegate). Die Melchimatten-Stiftung in Sachseln wird auf Niklaus von der Flüe, das Wallizegut in Saanen, aus welchem Reisevergütungen an Rekruten verabfolgt werden, auf die Burgunderbeute zurückgeführt. Mit der Einführung des Schulzwangs erhielten eine Reihe von Gemeinden Fonds zur Abgabe von Schuhen oder anderweitiger Ausstattung für den Schulbesuch der Kinder unbemittelter Eltern. Nach Änderungen in den Kreisen für die gesetzliche Armenpflege konnten bürgerliche Armengüter separat forterhalten werden, wie die Armenfonds der Höfe Signina und Jennisberg (Kanton Graubünden), die „Bourses des pauvres“ der Weiler (hameaux) im waadtländischen Bezirk La Vallée und die Armenfonds von konfessionellen „Confrerien“ im waadtländischen Bezirk Echallens, die „besonderen Hilfsfonds“ der 5 „Rhoden“ (Ortsgemeinden) von Oberriet im St. Galler Rheintal etc. Und so hatten mannigfaltige Umstände zur Bildung von fakultativ-amtlichen Institutionen geführt. Durch staatliche Einführung sozialer Werke konnten aber auch Stiftungen obsolet

werden, wie durch die st. gallische Naturalverpflegung der „Hofstettersche Testamentenfonds“ in Wattwil. Der Entwurf zu einem eidgenössischen Zivilgesetz sieht daher vor, dass Stiftungen durch die Staatsbehörden in ihrem Zwecke abgeändert werden können (Art. 96 der Ausgabe von 1904).

Auch bei der Verwandtenarmenpflege kann man eine freiwillige (durch Familienstiftungen etc.) und eine gesetzliche unterscheiden. Die gesetzliche Pflege wird zurzeit noch durch kantonale Gesetzesbestimmungen geregelt (Bundesgesetz betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter vom 25. IV. 1891). Der in Ausführung des Bundesverfassungsartikels betreffend die Rechtseinheit ausgearbeitete Entwurf zu einem schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 28. V. 1904 folgt insofern der Auffassung der Verwandtenunterstützungspflicht als einem Korrelat des Erbrechts, indem der Art. 335 diese Pflicht für die gleiche Entfernung der Verwandtschaft (und allerdings auch der Schwägerschaft) aufstellt. Der Unterstützungsanspruch kann nach diesem Entwurf im allgemeinen direkt vom Berechtigten, für Armengenössige durch die Armenbehörde geltend gemacht werden.

In der gesetzlichen Gemeindearmenpflege für die Kantonsangehörigen kommt bei der kulturhistorischen Grundlage, sofern nicht sämtliche Gemeinden des Kantons sich zu einem einzigen Armenkreise zusammengeschlossen haben, wie dies in Genf der Fall ist („Hospice général“ mit den Maires als Vermittler), das Ortsbürgerrecht (Heimatschein), bei der kulturgeographischen Grundlage dagegen das Kantonsbürgerrecht und, sofern die Wohn- nicht gleichzeitig auch die Heimatgemeinde ist, der Niederlassungsschein für die Unterstützungsberechtigung in Betracht. Haben Personen mehr als *ein* Ortsbürgerrecht in demselben Kanton (Doppelbürger), so ist von ihnen das Unterstützungsgesuch, wenn im Kanton die Armenpflege nach dem Heimatprinzip geregelt ist, in der Regel derjenigen Heimatgemeinde einzureichen, in welcher sie den gesetzlichen Wohnsitz haben, bzw., wenn sie in keiner ihrer Heimatgemeinden wohnen, sie oder ihre Verfahren denselben zuletzt gehabt haben. Diese Gemeinde hat dann die Unterstützung zu gewähren und sich mit den andern Heimatgemeinden abzufinden. Das Verhältnis der Unterstützung von Personen, die in mehr als einem Kanton heimatberechtigt sind, ist bundesgesetzlich nicht geregelt; wo keine Übereinkunft auf gültlichem Wege zu stande kommt, entscheidet das Bundesgericht. Das Recht auf Unterstützung durch die Gemeindearmenpflege wird von den meisten Kantonen dadurch umschrieben, dass gesetzlich die Unterstützungsberechtigten bezeichnet werden. Dadurch wird scheinbar für gewisse Personen ein Vorrecht geschaffen;

das Recht auf Unterstützung steht aber faktisch jedem Kantonsbürger zu, sobald die Unterstützungsbedingungen vorhanden sind. Es ist ein Akt der Staatsklugheit, dieses Recht nicht unumwunden zuzugestehen, weil sonst der Armut durch Selbstverschuldung leicht Vorschub geleistet werden könnte. In bezug auf das Unterstützungsrecht steht der Schweizerbürger den autonomen Gemeinden gegenüber; Anstände gehören somit vor die Administrativ- und nicht vor die Gerichtsbehörden des Staates. Das Recht auf Unterstützung ist folglich kein gerichtlich einklagbares Recht. Dies wird in gewissen Armengesetzen, auch wieder zur Vorbeugung der Verarmung durch Selbstverschuldung, so hingestellt, dass man leicht auf die Vermutung kommen könnte, man anerkenne überhaupt das Recht auf Unterstützung nicht. Dass Bund und Kantone dieses Recht aber tatsächlich anerkennen, geht schon aus der Heimatloseneinbürgerung hervor. Das Bundesgesetz vom 3. XII. 1850 stellt als Wirkung der Heimatloseneinbürgerung den Genuss der Unterstützung im Verarmungsfalle ausdrücklich hin. In den Ausführungsgesetzen der Kantone wird vorgesehen, dass da, wo das Armenwesen aus konfessionellen, territorialen oder ökonomischen Gründen nicht der Gesamtgemeinde zugeteilt ist, der Heimatlose bei der Einbürgerung auch einer Armengemeinde eingewiesen werden muss. Infolge der Heimatloseneinbürgerung erhielten einzelne Gemeinden eine Öffnung ihres Armengutes seitens des Bundes (wie Brusio) oder des Kantones (wie Ste-Croix); die bündnerische Gemeinde Selma kam durch die Einbürgerung einer heimatlosen Familie, gemäss Grossratsbeschluss von 1905, geradezu in den Besitz eines Armenfonds. Durch die Bundesverfassung wird ferner das Recht nach Art. 45 betreffend die Niederlassung als selbstverständlich vorausgesetzt, indem den Schweizerbürgern die Freizügigkeit unter der Bedingung garantiert wird, dass dieselben auf amtliche Aufforderung bei dauernder Armut durch die Heimatgemeinde, resp. den Heimatkanton angemessene Unterstützung erhalten. Der territorialen Gemeindearmenpflege wird im genannten Verfassungsartikel die Konzession gemacht, dass kantonsbürgerliche Niederlassungsbewerber arbeitsfähig sein müssen und, wenn sie ihren gesetzlichen Wohnort im Heimatkanton hatten, nicht schon an diesem dauernd unterstützt worden sind. Für die Erhaltung der Niederlassungsbewilligung wird die Beibringung des Heimatscheines, bzw. einer dem Heimatschein gleichkommenden Ausweisschrift zur Bedingung gemacht. Über die Form der Heimatscheine erliess der Bundesrat unterm 16. III. 1885 einheitliche Vorschriften. Der einmal begründete Wohnsitz, welcher bei Inhabern von Betrieben nicht mit dem Betriebsitz verwechselt

werden darf, dauert bis zur Erwerbung eines andern, eventuell bis zu der durch die Regierung des Niederlassungskantons genehmigten und der heimatlichen Regierung eröffneten Ausweisung fort, und die Unterbringung in eine Heil-, Pflege- oder Erziehungsanstalt begründet noch keinen neuen gesetzlichen Wohnsitz (Bundesgesetz betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter vom 25. IV. 1891). In kantonalen und Gemeinde-Angelegenheiten erwirbt der schweizerische Aktivbürger nach der Bundesverfassung das Stimmrecht nach einer Niederlassung von drei Monaten, während dasselbe in eidgenössischen Angelegenheiten ununterbrochen ausgeübt werden kann. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate hat jeder Einwohner einen gesetzlichen Wohnsitz zu verzeigen, an welchem er in allfälligen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gerichtlich belangbar ist. In Bestätigung der ältesten eidgenössischen Bündnisse stellt die Bundesverfassung denn auch den Grundsatz der Gerichtsbarkeit des Wohnortes auf. Auch dieser Umstand verlangt die staatliche Anerkennung des Rechts auf Unterstützung, damit die Armen nicht genötigt würden, ihren Unterhalt durch Bettel im Lande, sofern sie dies noch könnten, zu fristen, wodurch sie sich der Wohnsitzkontrolle entziehen würden. Jeder Einwohner kann zur nämlichen Zeit nur *einen* gesetzlichen Wohnsitz haben. Die Bundesverfassung stellt in Art. 44 den Grundsatz auf, dass kein Kanton einen Kantonsbürger aus seinem Gebiete verbannen — verweisen — kann. Dieser Rechtssatz ist nach gefällten bundesgerichtlichen Rekursentscheiden auf Verhältnisse von Gemeinde zu Gemeinde anzuwenden. Im Armenwesen muss nun aber doch in gewissen Fällen eine Ausnahme gemacht werden; wie nämlich erwähnt, bildet nach der Bundesverfassung die dauernde Verarmung, wenn trotz amtlicher Aufforderung keine zureichende Unterstützung erfolgt, einen Grund zum Niederlassungsentzug, bzw. in Kantonen mit territorialer Armenpflege die Armengenössigkeit einen Grund zur Niederlassungsverweigerung, so dass also Arme tatsächlich in ihre Unterstützungsgemeinde gebannt werden können.

Der Armentransport (Armenschub) wird soweit tunlich mit der Eisenbahn bewerkstelligt. Der Bund hat für die Armenpflege in der Weise eine Erleichterung geschaffen, dass er bei der Erteilung von Konzessionen für den Bau und Betrieb von Eisenbahnen seit 1873 regelmässig Vergünstigungstaxen für den Armentransport vorbehielt. Die schweizerischen Transportanstalten setzten für diesen Armentransport die näheren Bestimmungen in einem Reglemente fest. Nach dem Reglement vom 1. X. 1899 befördern sie in der 3. Wagenklasse zur Hälfte der gewöhnlichen Taxe: a) inländische Arme, welche auf Kosten einer Behörde

transportiert werden oder mit der Unterstützung einer solchen reisen; b) inländische Arme, die auf Kosten oder mit Unterstützung einer derjenigen privaten Institutionen reisen, die vom schweizerischen Eisenbahnverband zur Ausstellung von Empfehlungsscheinen ermächtigt werden; c) Begleiter von als Armentransport legitimierten und mit öffentlicher Unterstützung reisenden Kindern oder hilflosen, gebrechlichen Personen; d) Personen, welche Arme in Zwangsarbeits-, Besserungs- u. dgl. Anstalten zu überführen oder aus diesen abzuholen haben; e) in der Schweiz niedergelassene ausländische Arme, bzw. deren Begleiter, welche durch die inländischen zuständigen Behörden und Institutionen empfohlen werden. Für die Beförderung von armen Kranken in besonderen Wagen gelten die im Reglemente und Tarife für Krankentransporte vorgesehenen Bestimmungen und Taxen. — Aus Humanitätsgründen können die Kreispostdirektoren gemäss der Transportordnung vom 7. X. 1884 im schweizerischen Postverkehr Freiplätze an Arme bewilligen. Da die Behörden der gesetzlichen Armenpflege infolge der Bevölkerungsbewegung einen grossen schriftlichen Verkehr erhielten, bedeutet es ebenfalls eine Erleichterung, dass der Bund (seit 1849) in Armensachen die Portofreiheit gewährt hat. Das Posttaxengesetz vom 25./26. IV. 1884 sieht Portofreiheit in Armensachen, sowohl für Briefe und Gegenstände bis 2 kg. Gewicht (ohne Wertangabe und Einschreibung), als auch für Geldsendungen innerhalb der Schweiz vor. Nach einem vom Bundesrate unterm 25. II. 1907 herausgegebenen Entwurf zu einem „Bundesgesetz betreffend das schweizerische Postwesen“ sollte künftighin diese Portofreiheit allerdings aufgehoben sein, dafür aber den bezüglichen Institutionen ein Anrecht auf ein Betreffnis an der jährlich aus dem Ertrag des eidgenössischen Postbetriebes entnommenen und unter die Kantone im Verhältnis der Wohnbevölkerung zu verteilenden halben Million zukommen. Bei grösseren Elementarereignissen bewilligt der Bundesrat (seit 1876) Portofreiheit für Sendungen von Liebesgaben, ebenso gewähren die Bundesbahnen und einzelne konzessionierte Eisenbahnunternehmungen Frachtbefreiung; auch kann die Kantonsregierung mit Bewilligung des Bundesrates (nach Art. 62 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. IV. 1889) für die betroffene Bevölkerung den Rechtsstillstand beschliessen. — Seit 15. VII. 1907 vergüten die Bundesbahnen den Kantonsregierungen je auf Ablauf eines Kalenderjahres, gemäss Verfügung Nr. 448 des kommerziellen Departements der Bundesbahnverwaltung (Eisenbahn-Amtsblatt 1907, p. 448), den halben Betrag des in einem Jahr ausgelegten Fahrgeldes für solche kantonale Beamte, welche im Dienste viel zu reisen haben (wie

Armeninspektoren etc.); die Beamten, denen diese Taxbegünstigung bewilligt wird, erhalten in Heftform besondere Nachweise für Dienstreisen.

Früher bestand die Ansicht, der aus Arbeitslosigkeit, bezw. unzureichendem Verdienste entstehende Pauperismus könne durch eine Auswanderung am radikalsten bekämpft werden. Man hat aber die Erfahrung machen müssen, dass die Auswanderung nicht als ein Mittel zur Entlastung der Armenpflege, sondern bloss als ein Mittel zur eventuellen Verbesserung der ökonomischen Lage von Erwerbsfähigen zu betrachten sei. Im Interesse des Staates liegt es, dass er seine Bürger in möglichster Vollzahl im Lande behalten kann. Er ist deshalb auch bestrebt, die Inlandsproduktion durch zweckmässige Vorkehrungen konkurrenzfähig zu machen und zu erhalten und die nationalen Arbeitskräfte durch gut organisierte Berufsbildungsgelegenheiten für den Konkurrenzkampf auszurüsten. Können aber trotzdem nationale Arbeitskräfte im Erwerbsleben nicht aufkommen, so darf diesen Staatsbürgern (mit oder ohne Familien) die Auswanderung in der Hoffnung, ihre Erwerbstätigkeit besser im Auslande entfalten zu können, nicht verargt werden. Die dem Schweizer angeborne Liebe zu seiner Heimat, das „Heimweh“, von dem er so leicht in der Fremde befallen wird, beweist zur Genüge, dass der Schweizerbürger nicht zum Vergnügen auswandert, und dass es schon einen ganz bedeutenden Entschluss dazu braucht, das Vaterland zu verlassen. Dem Heimatstaate fällt nun aber die Pflicht auf, dafür zu sorgen, dass die Ausgewanderten geschützt werden. Diese Fürsorgepflicht hat der Bund auch anerkannt. Nicht bloss, dass offizielle Vertreter in Staaten, welche das Ziel schweizerischer Auswanderer bilden, zur Wahrung der Interessen der Schweizerbürger bezeichnet werden, die Bundesverfassung bestimmt auch, dass der Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen der staatlichen Aufsicht unterliegt. Der Auswanderer und seine Nachkommen, soweit ihnen gesetzlich das Schweizerbürgerrecht zukommt, verlieren das Schweizerbürgerrecht erst durch freiwillige Verzichtleistung, und zwar zur Vorbeugung neuer Heimatlosigkeit nur unter Nachweis, dass sie in einen anderen Staatsbürgerverband eingetreten sind. 1848 und 1871, anlässlich der Ausarbeitung der Verfassung und der Vorarbeit zur Verfassungsrevision, ist der Vorschlag gemacht worden, die im Staatsgebiete gebornen Ausländer sollten die Staatszugehörigkeit des Wohnstaates der Eltern erhalten, wodurch die Nationalität der einzelnen Staaten gekräftigt würde; als Schweizerbürger können sie sich den Bürgerpflichten des Heimatstaates entziehen, aber im Verarmungsfalle das Recht auf Unterstützung zu jeder Zeit beanspruchen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht akzeptiert. Verhältnis-

mässig werden sehr wenig Schweizer wegen Verarmung vom Auslande heimbefördert. Der Grund liegt einmal darin, dass einzelne schweizerische Konsulate durch Gewährung von Unterstützungen einem sofortigen, oft unnötigen Heimschub vorbeugen, dann aber insbesondere darin, dass die aus patriotischen Gefühlen im Auslande entstandenen schweizerischen Hilfsgesellschaften ihre Wirksamkeit in segensreicher Weise entfalten. Zum Schutze des Missbrauchs der Unterstützungen bildete sich unter diesen Gesellschaften ein Verband, in dessen Organ eine „schwarze Tafel“ geführt wird. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung der Hilfsgesellschaften im Auslande unterstützen Bund und Kantone diese Institutionen, wie auch ausländische Anstalten, welche Schweizern Vergünstigungen gestatten, schon seit Jahren finanziell; den diesbezüglichen Verkehr vermittelt das dem eidgenössischen politischen Departement unterstellte schweizerische Auswanderungsamt. Dieses Amt sucht auch Anknüpfungen und Unterhaltung von Verbindungen mit schweizerischen Vereinen und Privaten im Inlande behufs Verhütung leichtsinniger Auswanderung und behufs zweckmässiger Ausrüstung dürftiger, zur zielbewussten Auswanderung entschlossener Personen und Familien. Die finanzielle Unterstützung arbeitsfähiger Einzelpersonen oder Familienhäupter zur Auswanderung durch gemeindeähnliche Korporationen, Gemeinden oder Kantone steht nicht im Widerspruch mit der eidgenössischen Auswanderungsgesetzgebung; daher wurde auch ein Reglement der Genossengemeinde Dorf Binzen (Einsiedeln) betreffend die Unterstützung ihrer bürgerlichen Auswanderer vom Mai 1881 nicht beanstandet. Hingegen wird in der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Nordamerika über die Einwanderung zwischen dieser Unterstützung und der Armenunterstützung kein Unterschied gemacht. Das Bundesgesetz betr. die Erwerbung des Schweizerbürgerrechts und den Verzicht auf dasselbe vom 25. VI. 1903 hat Erleichterungen für die Wiedereinbürgerung geschaffen. Personen, welche im Auslande durch besondere Verhältnisse gezwungen auf das Schweizerbürgerrecht verzichten mussten, Witwen und Geschiedene, welche durch Heirat oder durch Verzichtleistung des Ehemannes des Schweizerbürgerrechts verlustig gegangen, minderjährige oder unter Vormundschaft stehende Kinder der Vorerwähnten, sowie Personen, welche bei Aufgabe des Schweizerbürgerrechts noch unter elterlicher Gewalt gestanden waren, können nach Verfügung des Bundesrates in ihr früheres schweizerisches Bürgerrecht wieder unentgeltlich aufgenommen werden, wenn sie ihren gesetzlichen Wohnsitz in der Schweiz haben. Das Gesuch ist für die vom Auslande Zurückgekehrten innert 10 Jahren nach ihrer Rückkehr, für die in der

Schweiz wohnenden Witwen und Geschiedenen innert 10 Jahren nach dem Ableben des Gatten, bezw. nach der Scheidung oder Trennung von Tisch und Bett, und für Personen, für welche die Eltern auf das Schweizerbürgerrecht verzichtet hatten, innert 10 Jahren nach zurückgelegtem 20. Altersjahr zu stellen. Durch diese Erleichterung der Einbürgerung, namentlich von Frauen und Kindern italienischer Bauarbeiter, sollen jedoch einzelne Gemeindearmenpflegen belastet worden sein.

Die gesetzliche Gemeindearmenpflege, wie sie in der Schweiz besteht, ist eine selbständige Institution, und es gibt ihr der Kanton durch die gesetzlichen Bestimmungen nur die Direktiven. Die Armenkreise bei diesem System sind, wie schon betont worden, nicht mit blossen Administrationskreisen einer Staatsarmenpflege zu verwechseln: Wenn die staatliche Fürsorge auch nur bis zu der Vorschrift geht, dass den Armen das Notwendigste zum Leben, bezw. Kindern auch das Erforderliche für eine spätere Existenz (Erziehung, eventuell Berufsbildung) geboten werde, so kann die Gemeindearmenpflege, wenn es ihre Mittel erlauben, eine weitergehende, selbst eine standesgemässe Unterstützung gewähren. Die Gemeindearmenpflege ist unter Beachtung der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften in der Organisation frei; so hat die Stadt Bern die Einwohnergemeinde-Armenpflege, nach der Inkommunalisierung der Ausgemeinden auch die Stadt Zürich ihre Armenpflege nach dem Elberfelder-System geordnet. Das alte, heutzutage mit „Elberfelder System“ bezeichnete Prinzip, für bevölkerte Armenkreise durch Herbeiziehung von Einwohnern als „Armenpfleger“ die möglichste Individualisierung in der Ausübung der gesetzlichen Armenpflege zu sichern, wurde in einzelnen Schweizerstädten durch Teilung der Armenpflege nach Unterstützungszwecken ersetzt; so hat Basel in der gesetzlichen Armenpflege die Dreiteilung „Almosenamt“, „Waisenanstalt“ und „Spitalpflegamt“, Freiburg die Dreiteilung „Administration des pauvres“, „Orphelinat“ und „Charitable Grand Hôpital des Bourgeois“, St. Gallen die Dreiteilung „Stockamt“, „Spitalamt“ und „Waisenhaus“. Die Gemeindearmenpflege kann das gesetzlich vorgeschriebene Wirkungsfeld auch noch erweitern; St. Moritz (Graubünden) hat z. B. beschlossen, nicht nur die Bürger, sondern auch in der Gemeinde niedergelassene Nichtbürger zu unterstützen.

Als 1848 die Kantone sich unter eine Bundesgewalt stellten, war noch kein Bedürfnis vorhanden, dass der Bund in das Armenwesen der Gliedstaaten direkt eingriff. Allein das Recht der freien Niederlassung, die Handels- und Gewerbefreiheit und die erleichterten Verkehrsmittel brachten im Laufe der Zeit eine so starke Bevölkerungsbewegung in der

Schweiz, dass zunächst die Kantone auf dem Konkordatswege, dann der Bund durch Erlass von Gesetzesbestimmungen eine Fürsorge für arme, infolge Krankheit nicht heimtransportfähige einzelstehende oder einem Haushalte vorstehende kantonsfremde Schweizerbürger treffen musste. Durch den Bund wurde 1875 eine territoriale Armenpflege bezüglich der Kantonsfremden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft gesetzlich eingeführt, welche teils von dem Niederlassungs-, bezw. Aufenthaltskanton direkt übernommen (z. B. in Genf gemäss Loi sur l'organisation de l'assistance publique médicale vom 21. XI. 1900), teils wieder an Gemeinden übertragen und in diesen der gesetzlichen Gemeindearmenpflege (z. B. in Uri, altem Landesteil, gemäss dem Armengesetz vom 2. V. 1897) oder der Gemeindepolizei (z. B. in St. Gallen gemäss Gesetz über das polizeiliche Armenwesen vom 7. VI. 1877 und in Zug gemäss dem Armengesetz vom 8. IX. 1880) zur Ausübung zugewiesen wurde. Die Übertragung erfolgte entweder derart, dass die Gemeinde (wenn als Polizeisache behandelt, die politische Gemeinde) die nicht zurückerstattbaren Ausgaben selbst zu tragen hat, oder derart, dass die Kosten der Kanton übernimmt; in letzterem Falle besteht für die armen Kantonsfremden bei Krankheit die dezentralisierte Staatsarmenpflege (wie in Zürich). Das in Ausführung des Artikels 48 der eidgenössischen Verfassung erlassene, dem Referendum unterstellt wordene Bundesgesetz vom 22. VI. 1875 sieht auch vor, dass die Wohngemeinde im Todesfalle für eine schickliche Beerdigung solcher Personen zu sorgen habe. In einzelnen Gemeinden besteht überhaupt die Unentgeltlichkeit der Beerdigung; in Basel-Stadt wurde sie staatlich durch Gesetz vom 16. XI. 1885 eingeführt, im Kanton Zürich erfolgt die Bestattung gemäss Gesetz vom 29. VI. 1890 auf Kosten des Staates und der Gemeinde. Da der Bund unter gleichen Bedingungen die Gleichstellung der Schweizerbürger garantiert, die Bedingung zur gesetzlichen Unterstützung Kantonsfremder durch die Wohn- oder Aufenthaltsgemeinde die gleiche ist, wie diejenige der Kantonsbürger durch die Gemeindearmenpflege (nämlich absolute Armut), so geht auch hieraus die staatliche Anerkennung des Rechts auf Unterstützung hervor. Eine Entlastung der von Bundes wegen eingeführten territorialen Armenpflege hat der Bund hinwieder dadurch geschaffen, dass er durch Art. 341 O. R. den Arbeitgeber verpflichtet, den mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Dienstpflichtigen bei vorübergehender unverschuldeter Krankheit auf eigene Kosten verpflegen und ärztlich behandeln zu lassen.

Der Unterstützung durch die für Kantonsbürger und kranke, transportunfähige Kantonsfremde gesetzlich eingeführte Armenpflege gehen privatrechtliche Ver-

pflichtungen vor (Verwandtenbeiträge, vertragliche, sowie durch Urteil festgesetzte oder auf besonderen Stiftungen, Korporationen oder Vereinen haftende Verbindlichkeiten, Obliegenheiten der Meisterschaft oder einer der Haftpflicht unterstellten Unternehmung). Die Armen haben nach Gesetz bloss Anrecht auf das, was zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse absolut erforderlich ist, und zwar die im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen nur insoweit, als sie die Mittel nicht durch allfällig noch vorhandene Erwerbskraft ohne Nachteil ihrer oder anderer Gesundheit selbst aufzubringen vermögen. Da diese letzteren Personen unter Umständen vor Inanspruchnahme der öffentlichen Unterstützung ihre Armensteuern entrichtet haben, durch späteren Vermögenszufall oder spätere Erwerbstätigkeit empfangene Unterstützung wieder zurückerstatten können, wird die obligatorisch-amtliche Armenpflege auch etwa als eine öffentlich-rechtliche Versicherung oder auf Gegenseitigkeit beruhende Institution, die Unterstützung auch als unverzinsliches Darlehn betrachtet. Weil die Unterstützung individualisiert verabfolgt werden muss und, wie an einem andern Orte nachgewiesen worden, nicht eine auf gerichtlichem Wege realisierbare „Armenrente“ darstellen kann, ist bei einem Vergleich der obligatorisch-amtlichen Armenpflege mit einer Versicherung der öffentlich-rechtliche Charakter hervorzuheben; die gesetzliche Armenpflege kann selbstverständlich nicht mit einer privatrechtlichen Assekuranz analogisiert werden. Für die im Kindesalter genossene Unterstützung besteht in der Regel nur eine moralische Restitutionspflicht. Die Erwerbskraft der Unterstützten soll aber nicht derart in den Dienst Dritter gestellt werden, dass dadurch die Armenunterstützung als „Allowance“ auf die Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft, Hausindustrie etc. drückend wirkt. Die Armenpflege darf der Wohlfahrtspflege nicht hemmend entgegentreten; es ist dies eben so einleuchtend, wie wenn einer unbemittelten Haushaltung der Ernährer zur Sühne eines Vergehens oder Verbrechens auf staatliche Anordnung entzogen werden muss (im neuenburgischen Armengesetz werden die Kinder eines solchen Detinierten ausdrücklich als armenunterstützungsberechtigt aufgeführt). Die Wohlfahrtspflege setzt sich unter anderem zur Aufgabe, die Arbeitslöhne, die Mietzinse für Wohnungen, die Pachtzinse für Pflanzland mit den Zeitverhältnissen so in Einklang zu bringen, dass die nur auf den Erwerb Angewiesenen ihr ehrliches Auskommen finden können und im Alter nicht der Öffentlichkeit zur Last fallen werden; diese Bestrebungen müssen die Armenbehörden bei der Unterstützung durch Zuschüsse zum Verdienst, durch Bezahlung der Wohnungsmiete etc. berücksichtigen. Durch verkehrs- und forstpolizeiliche Massnahmen seitens des

Bundes für den Landeskulturschutz hat beispielsweise die Gewährung von Naturalnutzungen beschränkt werden müssen; wenn dadurch auch die Armenpflege eine stärkere Inanspruchnahme erfuhr, so wurden jene Massnahmen doch im Interesse der Volkswohlfahrt getroffen. Die Kulturgeschichte weist aber nach, dass dieser Gesichtspunkt nicht immer beachtet wurde. So war in einzelnen Gegenden, als durch die militärische Auswanderung („Reisläuferei“), einer Folge der in Frankreich etc. sich verallgemeinernden Geldwirtschaft, und das Grassieren der Pest ein derartiger Mangel an Arbeitskräften für die Landwirtschaft entstand, dass für die Viehhäbe die Gemeinatzung angeordnet werden musste, aus dieser Massnahme ein Wohnheitsrecht erwachsen, welches wohl zur Entlastung der Armenpflege diente, jedoch für die Hebung der Landwirtschaft das grösste Hindernis bot. — Die Erwerbskraft der Unterstützten kann auf die Selbstproduzierung von unentbehrlichen Lebensmitteln für den eigenen, bezw. Anstalts-Haushalt (z. B. der Milch durch Ziegenhaltung, der Kartoffeln durch Zuweisung von Gemeinland zur Sondernutzung etc.) gerichtet werden. Die sich bei den jugendlichen Unterstützten entwickelnde Erwerbskraft soll, im Hinblick auf das spätere selbständige Fortkommen, in Betrieben ausgebildet, nicht ausgebeutet werden; bei der Verkostgeldung zur Berufslehre dürfen also nicht Gewinnrücksichten massgebend sein, ebensowenig wie die Übernahme von Personen, die in ihrer Erwerbskraft geschwächt sind, aus rein privatwirtschaftlichen Gründen erfolgen darf. Die öffentliche Unterstützung muss, wie oben betont worden, den individuellen Verhältnissen der Armen selbst angepasst werden; die kurativen Organe der gesetzlichen Armenpflege dürfen die Geschäfte nicht nur auf mechanische Weise erledigen.

Wo für die ortsbürgerliche Gemeindearmenpflege Armensteuern erhoben werden dürfen, schützt der Bund die ausserhalb des Heimatkantons in der Schweiz wohnenden Ortsbürger vor Doppelbesteuerung. Bei „Doppelbesteuerung“ wird die Konkurrenz zweier kantonaler Steuergesetzgebungen in der Besteuerung des nämlichen Objektes vorausgesetzt. Die Bundespraxis geht nun dahin, die Niedergelassenen seien in bezug auf die Armensteuern unter die Gesetzgebung und Jurisdiktion des Wohnsitzes zu stellen. In Nidwalden wurde aber gerade infolge bundesgerichtlicher Rekursentscheide aus den Jahren 1879 und 1880 das alte Heimatprinzip im Armensteuerwesen wieder aufrecht erhalten; den Grund zu diesen Rekursen bildete die besondere rechtliche Stellung der alten Landleute von Obwalden, welche als Abkömmlinge von Geschlechtern, die bereits vor 1563 in Unterwalden bestanden, in beiden Ständen Unterwaldens als Kantonsbürger

gelten, aber bezüglich dem Recht auf Unterstützung („Armenrecht“) nur einer obwaldnerischen Gemeinde, nicht auch einer nidwaldnerischen Armengemeinde zugeteilt sind. Wird die gesetzliche Armenpflege als eine Versicherung oder Institution auf Gegenseitigkeit aufgefasst, so erscheint es natürlich, dass die Armensteuer als Einzahlung nicht an einen fremden Unterstützungsverband entrichtet wird; allein die praktischen Schwierigkeiten, welche sich vielfach gegen eine Individualisierung der Armensteuer im allgemeinen Steuerwesen geltend machen, stellen sich hier als unüberwindliches Hindernis entgegen. Die Niedergelassenen haben übrigens aus den Gründen, welche zur Armenfürsorgepflicht des Staates geführt haben, für eine gute Armenverwaltung ihres Wohnsitzes ein ebenso grosses Interesse als die Ortsbürger. Ist der gesetzlichen Gemeindefürsorge die Unterstützung armer erkrankter Kantonsfremder im Gemeindegebiete überbunden, so haben auch die Niedergelassenen aus andern Kantonen ein bedingtes Anrecht auf Unterstützung, so dass in dieser Beziehung die Entrichtung einer besonderen oder mit der allgemeinen Gemeindesteuer unausgeschieden erhobenen Armensteuer einigermaßen gerechtfertigt ist, wie die speziell für Armenzwecke erhobene Staatssteuerzulage von Kantonsfremden in Kantonen, in denen der Fiskus die Kosten für die Unterstützung von kantonsfremden Kranken nach Bundesgesetz trägt.

In der Auffassung des Stimmrechts als ein von Gemeinde und Staat gebotenes Äquivalent der Steuerpflicht findet zwar der Ausschluss der armengenössigen Bürger vom Stimmrecht seine Begründung; dadurch wird aber der Gesetzgebung und den administrativen Massnahmen für die obligatorisch-amtliche Armenpflege leicht die rein materialistische Grundlage verliehen, d. h. die Armenfrage zu einer blossen Angelegenheit der Steuerzahler gestempelt. Die Entrichtung der Armensteuer enthebt bis zu einem gewissen Grade vom Almosengeben. Ist nun das Almosengeben ein Gebot der Humanität und der Religion, so ist auch die Entrichtung der Armensteuer, der Ersatz des Almosengebens, ein solches Gebot, wenn die Armensteuer auch zu einem Schutzgeld vor Bettel und Eigentumsgefährdung etc. geworden ist. Dieses Schutzgeld muss, wenn der Ertrag des Armengutes und die für die gesetzliche Armenunterstützung bestimmten anderweitigen Hilfsmittel nicht ausreichen, solchermassen entrichtet werden, dass die obligatorisch-amtliche Armenpflege nach humanitären Grundsätzen durchgeführt werden kann, ob dasselbe nun als besondere Armensteuer oder in der allgemeinen Steuer erhoben wird. Wie die „Mutter Erde“ für alle die Existenzmittel bieten soll, wurde denn auch die erste Steuer zu Armenzwecken vom Grundbesitz in Form einer Naturalabgabe erhoben, indem ein Teil des Zehnten,

dessen Erhebung unter Karl d. G. staatlich geordnet wurde (779), für die Armenpflege zu verwenden war. Die Armenunterstützungspflicht war der Gemeinde überhaupt auch als Eigentümerin der Gemeingüter 1551 von der eidgenössischen Tagsatzung überbunden worden, gemäss den im „Schwabenspiegel“ (aus dem Anfang des XIII. Jahrhunderts) niedergelegten und noch heutzutage im Güter- oder Hofsystem in der bernischen Armenversorgung zum Ausdruck gelangende Prinzip des Zusammenhangs von Grundeigentum und Armenpflege. Vor dem Tagsatzungsbeschluss vom 6. VI. 1681, durch welchen die Lokalisierung der Armen in die unterstützungspflichtige Gemeinde gefordert wurde, musste da, wo die Mittel der Gemeinde und des Staates nicht hinreichten, das Almosensammeln gestattet werden, sofern noch keine weitere Steuerveranlagung als der Zehnten bestand. Der Tagsatzungsbeschluss von 1559 betreffend die Steuer- oder Bettelbriefe für Arme wurde zwar 1571 wegen dem mit diesen Ausweisen getriebenem Missbrauch wieder aufgehoben, allein die Tagsatzung vom 24. III. 1591 musste die Obrigkeiten und für die gemeinen Vogteien die Landvögte neuerdings anweisen, den Armen Bescheinigungen für das Almosensammeln auszustellen; es verstand sich hierbei, wie 1622 im Abschied hervorgehoben wurde, dass die Armen nicht „über ihres Ortes Jurisdiktion“, also nicht über das Kantonsgebiet hinaus dem Almosen nachgehen durften. Als zur Zeit der Helvetik Schritte eingeleitet wurden, die Steuer auf dem Grundbesitz nach Bodenertrag (in Natura) in eine solche auf das Grundeigentum nach Bodenwert (in Geld) überzuführen, wurde in Misskennung, dass es sich bloss um einen Wechsel des Steuerprinzips handeln sollte, im Namen von hunderttausend Armen in einer „Bittschrift an die Gesetzgeber Helvetiens“ die Aufrechterhaltung des Zehnten verlangt.

Die infolge Krankheit entstandene, mit Unfähigkeit zum Heimtransport verbundene und anderweitige nur vorübergehende Hilfsbedürftigkeit darf für die im Gebiete der Eidgenossenschaft niedergelassenen Schweizerbürger nach der Bundesverfassung kein Grund zum Entzug der Niederlassung bilden; aber nur im ersteren Falle (wegen Krankheit), und bloss soweit es Kantonsfremde betrifft, wird bundesrechtlich der Wohngemeinde, bezw. dem Wohnkanton, die Verpflichtung zur Unterstützung unter Rückgriffsrecht auf privatrechtlich Verpflichtete, nicht aber auf die heimatlichen Armenbehörden auferlegt. Bezüglich der Unterstützung werden in der Praxis die Aufenthalter und Durchreisenden den Niedergelassenen gleichgestellt. Weil die Kantone den Bettel verbieten und als Polizeivergehen ahnden, so müssen sie subsidiär, soweit die Einwohnerschaft oder die Landsmannschaft nicht freiwillig eintritt, die Fürsorge auch auf diese Personen

ausdehnen. In verschiedenen Kantonen ist denn auch für die dürftigen Durchreisenden die staatliche Naturalverpflegung eingeführt. Staatliche und freiwillige Institutionen für Naturalverpflegung haben sich zu einem interkantonalen Verbands zusammengeschlossen, welcher durch Führung einer „schwarzen Tafel“ im Verbandsorgane gegen den Missbrauch der Inanspruchnahme der Naturalverpflegungsstationen wirkt. In Uri und Neuenburg sind die Gemeinden durch das Armengesetz zur Unterstützung armer Durchreisender verpflichtet, sofern in ersterem Kanton nicht die „Fremdenspitäler“ dafür eintreten, in letzterem die Naturalverpflegung nicht von freiwilliger Seite besorgt wird; in Tessin lässt der Staat die armen Durchreisenden durch die Commissari distrettuali an den Bezirkshauptorten, in Leventina in Faido und Airolo, unterstützen. Durch die länderverbindenden Alpenstrassen hat die Unterstützung von Durchreisenden auf schweizerischem Gebiet schon im frühen Mittelalter eine grosse Bedeutung erlangt (Fremdenspitäler und Berghospizien in Wallis, Uri, Tessin, Graubünden, Berner Oberland etc., Fremden- oder „Elenden“-Herbergen in den Städten Basel, Bern und Zürich); einzelne dieser Institutionen haben sich bis heutzutage erhalten, während andere durch Umgestaltungen im Verkehrswesen relativ früh wieder eingingen, wie das schon vor 831 bestandene, seinerzeit reich begüterte St. Peter-Hospiz auf dem Septimer. Die vorübergehend unterstützungsbedürftigen Niedergelassenen und Aufenthalter, welche nicht von Bundeswegen unterstützt werden müssen, sind hauptsächlich auf die freiwillig ausgeübte Armenpflege angewiesen; in Bern ist für Kantonsbürger allerdings die Spend- und Krankenkassen-Unterstützung gesetzlich vorgesehen. Neben der freiwilligen „allgemeinen Armenpflege“, die in Basel-Stadt geradezu durch das Armengesetz, in der Stadt Zürich bei der Neuordnung des Armenwesens nach der Inkommunalisierung der Ausgemeinden durch die Stadtbehörde eine Regulierung erfahren hat, und die z. B. in zürcherischen Landgemeinden besonders durch kirchliche oder örtliche Spendgüter, im Kanton Neuenburg durch die „Fonds des sachets“ der Landes- und freien Kirchen, in waadtländischen Städten durch die „Bourses des pauvres habitants“ erfolgt, besteht aber auch noch eine für Spezialzwecke organisierte freiwillige (private und fakultativ-amtliche) Armen- und Wohlfahrtspflege, welche die gesetzliche Armenpflege erheblich entlastet. Bundesrat Dr. Jb. Dubs sprach sich in seiner im zürcherischen Kantonsrat anlässlich der Armengesetzesberatung am 1. III. 1853 gehaltene Präsidialrede dahin aus, die gesetzliche Armenpflege sollte überhaupt ganz in eine freiwillige übergeführt werden, indem die freiwillige Armenpflege am besten der wahren Demokratie entspreche. Durch das von

ihm ausgegebene Losungswort, „man organisiere die freiwillige Armenpflege, die Elemente dazu werden sich schon finden“, entstanden namentlich in der Ostschweiz freiwillige Ortsarmenvereine. Der gemeinnützige oder wohltätige oder armenpflegerische Charakter einer unter die Bestimmungen des Titels XXVI des O. R. fallenden Institution enthebt diese nach einem Entscheid des schweizerischen Handelsdepartements von 1883 nicht von der Eintragungspflicht ins schweizerische Handelsregister, selbst wenn sie im Zusammenhange mit der Staatsverwaltung steht.

Der Stand des Armenwesens eines Landsteils kann erst richtig bemessen werden, wenn nicht nur das Wirken der organisierten, sondern auch dasjenige der freien, nicht nur die Tätigkeit der amtlichen, sondern auch diejenige der privaten Armenpflege, nicht nur die Leistungen der gesetzlichen Armenpflege nach dem offenen Armenbudget, sondern auch diejenigen der freiwilligen Armenpflege in Betracht gezogen werden. Die moderne Armengesetzgebung nimmt auch auf das Verhältnis der freiwilligen Armenpflege zur gesetzlichen Bezug. Es liegt nämlich im Interesse einer rationellen Armenpflege, dass die in einer Gemeinde wirkenden Institutionen untereinander in Fühlung stehen. Das neuenburgische Armengesetz von 1889 bestimmt deshalb auch in Art. 41 und 43, dass jede in einer Gemeinde bestehende Institution einen Vertreter in eine allgemeine Kommission delegieren soll. In den Städten Genf und Lausanne haben (in Genf durch Vertrag von 1880) Armen- und Wohltätigkeits-Institutionen sich freiwillig zu gemeinsamem Vorgehen organisiert. Im Kanton Bern stehen die Organe der gesetzlichen und freiwilligen Armenpflege eines Amtsbezirkes durch alle zwei Jahre stattfindende „Amtsarmenversammlungen“, im Kanton Luzern Vertreter der Gemeinderäte eines Amtsgelüfenbezirks durch mindestens je das zweite Jahr zur Besprechung des Armenwesens zusammentretende „Amtsversammlungen“ in Verbindung. Seit dem Jahre 1904 kommen jährlich Vertreter von gesetzlichen und freiwilligen Armeninstitutionen zu einer schweizerischen Armenpflegerkonferenz zusammen. Zum „schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung“ erscheint als monatliche Beilage „Der Armenpfleger“, welche als Publikationsorgan für die Armenpflegerkonferenzen dient.

Die Aufsicht über die gesetzliche Gemeindearmenpflege üben die Kantone durch bestimmte Departemente bzw. Direktionen der Regierung, wo eine politische Bezirkeinteilung besteht, meist unter Mitwirkung von Bezirksbeamten, aus; in einzelnen Kantonen ist dem bezüglichen Verwaltungsorgan eine Armenkommission oder ein Armenreferent beigegeben. Bern hat das Armeninspektorat eingeführt. Die Kan-

tone als solche sorgen namentlich für die Erleichterung der Unterbringung von Armen, für welche die Unterstützungsspflicht gesetzlich Verwandten und Gemeinden obliegt. Sie kommen dieser Aufgabe dadurch nach, dass sie entweder Beiträge an die daherigen Kosten verabfolgen, oder dass sie durch Errichtung oder Subventionierung von Anstalten für Arme Aufnahmevergünstigungen erwirken. Zur Entlastung der Gemeindefürsorge verabfolgen gewisse Kantone an stark belastete Gemeinden auch Beiträge. Die Staatsbeiträge an die Gemeindefürsorge, bezw. Mitwirkungen des Staates bei der Armenunterstützung, lassen sich für einzelne Kantone (Zürich, Bern) auf die Reformation zurückführen, durch welche Klostersgüter eingezogen und kirchliche Zehnten verstaatlicht wurden. Einzelne Kantone übernehmen bestimmte Kategorien von Armen direkt zur Unterstützung. Die weitgehendste Staatsfürsorge hat Bern (Auswärtigen-Armenpflege, d. h. Armenpflege für die in andern Kantonen befindlichen Berner von zweijähriger Niederlassung ausserhalb des Heimatkantons an, sofern ihre Heimatgemeinde nicht noch die bürgerliche Armenpflege führt). Basel-Stadt hat mit Armengesetz die Altersversorgung dürftiger Niedergelassener (i. d. R. mit 60. Altersjahr), welche vom 20. Jahr an während wenigstens 25 Jahren (dabei 5 Jahre unmittelbar vor der Anmeldung) im Kanton gewohnt und gearbeitet haben, eingeführt.

Bei der Armenversorgung ist zu unterscheiden zwischen

1. derjenigen im eigenen Haushalt, bezw. im Haushalt des Alimentationspflichtigen (Armenunterstützung im engeren Sinn),
2. derjenigen im Haushalt Dritter, und zwar
 - a) einer Privatperson (Armenverkostgeldung),
 - b) einer Anstalt (Anstaltspflege).

Die sub 1 und 2 a genannten Versorgungsarten werden in der deutschen und englischen Literatur über das Armenwesen als „offene“ Armenpflege, „out door relief“, der Anstaltsfürsorge gegenübergestellt. Als besondere Formen sind hervorzuheben: bei der Armenunterstützung im engeren Sinn die Gewährung einer Wohnung in einem sog. „Armenpittel“ (Armenhaus), bei der Armenverkostgeldung der Kehrgang und das im Kanton Bern, alter Teil, in verschiedenen Gemeinden übliche System der Hofverpflegung. Aus volkserzieherischen Gründen hat der Staat ein direktes Interesse, wenn für die mit körperlichen und geistigen Gebrechen behafteten Personen (Epileptischen, Taubstummen, Irrsinnigen u. s. w.) die richtige Anstaltspflege eintritt. Die erforderliche Spezialisierung im Anstaltswesen nach näherer Zweckbestimmung (Heilung von körperlich Kranken oder von Geisteskranken, Pflege von Rekonvaleszenten oder von Unheilbaren oder von Alters-

schwachen oder von bildungsunfähigen Kindern, Knaben- und Mädchenerziehung, Erziehung abnormal veranlagter Kinder, etc.) vermögen aber im allgemeinen nur grössere Kreise, wie Bezirksverbände und Landesvereine, insbesondere ein Staat selbst, durchzuführen. Die kantonalen Anstalten legen denn auch Zeugnis vom Staatsaltruismus ab. Wie die im Mittelalter obrigkeitlich (in der Eidgenossenschaft z. B. durch den Tagsatzungsbeschluss vom 9. X. 1490) anbefohlene Internierung der Aussätzigen zur Errichtung von Siechenhäusern, so hatte in der Folge der Zeit der eidgenössische Tagsatzungsbeschluss von 1681 zur Gründung von „Armenhäusern“, in welchen zunächst unterschiedslos die der Öffentlichkeit zur Last fallenden Personen kaserniert wurden, geführt. In der Spezialisierung des allgemeinen Zwecks der Versorgung nach den Richtungen Verpflegung, Heilung, Erziehung, Korrektion und Strafe (als Sühne) zeigte sich dann der Fortschritt der Anstaltspflege. Selbst städtische Waisenhäuser haben ihren Ursprung in Anstalten, die im XVII. Jahrhundert zugleich der Korrektion und Strafe dienten (eine „Waisen- und Zuchtanstalt“ wurde 1637 in Zürich, 1657 in Bern, 1658 in St. Gallen und 1667 in Basel errichtet). Eine fortgeschrittene Spezialisierung im Anstaltswesen weist der Kanton Waadt auf; sie wurde hier durch die in der gesetzlichen Organisation des öffentlichen staatlichen Hilfswesens vorgesehene Dreiteilung („Institution en faveur de l'enfance malheureuse et abandonnée“, „Etablissement en faveur des incurables et des vieillards infirmes“, „Hospices cantonaux“ pour l'assistance médicale) gefördert.

In der Schweiz hat die alte Eidgenossenschaft und in ihrer Nachfolge der Bundesstaat für das Armenwesen, wie nachgewiesen, die Einheit geschaffen: Armenfürsorgepflicht der Kantone (Tagsatzungsbeschluss von 1491); obligatorisch-amtliche Gemeindefürsorge für die Kantonsbürger (Tagsatzungsbeschluss von 1551); Lokalisation der Armenfürsorge in die unterstützungspflichtige Gemeinde, sofern von dieser, bezw. den Heimatkanton nicht auswärts genügende Unterstützung verabfolgt oder der Heimtransport aus andern Kantonen nicht wegen Krankheit unmöglich wird (Tagsatzungsbeschluss von 1681 und Bundesverfassung, Art. 45 und 48). Aber ganz besonders für das Armenwesen treffen, wie weiterhin hervorgeht, die Worte des Dichters Gottfried Keller (im „Fähnlein der sieben Aufrechten“) von der die schweizerischen Zustände charakterisierenden „Mannigfaltigkeit in der Einheit“ zu. Es ist nun schon versucht worden, in der Mannigfaltigkeit des Armenwesens der 25 Kantone dadurch ein System zu bringen, dass zwei prinzipiell verschiedene Rechtsentwicklungen — die „germanische“ für die deutsche Schweiz (ausgenommen Baselstadt), die „romanische“

für die französische und italienische Schweiz nebst Baselstadt — angenommen werden. In der Rechtsentwicklung des Armenwesens von Deutschland kennt man aber nur die gesetzliche Gemeindepflege auf Grund des Staatsbürgerrechts (nicht des Ortsbürgerrechts) und verlegt die organisierte freiwillige Armenpflege die Haupttätigkeit auf die in der Gemeinde „eingesessenen“ Bürger, nicht wie in der Schweiz auf die Niedergelassenen. Nach der Rechtsentwicklung des Armenwesens von Frankreich bilden die Hospitäler und die Wohltätigkeitsbureaux Zentralstellen, deren Leistungen sich nach den Mitteln richten; bei den Unterstützungen wird im allgemeinen der Grundsatz beachtet, „die Armenpflege kennt keine Nationalität.“ Die romanische Rechtsentwicklung lässt somit die gesetzliche Armenpflege von der freiwilligen nicht abgrenzen; in der Schweiz hat aber die obligatorisch-amtliche Armenpflege, wie sie auch die Mittel beschafft, für die Staatsbürger da einzutreten, wo eine freiwillige Armenpflege nicht ausreicht oder fehlt. Auch in der französischen Schweiz wurde als Folge des Tagsatzungsbeschlusses von 1681, wie von einem der hierseitigen Bearbeiter anderwärts dargelegt („Geschichte des Armenwesens“ in: Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung), die freie Armenpflege innerhalb der Gemeinde (das Almosenspenden) durch die obligatorisch-amtliche zurückgedrängt. Die sozial-wirtschaftlichen Zustände und kulturgeographischen Verhältnisse in den Gebirgskantonen Wallis, Tessin und Graubünden bringen nun allerdings mit sich, dass in einzelnen Gemeinden höchst selten Bürger armengenössig werden; aber auch diese Gemeinden haben, sobald der Fall eintritt, wo unterstützungsbedürftige Ortsbürger ohne verwandtschaftliche oder anderweitige genügende Hilfeleistung sind, die gesetzliche Armenpflege in Funktion treten zu lassen. Wenn Tessin auch erst seit 26. I. 1903 ein „allgemeines Armengesetz“ hat, so waren auch hier der gesetzlichen Armenpflege in der Gemeindegesetzgebung und in andern Erlassen doch schon längst die Direktiven gegeben. In Wallis, Tessin und Graubünden giebt es noch Gegenden, die von einem nachhaltigen Pauperismus durch Umgestaltungen und Krisen im Erwerbsleben verschont geblieben sind. In diesen Kantonen wird der Pauperismus hauptsächlich durch Elementarereignisse bewirkt; Tessin und Graubünden haben gegen denselben staatliche Massnahmen getroffen und Hilfsfonds errichtet. Das bezügliche Hilfswesen wird im Tessin von der „Commissione cantonale di beneficenza“ besorgt. — Im Gegensatz zu den eben erwähnten Gegenden giebt es in vorwiegend agrikolen Distrikten mit fortgeschrittener sozial-wirtschaftlicher Entwicklung einen derartigen Pauperismus, dass infolge der grossen Armenlasten Gemeinden eine

starke Entbürgerung erlitten (wie Beinwil im Kanton Solothurn) oder sogar eingehen mussten (wie schon 1854 Wohlhusen-Markt, dann 1888 Schachen im Kanton Luzern).

Der Bund trägt speziell dafür Sorge, dass die Unterstützung da eintritt, wo die Dürftigkeit infolge gewisser, von ihm getroffenen Anordnungen entstanden ist. Werden in der Schweiz Einwohner ohne eigenes Verschulden durch die staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung von gemeingefährlichen Krankheiten (Desinfektion, Auslogierung, Internierung etc.) in Dürftigkeit gebracht, so haben sie nach dem eidgenössischen Epidemiegengesetz Anspruch auf eine unentgeltliche ärztliche Behandlung und Verpflegung, bezw. bei Erwerbsverlust auf eine dem Bedürfnisfalle entsprechende Entschädigung. An die den Kantonen und Gemeinden diesbezüglich erwachsenen Kosten ersetzt der Bund die Hälfte. — Werden Familien durch den Entzug ihres Ernährers zur Ausbildung oder Ausübung der Wehrkraft in Dürftigkeit versetzt, so sind die Kantone gemäss Art. 234 der schweizerischen Militärorganisation verpflichtet, denselben eine ausreichende Unterstützung zu sichern. Die im Wurfe liegende neue Militärorganisation soll diese Unterstützungsverhältnisse für die gesamte Schweiz einheitlich regeln; die bezüglichen Kosten sollen nach dem Antrag Schwander zu $\frac{3}{4}$ vom Bunde und zu $\frac{1}{4}$ vom Kanton getragen werden, den Gemeinden also keine finanziellen Leistungen auffallen. — Werden durch tödlichen Unfall oder Krankheit im Militärdienste oder bei militärischen Vorbereitungen (wie Vorunterricht, Schiessübungen in freiwilligen Schützengesellschaften) Eltern, elternlose Geschwister oder Grosseltern der Gestorbenen in Dürftigkeit versetzt, so haben dieselben Anspruch auf eine unter billigen Rücksichten der Verhältnisse bemessene Pension, sofern nicht eine Witwe oder Waisenkinder den Vorrang auf die Pension haben. Eltern schliessen für die Pensionsberechtigung die Geschwister und diese die Grosseltern für so lange aus, als je die ersteren selbst die Pension beziehen. Die Jahrespensionen werden von der eidgenössischen Pensionskommission in folgendem Umfange festgesetzt: Für Eltern je auf Lebenszeit bis auf 35 % des Jahresverdienstes des Verstorbenen, bezw. nur für den Vater oder nur für die Mutter bis auf 20 %; für elternlose Geschwister bis zum zurückgelegten 18. Altersjahr, bei Erwerbsunfähigkeit aber bis 70 Jahre nach dem Geburtsjahr des Verstorbenen, bis auf 25 %, bezw. für einen Bruder oder eine Schwester allein bis auf 15 %; für Grosseltern je auf Lebenszeit bis auf 25 %, bezw. nur für einen Grossvater oder nur für eine Grossmutter bis auf 15 %. Bis zur Inkrafttretung des eidgenössischen Militärversicherungsgesetzes vom 28. VI. 1901 hatten auch die Witwe und Waisen und, wenn der

Unfall oder die Krankheit nicht einen tödlichen Ausgang nahm, aber die Erwerbskraft ganz oder zum Teil verloren ging, der Geschädigte im Bedürfnisfalle das Recht auf Unterstützung beim Bunde (Militärpensionen). Nunmehr haben die Militärpersonen bis zum Wiedereintritt der Erwerbsfähigkeit oder bis zu der durch Invaliditätserklärung fälligen Pensionsberechtigung das Recht auf kostenfreie Verpflegung und Behandlung in dem durch die Militärbehörde angewiesenen Spital oder bei häuslicher Verpflegung auf den Spitalersatz und nach Ablauf des Dienstes (während dessen Dauer der Gradsold ausbezahlt wird) auf ein Krankengeld. Nach der allfälligen Invaliditätserklärung steht ihnen das Recht auf Jahrespensionen für den Erwerbsverlust oder die Erwerbseinbusse, eventuell für eine blosser Beeinträchtigung der körperlichen Integrität zu. Sodann haben diejenigen Personen, für deren Alimentation die infolge Unfalles oder Krankheit im Militärdienste Verstorbenen durch die Familienbegründung hätten aufgenommen sollen (Frau und Kinder), das Recht auf sogenannte Hinterlassenen-Pensionen. Für verstorbene Militärpersonen wird von der Militärversicherung auch ein Sterbegeld ausbezahlt, welches in erster Linie für die Kosten der Beerdigung zu verwenden ist. Im Falle gänzlicher Hülflosigkeit und bei gleichzeitigem Notbedarf kann das Krankengeld bis auf den vollen Betrag des Tagesverdienstes erhöht werden; sind pensionsberechtigte Nachkommen der durch Unfall oder Krankheit Verstorbenen zeitlebens erwerbsunfähig, so erhalten sie die Pension auch noch nach dem zurückgelegten 18. Altersjahre. Wenn der Militärdienst ausschliesslich im kantonalen oder einem lokalen Interesse angeordnet wurde, so steht dem Bund für alle Entschädigungen, die wegen Krankheit oder Unfall von Militärpersonen in demselben ausgerichtet werden müssen, ein Rückgriffsrecht auf den bezüglichen Kanton zu. Durch diese Reorganisation des Militärpensionswesens soll der schweizerische Invalidenfonds, welcher, bis er die Höhe von 50 Millionen Franken erreicht hat, jährlich mit Fr. 500,000 aus der Bundeskasse geäufnet wird, gleich dem Grenus-Invalidenfonds und der eidgenössischen Winkelriedstiftung gemäss deren Stiftungsurkunden, nur im Kriegsfall verwendet werden. Im Kriegsfall wird auch das organisierte und unter militärische Befehle gestellte Sanitätspersonal der schweizerischen Hilfsgesellschaften in die Militärversicherung einbezogen. Vereine und Anstalten, die sich in der freiwilligen Sanitätshilfe zu Kriegszwecken und in der Bereithaltung eines geschulten Krankenpflegepersonals betätigen, subventioniert der Bund nach einem Bundesbeschluss vom 25. VI. 1903 und der Vollziehungsverordnung vom 30. XII. 1903. Diese Subventionen werden durch den schweizerischen Zentralverein

vom roten Kreuz ausgerichtet. Es ist gesetzlich ein jährlicher Budgetkredit von Fr. 20,000 für die Ausbildung und Bereithaltung von beruflichem Krankenpflegepersonal und ein solcher von Fr. 25,000 für die Ausbildung von Personal und die Beschaffung und Bereitstellung von Material für den Transport-, Spital- und Magazindienst, für vorbereitenden Unterricht in Friedenszeiten (Samariterkurse, Kurse für häusliche Krankenpflege und Gesundheitspflege, Felddienstübungen) und für Propaganda (Fachzeitschrift, Wandervorträge, Honorierung von Preisaufgaben) bestimmt. Der Verein vom Roten Kreuz mit seinen Sektionen ist der nationale Ausbau der Genfer Konvention zur völkerrechtlichen Anerkennung der humanen Behandlung und Verpflegung der Kriegsverwundeten, welche durch Dunants Schrift „Souvenir de Solferino“ (1862) entstand.

Der Grossteil des Volkes ist, wie schon betont wurde, für den Lebensunterhalt ganz oder vorwiegend auf die Erwerbskraft angewiesen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist deshalb, dafür zu sorgen, dass die Staatsbürger zur Vollkraft der Erwerbsfähigkeit gelangen. Die Grundlagen hierzu liegen einerseits in der Volksgesundheit und Volksernährung, anderseits in der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Wie die Regelung der Armenunterstützung ein wesentliches Mittel zur Erhaltung des Gesundheitszustandes des Volkes ist, so bildet der gehobene Gesundheitszustand ein Präventivmittel gegen die Verarmung. Der Bund hat auch in dieser Beziehung eine Fürsorge getroffen. Das eidg. Epidemien-gesetz vom 2. VII. 1886, welches an Stelle der auf dem Konkordatswege geschaffenen „Verordnung in Betreff gemeineidgenössischer Gesundheitspolizeianstalten zur Sicherung vor ansteckenden Seuchen von Aussen und vorzunehmenden Massregeln im Innern der Schweiz“ vom 7. VIII. 1829 trat, sieht Bundessubventionen an die Errichtung von Absonderungshäusern und Anschaffung von Infektionsapparaten etc. vor. Ferner ist in der Bundesverwaltung ein „Schweiz. Gesundheitsamt“ geschaffen worden. Im Kanton Tessin steht jedem Einwohner das Recht auf unentgeltliche Arznung durch vom Volk (event. unter Mithilfe des Staates) besoldete Kreisärzte zu; diese „Istituzione delle condotti medico-chirurgiche“ wurde am 25. XI. 1870 gesetzlich eingeführt. In den andern Kantonen bestehen in der Regel zu gunsten der Armen Ermässigungen der Ärzte-, Apotheker- und Hebammen-taxen. In Luzern werden Armenärzte aus der kantonalen Armenkasse entschädigt (gemäss § 46 des Armengesetzes von 1889 und den daherigen Ausführungsbestimmungen). Die Städte-Kantone Genf und Baselstadt haben Vorkehren für eine weitgehende unentgeltliche öffentliche Krankenpflege getroffen, ersterer

durch Gesetz vom 21. XI. 1900, letzterer durch die Errichtung einer allgemeinen Poliklinik. Mit der Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung ist die Gefahr für den einzelnen, sich in der Erwerbsausübung Krankheiten oder Unfälle zuzuziehen, grösser geworden. Laut eidg. Zählung waren vom 1. IV. 1888 bis 31. III. 1891 in der Schweiz 81,572 Unfälle vorgekommen, davon 3572 mit Tod, 3282 mit bleibender Erwerbsunfähigkeit und 74,718 mit Krankheit. Seit dieser Zählperiode weisen die Unfälle in der Schweiz eine fortwährende Vermehrung auf; 1904 betrug die Zahl der durch Verunglückung herbeigeführten Todesfälle allein 2098, und es gab in diesem Jahre im ersten Fabrikinspektoratskreise laut dem Bericht der eidg. Fabrikinspektoren auf 1000 Arbeiter 118.4 wesentliche Unfälle. Der Bund hat speziell zur Überwachung des Gesundheitszustandes etc. in den Fabriken und Bergwerken Inspektorate eingeführt. Die vermehrte Gefahr des Zuzuges von Unfällen und Krankheiten rief der Errichtung von Institutionen, welche die Betroffenen vor Verarmung zu schützen vermögen. Diese Institutionen beruhen teils auf Selbsthilfe, teils auf Staatshilfe. Es gibt nunmehr in der Schweiz eine grosse Zahl von Hilfsgesellschaften auf Gegenseitigkeit (Kranken-, Unfall-, Invalidenkassen). Das Bundesgesetz betreffend den Lohnabzug und das Bussenwesen bei den nach der Bundesgesetzgebung haftpflichtigen Unternehmungen vom 26. VI. 1902 bestimmt, dass die Bussen, die nur auf Grund eines genehmigten Reglementes gefällt werden und unter keinen Umständen die Hälfte des Taglohnes des Gebüssten übersteigen dürfen, bloss im Interesse der Arbeiter, namentlich für Unterstützungskassen (Fabrikkrankenkassen etc.), zu verwenden sind. In einigen Gemeinden, in St. Gallen gestützt auf ein kantonales Gesetz vom 19. I. 1885, sind die Aufenthalter, namentlich die fremden Handwerks Gesellen, verpflichtet, einer Krankenkasse beizutreten. Am 26. X. 1890 übertrug das Schweizer Volk mit grosser Mehrheit dem Bunde das Gesetzgebungsrecht betreffend die Einrichtung einer Kranken- und Unfallversicherung, die allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen obligatorisch erklärt werden kann. Dieser Volksbeschluss (Art. 34^{bis} der Bundesverfassung) legt, wie Ständeratspräsident Muheim in seiner Präsidialrede vom 1. XII. 1890 sagte, „Zeugnis ab vom einsichtigen und humanen Sinne der Schweizer aller Gauen“. Mit Botschaft vom 10. XII. 1906 veröffentlichte der Bundesrat einen bezüglichen Gesetzesentwurf; eine frühere Vorlage war vom Schweizervolk am 20. V. 1900 abgelehnt worden. Die Bundesgesetze betreffend die Haftpflicht vom 25. IV. 1881 und 26. IV. 1887 und der Bundesratsbeschluss vom 18. I. 1901 sichern den Arbeitern in Fabriken oder in einem mehr

als fünf Arbeiter beschäftigenden Baugewerbe, sowie in Gewerben mit explodierbaren Stoffen, den Arbeitern bei Strassen-, Brücken- und Wasserbauten, den Telegraphen- und Telephonarbeitern, den Bergwerksarbeitern und den Flossknechten der grösseren Flössereien, wenn diese Personen auf unverschuldete Weise bei ihrer Dienstverrichtung in der Erwerbsfähigkeit vorübergehend oder dauernd beeinträchtigt werden, das Recht auf Ersatz des Schadens durch den Arbeitgeber zu, im Sterbefall den Hinterlassenen, wenn der Verunglückte zum Aufkommen für deren Unterhalt verpflichtet war, das Recht auf eine angemessene Entschädigung. Durch das Bundesgesetz vom 28. III. 1905 wird sodann die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmungen und der Post neu geregelt. Wenn beim Bau und Betrieb einer dieser öffentlichen Verkehrsanstalten oder bei Hilfsarbeiten, mit denen die besondere Gefahr des Verkehrsbetriebes verbunden ist, eine Person getötet oder körperlich verletzt wird, so haftet der Inhaber der Unternehmung, bei den Bundesbahnen und der Post der Bund, für den daraus entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, dass der Unfall durch höhere Gewalt, durch Verschulden dritter oder durch Verschulden der betroffenen Person selbst verursacht wurde. Der Schadenersatz umfasst im Falle des Todes die erwachsenen Kosten, insbesondere diejenigen der Beerdigung. Ist der Tod nicht sofort eingetreten, so ist namentlich auch für die Kosten der versuchten Heilung und für die Nachteile der Erwerbskraft Entschädigung zu leisten. Haben andere Personen durch den Tod ihren Versorger verloren, so ist auch für diesen Schaden Ersatz zu leisten. Körperverletzung gibt dem Verletzten Anspruch auf Ersatz der Kosten und auf Entschädigung für Nachteile gänzlicher oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit; überdies kann der Richter bei einer Verstümmelung oder Entstellung, durch welche das Fortkommen des Verletzten erschwert wird, auch dafür eine Entschädigung zusprechen. Wenn die betroffene Person gegen Unfall versichert und die haftbare Unternehmung an der Bezahlung der Prämien oder Beiträge an diese Versicherung beteiligt war, so kann die Versicherungssumme, welche der Verletzte oder die Anspruchsberechtigten erhalten, zu dem Teile, welcher der Beitragsleistung der Unternehmung entspricht, von der Schadenersatzsumme in Abzug gebracht werden. Gegenüber ihren Angestellten und Arbeitern hat eine Unternehmung nur dann Anspruch auf diese Abzüge, wenn die Versicherung, an welche sie beiträgt, alle beim Bau oder Betrieb dieser Unternehmung vorkommenden Unfälle umfasst. — Den dürftigen Personen, welche auf dem Gerichtswege die aus der Haftpflicht entspringenden Ansprüche geltend machen müssen, soll von den Kantonen, nach der schweizerischen

Haftpflichtgesetzgebung, das Armenrecht zur Prozessführung erteilt werden. Das Armenrecht wird gemäss Art. 27 des Bundesgesetzes über das Verfahren beim Bundesgericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 6./13. VII. 1855 auch für Prozesse vor Bundesgericht gewährt. Die Partei, welcher das Armenrecht bewilligt wird, ist nach Art. 212 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege vom 22. III. 1893 von der Kautionspflicht und von der Bezahlung der Gerichtskosten befreit. Das Honorar des ihr vom Bundesgericht beigegebenen Anwaltes ist von der Bundesgerichtskasse zu entrichten. Wenn die Partei später zu Vermögen gelangt, so hat sie der Bundesgerichtskasse Ersatz zu leisten.

Der Staat hat nicht erst soziale Schäden infolge einer mangelhaften Volksernährung zu mildern, sondern auf eine rationelle Ernährung im Interesse der Wehrkraft, der Leistungsfähigkeit des Volkes und des Nationalreichtums hinzuwirken. Die Bundesverfassung bestimmt denn auch in Art. 29, dass die unentbehrlichen Lebensmittel nicht durch hohe Zölle einer künstlichen Preissteigerung unterworfen werden dürfen, und in Art. 69^{bis}, dass der Verkehr mit Lebensmitteln, welche die Gesundheit gefährden können, amtlich zu beaufsichtigen sei (Lebensmittelpolizeigesetz von 1906). Die Geldwirtschaft vermag auf die Volksernährung einen nachteiligen Einfluss auszuüben. Wenn der Genfer Statistiker Sanitätsrat Dr. Marc d'Espine 1847 auch noch den Nachweis leistete, dass die erhöhte Sterblichkeitsziffer, die erniedrigten Zahlen der wahrscheinlichen Lebensdauer und des mittleren Lebensalters beim Volk hauptsächlich auf Kosten der Armut zu schreiben seien, so bildet bei der gegenwärtigen sozialwirtschaftlichen Lage die Volksernährung wohl der gewichtigste Faktor für die Mortalitätsverhältnisse der Bevölkerung. Die bedeutendsten Volksernährungsmittel stammen aus der Landwirtschaft; nach den Preisen derselben richten sich auch die Preise für die übrigen Lebensbedürfnisse. Sobald die Absatz- und Preisverhältnisse für die aus der heimischen Landwirtschaft gewonnenen Produkte günstig sind, liegt die Gefahr nahe, dass die Landwirte selbst möglichst alle ihre Produkte gegen Bargeld dem Markte übermitteln und im eigenen Haushalt minderwertige Surrogate verwenden. So machte sich mit dem Aufblühen der Exportkäserei und der Exportviehzucht in den betreffenden Landesgebieten eine Verschlechterung der Ernährungsweise bei der Arbeiterklasse und beim Mittelstande bemerkbar, die ihre Folgen in den Rekrutenaushebungen deutlich aufweist. Bund und Kantone sehen sich deshalb schon seit längerer Zeit veranlasst, die Bestrebungen zur Hebung der Volksernährung zu unterstützen (Subventionierung von Haushaltungs-Schulen und -Kursen,

Bestimmung eines Teils des Alkoholzehntels und der eidgenössischen Schulsubvention zur Nachhülfe der Ernährung von Schulkindern etc.). Sollte die Preistreiberi der vom landwirtschaftlichen Berufsstand produzierten Lebensmittel, wie sie in den letzten Jahren von agitatorischer Seite eingeleitet worden, noch zunehmen, so müsste die Ernährungsweise in weiteren Volksschichten sich verschlechtern, solange nicht die Preise für die Lebensmittel, Kleider etc. wieder im richtigen Verhältnis zu dem Einkommen aus der Erwerbskraft bei den Angehörigen aller Berufsrichtungen stehen, solange also nicht eine Geldentwertung sich ganz vollzogen haben wird. Wenn dann aber die Geldentwertung da ist, so werden von derselben gerade die Produzenten der Lebensmittel aus der Landwirtschaft, wie bei der Beratung des Etats des Landwirtschaftsministeriums pro 1907 im preussischen Abgeordnetenhaus der Minister der Landwirtschaft von Armin hindeutete, am meisten in Mitleidenschaft gezogen; weil in der für sie vorgängigen günstigen Zeit die Bodenpreise und damit aber auch die Bodenverschuldung sich stark gesteigert haben werden. Der Übergang zum finanziellen Ausgleich in den Haushaltsbudgets der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, d. h. der Übergang zu dieser Geldentwertung, vollzieht sich konsequenterweise auf Kosten der Armenpflege, wodurch insbesondere die Steuerzahler aus den konsumierenden Kreisen indirekt betroffen werden.

Die Grundlage für die intellektuellen Fähigkeiten bietet die Volksschule. Für den Volksschulunterricht besteht in der Schweiz zwischen den Kindern aller Volksklassen, sofern sie normal veranlagt sind, kein Unterschied. Wo die Verabreichung der Lehrmittel und Schulmaterialien durch Gemeinde oder Staat nicht in der von der Bundesverfassung garantierten Unentgeltlichkeit des Besuches der allgemeinen Volksschule eingeschlossen ist, werden häufig den armen Schulkindern aus öffentlichen Kassen, aus dem Ertrage besonderer Fonds oder von freiwilligen Institutionen Lehrmittel und Schulmaterialien, namentlich auch Arbeitsschulstoffe angeschafft. Den Kantonen werden vom Bunde zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichts obliegenden Pflichten jährliche Beiträge geleistet. Diese eidgenössische Schulsüvention wird gemäss Bundesgesetz vom 25. VI. 1903 nach dem Einheitssatze von 60 Rappen per Kopf der Wohnbevölkerung, mit einer Zuschlagstaxe von 20 Rappen per Kopf für die Gebirgskantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Innerrhoden, Graubünden, Tessin und Wallis, bemessen und darf unter anderem auch zur Abgabe von Schulmaterialien und obligatorischen Lehrmitteln an die Schulkinder (unentgeltlich oder zu ermässigten Preisen), zur Nachhülfe bei

Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder und zur Erziehung schwachsinniger, im schulpflichtigen Alter befindlichen Kinder verwendet werden. Für einzelstehende oder der elterlichen Gewalt entzogene Kinder bestehen zur Vermittlung der Volksschulbildung fakultativ-amtliche oder private Erziehungsanstalten (Waisenhäuser, wenn ausschliesslich für arme Kinder bestimmt: Armen-erziehungsanstalten). In Anknüpfung an die strafrechtlichen Bestimmungen über den Entzug der elterlichen Gewalt, haben einzelne Kantone, insbesondere solche der französischen Schweiz, eingehende Spezialbestimmungen über die Versorgung verwahrloster und verlassener Kinder aufgestellt, sei es im Armengesetz (Waadt und Neuenburg) oder in einem eigenen Gesetz (wie Genf). Die Darstellung der Missstände in der Versorgung armer Kinder durch den Volksschriftsteller Jeremias Gotthelf (Albert Bitzios) für Bern und den Volksarzt Dr. Sonderegger für St. Gallen haben in ersterem Kanton, nach dem Vorbild der Armen-erziehungsvereine von Baselland und Aargau, den „Gotthelf-Stiftungen“, in St. Gallen einem Spezialgesetz betreffend die Erziehung armer Kinder gerufen. Im Hinblick auf Art. 64^{bis} der Bundesverfassung ist Aussicht vorhanden, dass spezielle, unter staatliche Aufsicht gestellte Anstalten für verbrecherisch veranlagte, primarschulpflichtige Kinder errichtet werden. Für schwachsinnige, bildungsfähige taubstumme, schwachsinnig-taubstumme, blinde und andere abnormale Kinder gibt es Spezialanstalten. Einzelne Kantone und Gemeinden gewähren dürftigen begabten Kindern für den Besuch von Mittelschulen Stipendien.

Wenn auch die Kinder schon früh zur Arbeitsamkeit angehalten werden sollen und das Prinzip der Erziehung durch Arbeit, wie es Pestalozzi 1775—1780 in seiner Anstalt Neuhof, der Wiege der schweizerischen Armen-erziehungsanstalten, beachtete, volle Berechtigung hat, so kann die Berufsbildung doch erst nach dem Austritt aus der Volksschule, also im Jünglings- bzw. im Jungfrauenalter, angeeignet werden. Die sog. industriellen Armen-erziehungsanstalten stehen deshalb auch unter dem eidgenössischen Fabrikschutzgesetz, damit die Kinder in ihrer Volksschulbildung nicht benachteiligt werden. Der Bund verabfolgt Subventionen an Anstalten und Unternehmungen, sowie Stipendien: a) zur Förderung der landwirtschaftlichen Berufsbildung gemäss dem schweizerischen Landwirtschaftsgesetz, b) zur Förderung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung gemäss Bundesbeschluss vom 27. VI. 1884, c) zur Förderung der kommerziellen Bildung gemäss Bundesbeschluss vom 15. IV. 1891, d) zur Förderung der hauswirtschaftlichen und beruflichen Bildung des weiblichen Geschlechts gemäss Bundesbeschluss vom 20. XII. 1895. Wenn der Aktivbürger befähigt sein

soll, für den Unterhalt einer Familie aufzukommen, wird ihm gegenüber doch auch die Frau durch die ihr naturgemäss obliegende Besorgung der Haushaltungsgeschäfte erwerbend; sodann hat der Staat selbst an einer künftigen leistungsfähigen Generation ein Interesse. Aus diesen Gründen erlangt ebenfalls die staatliche Förderung der hauswirtschaftlichen Bildung eine grosse Bedeutung. Auch die Kantone verabfolgen für die berufliche Bildung Stipendien und Subventionen, besonders Stipendien an Lehramtskandidaten. In Bern ist im Armengesetz eine Bestimmung über die Ausrichtung kantonaler Stipendien an arme Jünglinge und Mädchen zur Berufserlernung enthalten, während in anderen Kantonen die Lehrlings-Stipendien ausdrücklich als Armenunterstützung ausgenommen werden. In Anerkennung der Bedeutung der gründlichen Berufsausbildung nach Eignung und Neigung gewähren eine grosse Anzahl schweizerischer Gemeinden Stipendien; einzelne Ortschaften, namentlich in St. Gallen und Ausserrhoden, haben hierfür spezielle Fonds. Auch bestehen Vereine, welche die Berufsbildung unterstützen oder das Lehrlingspatronat ausüben. Im weiteren gibt es verschiedene Familienfonds speziell für Berufserlernende. Verschiedene Kantone haben das Lehrlingswesen gesetzlich regliert. Zur Verhütung von Unfällen im Erwerbsleben bedarf es ausser den Schutzvorrichtungen in den Betrieben namentlich auch denkender Arbeiter; der Arbeiter soll nicht Diener der Maschine, sondern Herrscher über dieselbe sein.

Der „Zug vom Land zur Stadt“ ist zu einem Schlagworte geworden, und tatsächlich haben die Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, sowie die modernen Verkehrswege die Entwicklung der Schweiz zu einem Industriestaate bewirkt, die staatlichen, aus der Fürsorgepflicht zur Verschaffung von Arbeitsgelegenheit entsprungenen Massnahmen zur Regelung der Fabrikarbeit eine Agglomeration von Arbeitskräften in Industriezentren herbeigeführt. In den Industriezentren hat man nun nicht bloss eine Wohnbevölkerung, sondern auch eine Arbeitsbevölkerung, die für einzelne Gemeinden gegenüber der Wohnbevölkerung ein numerisches Übergewicht erhalten hat. Schon anfangs der 1870er Jahre musste sich das eidgenössische Eisenbahndepartement mit der Frage der Organisierung von Arbeiterzügen beschäftigen. Durch die Ansammlung von Arbeitskräften auf Zentren ist aber die Gefahr des Eintritts einer durch wirtschaftliche Krisen oder Reformen hervorgerufenen Massenverarmung eine grössere geworden. Bei Einführung der Arbeitslosenversicherung in Industrieorten der Kantone mit ortsbürgerlicher Armenpflege ist deshalb nicht bloss die bezügliche Gemeinde interessiert. Wohl verlangten die fortschrittliche Kultur, die republikanischen Staatseinrichtungen und der Cha-

rakter des Schweizervolkes die Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, wohl rief das Völkerrecht den Niederlassungs- und Handelsverträgen, allein diese Zeiterfordernisse brachten auch ihre Schattenseiten, die zu paralysieren ebensowohl in die Aufgabe des Staates fällt, wie die Garantie der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit und die Beachtung der Handels- und Niederlassungsverträge selbst. Bund und Kantone anerkennen denn auch eine Fürsorgepflicht zur Verschaffung von Erwerbsgelegenheit in der durch die Gesamtinteressen des Volkes bedingten Intensität. Sie können nicht rücksichtslos das Recht auf Arbeit den einzelnen garantieren; sie sichern aber dieses Recht der Allgemeinheit innert den Schranken der Möglichkeit. Diese Fürsorgepflicht äussert sich in der Festsetzung der Normalarbeitszeit in den Fabriken, in der Aufstellung von Grundsätzen für den Dienst- und Werkvertrag, in der Förderung der Urproduktion, des Gewerbes und der Industrie, des Handels und Verkehrs, sowie der Künste und Wissenschaften, in der Hebung des Berufsbildungswesens u. s. f. Die Konstitutionalität für den Bundesstaat liegt in dem Staatszweck, welchen die Bundesverfassung als „Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt der Eidgenossen“ aufstellt. Die direkte Zuweisung von Arbeit durch den Staat und durch die Gemeinden ist in der bestehenden Gesellschaftsordnung nur da gerechtfertigt, wo es sich um Arbeiten handelt, welche dem Staate oder den Gemeinden verfassungsgemäss zukommen. Nun liegt allerdings im Landeskulturschutz (Verbaue und Aufforstungen, Flusskorrekturen, Anlage von Verkehrswegen u. s. w.) für Staat und Gemeinden ein grosses Arbeitsfeld, wie schon 1833 Philipp Em. v. Fellenberg in seinem politischen, sozialen und pädagogischen Programm („Der Landammann von Bern an alle Mitglieder der Republik Bern“) darlegt. Allein die daherigen Arbeiten können doch nicht von allen arbeitslosen Staatsbürgern übernommen werden, weil für diese schweren Arbeiten nicht jeder die nötigen physischen Kräfte besitzt. In den staatlichen Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs (Post, Eisenbahn, Zoll, Telephon, Telegraph) verlangt nicht bloss die Geschäftsführung selbst, sondern auch das Gemeininteresse, dass ein geschultes Personal eingestellt wird. Bund, Kantone und Gemeinden müssen allerdings bei Vergebung von Lohnarbeiten zwei Maximen anerkennen, von den für die Arbeit gleich tüchtigen Bewerbern diejenigen, welche des Verdienstes am dringendsten bedürfen, zu wählen und für diese Arbeiten in erster Linie Schweizerbürger zu berücksichtigen. In der Militärsockenlieferung wurde durch die schweizerische gemeinnützige Gesellschaft 1889 der Versuch einer direkten Arbeitszuweisung des Bundes an ärmere Leute eingeleitet. Ganz ungerechtfertigt

wäre es bei der bestehenden Gesellschaftsordnung, wenn Staat und Gemeinden nicht nur da, wo es das Gemeininteresse des Volkes oder das Interesse von Staats- und Gemeindeanstalten verlangt, sondern überhaupt auf dem ganzen Gebiete der Erwerbstätigkeit selbst auch noch in den Konkurrenzkampf eintreten wollten. Aus sicherheitspolizeilichen Gründen hat der Bund sich das Pulverregal vorbehalten. Das Alkoholmonopol des Bundes wurde zum Schutze der Erwerbskraft des Volkes eingeführt. Auch hier verlangte also das Gemeininteresse eine Beschränkung der Gewerbefreiheit; der Bund hat aber die Fabrikation des Sprites nicht an sich gezogen, sondern dieselbe bloss gesetzlich geregelt. Über die Verwendung der Anteile der Kantone am Alkoholmonopolertrag schreibt der Bund vor, dass in jedem Kanton ein Zehntel des jährlichen Betteffnisses zur Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Folgen verausgabt werden müsse. Dadurch erhalten die Kantone vom Bunde Mittel, welche direkt oder indirekt dem Armenwesen zu gute kommen. Es kann dies als Äquivalent für die 1874 der gesetzlichen Gemeindepflege vom Bunde entzogene Einnahmequelle der Einheitsgelder betrachtet werden. Mit der Einführung der Zivilehe wurde nicht bloss das Eheanspruchsrecht aus ökonomischen Gründen, sondern auch alle Brauteinzugsgelder und ähnliche Gebühren abgeschafft. Diese Gebühren bildeten eine sehr beträchtliche Hilfsquelle der obligatorisch-amtlichen Armenpflege; sie betragen z. B. pro 1873 für den Kanton Luzern nach der Rede von Bundesrat Zemp im luzernischen Grossrat vom 26. II. 1889 Fr. 56,070. Das Bundesgesetz über gebrannte Wasser vom 29. VI. 1900 und die Vollziehungsverordnung dazu vom 24. XII. 1900 bestimmen bezüglich des Alkoholzehntels: Die Kantonsregierungen haben über die Verwendung der verfassungsgemäss zur Bekämpfung des Alkoholismus bestimmten 10% ihrer Reineinnahmen für jedes Kalenderjahr jeweilen spätestens bis Ende August an den Bundesrat Bericht zu erstatten. Diese Berichte werden mit den sich darauf beziehenden bundesrätlichen Anträgen zu einem Gesamtberichte zusammengefasst, welcher der Bundesversammlung auf die Dezembersession gedruckt vorgelegt wird.

Eine wohltätige Institution bildet der öffentliche Arbeitsnachweis. In einzelnen grösseren Gemeinden bestehen diesbezüglich besondere Arbeitsämter. 1905 wurde für diese Arbeitsämter eine Zentralleitung geschaffen; es soll nun jährlich eine Verbandsversammlung, an welcher auch der interkantonale Naturalverpflegungsverband seine Vertretung hat, abgehalten werden, um über Fragen des öffentlichen Arbeitsnachweises zu diskutieren. Die erste Konferenz fand am 1./2. IX. 1906 in Zürich statt. Die Zentralleitung

konnte beim Verbandschweizerischer Eisenbahnen vom 1. V. 1905 hinweg eine Fahrtaxenermässigung von 50 % für Arbeiter, welche durch Vermittlung eines Arbeitsamtes eine auswärtige Stellung erhalten haben, auswirken. Zurzeit werden Bestrebungen zur Erlangung finanzieller Unterstützung der Arbeitsämter vom Bunde gemacht. Zur Förderung des Arbeitsnachweises, sowie zur Aufstellung weiterer Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit hat denn auch das eidgenössische Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsdepartement zwei Entwürfe von Bundesbeschlüssen ausgearbeitet, die im Laufe des Jahres 1907 vom Bundesrate der Bundesversammlung unterbreitet werden sollen. Grössere Berufsverbände, wie der schweizerische kaufmännische Verein und der Verein schweizerischer Hotelangestellter „Union Helvetia“, haben schon seit längerer Zeit die Stellenvermittlung zu ihrer Aufgabe gemacht.

Damit Eltern ungehindert dem Verdienste nachgehen können, haben verschiedene Gemeinden, ferner auch Private Institutionen zur Beaufsichtigung der Kinder geschaffen (Krippen, Bewahranstalten, Kleinkinderschulen etc. für noch nicht schulpflichtige Kinder, Horte etc. für Schulkinder); in der Stadt Genf und den vorstädtischen Gemeinden beruhen die „Classes gardiennes“ auf Gesetzesgrundlage.

Behufs Erlangung besserer Lebensstellungen wird von Arbeitnehmern hin und wieder zum Mittel der freiwilligen Arbeitsniederlegung (Streik) gegriffen. Um die Streikenden vor Not zu bewahren, werden in Fachvereinigungen sog. Streikkassen errichtet und gespiesen. In einigen Kantonen sind sog. Einigungsämter geschaffen worden.

Um es Berufsleuten zu ermöglichen, sich in ihrer Erwerbstätigkeit selbständig zu machen, gewähren Bankinstitute (Spar- und Leihkassen etc.) zu möglichst günstigen Bedingungen Betriebskredit.

Wie schon erwähnt, gibt es Institutionen, welche für die Einbusse oder den Verlust der Erwerbsfähigkeit einigen Ersatz bieten (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungen, für Hinterlassene Lebensversicherungen). Im Kanton Neuenburg ist die Volksversicherung zur Entlastung der Gemeindefürsorge, in Genf die Altersversicherung für Kantonsbürger und Niedergelassene (Verabfolgung von Pensionen oder Verpflegung im kantonalen Greisenasyl) staatlich eingeführt. Aber auch der Sicherung des Privateigentums dienen ähnliche Institutionen (Feuer-, Hagel-, Viehversicherungen etc.). Die Privatunternehmungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens unterliegen zum Schutze des Publikums der Aufsicht des Bundes; zur Erfüllung dieser Staatsaufgabe wurde das eidgenössische Versicherungsamt errichtet. Zur Hülfeleistung bei nicht versicherbaren Elementarschäden wurde von

der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft ein schweizerischer Hilfsfonds angelegt, und unterm 28. VI. 1906 beschloss die Bundesversammlung, aus dem Einnahmenüberschuss der eidgenössischen Staatsrechnung pro 1905 Fr. 250,000 zum nämlichen Zwecke auszuscheiden. Diese Summe wurde nach Vorschlag des Bundesrates der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft als Einlage in das unantastbare Stammgut ihres Hilfsfonds, welcher von einer Spezialkommission verwaltet wird, übergeben. Der Staat trägt noch auf andere Weise Sorge für Sicherstellung des Privateigentums. Solchen Personen, die durch die Art und Weise ihrer Vermögensverwaltung sich und ihre Familie der Gefahr eines künftigen Notstandes aussetzen, kann die Handlungsfähigkeit beschränkt oder gänzlich entzogen werden. Für das Vormundschaftswesen führte der Bund das Territorialprinzip ein; bei Waisen kann es sich allerdings oft nur um den Schutz der auszubildenden Erwerbskraft durch die Vormundschaft handeln, was aber hier nicht minder wichtig als der Schutz des Privatvermögens ist. Ehemänner können ferner zur Sicherstellung des Frauen-, Eltern zur Sicherstellung des Kindergutes angehalten werden. Um Personen zur Anlegung von Privateigentum zu veranlassen, sind vielerorts Sparkassen errichtet worden, und um die Möglichkeit zu Ersparnissen zu steigern, ohne eine schlechtere Lebensstellung herbeizuführen, sind die Konsumations- und Produktionsgenossenschaften entstanden. — Die Institutionen, welche zum Schutz und zur Sicherung des Privatvermögens bestehen, und diejenigen, welche die Bildung und Ansammlung von Vermögen ermöglichen und begünstigen, gehören zwar als solche nicht in das Gebiet der Philanthropie im engeren Sinne, wohl aber ihre allfälligen direkten Leistungen für das Armenwesen und die Wohltätigkeit (Zuwendung eines Teils des Reingewinnes von Spar- und Leihkassen, Konsumvereinen etc. an Armen- und Wohltätigkeitsinstitutionen).

Nachdem die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete der Armen- und Wohlfahrtspflege erörtert worden sind, müssen noch bezüglich der Armen- und Wohlfahrtspolizei einige Auseinandersetzungen folgen. Berufslos herumziehende Personen (Vaganten und Bettler) sollen, wie das Bundesgesetz betreffend die Heimatlosigkeit von 1850 sagt, je nach den Gesetzen des Kantons, in welchem sie betroffen werden, oder in Ermangelung solcher Gesetze mit Verhaft oder Zwangsarbeit bestraft werden; Ausländer sind in ihren Heimatstaat zurückzutransportieren. Durch den Erlass des genannten Bundesgesetzes fanden jene gemeineidgenössischen Verhandlungen über polizeiliche Vorkehren gegen den Bettel und das Vagantentum ihren Abschluss, welche schon am 17. IX. 1474, wie sich also in Europa

das „fahrende Volk“ (vgl. vorn) bemerkbar machte, von der Tagsatzung eingeleitet wurden. Die Verhandlungen bezogen sich einerseits auf die Lokalisation der Armen und die Bestrafung der nur aus Liederlichkeit dem Almosen nachziehenden Personen (Arbeits-scheue etc.) im Innern und anderseits auf die Abhaltung des „fahrenden Volkes“ von aussen. 1559, 1567 und 1573 wurde die Anwendung der Folter gegen die erwerbsfähigen einheimischen und fremden Bettler empfohlen, 1577 der Vorschlag, nach dem Vorbild benachbarter Länder „Profosen“ (Bettelvögte) anzustellen, ad instruendum genommen, 1578 eine Vereinbarung mit Savoyen für Übernahme Verurteilter auf die Galeeren getroffen, 1581 die Orte zur Einführung von Brandzeichen für Landstreicher aufgefordert, 1583 eine allgemeine „Landjägine“ angeordnet und hierin endlich eine Massnahme gefunden, welche in der Folgezeit häufig praktiziert wurde; wenn man 1652 auch erkannte, dass die „Landjägine“ im Verhältnis zu ihren Kosten nicht von grossem Nutzen seien, so wurden sie doch noch in der „Bettelordnung für die 13 Stände und Zugewandten“ von 1767 vorgesehen. An den Konferenzen der V katholischen Orte vom 27. IX. 1682 und 22./23. X. 1691 wurde ferner die Ordnung der Bettlertransporte angebahnt, ebenso an der Konferenz der Stände Bern, Luzern, Basel und Solothurn in Langenthal vom 20. XII. 1706, wo im weitern die Zwangsarbeit in „Schellenwerken“ als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung des Vagantentums hingestellt wurde. Bis in die neueste Zeit war das Korrektionswesen ausschliesslich Sache der Kantone; durch den schon früher erwähnten Bundesverfassungsartikel, welcher die Rechtseinheit auch für das Strafrecht postuliert, erhielt der Bund die Befugnis, den Kantonen zur Errichtung von Straf-, Arbeits- und Besserungsanstalten und für Verbesserungen im Strafvollzuge Beiträge zu leisten und sich an Einrichtungen zum Schutze verwarhloster Kinder zu beteiligen. Der schweizerische Verein für das Gefängniswesen hofft, das schon längst von ihm angestrebte Projekt der Errichtung von Staatsanstalten für jugendliche Verbrecher könne nunmehr verwirklicht werden. In den meisten Kantonen waren schon vor 1874 die körperlichen Strafen und die Strafen des Prangers und der Brandmarkung als polizeiliche Massregeln und als Disziplinarmittel im Armenwesen beseitigt oder nicht mehr in Anwendung gebracht worden. Es war daher bloss noch eine formelle Sache, dass die revidierte Bundesverfassung das Verbot dieser Strafen als Polizeimassregeln aufnahm. — Fast in allen Kantonen bestehen sog. Schutzaufsichtsvereine für entlassene Sträflinge, deren Hauptaufgabe darin besteht, entlassenen Detenierten zu ihrem Fortkommen behülflich zu sein. — Wuchergesetze und Glücksspielverbote

sollen die Bevölkerung vor Übervorteilung und vor Betrug schützen. Der Bund traf auch im öffentlichen Interesse polizeiliche Massnahmen betreffend die Erwerbstätigkeit in Betrieben; die Fabrikpolizei bezieht sich auf die Verwendung von Kindern in Fabriken und die Dauer der Arbeit erwachsener Personen, sowie den Schutz der Arbeiter gegen einen die Gesundheit und Sicherheit gefährdenden Betrieb. Personen, welche ohne Einverständnis der zuständigen Armenbehörde unerzogene Kinder bei ihrer Auswanderung zurücklassen wollen, dürfen nach dem Bundesgesetz betreffend die Auswanderungsagenturen vom 22. III. 1888 von den Agenten nicht befördert werden. Im weitern ist den ambulanten Erwerbstätigen nach dem eidgenössischen Heimatlosengesetz und den kantonalen Hausiergesetzen das Mitführen von Kindern im primarschulpflichtigen Alter verboten.

Der schweizerische Bundesstaat liess alte Tagsatzungsbeschlüsse in Kraft bestehen, sanktionierte alte Konkordate unter den Kantonen und gewährleistete den Gliedstaaten das Recht zum Abschlusse neuer Konkordate. Die meisten dieser Tagsatzungsbeschlüsse und Konkordate beziehen sich auf polizeiliche Angelegenheiten. Nach neuerer Erkenntnis zu dem Tagsatzungsbeschluss vom 16. VIII. 1817 betreffend die Bewilligung zu Steuersammlungen im Auslande hat der Bundesrat die von Kantonsregierungen ausgestellten Patente zu Steuersammlungen für schweizerische Berg-hospizien im Auslande zu legalisieren. Nach einem am 9. VII. 1818 von allen Kantonen bestätigten Konkordate darf das „Steuersammeln“ (Kollektieren) in einem Kanton nur mit Bewilligung der Kantonsregierung in der von ihr festgesetzten Weise stattfinden, und soll dasselbe überhaupt möglichst beschränkt werden. Ein ebenfalls am 9. VII. 1818 bestätigtes Konkordat zwischen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Obwalden, Nidwalden, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Aargau, Thurgau, Tessin, Wallis und Genf betreffend Polizeiverfügungen gegen Gauner, Landstreicher und gefährliches Gesindel verpflichtet diese Kantone, energisch gegen das Bettel- und Vagantenwesen einzuschreiten. In den 1880er Jahren wurde ein Konkordat betreffend das Verfahren gegenüber Zigeunern angestrebt. Dasselbe kam aber nicht zu stande; die Bewegung führte nur zu einer von kantonalen Polizeivorständen getroffenen Vereinbarung vom Jahre 1887 betreffend die Verhinderung vom Betreten des Schweizergebiets von Zigeunern. Beim Abschluss dieser Vereinbarung hat das eidgenössische Zolldepartement die Mitwirkung des Grenzpersonals im I., II. und III. Zollgebiete zugesagt und 1906 das gesamte eidgenössische Grenzpersonal angewiesen, die kantonalen Polizeiorgane

in der Verhinderung des Betretens der Schweiz durch Zigeuner zu unterstützen. Unterm 11. VI. 1906 wurde auch, gestützt auf Art. 2, Ziff. 3, des Bundesgesetzes vom 29. III. 1893 und in Anwendung von Art. 102, Ziff. 10, der Bundesverfassung, den schweizerischen Transportgesellschaften die Beförderung von Zigeunern ohne Ausnahme untersagt. In Ausführung dieses Bundesratsbeschlusses traf das kommerzielle Departement der Bundesbahn-Verwaltung im Eisenbahn-Amtsblatt vom 15. VIII. 1906 und 22. V. 1907 Verfügungen, wonach künftig nur noch von den Polizeibehörden aufgegebenen Zigeunertransporte auf den Bundesbahnen ausgeführt werden dürfen und den Zigeunern auch solches fremde, fahrende Volk gleichzustellen ist, das zum Zwecke der Schaustellung von Bären, Affen, Hunden und dgl. umherzieht, sofern von ihm zu befürchten steht, dass es sich bei polizeilichem Verbot der Schaustellung mittellos befinde. Zum Schutze junger Leute im Auslande besteht zwischen Bern, Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf ein Konkordat vom Mai 1875, durch welches die bezüglichlichen Stellenvermittlungsbureaux und Placierungsagenturen zur Lösung kantonaler Patente verpflichtet wurden. Von einer am 13. II. 1892 in Neuenburg stattgefundenen Konferenz wurden die gleichen Schutzmassregeln, wie für die Stellenvermittlung im Ausland, von diesen Kantonen auch für diejenigen im Inlande ausgedehnt.

Das Konkordat zwischen Luzern, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis und Neuenburg betreffend die Konvertiten vom 8. VII. 1819 und 5. VII. 1820 wurde zwar durch die Bundesverfassung ersetzt, dagegen besteht noch die im Zusatzartikel zu diesem Konkordat vereinbarte Bestimmung der Anzeigepflicht des Religionswechsels in Kraft. Nach einem Konkordat zwischen Luzern, Bern, Solothurn, Baselland, Aargau, Thurgau und St. Gallen betreffend die Verhältnisse und Rechte des Staates in Kirchensachen vom Januar 1834 können diese Kantone die Klöster und Stifte zu Beiträgen für Erziehungs- und Armenzwecke in Anspruch nehmen.

Übereinkünfte zwischen einzelnen Kantonen betreffen insbesondere die Benützung staatlicher Anstalten, wie Irrenhäuser. Zürich und Bern haben sich durch eine Übereinkunft von 1876 die gegenseitige Auslieferung von Personen, welche wegen Familienvernachlässigung strafrechtlich verfolgt werden, zugesichert.

In die Aufgaben eines Bundesstaates fällt es auch, darüber zu wachen, dass die den Bürgern von den Gliedstaaten garantierten Rechte erhalten bleiben; in der Schweiz haben daher die Kantonsbürger ein Rekursrecht in Armensachen beim Bunde. Der Bund

schützt die von Institutionen der Armen- und Wohlfahrtspflege (Armen-, Hilfs- und Krankenkassen, Sterbefallvereine etc.) gewährten Unterstützungen, indem er die Unpfändbarkeit und Unabtretbarkeit, sowie den Arrestausschluss im Obligationenrecht (Art. 183) und im Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. IV. 1889 (Art. 92, 163, 197, 224 und 275) vorsieht.

Die Wohnbevölkerung eines Staates setzt sich bekanntlich nicht bloss aus Staats-, bzw. Bundesstaatsbürgern, sondern auch aus eingewanderten Ausländern zusammen. Gewisse Gesetzesbestimmungen des Wohnstaates können nun durch Staatsverträge auf die Nichtstaatsbürger ausgedehnt werden. In der Schweiz steht verfassungsgemäss dem Bunde das Recht zu, mit ausländischen Staaten Verträge abzuschliessen, und nur ausnahmsweise können Kantone mit Nachbarstaaten Verträge über Gegenstände der Polizei, des Grenzverkehrs und der Staatswirtschaft eingehen. Durch die sogenannte Gleichberechtigungsklausel in den vom Bunde abgeschlossenen Staatsverträgen werden die Ausländer den Schweizer- (nicht den Kantons-) Bürgern gleichgestellt. Daher können Ausländer auch wegen Verarmung ausgewiesen werden. Gegen willkürliche Ausweisungen unter dem Vorwande der Belästigung wegen Verarmung kann bei den administrativen Bundesbehörden rekurriert werden. In der Gleichberechtigungsklausel der Staatsverträge ist in der Regel die Unterstützung Armer im Krankheitsfalle nicht inbegriffen. Nur gegenüber Frankreich wird diese Unterstützung in der betreffenden Klausel des Niederlassungsvertrages von 1882 (Art. 1 und 3) anerkannt; denn nach Art. 18, Titel V des Gesetzes vom 24. Vendémiaire, Jahr II wird in Frankreich bei der Aufnahme in die Spitäler kein Unterschied zwischen Staatsangehörigen und Staatsfremden gemacht, so dass für französische Staatsangehörige in der Schweiz aus Reziprozität auch kein Ersatz für einfache Spitalverpflegung verlangt wird. Das Bundesgesetz vom 22. VI. 1875 betreffend die Verpflegung erkrankter Kantonsfremder (Schweizerbürger) konnte daher bloss durch ausdrückliche Erklärung in den Niederlassungsverträgen oder in besondern Abmachungen ausgedehnt werden. Mit Deutschland und Österreich-Ungarn ist die Angelegenheit in den Niederlassungsverträgen geregelt. Durch Art. 11 des Niederlassungsvertrages mit Deutschland vom 31. V. 1890 werden Hilfsbedürftige der Vertragsstaaten, welche der Kur und Verpflegung benötigt sind, nach den am Aufenthaltsorte für die Verpflegung der eigenen Anhörigen bestehenden Grundsätzen behandelt. Nach Art. 7 des Niederlassungsvertrages mit Österreich-Ungarn vom 7. XII. 1875 verpflichten sich die kontrahierenden Teile, mittellose Staatsangehörige, welche

erkranken oder verunglücken, mit Inbegriff der Geisteskranken, gleich den eigenen Angehörigen zu verpflegen. Die erste spezielle Vereinbarung wurde vom Bundesrat direkt unterm 6./15. X. 1875 mit Italien getroffen, indem er voraussetzte, dass ihm durch den Verfassungsartikel 48 konsequenterweise das Recht zustehe, auch auf internationale Verhältnisse einzutreten. Die späteren derartigen Abmachungen unterlagen dann aber der Ratifikation durch die Bundesversammlung. Am 12. XI. 1896 ist mit Belgien eine Übereinkunft betreffend die Unterstützung armer Kranken und die Heimschaffung verarmter Personen und am 16. V. 1898 mit Portugal eine solche betreffend die Verpflegung von physisch oder geistig Kranken in öffentlichen Spitälern getroffen worden. Da die Restitution der Unterstützungs- und allfälliger Beerdigungskosten von privatrechtlich Verpflichteten gefordert werden kann, so sind Rekurse von Ausländern gegen die diesfalls durch die Kantonsbehörden gestellten Forderungen beim Bundesgericht zulässig. — Mit einzelnen Staaten ist auch die Unterstützung weiterer Kategorien von Armen vertraglich geregelt worden. Mit Frankreich besteht eine Übereinkunft vom 27. IX. 1882, wonach arme Geisteskranke und verlassene Kinder bis zu der Zeit, wo ihre Heimschaffung angeordnet werden kann, gleich den eigenen Staatsbürgern unterstützt werden sollen; die daherigen Kosten, wie auch die Kosten des Transportes bis an die Grenze, dürfen von öffentlichen Kassen des Heimatstaates nicht zurückgefordert werden. Die hiervoor erwähnte Abmachung mit Belgien sieht ebenfalls die Unterstützung verlassener Kinder vor.

Soweit die Unterstützungspflicht nicht vertraglich eingegangen wurde, können in der Schweiz niederlassene Ausländer schon bei vorübergehender Armut heimgewiesen werden. Ein erschwerender Grund für Heimschaffungen liegt jedoch darin, dass gewisse Staaten (wie Nordamerika, Grossbritannien) sich nur zur Zurücknahme, nicht aber zur Tragung der Transportkosten verpflichten. Nach einem im Laufe des Jahres 1907 eingereichten Antrag des Bundesrates an die Bundesversammlung soll der Bund die Kosten der Abschiebe und Heimschaffungen nach dem Ausland von der Grenze des abschiebenden Kantons ab bis zur Landesgrenze künftig übernehmen, während die Transportkosten auf dem eigenen Kantonsgebiet wie bisher zu Lasten des bezüglichen Kantons verbleiben sollen. Da für Angehörige des Deutschen Reiches sich früher öfters Anstände betreffend den Unterstützungswohnsitz ergaben, welche eine Verweigerung der Zurücknahme der wegen Verarmung ausgewiesenen Deutschen zur Folge hatten, wurde am 21. XII. 1881 durch ein besonderes Zusatzprotokoll zum Niederlassungsvertrag bestimmt, dass das

erste, nächstgelegene deutsche Bezirksamt auf einfache Voranzeige und Zustellung der Ausweisschriften zur Übernahme der Ausgewiesenen verpflichtet sei; diese Bestimmung wurde durch das Schlussprotokoll, Ziffer 4, zum neuen Niederlassungsvertrag von 1890 auch für fernerhin in Kraft erklärt. — Betreffend den Armentransport im internationalen Eisenbahnverkehr konnte der Bundesrat im Jahre 1879 zwischen den Eisenbahnverwaltungen der Schweiz, von Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich und Italien eine Vereinbarung auswirken, nach welcher in den genannten Staaten die von Gesandtschaften oder Konsulaten als bedürftig empfohlenen Personen um die Hälfte der Taxe III. Klasse an die Landesgrenzen befördert werden. Das Gepäck von Armen ist nach dem eidgenössischen Zollgesetz vom 8. VI. 1893 (Art. 3, f) bei der Einfuhr zollfrei. Durch Übereinkünfte mit Italien vom 11. IX. 1884, 12. I. 1885 und 18. I. 1906 wurde der Polizeidienst auf den internationalen Stationen Luino, Chiasso und Domodossola geregelt und Bestimmungen betreffend den Abschub von Bettlern und Vaganten aufgestellt. Auf Grund dieser Übereinkünfte trägt die Schweiz unter Kostenersatz durch die italienische Regierung die Auslagen für die Durchfuhr der von Italien wegen Verarmung ausgewiesenen Angehörigen des Deutschen Reiches. Nachdem schon früher in einzelnen Auslieferungsverträgen, so in denjenigen mit dem Grossherzogtum Luxemburg von 1876 und mit Österreich-Ungarn von 1888 als Grund der Auslieferung auch das böswillige Verlassen von hilflosen Personen vorgesehen worden war, wird dieser Auslieferungsgrund im Bundesgesetz betreffend die Auslieferung gegenüber dem Auslande vom 22. I. 1892 anerkannt, sofern das böswillige Verlassen nach dem Rechte des Zufluchtskantons und dem betreffenden ausländischen Staate als strafbar gilt. — Ähnlich wie die Angehörigen bestimmter Kantone in andern Kantonen, die Schweizer im Auslande, so haben auch Ausländer in der Schweiz Institutionen zur Unterstützung dürftiger Landsleute.

Das allgemein anthropologische Prinzip im philanthropischen Wirken der Sozietät führte zur staatlichen Anerkennung von völkerrechtlichen Grundsätzen in internationalen Übereinkommen. Das erste derartige Übereinkommen ist auf Initiative der Schweiz entstanden; es ist die bereits erwähnte Genfer Konvention vom Roten Kreuz vom 22. VIII. 1864, revidiert den 6. VI. 1906. — Am 14. XI. 1896 wurde im Haag zwischen Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Schweiz und Spanien ein Übereinkommen betreffend die Gewährung des Armenrechts zur Prozessführung an dürftige Ausländer eines der

Vertragsstaaten (mit anderer Materie des Zivilprozessrechtes) abgeschlossen. Vor dieser auf 25. V. 1899 in Kraft getretenen Übereinkunft wurde das Armenrecht zur Prozessführung in der Schweiz an Angehörige von Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Belgien, welche in Staatsverträgen die Reziprozität dafür eingegangen waren, bewilligt. Ein weiteres internationales Übereinkommen, welches zwischen Deutschland, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Portugal, Russland, Schweden, Norwegen, Schweiz, Brasilien und Österreich-Ungarn am 18. V. 1904 in Paris abgeschlossen und von der Schweiz am 3. VI. 1904 ratifiziert wurde, bezweckt, den volljährigen, durch Arglist oder Zwang zur Unzucht verleiteten Frauenspersonen, sowie auch den minderjährigen Mädchen einen wirksamen Schutz gegen das unter dem Namen Mädchenhandel bekannte verbrecherische Treiben zu gewähren. Die Regierungen der Vertragsstaaten verpflichten sich, die Opfer, sofern dieselben mittellos sind, bis zur Heimschaffung in öffentlichen oder privaten Wohltätigkeitsanstalten oder in rechtschaffenen Familien unterzubringen. Die Kosten des Heimtransportes tragen der Aufenthaltsstaat durch sein Gebiet und der Heimatstaat von der Grenze des Aufenthaltsstaates an. — In neuester Zeit ist von der Schweiz aus die Regelung gewisser Verhältnisse des Arbeiterschutzes auf internationalem Boden angestrebt worden. Im Interesse der Nationalitäten selbst liegt es, wenn auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeitsverhältnisse überhaupt international vorgegangen wird. Bestehen in einem Staate durch dessen Fürsorge günstige Arbeitsverhältnisse, so wollen auch auswärtige Arbeitskräfte von diesen Vorteilen profitieren; dadurch erhalten aber die nationalen Arbeitskräfte eine empfindliche Konkurrenz, und die Gefahr der Verarmung wird für die auf den Erwerb angewiesenen Staatsbürger grösser. Wenn aber die Staaten in der Fürsorge möglichst Hand in Hand gehen, wird diese Gefahr beseitigt.

Auch die private Armen- und Wohlfahrtspflege ist schon auf internationale Wege geleitet worden. Nicht nur dass Wohltätigkeitskongresse namentlich bei Anlass von Weltausstellungen zur Besprechung einzelner einschlägiger Fragen veranstaltet worden sind, sondern es haben sich auch internationale Vereinigungen gebildet. Von den internationalen Verbänden zur Bekämpfung des Alkoholismus hat einer, der Verein vom Blauen Kreuz, den Ursprung in der Schweiz. Zur Bekämpfung des Tabakmissbrauchs besteht der Verein vom Grünen Kreuz, und zur Hebung der Sittlichkeit wirkt die Vereinigung vom Weissen Kreuz. Zum Schutze junger Mädchen gibt es zwei internationale Vereini-

gungen, welche beide den Sitz in der Schweiz haben. Speziell für die Armenpflege wirkt in katholischen Gebieten der Verband der Vinzenzvereine mit Generalsitz in Paris.

Nachdem nun die Grundprinzipien, welche der Bearbeitung des Etats dienen, besprochen worden sind, ergibt sich resümierend, dass in das Verzeichnis folgende Institutionen fallen müssen:

- a) die Institutionen der obligatorischen und freiwilligen Armenpflege (gesetzliche Ortsarmenpflege, Separatarmenfonds etc.);
- b) die Institutionen der Armenerziehung und Armenverpflegung;
- c) die Institutionen der öffentlichen Krankenpflege, wie Krankenpflegevereine, Sektionen des Roten Kreuzes, Samaritervereine, Krankenmobiliengazette, Krankenhäuser, Rekonvaleszenten Häuser, Sanatorien, Absonderungshäuser;
- d) die auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung bei Krankheit, Sterbe- und Unfällen, Invalidität, Arbeitslosigkeit u. s. w. beruhenden Institutionen, wie Krankenkassen, Krankenvereine;
- e) die Institutionen zur Hebung der Volksernährung und Erhaltung guter Sitten, sowie zur Fürsorge für physisch und moralisch Schwache, wie Altersasyle, Blinden-, Taubstummen-, Irren- und Schwachsinnigen-Anstalten, -Fonds und -Vereine, Asyle für Unheilbare, Trinkerheilstätten, Temperenzvereine, alkoholfreie Wirtschaften, Asyle für Gefallene, Arbeits- und Korrektionsanstalten;
- f) die Institutionen für den Schutz von Kindern, jungen Leuten, sowie zur Fürsorge von Durchreisenden, schwachbegabten Personen etc., wie Kleinkinderschulen, Krippen, Rettungsanstalten, Schulsuppenanstalten, Ferienkolonien, Gratisabgabe von Lehrmitteln und Arbeitsschulstoff an dürftige Kinder, Vereine der Freundinnen junger Mädchen, Marthavereine, Marthahäuser, Fremdenspitäler, Ortsgeschenke oder Naturalverpflegung armer Durchreisender, Schutzaufsichtsvereine für entlassene Sträflinge;
- g) die Institutionen für das berufliche Bildungswesen, wie Gewerbe- und Haushaltungsschulen, Lehrlingspatronate, Handwerks- und Studienstipendien, Familienstipendienfonds etc.;
- h) die Institutionen für Arbeitsverschaffung, wie Vereine zur Unterstützung durch Arbeit, Arbeiterkolonien, Schreibstuben u. s. w.

„Arme werdet ihr immer unter euch haben!“
Dieses Bibelwort erweist sich auch für unser Vaterland als wahr. Mit dem Fortschritt der Kultur wurde, wie

nachgewiesen, die Gefahr für den Eintritt des Pauperismus grösser; aber auch die Paupertät wurde durch die moderne Produktionsweise nicht eingedämmt, vielmehr werden im Konkurrenzkampf der Arbeitskräfte die Grenzen der vollen Erwerbsentfaltung im menschlichen Leben enger gezogen und liegt im Fabrikbetrieb eine weit grössere Gefahr des Zuzugs von Unfall und Krankheit für die arbeitenden Volksklassen. Wohl kann der Staat durch eine weise soziale Gesetzgebung den drohenden Gefahren begegnen und diese durch geeignete Massregeln paralysieren, aber sie ganz zu beseitigen, dazu ist er ohnmächtig; deshalb wird die staatliche Fürsorge für die Armen fortwährend ihre volle Bedeutung behalten. Unrichtig ist es, wenn behauptet wird, dass jedes Armengesetz ein Armutzeugnis für ein Volk selbst sei, indem es eine Schwäche in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung bedeute. Im Gegenteil: aus dem Stande der Sozial- und Armengesetzgebung in Verbindung mit dem Humanitätssinn des Volkes lässt sich bemessen, ob die Behörden die ökonomisch-sozialen Zustände und damit die Staatspflichten richtig auffassen. Mag auch in der Sozietät unter dem Zeichen des Roten Kreuzes in Zeiten der Not für die Kranken das Herz schlagen, mag auch unter dem Zeichen des Weissen Kreuzes die Sittlichkeit gehoben werden, mag auch unter dem Zeichen des Blauen Kreuzes gegen eine Quelle der Armut gekämpft werden, mag endlich auch unter dem Zeichen des Grünen Kreuzes die Jugend vor verderblichen Genüssen bewahrt werden:

Unter der Flagge des weissen Kreuzes im roten Feld aber werden Bund und Kantone die Armenpflege, die Wohltätigkeit und die Gemeinnützigkeit immerfort pflegen, fördern und ausbauen!

Wallis. — Valais.

Wallis, seit 7. IX. 1475 mit Bern und seit 12. V. 1529 mit den VII katholischen Orten (Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Solothurn) verbündet, war seit der Plantaschlacht (13. XI. 1475) in Oberwallis (Wallis ob der Morge b. C.), mit 7 souveränen Zehnen, als dem herrschenden Teile, und in Unterwallis geteilt. Staatsoberhaupt war der Fürstbischof von Sitten. Die vereinigten Staaten (Zehnen) entsandten ihre Boten in den Landrat, der sich jährlich ordentlichweise im Mai und vor Weihnachten zur

Gesetzgebung und Beschlussfassung über Landesangelegenheiten in Sitten versammelte und in Abwesenheit des Fürstbischofs vom Landeshauptmann präsiert wurde. Seit 1476 war ein Landesstatthalter in St. Maurice und seit 1536 ein solcher in Monthey. Ardon, Chamoson, Martigny und Massongex standen unter bischöflichen Meiern. 1798 mit der helvetischen Republik vereinigt, bildete Wallis dann von 1802—1810 eine eigene Republik, die nachher als „Département du Simplon“ dem französischen Kaiserreiche einverleibt wurde. Am 4./7. VIII. 1815 trat Wallis dem schweizerischen Bunde bei und bildet seither einen souveränen Kanton der Eidgenossenschaft.

Le Valais, allié avec Berne depuis 1475 et avec les sept états catholiques (Lucerne, Uri, Schwyz, Unterwald, Zoug, Fribourg et Soleure) depuis 1529, était divisé, depuis la bataille de la Planta, en 1475, en Haut-Valais, avec les 7 dixains, comme partie dominante, et en Bas-Valais. Réuni à la République helvétique en 1798, le Valais forma, de 1802 à 1810, une république à part, laquelle fut ensuite annexée à l'empire français. En 1815, le Valais entre définitivement dans l'alliance suisse et forme depuis lors un canton souverain de la Confédération suisse.

I. Teil.

Die philanthropischen Institutionen nach politischen Gemeinden.

Politische Gebietseinteilung.

Divisions territoriales politiques.

Der Kanton umfasst 170 politische Gemeinden (91 deutsche und 79 französische), die in 13 Bezirke (bis 1852: „Zehnen“) eingeteilt sind: 1. Goms, 2. Brig, 3. Visp, 4. Raron, geteilt in Östlich- und Westlich-Raron, 5. Leuk, 6. Sierre, 7. Hérens, 8. Sion, 9. Conthey, 10. Martigny, 11. Entremont, 12. St-Maurice und 13. Monthey; Kantonshauptort ist Sitten (Titel 2 der Verfassung des Kantons Wallis vom 8. III. 1907).

Le canton comprend 170 communes politiques (91 de langue allemande et 79 de langue française) formant 13 districts (anciennement dixains): 1. Conches, 2. Brigue, 3. Viège, 4. Rarogne, divisé en oriental et occidental, 5. Loèche, 6. Sierre, 7. Hérens, 8. Sion, 9. Conthey, 10. Martigny, 11. Entremont, 12. St-Maurice et 13. Monthey; le chef-lieu du canton est Sion (Titre II de la Constitution du canton du Valais du 8. III. 1907).

Areal. — Superficie.

Nach den Berechnungen auf Grund der Siegfriedkarte. — D'après des calculs basés sur l'Atlas Siegfried.

Bezirke Districts	Produktiver Boden — Sol productif						Unproduktiver Boden Sol improductif		Gesamt- fläche Superficie totale	
	Wald Terrains boisés	%	alp- und landw. benutzter Boden Champs, prés, vignes, pâturages, alpages	%	davon : Reben vignes	Total	%	Total		%
	km ²		km ²		km ²	km ²		km ²		km ²
1. Brig	61.640	13.4	174.302	38.0	—	235.942	51.4	222.758	48.6	458.700
2. Conthey	43.430	18.8	112.917	48.8	3.800	156.347	67.6	74.828	32.4	231.175
3. Entremont	84.856	13.4	237.480	37.4	0.180	322.336	50.8	311.437	49.2	633.773
4. Goms	54.440	11.4	193.155	40.3	—	247.595	51.7	230.905	48.3	478.500
5. Hérens	57.720	12.2	198.548	42.0	0.950	256.268	54.2	216.371	45.8	*)472.639
6. Leuk	59.360	17.6	137.792	41.0	1.510	197.152	58.6	138.800	41.4	335.952
7. Martigny	82.048	31.0	124.777	47.2	5.740	206.825	78.2	57.677	21.8	264.502
8. Monthey	72.698	26.9	151.487	56.1	1.360	224.185	83.0	*) 45.889	17.0	270.074
9. Raron	64.250	12.6	160.513	31.7	—	224.763	44.3	282.166	55.7	506.929
a) Östlich-Raron	20.485	8.6	59.029	25.0	—	79.514	33.6	156.839	66.4	236.353
b) Westlich-Raron	43.765	16.2	101.484	37.5	—	145.249	53.7	125.327	46.3	270.576
10. St-Maurice	40.946	21.3	74.726	39.0	1.000	115.672	60.3	76.036	39.7	191.708
11. Sierre	74.090	17.7	202.406	48.7	4.660	276.496	66.4	140.394	33.6	417.390
12. Sion	12.160	9.6	73.665	57.9	4.900	85.825	67.5	41.360	32.5	127.185
13. Visp	86.404	10.3	232.281	27.8	1.420	318.685	38.1	517.285	61.9	835.970
Wallis — Valais	794.042	15.2	2074.049	39.7	25.520 0.5 %	2868.691	54.9	*)2356.406	45.1	5224.497

*) Davon 14.200 km² als zugehörige Fläche des Genfersees. — Dont 14.200 km² de la superficie du lac Léman.**) Davon 415.781 km² auf Hérens südlich und 56.898 km² auf Hérens nördlich der Rhone.

Die vorstehenden Berechnungen zeigen gegenüber denjenigen, welche sich auf die Dufourkarte stützten, eine Differenz für den ganzen Kanton von 22.603 km², beziehungsweise gegenüber den berichtigten Angaben nach der Dufourkarte eine solche von 7.903 km². — Les calculs ci-dessus accusent une différence, pour tout le canton, de 22.603 km², en se basant sur la carte Dufour, ou de 7.903 km² d'après les données rectifiées de cette même carte Dufour.

Landeskatastrophen. — Catastrophes du pays.

1536. Überschwemmung der Rhone. — Inondation du Rhône. Le Rhône ayant été presque barré par un énorme éboulement de rochers descendus de la montagne sur l'ancien village d'Arbignon en face d'Evionnaz, les eaux du fleuve submergèrent la plaine de la Pissevache à Evionnaz. L'Etat dut s'occuper de désobstruer le Rhône et de faire un nouveau tracé de route sur plusieurs points, avec 3 ponts en maçonnerie entre Evionnaz et la Balmaz.

1589. Überschwemmung des Saastales durch Austritt des Mont Moro-Sees (Mattmarksees). Diese Überschwemmungen wiederholten sich im 17., 18. und 19. Jahrhundert (so 1633, 1680, 1772). Eine Sage

bestand, der See trete alle 7 Jahre aus. 1834 wurde der See nach den Plänen des Ingenieur Venetz tiefergelegt. 1864 befürwortete aber Ingenieur Culmann in einem Bericht an den Bundesrat die Trockenlegung des Sees durch Erstellung eines Kanals. Nunmehr ist ein diesbezügliches Projekt ausgearbeitet; die zu Fr. 95,000 veranschlagten Kosten sollen zur Hälfte vom Bund, zur Hälfte vom Kanton Wallis und den interessierten Gemeinden getragen werden. — Inondation dans la Vallée de Saas.

4. V. 1595. Grosse Überschwemmung der Drance und der Rhone, infolge Hemmung der Flussläufe durch Lawinen. Zirka 500 Gebäude wurden zerstört. Der Flecken Brenz verschwand. — En 1595, on constata de grandes inondations, causées par la Dranse et le

Wohnbevölkerung. — Population.

Nach der Volkszählung vom 1. XII. 1900. — D'après le recensement de la population du 1^{er} XII 1900.

Bezirke Districts	Wohbevölkerung Population de résidence ordinaire	Bürgerrechtsverhältnisse Origine				Sprachverhältnisse Langue				Zahl der Haushaltungen Nombre des ménages
		Bürger der Wohn-gemeinde Bourgeois de la commune de résidence	Bürger anderer Gemeinden des Kantons Bourgeois d'une autre commune du canton	Bürger anderer Kantone Bourgeois d'un autre canton	Ausländer Etrangers	Deutsch sprechende Allemand	Französisch sprechende Français	Italienisch sprechende Italien	Andere Autres	
1. Brig	9,941	3,835	1,994	476	3,636	6,211	266	3,450	14	1,832
2. Conthey	8,928	8,145	581	113	89	19	8,876	33	—	1,910
3. Entremont	9,399	8,808	437	39	115	8	9,328	63	—	2,217
4. Goms	4,204	3,526	635	25	18	4,179	10	15	—	971
5. Hérens	6,943	6,522	353	18	50	13	6,927	2	1	1,471
6. Leuk	6,673	4,590	1,836	147	100	6,513	95	63	2	1,548
7. Martigny	12,645	9,216	2,471	314	644	148	12,229	265	3	2,878
8. Monthey	11,166	7,009	2,104	698	1,355	304	10,319	525	18	2,620
9. Raron	6,609	5,289	922	34	364	6,274	21	313	1	1,380
<i>a) Östlich-Raron</i>	<i>2,538</i>	<i>1,820</i>	<i>426</i>	<i>4</i>	<i>288</i>	<i>2,265</i>	<i>4</i>	<i>268</i>	<i>1</i>	<i>520</i>
<i>b) Westlich-Raron</i>	<i>4,071</i>	<i>3,469</i>	<i>496</i>	<i>30</i>	<i>76</i>	<i>4,009</i>	<i>17</i>	<i>45</i>	<i>—</i>	<i>860</i>
10. St-Maurice	7,578	5,149	1,283	477	669	147	6,982	445	4	1,622
11. Sierre	11,567	8,323	2,706	204	334	960	10,456	129	22	2,454
12. Sion	10,871	5,097	4,190	786	798	1,763	8,979	128	1	2,167
13. Visp	7,914	6,286	1,518	64	46	7,800	74	38	2	1,702
<i>Wallis — Valais</i>	114,438	81,795	21,030	3,395	8,218	34,339	74,562	5,469	68	24,772

Landeskirche ist die römisch-apostolisch-katholische; verfassungsgemäss anerkannte Landessprachen sind die französische und die deutsche (Kantonsverfassung vom 8. III. 1907, Art. 2 und 12). — La religion catholique, apostolique et romaine, est la religion de l'Etat; la langue française et la langue allemande sont déclarées nationales (Constitution du canton du Valais, du 8 III 1907, art. 2 et 12).

Rhône, par suite d'une avalanche qui obstrua le lit de la Dranse. 500 maisons furent détruites; le bourg de Brenz disparut.

1611/12. Pest (der schwarze Tod). Dieselbe war auch schon in früheren Zeiten (erstmalig um 1100) im Wallis aufgetreten, aber noch nie in solcher Intensivität. — La peste „maculée“. Il ne fut pas rare de voir, dans certaines localités, le quart et même le tiers de la population emporté. Le 5 V 1612, une amende de 25 livres mauriçoises fut imposée par la diète à quiconque se rendait dans les lieux infectés ou suspects du mal contagieux.

1620. Grosse Überschwemmung der Rhone. Von den 20 Walliser Brücken wurden 18 weggerissen. 1000 Jucharten Land wurden in ein Steinfeld verwandelt. — 1620. Grandes inondations du Rhône. Des 20 ponts

valaisans, 18 furent démolis; 1000 poses de terrain furent transformées en un champ de pierres.

VI. 1635. Überschwemmung bei Martigny. — La Dranse, enflée subitement, emporta le pont de la Bâtiatz et inonda le territoire de Martigny. Les dommages causés furent si considérables, que l'Etat du Valais obligea toutes les populations de l'Entremont à concourir à la reconstruction du pont.

II. 1720. Grosse Lawinenfälle; in der Gegend von Brig kamen 40, am St. Bernhard 23 und im Fiescherthal 7 Menschen in Lawinen um. — De grandes chutes d'avalanches; dans les environs de Brigue, 40 personnes trouvèrent la mort par ces avalanches, au St-Bernard 23 personnes et dans la vallée de la Viège 7 personnes.

Thomastag 1740. Grosse Überschwemmungen. — Grandes inondations. Les torrents débordèrent et couvrirent d'arides dépôts de vastes terrains cultivés et ruinèrent un grand nombre d'habitations.

9. XII. 1755. Erdbeben im Bezirk Brig (Schaden in Brig, Glis und Naters). — Tremblement de terre au dixain de Brigue (dégâts à Brig, Glis et Naters).

Ende V. 1799. Plünderung und Brandlegung durch französische Soldaten im Oberwallis nach der Schlacht bei Pfyen (28. V. 1799). Die Dörfer Varen, Guttet, Agaren, Gampenen, Unterems, Tschinjeren, Lingwurm und Thermen wurden verbrannt, Mund teilweise. — Zweite Hälfte VIII. 1799. Die Österreicher plünderten auf ihrem Rückzuge nach den Gefechten an der Deisch und Grimsel (14. VIII. 1799) die Dörfer des Bezirkes Goms und zündeten das Dorf Grengiols an. — Der helvetische Kommissär Wild errichtete zu gunsten der Kriegsgeschädigten in Sitten ein Wohltätigkeitsbureau (Sekretär: Joseph de Lavallaz), welches mit den Gemeinden des Unterwallis und mit den sich in den verschiedenen Kantonen gebildeten Hilfskomitees in Verbindung trat. Die Verwaltungskammer in Lausanne ordnete im Kanton Léman eine allgemeine Kollekte an. Zirka 300 Waisen wurden in Siders, Sitten und den Gemeinden von Unterwallis auf die Bemühungen des Nationalpräfekten Charles-Emanuel de Rivaz versorgt. — Meurtres et pillages dans le Haut-Valais par les Français et les Autrichiens. Les villages de Varone, Guttet, Magaren, Gampenen, Unterems, Tschineray, Lingwurm, Terminen, Mund et Grengiols furent incendiés. M. le commissaire helvétique Wild établit à Sion un bureau de charité (secrétaire: Jos. de Lavallaz). Ce bureau correspondait avec les communes du Bas-Valais et les comités de secours de divers cantons; il recevait et distribuait les vêtements, linge, denrées, ustensiles, sommes d'argent et tout ce que la charité publique lui envoyait. Environ 300 orphelins furent distribués dans les familles, à Sierre, à Sion et aux communes du Bas-Valais.

16. VI. 1818. Überschwemmung infolge des Gletscherbruchs von Giétroz im Bagnesthal; die Eismasse verstopfte den Ausgang der Drance, wodurch sich ein See bildete, dessen Damm unterm genannten Tage durchbrochen wurde. Schaden: Zirka Fr. 1,650,000. Champsec, Liapay und Lourtier wurden beinahe ganz zerstört. 34 Personen kamen um. Für Verbauungsarbeiten am Giétroz-Gletscher besteht z. Z. noch ein kantonaler, zinstragender Spezialfonds von zirka Fr. 70,000. — Chute du glacier du Giétroz et inondation de la Dranse. La glace obstrua la sortie de la Dranse; il se forma un lac et la digue se rompit le susdit jour. Dommage: fr. 1,650,000. Champsec, Liapay et Lourtier furent presque entièrement détruits.

27./28. VIII. 1834. Grosse Überschwemmungen. Amtlich (durch Domdekan Joseph Anton Berchtold, geb. 28. VI. 1780, † 9. III. 1859) festgesetzter Schaden: Fr. 1,116,890 a. W. An Liebesgaben waren nur von ausserhalb des Kantons „beiläufig 30,000 blanke Fünfkronentaler“ eingegangen. Berchtold gab eine Denkschrift heraus. — Die Eifischthaler verzichteten auf ihren Anteil an den Liebesteuern. Diese edle, uneigennützig Tat erweckte allenthalben die wohlverdiente Bewunderung und in Anerkennung derselben verehrte das eidg. Hilfskomitee dem Thale einen Messkelch mit der Widmung „Magnanimis Navisantiæ accolis helvetorum munificentia dispensatores 1835“. — Grandes inondations. Dégâts officiellement reconnus (par le Doyen J. A. Berchtold, né le 28 VI 1780, † le 9 III 1859) fr. 1,116,890. Les habitants de la vallée d'Anniviers renoncent à leur part de la collecte faite en faveur des inondés. Cet acte noble et désintéressé provoqua partout une admiration bien méritée et, pour mieux exprimer cette reconnaissance, le comité d'initiative fédéral fit don à cette vallée d'une coupe de messe avec l'inscription: „Magnanimis Navisantiæ accolis helvetorum munificentia dispensatores 1835“.

1839. Überschwemmung der Rhone. Schaden: Fr. 530,000. — Inondation du Rhône. Dommage: fr. 530,000.

25. VII. 1855. Grosses Erdbeben im Oberwallis, im Nikolaithal verbunden mit Bergstürzen. Schaden: Fr. 544,863 (Bezirk Visp: Fr. 310,610, Bezirk Raron Fr. 132,863 und Bezirk Brig Fr. 96,953, dazu verschiedene öffentliche Gebäude: Fr. 5300). Liebesgaben: Franken 149,109.78 durch die Hilfskommission, und Fr. 10,799.92 durch das Bistum speziell für Kirchenbauten. — Tremblement de terre dans le Haut-Valais et éboulements de montagnes dans la vallée de St-Nicolas. Dommage: fr. 544,863 (district de Viège fr. 310,610, district de Raron fr. 132,863 et district de Brigue fr. 96,953, maisons et constructions diverses fr. 5300). Produit des collectes: fr. 149,109.78 furent remis aux comités de secours et fr. 10,799.92 à l'évêché pour construction d'églises.

2./3. IX. 1860. Grosse Überschwemmungen, 16,670 Jucharten wurden verheert. Schaden: zirka Fr. 600,000 bis 700,000. In Genf bildete sich unter dem Präsidium von General Dufour ein Hilfskomitee für die Wasserbeschädigten in der Schweiz, welches zur ersten Hilfe Fr. 3200 unter die armen Familien in den Bezirken Brig, Visp und Raron austeilte; später erhielt Wallis durch dieses Komitee in bar und natura Franken 35,000. Das sich in Wallis selbst gebildete Komitee erhielt sodann durch Regierungsrat Challet-Venel in Genf, dem späteren Bundesrat, Fr. 15,879 als Ertrag einer im Kanton Genf obrigkeitlich angeordneten Kollekte, und

von den Kantonen Zürich, Waadt, Neuenburg und Freiburg, sowie von verschiedenen Wohltätern Fr. 14,758. 42. — Inondations du Haut-Valais (6670 poses de terrain furent ravagées). Dégâts: fr. 600,000 à 700,000. Il se forma à Genève, sous la présidence du général Dufour, un comité de secours en faveur des victimes des inondations en Suisse, lequel distribua, comme premier secours, parmi les familles pauvres des districts de Brigue, Viège et Rarogne une somme de fr. 3200; plus tard le Valais reçut de ce même comité fr. 35,000 en argent et en nature. Le comité de secours qui s'est constitué dans le Valais, reçut par l'entremise de Mr. J.-J. Challet-Venel de Genève la somme de fr. 15,879, produit d'une collecte organisée par l'Etat de Genève, et ensuite la somme de fr. 14,758. 42 de la part des cantons de Zurich, Vaud, Neuchâtel et Fribourg et de différentes personnes.

20. IX. bis 5. X. 1868. Grosse Überschwemmungen. Schaden: Fr. 1,256,693. In Vollziehung der Konferenzbeschlüsse vom 3. IV. 1869, betreffend die Verteilung des Ertrags der eidg. Liebesgabensammlung für die Wasserbeschädigten der Schweiz von 1868, erliess der

Staatsrat von Wallis unterm 15. VI. 1869 einen Beschluss über die Verwendung des auf den Kanton Wallis entfallenden Anteils. Der Anteil, welcher nach Taraabzug von 20% auf den zu Fr. 75,841. 26 gewerteten Kleidungsstücken und Lebensmitteln auf Fr. 282,378.31 festgesetzt wurde, fand mit einem Zuschlag von Fr. 5183 aus dem Ertrag der kantonalen Sammlung folgende Verwendung: Fr. 51,050. 80 zur Entschädigung von 40% an solche mit, nach Schadenab-

zug, bis Fr. 1000 besteuertem Vermögen, Fr. 71,521. 24 zur Entschädigung von 28% an solche mit einem besteuertem Vermögen von Fr. 1000 bis 5000, Fr. 23,998 zur Entschädigung von 10% an solche mit einem besteuertem Vermögen von Fr. 5000—15,000, Fr. 108,594 an den Wiederaufbau des Dorfes Obergesteln (25% des Gesamtschadens),

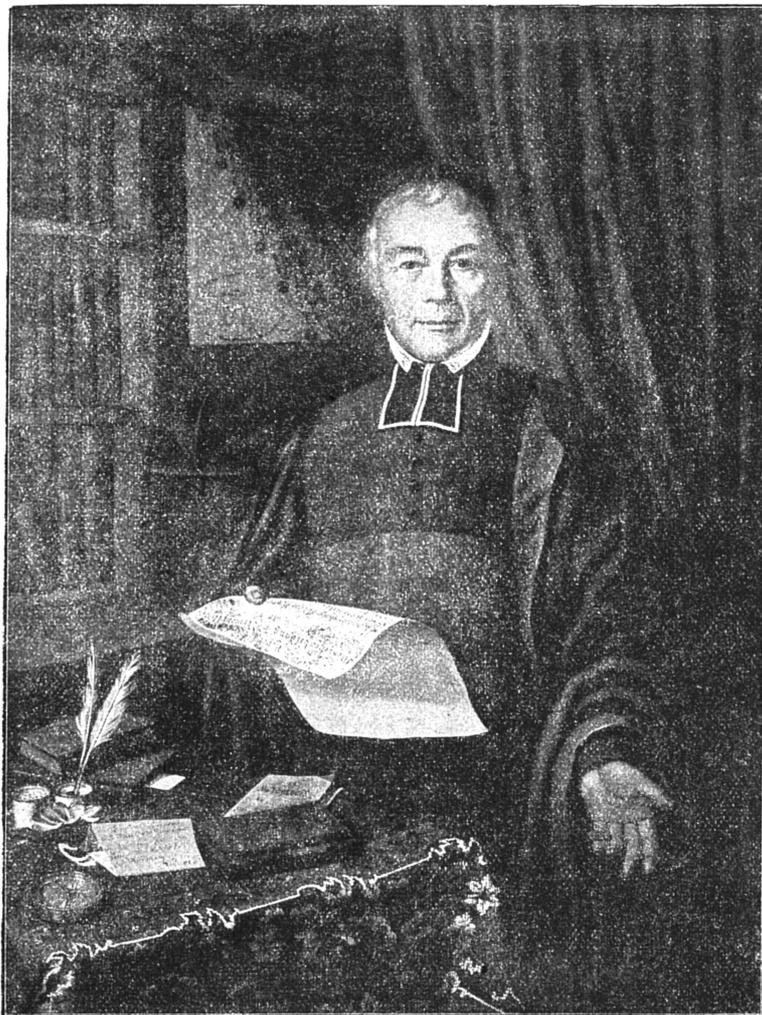
Fr. 25,000 (in Naturalien) an die bedürftigsten Familien in den am schwersten mitgenommenen Gemeinden (vorempfangsweise verteilt worden), Fr. 4701. 95 an Obergesteln und Fr. 140 an Vispbach gemäss spezieller Bestimmung, und endlich Fr. 2555. 32 Wert von Saatgut (ungarisches Getreide), ausgeteilt auf den Herbst 1869. — Grandes inondations du Rhône et de la Viège. Dommage: fr. 1,256,693.

1875. Grosse Hagelschaden in den Bezirken St. Maurice, Martigny, Sion und Hérens; nach der amtlichen Schätzung belief sich der Schaden auf Fr. 173,098. — Dégâts par la grêle. D'après l'estimation officielle, les dégâts se montèrent à fr. 173,098 dans les districts de St-Maurice, Martigny, Sion et Hérens.

8. VII. 1875. Rhoneüberschwemmung zwischen St. Léonard

und Sion. Schaden: Fr. 38,614. 60. — Le Rhône ayant rompu ses digues sur le territoire de la commune de St-Léonard, le 8 juillet 1875, il en est résulté une vaste inondation qui a étendu ses ravages sur le territoire de la commune de Sion. Une commission d'experts a évalué les pertes à fr. 38,614. 60.

1877. Überschwemmungen bei Vollèges und Bagnes. Schaden: Fr. 75,660. — A Vollèges et à Bagnes, les eaux ont, sur divers points, occasionné un dommage de fr. 75,660.



le Chan. Berchtold

Nach dem von Rytz im Auftrage des Stadtrates von Sitten für den Ratssaal verfertigten Gemälde.

14. VII. 1883. Überschwemmungen der Rhone, wobei namentlich die Gemeinden Granges, Grône und Bramois arg geschädigt wurden. Amtlich geschätzter Schaden: Fr. 20,672. 85. — Inondations par le Rhône. En ont souffert tout particulièrement, les communes de Granges, Grône et Bramois. Dégâts: fr. 20,672. 85.

Frühling 1888. Lawinenschaden: Fr. 293,094; Ertrag einer Kollekte für die Geschädigten: Fr. 19,234. 07. Den amtlichen Erhebungen zufolge waren 11 Menschenleben zu beklagen und wurden 20 Wohnhäuser samt 170 Vorratsgebäuden verschüttet und 118 Stück Vieh begraben, sowie nahezu 90 ha. Wald vollständig zerstört. Am härtesten wurden der Weiler Wildi b. Randa, Saas, Binn, Grengiols und Bourg St. Pierre mitgenommen. (Vgl. Staatsratsbeschluss, nebst Aufruf zu einer Liebesgabensammlung vom 10. IV. 1888). — Désastres occasionnés en Valais par les avalanches du printemps de 1888. Dommages: fr. 293,094; produit d'une collecte en faveur des victimes des désastres: fr. 19,234. 07.

1. VIII. 1888. Überschwemmung der Rhone bei St. Léonard; Schaden: Fr. 82,633. — Inondation par le Rhône, à St-Léonard. Dégâts: fr. 82,633.

VIII. 1897. Überschwemmungen in Fully und Saillon. Schaden: Fr. 124,776. 60. Der Staatsrat ordnete gemäss Beschluss vom 27. VIII. 1897 für die Geschädigten im Kanton durch die Munizipalräte eine Liebesgabensammlung von Haus zu Haus an und bestellte ein kantonales Hilfskomitee. Liebesgaben: Franken 26,911. 43. — Inondations à Fully et Saillon. Dégâts: fr. 124,776. 60. Le Conseil d'Etat du Valais organisa un secours en faveur des victimes; il chargea les communes de faire une collecte dans les maisons et nomma un comité de secours.

11./12. VII. 1902. Hochwasser; am härtesten betroffen wurden Vouvry, Collombey und Riddes. Amtlich geschätzter Schaden: zirka Fr. 320,000. Für die Geschädigten wurde vom Staatsrat eine Liebesgabensammlung im Kanton angeordnet (Beschluss vom 7. X. 1902). Unterm 16. IX. 1903 folgte ein Beschluss betreffend Ausrichtung von Beiträgen an den Wiederaufbau des verheerten Geländes (Staatskredit: Franken 10,000); die Beiträge wurden auf die Verwaltungsjahre 1903—1906 verteilt und betragen 10 % der wirklichen Kosten der Verbesserungs- und Schutzarbeiten auf Kosten von Fr. 200 an. — Inondations dans les communes de Vouvry, Collombey et Riddes. Dégâts: fr. 320,000. Le Conseil d'Etat du canton de Valais organisa une collecte dans le canton (décision du 7 X 1902). Le 16 XII 1903, il lança le décret arrêtant la manière de distribuer les subsides pour la reconstruction du territoire ravagé (crédit de l'Etat: fr. 10,000). Ces subsides furent portés au débit des années 1903 à 1906 et formèrent environ le 10 % des frais réels

occasionnés par les travaux d'amélioration et de sûreté pour les devis excédant fr. 200.

Erklärung der Abkürzungen bei den Verweisen.

Explication des abréviations.

- A. 1870. — I St. de l'A. = Das Armenwesen der Schweiz im Jahre 1870, Zürich 1878. — Statistique du paupérisme en Suisse pendant l'année 1870, Zurich 1878.
- A. 1890. — II St. de l'A. = II. schweizerische Statistik der amtlichen Armenpflege, 1890. Bern 1901. — Deuxième statistique suisse de l'assistance officielle, 1890. Berne, 1901.
- S. H. A. B. — F. o. s. du c. — F. u. sv. di c. = Schweizerisches Handelsamtsblatt. — Feuille officielle suisse du commerce. — Foglio ufficiale svizzero di commercio.
- N. = Niedermann, Pfarrer W.: Die Anstalten und Vereine der Schweiz für Armenerziehung und Armenversorgung. — Etablissements et Sociétés suisses pour l'éducation et l'assistance des pauvres.
- Z. = Zürcherisches Neujahrsblatt 1901: Die Werke der Wohltätigkeit im Kanton Wallis, von Professor D. Imesch.

I. Brig.

Der Bezirk Brig umfasst den bis 12. IV. 1798 souveränen Zehnen Brig (von 1798 bis 5. IX. 1802, mit dem Drittel Mörel, aber ohne Eggerberg, Distrikt Brig des Kantons Wallis der helvetischen Republik, bis 15. XI. 1810 Zehnen Brig der Republik Wallis und bis 1815 Canton de Brigue des Arrondissements Brig des französischen Departements Simplon), bestehend aus der Stadt Brig, „Briga dives“, Naters mit den Gumpern (Compurn) hinter Naters, Glis, Thermen, Ried u. s. w. (die 11 politischen Gemeinden Birgisch, Brig, Brigerbad, Eggerberg, Glis, Mund, Naters, Ried-Brig, Simplon, Thermen und Zwischbergen).

I. Birgisch.

Gemeindearmenpflege Birgisch.

Geschichtliches: In Birgisch bestand in früheren Zeiten auch eine Bruderschaft, die „Bruderschaft des hl. Johannes“ (vergl. sub Naters, „Über die Bruderschaften in der Kirchgemeinde Naters“); soweit bekannt, ist ihr Fundum zur Erhaltung der Kapelle in Birgisch verwendet worden.

Zweck: Unterstützung der Armen von Birgisch gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Angehörige der Bürgergemeinde werden erforderlichenfalls von den Zinsen des Bürgerkapitals,

Angehörige der Munizipalität, welche nicht zugleich Bürger sind, aus den laufenden jeweiligen Steuern unterstützt. Die Gemeinde Birgisch besitzt bis jetzt keinerlei Vereine und Institutionen philanthropischer Natur. Die Notwendigkeit hat sich bis dahin nicht fühlbar gemacht, weil keine vollständig mittellose Familien oder Personen sind.

Vermögen: Kein spezielles. — Ein kleiner Schulfonds der Gemeinde, aus dessen Zinsen, soweit notwendig, Schulmaterial beschafft wird, heisst auch etwa „Armenfundum“.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 1 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 1.

2. Brig.

Elementarereignisse: 1. XI. 1755 bis 27. II. 1756. Mehrere Erdbeben (das stärkste am 9. XII. 1755). — 13. IX. 1787. Brand in Brig. Die Kirche, das Gymnasium und das Theater wurden zerstört. — 31. V. 1799. Plünderung durch die Franzosen (vergl. Landeskatastrophen). — 25. VII. 1855. Erdbeben. Zu gunsten der Geschädigten wurden Liebesgaben in der Schweiz gesammelt (vergl. Landeskatastrophen).

Regierungsstatthalteramt Brig.

Aufgaben: Unter anderem: Aufsicht über die Verwaltung der Gemeinden, Korporationen und Anstalten öffentlichen Nutzens (Gesetz über die Amtsbefugnisse der Regierungsstatthalter vom 24. V. 1850, Art. 3, lit. b). — Überwachung der richtigen Verwendung der Einnahmen der Gemeindeverwaltungen (Beschluss über die Organisation der Kontrolle der Gemeinderechnungen vom 17. VIII. 1894, Art. 2). — Jährliche Berichterstattungen an den Staatsrat über die Regelmässigkeit der Rechnungsführungen und der verschiedenen Protokolle in der Verwaltung der Gemeinden, Korporationen und Anstalten öffentlichen Nutzens, nebst Antragstellung über die in der Verwaltung einzuführenden Verbesserungen (Gesetz über die Amtsbefugnisse der Regierungsstatthalter vom 24. V. 1850, Art. 5, Ziff. 2b). — Endgültiger Entscheid, innert der Frist von 10 Tagen und nach Einvernahme der Beteiligten, bei Anständen der Verwandten gegen gemeinderätlich auferlegte Unterstützungsbeiträge. Der Entscheid ist den Beteiligten mittelst chargierten Briefen zu eröffnen (Armengesetz). Der Bezirks-(Regierungs-)statthalter ist zur Ausstellung von Empfehlungsscheinen für den Transport inländischer Armen auf den schweizerischen Transportanstalten nach Reglement vom 1. X. 1899 befugt.

Gemeindearmenpflege Brig.

Zweck: Unterstützung der armen Angehörigen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Beiträge der Anverwandten, Armengutsertrag und wenn nötig Zuschüsse aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Fr. 2000 Immobilien und Fr. 3000 Kapitalien.

Organe: Gemeinderat, 7gliedrige Armenkommission (3 Mitglieder vom Gemeinderat, 2 Mitglieder vom Burgerrat und 2 Mitglieder vom Frauenverein).

A. 1870, I Nr. 2 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 2.

St. Antonius-Spital in Brig. — Hôpital de St-Antoine à Brigue.

Gegründet: 1291 von Bischof Bonifazius de Challand.

Geschichtliches: Auf eine Besprechung des Joh. Chanderer und Bruder Jordan von Aosta mit Bonifaz de Challand, Bischof in Sitten, am 23. III. 1304 im Schlosse auf der Fluh zu Naters, schenkte letzterer ein Haus in Brig für das Spital, und es verwendete sich derselbe bei den Bischöfen von Grenobles, Beley, Aosta und Genf, dass diese die neue Stiftung am 4. X. 1304 der Wohltätigkeit empfahlen. Unter genanntem Datum erliessen die Bischöfe von Genf aus ein Rundschreiben an die Curatgeistlichen ihrer Diözesen, in welchem sie die Almosensammler des Spitals für jedes Jahr einer guten Aufnahme empfahlen; zudem erteilte jeder der 4 Bischöfe den Wohltätern des Spitals 40 Tage Ablass. Am 28. II. 1360 belehnte Bischof Wischard von Sitten seinen Neffen Peter Tavelli von neuem mit dem Spital, welcher es aber auf 8 Jahre dem Kirchherrn von Ardon, Rudolf von Ormont, überliess; aus dieser Urkunde geht hervor, dass das Spital z. B. schon eine Liegenschaft (Haus, Weinkelter und Weinberge) zu „Ruagrullon“ bei Gradetsch besass, der Pächter war verpflichtet, in den Weinbergen jährlich 200 Setzlinge zu pflanzen. Am 15. I. 1388 beschlossen Vertreter von Goms, Mörel, Brig, Visp und Raron, für ewige Zeiten statt dem „Hôpital de St-Antoine de Viennois“ dem Burgerspital die Almosen zu entrichten. Am 15. II. 1399 überliess der Bischof von Sitten das Collatur- und Patronatsrecht der Gemeinde Brig; in der an jenem Tage aufgestellten Spitalordnung wurde unter anderem bestimmt, dass armen Reisenden besonders Betten und Bettdecken zur Verfügung gestellt werden sollen; der von den Briger Bürgern gewählte Spitalverwalter soll die Gastfreundschaft, soweit die Spitaleinkünfte reichen, liebevoll und treuherzig ausüben und die 7 Werke der christlichen Barmherzigkeit den armen Pilgern und Reisenden erweisen. Am 14. XII. 1581 bestätigte Bischof Hildebrand von Riedmatten die Ablassbriefe seiner Vorgänger für die Wohltäter des Spitals. — Am 1. I. 1851 stürzte der Turm der Spitalkirche ein und zertrümmerte einen Teil des Spitalgebäudes. Pfarrer Felix Franz Dalleves unternahm

Reisen, um milde Gaben für den Wiederaufbau zu sammeln. — 1855 belief sich das Vermögen des Spitals (Immobilien und Kapitalien) auf Fr. 20,361. 26. Das Spital besass 1890 (nach Joller) das Bielengut ob dem Collegium (Wert: Fr. 9000), 2 Gärten und 2 Parzellen Wald am Rohrberg, nebst zirka Fr. 17,400 an Kapitalien. — 1888 wurde die Pflege der Armen und Kranken den ehrw. Ursulinen von Brig anvertraut. (Vergl. V. Joller, „Spital der Stadt Brig“ in: Blätter aus der Walliser Geschichte, B. I, pag. 111 ff.)

Zweck: Das St. Antoni-Spital ist vorwiegend Krankenhaus, gepflegt aber auch arme Durchreisende.

Platzverhältnisse: 30 Krankenbetten und 3 Betten für durchreisende Arme.

Mittel: Tagestaxen à Fr. 1.50 bis Fr. 1.65; Beiträge aus dem Alkoholzehntel für Unterstützung armer Durchreisender (pro 1905: Fr. 100); Ertrag des Spitalguts.

Vermögen: Kapital: Fr. 24,000; Liegenschaftswert: Fr. 20,000.

Organ: Die Vermögensverwaltung besorgt die Einwohnergemeinde.

N. C. 13 Nr. 5; Z.

Tscherrig- oder Armenfundum der Burgerschaft Brig. — „Spital Tscherrig.“ — „Hôpital du notaire Tscherrig.“

Gegründet: 1780 von Notar Tscherrig.

Zweck: Die Zinse werden alljährlich für das sogenannte „Armenbrot“ verwendet; die Restanz wird der Gemeinde für Arme übermittlelt.

Vermögen: Fr. 10,600 in Kapital.

Organ: Burgerrat Brig.

Spital der Baugesellschaft des Simplontunnels in Brig.

Errichtet: 1898.

Geschichtliches: Ein Gesuch der Stadtgemeinde Brig vom Juli 1906, es möchte ihr das Spital der Simplontunnelunternehmung, sowie deren Absonderungshaus käuflich abgetreten werden, haben die Bundesbahnen zurzeit abgelehnt, da sie auch für den Ausbau des zweiten Tunnels über diese Gebäude verfügen müssen. Sie haben sich dagegen bereit erklärt, der Gemeinde diese Gebäude bis auf weiteres zu vermieten.

Zweck: Ärztliche Behandlung der Kranken der Simplontunnelunternehmung. — Nach Aufhören der Arbeit am Tunnel wurde das Spital geschlossen. Seine Wiedereröffnung steht aber in Aussicht. Während dem Tunnelbau bestand auch eine Krankenkasse, „Caisse de secours et accidents de l'entreprise du tunnel du Simplon, Brandt, Brandau & Cie.“, deren Statuten

der Staatsrat von Wallis unterm 20. X. 1898 genehmigt hatte.

Platzverhältnisse: 38—42 Betten im Spital und 12 im Absonderungshaus.

Mittel: } Die Ausgaben wurden direkt von der Vermögen: } Tunnelunternehmung bestritten.

Organe: Ärztliche Leitung. Verwaltung (Bureau der Simplontunnelunternehmung).

Krankenhaus für das Oberwallis in Brig.

(Im Bau begriffenes Kreisspital.)

Gründung: Auf die Initiative der Gemeinde Brig haben sich sämtliche Bezirke des Oberwallis und die meisten Gemeinden zur Gründung eines Spitals, an dem sich auch die Baugesellschaft für den Lötschberg-tunnel ebenfalls mit einem Beitrag von Fr. 50,000 beteiligt, vereinigt. Sonntag den 27. V. 1907, vormittags 11 Uhr, fand die feierliche Grundsteinlegung statt, verbunden mit einer Feldmesse. Der Bau soll derart gefördert werden, dass derselbe auf Frühjahr 1908 bezogen werden kann. Das Spital soll den heutigen Anforderungen der medizinischen Wissenschaft voll und ganz entsprechen; so werden vorgesehen: Operationssäle, Bäder u. s. w., elektrische Beleuchtung. Zahl der Betten: 50.

Zweck: Das Spital soll ausschliesslich der Aufnahme besserungsfähiger Kranken dienen, wobei die Kranken der subventionierenden Gemeinden und Bezirke in erster Linie berücksichtigt werden sollen.

Vermögen: Zirka Fr. 150,000.

Organ: Mit der Verwaltung ist der Gemeinderat von Brig betraut.

Absonderungshaus und Desinfektionsanstalt Brig.

Die Errichtung der Anstalten wird demnächst in Angriff genommen.

Gegenwärtig dient das Absonderungshaus der Simplontunnelunternehmung für derartige Fälle.

Kloster der hl. Ursula. — Ursulinenkloster Brig. — Frauenkloster Ursula. — Communauté des sœurs ursulines de Brigue (Couvent).

Gegründet: 9. VI. 1663 durch Baron Caspar von Stockalper, der zu diesem Zwecke Ursulinen von Freiburg kommen liess. Letztere kehrten im Jahre 1672 wieder in ihr Kloster zurück.

Geschichtliches: Das Organisationsdekret des Departements Simplon vom 26. XII. 1810 bestimmte, „les maisons religieuses de femmes hospitalières sont conservées et continuent à jouir de leurs revenus“;

demgemäss blieb das Kloster in Brig, wie auch das Frauenkloster in Collombey, zur Zeit, als Wallis zu Frankreich gehörte, offen, während die beiden Kapuzinerklöster Sitten und St. Maurice vom I. 1812 bis XI. 1814 geschlossen waren. — Gestützt auf Art. 21 des Dekrets vom 29. I. 1848 gab der Staatsrat 1856 dem Kloster die Erlaubnis, je bis 10 Novizen aufzunehmen, die sich aber dem Unterricht oder der Krankenpflege widmen müssen.

Zweck: Unterricht und Krankenpflege. An den Klosterpforten werden täglich Suppe, Brot und verschiedene Almosen ausgeteilt.

Landwirtschaftsbetrieb: Viehstand: Zirka 22 Stück Rindvieh, 14 Ziegen, 30 Schafe und 5 Schweine.

Elisabethenverein Brig.

(Frauenarbeitsverein.)

Gegründet: 4. III. 1860 auf Initiative von Pfarrer Inalbon und P. Bellwalder.

Zweck: Armenunterstützung; seit 1882 beschert er zu Weihnachten arme Schulkinder und seit 1889 leistet er Jahresbeiträge an die „Armensuppe“ (Volksküche Brig).

Mitglieder: 30.

Mittel: Arbeitsertrag und Gaben; Beiträge aus dem Alkoholzehntel (pro 1905: Fr. 50).

Vermögen: Zirka Fr. 4500.

Organe: Präsidentin und Vizepräsidentin, Kassier, Krankenpflegerinnen.

A. 1870, II Nr. 1.

Volksküche Brig.

Gegründet: 1889.

Zweck: Ernährung armer Schulkinder.

Mittel: Gaben des Elisabethenvereins und der Gemeinde; Beiträge aus dem Alkoholzehntel (pro 1905: Fr. 50).

Vermögen: Keines.

Organe: Elisabethenverein und Gemeindeverwaltung.

Kleinkinderschule Brig. — Ecole enfantine de Brigue.

Gegründet: 1905.

Zweck: Vorbereitung der Kinder vom 5.—7. Altersjahre auf die Volksschule, Versorgung der Kinder armer Eltern während des Tages. — Die Frequenz dieser Schule ist so gross, dass dieselbe demnächst in 2 Klassen geteilt werden muss.

Mittel: Die Kosten werden von der Gemeinde getragen.

Vermögen: Kein eigenes Vermögen.

Organe: Gemeinderat, der die Aufsicht durch die Schulkommission ausübt.

1 Lehrschwester des Ursulinenklosters, die eine eigene Ausbildung genossen.

Jünglingsverein Brig.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitgliederzahl: 18.

Sektion der „Studentenliga“ am Collegium Spiritus Sanctus in Brig.

Gegründet: IV. 1905. Vergl. „Etudiants abstinentes“ sub Sion.

Mitglieder: Zirka 12.

Zu rekonstituieren.

Sektion „Hoffnung“ der „Studentenliga“ in Brig, Lehrerinnenseminar.

Vergl. „Etudiants abstinentes“ sub Sion.

Mitglieder: 8.

Krankenunterstützungsverein von Brig und Umgebung.

(Zweigverein des Kantonalverbandes der Krankenunterstützungsvereine.)

Gegründet: 1. VIII. 1894.

Zweck: Unterstützung bei Erkrankung. Wer für mehr als 3 Tage arbeitsunfähig ist, erhält während den 3 ersten Monaten täglich Fr. 1.50 und während den folgenden 3 Monaten täglich 75 Rp. als Unterstützung. Ein Mitglied, dessen Krankheit als Folge schlechter Aufführung oder selbstgesuchten Streites erwiesen ist, verliert jedes Anrecht auf Unterstützung.

Mitglieder: Ungefähr 85. — Aufnahme finden Personen männlichen Geschlechts im Alter von 16—50 Jahren auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses.

Mittel: Monatliche Umlage (80 Rp.); Eintrittsgelder (Fr. 5—7); Strafgelder; Geschenke etc.

Vermögen: Zirka Fr. 3500.

Organe: Vorstand (aus 5 Mitgliedern), 1 Kommissär.

Gewerbeschule Brig. — Ecole professionnelle à Brigue. — Gewerbliche Kurse für Knaben und für junge Töchter. — Cours professionnels pour garçons et pour jeunes filles.

Gegründet: 1900.

Geschichtliches: 1906 wurde in Brig auch ein Kochkurs abgehalten, an welchen der Kanton einen Beitrag von Fr. 600 verabfolgte.

Zweck: Ausbildung der Lehrlinge (Abteilung für Lehrlinge und Abteilung für Lehrtöchter). Mit dem Unterricht werden betraut: für die Lehrlinge die Lehrer an der Seminarschule und ein Architekt (für das Zeichnen), für die Lehrtöchter die ehrwürd. Schwestern Ursulinerinnen. Unterrichtsfächer: kaufmännisches Rechnen, Buchhaltung, Zeichnen, Vaterlandskunde, für die Lehrtöchter noch speziell Zuschneiden.

Mittel: Subventionen des Kantons Wallis, der Eidgenossenschaft und der Gemeinde Brig. (Bundes- und Kantonsbeitrag pro 1906: Fr. 690.)

Organe: Gemeinderat und die lokale Lehrlingskommission.

3. Brigerbad.

Gemeindearmenpflege Brigerbad.

Zweck: Unterstützung der Bürger im Verarmungs-falle nach Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Zuschüsse aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Fr. 111 (nach dem staatsrätlichen Rechenschaftsbericht pro 1905); der Zins von dieser Summe fällt den Armen zu.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission, bestehend aus 3 Mitgliedern (dabei 1 Frau).

A. 1870, I Nr. 3 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 3.

4. Eggerberg.

Gemeindearmenpflege Eggerberg.

Zweck: Unterstützung der Armen der Gemeinde nach Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse; die Gemeindearmenpflege brauchte aber bis dahin noch nie in Tätigkeit zu treten.

Vermögen: Die Gemeinde besitzt keine Armenkasse.

Organ: Verwaltung der Gemeinde Eggerberg.

A. 1870, I Nr. 4 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 4.

5. Glis.

(Glis und Gamsen.)

Gemeindearmenpflege Glis.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls werden Beiträge aus der Gemeindekasse gewährt.

Vermögen: Fr. 512. 95 — „Gemeindearmenfonds“, errichtet 1903.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 5 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 5 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 5.

Kinderverwahranstalt Glis.

Gegründet: 1899.

Zweck: Die Kinder werden auf Gemeindekosten ins Waisenhaus Sitten oder bei Privatfamilien untergebracht.

Vermögen: Fr. 200 in Kapital (Testament von Felix Elsig von Warmbrunnen).

Organ: Gemeinderat (5 Mitglieder).

Jünglingsverein Glis.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 17.

6. Mund.

Elementarereignisse: 28. V. 1799. Brand in Mund (vgl. Landeskatastrophen). — 2 Waldbrände in Mund, der erste in den 1850er Jahren, der zweite am 20. IX. 1894. — 26. IV. 1896. Brand in Mund (2 Wohnhäuser). — 3 III. 1907. Brand zu Ferchen in Mund (2 Wohnhäuser).

Gemeindearmenpflege Mund.

Zweck: Unterstützung der Armen nach Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Werden aus der Gemeindekasse bestritten.

Vermögen: Vergl. „Fromme Stiftungen“.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission (aus 3 Mitgliedern, dabei 2 Frauen).

A. 1870, I Nr. 6 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 6.

„Fromme Stiftungen“ von Mund.

(Armenfonds.)

Errichtet: Von der Gemeinde Mund.

Zweck: Jährlich zweimal — am Pfingstmontag und (früher 2. November [Allerseelentag] jetzt) 3. November — Suppe mit Brot und Käse auszuteilen; an diesen Tagen verabfolgen die Viehbesitzer der grossen Bergparrei Mund den Dürftigen auch unentgeltlich Milch.

Vermögen: Fr. 1800.

Organe: Präsident der Gemeinde, die 2 Bürgerkassiere.

A. 1890, II B. d. 1 Nr. 1.

Jahrzeit der Grunachern in Mund. — Hofernjahrzeit.

Gestiftet: 1688 von Anton Gronach. — Eine weitere Jahrzeit, diejenige der Härigen (errichtet im XVII. Jahrhundert von Martin Harenden), wurde 1881

aufgelöst, so dass nur mehr je am 28. XII. (Fest der unschuldigen Kinder) eine Stillmesse gelesen wird.

Zweck: Jährlich im Juni wird Brot, Käse, Milch und Suppe den Armen ausgeteilt.

Vermögen: Drei Stücklein Wiesen sind für die Hofernjahrzeit gestiftet.

Organe: Für die Austeilung sorgt Ferdinand Jossen und Familie und Zenklusen, Johann Jos., für vier Jahre, und im fünften Jahre Jossen, Anton, Imhof, Peter, und Imstepf, Peter und Geschwister. Die Besorgung der Austeilung geht je zu 5 Jahren um.

Jünglingsverein Mund.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 20.

7. Naters.

Elementarereignisse: 2. VI. 1877, Austritt des Kelchbachs. Er verursachte einen Schaden von Fr. 19,674. — Der Kelchbach ist am 1. VI. 1906 wieder ausgetreten und hat bei Rischinen einen Schaden von Fr. 9000 verursacht. — Ferner ist der Kelchbach ausgetreten am 16. VIII. 1906 und hat auf Blatten einen Schaden von Fr. 11,000 angerichtet.

NB. Die „Società di Mutuo soccorso“, gegründet von italienischen Arbeitern am 19. X. 1902 (S. H. A. B. 1902, Nr. 379), hat sich wieder aufgelöst.

Gemeindearmenpflege Naters.

Geschichtliches: Laut Testament vom 24. IV. 1285 schenkte Normandus de Augusta, Kantor und Kanzler des Domstiftes in Sitten, zwei Mütt Korn Naterser Mess und je 6 Schilling zur zweimaligen Suppenverteilung an eine Armenspende in Naters. — In der Kirchengemeinde Naters bestanden folgende Bruderschaften (nach dem Pfarrarchiv Naters, mitgeteilt von Pfarrer D. Imesch):

Bruderschaft des hl. Geistes in Naters. In der Pfarrei bestund diese Bruderschaft bereits im Jahre 1339, wiederholt erhielt sie Schenkungen. Jährlich zu Pfingsten verteilte sie den Armen reiche Almosen. Im Jahre 1434 ist die Bruderschaft mit der des hl. Sebastian vereinigt worden.

Bruderschaft der Geistlichen, auch die goldene Bruderschaft genannt, in Naters. Diese Bruderschaft wurde am 10. XII. 1467 von Bischof Walther Supersaxo in Naters eingeführt. Ihr Bestehen lässt sich bis in die 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts verfolgen. Auch sie gedachte bei ihren Jahrzeiten der Notleidenden.

Aller Seelen-Bruderschaft in Naters. Eine Urkunde von 1442 bezeichnet diese Bruderschaft als „kürzlich in der Pfarrei Naters errichtet“. 1736 ver-

teilte die Bruderschaft 6 Fischel Korn und 1 Fischel Weizen unter die Armen. Das Vermögen dieser Stiftung scheint in dem jetzigen Armen- und Schulfundum aufgegangen zu sein.

Fabian- und Sebastians-Bruderschaft in Naters. Gegründet am 14. II. 1406 von den Leuten der Comper Naters. Schenkungen zu gunsten dieser Bruderschaft erfolgten unter anderem 1440, 1443, 1449, 1490, 1512, 1577 etc. (in der Urkunde von 1449 als Fabian-Sebastian-Bruderschaft in Rischinen bezeichnet). 1477 bestimmte Bischof Walther Supersaxo, dass aus den Einkünften der Bruderschaft dem Rektor des hl. Sebastian jährlich 28 Pfund entrichtet, die übrige Summe aber unter die Armen verteilt werde. Laut bischöflichem Visitationsakt vom Jahre 1736 liess gedachte Bruderschaft jährlich 18 Fischel Getreide den Bedürftigen austeilten. 1821 betrug das Vermögen 112 \bar{r} Kapital und 4 Fischel Getreide. Später wurde dieses Fundum mit dem Armen- und Schulfundum verschmolzen.

Bruderschaft der 7 Stunden in Naters. Diese Bruderschaft reicht in Naters ins XV. Jahrhundert zurück. Die Einkünfte an Getreide wurden stets den Armen ausgeteilt. Bischof Zenruffinen verordnet 1821, dass nach Abzug der ordentlichen Ausgaben der Überschuss des jährlichen Zinses und das Getreide den Hausarmen der Pfarrei zugute kommen.

Die **Bruderschaft des hl. Johannes in Birgisch und die Bruderschaft des hl. Théodul auf Blatten.** Beide datieren aus dem XVII. Jahrhundert. Mit dem Jahrzeit war stets eine Spende an die Bedürftigen verbunden.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Armenfondszinse, Gemeindegzuschüsse u. s. f. Die Gemeinde Naters verausgabte für Armenpflege seit 1870 durchschnittlich pro Jahr Fr. 215.

Vermögen: Zirka Fr. 3500; „Armenfonds von Naters“, errichtet zu Anfang der 1850er Jahre aus der Theodulstiftung und frommen Legaten.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission, aus 5 Mitgliedern bestehend.

A. 1870, I Nr. 7 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 7.

Schulsuppenanstalt Naters.

Errichtet: 10. VIII. 1902 für weitentfernte Schulkinder.

Zweck: Geht aus dem Namen hervor.

Mittel: Ertrag des Vermögens.

Vermögen: Fr. 7450 Kapital (Sammlung von Engländern auf Belalp Fr. 5000, Schenkungen von Leuten aus Naters Fr. 2450).

Organe: Gemeinderat von Naters.

Männerverein für Gemeinnützigkeit und öffentliche Wohlfahrt in Naters.

(Sektion des schweiz. kathol. Volksvereins.)

Gegründet: 1. X. 1905.

Zweck: 1. Förderung wahrer Vaterlandsliebe, Religiösität und Sittlichkeit im Sinn und Geiste der röm. kath. Kirche; 2. Hebung der Landwirtschaft und des Gewerbes; 3. Pflege veredlender geselliger Unterhaltung. — Dieser Zweck wird zu erreichen gesucht durch Versammlungen mit Vorträgen, Gesang und Unterhaltung, Unterrichtskurse, Verbreitung guter Bücher, Zeitschriften und Zeitungen.

Mitglieder: Zahl ungefähr 60.

Vermögen: Ungefähr Fr. 120.

Organe: Generalversammlung — Vorstand (aus 5 Mitgliedern).

Jünglingsverein Naters.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Gegründet: 4. II. 1907.

Zweck: Heranbildung der Jünglinge zu braven Männern, Sorge für allgemeine und fachliche Fortbildung derselben, Darbietung einer das Gemüt veredlenden Unterhaltung. Dieser Zweck wird zu erreichen gesucht durch: gemeinsame Vereinsversammlungen; praktische Unterrichtskurse; Spiele.

Mitglieder: Zahl 12.

Organe: Vereinsversammlung und Vorstand (aus fünf Mitgliedern).

8. Ried-Brig.

Elementarereignis: 1799, Brand der Ortschaft Lingwurm (vergl. Landeskatastrophen). Auch sind zu gleicher Zeit alle Wertsachen (Silberplatten, Becher) und Schriften der Bürgerschaft von den Franzosen genommen oder vernichtet worden.

Stellungsvermittlung des Verbandes christlicher Jünglingsvereine von Oberwallis.

Sitz der Leitung: Ried-Brig.

Errichtet: Herbst 1906.

Zweck: Unentgeltliche Stellenvermittlung.

Organ: 1 Leiter.

Gemeindearmenpflege Ried-Brig.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Geschichtliches: 1740 war zum Zwecke der Armenunterstützung und des Schulunterrichts die „Bruderschaft vom hl. Geiste in Schlucht (Brig)“ reorganisiert worden; nach einer Urkunde im v. Stockalperschen Familienarchiv zu Brig bestand diese Bruder-

schaft schon 1549. 1781 wurde das Vermögen dieser Bruderschaft (zirka Fr. 736) zur Stiftung eines Rektorates mit Schulunterricht verwendet und die Bruderschaft aufgelöst.

Mittel: Kapitalzinse, eventuell Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Fr. 4200 Kapitalien. — Die Stiftung ist schon 1830 errichtet und durch testamentarische Gaben geäufnet worden.

Organ: Armenkommission, bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 8 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 8.

Jünglingsverein Ried-Brig.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 35.

9. Simplon.

Elementarereignisse: 31. VIII. 1597, Bergsturz, durch welchen das Dorf Auf der Egg zerstört, 81 Personen begraben wurden. — 13. XII. 1813, Lawinensturz, 2 Personen kamen um und 15 Pferde wurden getötet. — 19. III. 1901, Gletschersturz Rossboden (Verschüttung der sog. Laubmatten und der Anwesen in Seng und Ebnat). 22 Gebäude wurden zerstört. Amtlich geschätzter Schaden Fr. 174,535; Liebesgaben Fr. 13,690.

Simplon-Hospiz. — Maison hospitalière du Simplon. Hospice du Simplon.

Errichtung des jetzigen Gebäudes — Fondation du bâtiment actuel: 1811—1814 von Napoleon I., auf der Passhöhe des Simplon (2001 m. ü. M.) — 1811—1814, construit au sommet du passage du Simplon (2001^m d'altitude) sur les ordres de Napoléon I^{er}.

Geschichtliches — Historique: Ein Hospiz (St. Jakobsspital, Hospice de Saint-Jacques au mont de Halsen, Hosp. Sancti Johannis super monte de Collibus) wurde bereits von Rittern des Johanniter-Ordens gegründet, erstmalig 1235 erwähnt (stand in der Spittelmatte). Seit Mitte des 15. Jahrhunderts wurde der Dienst von einem durch den Rektor des Spitals von Salgesch ernannten Pächter besorgt. 1542 beschäftigte sich der Landrat mit dem Hospiz (vergl. Abscheids ou Protocoles officiels des diètes du Valais de XII 1542). Am 22. II. 1590 wurde es von den Johannitern an Bartholomäus Perrig von Brig verkauft, der es am 26. III. 1622, mit Zustimmung des Bischofs, des Mai-Landrats von 1621, seiner 4 Söhne und seines Tochtermannes Castlan Hans Schmid, um 1200 Walliser Pfund (von denen er 400 Pfund zu „seiner Seelenheil und seiner Kinder Glück“ schenkte) zu Hilf und Trost der armen Durchreisenden dem Spital St. Antoni in Brig

übergab. Am 14. VII. 1655 kam es durch Verkauf an die Familie von Stockalper, die es 148 Jahre lang besass, und aus eigenen Mitteln die Gastfreundschaft freiwillig fortführte. Baron Kaspar von Stockalper „der Reiche“ (1670—78 Landeshauptmann), der es 1655 übernommen hatte, errichtete auf den Gütern des zerfallenen Spitals St. Jakob ein turmartiges Gebäude von vier Stockwerken, von welchen das unterste für arme Pilger und Reisende reserviert war. Die zweite Gemahlin Kasp. von Stockalpers, Cäcilia, geb. von Riedmatten (1619—1692) war gerühmt als „Mutter der Armen“, insbesondere in der Kirchengemeinde Glis. — 1804 wurde mit dem von Napoleon Bonaparte durch Dekret vom 2 Ventose, Anno IX (1801), beschlossenen Bau eines Hospizes nach dem Vorbild desjenigen auf dem St. Bernhard, für welchen gemäss Decreta della Repubblica italiana vom 12. XI. 1802 das Vermögen der aufgehobenen italienischen Klöster Torre und Senatore dienen sollte, begonnen. Nach Napoleons Sturz, 1814, blieb aber das Werk unvollendet. 1823 überliess die Regierung von Wallis das Hospiz dem Konvent vom Grossen St. Bernhard gegen eine an Mosca, dem Bauleiter Napoleons, auszubezahlende Summe von Fr. 15,000. Wenn das Hospiz auch erst 1835 vollendet wurde, so konnte es doch schon 1831 bezogen werden. Das neue Hospiz ist ein palastähnliches Klostergebäude von vier Stockwerken und kann 500 Personen aufnehmen. Jener Konvent hatte schon unter Napoleon das alte Hospiz der Familie Stockalper abgemietet. — Im Sommer 1906 wurde die elektrische Beleuchtung, sowie auch eine sich vorzüglich bewährende elektrische Küche von der Konstruktionswerkstätte Örlikon eingerichtet; die hierzu nötige Wasserkraft wird einem kleinen künstlich angelegten See (7,000,000 Liter) kaum 250 Meter oberhalb des Hospizes entnommen. Das in der Nähe gelegene „Grand Hôtel Simplon-Kulm“ bezieht die elektrische Energie ebenfalls aus diesem Kraftwerke. — Auch hier wurden die Hunde durch Art. 28 des Finanzgesetzes von 1874, bzw. Art. 38 des neuen Finanzgesetzes vom 10. XI. 1903, gleich denen des St. Bernhard-Hospizes, von der Hundetaxe befreit. — Un hospice (hospice de St-Jacques au mont Halsen, sur la Spittelmatte) est mentionné pour la première fois, en 1235, ayant été fondé par l'Ordre des chevaliers de Malte (Donations du 4 II 1246 un cens d'un nuids de seigle par Warner Rodier, et du 20 X 1290 en faveur de l'hospice, Vente du 9 XI 1255 d'une terre appartenant à Mathelda de Augusta, etc.). Depuis le milieu du 15^e siècle, le service était fait par un fermier nommé par le recteur de l'hôpital de Salquenen. En 1542, la diète s'occupa de l'hospice (Comp. les protocoles officiels des diètes du Valais, de XII 1542). Le 22 II 1590, les chevaliers

de Malte vendirent l'hospice à Bartholomäus Perrig de Brigue, qui le transmit, en 1622, à l'hôpital de St-Antoine, à Brigue, pour porter secours et consolation aux voyageurs indigents. Le 14 VII 1655, il fut vendu à la famille de Stockalper, qui le garda en sa possession pendant 148 ans, et continua à hospitaliser libéralement les voyageurs, c. à d. à ses propres frais. Le baron Gaspard de Stockalper (Grand-Bailli 1670—78), qui l'acheta en 1655, fit construire sur la propriété de l'hôpital de St-Jacques, tombé en ruines, un bâtiment de 4 étages en forme de tour, dont l'étage inférieur était réservé aux pèlerins et voyageurs indigents. — En 1804 fut commencée la construction d'un hospice sur le plan de celui du St-Bernard, décrétée par Napoléon Bonaparte le 2 ventose de l'an IX (1801). La fortune des couvents italiens supprimés, de Torre et de Senatore, devait être affectée à aider à la construction du nouvel hospice. Après la chute de Napoléon, en 1814, le travail resta inachevé. En 1823, le gouvernement du Valais céda l'hospice au couvent du St-Bernard contre une somme de fr. 15,000 à payer à Mosca, conducteur des travaux nommé par Napoléon. Bien que l'hospice ne fut complètement achevé qu'en 1835, il put cependant déjà être occupé en 1831. Le nouvel hospice est un couvent, forme de palais, à 4 étages et pouvant recevoir 500 personnes. Le couvent du St-Bernard avait déjà loué sous Napoléon l'ancien hospice de la famille de Stockalper. — En été 1906, on y installa la lumière électrique; la force motrice nécessaire est fournie par un petit lac artificiel d'une capacité de 7 millions de litres et situé à peine à 250^m au-dessus de l'hospice. Les chiens du Simplon, comme ceux du St-Bernard, sont exonérés de la taxe (art. 38 de la nouvelle loi des finances du 10 novembre 1903).

Zweck: Verpflegung von Durchreisenden. — Bis zur Eröffnung der Simplonbahn wurden alljährlich 25—30,000 Reisende von den Augustinermönchen unentgeltlich gelabt und beherbergt, seither jährlich zirka 10,000 (im Winter wird das Hospiz weniger besucht, da keine Pferdepost mehr zur Winterszeit über den Simplon geht; im Sommer jedoch hat die Frequenz nicht abgenommen).

Mittel: Ertrag mehrerer Landgüter und freiwilliges Opfer in der Kapelle.

Vermögen: Dieses besteht zur Hauptsache in Landgütern in Pavia und Domodossola (Italien). Der zurzeit noch nicht verkaufte Teil dieser Liegenschaften wird auf zirka Fr. 12,000 geschätzt.

Ökonomie: Viehstand: 4 Pferde, 13 Stück Rindvieh und 3 Schweine.

Organe: Mönche — Probst des Augustiner Chorherren-Stifts in Martigny.

Gemeindearmenpflege Simplon. — Gesetzliche Armenpflege von Simplon-Dorf.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Fondszinse und erforderlichenfalls Zuschüsse aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Zirka Fr. 8750 (Waisenamts- und Armenkasse).

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 9 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 9.

Erholungsheim des Missionshauses Immensee auf dem Simplon.

Errichtet: 1906 vom Missionshaus Bethlehem, Immensee (Kanton Schwyz).

Zweck: Erholungsbedürftigen Professoren und Zöglingen des Institutes (Privatanstalt) einen Ferienaufenthalt auf dem Simplon zu ermöglichen.

Organ: Institutsverwaltung in Immensee.

10. Thermen.

Elementarereignis: 1799, Brand von Brigerthermen (vergl. Landeskatastrophen).

Gemeindearmenpflege Thermen.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Gesetz vom 3. XII. 1898.

Vermögen: Fr. 450.

Mittel: Kapitalzins; Zuschuss aus der Munizipalkasse (Fr. 170—200 pro Jahr).

Organe: Munizipalität; dreigliedrige Armenkommission (bestehend aus dem Waisenamt).

A. 1870, I Nr. 10 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 10.

11. Zwischbergen.

Am 22. V. 1822 wurde Zwischbergen von Papst Pius VII. kirchlich der Diözese Sion inkorporiert (gehörte früher zur Diözese Novara).

N. B. Die „Caisse de secours mutuels des ouvriers de l'Usine pour l'extraction de l'or de ses minerais à Gondo“ ist infolge der Einstellung des Bergwerkbetriebs auf 11. I. 1897 aufgelöst worden.

Gemeindearmenpflege Zwischbergen.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse, Gemeindebeiträge etc.

Vermögen: Zirka Fr. 2200.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 11 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 11.

II. Conthey.

Le district de Conthey comprend les deux anciennes bannières de Conthey et d'Ardon du Gouvernement de St-Maurice, formant dès le 1^{er} II 1798 jusqu'au 12 IV 1798 une partie du dizain de St-Maurice, dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 — sans la commune de Nendaz — une partie du district de Martigny du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810 partie du dizain de Martigny et (la commune de Nendaz) du dizain de Sion de la République valaisanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815 partie du canton de Martigny de l'arrondissement de St-Maurice et du canton de Sion de l'arrondissement de Sion du Département français du Simplon (les 5 communes politiques d'Ardon, de Chamoson, de Conthey, de Nendaz et de Vétroz).

12. Ardon.

Assistance légale de la commune d'Ardon.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Environ fr. 1600 en capital.

Organes: Comité de bienfaisance (de 3 membres), Conseil communal et chambre pupillaire.

I St. de P.A., I N° 12 — II St. de P.A., II A. c. 1 N° 12.

Société de St-Vincent de Paul,

établie dans la paroisse d'Ardon.

Fondée en 1877.

Réorganisée en 1881.

But: Habiller les enfants pauvres et secourir les malades pauvres qui manquent d'assistance. — Dans la commune d'Ardon, il existe aussi une „Confrérie du St-Esprit“ (fondée en 1414); le but de cette confrérie est de constituer un fonds pour l'instruction de la jeunesse (fortune: environ fr. 1200 en capital).

Membres: Nombre, environ 25.

Ressources: Intérêts du capital, dons, etc.

Fortune: Fr. 400.

Organes: Comité. — Assemblée générale.

Cours professionnels mixtes à Ardon — Gewerbliche Kurse in Ardon.

Créés: En 1906.

But: Formation des jeunes gens qui se destinent aux métiers.

Ressources: Entre autres: Subsidés fédéraux et cantonaux (pour 1906: fr. 290).

Organes: Commission scolaire (3 membres).

Société de secours mutuels d'Ardon.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: Le 15 avril 1888.

But: Réunir des personnes pour établir entre elles une garantie mutuelle de secours en cas de maladie.

Membres: 165.

Ressources: a) Droits d'entrée, b) contributions mensuelles et amendes, c) dons, d) capital de réserve avec ses intérêts.

Fortune: Environ fr. 8850.

Organe: Comité de cinq membres (président, vice-président, secrétaire, caissier et un autre membre).

13. Chamoson.

(Chamoson, St-Pierre-de-Clages et Grugnay.)

Assistance légale de la commune de Chamoson.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Environ fr. 1550.

Organes: Comité de bienfaisance (de 3 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 13 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 13.

Achat de matériel scolaire pour les enfants pauvres de Chamoson.

La Municipalité fournit chaque année tout le matériel scolaire nécessaire aux enfants pauvres, soit environ fr. 150.

II St. de l'A., II B. d. 4 N° 2.

Société de secours mutuels de Chamoson.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1893.

But: Elle a pour but de réunir des personnes, qui par esprit de confraternité et de prévoyance, établissent entre elles une garantie mutuelle de secours en cas de maladie.

Membres: 30.

Ressources: Les droits d'entrée, cotisations mensuelles et les amendes.

Fortune: Fr. 1000 environ.

Organes: Un comité composé: d'un président, d'un vice-président, d'un secrétaire, d'un caissier et d'un membre adjoint.

14. Conthey.

(Bourg, St-Séverin, Aven, Daillon, Erde, La Place, Plan-Conthey, Premplot et Sensine.)

Catastrophe: Le 23 IX 1714, éboulement des Diablerets qui détruisit plus des deux tiers de la montagne à pâturages de Dzeneille appartenant à la commune de Conthey. Du terrain qui suffisait à la nourriture de cent-quarante vaches durant onze semaines, il ne resta que pour l'entretien d'environ quarante pièces de bétail. Quinze personnes furent ensevelies. Plus de cent pièces de l'espèce bovine y périrent, sans qu'on sache le nombre des chèvres, moutons, porcs, etc. L'Etat vint au secours des Contheysans en consentant à laisser partager quelques terrains communaux qui furent adjugés aux plus éprouvés par ce désastre, et en abandonnant pour un temps illimité les cens qu'il avait sur cette commune.

Préfecture du district de Conthey.

Compétences: Voir Préfecture de Sion.

Assistance légale de la commune de Conthey.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Contributions des parents, et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Fr. 7955. 02.

Organes: Comité de bienfaisance (composé de 9 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 14 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 14.

Hôpital de Plan-Conthey.

Fremdenspital Plan-Conthey oder Vétroz.

(Institution placée sous l'administration du Recteur de la Chapelle de St-Jacques à l'église paroissiale de Plan-Conthey.)

Fondée le 12 VIII 1412 par Pierre de Daillon.

Historique: L'hôpital de Plan-Conthey avait été créé pour le transport des pèlerins et des voyageurs pauvres. En 1848, les desservants des paroisses de Vétroz et de Plan-Conthey prirent en main l'administration de cet établissement. Antérieurement, l'institution était „jure patronatus“ placée sous la direction et la surveillance de l'Abbaye de St-Maurice. — Donnant suite aux vues manifestées par le Grand-Conseil du canton du Valais, le Département de l'Intérieur s'était enquis, en 1856, de l'état de fortune des hôpitaux de Plan-Conthey et de Saillon, destinés à soulager et à transporter les pauvres, pour aviser au moyen de les réunir en un seul établissement à placer dans un lieu plus à la portée des voyageurs à secourir. Les communes respectives, consultées sur ce projet, déclarèrent: „Saillon, qu'elle n'avait rien à objecter; Plan-Conthey, qu'elle avait rétrocédé l'administration de l'hôpital à l'abbaye de St-Maurice, qui en avait joui avant 1848“. — Il existait à Conthey une maladrerie;

le 26 VIII 1448, Agnelette Cavelli vendait à la commune de Conthey le chesal de cette maladière.

But: Secours aux voyageurs.

Fortune: 12,000.

Ressources: Biens-fonds.

Organe: Prieur de Vétroz.

Fonds paroissial de Conthey.

Caisse de bienfaisance de la paroisse de Conthey.

Créé: La totalité, par M. Roh, curé de Conthey, par testament trouvé sur lui à sa mort, survenue le 12 mai 1828.

But: Subvenir par de petits secours en argent aux besoins des pauvres de la commune.

Ressources: Intérêts annuels du dit capital.

Fortune: Environ fr. 6000.

Organe: Conseil paroissial (de 7 membres, un conseiller par village).

II St. de l'A., II B. d. 3 N° 1.

Société de secours mutuels de Conthey.

(Section de la Fédération Valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1904.

But: Secours des membres malades.

Membres: 75 environ.

Ressources: Finances d'entrée et cotisations mensuelles.

Fortune: Fr. 1250 environ.

Organe: Comité.

15. Nendaz.

(Haute-Nendaz, Basse-Nendaz, Aproz, Baar, Benson, Brignon, Clèbes, Fey et Sarclenz.)

Catastrophe: 9 VIII 1904. Le village de Clèbes est devenu la proie des flammes. Nombre des bâtiments détruits (y compris les granges, les raccards et les greniers): 40. Pertes (taxe officielle): fr. 42,363. Produit des collectes organisées, et souscriptions en espèces seulement: fr. 25,241. 50. Cette somme, plus l'intérêt 3% dès le 30 VI 1905, a permis d'indemniser les sinistrés, selon leur fortune, dans la proportion du 80% pour les fortunes au-dessous de fr. 4000, du 70% pour les fortunes de fr. 4000 à 7000, du 60% pour les fortunes de fr. 7000 à 10,000 et du 50% pour les fortunes de fr. 10,000 à 15,000.

Assistance légale de la commune de Nendaz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds, et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Environ fr. 700 (Fonds créé en 1872 par des dons volontaires, augmenté par des amendes rentrant à ladite caisse en vertu des lois).

Organes: Municipalité, Commission de bienfaisance (composée de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 15 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 15.

„Croix-d'Or“, Section de Nendaz de la Ligue valaisanne de tempérance.

Voir: „Croix-d'Or“ (Siège central: Sierre).

Membres: 12.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Nendaz.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 20—30.

Société de secours mutuels de Nendaz.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1905.

But: Elle a pour but de réunir des personnes, qui, par esprit de confraternité et de prévoyance, établissent entre elles une garantie mutuelle de secours en cas de maladie.

Membres: 30 environ.

Ressources: Les droits d'entrée, cotisations mensuelles et les amendes.

Fortune: Fr. 250 environ.

Organe: Un comité.

16. Vétroz.

(Vétroz et Magnot.)

Par décret du 23 XI 1880, le village de Vétroz (avec le hameau de Magnot) fut séparé de la commune de Conthey, pour former une commune politique sous le nom de „Vétroz“.

Assistance légale de la commune de Vétroz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Le président de la commune donnait de temps à autre quelques francs aux plus nécessiteux — mais ces secours n'ont jamais excédé fr. 10 annuellement, et cette minime dépense a toujours été supportée par la caisse bourgeoisiale.

Fortune: La bourgeoisie a voté en 1900 fr. 200 déposés à la caisse d'épargne cantonale, comme commencement d'un fonds des pauvres.

Organes: Commission de bienfaisance (de 5 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 16 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 15.

„Legs scolaire“ de Vétroz.

Fondé: En 1880 par M^{me} veuve Anne-Marie Morend née Penon avec une somme de fr. 200.

But: Pour achat de matériel scolaire.

Ressources: Intérêts des capitaux.

Fortune: Fr. 3500. Ce fonds a été constitué par diverses personnes.

Organe: Conseil municipal.

III. Entremont.

Le district d'Entremont comprend l'ancienne ban-
nière d'Entremont du Gouvernement de St-Maurice,
formant dès le 1^{er} II 1798 jusqu'au 12 IV 1798 le dizain
d'Entremont, dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 le
district de Sembrancher du canton du Valais sous la Ré-
publique helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI
1810 le dizain de Sembrancher de la République valai-
sanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815 le
canton d'Entremont de l'arrondissement de St-Maurice
du Département français du Simplon (les six com-
munes politiques de Bagnes, de Bourg-St-Pierre, de
Liddes, d'Orsières, de Sembrancher et de Vollèges).

17. Bagnes.

(Bruson, Châbles, Champsec, Cotterg, Fontenelle, Lourtier,
Médières, Montagnier, Prareyer, Sappey, Sarreyer, Verbier, Ver-
ségères et Villettes.)

Catastrophes: 4 V 1595. Inondation (voir „catastrophes du
pays“). — 1759. Désastres du village de Lourtier par une ava-
lanche. — 16 VI 1818. Inondation (voir „catastrophes du pays“).
— 1889. L'incendie de Verségères (54 bâtiments); les pertes se
sont élevées à fr. 77,837. 65. — 17 VII 1898. Inondation de la
Dranse qui a causé de grands désastres sur tout son cours, par-
ticulièrement près de Lourtier. La crue énorme de la Dranse était
survenue à la suite de l'évacuation subite du lac temporaire de Crête-
Sèche; le limnimètre du pont de la Bâtiaz avait indiqué le maximum
de la crue avec la lecture 475.80 m., soit la plus haute cote observée.

Assistance légale de la commune de Bagnes.

But: L'assistance des pauvres conformément à la
loi du 3 XII 1898.

Fortune: Environ fr. 12,000, „Bourse des Pauvres“. Les
fonds ont été créés vers le commencement du XIX^e
siècle par le patriotisme de cœurs généreux et chari-
tables, dans le but d'empêcher la mendicité.

Ressources: Intérêts; dons et collectes à
l'église etc.

Organes: L'administration communale, qui com-
prend les deux administrations municipale et bourgeoi-
siale, Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé
de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 17 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 17.

Oeuvres de secours et de visites aux malades à Bagnes. — Société de secours mutuels (Union).

Fondée: En 1902.

But: Aider les membres malades de la Société
en payant les frais de médecin, pharmacie, et allouant
un subside pendant la maladie.

Membres: 150.

Ressources: Cotisation annuelle de fr. 4. 80.

Fortune: Fr. 1500.

Organes: Président et bureau de 5 membres.

Société de secours mutuels de Bagnes.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1895.

But: Secours mutuels en cas de maladie.

Membres: 120 environ.

Ressources: Cotisations trimestrielles et finance
d'entrée.

Fortune: Fr. 3000.

Organe: Comité.

Ecole professionnelle de Bagnes. — Cours professionnels pour garçons. — Gewerbeschule Bagnes. — Gewerbl. Kurse für Lehrlinge in Bagnes.

Fondée: En 1902.

But: Rendre des services dans cette commune,
en développant le goût des jeunes générations et en
les mettant à même de gagner honorablement leur vie
par l'exercice de professions diverses — l'agriculture est
à peu près la seule vocation qu'embrassent les jeunes
gens de cette vallée. De toutes les communes politiques
de la Suisse, Bagnes est celle qui a le plus grand
nombre de possesseurs de bétail.

Ressources: Subventions communales, cantonales
et fédérales (subvention de la Confédération et du
Canton pour 1906: fr. 1142; subvention de la com-
mune pour 1906: fr. 1085).

Organe: La Direction.

Ecole de couture et professionnelle, établie à Bagnes. — Ecole ménagère et de couture à Bagnes. — Haus- haltungs- und Nähsschule Bagnes.

Fondée: En 1901.

But: Donner aux jeunes filles une culture intel-
lectuelle et pratique qui les mette à même de gagner
plus facilement leur vie; les initier aux travaux du
ménage et de couture.

Ressources: Allocation de la Commune, du
Canton et de la Confédération (subvention de la Con-
fédération et du Canton pour 1906: fr. 1950).

Organes: Rev. Curé de Bagnes; la directrice de
l'Ecole.

Institut „Café-chocolat“ de Bagnes.

(Local de tempérance.)

Fondé: En 1901.

But: Lutte contre l'alcoolisme et assistance à prix
réduit.

Ressources: Subventions communales; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905 fr. 40).

Fortune: Fr. 3500.

Organe: Comité d'administration.

18. Bourg-St-Pierre.

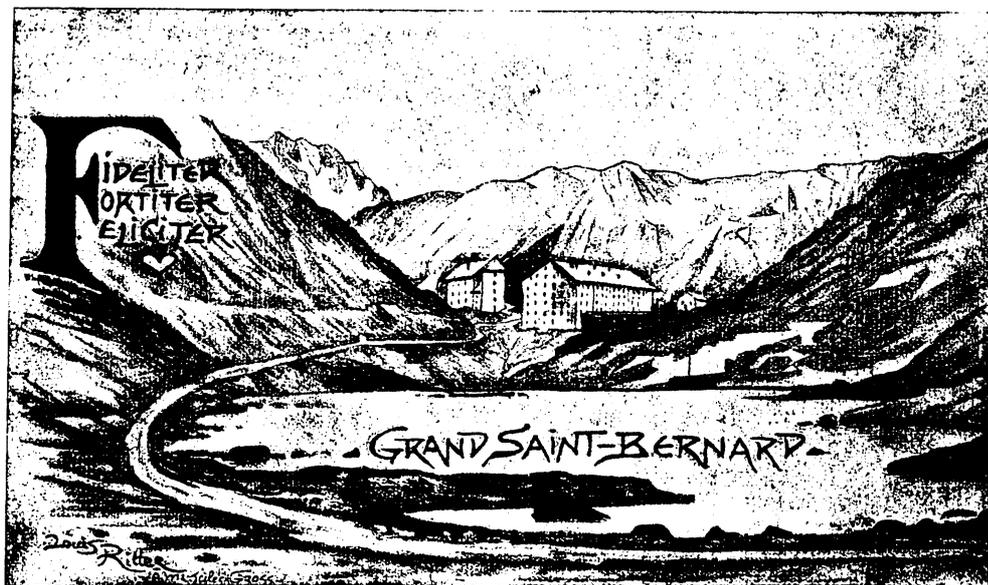
Hospiz St. Bernhard. — Hospice du Grand St-Bernard. Maison hospitalière du St-Bernard.

Gegründet — Fondé: 962-968 oder um 975 von Bernhard von Menthon, wahrscheinlich an Stelle eines zerstörten älteren Hospizes. Von einem solchen wird in Urkunden von 832 (Wahl von Vulgarius zum Bischof von Maurienne) und 851 (Wahl von Hartmann zum Bischof von Lausanne) Erwähnung getan; nach einigen Autoren sollen jedoch Vulgarius (Vittgarius) und Hartmann Superiore des Kleinen St. Bernhard oder aber vom Hospiz in Bourg-St-Pierre gewesen sein. Nach andern soll das Hospiz bald nach der 1027 erfolgten Vertreibung der Sarazenen von Bernhard v. Menthon errichtet worden sein (um 1040). Der Gründer starb nach den einen im Jahre 1008, nach andern als Zeitgenosse von Kaiser Heinrich IV. und Papst Gregor VII. im Jahre 1081. Grafen von Savoyen, Kaiser und Päpste nahmen das Hospiz (Domus pauperum Montis Jovis) in ihren Schutz, wie 1125 Amadeus III. von Savoyen, 1176 Kaiser Friedrich I., am 18. IV. 1177 Papst Alexander III., am 29. III. 1180 und 13. V. 1193 Kaiser Heinrich VI., am 9. X. 1242 der Graf von Savoyen, am 20. IX. 1301 der Graf Amadeus von Savoyen und am 15. III. 1411 Papst Johann XXIII. — En 962-968, par Bernard de Menthon à la place d'un ancien hospice détruit par les Sarrasins au X^e siècle. Des documents de 832 et 851 mentionnent un hospice; quelques auteurs prétendent cependant que les deux abbés Vulgarius et Hartmann étaient des supérieurs du Petit-St-Bernard ou de l'„hôpital de St-Pierre du Mont-Joux“ (à Bourg-St-Pierre). D'après d'autres documents, l'hospice n'aurait été fondé par Bernard de Menthon qu'en 1040, après l'expulsion des Sarrasins.

Geschichtliches — Historique: 1215 unterstellte Papst Innocenz III. das Kloster auf dem Grossen St. Bernhard, welchem der Zweck der Beherbergung der Durchreisenden zukam, der Regel des hl. Augustin. — Die Hunde des St. Bernhardshospizes wurden durch Beschluss vom 29. XII. 1840, betr. Patente pro 1841, und seit 1843 jeweilen durch eine besondere Bestimmung in den Finanzgesetzen von der Staats-Hundetaxe befreit. Schon früh sprechen die Reisenden, zumeist Engländer, von den grossen „Bernhards dogs“. Der

berühmteste Bernhardiner ist „Barry“. Er wirkte 12 Jahre lang mit ausserordentlicher Intelligenz und trug zur Rettung von mehr als 40 Menschenleben bei. Im Jahre 1814 wurde er wegen Altersschwäche nach Bern gesandt mit der Bitte, den Hund zu pflegen bis zu seinem Tode. Das ausgestopfte Tier und der Schädel bilden sehenswerte Objekte der Berner naturhistorischen Sammlung (Vgl. Meisner in: „Alpenrosen“ 1816). Anfangs des XIX. Jahrhunderts machte Pictet in der „Bibliothèque universelle“ die ganze gebildete Welt auf die Einrichtung aufmerksam; unter Pictets Einfluss bildete sich in Genf ein Verein zur Unterstützung des Unternehmens. 1822 erliess Christian Carl André, Herausgeber des „Nat. Kalenders für die deutschen Bundesstaaten“, einen Aufruf für Errichtung zweckmässigerer Gebäude. Aus den Büchern des Hospizes geht hervor, dass im Jahre 1800 der Armee Bonapartes beim denkwürdigen Übergang von den Mönchen 20,740 Flaschen Wein und 3597 Pfund Käse verabreicht worden sind. Schon in den Jahren 1798 und 1799 hatte die französische Armee das Gastrecht benutzt. Die Verwaltungskammer des helvetischen Kantons Wallis intervenierte um Entschädigung dieser ausserordentlichen Auslagen. Am 2. XII. 1847 beschloss die eidgen. Tagsatzung, dass die Sonderbundskriegskosten die Stände Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis zu tragen haben, und die Volksversammlung in Sitten, welche für den Kanton Wallis eine provisorische Regierung einsetzte, dass die dem Staate Wallis durch die politischen Ereignisse 1844—47 erwachsenden Ausgaben den geistlichen Korporationen und jenen Personen, welche zu diesen Ereignissen Anlass gegeben haben, auferlegt werden sollen. Ein Dekret der provisorischen Regierung vom 9. XII. 1847 bestimmte dann, dass das Kloster vom Grossen Bernhardsberge, die Abtei St-Maurice, Staatsräte und Mitglieder des Grossen Rates, der Bischof, das Kapitel Sitten und Domherr Andreas de Rivaz eine Kontribution von zusammen Fr. 200,000 zu entrichten hätten, und zwar ersteres ein Betreffnis von Fr. 80,000. Am 11. I. 1848 postulierte der Verfassungsgrossrat des Kts. Wallis den Grundsatz der Säkularisation der Güter der Geistlichkeit, mit der speziellen Verpflichtung seitens des Staates, für die Gastfreiheit auf dem St. Bernhardsberge und dem Simplon zu sorgen. Durch Bundesbeschluss vom 12./13. VIII. 1852 wurde jedoch den Kantonen des alten Sonderbunds ein Teil der Kriegskosten von 1847 erlassen, und ein kantonales Dekret vom 24. V. 1859 widerrief das Säkularisationsdekret vom 11. I. 1848 und das dazu gehörende Ergänzungsdekret vom 29. I. 1848. (Vgl. auch „Geschichtliches“ sub „Maison religieuse du St-Bernard à Martigny“.) — Ein jahrhundertelanger

Streit betreffend die Waldungen im Ferrexthal mit der Gemeinde Orsières wurde 1891 erledigt. — Als Opfer ihres Rettungswerkes kamen in Lawinen um: am 12. XI. 1845 Chorherr Cart mit 3 Knechten; am 22. XI. 1874 die beiden Chorherren Contard und Glassey mit dem Marronnier. — Ende der 1890er Jahre wurde ein neues (drittes) Gebäude mit einem Kostenaufwand von zirka Fr. 160,000 erstellt; das Hauptgebäude stammt aus dem 16. Jahrhundert und das sogen. „Hôtel de St-Louis“ aus den 1780er Jahren. — Seit 1857 besitzt das Hospiz ein Klavier; das gegenwärtige trägt die Inschrift: „Dieses der Munificenz von Eduard VII., König von Grossbritannien und Irland, zu verdankende Klavier ersetzt dasjenige, das S. M., dazumal Prinz von Wales, dem Hospiz als Andenken seines Besuches gnädig geschenkt hatte. 1857—1904.“ — Le couvent au Grand St-Bernard, ou „Mons Peninus“, fut construit à 500 mètres de l'ancienne mansio romaine et du temple de Jupiter qui y était annexé. — Legs et donations: Donation d'Amédée III, comte de Savoie, de l'année 1137 (la terre de l'hôpital de Château-Verdun [St-Oyen]); legs d'Oddon de Viverone du VII 1145; donation d'un hôpital à Troyes (confirmations de l'année 1158, par l'évêque Henri de Carinthie, et du 7 III 1159, par le pape Adrien IV; donation par Jacques Brun du 6 VIII 1165; donation de Dame Agnès du I 1181 (une muiée de condamine à Corlanus); donation de Pierre du I 1184 (possession à Gorlano); donation du comte Thomas de Maurienne du 1^{er} IV 1189, confirmée par le pape Clément III du 15 III 1190 (la forêt de Ferrex); donation d'Aymon du IX 1189; donation d'Anselme de Porta de l'année 1190 (une condamine située près d'Aoste); donation de l'empereur Henri VI du 16 IV 1191 (une rente annuelle de 20 marcs d'argent); donation de Fresza du VIII 1196 (2 sols de cens annuel); donation de Guy du III 1197 (une vigne); donation de Rifferius du VIII 1217 (une pièce de terre); donation des Aymons, Guillaume et Rodolphe de La Tour (une chapelle à Sion) du 30 III 1221; donations faites par Henri d'Allinges du 26 V 1236; legs d'Amédée IV, comte de Savoie, du 19 IX 1252; donation par Ebal, seigneur de Mont, du 5 X 1266 (9 muids de blé); legs de



HOSPIZ ST. BERNHARD.

[Bild aus dem Werk „Théoduline, poème alpestre“ von Chorherr Jules Gross. (Paris, Librairie Fischbacher.)

Pierre, comte de Savoie, du 7 V 1268; donation de la reine Eléonore d'Angleterre, confirmée en 1289 par le roi Edouard I^{er}; legs de la comtesse Sybille de Savoie, du 11 V 1294 (viginti lb. Viennenses semel pro vigiati sol. Vienn. annui redditus acquirendis); donation d'Antoine de Lens, du 15 III 1300. — Amédée de la Tour, 1163-1168 évêque de Sion, confirma à l'hospice du Grand St-Bernard la possession de l'église de Martigny et des autres biens que cette maison avait dans son évêché (1168). Le pape Alexandre III prit cet hospice sous sa protection, et lui accorda le même privilège à l'égard de ses nombreuses propriétés, situées dans le pays de Vaud, de Fribourg, en Valais, en Savoie, en France et en Italie (1177). Nathelme d'Ecublens, 1196-1203 évêque de Sion, confirma à l'hospice du Mont-Joux la possession des églises de Martigny, de Sembrancher, d'Orsières, de Liddes et de Lens (1199). — En 1265 (9 VI), le pape Clément IV exempta l'hospice du Mont-Joux de toutes tailles; ce privilège fut confirmé par le pape Urbain V au 22 VI 1368. En 1475, l'hospice venait sur les juridictions de l'Etat du Valais. A la diète du mai 1737, l'évêque Blatter avait informé l'Etat que la sacrée Congrégation romaine avait rendu un décret provisoire en ce sens que les religieux valdotains devaient être réadmis s'ils s'obligeaient à observer les anciennes constitutions; l'Etat se déclara disposé à accorder au couvent l'autorisation d'acheter des vignes sur Fully pour subvenir aux besoins de l'exercice de l'hospitalité. En 1752, le bailli annonça à la diète, que Sa Sainteté était décidée, à la demande des religieux valaisans, de leur accorder la libre élection de leur prévôt, auparavant nommé par les ducs

de Savoie, si l'Etat consentait à abandonner les biens que l'hospice du Grand St-Bernard possédait sur les Etats de Charles-Emanuel et tout ce que les religieux valdotains y avaient transporté. La diète donna son plein consentement. La bulle de séparation du 19 VIII 1752 fut publiée par l'archevêque de Tarentaise, Claude Humbert de Rolland, auquel le pape Benoît XIV en avait confié l'exécution. Les valdotains étaient sécularisés et rentraient chacun sous la juridiction de l'évêque du diocèse où il occupait un bénéfice; les propriétés étaient adjugées à l'ordre militaire hospitalier des S. S. Maurice et Lazare. (V. Chanoine Grenat, Histoire moderne du Valais 1536-1815, Genève 1904, p. 385.) — Au commencement du XIX^e siècle, M. Pictet, dans la „Bibliothèque universelle“, rendait le monde entier attentif à cette institution du St-Bernard, et, sur son initiative, il se forma à Genève une société ayant pour but de soutenir cette entreprise. En 1822, M. Christian Carl André, rédacteur de l'„Almanach des Etats allemands“, fit un appel à ses lecteurs pour la création de bâtiments mieux appropriés. Des livres et documents de l'hospice, il résulte qu'en 1800, les moines ont délivré à l'armée de Bonaparte 20,740 bouteilles de vin et 3597 livres de fromage. Mais ce n'était pas la première fois que cet hospice exerçait la charité envers l'armée française: le 24 V au 12 XI 1798, quarante-trois mille hommes avaient, à différentes reprises, gravi la montagne pour chasser et surveiller les Autrichiens et leurs alliés (les rafraîchissements et autres rations qu'ils y reçurent furent entièrement aux frais de l'hospice); en 1799, depuis mai jusqu'en octobre, les Français occupèrent constamment le St-Bernard par un corps de troupe qui fut d'environ 500 hommes et jamais inférieur à 200, et il y eut en outre un passage de troupes qui se portèrent momentanément sur Aoste et revinrent, après quelques jours, reprendre leurs positions en Valais. Pour cette hospitalité envers l'armée française dans les années 1798, 1799 et 1800, les moines ne songeaient cependant à présenter aucune réclamation à la France. La Chambre administrative du Valais s'émue de leur détresse (par l'organe du Pouvoir helvétique). Le Gouvernement français promit 36,000 francs, dont fr. 18,000 parvinrent à destination. — En 1800, Bonaparte même voulut avoir pour compagnons de route de Martigny à Aoste les chanoines du St-Bernard, Terretaz et Murith; le dernier était un excellent représentant des sciences naturelles, et pour honorer sa mémoire, l'association des botanistes du Valais, fondée le 13 XI 1861, prit le nom de „Société Murithienne“.

Zweck — But: Das Hospiz bewirbt jährlich 4000 bis 5000 Touristen, 5000 bis 6000 Pilger und etwa 15,000 piemontesische Arbeiter, die in der Schweiz Arbeit suchen. Selbst im strengsten Winter passieren

sechs bis acht Gäste täglich das Hospiz. Der St. Bernhardspass, dessen Höhenwege während acht Monaten im Jahre mit Schnee bedeckt sind, wird jetzt auf einer wohlgeführten und wohlerhaltenen Strasse überschritten. An dieser Strasse befindet sich schweizerischerseits (9 km. unterhalb des Hospizes) und italienischerseits (2 km. unterhalb des Hospizes) je eine „Cantine“, die selbst bei Nebel gesehen werden können, die, immer offen, gegen Sturm und Schnee Schutz gewähren. Jede dieser „Cantinen“ ist mit dem Hospiz telephonisch verbunden, so dass der Wanderer bei bedenklichem Wetter oder bei starker Erschöpfung um Hilfe bitten kann. Wenn nun solch ein telephonischer Hilferuf kommt, so weiss man im Hospiz auch sofort, von welcher Schutzhütte aus die Hilfe erbeten wurde. Dann wird ein Mann und ein Hund ausgeschickt. Diese Einrichtung erleichtert die sichere Hilfe und erspart den Insassen des Hospizes das oft unnötige, planlose oder vergebliche Absuchen des Passes. Das Telephon als Rettungsanstalt bewährt sich jährlich an etlichen Tausend Menschen. Im Sommer 1906 wurde ein Motorlastwagen (Autocamion) angeschafft, der 16 Pferdekkräfte hat. Schon seit längerer Zeit wird auch der Ski von den Mönchen verwendet. Das Hospiz liegt 2472 m. hoch. — L'hospice héberge chaque année 4000 à 5000 touristes, 5000 à 6000 pèlerins et environ 15,000 ouvriers piémontais qui cherchent de l'ouvrage en Suisse. Même par le plus mauvais temps d'hiver, 6 à 8 voyageurs frappent à la porte. Le passage du St-Bernard, couvert de neige pendant 8 mois de l'année, peut être traversé de nos jours par une route praticable et bien entretenue. A quelques kilomètres se trouvent deux „cantines“, offrant un asile aux voyageurs, toujours ouvertes et visibles même par le brouillard. Chacune de ces „cantines“ est reliée téléphoniquement à l'hospice, de manière à ce que le voyageur puisse demander du secours en cas de nécessité. Aussitôt qu'un appel téléphonique arrive à l'hospice, on sait de quelle cabane on appelle; immédiatement un homme part accompagné d'un chien; autrefois, dit-on, ce dernier portait à son cou une petite corbeille renfermant du pain, du fromage, du vin. Les chiens sentent la présence de l'homme déjà à une certaine distance. Cette organisation facilite le secours et évite aux habitants de l'hospice des recherches inutiles et parfois sans résultat. Le téléphone, comme appel au secours, rend service à des milliers d'hommes chaque année. L'hospice est situé à 2472 m.

Mittel — Ressources: } Consistant en fermes,
Vermögen — Fortune: } divers capitaux, et offrandes des passants.

Organe — Organes: Prior — Krankenpfeleger,
Infirmier — Clavendier und Elémoinaire — 1 Novizen-

meister und Professoren — Knechte und Marroniers —
der Probst in Martigny.

Z.

Cantine de Proz. — Kantine von Proz.

(Commune de Bourg-St-Pierre.)

Fondée: Au commencement du 19^e siècle par
André Dorsaz.

Historique: La Cantine de Proz a failli être
emportée par l'éboulement du Vélan le 31 juillet 1905.
Des travaux doivent être ordonnés pour sa sécurité,
mais les projets ont de la peine à ressortir des car-
tons des ingénieurs cantonaux ou fédéraux.

But: La cantine de Proz rend de très grands
services pendant l'hiver aux gens peu aisés qui doivent
passer à pied le Mont St-Bernard et affronter les ri-
goureux de la mauvaise saison. Elle est reliée par télé-
phone au Grand St-Bernard.

Ressources: Subsidés cantonaux. La cantine de
Proz reste ouverte toute l'année moyennant un subside
cantonal divisé en deux catégories: fr. 100 sont
accordés au propriétaire, M. Ephise Moret, pour l'ou-
verture de la cantine pendant toute l'année; fr. 100
(prélevés sur la dîme de l'alcool) pour soins à donner
aux pauvres voyageurs.

Assistance légale de la commune de Bourg-St-Pierre. — „Hôpital de Bourg-St-Pierre.“

Historique: En 1856, le Département de l'In-
térieur du canton rapportait: „Il existe un fonds des
pauvres dans la commune de Bourg-St-Pierre donnant
un revenu de fr. 300, appliqué en subsides mensuels
aux familles les plus pauvres et en quelques secours
aux passants nécessiteux“. — A Bourg-St-Pierre il
existait un très ancien hôpital; en 1011, Rodolphe III,
roi de Bourgogne, donnait ce „Monastère de St-Pierre
du Mont-Joux“ à son épouse Irmengarde. De 1151 à
1154, l'abbé Nicolas Sænumdarson du monastère bé-
nédictin de Thingeyrar en Islande, se rendait en Terre-
Sainte en traversant la Suisse; dans son itinéraire il
nomme aussi le „Petrs spitali“ (Alpibus hospitium
Petri) et „Biarnhards spitali“ (Hospitium Bernhardi).

But: L'assistance des pauvres conformément à la
loi du 3 XII 1898.

Ressources: Revenu de la fortune.

Fortune: Immeubles: fr. 5292 („Hôpital de
Bourg-St-Pierre“); Capitaux: fr. 9688. Cette fondation
a été créée et alimentée constamment par des dons
provenant de personnes charitables.

Organes: Président de la commune municipale,
Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de
3 membres).

I St. de l'A., I N° 18 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 18.

19. Liddes.

(Ville, Chandonne, Dranse, Rive-Haute et Vichères.)

Assistance légale de la commune de Liddes. — „Hôpital de Liddes.“

But: L'assistance des pauvres de la localité et en
passage, conformément à la loi du 3 XII 1898. — Les
enfants illégitimes, et autres personnes sans fortune,
sont entretenus par la municipalité. Aux enfants pau-
vres est fourni du matériel scolaire suffisant par la
commune. — Il y a bien à Liddes des fonds en faveur
de telle ou telle confrérie, mais celles-ci poursuivent
un but religieux.

Ressources: Produit du fonds; versements de
la municipalité.

Fortune: Fr. 300 en immeubles; environ fr. 5340
en capitaux („fonds de l'hôpital“, créé dans un temps
immémorial).

Organes: Comité de bienfaisance (composé de
3 membres). — Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 19 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 19.

20. Orsières.

(Ville, Les Arlaches, Chamaille, Chez-les-Reuse, Commaire,
Issert, Prassurny, Praz-de-Fort, Reppaz, La Rosière, Son-la-Proz
et Sous-la-Lex.)

Catastrophes: 26 V 1892. L'incendie au village de Sous-la-
Lex: 21 familles (114 personnes) ont été frappées dans cette
sinistre journée; 23 maisons d'habitation, 16 granges-écuries,
9 greniers-raccards ont été anéantis. Les pertes se sont élevées à
fr. 55,588. Produit de la collecte: fr. 2630. 80. — 24 VII 1905.
Un incendie, dû à une cause demeurée inconnue, a détruit plu-
sieurs habitations et granges au village de Châble à Orsières.
Des experts ont évalué les dégâts de cet incendie à la somme de
fr. 38,430. 30. Des souscriptions et des quêtes ouvertes dans les
communes des districts d'Entremont et de Martigny ont produit
la valeur de fr. 2984. 95. Cette valeur a été distribuée aux sinistrés
par une commission nommée par le conseil communal d'Orsières.
La répartition totale et définitive des dons tant en argent qu'en
nature a été faite le 27 XII 1905.

Assistance légale de la commune d'Orsières. — „Hôpital d'Orsières.“

But: L'assistance des pauvres conformément à la
loi du 3 XII 1898.

Ressources: Subventions par la bourgeoisie
variant de fr. 200 à 300 par an.

Fortune: Immeubles fr. 3000; créances fr. 9292
— „Hôpital“ de la commune bourgeoise. La fondation
est très ancienne; on ignore par qui et à quelle date;
elle a été créée pour subvenir par des secours tem-
poraires à l'entretien des pauvres de la commune.

Organes: Conseil communal, Comité de bien-
faisance (composé de 5 membres) et un receveur.

I St. de l'A., I N° 20 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 20.

Assistance et logement des étrangers nécessiteux en passage.

(Institution de la municipalité d'Orsières.)

But: Indiqué par le titre.

Ressources: Versements par la caisse municipale.

Remise aux enfants pauvres des manuels, objets et fournitures scolaires.

(Institution de la municipalité d'Orsières.)

But: Indiqué par le titre.

Ressources: Versements par la caisse municipale; subventions scolaires.

Fondation Françoise Charrex, à Orsières.

Créée: La date de sa fondation remonte en 1686 (13 VI) par Françoise Charrex qui a légué 1000 florins.

But: Œuvres pies et de bienfaisance.

Ressources: Intérêts des capitaux.

Fortune: Capitaux actuels fr. 3543.

Organes: Receveur-caissier, compte-rendu annuellement au conseil municipal qui est l'organe principal.

Fondation Droz de Praz-de-Fort (Orsières).

Créée le 29 V 1854 par M. le chanoine Etienne Droz, de Praz-de-Fort, curé de Revereulaz, dotée d'une somme de fr. 1160.

But: Achat de souliers pour les pauvres de Praz-de-Fort.

Ressources: Les intérêts du fonds.

Fortune: Fr. 1161.

Organes: Trois procureurs nommés par les domiciliés.

Ecole enfantine.

(Institution de la municipalité d'Orsières.)

Fondée: En 1891.

But: Recevoir les enfants qui n'ont pas encore l'âge requis pour fréquenter l'école primaire.

Ressources: Versements par la caisse municipale.

Organe: Le Conseil communal.

„Soupes scolaires.“

(Institution de la municipalité d'Orsières.)

Fondée: En 1904.

But: Fournir le repas de midi aux élèves fréquentant le cours de répétition et venant de hameaux éloignés.

Ressources: Versements par la caisse municipale; contributions prélevées sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905 fr. 30).

Organe: Le Conseil communal.

Société de secours mutuels d'Orsières.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1888.

But: Secours aux membres malades.

Membres: 75 environ.

Ressources: Cotisations mensuelles, etc.

Fortune: Fr. 2000 environ.

Organes: Comité (composé de 5 membres: président, secrétaire, caissier, etc.). -- 3 Visiteurs de malades.

21. Sembrancher.

(Ville, Chamaille et La Garde.)

NB. Les 3 Confréries qui existent à Sembrancher (la Confrérie du très Saint Sacrement, la Confrérie du Saint Rosaire de la Sainte Vierge et la Confrérie de Saint Joseph) ont un but essentiellement religieux; il n'y a pas à Sembrancher de Confrérie dite du Saint Esprit.

Préfecture du district d'Entremont.

Compétences: Voir Préfecture de Sion.

Assistance légale de la commune de Sembrancher.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898; en particulier, distributions générales de sel et de blé.

Ressources: Donations et revenus de la fortune.

Fortune: Immeubles fr. 16,025; Capitaux environ fr. 34,000. „Hôpital“. La fondation est très ancienne; la tradition rapporte que le but principal était de venir au secours des voyageurs et pèlerins indigents.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 21 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 21.

Hôpital de Sembrancher.

(Institution faisant partie du fonds des pauvres de la commune.)

Fondé: Dans le XII^{me} ou XIII^{me} siècle.

Historique: En 1856, le Département de l'Intérieur du canton rapportait: „Conformément à une habitude traditionnelle, l'on maintient sur la liste des pauvres un nombre toujours égal de 12 familles. Les plus nécessiteux reçoivent une double ration; mais les familles appartenant à cette catégorie ne sont pas déterminées; il y a dans le nombre des familles assistées

qui jouissent d'une fortune et d'une existence honnête et qui viennent amoindrir la part des vrais pauvres. La commission de distribution prélève aussi une part de rentes par de riches vacations et des repas confortables. Les revenus de ce capital sont d'ailleurs suffisants; ils s'élèvent à la somme de fr. 1900.⁴ En 1857, le Conseil d'Etat avait ordonné au Conseil municipal de Sembrancher de rayer de la liste des votants, conformément à la loi, tous ceux qui reçoivent l'assistance légale, les cas de maladie et de force majeure exceptés.

But: Assistance aux pauvres de la commune et aux passants.

Ressources: Intérêts des capitaux et produit des ruraux.

Fortune: Fr. 50,000.

Organes: Conseil municipal.

Société de secours mutuels de Sembrancher.

(Société valaisanne de secours mutuels, section de Sembrancher.)

Fondée: En 1867.

Réorganisée: En 1894.

But: Secours aux membres malades.

Membres: 20 environ.

Ressources: Cotisations mensuelles, etc.

Fortune: Fr. 2100 environ.

Organes: Président, vice-président, caissier et secrétaire.

22. Vollèges.

(Le Plan, Chemin, Levron, Vence, Cries et Etier.)

Assistance légale de la commune de Vollèges.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Répartition sur les parents; à ce défaut la Caisse communale.

Fortune: Point.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 21 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 22.

IV. Goms.

Der Bezirk Goms umfasst den bis 12. IV. 1798 souveränen Zehnen ob dem Deisberg („ob Denisch auf“, a monte Dei superius), Goms, „Gomesia catholica“ (von 1798 bis 5. IX. 1802, mit einem Teil von Östlich-Raron, Distrikt Ernen des Kantons Wallis der helvetischen Republik, bis 15. XI. 1810 Zehnen Goms der Republik Wallis und bis 1815 Canton de Conches des Arrondissements Brig des französischen Departements Simplon), bestehend aus:

a) den Vierteilen Ernen: 1. Viertel Ernen, 2. Viertel Fiesch und Lax, 3. Thalschaft Binn, 4. Bellwald und Thal Fiesch;

b) den Vierteilen Münster: 1. Reckingen, 2. Münster, 3. oberer Viertel, 4. oberster Viertel;

c) der ehemaligen Grafschaft Biel

(zusammen die 21 politischen Gemeinden Ausserbinn, Bellwald, Biel, Binn, Blitzingen, Ernen, Fiesch, Fiescherthal, Geschinen, Gluringen, Lax, Mühlebach, Münster, Niederwald, Obergesteln, Oberwald, Reckingen, Ritzingen, Selkingen, Steinhaus und Ulrichen).

23. Ausserbinn.

Gemeindearmenpflege Ausserbinn.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Falls arme Leute in der Gemeinde sind, so werden sie aus der Gemeindekasse oder von Privaten unterstützt. Die Gemeinde ist an den 4 Jahrzeiten in Ernen beteiligt.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 23 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 24.

24. Bellwald.

Elementarereignisse: 1887. Brand in Fürgangen (18 Gebäude, wovon 2 Wohnhäuser; 1 Menschenleben ist zu beklagen). — 1896. Brand in den Bodmen (8 Gebäude, wovon 3 Wohnhäuser).

Gemeindearmenpflege Bellwald.

Zweck: Unterstützung der Armen nach Gesetz vom 23. XII. 1898.

Mittel: Die Mittel bestehen hauptsächlich aus 10% des erübrigten Restes der Bürgergemeinde von Bellwald.

Vermögen: Fr. 800 (Wert des Armenhäuschens).

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 24 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 25.

25. Biel.

Elementarereignis: 16. I. 1827. Verschüttung des Dorfes Biel, mit Selkingen, durch eine Lawine.

Gemeindearmenpflege Biel.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Armengesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Gemäss kantonalem Gesetz.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 25 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 26.

26. Binn.

Gemeindearmenpflege Binn.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse und eintretendenfalls Beisteuer der Verwandten.

Vermögen: Zirka Fr. 550, Fonds der Bürgergemeinde, errichtet durch wohlthätige Vergabungen verschiedener Personen für die Armen und aus den nicht unter die Armen ausgetheilten Kapitalzinsen.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 5 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 26 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 27.

Stiftung Tenisch von Binn.

Errichtet: 12. III. 1824 von Dr. theol. Johann Michael Tenisch von Binn in Turtmann (vgl. D. Imesch, „Ein Patriot im Talar“ in: Blätter des geschichtsforschenden Vereins im Oberwallis, II. Jahrg., pag. 196). Der Testator hatte ferner den Armen von Turtmann ein Quantum von Getreide und Mehl vergabt, und noch die eine oder andere Kirche, wo er früher Pfarrer war, beschenkt.

Zweck: Unterstützung studierender Jünglinge oder, wenn solche fehlen, handwerkserlernender Jünglinge; doch haben solche Jünglinge, welche Latein studieren oder sich dem Priesterstande widmen wollen, vor allen andern den Vorzug. Mit Ausnahme der männlichen Nachkommenschaft des Christian Tenisch (Bruder des Testators), geht diese Stiftungsbenutzung nur auf die männlichen Glieder der Familie Tenisch.

Mittel: Kapitalzinse.

Vermögen: 2000 Pfund, gegenwärtig etwas über Fr. 4000.

Sektion Binn der „Ligue valaisanne de tempérance «Croix-d'Or»“.

Vergl.: „Croix-d'Or“ (Zentralsitz: Sierre).

Mitglieder: 7—8.

Organ: 1 Präses.

27. Blitzingen.

Blitzingen mit Bodmen, welches in früherer Zeit eine eigene Gemeinde bildete.

Armenkommission Blitzingen. (Gemeindearmenpflege Blitzingen.)

Errichtet: 1905.

Zweck: Unterstützung von Gemeinde-Armen (gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898).

Mittel: Kapitalzinse und Mithülfe der Munizipalität.

Vermögen: Fr. 600.

Organ: Armenkommission, bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 27 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 28.

28. Ernen.

Mit Dekret vom 22. XI. 1872 wurden Ernen und Niederernen zur politischen Gemeinde Ernen vereinigt.

Gemeindearmenpflege Ernen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Sie werden durch die Munizipalität bestritten.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Armenkommission (keine Frauen).

A. 1870, I Nr. 28 u. 36 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 23.

Jahrzeit Clausen („Clausigen“) in Ernen.

Gestiftet: 1681 von den Brüdern Johannes und Thomas Clausen.

Zweck: Erinnerung und Andenken an die Verstorbenen der betr. Familie (Akt der Pietät). Es besteht ein sogen. „Jahrzeitbuch“, in welches chronologisch die Verstorbenen derselben Familie eingetragen und beim Gottesdienst der Reihe nach abgelesen werden. Alljährlich am Freitag vor Herrenfastnacht (Freitag nach Sonntag Sexagesima) wird den Anteilhabern der Jahrzeit, welche derselben beiwohnen, zu essen und zu trinken verabfolgt, so auch den Orts- und Pfarreiarmen ein Almosen in Naturalien. — Ausser dieser Jahrzeit hat die Kirchgemeinde Ernen (polit. Gemeinden Ernen, Ausserbinn, Mühlebach und Steinhaus sowie die Ortschaft Fürgangen) noch drei mit Spenden verbundene Familienjahrzeiten (vergl. unten). Die „Jahrzeit der Herrenbruderschaft in Ernen“ (errichtet 1467 von Walther Supersaxo von Ernen, 1457—82 Bischof von Sitten), bringt jedoch kein Opfer für die Armen; jeden Quatemberfreitag wird ein Seelengottesdienst für die Verstorbenen, welche Anteilhaber der Bruderschaft waren, abgehalten. Nebstdem bezweckt sie auch die finanzielle Unterstützung zur Erhaltung der Pfarrkirche von Ernen. Jede Person, die sich in die sogen. Herrenbruderschaft einschreiben lässt, bezahlt Fr. 20, und es wird nach ihrem Tode beim betreffenden Gottesdienste ihr Name abgelesen; einschreiben lassen kann sich jeder. Das Vermögen der Jahrzeit der Herrenbruderschaft ist unausgeschieden im Kirchenvermögen. Die

Verwaltung der Kirchenfabrik ist auch mit der Verwaltung des Vermögens der Herrenbruderschaft betraut.

Vermögen: Zirka Fr. 1000.

Organ: Prokurator (ein von der Familie gewählter Verwalter).

Jahrzeit Grassen in Ernen.

Gestiftet: 1676 von Conrad Imhof von Nieder-Ernen.

Zweck: Der nämliche, wie bei der Clausigen-Jahrzeit. Jährlich am Montag nach Dreifaltigkeit wird den Anteilhabern der Jahrzeit, welche derselben beiwohnen, zu essen und zu trinken verabfolgt, so auch den Orts- und Pfarreiarmen ein Almosen in Naturalien.

Vermögen: Fr. 700—800.

Organ: Prokurator.

Jahrzeit Schmid („Schmidigen“) in Ernen.

Gestiftet: Von Peter Schmid (Stiftungsjahr unbekannt).

Zweck: Derselbe wie bei der Clausigen-Jahrzeit. Jährlich am Samstag vor Herrenfastnacht (Samstag nach Sexagesima) wird den Anteilhabern der Jahrzeit, welche derselben beiwohnen, zu essen und zu trinken verabfolgt, so auch den Orts- und Pfarreiarmen ein Almosen in Naturalien.

Vermögen: Zirka Fr. 1000.

Organ: Prokurator.

Jahrzeit Steffen („Steffigen“) in Ernen.

Gestiftet: 1675 von Peter Steffen von Nieder-Ernen.

Zweck: Der gleiche wie bei der Clausigen-Jahrzeit. Jährlich am Mittwoch vor Herrenfastnacht (Mittwoch nach Sexagesima) wird den Anteilhabern der Jahrzeit, welche derselben beiwohnen, zu essen und zu trinken verabfolgt, so auch den Orts- und Pfarreiarmen ein Almosen in Naturalien.

Vermögen: Fr. 400—500.

Organ: Prokurator.

Familien-Studienfonds Kræig in Ernen.

Gegründet: 1687 von Joh. Kræig (1699—1701 Landeshauptmann).

Zweck: Für Heranbildung von Geistlichen.

Mittel: Kapitalzinse.

Vermögen: Zirka Fr. 10,000.

Organ: Prokurator.

29. Fiesch.

Gemeindearmenpflege Fiesch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse etc. Da die Gemeinde wenige Arme hat, so können die Zinse auch zum Teil kapitalisiert werden.

Vermögen: Fr. 4600 an Kapitalien samt einer Hausenschaft von 2 Zimmern und einer Küche im Werte von zirka Fr. 400. Die Stiftung beruht teils auf Testament, teils auf Zuweisung vom Vermögen der Gemeinde.

Organ: 3 Mitglieder des Gemeinderates, wovon eines die Stelle eines Kassiers versieht (Armenkommission).

A. 1870, I Nr. 29 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 29.

30. Fiescherthal.

Gemeindearmenpflege Fiescherthal.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse und Gemeindegeldzuschuss.

Vermögen: Fr. 220. Ignaz Wellig hat Fr. 120 schon in den Sechzigerjahren als Armenfonds der Gemeinde Fiescherthal geschenkt.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 30 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 30.

31. Geschinen.

In Geschinen befindet sich ein Escherwald. Das bezügliche Gebiet wurde aus dem Escherlinthlegat der schweizer. gemeinnützigen Gesellschaft verbaut und aufgefördert.

Elementarereignisse: 2. XI. 1755. Erdbeben vom Truzital; das schöne Feld hinter Geschinen wurde mit Sand und Steinen verschüttet. — 16. I. 1756. Lawinenfall vom Birchspitz ob dem Dorfe Geschinen; 9 Ställe wurden fortgerissen. Zur Verhütung weiteren Unglücks gab Bischof Hildebrandus Rothen den Bewohnern von Geschinen die Erlaubnis, an Sonn- und Festtagen Verbauungen an der Anbruchstelle auszuführen. — 14. I. 1899 (abends 4 Uhr). Grosser Lawinenfall aus dem Truzital. Als ein Wunder war es zu betrachten, dass nicht der untere Teil des Dorfes Geschinen verschüttet wurde; der Schnee türmte sich an die Gebäude auf, wo jetzt noch Spuren ersichtlich sind.

Gemeindearmenpflege Geschinen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Es kommt selten vor, dass die Gemeinde Arme hat, welche der Hülfe bedürfen; wenn der Fall eintritt, dass Hülfe notwendig ist, so werden die Bürger, im Verhältnis zu ihrem Vermögen, für Kost und Verpflegung sorgen.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 31 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 31.

32. Gluringen.

Elementarereignis: 2. VI. 1877. Grosse Schädigungen durch den Ausbruch des Reckinger Baches; ein grosser Teil Wiesen wurde mit meterhohem Schutt überdeckt (vergl. auch Reckingen).

Gemeindearmenpflege Gluringen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse etc.

Vermögen: Fr. 1120 in Kapitalien (keine Liegenschaften).

Organe: Gemeinderat; Armenkommission, bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 32 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 32.

33. Lax.

Gemeindearmenpflege Lax.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Ertrag des nachgenannten Vermögens; erforderlichenfalls Gemeindegzuschüsse.

Vermögen: Zirka Fr. 394. Sodann ist die Bürgergemeinde Lax Inhaber einer Rechte am Kreisspitale Brig für ungefähr Fr. 500.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission, bestehend aus 5 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 33 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 33.

34. Mühlebach.

Gemeindearmenpflege Mühlebach.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Die Armenkommission muss sich jährlich eine Summe von mehreren hundert Franken für Pflege und Unterstützung der Armen beschaffen. Diese Summe muss von den Verwandten und, wenn solche fehlen, von der Munizipalität bezahlt werden. Die Gemeinde ist an den 4 Jahrzeiten in Ernen anteilberechtigt, so dass die Armen viermal im Jahre unentgeltlich speisen können. Von Privaten werden wandernde Durchreisende beherbergt und gespeist, sowie auch Hausarme unterstützt. Die Armenkommission sorgt nur in Notfällen, wo sie belangt wird.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus 3 Männern).

A. 1870, I Nr. 34 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 34.

35. Münster.

Regierungsstatthalteramt Goms.

Sitz: Münster.

Aufgaben: Vide Regierungsstatthalteramt Brig.

Gemeindearmenpflege Münster.

Zweck: Armenunterstützung gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Arme Durchreisende werden aus der Bürgerkasse unterstützt, Ortsarme von Privaten und aus der Armenkasse. Es bestehen in der Gemeinde Münster keine Unterstützungsvereine.

Vermögen: Zirka Fr. 6580, „Armenkasse der Bürgergemeinde“.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus 3 Mitgliedern, jeweilen aus dem Gemeinderate gewählt).

A. 1870, I Nr. 35 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 35.

36. Niederwald.

Gemeindearmenpflege Niederwald.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Die Armenausgaben werden aus der Munizipalitäts- und aus der Bürgerkasse bezahlt.

Vermögen: Es besteht kein Armenfonds.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 37 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 36.

37. Obergesteln.

Elementarereignisse: 18. II. 1720. Verwüstung von Obergesteln durch einen Lawinenfall; 88 Personen kamen dabei ums Leben, zirka 400 Stück Vieh wurden getötet. Die Lawine drang bis ins Rhonebett, so dass die Rhone aufstaute und das ganze untere Dorf in einen See verwandelt wurde. Diese zwei Ereignisse riefen unter der Bevölkerung eine so grosse Panik und Verwirrung hervor, dass noch ein drittes Unglück hinzutrat, nämlich das Feuer, welches auch grossen Schaden anrichtete. Der Lawinenfall wurde durch einen Sturm oder ein Gewitter verursacht. — 2. IX. 1868. Brand in Obergesteln: 180 Firsten (dabei 68 Wohnhäuser und die Kirche), Schaden Fr. 434,779. Eine alte Frau verbrannte sich beim Löschen derart, dass sie einige Tage nachher an den Brandwunden erlag.

Gemeindearmenpflege Obergesteln.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Fondszinse und erforderlichenfalls Gemeindebeiträge.

Vermögen: Zirka Fr. 115. Der Fonds wurde mit Fr. 80 von den Gebrüdern Räber in Luzern errichtet; Fr. 35 sind Legate von Verstorbenen der Gemeinde.

Organe: Munizipalrat, Kommission (3 Mitglieder: Pfleger, Stellvertreter, Vogt).

A. 1870, I Nr. 38 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 38.

38. Oberwald.

Gemeindearmenpflege Oberwald.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898. Da die Gemeinde am Ausgangspunkt der Furkastrasse liegt, müssen besonders während dem Hochwinter viele arme Durchreisende bewirtet und beherbergt werden; dies wurde aber bis dato freiwillig von den Einwohnern, bezw. von dem Gemeinderat besorgt. Die Zahl dieser Leute beträgt ungefähr 10–20 pro Jahr.

Mittel: Erforderlichenfalls Gemeindebeiträge.

Vermögen: Die Gemeinde hat keinen Armenfonds.

Organe: Armenkomitee, bestehend aus 3 Mitgliedern (dabei der Gemeindevorsteher); Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 39 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 38.

Armenwohnung im Gemeindehaus von Oberwald.

Oberwald hat im Gemeindehaus eine kleine Wohnung für die Armen, die zur Gemeindelast fallen, einrichten lassen. Wert dieser Räumlichkeiten zirka Fr. 400.

39. Reckingen.

Elementarereignisse: 5. II. 1749. Lawinensturz bei Reckingen. Sommer 1834. Überschwemmung des Blinnenbachs; ein beträchtliches Stück Land, sowie auch ein Haus und Stall wurden fortgerissen. — 1860. Überschwemmung des Reckingerbachs, wodurch beinahe die schönsten Landgüter verwüstet wurden. — 2. VI. 1877. Grosse Verheerungen durch einen Orkan (in den Gemeinden Reckingen und Gluringen wurde der Schaden zusammen amtlich auf Fr. 16,479 geschätzt). — 14. I. 1899. Eine Lawine fegte den sogenannten Edmetwald (von zirka 5 Hektaren) und 5 Scheunen und Ställe samt Häuschen fort.

Gemeindearmenpflege Reckingen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Ertrag des Armenvermögens etc.

Vermögen: Zirka Fr. 1604 „Armenvermögen“.

Organ: Armenkommission (aus 3 Mitgliedern, i. d. R. Mitglieder des Gemeinderates).

A. 1870, I Nr. 40 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 39.

40. Ritzingen.

Gemeindearmenpflege Ritzingen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Was die Anverwandten nicht leisten, wird aus dem Burgervermögen genommen.

Vermögen: 900 Franken; Eigentum der Bürger.

Organe: Gemeinderat, 3gliedrige Armenkommission (aus dem Gemeinderat gewählt).

A. 1870, I Nr. 41 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 40.

41. Selkingen.

Elementarereignis: 16. I. 1827. Verschüttung von Selkingen, nebst dem Dorfe Biel, durch eine Lawine. Ausser dem Hammerwerk Selkingen wurden in beiden Ortschaften zusammen 46 Häuser zerstört (50 Tote).

Gemeindearmenpflege Selkingen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Aus der Munizipalkasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern (keine Frauen).

A. 1870, I Nr. 42 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 41.

42. Steinhaus.

Gemeindearmenpflege Steinhaus.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse. — Die Gemeinde hat Anteil an den 4 Jahrzeiten in Ernen.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 43 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 42.

43. Ulrichen.

Gemeindearmenpflege Ulrichen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Der Zins vom Armenfonds.

Vermögen: Zirka Fr. 1300 (Schenkungs-kapital: Fr. 1000; Anwachs von Zinsen: Fr. 300).

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern (stets aus Männern).

A. 1870, I Nr. 44 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 43.

Jünglingsverein Ulrichen.

Gegründet: 1881.

Zweck: Die Mitglieder vom Trinken und von nächtlichen Ruhestörungen abzuhalten und gegenseitig Vaterlandsliebe zu erwecken. Das Komitee hat die Mitglieder zu überwachen.

Mitglieder: 31.

Vermögen: Kleiner Fonds zur Anschaffung von Lektüren und Gesangsbücher.

Organe: Präsident, Vizepräsident und Schreiber.

V. Hérens.

Le district d'Hérens comprend une partie de l'ancien dizain souverain de Sion (Val d'Hérens et Val d'Hérérences), formant dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 avec les communes de Nendaz, Veysonnaz et Salins le district d'Hérérences du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810 sans les communes de Nendaz, Veysonnaz et Salins le dizain d'Hérérences de la République valaisanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'au 4 VIII 1815 le canton d'Hérérences de l'arrondissement de Sion du Département français du Simplon; les communes de Savièse et d'Arbaz appartenaient dès l'année 1815 jusqu'à l'année 1840 au „dizain“ d'Hérens (les 9 communes politiques d'Agettes, d'Ayent, d'Evolène, d'Hérérence, de Mase, de Nax, de St-Martin, de Vernamiège et de Vex).

44. Agettes.

Catastrophe: 30 III 1890. L'incendie du hameau de Cretta-Loye: 9 bâtiments. Les pertes se sont élevées à fr. 10,589, répartis sur 162 personnes.

Assistance légale de la commune d'Agettes.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 45 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 44.

45. Ayent.

(St-Romain et Botyre.)

Catastrophe: 20 II 1899. L'incendie de Botyre; une partie du village fut la proie des flammes.

Assistance légale de la commune d'Ayent.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, etc.

Fortune: Environ fr. 4250. „Caisse de Bienfaisance“ de la commune bourgeoiale, créée par des legs des divers défunts dans le but de venir en aide aux personnes et familles indigentes.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 46 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 45.

Fondation du chanoine Fardel à Ayent.

Fonds communal.

Créée: Par M. le Chanoine Fardel selon legs fait par lui-même.

But: De payer les impôts cantonaux des indigents de la commune d'Ayent.

Ressources: Intérêts du legs de fr. 2500.

Fortune: Fr. 2500.

Organe: Conseil municipal.

Soupes scolaires d'Ayent.

Fondées: En 1895.

But: De favoriser l'instruction aux élèves venant des hameaux éloignés.

Ressources: Le $\frac{1}{6}$ environ des frais est couvert par le subside de l'Etat, le reste est supporté par la Municipalité.

Organes: La Commission scolaire, ainsi que le personnel enseignant dont les élèves jouissent de ces avantages, sont chargés de veiller à ce que les enfants reçoivent une nourriture suffisante.

Confrérie du Saint-Esprit à Ayent.

Historique: 22 IV 1348, donation en faveur de la confrérie par Jeanette Peller de St-Romain. Cette donation fut augmentée ensuite par divers legs.

But de la donation: La distribution d'une livre de pain de seigle et d'environ quarante grammes de fromage gras et un verre de vin à toutes les personnes sans distinction aucune, et même en faveur des membres absents de la famille qui se présentent le jour de la Pentecôte. Il se distribue ce jour-là environ 110 kilogrammes de fromage gras, 675 kilogrammes de pain et 400 litres de vin.

Ressources: Les revenus de la donation.

Organe: Les revenus sont sous la surveillance des membres du conseil, qui font le nécessaire pour la distribution et affectent à la commune bourgeoiale le produit de la location des ruraux de la confrérie.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section d'Ayent.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 7—8 environ.

A reconstituer.

46. Evolène.

(Evolène, La Forclaz, Haudères, Lannaz, La Sage et Villaz.)

Par décret du 2 XII 1844 les communes d'Evolène-Lannaz et des Haudères de la paroisse d'Evolène furent fusionnées pour former la commune d'Evolène. Le 25 II 1881, les localités de Croux et de Villette ont été détachées de St-Martin et réunies à Evolène.

Assistance légale de la commune d'Evolène.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Dons et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Fr. 100.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A. I, N° 47 — II St. de l'A., II. A. c. 1, N° 46.

47. Hérémenche.

(Villaz, Euseigne et le hameau de Mâche, Proling, Rioz, Ayer, Cerise, Crettaz.)

Assistance légale de la commune d'Hérémenche.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Environ fr. 4630 en capital.: „Fonds des pauvres de la commune d'Hérémenche.“

Organes: Comité de bienfaisance (composé de 3 membres pris au sein du Conseil communal), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 48 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 47.

48. Mase.

Assistance légale de la commune de Mase.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas échéant, versements par la caisse communale. Jusqu'ici, la commune de Mase n'avait pas assisté les pauvres, l'assistance était fournie par les parents.

Fortune: Aucune.

Organe: Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 49 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 48.

49. Nax.

Assistance légale de la commune de Nax.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 50 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 49.

Fondation du curé Lorenz Bovier à Nax.

Créée: En 1754. On ne trouve pas dans les archives de la bourgeoisie un acte authentique pour cette fondation.

But: Subsidés pour les étudiants de la commune de Nax.

Ressources: Les intérêts au 5 %.

Fortune: 800 écus.

Organe: Un procureur.

Société de secours mutuels de Nax.

Fondée: En 1884. (Date de l'approbation des statuts par le Conseil d'Etat: 19 VIII 1899.)

But: Secours aux malades à fr. 1. 50 par jour, payé pour chaque membre.

Membres: Nombre: 70 environ.

Ressources: Les intérêts du capital. Les intérêts sont en partie employés pour frais de récréation aux sociétaires.

Fortune: En capital fr. 1900.

Organes: Assemblée générale. Comité (de 3 membres).

Société de cible de Nax.

Fondée: En 1883.

But: Encouragement du tir; secours des membres malades.

Membres: 54.

Ressources: Intérêts de divers capitaux.

Fortune: Fr. 1800 environ.

Organe: Commission (de 3 membres).

50. St-Martin.

(St-Martin, Eison, La Luette et Suen.)

Assistance légale de la commune de St-Martin.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, versements par la caisse communale, etc.

Fortune: Fr. 2860 en capital. „Aumône du sel.“ Le fonds est l'œuvre de généreux donateurs. Il a été créé à des dates différentes, dans le but de secourir les bourgeois nécessiteux.

Organe: Conseil communal ou Comité de bienfaisance (composé de 9 membres).

I St. de l'A., I N° 51 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 50.

51. Vernamiège.

Assistance légale de la commune de Vernamiège.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Historique: Il existait dans le temps des anniversaires avec distribution d'aumônes aux pauvres, et des institutions de corporation bourgeoisiiale. Mais il y a plus de 50 ans que cela a été aboli.

Ressources: Cas échéant, versements par la caisse communale. La commune de Vernamiège se trouve dans cette situation qu'il n'y a pas de passagers, et que les particuliers habitant la commune sont tous aisés.

Fortune: Point.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 2 membres).

I St. de l'A., I N° 52 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 51.

52. Vex.

(Places et Villaz.)

Préfecture du district d'Hérens.

Compétences: Voir Préfecture de Sion.

Assistance légale de la commune de Vex.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Environ fr. 2550 (fonds créé par diverses donations pies et par différentes personnes).

Organes: La Municipalité, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 53 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 52.

Société de secours mutuels de Vex.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1904.

But: Secours des membres malades (fr. 1 par jour pour les deux premiers mois, et 50 cts. par jour pour les 3^{me} et 4^{me} mois). 6

Membres: 22.

Ressources: Finances d'entrée et cotisations mensuelles (à fr. 1).

Fortune: Aucune.

Organe: Comité.

VI. Leuk.

Der Bezirk Leuk umfasst den bis 12. IV. 1798 souveränen Zehnen Leuk (von 1798 bis 5. IX. 1802 Distrikt Leuk des Kantons Wallis der helvetischen Republik, bis 1810 Zehnen Leuk der Republik Wallis und bis 4. VIII. 1815 Canton de Loèche des Arrondissements Sion des französischen Departements Simplon), bestehend aus

- a) dem Drittel Burgschaft, „Leuca fortis“, und Baden Leuk,
- b) dem Drittel vor Zuben,
- c) dem seit 1683 in den Rechten den vorgenannten Dritteln gleichgestellten „Drittel enent dem Rhodan“

(die 16 politischen Gemeinden Agarn, Albinen, Bratsch, Ergisch, Erschmatt, Feschel, Gampel, Guttet, Inden, Leuk, Leukerbad, Oberems, Salgesch, Turtmann, Unterems und Varen).

53. Agarn.

Elementarereignisse: 28. V. 1799. Brand von Agarn. In Agarn und dem benachbarten Briannen wurden 45 Häuser, 64 Scheunen und 26 Stadel zerstört (vgl. Landeskatastrophen). — 10. III. 1899. Dorfbrand von Agarn. 86 Gebäude, dabei 38 Wohnhäuser, wurden zerstört. Schaden: Fr. 191,344, davon Fr. 54,505 durch Versicherung gedeckt. Am 21. III. 1899 beschloss der Staatsrat die Anordnung einer Liebesgabensammlung im Kanton, ausgenommen dem Bezirk Visp (hier: Sammlung von Gaben für die Brandbeschädigten von Albenried). Liebesgaben: Fr. 49,923. 32. Die Wiederaufbauung des Dorfes geschah gemäss Staatsratsbeschluss vom 14. IV. 1899. — Wieder Dorfbrand in der Nacht vom 22./23. April 1903, wobei der unterm 10. III. 1899 verschont gebliebene westliche Teil des Dorfes eingäschert wurde. Vom alten Agarn steht nur noch eine einzige Scheune; sämtliche Gebäulichkeiten wurden nach den beiden genannten grossen Bränden neu errichtet. — Zwischen den beiden kleinen Wildbächen „Meretschen“ und „Emsbach“ eingebettet, wurde das Dorf und die Umgegend einzig seit Menschengedenken wiederholt durch Überschwemmungen und Schuttüberführungen schwer heimgesucht. So noch am Abend des 23. Juli 1906; grosse Bedrängnis des Dorfes und bedeutender Schaden.

Gemeindearmenpflege Agarn.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls Beiträge aus der Munizipalitätskasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 54 - A. 1890, II A. c. 1 Nr. 53.

54. Albinen.

Elementarereignis: 28. V. 1799. Brand von Tschinjeren: 11 Wohnhäuser, 14 Scheunen und 7 Stadel. (Vergl. „Landeskatastrophen“.)

Gemeindearmenpflege Albinen.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Gesetze vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse.

Vermögen: Etwa Fr. 1500.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 55 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 54.

55. Bratsch.

Elementarereignis: 3. IX. 1873. Brand von Getwing. Der grössere Teil des Weilers Getwing brannte nieder; 9 Gebäude wurden das Opfer des Feuers und zirka 20, alles ärmere Familien, verloren ihre Habe. Der amtliche Bericht schätzt den Schaden auf Fr. 12,165.

Gemeindearmenpflege Bratsch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse. Die Gemeinde Bratsch hat keinen Armenfonds, aber auch keinen Einwohner, der ein Almosen abnehmen würde.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat, als Armenkommission, bestehend aus 3 Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 56 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 55.

56. Ergisch.

Elementarereignis: 5. V. 1905. Grosse Erdrutsche in Wiesen, verursacht durch lang anhaltendes heftiges Regenwetter. Schaden zirka Fr. 8000. Es fiel auch ein Menschenleben zum Opfer.

Gemeindearmenpflege Ergisch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse und nötigenfalls Beiträge aus der Munizipalkasse.

Vermögen: Zirka Fr. 600. Dieser „Armenfonds“ datiert aus dem Jahre 1840; den Grundstock bildet ein Legat von Vikar Max. In den letzten Jahren wurde der Fonds geäufnet mit Fr. 200 durch verschiedene kleine Beiträge.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 57 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 57.

57. Erschmatt.

Gemeindearmenpflege Erschmatt.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Beisteuern der Verwandten und der Munizipalgemeinde.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus 3 Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 58 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 58.

58. Feschel.

Elementarereignisse: 16. XII. 1890. Brand: 10 Firsten. Schaden: Fr. 14,113. — 9. XI. 1904. Brand: 4 Firsten. Schaden: Fr. 10,000.

Gemeindearmenpflege Feschel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Im Notfalle wird eine Unterstützung aus der Gemeindekasse bezahlt.

Vermögen: Nichts.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 69 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 59.

59. Gampel.

Elementarereignisse: 15./16. III. 1890. Brand in Gampel: 140 Firsten. Schaden: Fr. 192,345. 50. — 22. III. 1900. Brand in Gampel. 2 Wohn- und 6 Wirtschaftsgebäude, die beim Brand von 1890 verschont blieben, wurden zerstört.

Gemeindearmenpflege Gampel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Ertrag des Armenvermögens, Gemeindebeiträge etc. Aus der Munizipalkasse wird an mittellose Reisende per Jahr Fr. 100—120 für Logies und Unterhalt verausgabt.

Vermögen: Fr. 1500; 1856 bestand der Fonds nach dem Regierungsrätlichen Rechenschaftsbericht aus Fr. 2100.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 59 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 60.

60. Guttet.

Elementarereignisse: 1799. Brand (vergl. Landeskatastrophen). — 23. VII. 1906. Grosser Schaden an den Gütern durch ein Ungewitter. — August und September 1906, Trockenheit, so dass wenig Emd gemacht wurde und die Kartoffelernte missriet.

Gemeindearmenpflege Guttet.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse; die Gemeinde Guttet hatte aber bis dahin keine Armen zu unterstützen gehabt.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 60 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 61.

61. Inden.

Gemeindearmenpflege Inden.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Zirka Fr. 80 pro Jahr.

Vermögen: Fr. 1000.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 61 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 62.

62. Leuk.

(Leuk und Leuk-Suste.)

Katastrophen: 1629. Pest in der Burgschaft Leuk. — 28. V. 1799. Brand von Gampenen und Briannen, sowie Plünderung der Stadt Leuk durch die Franzosen (vergl. „Landeskatastrophen“).

Regierungsstatthalteramt Leuk.

Aufgaben: Vide Regierungsstatthalteramt Brig.

Gemeindearmenpflege Leuk.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Geschichtliches: Auf 1. I. 1899 wurde aus dem Schosse des Gemeinderates und des Hedwigvereins von Leuk eine spezielle Kommission für Armenpflege ernannt.

Mittel: Beiträge der Verwandten (bis zum 8. Zivilgrade) des Unterstützungsbedürftigen.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission („Wohltätigkeitsausschuss“).

A. 1870, I Nr. 63 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 63.

Burgerspital Leuk.

Spital Leuk-Stadt. — Hôpital de Loèche-Ville.

(Bestandteil des gesetzlichen Gemeindearmengutes.)

Geschichtliches: Eine Urkunde von 1285 berichtet von Weinreben, die Eigentum des Spitals waren. 1799 erlitt das alte Spital von Leuk einen Kriegsschaden von 430 alten Schweizerfranken durch die Franzosen. 1825 wurde ein neues Spitalgebäude errichtet. Der Fonds wurde geäufnet aus einem Teile des Ertrages der Gebühren, welche die „ewigen Einwohner“ für ihre Niederlassung in Leuk zu entrichten hatten (la finance des habitants perpétuels pour leur admission à Loèche). 1868 wurde die Leitung an Schwestern von Ingenbohl übertragen.

Zweck: Unterstützung der Armen und dürftigen Kranken; Beherbergung armer Durchreisender.

Mittel: Kapitalzinse und Ertrag der Liegenschaften; Beitrag der Gemeinde für Verpflegung armer Durchreisender; Beiträge aus dem Alkoholzehntel speziell für Unterstützung armer Durchreisender (1905: Fr. 100).

Vermögen: Dasselbe besteht aus einem Gebäude mit Garten und aus zinstragenden Kapitalien und beträgt Fr. 51,586.

Landwirtschaftsbetrieb: Viehstand: 3 Stück Rindvieh, 3 Schweine und 2 Schafe.

Organe: 2 Schwestern.

Hedwigverein von Leuk-Stadt. — Armenverein Leuk.

Frauenverein zur Unterstützung von Armen und sonst Bedürftigen.

Gegründet: 1874 auf Initiative von Pfarrer J. Kalbermatten.

Zweck: Besuche und Unterstützung armer Kranker und, soweit die Vereinskkräfte reichen, Unterbringung verwahrloster und gebrechlicher Kinder in Anstalten.

Mitglieder: Zahl: Zirka 20 aktive und 20 Ehrenmitglieder.

Mittel: Ertrag der gemeinsamen Arbeitsstunden; Beiträge aus dem Alkoholzehntel (pro 1905: Fr. 50); Kapitalzinse.

Vermögen: Zirka Fr. 6000.

Organe: Präsidentin, Vizepräsidentin und Sekretärin.

Jünglingsverein Leuk.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 20.

Legat zu gunsten armer Schüler von Leuk.

Errichtet: 1880 von Pfarrer Allet mit Fr. 1000.

Zweck: Ankauf von Schulmaterial für ärmere Kinder der Schulen von Leuk.

Mittel: Die Legatzinse.

Vermögen: Fr. 1000.

Organ: Gemeinderat.

Schulsuppenanstalt Leuk-Suste.

Errichtet: 1893.

Zweck: Mittagssuppe für entlegen wohnende arme Schulkinder.

Mittel: Wohltätige Beiträge.

Vermögen: Keines.

Organ: Schulkommission der Gemeinde.

Haushaltungsschule Leuk. — Ecole ménagère de Loèche.

Ecole ménagère et de couture de Loèche-Ville.

Errichtet: 1897 durch eine Vereinigung von Frauen, als erste derartige Anstalt im Kanton.

Zweck: Heranbildung zukünftiger Hausfrauen.

Mittel: U. a.: kantonale und eidgenössische Subvention (pro 1906: Fr. 1700). Die Institution wird von einer wohltätigen Dame aus Leuk unterstützt, falls Defizit vorhanden.

Organ: Eine Oberin (Kreuzschwester von Ingenbohl).

63. Leukerbad.

Elementarereignisse: 1518. Eine Lawine verschüttete das Leukerbad; 61 Personen fanden den Tod. — 17. I. 1719. Die von Kardinal Math. Schinner und a. 1501 beim Leukerbad angelegten Häuser wurden von einer Lawine verschüttet; 55 Personen kamen um. — 17. VIII. 1782 Gletscherbruch auf die Wintereggen; 5 Menschen kamen ums Leben. — 11. IX. 1895. Berg- und Gletscherbruch an der Altels (Spittelmatten, Gemmi). 6 Menschen kamen um; zirka 120 Stück Vieh wurden getötet, ein grosses Alpgelände verwüstet. Der Staatsrat ordnete unterm 26. IX. 1895 eine Liebesgabensammlung an.

Badarmenspital — Spital in Leukerbad — Hôpital de Louèche-les-Bains — Hôpital et Bains des pauvres à Loèche-les-Bains. — Hôpital des bains des pauvres.

Institution mit internationalem Charakter, unter staatlicher Kontrolle stehend. — Institution avec un caractère international, placée sous le contrôle de l'Etat du Valais.

Geschichtliches — Historique: Die Bäder von Leuk (vgl. „Das Spital von Leukerbad — Geschichtlicher Überblick“) wurden seit Jahrhunderten zahlreich besucht; die Urkunden gehen auf das Jahr 1315 zurück. Neben Leuten von Rang und Stand hofften auch viele arme Kranke, hier Genesung zu finden. Im „Gesetz über den Dienst und Polizei der Leukerbäder vom 5. XII. 1825“ wurde denn auch vorgesehen: „Für die Armen soll ein besonderer Badort bestimmt werden. Wenn der Aufseher ein Arzt ist, soll er vermittelt seiner Kunst sowohl die fremden als einheimischen Armen, denen der Zutritt zu den Badwässern gestattet worden ist, besorgen. Es sollen zu ihren Gunsten und vorzüglich an jedem Sonntage, in den Wirts- und Kosthäusern Kollekten angestellt werden, deren Betrag in einer von den betr. Hausherrn unterzeichneten Note angedeutet werden muss. Diese Kollekten sollen bei dem ehrw. Ortspfarrer hinterlegt werden, welcher selbe mit Übereinstimmung des Aufsehers, und mit Zuziehung eines oder zweier fremder Badgäste austeilen wird. Dieser Kollekten können nur jene Personen teilhaftig werden, welche schriftliche Zeugnisse vorweisen, die ihnen von den Vorstehern ihrer Gemeinden ausgeliefert worden sind. Daran sollen diejenigen keinen Anteil haben, welche von den gestifteten Almosenhäusern unterhalten werden. Der Betrag der durch die Verordnung bestimmten Geldbussen soll in die Armenkasse gelegt werden. In Ergänzung dieser landesrätlichen Verordnung folgte ein Staatsratbeschluss vom 3. VI. 1828, wonach auch die Bussengelder betreffend Nichtanzeige anwesender Fremden in Leukerbad der Armenkasse zufielen. Im Tarif für die Badenden im Leukerbade vom 8. V. 1837 wird vorgemerkt: „Für die Notdürftigen, welche von der Wohltätigkeitskommission zur Almosenverteilung zugelassen werden, ist ein besonderes Bad angestellt, wodenselben die Badekur unentgeltlich gestattet wird“;

es war dies das sogen. „Zürcherbad“. Die Armen wurden im Dorfe vereinzelt einquartiert und in Pension gegeben; von 1856—1865 betrug z. B. ihre Zahl 302 (Schweizer: 266; Italiener: 15; Deutsche: 12; Franzosen: 9). Schon seit Jahren befasste man sich aber mit dem Gedanken der Erbauung eines Armenospitals. 1846 hatte man zur Gründung des hierzu nötigen Fonds eine Subskription eröffnet, welche Fr. 4605 ergab. Durch mehrjährige Kollekten in den Hotels und Bädern, sowie durch wiederholte Subskriptionen wuchs der Fonds derart heran, dass man 1865 den Bau, welcher auf Fr. 28,500 zu stehen kam, in Angriff nehmen konnte; das Inventar repräsentierte 1868 einen Wert von Fr. 1311.85. In der „Verwaltungs- und Polizeiordnung vom 5. XII. 1864 für die Heilquellen in Leukerbad“ waren die Bussengelder für Übertretung (je nach Schwere des Falles: Fr. 2—15) neuerdings der Armenkasse zugewiesen worden. Diese Verordnung bestimmte: „In seiner Eigenschaft als Vertreter der Regierung ist der Inspektor, nebst dem Herrn Pfarrer von Baden, Effektivmitglied des Ausschusses für die Armen aller Länder, die zum Gebrauch der Heilquellen nach Leuk kommen. Der Inspektor bestimmt, mit den übrigen Mitgliedern des Ausschusses, die alljährlich unter den bedeutendsten fremden Kurgästen gewählt werden, die Verteilung der Unterstützungsbeiträge und überwacht deren Verwendung. Er nimmt „Einsicht von der Buchführung der Armenkasse und schickt eine Abschrift der Rechnungen an das Departement des Innern“. Wegen Platzmangel im Armenspital war man bald gezwungen, für einen Ausbau Fr. 1750 auszuliegen; denn nachdem einmal den armen Kranken Unterkunft (20 Betten im Spital) und Verpflegung gesichert war, wuchs jährlich ihre Zahl stark. Auch das „Zürcherbad“ erwies sich als unzulänglich; es ergab sich die Notwendigkeit, eine eigene Badanstalt für das Spital zu errichten. Und auch hierfür versagte der opferwillige Edelsinn der Hotelgäste, sowie der Arbeitseifer des Verwaltungskomitees nicht: 1875 konnte der Bau begonnen und in der Saison 1876 die Badanstalt bezogen werden. Von 1875 hinweg haben alljährlich 30—58 Personen aus den verschiedenen Kantonen der Schweiz und auch aus dem Auslande während einer Kur von 3—10 Wochen Aufnahme und Verpflegung gefunden. Die erneuerten Polizeiverordnungen für die Badanstalten in Leukerbad vom 15. IV. 1882 und 4. IV. 1890 enthalten bezüglich der armen Kranken die gleichen Bestimmungen wie diejenige von 1864. — Par loi du 5 XII 1825 concernant le service et la police sur les bains de Loèche il fut créé une caisse des pauvres. Après le tarif du 8 V 1837, il existait un bain particulier pour les pauvres acceptés par la commission de bienfaisance. En 1856, la rente approximative de l'„Hôpital

de Loèche-les-Bains“ s'élève à fr. 400 (Rapport du Département de l'Intérieur). Dans cette année une convention avait provisoirement réglé les charges à supporter par les établissements thermaux inférieurs et supérieurs de Loèche-les-Bains, au sujet des bains à fournir aux pauvres. En 1857, le Conseil d'Etat avait autorisé M. le Dr Ferd. Mengis, membre de la commission des pauvres de Loèche-les-Bains, à disposer des fonds qu'elle avait quêtés pour acheter les terrains nécessaires à la construction d'un hôpital destiné aux baigneurs pauvres qui fréquentent les eaux de Loèche. Un nouveau règlement sur l'administration et la police des eaux de Loèche avait été mis en vigueur en 1865. L'inspecteur, ainsi que le curé de Loèche, étaient membres effectifs de la commission destinée à venir en aide aux pauvres de tous pays qui se rendent à Loèche-les-Bains pour y prendre les eaux. Cette commission, dont les autres membres étaient choisis chaque année parmi les baigneurs les plus notables, était chargée d'administrer les fonds appartenant aux baigneurs pauvres. En 1865, le capital appartenant à cette destination se composait de deux fonds différents: 1° fr. 18,107 destinés à subvenir à l'entretien et à faire les frais de la pension alimentaire et des soins à donner aux baigneurs pauvres; 2° fr. 15,027, produit des dons ayant spécialement pour but la construction à Loèche d'un hôpital destiné à recevoir les baigneurs pauvres pendant la saison des eaux. La commission des pauvres de Loèche-les-Bains avait adressé itérativement, en 1865, au Conseil d'Etat du Valais la demande que ces deux fonds soient employés à la construction d'un hôpital. Le Conseil d'Etat avait fait élaborer un plan pour cette construction, dont le devis s'élevait à la somme de fr. 75,000; il décidait, le 3 VII 1863, que la construction du dit hospice ne serait commencée que lorsque la somme disponible s'élèverait aux $\frac{2}{3}$ de la dépense prévue. La commission demandait une modification du plan proposé, dans la limite d'un devis moins coûteux, qu'elle fixait à environ fr. 35,000. Le Conseil d'Etat adhéra à cette proposition tout en maintenant sa décision du 3 VII 1863; mais pour répondre aux intentions de la commission, il lui proposa de louer provisoirement un bâtiment pour y réunir les baigneurs pauvres, sous la direction de religieuses. On put se mettre à l'œuvre pour la construction de l'hôpital en 1865. Dès le moment que l'entretien et les soins nécessaires étaient assurés aux malades pauvres, le nombre de ceux-ci alla croissant chaque année. Divers motifs engageaient à abandonner l'ancien „Bain Zuricois“. Un bain spécial pour l'hôpital devenait une nécessité. En 1875 la nouvelle construction put être commencée, et dans la saison des bains de 1876 les malades de l'hôpital eurent leur installation de bain particulière.

Zweck — But: Armen das Baden zu ermöglichen (Badesaison: VI. bis Mitte IX). Das Spital eröffnet jedem armen Kranken, ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfession, seine Pforten. Der Spitalranke hat eine Tagesentschädigung von Fr. 2 zu zahlen. — Secourir les baigneurs pauvres. Des indigents sont admis à l'hôpital des baigneurs pauvres à Loèche-les-Bains au prix de fr. 2 par jour de pension et moyennant un dépôt d'entrée de fr. 50 à remettre à la direction. Les pièces à présenter sont: un certificat d'indigence de l'autorité communale du lieu d'origine ou de domicile, signé par le révérend curé (ou pasteur) de la paroisse; un certificat de bonne conduite ou une recommandation du révérend curé (ou pasteur) de la paroisse; une ordonnance du médecin prescrivant l'usage des eaux de Loèche (Rapport du Conseil d'Etat de 1891; Département de l'Intérieur, page 22). La carte de légitimation est délivrée gratuitement aux baigneurs pauvres (Règlement de police du 4 IV 1890 pour les bains de Loèche, art. 5, al. 2).

Platzverhältnisse — Places: Für 25 bis 30 Personen. — Pour 25 à 30 malades.

Mittel — Ressources: Kostgelder und Hotelkollecten, sowie Beiträge aus dem Alkoholzehntel (1905: Fr. 100). — Revenu de la fortune; produit des collectes organisées dans les hôtels; produit des taxes de pension; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 100).

Vermögen — Fortune: Zirka Fr. 85,600. — Fr. 75,000 somme de l'assurance des immenbles et environ fr. 10,600 de capitaux portant intérêts („fonds de réserve“, destiné aux grosses réparations).

Anstaltspersonal — Personnel: 1 Arzt, Schwestern von Ingenbohl. — 1 médecin, sceurs d'Ingenbohl.

Organe — Organes: Verwaltungskomitee und Bade-Inspektor. — Commission administrative de l'hôpital et des bains des pauvres de Loèche-les-Bains, composée de l'inspecteur, du révérend curé de la paroisse, du président de la commune, du médecin de l'hôpital et de 2 baigneurs étrangers. L'inspecteur des établissements d'eaux thermales de Loèche-les-Bains, nommé par le Conseil d'Etat.

II St. de l'A., II B. b. N° 1 — N. C. 13 N° 7 — Z.

Gemeindearmenpflege Leukerbad.

Geschichtliches: In einer Urkunde von 1308 wird eines Hospizes auf der Gemmi erwähnt.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Vermögen: Zirka Fr. 16,000.

Mittel: Kapitalzinse; Gaben von Kurgästen.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 62 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 64.

Fonds des Pfarramtes Leukerbad zur Unterstützung von armen Familien und Schulkindern.

Errichtet: 1874.

Zweck: Unterstützung armer Familien und Schulkinder.

Mittel: Ertrag von Kollekten.

Vermögen: Zirka Fr. 700.

Organ: Pfarramt.

A. 1890, II B. d. 3 Nr. 2.

Armensuppenanstalt Leukerbad.

(Gemeindeinstitution.)

Gegründet: 1895.

Zweck: Den Armen im Winter wenigstens einmal des Tages eine Mahlzeit zu verabfolgen, besonders armen Kindern (Suppenanstalt für arme Kinder und notleidende Haushaltungen).

Mittel: Fondszinse; Beiträge von den Kurgästen des Leukerbades.

Vermögen: Vgl. „Armenfonds“ sub Gemeindearmenpflege.

Organ: Gemeindevorstand.

Abstinenzverein von Leukerbad, Section der „Ligue valaisanne de tempérance „Croix d'Or“. Société de tempérance à Loèche-les-Bains.

Errichtet: 1893 durch Dr. Joseph de Werra und Bergführer Wilhelm Grichting.

Geschichtliches: Bis zum Tode Dr. de Werra's zählte der Verein 20—25 Mitglieder. Der Verein erhielt einige Jahre aus dem Alkoholzehntel Beiträge.

Zweck: Bekämpfung des Alkoholismus.

Mitglieder: 8—10.

Vermögen: Wert einiger Broschüren.

Organ: Präsident.

Jünglingsverein Leukerbad.

(Sektion des Verbands der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vgl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 24.

Kleinkinderschule Leukerbad.

Gegründet: 1907 von Herrn Pfarrer Amherdt.

Zweck: Geht aus dem Titel hervor. Die Schule wird von 66 Kindern besucht.

Mittel: Beiträge von Gemeinde und Staat.

Organ: 1 Kreuzschwester.

64. Oberems.

Elementarereignis: 2. V. 1891. Brand im Weiler Weidenbrunnen: 9 Wohnhäuser, 20 Ställe und Speicher; Schaden Fr. 21,576.

Armenpflege Ems.

(Der Armenkreis umfasst die beiden politischen Gemeinden Oberems und Unterems.)

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Gemeindebeiträge.

Vermögen: Zirka Fr. 420 (gemeinsamer Armenfonds von Ober- und Unterems, errichtet um das Jahr 1870).

Organe: Der Ortsgeistliche und die Gemeindepräsidenten von Ober- und Unterems besorgen die verschiedenen nötigen Pflichten.

A. 1870, I Nr. 64 und 67 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 56.

65. Salgesch.

Gemeindearmenpflege Salgesch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Geschichtliches: Das Departement des Innern berichtet 1856: „Il existe à Salquenen une confrérie du St-Esprit dont les revenus sont absorbés par des festins, cependant dans ces circonstances on a l'habitude de passer aux pauvres une ration de pain. Il y aurait peut-être lieu d'examiner si, conformément à l'esprit de la loi de 1827 sur la mendicité, ces fonds ne devraient pas être versés dans la caisse des pauvres, ainsi que les débris de la fortune de la Commanderie des Chevaliers de St-Jean, établie dans le temps à Salquenen.“ — 1235 hatten sich in Salgesch Johanniter (ordre militaire de Saint-Jean de Jérusalem, chevaliers de Malte) niedergelassen, welche gegenüber Reisenden weitgehende Gastfreundschaft ausübten (Prieuré-hôpital de Saint-Jean, à Salquenen), aber im XVII. Jahrhundert den Unterstützungszweck nicht mehr beachteten. 1655 wurde das „Spital von Salgesch“ von Fr. Louis du Menil Simon de Maupas für 800 Goldpistolen an Caspar von Stockalper verkauft und es blieb der neue Besitzer von allen Verpflichtungen gegen Arme enthoben. Der „Fonds des Maltheserordens der Priorei Salgesch“ („Fondation de l'ordre de Malte du prieuré de Salquenen“) wurde sodann 1815 verteilt. — Ferner hat sich auch eine „Bruderschaft vom hl. Geist in Salgesch“ aufgelöst.

Mittel: Die Gemeinde Salgesch besitzt einen Armenfonds von Fr. 200. Die armen Familien werden unterstützt von wohlhabenden Familien, ohne Rechnung dafür zu tragen. Für die armen Kinder wird das Schulmaterial von der Gemeinde verschafft (za. Fr. 25 jährlich).

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 65 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 65.

66. Turtmann.

Elementarereignisse: 1737, 1830, 1861, 1898 (22./23. VI. und 21. VII.) und 1900. Überschwemmungen des Turtmannbaches, hauptsächlich verursacht durch Losbruch der Rufe „Tummenenbach“ (23.—24. VI. 1898, Anstand mit Leuk und Agarn, da von den Bewohnern Turtmanns notgedrungen eine Bresche geöffnet werden musste, wodurch Wasser in die Ebene von Agarn geleitet wurde und dort an Grundstücken von Bewohnern Agarns und Leuks Schaden anrichtete; der Staatsrat, durch dessen Intervention der Anstand beigelegt werden musste, gewährte den Geschädigten von Turtmann, Agarn und Leuk eine Subsidie von Fr. 2000). — 1878. Überschwemmung in Tennen (Schaden: zirka Fr. 8000). Der Kanton leistete eine Subsidie von Fr. 900.

Gemeindearmenpflege Turtmann.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Geschichtliches: 1856 berichtet das kantonale Departement des Innern: „Les fonds dont dispose la commune de Tourtemagne sont insuffisants même pour le transport des voyageurs indigents ou malades. Une contestation s'était élevée entre les communes de Rarogne et de Tourtemagne relativement au transport des voyageurs pauvres; le Conseil d'Etat a statué que la commune de Tourtemagne conduirait les pauvres jusqu'à Rarogne, et que de là cette dernière commune les transporterait à Viège.“

Mittel: Kapitalzinse etc.

Vermögen: Fr. 1720 Kapitalien.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 66 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 66.

„Der Tag der Armen von Turtmann.“

Jährlich, am 14. August, begeben sich die Armen auf die Alpen im Turtmannal, um nach altem Brauche zu fordern, was am 26. Juli die Sennereien des Reviers produziert haben. Die Sage leitet diesen Brauch aus einer Zeit, in welcher das Tal von Schlangen gesäubert wurde, ab. Auch am selben Tage spendet die Bürgerverwaltung Turtmann zehn Stück Roggenbrot, welches auf der Alpe Blumatt unter die Armen verteilt wird.

67. Unterems.

Ober- und Unterems bilden zusammen *einen* Armenkreis (vergl. Oberems). Die Gemeinde Unterems jedoch verausgabt jährlich ungefähr Fr. 140 aus der Gemeinde- oder Munizipalitätskasse für die Armenpflege.

Elementarereignis: 28. V. 1799. Brand: 14 Wohnhäuser, 17 Scheunen und 15 Städel (vgl. „Landeskatastrophen“).

68. Varen.

Elementarereignisse: 28. V. 1799. Brand: 90 Wohnhäuser, 110 Scheunen und 66 Städel (vgl. „Landeskatastrophen“). — 1. IV. 1890. Brand (zirka $\frac{1}{5}$ des Dorfes).

Gemeindearmenpflege Varen.

Geschichtliches: Eine Sammlung von Haus zu Haus im Dorfe war bis vor vier Jahren am 4. XII. alljährlich Sitte; nächstes Jahr soll sie wieder beginnen. Die Gaben bestanden meistens aus Lebensmitteln und wurden den Armen durch den Ortspfarrer ausgeteilt.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898. — Durchreisende Arme werden aus der Munizipalkasse stets verköstigt. Auch erfolgt Gratisabgabe von Lehrmittel und Arbeitsschulstoff an dürftige Kinder.

Mittel: Kapitalzinse und Zuschüsse aus der Munizipalkasse.

Vermögen: Fr. 1900, „Armenkasse“, Legat Therese Julier. Mit Testament vom Jahre 1826 schenkte Therese Julier der Gemeinde 400 Kronen, und zwar so, dass 10 Jahre hintereinander deren Erben jedes Jahr 40 Kronen dem Ortspfarrer zur Verteilung unter Armen übergeben sollten; die Erben kamen aber dieser testamentarischen Bestimmung nicht vollständig nach, weshalb im Jahre 1853 dieselben durch Dekan Allet von Leuk zur Erfüllung ihrer Pflichten aufgefordert wurden, worauf am 11. XI. 1853 die rückständigen 150 Kronen bezahlt wurden. Auf Vorschlag des Pfarrers Imoberdorf wurde dann diese Summe zur Errichtung einer Armenkasse bestimmt. Durch Schenkungen vom Jahre 1870—72 teils vom Burgervermögen und etwas privat ist das Legat Therese Julier um Fr. 1000 vergrössert worden.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus 3 Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 68 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 67.

VII. Martigny.

Le district de Martigny comprend les deux anciennes bannières de Saillon et de Martigny du Gouvernement de St-Maurice, formant dès le 1^{er} II 1798 jusqu'au 22 IV 1798 une partie du dizain de St-Maurice et, avec une partie du district de Conthey, dès le 12 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 le district de Martigny du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810 le dizain de Martigny de la République valaisanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815 le canton de Martigny de l'arrondissement de St-Maurice du Département français du Simplon (les 13 communes politiques de La Bâtiâz, Bovernier,

Charrat, Fully, Isérables, Leytron, Martigny-Bourg, Martigny-Combe, Martigny-Ville, Riddes, Saillon, Saxon et Trient).

Pour les communes de La Bâtiâz, Charrat, Martigny-Bourg, Martigny-Combe et Martigny-Ville qui formaient autrefois la commune de Martigny, la circonscription territoriale et la juridiction furent fixées par un décret du 28 V 1879.

69. La Bâtiâz.

(Le village de Martigny-Bâtiâz et les 2 hameaux d'Autan et de la Verrerie.)

Par décret du 27 XI 1845, La Bâtiâz, formant un des quartiers de la commune de Martigny-Combe, fut érigé en commune séparée.

Assistance légale de la commune de la Bâtiâz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898. La commune étant à proximité de Martigny, les habitants font partie de ses sociétés quand le besoin se fait sentir.

Ressources: En cas de besoin, versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune. — En faveur de l'instruction primaire, il existe un fonds de fr. 1260, légué par divers particuliers.

Organe: Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 70 et, en partie, N° 79 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 68.

70. Bovernier.

Assistance légale de la commune de Bovernier.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Les secours sont fournis par la caisse municipale. Les dépenses pour l'assistance publique deviennent d'année en année plus considérables — une charge assez forte pour une petite commune de montagne.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 71 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 69.

71. Charrat.

Catastrophe: 15 août 1892. L'incendie à Charrat-Vison; les familles éprouvées sont au nombre de 42 avec un effectif de 178 membres. Les pertes totales ont été de fr. 132,529. Produit de la collecte fr. 3622.90.

Assistance légale de la commune de Charrat.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En legs et intérêts.

Fortune: Environ fr. 2500. „Fonds des pauvres“.

Organes: Conseil communal; Comité de bienfaisance (composé de 5 membres, dont 3 hommes et 2 femmes).

I St. de l'A., I N° 72 et, en partie, N° 79 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 70.

72. Fully.

(Vers l'Eglise, Brançon, Chataigner, Neuloz-Buitone, Fontaines, Mazenbroz, Randonne et Saxé.)

Catastrophes: 31 XII 1888. L'incendie à Brançon; pertes des 36 familles victimes fr. 21,039. — 1897. Inondation (voir „Catastrophes du pays“). — 1903. L'incendie du hameau de Chiboz. Il a presque complètement détruit ce hameau (pertes fr. 19,275; produit d'une collecte limitée aux communes de Charrat, Saxon, Martigny-Ville et Martigny-Bourg fr. 1045).

Assistance légale de la commune de Fully.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas de besoin: versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 73 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 71.

L'Union, société de secours mutuels de Fully.

(Dès 1900: Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: Le 30 V 1897.

But: Secours en cas d'incapacité de travail.

Membres: 65 environ.

Ressources: Cotisations de ses membres, etc.

Fortune: Fr. 350 environ.

Organes: Comité — Secrétaire-caissier.

73. Isérables.

Catastrophes: 24/25 VI 1881. L'incendie du village d'Isérables (180 bâtiments: 130 maisons d'habitation et 50 granges et écuries). Produit de la collecte fr. 56,888.59 (sans les dons en nature). — 10 XI 1895 et 9 VII 1902, inondations. Une trombe d'eau s'abatit sur les montagnes; la Farraz fut grossie à tel point qu'elle emporta tous les ponts et ravina de nombreuses propriétés. — 30 VI/1^{er} VII 1903. L'incendie de la partie orientale du village d'Isérables (28 bâtiments, 1 maison d'habitation et 27 granges et greniers).

Assistance légale de la commune d'Isérables.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Puisées sur les recettes ordinaires de la bourgeoisie.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 74 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 72.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section d'Isérables.

Voir „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 15—20.

74. Leytron.

(Leytron, Dugny, Montagnon, Le Plan et Produit.)

Catastrophe: 6 VIII 1861. L'incendie du village de Produit (12 bâtiments); pertes fr. 53,190.

Assistance légale de la commune de Leytron.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Produit du fonds, versements par la caisse communale, etc.

Fortune: Immeubles fr. 2800; capitaux, environ fr. 3000.

Organes: La Chambre pupillaire comme Commission de bienfaisance — Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 75 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 73.

Association catholique suisse, section de Leytron.

Fondée: En 1884.

But: Celui de l'Association pour la Suisse.

Membres: 55.

Ressources: Cotisation Fr. 1. 20 par membre et 50 cts. par membre pour caisse de secours en cas de maladie.

Fortune: Fr. 32. 75 en caisse.

Organe de publicité: „L'Ouvrier“.

Organes: Comité — Assemblée générale.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Leytron.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

A reconstituer.

75. Martigny-Bourg.

(Martigny-Bourg et Chemin.)

Assistance légale de la commune de Martigny-Bourg.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Fr. 4500 environ. Les fonds de la municipalité ont été créés par diverses personnes, spécialement en vue de fournir le pain aux pauvres à Pâques

(„Oster-Spende“ in Martigny-Bourg) ou dans le courant de l'hiver; à mentionner surtout les legs Gross, Delaquis et Besse.

Organes: Conseil communal — Commission de bienfaisance (composé de 2 membres).

I St. de l'A., I N° 76 et, en partie, N° 79 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 74.

Legs Gross de Martigny-Bourg.

(Fonds faisant partie de la fortune pour l'assistance de la commune de Martigny-Bourg.)

Créé: Vers 1835-40.

But: Livraison de pain de Pâques aux pauvres de la commune.

Fortune: Fr. 2000.

Organe: Conseil communal.

Legs Delaquis de Martigny-Bourg.

(Fonds faisant partie de la fortune pour l'assistance de la commune de Martigny-Bourg.)

Créé: En 1893.

But: Au profit de la bienfaisance.

Fortune: Fr. 1000.

Organe: Conseil communal.

Legs Besse de Martigny-Bourg.

(Fonds faisant partie de la fortune pour l'assistance de la commune de Martigny-Bourg.)

Créé: En 1902 par François Besse.

Fortune: Fr. 600.

But: Bienfaisance.

Organe: Conseil communal.

76. Martigny-Combe.

(Borgeaud, Brocard, Cergnieux, La Crettaz, La Croix, La Fontaine, Rappes et Ravoire.)

Par décret du 18 VI 1841 les sections de l'ancienne commune de Martigny-Bourg, excepté la section de Bourg, furent réunies, formant une commune politique; cette commune porte conformément à l'arrêté du 23 II 1844, la dénomination de Martigny-Combe.

Assistance légale de la commune de Martigny-Combe.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: La commune de Martigny-Combe n'a pas de fonds spéciaux pour les pauvres; en cas de pressants besoins, c'est la caisse bourgeoise qui y pourvoit; elle n'a guère l'occasion de distribuer des secours, il y a fort peu de nécessiteux, tout le monde est propriétaire et s'adonne à l'agriculture.

Fortune: Fr. 1000. La commune possède une maison composée de deux petites chambres et deux cuisines, valant fr. 800.

Organes: Conseil communal (les demandes de secours se font au Conseil communal qui y donne toujours suite), Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 77 en partie et, en partie, N° 79 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 75 en partie.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de la Crettaz (Martigny-Combe).

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 5 (par Salvan au point de vue paroissial).

77. Martigny-Ville.

Préfecture du district de Martigny.

Compétences: Porte les jugements et tranche les différends concernant les listes de répartition pour indigents (généalogie et échelle de répartition). (Voir Préfecture de Sion.)

Fonds pour la création d'une infirmerie du district de Martigny.

Il y a lieu de mentionner la fondation décidée en 1906 d'une infirmerie de district, à Martigny-Ville, pour tout le district de Martigny. Les communes ont pris l'engagement d'y contribuer jusqu'à concurrence de fr. 60,000. Des souscriptions particulières ont produit jusqu'ici la somme de fr. 25,000, et il y a lieu de croire que le chiffre de fr. 100,000 sera atteint. Une loterie est en cours en ce moment (juillet et août 1907).

Hôpital de Martigny. — Spital des hl. Theodul in Martinach. (Institution de la commune mixte de Martigny.)

Historique: La date de la fondation de l'hôpital de Martigny n'est pas connue; la tradition la fait remonter aux croisades. Dans un acte de 1408, l'hôpital est mentionné. Les archives nous indiquent cependant qu'en l'année 1670, l'hôpital a été restauré. En 1748, Jean Jos. Ganiot plaida pour la continuation. Cet établissement avait pour but d'héberger les pèlerins, les déserteurs et de secourir les pauvres. La fortune, en 1872, consistait en créances (fr. 20,640) et en bâtiments (fr. 22,708). Le conseil mixte de l'ancienne commune de Martigny a l'administration de l'hôpital. De 1848 à 1857, le traitement du recteur, de 27 louis par an, n'a pas été payé et, en 1856 et 1857, une somme de fr. 550.72 a été prélevée annuellement sur les rentes de l'hôpital au profit des écoles.

But: Assistance des passants pauvres.

Ressources: Produits de la fortune; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: Fr. 100).

Fortune: Fr. 71,120 valeur des immeubles, environ fr. 40,000 en capital.

Organes: Conseil mixte paroissial. — Sœurs de St. Joseph (depuis 1832).

II St. de l'A., II B d 3 N° 3 en partie — Z.

Fonds Claivaz de la Paroisse de Martigny.

(Institution des communes de La Bâtiaz, Charrat, Martigny-Bourg, Martigny-Combe et Martigny-Ville.)

Créé: En 1883 par un legs du Dr Claivaz aux pauvres de la paroisse de Martigny (5 communes).

But: Distribuer chaque année l'intérêt du legs à cinq pauvres de chaque commune de la paroisse.

Fortune: Fr. 5000.

Organe: Le fonds est administré par le Conseil paroissial mixte des cinq communes formant la paroisse de Martigny.

II St. de l'A., II B d 3 N° 3 en partie.

Oeuvre des dames de Martigny.

Créée: En 1900.

But: Confectionner des habits pour les pauvres; il n'existe pas de société proprement dite.

Membres: Toute personne honnête et charitable.

Ressources: Collecte auprès de personnes charitables.

Fortune: Pas de fonds.

Organes: Comité.

„Union catholique“ de Martigny.

(Société dans la paroisse de Martigny faisant partie de la „Fédération cantonale valaisanne“ de l'Association populaire catholique suisse.)

Siège: Martigny-Ville, au domicile du trésorier-correspondant.

Fondée le 31 V 1885 (date des statuts).

Réorganisée: 1897, comme section de l'„Association populaire catholique suisse“.

But: La défense de la foi, l'exercice de la charité et le soutien de l'art et de la science catholiques.

Membres: Le droit d'admission et d'exclusion appartient à un grand comité. Le comité a le devoir d'exclure temporairement et même définitivement de la société un membre qui tomberait dans une faute grave contre la foi ou les mœurs.

Ressources: Les ressources de la société sont les offrandes volontaires mises à la disposition de la

commission; aucune réclamation pécuniaire n'est admise, qu'un membre quitte lui-même la société ou en soit exclu.

Organes: Commission composée: a) d'un président, d'un vice-président, d'un autre membre laïque, b) d'un trésorier-correspondant et d'un secrétaire, qui de droit sont le vicaire de la paroisse catholique romaine de Martigny et le recteur catholique romain de l'hôpital. Les 3 laïques sont délégués pour 4 ans par l'assemblée générale de la société, mais pouvant être réélus. Assemblée générale.

F. o. s. du c. 1885, N° 79.

Maison religieuse du St-Bernard à Martigny.

(Probstei der regulierten Augustinerchorherren vom Grossen St. Bernhard.)

Historique: La constitution de la République du Valais du 30 VIII 1802 déterminait à l'art. 12: „Les hospices du Simplon et du St. Bernard, et les routes qui y conduisent, seront entretenues en bon état.“ Le décret impérial du 26 XII 1810 sur l'organisation du Département du Simplon, disait que les deux maisons religieuses du St-Bernard et de l'Abbaye de St-Maurice suivant la même règle, seraient réunies. Le 17 III 1812, le décret impérial relatif à l'organisation des chanoines hospitaliers du St-Bernard et de ceux réunis de l'Abbaye de St-Maurice parut; la surveillance de l'établissement appartenait à un conseil composé du préfet, de l'évêque et du président du conseil général du département. A la chute de l'empire français, les deux congrégations se séparèrent d'un commun accord pour rentrer dans leur ancienne position (en XII 1803). En 1848, le Grand Conseil du canton avait arrêté: Les établissements hospitaliers du St-Bernard et du Simplon et l'ordre religieux qui les dessert sont maintenus sur le pied actuel. Toutefois les administrations de ces maisons sont tenues d'exhiber l'état détaillé de leur fortune et de la gestion des 10 dernières années, avec titres originaux à l'appui. L'excédent du revenu sera d'abord employé au paiement de la dette publique, et ensuite à l'amélioration de l'instruction publique. Les administrations de ces maisons devront rendre annuellement compte de leur gestion. Si elles ne se soumettent pas aux prescriptions qui précèdent, l'Etat avisera aux moyens de faire exercer l'hospitalité par d'autres religieux. (Décret du 29 I 1848, régularisant les effets de celui du 11 du même mois, art. 9 à 13.)

But: Service des maisons hospitalières du Grand St. Bernard et du Simplon; résidence habituelle du R^{me} Prévôt, du Procureur et des religieux infirmes ou retraités. La maison-mère de la communauté est cependant l'hospice situé dans la commune de Bourg-St-Pierre (domicile principal) où les réunions capitulaires se tiennent, le noviciat est établi, et — à teneur

des constitutions de l'Ordre — le R^{me} Prévôt et le Procureur général ont leur domicile juridique; après une décision administrative du Conseil d'Etat de l'année 1900, l'impôt mobilier en entier, ainsi que l'impôt de la 2^{me} catégorie pour les immeubles situés dans d'autres communes sera perçu par Bourg-St-Pierre.

Membres: Environ 60.

Exploitation agricole: C'est une des plus grandes du canton du Valais (Effectif du bétail au 20 IV 1906: 6 chevaux, 1 mulet, 56 bêtes à cornes, 14 porcs).

Organes: Prévôt — Procureur.

Assistance légale de la commune de Martigny-Ville.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Cotisations des parents des deux lignes jusqu'au 8^{me} degré inclusivement; versements par la caisse communale. — Les dépenses faites pour les pauvres sont prélevées, comme les autres frais de l'administration communale, sur le produit ordinaire de l'impôt.

Fortune: Voir „Legs Aubert“.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 78 et, en partie, N° 79 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 76.

Legs Aubert pour subsides d'apprentissage de Martigny-Ville.

Créé: En 1864.

But: Subside pour apprentissage aux enfants pauvres.

Fortune: Fr. 9300.

Organe: Administré par le Conseil municipal.

Ecole enfantine des sœurs à Martigny.

Fondée: En 1870.

But: Enseignement aux enfants des deux sexes.

Ressources: Droit d'écolage mensuel perçu et subside municipal pour chauffage.

Organe: Une supérieure sous les ordres d'un ordre religieux savoisien.

Ecole enfantine de la Commune de Martigny-Ville.

Fondée: En 1890.

But: Enseignement aux enfants des deux sexes (gratuité complète).

Ressources: Par budget communal.

Organes: Commission scolaire locale. — Institutrices laïques.

École professionnelle de Martigny. — Cours professionnels pour garçons de la Société des arts et métiers et des commerçants à Martigny. — Gewerbeschule Martinach. Gewerbliche Kurse des Gewerbe- und kaufmännischen Vereins Martinach.

Fondés: En 1903.

But: Cours divers aux apprentis.

Ressources: Subvention communale, cantonale et fédérale (subvention de la Fédération et du canton pro 1906: Fr. 1023.

Fortune: Aucune.

Organes: Commission locale des apprentissages.

Cours professionnels pour apprenties (de la Société des arts et métiers et des commerçants) de Martigny. — Ecole des apprenties de Martigny. — Gewerbl. Kurse für Lehtöchter des Gewerbe- und kaufm. Vereins Martinach. — Lehrlingsschule Martinach.

Créés: En 1906.

But: Cours divers pour apprenties des métiers féminins (couture, broderie, coupe, etc.).

Ressources: Entre autres: Subventions fédérales et cantonales (pro 1906): fr. 250.

Organe: Commission locale des apprentissages.

Société de secours mutuels de Martigny.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Siège: Martigny-Ville.

Fondée: En 1855.

But: Secours en cas de maladie.

Membres: Environ 350.

Ressources: Cotisations mensuelles (à 70 cts.), etc.

Fortune: Environ Fr. 21,500.

Organe: Comité de 5 membres.

Institut populaire à Martigny.

Fondée: En 1905/06.

Historique: En 1905, l'institut avait reçu un subside cantonal de fr. 50 prélevé sur la dîme de l'alcool.

But: Progrès et propagande. Réunions, conférences économiques, artistiques, religieuses, etc. (4 à 5 conférences par an).

Ressources: Contributions volontaires, etc.

Fortune: Une salle de conférences, immeuble taxé fr. 8500.

Organe: Comité.

78. Riddes.

Catastrophes: La commune de Riddes a été victime de deux inondations récentes. La première en 1895, le 13 XI, le torrent de la Farra, grossi par une pluie de trois jours, a amené une

quantité de gravier, pierres, bois et matériaux qui ont anéanti des prairies pour une valeur d'environ fr. 80,000. Il n'y a pas eu d'accident de personnes. En 1902, le même torrent, le 9 VII, a de nouveau rompu ses digues, en sortant de son lit, et a recouvert les mêmes propriétés qu'en 1895, dont quelques-unes avaient déjà été remises en culture; cinq granges et une maison d'habitation ont été alors détruites. Il n'y a pas eu non plus d'accident de personnes.

**Ecole pratique d'agriculture à Ecône (près Riddes).
Landwirtschaftliche Schule Ecône bei Riddes.**

Créée — Errichtet: En vertu d'une convention passée entre le Conseil d'Etat du Valais et la Maison du Grand St-Bernard et ratifiée par le Grand Conseil dans sa session de mai 1891. L'Ecole pratique d'agriculture d'Ecône inaugurerait modestement ses cours le 25 janvier 1892. — Vom Staate Wallis unter Mitwirkung des Stiftes vom St. Bernhard (gemäss Grossratsbeschluss vom 3. IV. 1891 und Staatsratsbeschluss vom 9. IX. 1891).

Historique — Geschichtliches: En ce moment-ci, les cours sont théoriques et pratiques; on parle de les rendre purement théoriques; aucune décision n'a encore été prise à ce sujet. — Im Sommer 1907 wurde die Umwandlung der Ackerbau- in eine landwirtschaftliche Winterschule beraten.

But — Zweck: Ecole d'agriculture pratique. — Der Bevölkerung von Wallis die Mittel zur Erwerbung der zur Entwicklung und Förderung der den Hauptzweig der Nationalökonomie des Kantons bildenden Landwirtschaft erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen. Für unbemittelte Walliser Schüler und zu gunsten von Zöglingen aus dem Kanton, die es am meisten verdienen, werden Stipendien errichtet.

Ressources — Mittel: Entre autres: Subventions fédérale et cantonale annuelles: en 1906, de la Confédération fr. 8790; en 1906, de l'Etat du Valais fr. 10,573. 55. — Ertrag des Landwirtschaftsbetriebes; Beiträge von Kanton u. Bund (pro 1906: fr. 19,363. 55); Kostgelder der Zöglinge; etc.

Fortune — Vermögen: Evaluée à fr. 99,304.

Bétail — Viehstand: 3 chevaux, 31 bêtes à cornes et 16 porcs.

Personnel — Personal: 1 directeur, 1 surveillant, 6 professeurs, 1 conducteur des travaux.

Organes — Organe: Direction à Ecône et Département de l'Intérieur du canton du Valais, à Sion.

Assistance légale de la commune de Riddes.

Historique: A Riddes, il existait: 1° une léproserie, mentionnée dans un document de l'année 1325; 2° une „Confrérie du Saint-Esprit“, fondée le 21 X 1381 (en 1488, Jacques de Castellario léguait à cette confrérie 10 solds).

But: L'assistance des pauvres, conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: L'assistance des pauvres se fait à Riddes au moyen du budget communal; chaque année les dépenses pour l'assistance et la bienfaisance sont couvertes par le budget; c'est ainsi qu'en 1906 la commune a dépensé fr. 67. 90 pour secours à des passants pauvres, et fr. 422. 45 pour secours à des indigents de la commune. La commune de Riddes reçoit pour secours aux passants pauvres des subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 30).

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 80 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 77.

„Croix-d'Or“, Section de Riddes-Isérables et environs de la Ligue valaisanne de tempérance.

Voir: „Croix-d'Or“ (Siège central: Sierre).

Membres: 20.

„Femmes Abstinentes“, Section à Riddes.

Voir: „Femmes Abstinentes“ (Siège: Monthey).

Membres: 8—10 (déjà membres de la „Croix-d'Or“).

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Riddes.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 40 à peu près.

Société de secours mutuels de Riddes.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: En 1905.

But: Secours des membres malades.

Membres: environ 75.

Ressources: Finances d'entrée; cotisations mensuelles.

Fortune: Fr. 1300 environ.

Organe: Comité.

79. Saillon.

Catastrophe: 1897. Inondation (voir „Catastrophes du pays“).

Assistance légale de la commune de Saillon.

Historique: En 1874, la fortune de l'„Hôpital de St-Jean à Saillon“ fut réunie au fonds communal des pauvres. Cet hôpital fut créé déjà avant l'année 1488 (testament de Jacques de Castellario de l'année 1488 dans lequel cet hôpital fut nommé). D'après le rapport du Département cantonal de l'Intérieur de 1856, l'hôpital ne possédait que fr. 290. 50 en bien-fonds et en créances. — Il existait, en outre, à Saillon, deux confréries: 1° Confrérie de Corpore Christi. Elle avait

reçu, le 20 VIII 1349, un legs de Marguerite de Collombey. Le but était l'adoration due à notre Seigneur Jésus-Christ dans l'Eucharistie. La fortune de cette confrérie, déjà avant l'année 1822, selon acte de visite épiscopale par Augustin-Sulpitius Zen-Ruffinen, fut affectée au fonds de la fabrique de l'église de la paroisse par son prédécesseur Monseigneur Joseph-Xavier de Preux (selon acte en l'année 1810). 2° Confrérie du St-Esprit. Par testament du 20 VIII 1349, Marguerite de Collombey donnait à la confrérie „unum fich. frumenti redditus annui“. Les fonds de cette confrérie furent affectés aux fonds de la fabrique de l'église de la paroisse. (D'après actes de visites épiscopales.) — Selon des actes de visite par les évêques du diocèse, il existait aussi à Saillon un fonds provenant de Pierre Chéseaux, R^d Curé de Leytron (créé en 1743, avec une somme de 300 livres). Ce „Fonds des Etudes de la famille Chéseaux“ fut augmenté: en 1758, par M. le curé Etienne Gard; en 1765, par M. le lieutenant Bart. Chéseaux; en 1780, par M. le curé Georges Challand; en 1785, par M. le notaire Jean-Bapt. Chéseaux. L'intérêt du fonds était affecté aux écoles, à la condition suivante: Si dans une famille de la parenté Chéseaux il y avait un enfant qui étudiait la langue latine, l'intérêt servait alors d'abord à payer les études de cet enfant.

But: L'assistance des pauvres, conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Produit de la fortune et, cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Fr. 1800 immeubles. La commune de Saillon possède 2 vignes, dont le produit est destiné annuellement à des œuvres de bienfaisance, soit pour secourir les familles pauvres et les passants.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 81 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 78.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), section de Saillon.

En formation.

80. Saxon.

(Saxon et Gottefray.)

Catastrophes: 1^{er} V 1873. L'incendie à Saxon. L'estimation officielle des dommages éprouvés par les incendiés de cette localité s'est élevée à fr. 41,280. 45. — 31 août 1891. L'incendie de 15 maisons d'habitation et 6 granges-écuries; pertes causées fr. 47,243.

Fédération valaisanne de secours mutuels.

Kantonalverband der Krankenunterstützungsvereine im Wallis.

(Société faisant partie de la Fédération des sociétés de secours mutuels de la Suisse Romande.)

Siège: Saxon (domicile du caissier central).

Fondée: 21 XII 1875.

Sections: 20 dans 9 districts (Ardon, Bagnes, Brigue, Chamoson, Conthey, Fully, Martigny, Monthey, Monthey-Verrerie, Nendaz, Orsières, Riddes, St-Maurice, Salvan, Saxon, Sembrancher, Sierre, Sion, Vex et Vouvry).

But: Secours en cas de maladie par les sections (en 1906: fr. 15,891. 85 secours ordinaires; fr. 267. 85 frais de funérailles; fr. 4589. 25 frais divers). — La Fédération a une „Caisse d'épargne“, fondée le 21 XII 1875 (F. v. s. d. c. 1883, N° 135); au 31 XII 1905, cette caisse comptait 3088 dépôts en comptes-courants pour fr. 1,512,876. 63.

Membres: Au 31 XII 1906, les sections avaient 2265 membres (mouvement en 1906: 170 rayés ou démissionnaires, 34 décédés, 158 nouveaux).

Ressources: Recette des 20 sections (en 1906): fr. 30,253. 05, savoir: finance d'entrée fr. 918. 30, cotisations mensuelles fr. 20,751. 90, intérêts des fonds placés fr. 3,673. 15, recettes diverses fr. 4909. 70. — Recettes de l'administration centrale en 1906: fr. 3697. 65 (dont fr. 693. 30 contributions des sections).

Fortune des 20 sections au 31 XII 1906: fr. 112,949. 66 (voir les sections).

Fortune de la Fédération au 31 XII 1906: fr. 3225. 80.

Organes: Comité central (composé d'un président, d'un vice-président, d'un secrétaire et de 4 assesseurs). — Caissier central.

Assistance légale de la commune de Saxon.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital fr. 278. 75.

Fortune: Environ fr. 5575 (les fonds de bien-faisance).

Organes: Conseil communal, Comité de bien-faisance (composé de 3 membres). Le Comité de bien-faisance est nommé en dehors du conseil.

I St. de l'A., I N° 82 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 79.

Fonds en faveur des écoles de Saxon.

Créé par plusieurs personnes philanthropiques.

But: Payer le matériel scolaire des enfants pauvres et en partie le salaire du personnel enseignant.

Ressources: Annuellement fr. 862. 35.

Fortune: Fr. 18,957.

Organe: Conseil municipal (5 membres).

„Réveil“ (Jeunesse abstinent), Section de Saxon.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 18.

Société de secours mutuels de Saxon.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: 3 VIII 1873.

But: Réunir des personnes qui par esprit de confraternité et de prévoyance établissent entre elles une garantie mutuelle de secours en cas de maladie.

Membres: 85 environ.

Ressources: Les ressources de la société se composent: a) des droits d'entrée des membres; b) des contributions mensuelles et des amendes; c) des dons reçus; d) du capital de réserve et de ses intérêts et produits.

Fortune: Fr. 5800 environ.

Organes: L'Assemblée générale et le Comité.

81. Trient.

(Trient et Jeurs.)

Décret du Grand Conseil du canton du Valais du 30 XI 1899 concernant l'érection du village et des hameaux de la paroisse de Trient en commune séparée de celle de Martigny-Combe. Font partie de la commune de Trient: le village de Gillot et les hameaux de Peuti, Pralion, Planet, Litroz, Trouleiro, les Jeurs.

Assistance légale de la commune de Trient.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Cas échéant, par la caisse communale.

Fortune: Point.

Organes: Conseil communal, Comité de bien-faisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 77 en partie — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 75 en partie.

VIII. Monthey.

Le district de Monthey comprend l'ancien Gouvernement de Monthey (1536—1798), formant dès le 1^{er} II 1798 jusqu'au 12 IV 1798 le dizain de Monthey, dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 le district de Monthey du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810 le dizain de Monthey de la République valaisanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815 le canton de Monthey de l'arrondissement de St-Maurice du Département français du Simplon (les 9 communes politiques de Champéry, de Collombey-Muraz, de Monthey, de Port-Valais, de St-Gingolph, de Troistorrents, de Val-d'Illiez, de Vionnaz et de Vouvry).

82. Champéry.

Par décision du Grand Conseil du Valais du 23 XI 1839, le village de Champéry fut séparé de la commune de Val-d'Illiers, pour former une commune politique particulière.

Avis officiel: „Concernant l'érection de Champéry en commune. Le Conseil d'Etat du canton du Valais informe le public que par décision du Grand Conseil du 23 novembre dernier le village de Champéry a été érigé en commune et que l'Administration tant civile que judiciaire est actuellement constituée. Donné à Sion, le 3 janvier 1840, pour être publié dans les communes de Monthey et de Troistorrents et inséré au Bulletin officiel. Le Président du Conseil d'Etat, en son absence, le Vice-Président: J. Burgener, le secrétaire d'Etat adjoint: Bouvin.“ (Copie.)

Catastrophe: Le 13 XI 1895 la commune de Champéry a été éprouvée par des inondations, l'Etat a porté des secours à 2 familles. Les dommages ont été évalués à fr. 50,000.

NB. Une „Société de Tempérance“, fondée le 1^{er} VI 1887 avec le but de combattre l'usage des liqueurs alcooliques et de construire et d'exploiter un café-restaurant à Champéry, s'est dissoute le 19 X 1897 (F. o. s. du c. 1888, n° 55, et 1898, n° 9); mais la société va se reconstituer (en „Croix-d'Or“).

Assistance légale de la commune de Champéry.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Historique: La commune de Champéry avait dépensé pour l'assistance publique: en 1870 fr. 837.94, en 1875 fr. 961.32, en 1880 fr. 982, en 1885 fr. 1043.80, en 1890 fr. 1178.65, en 1895 fr. 1338.14, en 1900 fr. 1482.73 et en 1905 fr. 1436.90. Les cotisations des parents des assistés s'élevaient en 1901 à fr. 412.80 (dépenses de la commune dans cette année: fr. 1297), en 1902 à fr. 420.40 (dépenses de la commune: fr. 1124.63).

Ressources: Intérêts des fonds bourgeois pour secourir les pauvres.

La caisse avait un fonds de fr. 301.45 en 1870; actuellement elle a comme ressources un boni d'environ fr. 900 en sus de l'intérêt (Bourse des pauvres: fr. 7061.90; fonds des confréries: fr. 20,646.96). — Règlement concernant les procureurs. (Du 5 I 1864.) „Les dites charges sont mises au concours au rabais annuellement, le jour des grands comptes de la commune. Les procureurs sont chargés de la perception des intérêts des capitaux et autres rentrées concernant les bénéfices. Les procureurs fournissent une caution reconnue solvable de leur gestion. Ils sont chargés des paiements mentionnés dans les rentiers à l'époque

indiquée. Ils sont chargés de la surveillance et du maintien des bâtiments et du mobilier des bénéfices. Ils rendent annuellement leurs comptes dans la 1^{re} quinzaine de janvier, en présence de M. le curé et d'une commission émanant du conseil. Ils devront payer l'intérêt du Bon résultant des comptes de l'année à partir de 6 mois après le rendement des comptes et l'intérêt du Bon des années précédentes. Le Bon de l'avant-dernier exercice sera desservi dès le rendement des comptes, comme il leur serait tenu compte par les confréries de l'intérêt des avances qui auraient été faites par les procureurs. Les procureurs sortant sont tenus de livrer aux nouveaux procureurs le Bon de l'année dans les 6 mois dès les comptes et le Bon des années précédentes à la même époque avec l'intérêt de celui-ci dès les comptes, sauf ceux des confréries du St-Esprit et des Quarante-Heures qui devront être livrés, le nécessaire pour que le froment puisse être acheté de manière à être distribué dans le courant de février ainsi que pour les frais des Quarante-Heures, les procureurs ne devront l'intérêt que des Bons qui resteront entre leurs mains après l'achat du froment et les frais des Quarante-Heures. Les procureurs pourront exiger la provision de la recouvre pour percevoir l'intérêt du Bon qu'il y a dans les confréries, qu'ils soient entre leurs mains ou dans celles d'un autre; mais ils ne pourront rien exiger pour la rentrée des Bons d'un procureur à l'autre. Julien Grenon, président.“ — (Du 3 janvier 1878.) „Le procureur qui ne pourrait se faire payer devra diriger des instances contre les débiteurs en retard dans les 6 mois qui suivent le renouvellement de l'année, à défaut de quoi il n'aura aucun recours contre les confréries ni pour la somme ni pour les frais. Dans l'intérêt des confréries, il est défendu d'acheter ni à crédit ni à terme, les marchandises pour les souliers ainsi que la farine de la confrérie du St-Esprit, ces articles doivent être traités au comptant. Les Bons des exercices précédents devront être livrés au 1^{er} avril au nouveau procureur et le Bon résultant du dernier exercice sera livré au 1^{er} juillet. B. Exhenry, président.“

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 7 membres).

I St. de l'A., I N° 83 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 80.

Bourse de pauvres de Champéry.

Historique: En 1879 est venu un don de fr. 1000, jusque-là les dons étaient minimes.

But: La Bourse vient en aide au pauvre qui éprouve un accident: fracture d'une jambe, d'un bras, s'il doit aller subir une opération à Lausanne ou ailleurs, s'il perd l'unique vache qu'il possédait, etc. Ces secours se font en espèces.

Ressources: Intérêts du fonds.
Fortune: Fr. 7061. 90.
Organe: Le conseil (7 membres).

Confrérie des âmes à Champéry. — Confratria animarum pro calceamentis pauperum distribuendis.

Créée: De temps immémorial.

Historique: Avant 1742 Champéry et Illiers (Val-d'Illez) ne formaient qu'une commune et qu'une paroisse; les confréries étaient un avoir commun aux 2 localités. La séparation paroissiale définitive date du 19 III 1857.

But: Aider aux pauvres avec distribution de souliers. On livre les souliers à la fin de novembre.

Ressources: Fr. 675 intérêts.

Fortune: Fr. 13,523. 33. — „Fonds pour souliers aux pauvres“ se décomposant: a) Confrérie des âmes: fr. 11,814. 63; b) Confrérie St-Trinité: fr. 1708. 70.

Organe: Le conseil (7 membres).

Confrérie de la Sainte-Trinité à Champéry.

Créée: Très ancienne.

Historique: Autrefois cette institution était pour livraison de drap, et dans les temps plus anciens on livrait des bas en drap (pro tibiatis).

But: Livraison de souliers aux pauvres, fin de septembre.

Fortune: Fr. 1708. 70. Ce capital est versé dans les fonds pour souliers. Néanmoins la Confrérie est maintenue dans les rentiers et dans les comptes.

Organe: Le Conseil communal (7 membres).

Confrérie du sel à Champéry.

Créée: De temps immémorial.

But: Venir en aide aux pauvres avec distribution de sel. On livre le sel à la fin de novembre.

Ressources: Fr. 166 intérêts.

Fortune: Fr. 3322. 33. — „Fonds pour distribution de sel.“

Organe: Le conseil (7 membres).

Confrérie du St-Esprit à Champéry.

Créée: De temps immémorial comme „Confrérie des syndics“; les charges-ayants (les conseillers) faisaient la quête pour recueillir des céréales et les distribuer ensuite aux pauvres. Actuellement on l'appelle la confrérie du St-Esprit.

But: Secourir les pauvres avec distribution de farine. La farine se donne au printemps.

Ressources: Fr. 190 intérêts.

Fortune: Fr. 3801. 30. „Fonds pour achat de farine.“

Organe: Le conseil (7 membres).

„Soupes scolaires.“

Institution (point de fondation) à Champéry.

Instituées: En 1905 par ordre du Département de l'Instruction publique du Valais.

But: Faciliter la fréquentation de l'école aux enfants éloignés âgés de 10 ans révolus et fréquentant l'école deux fois par jour (matin et soir).

Ressources: La commune fait les frais.

Fortune: Point.

Organe: Une tenancière de pension.

„Arbre de Noël.“

Institution (point de fondation) à Champéry.

Institué: Habitude prise par les religieuses il y a quelque 20 ans.

But: Encouragements donnés aux enfants.

Ressources: Des dames en séjour font les frais.

Organes: Deux religieuses.

83. Collombey-Muraz.

(Collombey, Illarsaz et Muraz.)

Catastrophes: 19 V 1859. L'incendie à Collombey (20 bâtiments), pertes fr. 41,138. — 7 IX 1888. L'incendie à Collombey, pertes pour 22 familles fr. 29,948 (couvert par l'assurance fr. 21,948). — 11 VII 1902. Inondation du Rhône environ fr. 100,000 de pertes.

Assistance légale de la commune de Collombey-Muraz.

Historique: A Collombey, il existait aussi une Confrérie du St-Esprit, dont la donation fut employée pour les fonds des pauvres et des écoles. Les dépenses que la commune et la bourgeoisie ont faites pour la bienfaisance par exemple en 1898, sont: *Municipalité:* secours réguliers fr. 373, secours divers fr. 75; *Bourgeoisie:* secours réguliers aux pauvres de la commune fr. 659. 50, secours aux passants malheureux fr. 10; Total fr. 1117. 50. — Dépenses faites en 1905 par la commune: Secours réguliers aux pauvres de la commune fr. 1074. 70; soins médicaux aux pauvres de la commune fr. 20; secours et dépenses diverses de bienfaisance fr. 638; pour passades aux voyageurs malheureux fr. 63; dépenses faites par la bourgeoisie pour la bienfaisance fr. 1000.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Versements par la commune et par la bourgeoisie, etc.

Fortune: Fr. 1938 en capital (Fonds de bien-faisance de la commune de Collombey-Muraz).

Organes: Conseil communal; Comité de bien-faisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 84 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 81.

**Kloster. — Bernhardinerinnenkloster Collombey.
Couvent. — Sœurs de St-Bernardine.**

Gegründet — Fondé en 1643.

Geschichtliches — Historique: Le 19 V 1643, la diète du Valais autorisa la communauté; mais on exigea que les révérendes sœurs prêtent leur concours à l'instruction religieuse et civile et à l'éducation des jeunes filles. — La sœur Marie-Pétronille (M^{lle} de Vantéry) avait fait elle-même une quête dans les VII cantons catholiques, pour subvenir à l'achat d'une maison. On acheta le château d'Arbignon, à Collombey; la communauté put y entrer processionnellement le 23 VI 1647.

Zweck — But: Unter anderem: tägliche Suppen- und Brotausteilung an den Pforten. — Entre autres: tous les jours distribution de soupe et de pain.

Ökonomische Verhältnisse — Position économique: Das Kloster führt einen grösseren Landwirtschaftsbetrieb (Viehstand: 2 Pferde, 16 Stück Rindvieh und 4 Schweine). — Le couvent exploite un grand domaine.

Organ — Organe: 1 Procureur.

Société de Secours-Mutuels, à Collombey-Muraz.

Fondée: 6 X 1906.

But: Secours aux membres en cas de maladie et accidents.

Membres: 60.

Ressources: Finance d'entrée (à fr. 5); cotisations mensuelles (à fr. 1).

Fortune: Environ fr. 660.

Organe: Comité (composé d'un président, d'un vice-président, d'un caissier et de deux membres adjoints).

84. Monthey.

(Monthey et Chœx.)

Catastrophes: 1478. Inondation du torrent de la Vièze. 150 journaux de bon terrain furent dévastés et 52 bâtiments emportés. — 1651. Inondation de la Vièze. Le baron Gaspard de Stockalper fit envoyer 2000 doubles et l'abbé de St-Maurice fit faire 2000 journées et manœuvres par ses juridictionnaires. — 7 VII 1714. Grand incendie. 80 maisons et l'église devinrent la proie de flammes. Des quêtes eurent lieu dans le Valais et à l'étranger pour subvenir aux besoins des malheureux. L'Etat fournit un subside de 100 écus. Par circulaire, l'évêque Supersaxo invita tout le clergé de son diocèse à venir en aide aux victimes. — 5/6 VII 1726. Inondation de la Vièze. — 14 IX 1733. Inondation de la Vièze. 46 maisons

sont emportées ou gravement endommagées (de ce nombre sont la maison de commune et l'hôpital).

Préfecture du district de Monthey.

Compétences: Voir Préfecture de Sion.

Maison de santé de Malévoz, à Monthey. — Asile des aliénés à Malévoz. — Heilanstalt Malévoz in Monthey. Irrenanstalt Malévoz.

Fondée: En 1901 par M. le docteur Paul Repond. Part contributive de l'Etat du Valais à la construction de l'hospice fr. 166,666. 50, dont la moitié a été prélevée sur le fonds du monopole de l'alcool; dépense totale nécessitée de la construction: fr. 270,000.

Historique: La maison fut ouverte le 13 IX 1901. L'Etat du Valais s'est réservé pour sa part contributive à la construction de l'asile le tiers des places pour les malades de l'assistance publique en faveur desquels des conditions spéciales ont été stipulées. Anciennement, les malades valaisans étaient envoyés à l'asile de Marsens; en vertu d'une convention signée avec le gouvernement fribourgeois, en date du 9 IX 1877, il était réservé 5 places en III^e classe, dans l'asile de Marsens (canton de Fribourg) pour aliénés valaisans.

But: Le traitement des maladies mentales. L'établissement qui a un caractère privé fait fonction d'asile de l'Etat. Il reçoit principalement des malades du canton, principalement des malades curables. Le nombre des lits est de 60, dont 20 sont occupés par les malades de l'assistance (10 hommes, 10 femmes). Les pensions des indigents sont payées par les parents et les communes. Exceptionnellement l'Etat peut accorder une subvention.

Les services généraux et la surveillance des malades du sexe féminin sont confiés aux Religieuses de St-Joseph de Bourg en Bresse. Les malades du sexe masculin sont soignés par des laïques.

Tout le personnel est placé sous la surveillance du médecin-directeur.

Places: 60.

Exploitation agricole: Bétail: 8 pièces de bétail bovin, 3 pores, 4 moutons.

Organes: Directeur; Département de l'Intérieur du canton.

Fonds pour la création d'une infirmerie-hôpital dans le district de Monthey. — Fonds zur Gründung einer Heil- und Pflegeanstalt im Bezirke Monthey.

Fonds spécial géré par le Conseil d'Etat (l'application appartiendra au Conseil du district de Monthey).

Fondé: Le 1^{er} I 1901 par M. Cottet, de Collombey, avec un capital de fr. 5000 qui fut transmis au Départe-

ment des Finances par M. le député Eugène de Lavallaz. — Par testament, le même M. Cottet, actuellement décédé a légué en outre fr. 15,000, dont fr. 5000 sont versés et fr. 10,000 le seront au décès de son épouse.

But: La création d'un hôpital-infirmerie pour le district de Monthey. Si dans 15 ans, à partir du 1^{er} I 1902, il était devenu évident que cette œuvre n'est pas réalisable, le capital accru des intérêts deviendra la propriété du fonds de bienfaisance de la commune de Collombey-Muraz. — Le programme comporte la construction immédiate — et déjà entreprise — d'une infirmerie de 20 lits, pour parer aux besoins les plus urgents. Dès que les fonds recueillis le permettront, il sera procédé à l'établissement d'un hôpital régional pour le district de Monthey.

Fortune: Environ fr. 65,000. Augmentation du capital par les intérêts et par legs et dons (par exemple, en 1902, don de fr. 5000 par l'hoirie d'Alexis Cottet à Collombey et don de fr. 2000 fait par les Verreries de Monthey, etc.). Les communes du district ont pris l'engagement d'effectuer un versement annuel de fr. 0. 50 par âme de population.

Organe: Conseil du district.

Assistance légale de la commune de Monthey.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Prestations de la commune, revenus de „hôpital bourgeois de Monthey“ et de divers capitaux d'un total de fr. 130,000.

Fortune: Fr. 30,000 en immeubles (valeur de l'„Hôpital de Monthey“), et environ fr. 130,000 en capital.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 85 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 82.

Hôpital de Monthey.

Institution faisant partie de la fortune pour l'assistance légale de la commune de Monthey.

Fondé en 1384 par M. le R. curé Guillaume de Marigny.

Historique: En 1447, la fortune fut augmentée par Pierre Paernat. Le 29 XII 1447, l'évêque Guillaume VI de Rarogne confirmait la dotation de la chapelle. L'entretien des malades à l'hôpital et les secours distribués aux externes se sont élevés pour 1868 et 1869 à fr. 6750. L'administration a le projet de construire un autre hôpital. — A Monthey, il existait aussi un léproserie, mentionnée dans un document de l'année 1280.

But: Entretien des indigents de la commune et des étrangers indigents de passage. Dépense annuelle pour l'assistance fr. 3500 à fr. 4000.

Ressources: Produit de la fortune; spécialement pour le secours aux passants pauvres: subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 100).

Fortune: Fr. 30,000 valeur d'un bâtiment, de 100 perches de vigne et d'autres propriétés. Créances fr. 100,000.

Organes: L'hôpital est administré par la municipalité de la ville de Monthey.

Z.

Confrérie de Ste-Anne et de St-Crispin à Monthey. — Bruderschaft der hl. Anna und des hl. Crispin in Monthey.

Fondée: La date est inconnue.

But: La confrérie fournit dans la commune 80 à 90 paires de souliers et une centaine d'aunes de drap du pays aux indigents.

Ressources: Produit de la fortune.

Fortune: Fr. 23,000.

Organe: Conseil municipal.

Société de St-Lazare. — Verein vom hl. Lazarus in Monthey. (Frauenkrankenverein.)

Fondée: En 1860 par M. le chanoine P.-A. Grenat.

But: Assistance des malades nécessiteux dans la paroisse.

Membres: Se recrutent parmi les personnes charitables et ont pour mission de visiter personnellement les malades et de leur distribuer des secours; sont en moyenne au nombre de 15.

Ressources: Une cotisation annuelle de fr. 12 par membre et le produit de la fortune.

Fortune: Fr. 8500.

Organes: Comité local.

Société des dames de Monthey. Autrement dit: Ouvroir.

Fondée: En 1897.

But: Confectionner des habits pour les enfants pauvres de Monthey.

Membres: Sont au nombre de 50 et ont l'obligation de contribuer personnellement à la confection des vêtements distribués.

Ressources: Finance d'entrée, cotisations annuelles, dons.

Fortune: Point.

Organes: Comité local.

Fonds pour la distribution gratuite d'objets scolaires aux enfants indigents, de Monthey.

But: Distribution gratuite de matériel scolaire aux enfants indigents.

Ressources: Produit des capitaux et prestations de la commune.

Fortune: Fr. 1500.

Organe: Conseil municipal.

Fonds pour la distribution des soupes économiques, de Monthey. — „Soupes des pauvres.“ — Volksküche Monthey.

But: Distribution gratuite de soupe aux indigents.

Ressources: Dons, produit de la fortune; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 30).

Fortune: Fr. 400.

Organe: Conseil municipal.

Fondation Franc de la paroisse de Monthey.

Créée: En 1808, le 20 IV, par Franc Emmanuel, dit l'Américain.

Historique: Le testament Franc a été seulement exécuté en 1838, après la mort de la femme de Franc, Emmanuel.

But: Donner des prix à 10 garçons et à 10 filles de la paroisse de 15 à 25 ans: enfants les plus sages et les plus instruits dans la lettre du catéchisme. **But immédiat:** Conserver et augmenter la foi et les vertus chrétiennes.

Fortune: Un pré dont le revenu annuel est de fr. 250 (fortune cadastrale: fr. 8250).

Organes: M. le rév. curé de la paroisse et M. le recteur.

Œuvre catholique de protection de la jeune fille, section de Monthey.

Créée: En 1898.

But: La vigilance à exercer sur les jeunes filles qui sortent de leur foyer pour gagner leur vie, et spécialement sur celles qui partent pour l'étranger.

Membres: Les membres contribueront à la prospérité de l'œuvre en lui donnant leur nom et en payant une cotisation annuelle.

Ressources: Les cotisations annuelles, fixées à fr. 1.

Fortune: Point.

Organe: Comité local.

„Croix-d'Or“, section de Monthey-Collombey de la Ligue valaisanne de tempérance.

Voir: „Croix-d'Or“ (siège central: Sierre).

Membres: 15—17.

„Femmes abstinentes“, section valaisanne de la Ligue suisse (F. A. B.).

Siège central: A Monthey (comme domicile de la présidente et du secrétariat cantonal).

Fondée: En 1907.

But: Lutte antialcoolique.

Sections: Sion, Riddes, Monthey.

Membres: 30 environ.

„Femmes Abstinentes“, section à Monthey.

Voir: „Femmes Abstinentes“ (siège central: Monthey.)

Membres: 5.

„Réveil“ (jeunesse abstinente), section de Monthey.

Voir: „Réveil“ (siège central: Sierre).

Membres: 30—40.

Secours mutuels de Monthey.

Société de Secours mutuels de Monthey.

(Section de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.)

Fondée le 5 VIII 1855.

Réorganisée les 14 VI 1868 et 22 I 1882.

But: Réunir des personnes qui, par esprit de confraternité et de prévoyance, établissent entre elles une garantie mutuelle de secours en cas de maladie. **Prestations de la société:** Pendant les 3 premiers mois de maladie: allocation journalière, fr. 1.50; pendant les 3 autres mois fr. 1 et pendant les 6 mois suivants fr. —. 50.

Membres: Il faut, pour être reçu membre, avoir 18 ans au moins et 50 ans au plus. **Droit d'entrée:** fr. 10 dès l'âge de 18 à 30 ans, fr. 12 dès l'âge de 31 à 40 ans, fr. 15 dès l'âge de 40 à 50 ans. — **Nombre:** 230 environ.

Ressources: Cotisations mensuelles de fr. 1, intérêts de la fortune et du fonds de réserve de la caisse d'Épargne de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.

Fortune: fr. 16,800 environ.

Organes: Assemblée, comité.

F. o. s. du c. 1884, N° 21.

Société française de Secours mutuels de Monthey.

Fondée: 1^{er} VI 1891.

But: Réunir les citoyens français habitant Monthey dans un but de prévoyance en établissant entre eux une garantie mutuelle de secours en cas de maladie.

Membres: Etre citoyen français, âgé de 16 ans au moins et de 50 ans au plus. Droit d'entrée fr. 6 de 16 à 25 ans; fr. 8 de 25 à 35 ans; fr. 10 de 35 à 50 ans. — Nombre: 20 environ.

Prestations: Secours journalier en cas de maladie de fr. 1.70 pendant les 3 premiers mois; de fr. 1.20 pendant les 3 mois suivants et fr. —.70 pour 3 autres mois.

Ressources: Cotisations mensuelles de fr. 1 et intérêts de la fortune.

Fortune: Fr. 1100.

Organes: Assemblée et comité.

Société italienne de Secours mutuels de Monthey-Collombey — Società Italiana di Mutuo soccorso in Monthey-Collombey (Cantone del Vallese).

Fondation: 1^{er} I 1898.

But: Réunir les citoyens italiens habitant Monthey dans un but de prévoyance en cas de maladie.

Membres: Etre âgé d'au moins 16 ans et de 45 ans au plus. Droit d'entrée: fr. 6 dès l'âge de 16 à 20 ans; fr. 8 de 20 à 25 ans; fr. 10 de 25 à 30 ans; fr. 12 de 30 à 35 ans et fr. 15 de 35 à 45 ans. — Nombre: 65 environ.

Ressources: Cotisations mensuelles de fr. 1 et intérêts de la fortune.

Fortune: Fr. 4750 environ.

Organes: Assemblée et comité.

Caisse de maladie de la Verrerie de Monthey.

(Dès 1904, section de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.)

Fondée: 31 V 1902.

But: Venir en aide à ses membres en cas de maladie. Les prestations de la société sont les suivantes: Indemnité journalière de fr. 1.50 pour les ouvriers malades dont le salaire est d'au moins fr. 2 par jour. Indemnité de 80 cts. pour les ouvriers touchant un salaire journalier inférieur à fr. 2. Remèdes et médicaments gratuits; soins du docteur également.

Membres: Tous les employés, ouvriers et ouvrières de la Verrerie de Monthey (220 environ).

Ressources: Cotisations des membres et une contribution annuelle de fr. 1000 versée librement par MM. Contat & C^{ie}. — La cotisation mensuelle est de fr. 1 par membre.

Fortune: Fr. 4200 environ.

Organes: Assemblée générale et comité.

Ecole professionnelle de Monthey, section des garçons. — Cours professionnels pour apprentis de Monthey. — Lehrlingsschule Monthey, Abtheilung Knaben. — Gewerbliche Kurse für Lehrlinge in Monthey.

Fondation de l'institution: En 1904.

But: Compléter les connaissances professionnelles des apprentis.

Ressources: Prestations de la commune; subsides cantonaux et fédéraux (pour l'année 1906: fr. 1056).

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil municipal et commission des apprentissages.

Ecole professionnelle de Monthey, section des filles. — Cours professionnels pour jeunes filles de Monthey. — Lehrlingsschule Monthey, Abteilung Mädchen. — Gewerbliche Kurse für junge Lehrtöchter.

Créée: En 1905.

But: Compléter les connaissances professionnelles des apprenties.

Ressources: Entre autres: subsides cantonaux et fédéraux (pour 1906: fr. 950); le surplus des dépenses incombe à la municipalité.

Organes: Conseil municipal et Commission des apprentissages.

Ecole ménagère et de couture de Monthey. — Haushaltungs- und Nähschule Monthey.

Fondée: En 1904.

But: Former les jeunes filles dans la tenue du ménage et la couture.

Ressources: Droit d'écolage — subventions de la Confédération et du Canton (pour l'année 1906: fr. 1400).

Fortune: Point.

Organe: Congrégation de St-Joseph à Monthey.

Ecole enfantine de Monthey.

Fondée: Le 10 X 1878.

But: Donner aux enfants les premières notions de lecture et d'écriture.

Ressources: Émarge du budget communal.

Fortune: Aucune.

Organe: Conseil municipal.

85. Port-Valais.

(Bouveret et Evouettes.)

Assistance légale de la commune de Port-Valais.

Historique: Il existe, à Port-Valais, une „Conférie du St-Esprit“; mais la donation a été faite au profit du culte.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Fr. 14. 50, intérêts de la créance ci-dessous.

Fortune: Créance de fr. 290. — „Fonds des pauvres“, administré par la Municipalité.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 86 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 83.

„Lazaret de Bouveret.“

Il y a dans la gare du Bouveret une salle destinée à recevoir les personnes suspectes arrivant par le train.

„Croix-d'Or“, Section des Evouettes (Port-Valais) de la Ligue valaisanne de tempérance.

Voir: „Croix-d'Or“ (Siège central: Sierre).

Membres: 32.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section des Evouettes.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 45.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Bouveret.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 20—30.

Société de sauvetage du Bouveret.

Verein zur Rettung Schiffbrüchiger in Bouveret.

(Section de la Société de sauvetage du lac Léman.)

Fondée: En 1885.

But: Secours mutuels et assurance contre les accidents des sauveteurs et navigateurs.

Membres: 38.

Ressources: Subvention annuelle de l'Etat (par le Département de Justice et Police). Cotisations mensuelles de fr. 1 par membre. Finances d'entrée: 10.—20 ans fr. 5, 21—40 ans fr. 10, 41—50 ans fr. 15.

Organes: Assemblée générale et comité.

86. St-Gingolph.

(Le village de St-Gingolph-Valais et les deux hameaux de Bout de la Forêt et de l'Essert.)

Dans sa session de 1860, l'Assemblée fédérale a porté en date du 22 VII un décret en vertu duquel toute juridiction épiscopale étrangère est supprimée sur le territoire suisse. Ensuite de cette décision, des négociations ont été ouvertes pour amener la séparation de la paroisse de St-Gingolph-Valais du diocèse d'Annecy et le partage des fonds du bénéfice paroissial et de ceux destinés au culte. Le village de Saint-Gingolph, au bord du lac Léman, a appartenu à la Savoie jusqu'en 1536 et au Valais de 1536 à 1569. Le contrat conclu le 4 III 1569 à Thonon, entre les Seigneurs du Valais et le duc Emanuel Philibert de Savoie, fixa comme frontière des deux pays la Morge; de cette manière une moitié du village est valaisanne et l'autre moitié appartient à la Savoie. Les biens communaux, tout particulièrement ceux des Alpes et des forêts, ne furent pas partagés, ce qui amène à tout moment des difficultés et des querelles entre les deux parties de cette commune. En février 1906, le Conseil d'Etat du Valais, par son Département de Justice et les autorités communales, examina la situation créée par l'intention de la France de procéder à l'inventaire de la paroisse internationale de St-Gingolph. L'inventaire a été fait comme dans les autres églises de France (le 20 XI 1906). La commune valaisanne et la commune française, séparées par la Morge, formant une seule paroisse ne possèdent qu'une église, qu'une cure et qu'un cimetière, tous les trois situés sur territoire français.

Assistance légale de la commune de St-Gingolph.

Historique: A St-Gingolph, il existait une Conférie du St-Esprit qui avait reçu diverses donations de froment, de beurre et de fromage.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas de besoin, versements par la caisse communale.

Fortune: Néant.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 87 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 84.

Société de sauvetage de St-Gingolph.

Verein zur Rettung Schiffbrüchiger in St. Gingolph.

(Section de la Société de sauvetage du lac Léman.)

Fondée: En 1885.

But: Secours mutuels et assurance contre les accidents des sauveteurs et navigateurs.

Membres: 84 membres suisses et français des deux communes de St-Gingolph.

Ressources: Subventions de l'Etat du Valais (par le Département de Justice et Police).

Fortune: La section n'a pas de fortune.

Organe: Comité (de 3 membres).

Société de secours mutuels de St-Gingolph.

Siège social: à St-Gingolph (Valais).

Fondée: En 1857.

But: Secourir ses membres en cas de maladie et accidents.

Membres: 176 actifs. La société est composée de citoyens suisses et français des deux communes de St-Gingolph.

Ressources: Finances d'entrées, cotisations, amendes et intérêts.

Fortune: Fr. 10,500 à fin juin 1906.

Organe: Comité (composé de 7 membres).

87. Troistorrents.

(Troistorrents, Chemex, Chenarriet et Morgins).

Assistance légale de la commune de Troistorrents.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 46,485 en capital, „Caisse des pauvres de Troistorrents“.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 9 membres).

I St. de l'A., I N° 88 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 85.

Caisse libre pour les pauvres de Troistorrents.

Fondée en 1857 par un curé de la paroisse.

But: Venir en aide surtout aux enfants pauvres fréquentant les écoles (en leur fournissant des vêtements).

Ressources: Les Intérêts du capital ci-dessous.

Fortune: Fr. 5900.

Organe: M. le curé.

II St. de l'A., II B. d. 3 N° 4.

Fonds d'études de la commune de Troistorrents.

Fondé le 18 II 1801 par M. le curé Jean-Louis Berrut à Collombey.

Historique: Ce fonds fut augmenté par l'abbé Ign. Rouiller.

But: Subsidés pour les étudiants.

Ressources: Intérêts du capital ci-dessous.

Fortune: Fr. 7000.

Organes: Conseil communal et le curé de la paroisse.

„Fidélité.“ Section de Troistorrents de l'Association populaire catholique suisse.

Fondée: 17 III 1901.

Réorganisée: En automne 1905 — à cette occasion, la section a pris le nom de: „Fidélité“.

But: Demeurer fidèle à la foi catholique et travailler au bien moral et matériel du peuple.

Membres: 140 hommes.

Ressources: Cotisation annuelle de fr. 1 par membre. De cette cotisation: 30 cts. vont à la caisse centrale, 10 cts. à la caisse cantonale et le reste est pour la caisse locale.

Fortune: Aucune pour le moment, à part un beau drapeau.

Organe: Le comité local de la section, composé de 5 membres.

88. Val-d'Illiez.

Assistance légale de la commune de Val-d'Illiez.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, etc.

Fortune: Voir „Bourse des pauvres“, les fondations pour souliers, pour maïs et pour sel aux familles pauvres (fondations pour secourir les pauvres honteux) et la fondation en vue de subsides à fournir à des apprentis.

Organes: Conseil communal (de 7 membres), Commission ou „Comité de bienfaisance“ (nommé pour 4 ans, composé de 4 membres).

I St. de l'A., I N° 89 — II St. de l'A., II A. c. 1 Nr. 86.

„Bourse des pauvres“ (bourgeois de Val-d'Illiez).

But: Fonds affecté uniquement aux bourgeois délaissés par la fortune ou qui ont été victimes d'un malheur ou subi une perte importante dans leurs biens. Chaque année le Conseil communal dresse une liste des bourgeois les plus nécessiteux et distribue en espèces à chacun de 10 à 20 fr. selon les besoins de celui qui reçoit et selon les ressources de la caisse.

Ressources: Revenus du capital (par an fr. 530).

Fortune: Fr. 10,600.

Organe: M. le Président de la commune est chargé de toutes ces répartitions et surveille l'administration du fonds.

Fondation pour souliers aux pauvres de Val-d'Illiez.

Fondée: Vers 1812 et augmentée progressivement par les dons des bourgeois.

But: Il est distribué chaque année environ 120 à 130 paires de souliers aux familles les plus pauvres, d'après une liste du Conseil communal.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 25,000.

Organes: Commission de paroisse (de 3 membres nommés par le Conseil communal), Procureur (pour la rentrée des intérêts).

Fondation pour maïs aux familles pauvres de Val-d'Illiez.

Créée: Vers 1812 et augmentée progressivement par les dons des bourgeois.

But: Il est distribué annuellement 20 quintaux métriques de maïs aux familles les plus pauvres de la localité, d'après une liste dressée par les soins du Conseil communal.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 10,000.

Organes: La Commission et le Procureur de la „Fondation pour souliers aux pauvres“.

Fondation pour sel aux familles pauvres de Val-d'Illiez.

Créée: En 1770 (année de la mort de M. le R^d Prieur Antoine Favre, de Val-d'Illiez, qui a légué à cette fondation 14,000 florins).

But: Il est distribué annuellement 20 quintaux métriques de sel aux familles pauvres qui figurent sur la liste que le Conseil communal a dressée au commencement de l'année. M. le Président de la commune est chargé de la distribution, qui se fait en automne.

Ressource annuelle: fr. 400 perçus par le procureur de la Fondation.

Organes: Conseil communal. — Président de la commune. — Procureur.

Fondation pour enfants pauvres qui veulent apprendre un art ou métier, de Val-d'Illiez.

Créée: En 1899.

But: Indiqué par le titre.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 2000.

Organes: Le Conseil communal ainsi que la Commission et le Procureur de la „Fondation pour souliers aux pauvres“.

„Soupe scolaire“, Fondation à Val-d'Illiez.

Créée: En 1905/1906.

But: L'institutrice de l'école enfantine est chargée de préparer journallement durant 7 mois la soupe scolaire pour environ 27 élèves garçons, âgés de plus de 10 ans, éloignés de plus de 2 kilomètres du village principal, afin de leur favoriser la fréquentation de l'école deux fois par jour. (Coût total des soupes avec le pain, pour l'année scolaire 1905—1906, batterie de cuisine, chauffage, éclairage, découpage de bois: fr. 1200.)

Ressources: Cette fondation est payée par la bourgeoisie de Val-d'Illiez. L'Etat du Valais l'a subventionnée conformément aux ordonnances fédérales.

Fortune: Aucune.

Organe: L'institutrice de l'école enfantine.

Ecole enfantine à Val-d'Illiez.

Fondée: En 1905.

But: L'école est fondée pour enfants des deux sexes — en dessous de 7 ans (Coût pour 7 mois fr. 300 non compris le chauffage et le logement de l'institutrice).

Ressources: Cette fondation est payée par la Bourgeoisie. L'Etat du Valais l'a subventionnée conformément aux ordres fédéraux.

Fortune: Aucune.

Organe: Une institutrice.

89. Vionnaz.

(Vionnaz et Revereulaz.)

Catastrophes: 1800. Incendie (126 bâtiments, dont 65 maisons). — 1886 Grêle formidable le 5 VI, détruisit complètement la récolte de vins et fit grand tort aux autres récoltes.

Assistance légale de la commune de Vionnaz.

Historique: A Vionnaz, il existait une „Confrérie du St-Esprit“; les fonds de cette confrérie furent employés pour les pauvres et les écoles. — La commune de Vionnaz avait dépensé pour l'assistance publique: en 1870 fr. 250, en 1875 fr. 287. 20, en 1880 fr. 463. 20, en 1885 fr. 1812. 60, en 1890 fr. 1180, en 1895 fr. 1212. 60, en 1900 fr. 1452. 25, en 1901 fr. 1400. 15, en 1902 fr. 1333. 10, en 1903 fr. 1274. 20, en 1904, fr. 887. 87 et en 1905 fr. 869. 15. Les contributions des parents étaient en 1900 fr. 614, en 1901 fr. 489. 50, en 1902 fr. 677 et en 1903 fr. 670 (en 1904 et 1905: point).

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898. La commune s'est aussi occupée du placement de deux sourds-muets. Puis elle place de temps en temps des enfants orphelins dans des maisons d'éducation.

Ressources: Intérêts des capitaux, subsides de la bourgeoisie et de la municipalité.

Fortune: Environ fr. 6050 („Caisse de bienfaisance“ ou „Bourse des pauvres“, créée par diverses personnes, avant 1800 déjà, dans le but de venir en aide aux personnes nécessiteuses).

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 90 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 87.

Fondation Droz de la paroisse de Revereulaz.

Créée: Vers 1852 par Etienne Droz de Praz-de-Fort, curé de Revereulaz.

But: Fournir des souliers aux pauvres.

Ressources: Intérêts du capital (fr. 80).

Fortune: Fr. 1600.

Organe: Le conseil de Fabrique de la paroisse.

Association populaire catholique suisse, section de Vionnaz.

Cercle catholique de jeunes gens de Vionnaz. Société.

Fondée: En 1905.

But: Conservation de la foi catholique, initiation à la bonne vie, au travail matériel et intellectuel, à l'économie, à la sobriété, par des conférences et bonnes lectures, récréations honnêtes.

Membres: 70.

Ressources: Cotisations mensuelles (à 50 cts.).

Fortune: Aucune.

Organes: Assemblée générale et Comité (composé de 5 membres).

Ecole enfantine mixte, à Vionnaz.

Fondée: Vers 1870 pour les enfants à partir de 5 ans.

But: Surveillance des enfants. Préparation pour l'entrée à l'école primaire, etc.

Ressources: Pas de ressources spéciales. Personnel payé par la commune.

Organe: Commission scolaire.

90. Vouvry.

(Vouvry et Miex.)

Catastrophes: 23/24 XI 1805. Incendie du village de Vouvry (25 maisons d'habitation, 29 granges et 2 greniers). C'est à la suite de cet incendie où quatre maisons couvertes en dur ont résisté, que la Bourgeoisie a subventionné les constructions à défense de feu. Cette subvention peut s'élever à fr. 230 pour chaque bourgeois. Le bourgeois qui construit peut faire entrer en ligne de compte pour la subvention tous ses enfants mâles. — 16/17 IV 1854. L'incendie au village de Vouvry (8 maisons d'habitation, 10 granges, écuries, etc., et 1 scierie); pertes fr. 36,573 —

11 VII 1902. Inondation du Rhône par suite d'une rupture de digue sur le territoire de Collombey-Muraz. La plaine de Vouvry est restée sous l'eau jusqu'à fin septembre. Les communications par chemin de fer ont été coupées pendant 1 mois. Pertes: fr. 70,278.

Assistance légale de la commune de Vouvry.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds, et contribution annuelle, variable, de la Bourgeoisie.

Fortune: Environ fr. 10,000 („Fonds pour charités et secours publics“, „Fonds des pauvres“, créé par la bourgeoisie depuis cent ans au moins).

Organes: Conseil communal (de 9 membres), Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 91 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 88.

Cuisine populaire de la Commune de Vouvry.

Fondée: Il y a très longtemps, pouvons pas donner la date, 50 ans environ.

But: Pour secourir les pauvres voyageurs et divers malheureux et infirmes de la localité et pour les élèves des écoles éloignés de la localité.

Ressources: Subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 40) et subsides et collectes dans la localité.

Fortune: Point.

Organe: Le Conseil municipal.

Ecole enfantine de Vouvry.

Fondée: En 1877, pour les enfants de 4 à 7 ans.

But: Ces enfants sont placés sous la surveillance d'une religieuse de St-Vincent-de-Paul, qui reçoit de la Municipalité un traitement annuel de fr. 400.

Ressources: Contributions de la Municipalité.

Fortune: Aucune.

Organes: 1 religieuse de St-Vincent-de-Paul. Conseil communal.

Société de Secours mutuels de Vouvry.

(Section de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.)

Fondée: En 1861.

But: Secours en cas de maladie.

Membres: 150. — Secours accordé en cas de maladie: fr. 1. 50 par jour pendant 3 mois et fr. —. 75 par jour les 3 mois suivants, et cela pour chaque maladie.

Ressources: Finance d'entrée, variant de fr. 7 à fr. 20 et cotisations mensuelles de fr. 1 par membre, et intérêts du capital.

Fortune: Un capital de fr. 9250 environ.

Organe: Un comité de 5 membres.

IX. Raron.

Der Bezirk Raron umfasst:

1. Den bis 12. IV. 1798 souveränen Zehnen Raron, „Raronia prudens“ (mit „Lötschen“ von 1798 bis 5. IX. 1802 Teile der Distrikte Ernen, Brig und Visp des Kantons Wallis der helvetischen Republik, bis 15. XI. 1810 „Zehnen Raron und Mörel“ der Republik Wallis und bis 1815 zwei Kantone, Rarogne und Mœrell, des Arrondissements Brig des französischen Departements Simplon), bestehend aus
 - a) dem Dritteil Raron: 1. Viertel Raron; 2. Viertel Ausserberg; 3. Viertel Bürchen; 4. Viertel Unterbäch;
 - b) dem „niedereren Dritteil“ (Eischoll, Hothen, Niedergesteln und Steg);
 - c) dem östlichen Dritteil Mörel;
2. Das von 1326—1791 den 5 obern Zehnen — Leuk, Raron, Visp, Brig und Goms — zugehörende „Lötschen“

(die politischen Gebiete „Östlich-Raron“ und „Westlich-Raron“).

a. Östlich-Raron.

Östlich-Raron besteht aus dem „Dritteil Mörel“ des ehemaligen souveränen Zehnen Raron, der vor 1475 ein besonderer Zehnen (desenorum de Morgia), vom 26. XII. 1810 bis 4. VIII. 1815 den Canton de Mœrell des Arrondissements Brig des französischen Departements Simplon bildete (die 10 politischen Gemeinden Betten, Bister, Bitsch, Filet, Goppisberg, Greich, Grengiols, Martisberg, Mörel und Ried-Mörel).

91. Betten.

Elementarereignis: 31. XII. 1853 (Silvesternacht). Brand des alten Dorfs Betten. 21 zweistöckige Häuser, 48 Firsten und bereits die gänzliche Fahrhabe ging in Raub der Flammen über; nur zwei Häuser und die Kapelle blieben verschont. Der Schaden wurde auf Fr. 80,000—90,000 geschätzt. Eine Kollekte für die 56 obdachlosen Familien, welche Domherr Jos. Ant. Berchtold in Sitten organisierte, trug zirka Fr. 20,000 ab. Versichert gegen Feuerschaden war nichts. Eisige Kälte und Mangel an Wasser verunmöglichten, das Feuer zu löschen.

Gemeindearmenpflege Betten.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898 (und Anwendung des Art. 25).

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Kommission.

A. 1870, I Nr. 92 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 89.

92. Bister.

Gemeindearmenpflege Bister.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Gemeindebeiträge — die kleine Berggemeinde Bister hatte aber bis dahin höchst selten Arme zu unterstützen, und für weitere Wohltätigkeit schliessen sich die Bewohner an die Gemeinde Mörel an.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 93 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 90.

93. Bitsch.

Gemeindearmenpflege Bitsch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898 (mit Anwendung des Art. 25).

Mittel: Zinsen des Fonds, etc. — Von 1870 bis 1906 hatte die Gemeinde durchschnittlich jährlich Fr. 50 für Armenunterstützung zu verausgaben.

Vermögen: Fr. 1000 Kapital, wovon alljährlich der Zins den Armen zuteil wird.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 94 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 91.

Separatschulfonds für Bitsch.

Gegründet: 1865 von Felix Elsig mit Fr. 300.

Zweck: Beschaffung von Schulmaterial für dürftige Schüler.

Mittel: Der Jahreszins.

Vermögen: Fr. 300.

Organe: Munizipaleinzieher; Gemeinderat.

94. Filet.

Elementarereignis: 28. V. 1904. Ausbruch des Tiefbachs. Ein kleiner Erdbeben vermengte sich mit dem hoch vom Regen und Hagel angeschwollenen Wildbach, riss Erde, Steine und Baumstämme mit sich fort, bildete ein sog. Wiegisch, und überschüttete zirka 50 Aaren schönes Wiesenland mit 1—5 m. hohem Schutt, und versperrte die Furkastrasse. Schaden zirka Fr. 5000—6000. Staatsbeitrag: Erstellung einer Schutzmauer an der Ausbruchsstelle im Bachbett, Fr. 1900.

Gemeindearmenpflege Filet.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898. In dieser ganz kleinen Berggemeinde bestehen keine weiteren Institutionen. Von der Berchtold-Stiftung der Pfarrei Mörel gelangen durchschnittlich jährlich Fr. 20 an die Armen von Filet.

Mittel: Das nötigste wird der Gemeindekasse entnommen.

Vermögen: Keines.

Organe: Armenkommission (aus 3 Mitgliedern), Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 95 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 92.

95. Goppisberg.

Gemeindearmenpflege Goppisberg.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 96 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 93.

96. Greich.

Gemeindearmenpflege Greich.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Für Personen, welche der Armenunterstützung bedürftig sind, werden die Verwandten bis und mit dem 8. Zivilgrade herangezogen, sofern dieselben Vermögen besitzen, im andern Falle leistet die Burgergemeinde die nötigen Beiträge. Die Gemeinde Greich hatte seit 1870 für die Armenpflege alljährlich zirka Fr. 50 aufzuwenden; die Verwandten hatten seit 1900 alljährlich ungefähr Fr. 150 für Unterstützungsbedürftige aufzubringen.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 97 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 94.

97. Grengiols.

(Grensiols und Hockmatten.)

Elementarereignisse: 14. VIII. 1799. Brand von Grengiols (vergl. Landeskatastrophen). — 1888. Lawinesturz zur Gusslen; 5 Gebäude wurden zerstört, 2 Personen verschüttet. Schaden ungefähr Fr. 10,000. Kollektensammlung: Keine. — 19. IV. 1904. Lawinesturz bei Mühlebach; 6 Gebäude wurden zerstört, 13 Personen verschüttet. Schaden Fr. 30,462. Kollektenertrag Fr. 16,650. — Austretungen von Wildbächen kamen vor: im Lauigraben, Bettli-graben und Mühlebachgraben, zu verschiedenen Jahren. Der Schaden wurde jedesmal auf einige tausend Franken berechnet.

Gemeindearmenpflege Grengiols.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse etc.

Vermögen: Fr. 500.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 98 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 95.

98. Martisberg.

Gemeindearmenpflege Martisberg.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Eintretendenfalls Gemeindebeiträge; die Gemeinde Martisberg hatte bis dahin keine Armen zu unterstützen.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 99 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 96.

99. Mörel.

Mörel, Bister und Filet wurden mit Dekret vom 24. XI. 1875 zu der „Gemeinde Mörel“ vereinigt, mit Dekret vom 2. VI. 1877 aber wurde diese Verschmelzung aufgehoben und die Selbständigkeit der drei Gemeinden wieder hergestellt.

Elementarereignis: 1./2. VI. 1799. Plünderung von Mörel durch die Franzosen.

„Grosses Jahrzeit“ der Pfarrei Mörel.

(Altes Fundum der Pfarrgemeinde.)

Geschichtliches: Von alters her existierte in der Pfarrei Mörel die hl. Geistbruderschaft oder das grosse Jahrzeit. Im Jahre 1332 fand eine Reorganisation dieser Stiftung statt, und zwar mit folgenden Bestimmungen: 30 Schilling zur Haltung eines jährlichen Seelenamtes mit Almosen; 10 Schilling zum Unterhalt einer Öllampe im Beinhaus; ein Müth Korn und Käse für 80 Schilling an die Armen; je $\frac{1}{2}$ Fischel Hostienweizen an die Kirchen von Mörel und von Binn. Um dieser Gottesgaben teilhaftig zu sein, gab die Bruderschaft von Ried-Mörel jener der Pfarrei Mörel jährlich 1 Müth Korn, welche Verpflichtung im Jahre 1891 mit Fr. 720 losgekauft wurde. 1705 bestand die ganze Stiftung aus 4080 Pfund und 98 Fischel Korngild; hiervon wurden nun 2890 Pfund und 24 Fischel Korngild als Fundum von 2 allgemeinen und 27 Familienjahrzeiten ausgeschieden, 570 Pfund dem Schulfundum zugewiesen samt 12 Fischel Korngild, 620 Pfund nebst 28 Fischel Korngild als Fundum für verschiedene Gemeindeczwecke bestimmt, 34 Fischel Korngild als eigentliches Armenfundum bezeichnet. 1843 verzichteten die Gemeinden auf ihren Anteil und wiesen denselben dem Armenfundum zu, das gegenwärtig ein Vermögen von Fr. 4325 besitzt.

Zweck: Seit den 1840er Jahren, meist auf Resignation der Berechtigten, zur Unterstützung der Hausarmen in der Pfarrei Mörel.

Mittel: Kapitalzinse der „Grossjahrzeit“.

Vermögen: Zirka Fr. 4325.

Organe: Kommission (aus 3 Mitgliedern), Pfarreirat von Mörel.

A. 1890, II B. c. 1 Nr. 1 z. T.

Berchtoldischer Armenfonds der Pfarrei Mörel. — Berchtold-Stiftung. — Donation de feu M. le chanoine Berchtold.

Gestiftet: 28. VIII. 1846 von Domherrn Joseph Anton Berchtold aus Greich in Sitten mit Fr. 3271. 74 (d. h. 2257. 50 alten Schweizerfranken).

Zweck: (Gemäss dem unterm 20. X. 1846 bischöflich versiegelten Stiftungsreglement) Zuwendung der Zinsen, abzüglich 20 alte Franken an die Schule Greich, an arme Familien, um innert der Pfarrei Mörel (Gemeinden Mörel, Bitsch, Greich, Goppisberg, Betten, Filet und Bister) die grosse Armut zu lindern oder zu verhindern.

Mittel: Vermögensertrag.

Vermögen: Fr. 4947 (dabei: Legate seit 1869 im Gesamtbetrage von zirka Fr. 1650).

Organe: Kommission (aus 7 Mitgliedern, nämlich 2 aus der Verwandtschaft des Stifters, 2 aus der Klerisei und 3 aus dem Magistrat der Pfarrei), Pfarreirat von Mörel.

A. 1890, II B. c. 1 Nr. 1 z. T.

Elsig-Stiftung in Mörel.

(Fonds der Pfarrgemeinde Mörel.)

Errichtet: 17. III. 1865 von Felix Elsig von Bitsch mit Fr. 1200.

Geschichtliches: Der Fonds wurde von 1865 bis 1892 mit Fr. 350 nicht verwendeten Zinsen geäufnet.

Zweck: mit den Zinsen jährlich armen Leuten der Pfarrei behülflich zu sein, ihre Kinder ein Handwerk erlernen zu lassen.

Vermögen: Zirka Fr. 1550 (dieses Kapital ist mit jenem des „Grossen Jahrzeits“ verbunden).

Organe: Kommission für das „Grosse Jahrzeit“, Pfarreirat von Mörel.

A. 1890, II B. c. 1 Nr. 1 z. T.

Gemeindearmenpflege Mörel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzins und erforderlichenfalls Zuschüsse aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Zirka Fr. 470 („Armenfonds der Gemeinde Mörel“).

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 100 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 97.

Separatschulfonds für Mörel.

Gegründet: 1865 von Felix Elsig mit Fr. 300.

Zweck: Beschaffung von Schulmaterial für arme Schüler.

Vermögen: Fr. 350. — Nebstdem besteht: 1. Das Schulfundum von Mörel, errichtet für den Unterhalt einer Lateinschule. Johannes de Sepibus, Pfarrer von Mörel, betrieb 1704 die Stiftung der Frühmessereipfründe von Mörel und verschenkte derselben seine Güter in Filet mit der Bedingung, dass der Frühmesser diese Schule in Mörel halte. Zum gleichen Zweck fügte man aus dem „grossen Jahrzeit“ 570 Pfund und 12 Fischel Korngild hinzu. Nunmehr dient der Ertrag des aus der Frühmessereipfründe ausgeschiedenen Vermögens (Fr. 2395) zur Beisteuer an die Besoldung des Lehrpersonals der Gemeindeschulen in Mörel. — 2. Das Fundum von Fr. 500, gestiftet 1900 von der Bürgerschaft Mörel zum Zwecke der Beisteuer an die Besoldung des Lehrpersonals.

Organe: Pfarreirat von Mörel; Gemeinderat von Mörel.

Kleinkinderschule Mörel.

Errichtet: 1906.

Zweck: Geht aus dem Titel hervor.

Mittel: Die Kosten werden von den Eltern bestritten, für arme Kinder durch freiwillige Gaben.

Organ: Gemeinderat.

Gewerbeschule Mörel. — Gewerbliche Knabenfortbildungsschule Mörel. — Gewerbliche Kurse für Knaben, Mörel. — Ecole professionnelle à Mœrel. — Cours professionnels pour garçons.

Errichtet: 1902.

Zweck: Unterricht im Zeichnen, Rechnen, Buchhaltung u. s. w.

Mittel: Unterstützung des Gewerbevereins; Bundes-, Kantons- und Gemeindebesteuer (eidgenössische und kantonale Subvention pro 1906: Fr. 400).

Vermögen: Keines.

Organ: Komitee des Gewerbevereins (bestehend aus 5 Mitgliedern).

Gewerbliche Mädchenfortbildungsschule Mörel. — Gewerbliche Kurse für Mädchen, Mörel. — Nähschule Mörel. — Ecole de couture de Mœrel. — Cours professionnels pour jeunes filles.

Errichtet: 1902.

Zweck: Unterricht im Nähen, Stricken, Zuschneiden u. s. w.

Mittel: Beisteuer von Bund, Kanton, Gemeinde und von den Mitgliedern des Gewerbevereins (eidgenössische und kantonale Subvention pro 1906: Fr. 400).

Vermögen: Keines.

Organ: Komitee des Gewerbevereins (bestehend aus 5 Mitgliedern).

Jünglingsverein Mörel.

(Sektion des Verbands der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz St. Niklaus).

Mitglieder: 30.

100. Ried-Mörel.

Gemeindearmenpflege Ried-Mörel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Der jährliche Zins des Fonds wird unter zirka 10—12 Personen durch die zwei Armenkommissionsmitglieder verteilt.

Vermögen: Fr. 1400.

Organe: Gemeinderat; zweigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 101 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 98.

b. Westlich-Raron.

Westlich-Raron besteht aus dem „Dritteil Raron“ und dem „niedereren Dritteil“ des ehemaligen souveränen Zehners Raron, nebst „Lötschen“ (die 12 politischen Gemeinden Ausserberg, Blatten, Bürchen, Eischoll, Ferden, Hohen, Kippel, Niedergesteln, Raron, Steg, Unterbäch und Wiler).

101. Ausserberg.

Gemeindearmenpflege Ausserberg.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse; solche waren aber bis dahin nicht nötig.

Vermögen: Die Gemeinde Ausserberg hat bis dato wenig Arme, unverwahrte Kinder und Bettler gehabt. Daher besitzt sie keinen Armenfonds. Infolge der kantonalen Verordnung hat die Gemeinde immerhin eine Kommission gewählt, bestehend aus dem gegenwärtigen Waisenamte der Gemeinde.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (bestehend aus 3 Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 102 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 99.

102. Blatten.

Gemeindearmenpflege Blatten.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse; die Gemeinde Blatten hatte aber bis dahin keine Armen zu unterstützen.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 104 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 101.

103. Bürchen.

Elementarereignis: 1855. Starkes Erdbeben. 3 Kapellen — Bürchen war damals noch ein Rektorat — stürzten ein. Mehrere Stubenöfen und Kamine wurden ruiniert (vergl. Landeskatastrophen).

Gemeindearmenpflege Bürchen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse (jährlich zirka Fr. 30).

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus 3 Mitgliedern, gewählt auf 4 Jahre vom Gemeinderat).

A. 1870, I Nr. 103 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 100.

104. Eischoll.

Elementarereignis: 2. V. 1877. Brand (36 Firsten); Schaden Fr. 89,244.

Gemeindearmenpflege Eischoll.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzins (pro Jahr Fr. 31.30).

Vermögen: Fr. 618 „Armenfonds“.

Organe: Gemeinderat; dreigliedrige Armenkommission (Frauen gehören gegenwärtig dieser Kommission nicht an).

A. 1870, I Nr. 105 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 102.

Jünglingsverein Eischoll.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 55 Aktiv- und 19 Ehrenmitglieder.

105. Ferden.

Elementarereignis: XII. 1833. Verschüttung der Dorfschaft Ferden von einer Lawine, ohne dass jedoch grosser Schaden an den massiven Holzhäusern angerichtet wurde.

Gemeindearmenpflege Ferden.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Soweit die freiwillige Unterstützung nicht ausreicht, Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 106 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 103.

Die Spend in Ferden. — Grosse Spende von Ferden. — Ferdenspend.

Institution der Geteilen der drei Alpen Faldum, Resti und Kummen, sowie der Burgergemeinde Ferden.

Geschichtliches: Die Gründung dieser Spende fällt in das Mittelalter zurück und die Gründer der-

selben heisst der Volksmund: Hanselmann von Kastel, Hanselmann vom Dornbach und Hanselmann von der Eby. Nach einer Sage soll diese Spende ihren Ursprung in der Bannung des „Alprückens“ haben.

Zweck: Verteilung von „Ziger“ (aus fettem Käse), Brot und Wein, alljährlich am Ostermontag, an die Armen der Pfarrei bezw. des ganzen Tales Löttschen, um dadurch den Segen Gottes auf die Alpen der Gemeinde Ferden herabzuflehen.

Mittel: Von jeder Kuh, die auf den Alpen Faldum, Resti und Kummern gesömmert wird, wird während zwei Tagen (22. und 23. Juli) die Milch fett gekäset, die Masse in Holzmulden zerstampft und dann in Fichtenrinden mit Salz bis zu Ostern aufbewahrt. Der Wein und das Brot wird gekauft von den Zinsen der Kapitalien, die der Spende durch Stiftung gemacht worden sind. Das fehlende Geld gibt die Burgerschaft Ferden.

Vermögen: Zirka Fr. 2000.

Organe: Verwaltet wird die Spende von dem Spendherrn und Spendvogt, Spensator. 6 Aufwärter, 3 Weinschenken u. s. w.

106. Hothen.

Gemeindearmenpflege Hothen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Es existiert in Hothen ein strebsames Volk, das bis dahin die Armenpflege nicht in Anspruch nahm. Was die armen Durchreisenden anbetrifft, waren bis jetzt noch keine Kosten auf die Gemeinde gefallen, ebenso auf keine Privaten.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 107 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 104.

107. Kippel.

(Hauptort von Löttschen.)

NB. Die „Gewerbliche Fortbildungsschule in Kippel“, errichtet 1905 (Bundes- und Kantons-Beitrag für dieses Jahr: Fr. 270), konnte im Schuljahre 1906 nicht fortgeführt werden, weil sich zu wenig Schüler angemeldet hatten.

Allerseelenspend in der Pfarrei Löttschen (Kippel).

Diese Institution besteht schon seit Jahrhunderten. Die Spende wird jährlich am Allerseelentag (2. XI.) ausgerichtet.

Ein von der Pfarrei bestellter Vogt sammelt bei den wohlhabenderen Familien des Tales ein Almosen an

Käse. Die 3 Gemeinden Ferden, Kippel und Wiler lassen kurz vor dem Allerseelentag eine ziemliche Menge Brot backen. Beides wird dann am genannten Tage durch den Vogt unter die armen Angehörigen der Pfarrei verteilt.

Gemeindearmenpflege Kippel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls werden sie aus der Gemeindekasse (von der Bürgergemeinde) bestritten; die Gemeinde hatte aber bis jetzt keine Armen zu unterstützen.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 108 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 105.

Männerverein Kippel-Ferden-Wiler.

Glied des „Schweiz. kathol. Volksvereins“.

Sitz: Kippel (als Zentrale).

Gegründet: 1902.

Zweck: Politische und religiöse Fortbildung.

Mitglieder: 150.

Mittel: Die Kasse wird durch jährliche Beisteuern der Verbandsglieder (à Fr. 2) alimentiert.

Organ: Vorstand.

108. Niedergesteln.

Gemeindearmenpflege Niedergesteln.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Zinse des Armenfonds und nötigenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Fr. 1600 (Fonds, gestiftet teilweise von der Familie Zmillachren, teilweise von einer Familie Kalbermatter und teilweise von einer Familie Bregi). Dieser Fonds gehört der Gemeinde, und ist die Stiftung für die Gemeindearmenpflege gemacht worden. Der Zins wird verwendet für Anschaffung von Schulmaterialien für Kinder armer Eltern und sonstige Unterstützung an die ärmsten Familien der Gemeinde, für die Pflege verwaister armer Kinder u. s. w.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission (bestehend aus den 3 Waisenamtsmitgliedern der Gemeinde).

A. 1870 I Nr. 109 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 106.

109. Raron.

(Raron und St. German.)

Regierungsstatthalteramt Raron.

Aufgaben: Vide Regierungsstatthalteramt Brig. Die Geschäfte für Östlich-Raron werden vom Präfekt-Substituten in Mörel besorgt.

Gemeindearmenpflege Raron.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz.

Mittel: Nötigenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse; die Gemeindearmenpflege hatte aber bis dahin noch nicht in Funktion zu treten.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 110 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 107.

Antonius-Bruderschaft Raron-St. German.

Errichtet: Im Jahre 1630 von 12 Mitgliedern.

Unterstützungen: Jährlich am 17. Januar werden an 3 ärmere Leute, welche sich stellen, je 2 Brote ausgeteilt.

Mitglieder: 56.

Mittel: Kapitalzinse (jährlich Fr. 70).

Vermögen: An Kapitalien Fr. 1400.

Organ: 1 Verwalter.

110. Steg.

Gemeindearmenpflege Steg.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Die Armen, welche sich selbst nicht mehr durchbringen, werden von deren Anverwandten gepflegt, und wenn diese nicht im stande sind, so muss laut Kantongesetz die Gemeinde dafür sorgen.

Vermögen: Kein spezielles.

Organe: Gemeinderat, Armenkommission. (Diese besteht aus dem gesetzlichen Waisenamte von 3 Mitgliedern, welches für die Armen und Ingedizierten zu sorgen hat.)

A. 1870, I Nr. 111 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 108.

111. Unterbäch.

Im Holz, welches zirka $\frac{1}{3}$ der jetzigen Gemeinde Unterbäch ausmacht, bildete vom 7. XII. 1434 bis 1798 eine selbständige Gemeinde.

Gemeindearmenpflege Unterbäch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Armengutsertrag etc.

Vermögen: Fr. 880.

Organe: 1. Waisenpräsident mit 2 Gemeinderatsmitgliedern. 2. Armenkommission, bestehend aus drei Mitgliedern.

A. 1870, I Nr. 112 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 109.

Gratisabgabe der Lehrmittel an die Schulkinder.

Zweck: Im Titel angegeben.

Mittel: Beisteuer des Staates und der Gemeinde.

Organe: Schulkommission und Lehrpersonal.

Jünglingsverein Unterbäch.

(Sektion des Verbands der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Mitglieder: 22.

112. Wiler.

Elementarereignisse: 17. VI. 1900. Dorfbrand in Wiler. Zirka 200 Gebäude wurden zerstört. Der Schaden belief sich auf zirka Fr. 250,000; versichert war nichts und sämtliches Mobiliar und eine Unmasse von aufgespeicherten Lebensmitteln ging zu Grunde. Der Staatsrat beschloss am 26. VI. 1900 die Anordnung einer Liebesgabensammlung. Liebesgaben: Fr. 20,476. 20. Der Wiederaufbau des Dorfes geschah gemäss Staatsratsbeschluss vom 25. VII. 1900. — V. 1907 Erdbeben; die Mühlen am Ausgang des Dorfes wurden verschüttet.

Gemeindearmenpflege Wiler.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Eine Unterstützung wurde bislang noch nie in Anspruch genommen, da die Familien für ihre Angehörigen ohne weiteres sorgen, so sie in Not geraten; die Gemeinde hat darum auch keine Armenkommission.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 113 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 110.

X. St-Maurice.

Le district de St-Maurice comprend l'ancienne bannière de St-Maurice du Gouvernement de St-Maurice, formant dès le 1^{er} II 1798 jusqu'au 12 IV 1798 une partie du dizain de St-Maurice, dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 le district de St-Maurice du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810 le dizain de St-Maurice de la République valaisanne, et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815 le canton de St-Maurice de l'arrondissement de St-Maurice du Département français du Simplon (les 9 communes politiques de Collonges, de Dorénav, d'Evionnaz, de Finhaut, de Massongex, de Mex, de St-Maurice, de Salvan et de Vérossaz).

113. Collonges.

(Avec Dorénav: la paroisse d'Outre-Rhône.)

Assistance légale de la commune de Collonges.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds et, cas échéant, versements par la caisse communale. La commune pourvoit aux besoins de ses nécessiteux, qui, du reste, ne sont pas si nombreux, la population étant très laborieuse.

Fortune: Environ fr. 2000.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 114 — II St. de l'A., II A. c. I N° 111.

Ecole ménagère et de couture de Collonges. — Haus- haltungs- und Nähsschule Collonges.

Fondée: En 1903.

But: Former d'excellentes ménagères.

Ressources: Subventions annuelles de l'Etat du Valais et de la Confédération (pour 1906 fr. 1250), dons, etc.

Fortune: Ustensiles culinaires.

Organe de publicité: „La jeune Ménagère“ (journal).

Organe: Cette école est sous la surveillance du révérend curé de la paroisse: sans son bienveillant appui elle n'existerait pas; il en a été l'organisateur ou fondateur.

114. Dorénaz.

(Dorénaz et Alesse.)

Assistance légale de la commune de Dorénaz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, etc. — Chaque année la commune fournit en outre, sans qu'il y ait de fonds, la valeur de fr. 50 à 60 aux 5 ou 6 familles les plus pauvres de la localité, ce qui fait le débours annuel de fr. 60 ou 70, remis le plus souvent en bons pour denrées.

Fortune: Environ fr. 200. Ce „fonds pour indigents de Dorénaz“ a été créé par feu Délez, Louis. — A Dorénaz, il n'existe pas un fonds pour le paiement des taxes communales des indigents.

Organes: La Municipalité (Conseil communal), Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 115 — II St. de l'A., II A. c. I N° 112.

115. Evionnaz.

(Evionnaz, La Balmaz et La Rasse.)

Catastrophe: 19/20 VII 1900. L'incendie à Evionnaz (5 bâtiments).

Assistance légale de la commune d'Evionnaz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds, subvention de la commune.

Fortune: Environ fr. 230.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 116 — II St. de l'A., II A. c. I N° 113.

Œuvre de bienfaisance dite: «La „Donne“ de la St-Barthélemy», à La Rasse.

Fondée: La date de la fondation de la „Donne“ coïncide, peut-être, avec l'érection de la chapelle bâtie en ce lieu en 1636.

But: Distribution de vivres aux pauvres qui se présentent au hameau de la Rasse le jour de la fête votive du dit hameau (24 VIII).

Ressources: «La „Donne“ de la St-Barthélemy» primitivement supportée par des particuliers qui avaient probablement souscrit.

La pièce engageant les particuliers à des contributions annuelles en nature ayant disparu, ou n'ayant jamais été signée? la commune a obtenu le rachat de ces contributions qui s'étaient maintenues par la tradition; ce rachat a formé un capital d'environ fr. 150.

116. Finhaut.

(Châtelard, Cotze, Giétroz et Léamon.)

Catastrophe: 9 IV 1906. La commune a été éprouvée par un incendie qui a détruit 8 maisons d'habitation et 9 granges.

Assistance légale de la commune de Finhaut.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, etc.

Fortune: Environ fr. 2600 („Caisse de bienfaisance communale“). Sans connaître d'une façon certaine la date de fondation de cette caisse de bienfaisance, on a tout lieu de croire qu'elle a été créée en même temps que la paroisse, soit vers 1648.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 117 — II St. de l'A., II A. c. I N° 114.

Distribution d'aumônes par l'alpage d'Emousson, à Finhaut.

L'alpage bourgeoisial d'Emousson fait chaque année don d'une certaine quantité de fromage aux pauvres de la commune de Finhaut.

117. Massongex.

(Massongex et Davaz.)

Catastrophe: 1892. L'incendie à Massongex. Le Conseil d'Etat ordonna par arrêté du 15 IX 1892 une collecte dans le district de St-Maurice en faveur des incendiés.

Assistance légale de la commune de Massongex.

Historique: A Massongex, il existait une Confrérie du St-Esprit; le capital de cette confrérie s'élève à fr. 6000 dont les revenus sont versés annuellement au fonds des écoles.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds des pauvres, etc.

Fortune: Fr. 5000 (fonds créé par J. Michel Monnay, en 1877, pour les pauvres).

Organes: La Municipalité (Conseil communal), Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 118 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 115.

118. Mex.

Assistance légale de la commune de Mex.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds, etc.

Fortune: Environ Fr. 1050.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 119 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 116.

119. St-Maurice.

(St-Maurice et Epinassey.)

Catastrophe; 13 II 1693. Grand incendie à St-Maurice.

Préfecture du district de St-Maurice.

Compétences: Voir Préfecture de Sion.

Assistance légale de la commune de St-Maurice.

Historique: Dès 1870 à 1905, la somme totale dépensée par la commune pour l'assistance des pauvres a été de fr. 86,573. 75, soit en moyenne fr. 2500 annuellement. Les sommes imposées aux parents des assistés et versées par eux ont été en 1900 de fr. 922. 40, en 1901 fr. 940. 30, en 1902 fr. 826, en 1903 fr. 928. 95, en 1904 fr. 295, en 1905 fr. 133. 70.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds.

Fortune: Fr. 9500 environ en capitaux („Bourse des pauvres“, administrée par la municipalité). Cette fondation comprend divers legs faits par des personnes charitables en faveur de la bourse des pauvres de la commune; mais un „fonds pour le paiement des taxes communales des indigents“ n'existe pas. — A St-Maurice, il existait: 1° Un „fonds en faveur de deux novices“,

créé le 10 VI 1631 par Maurice Catelani, sacristain de St-Maurice, avec une somme de 10,000 fl. (10,000 „mörsingerne Gulden“) pour l'éducation scientifique de 2 novices pendant 6 ans. En 1827, autorisation donnée par l'évêque Zen-Ruffinen à la bourgeoisie d'affecter les intérêts de cette bourse aux écoles de la ville, les deux familles pour lesquelles ces fonds avaient été légués, étant éteintes. — 2° Une „Conférence de St-Vincent-de-Paul“ a vécu environ 40 ans dans la seconde moitié du XIX siècle. Elle a été fondée d'abord au Collège de l'Abbaye par M. le Chanoine Gard, Préfet du Collège; en 1886, elle se constitua dans la ville, parmi les messieurs qui s'occupaient d'œuvres de charité (visite des pauvres, etc.). Elle tomba avec le siècle.

Organes: Bureau de bienfaisance de St-Maurice; Comité de bienfaisance (composé de 5 membres); Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 120 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 117.

Fondation Débonnaire en faveur des vieillards indigents de St-Maurice.

Créée: En 1870; legs fait par M. Louis Débonnaire.

But: Exprimé par le titre.

Ressources: Environ fr. 100 de revenu annuellement.

Fortune: Fr. 709 en capital et fr. 1500 en immeubles (n'est pas compris dans la fortune indiquée sous la rubrique de l'„Assistance légale de la commune de St-Maurice“).

Organe: Président de la commune de St-Maurice.

Hospice de St-Jacques.

Hôpital de St-Maurice. — Fremdenspital in St. Maurice.

Fondé au VII^e ou VIII^e siècle, pour soulager et assister les pèlerins qui se rendent aux tombeaux des martyrs thébéens à St-Maurice.

Historique: Indépendamment du pèlerinage des martyrs thébéens, qui fut le premier en Suisse, le pèlerinage de la Chapelle du Scex ayant pris de l'extension au XI^e siècle, les ressources de l'hospice ne suffirent plus, et l'abbaye de St-Maurice lui fit bénéficier des largesses que l'auguste Maison de Savoie lui avait faites au XII^e siècle. Dès que les pèlerins ne furent plus aussi nombreux, l'hospice put étendre ses bienfaits aux autres nécessiteux étrangers, surtout aux malades, avec transport sur les stations voisines. La fondation de l'hôpital remonte au moins au VIII^e siècle. Pour ne pas gêner l'exercice spirituel des moines et pour que ceux-ci ne se mêlent pas à la foule des pèlerins laïques, le monastère d'Agaunc établit, en dehors

des murs de la petite ville, une maison destinée à recevoir, soit les pèlerins qui venaient à St-Maurice, soit ceux qui se rendaient à Rome, à Jérusalem ou à St-Jacques de Compostelle. Le nombre des pèlerins ayant constamment augmenté, surtout dans les XII^e et XIII^e siècles, et les revenus ne suffisant plus à leur entretien, l'abbaye destina à cet effet une grande part de ses rentes, que les princes de la Maison de Savoie avaient augmentées au commencement du XII^e siècle. C'est ainsi qu'elle fonda 2 autres hospices à distance à peu près égale du monastère, savoir celui de Plan-Conthey et celui de Villeneuve, qui lui fut enlevé au XVI^e siècle. L'abbaye rendit aussi participants de ses secours les Valaisans qu'elle jugeait à propos de recevoir. La Municipalité de la ville de St-Maurice ayant demandé à l'abbaye l'autorisation de pouvoir placer quelques-uns de ses ressortissants à l'hospice, le couvent accéda à cette demande. La ville de St-Maurice lui paie annuellement 2300 francs pour le logement et les traitements de 5 sœurs religieuses des écoles primaires, plus 300 francs pour la sœur infirmière, chargée des malades pauvres de la ville. La maison dont il s'agit paraît toujours avoir été considérée comme un établissement privé, n'ayant reçu des donations que de l'abbaye fondatrice. Aussi l'hôpital n'a-t-il jamais rendu compte de son administration qu'au chapitre du monastère. La fortune de l'hôpital est administrée par un chanoine-recteur; elle consistait, en 1855, en fr. 28,654. 20 de créances. Les revenus des immeubles, qui se composent de la maison avec chapelle, d'une grange et de biens-fonds, sont de fr. 2000. De 1843 à 1869, ledit hospice a soigné et traité près de 600 personnes, la plupart valaisannes. — A St-Maurice, il existait aussi une maladrerie; le 22 II 1304, Jean de Romont vendait un cens de deux coupes de froment aux lépreux.

But: Secours donnés journalièrement aux pauvres de la localité; distribution de soupes (3, 4, 5, etc., soupes par jour) aux voyageurs pauvres; l'hospitalité — l'hospice tient toujours disponibles 4 ou 5 lits pour donner aux voyageurs pauvres l'hospitalité d'au moins une nuit.

Places: La commune possède trois lits pour les pauvres indigents de la commune.

Ressources: Revenus de l'institution, spécialement pour les secours aux pauvres passants: subsides prélevés sur la dîme de l'acool (pour l'année 1905: fr. 100).

Fortune: Environ fr. 50,000, valeur du bâtiment de l'hôpital avec chapelle, etc., fr. 30,000 en capitaux.

Exploitation agricole: Bétail: 7 bêtes à cornes.

Organe: La Procure de l'Abbaye de St-Maurice.

I St. de l'A., II N° 2 — Z.

Orphelinat Ste-Marie, à Vérolliez,

Orphelinat des filles. — Mädchenwaisenhaus in St-Maurice.

Institution de bienfaisance (indépendamment des écoles communales).

Fondé: 15 VIII 1861 (date de l'ouverture).

Historique: Le 10 XII 1859, la Société de Pie (Piusverein) et la Société de St-Vincent de Paul décidèrent, sur l'initiative de Mr. Maurice-Eugène Gard, professeur de philosophie et chanoine de l'Abbaye de St-Maurice, la création de l'orphelinat. Directeur de 1861 à 1890: Mr. Gard (né en 1824 à Bagnes, † 27 V 1890). — Vérolliez ou le champ du martyr de la Légion thébénienne, à 2 1/2 kilomètres de St-Maurice, a été un centre d'œuvres commencées et poursuivies, avec le concours de la charité publique, par MM. les chanoines Gard et Bourban: 1861, Orphelinat des filles et Congrégation des Sœurs de St-Maurice; 1871, Asile des vieillards à Vérolliez (il fut transféré, faute de place, au château de St-Maurice, vers 1879; faute de ressources, cette institution est tombée); 1878, Orphelinat des garçons; 1900/01, Ecole professionnelle de couture et Ecole ménagère; 1905, Cours normal de perfectionnement pour maîtresses d'écoles ménagères.

But: Education des orphelines pauvres, sans distinction de nationalité. Les élèves reçoivent un enseignement conforme au plan d'études et au programme de l'Etat.

Ressources: Le produit des entrées pour les touristes dans la grotte des fées près St-Maurice (dès 1863), subside annuel de l'Etat et quêtes.

Fortune: Environ fr. 75,000, consistant en grande partie en bâtiments improductifs.

Exploitation agricole, en grande partie avec terrains pris en location. Effectif du bétail: 1 cheval, 6 pièces de l'espèce bovine et 6 porcs.

Places: Les 2 maisons peuvent recevoir 60 élèves.

Personnel: Sœurs de St-Maurice.

Organes: Direction de l'orphelinat. — R^{de} Sœur supérieure.

I St. de l'A., II N° 3 — N., A. 2 N° 1.

Orphelinat des garçons à St-Maurice, dépendance de l'Orphelinat de Vérolliez (ancien bâtiment).

Fondé: En 1877/78.

Historique: L'orphelinat des garçons fondé peu à peu à côté de celui des filles à Vérolliez entretenait 9 garçons. Il a été installé au château de St-Maurice, en 1879. Lorsque le château a dû être évacué dans l'espoir que l'on avait d'en faire une caserne pour les troupes des fortifications, l'orphelinat des garçons fut transféré dans une maison située au Bois-Noir, près



MAURICE-EUGÈNE GARD
Chanoine de l'Abbaye de St-Maurice.

de St-Maurice. C'était en 1890. Il a été transféré à Vérolliez, dans un des bâtiments de Vérolliez, en 1905.

But: Exprimé par le titre.

Places: Pour 10 enfants.

Ressources: L'orphelinat des garçons n'est pas doté; il vit en grande partie de la charité publique.

Organe: Direction de l'Orphelinat Ste-Marie.

Cours normaux de perfectionnement pour maîtresses d'écoles ménagères et de couture, à Vérolliez. — Kurse zur Weiterbildung von Lehrkräften für Haushaltungs- und Nähschulen, St. Moritz (Vérolliez).

Fondée: En 1905, par le Gouvernement du Valais et M. le chanoine Bourban (ouverture: 16 VIII 1905).

But: Exprimé par le titre. Le cours dure deux ans, pendant les deux mois de vacances d'été de l'Ecole ménagère à Vérolliez seulement, afin que les institutrices puissent le suivre.

Ressources: Subventions annuelles par l'Etat du Valais et la Confédération (pro 1906: Fr. 700.)

Organe: Direction de l'Orphelinat Ste-Marie.

Ecole professionnelle de couture et Ecole ménagère de Vérolliez. — Gewerbe- und Haushaltungsschule Vérolliez.

(Ecole professionnelle pour jeunes filles, dirigée par le Gouvernement et M. le chanoine Bourban.)

Fondée: En XI 1900 (ouverture dans un nouveau bâtiment).

Historique: Cette institution a été fondée par M. le chanoine Bourban, qui a la haute surveillance de l'Orphelinat.

But: Faire des couturières habiles qui puissent gagner honnêtement leur vie.

Ressources: Subventions par l'Etat du Valais et la Confédération (pro 1906: fr. 1600).

Fortune: Point.

Organe: Direction de l'Orphelinat Ste-Marie.

Ecole ménagère et de couture de St-Maurice-Ville. — Ecole ménagère et de couture de la Tuilerie. — Haushaltungs- und Nähschule in der Ziegelei, Stadt St. Moritz.

Fondée: En 1904 et ouverte le 2 I 1905. Dès lors, soit les années suivantes, elle s'est ouverte le 2 XI et la clôture en est à fin mai.

But: Procurer aux jeunes filles de la localité et de quelques communes avoisinantes les connaissances nécessaires à la tenue d'un ménage et d'une maison. On donne pour cela des leçons théoriques et pratiques de cuisine, de coupe et confection, repassage, raccommodage, travaux d'agrément, etc.

Ressources: Subsidés fédéraux, cantonaux et particuliers (subvention de la Confédération et du Canton pour 1906: fr. 1600).

Fortune: Entre autres: Bétail: 2 bêtes à cornes et 2 pores.

Organes: La Direction, le conseil d'administration et la commission scolaire.

Ecole ménagère et Pensionnat du Sacré-Cœur, à St-Maurice.

Fondée: En 1903.

But: Jeunes filles formées au ménage.

Ressources: Ecolages.

Organe: Directrice.

Ecole des apprenties à St-Maurice. — Ecole professionnelle pour apprenties de St-Maurice. — Gewerbeschule für Lehrtöchter in St. Moritz. — Lehrlingsschule St. Moritz.

Fondée: En 1906.

But: Instruction des jeunes filles (apprenties).

Ressources: Entre autres, subsidés fédéraux et cantonaux (pour 1906: fr. 262).

Organe: Société industrielle et commerciale de St-Maurice.

Ecole professionnelle pour garçons de St-Maurice. — Cours professionnels de la Société industrielle et commerciale de St-Maurice. — Gewerbliche Kurse des Gewerbe- und Kaufmännischen Vereins St. Moritz.

Fondée: Par la Société industrielle et commerciale de St-Maurice.

But: Former les jeunes gens libérés de l'Ecole primaire.

Ressources: Subside communal, cantonal et fédéral, plus la caisse de la société qui participe aux dépenses (subvention de la Confédération et du Canton pour 1906: fr. 463).

Organe: Société industrielle et commerciale de St-Maurice.

**Confrérie des SS.-Fabien et Sébastien à St-Maurice. —
Confrérie de St-Sébastien.**

Fondée: 1670—1676.

But: Soulagement du prochain, la récitation de prières publiques dans le but de détourner des contrées les fléaux et la peste.

Membres: Nombre, environ 80.

Ressources: Fr. 500 annuellement; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 50).

Fortune: Fr. 10,000.

Organe: Conseil d'administration de 3 membres.

**Confrérie de St-Amédée à St-Maurice. — Bruderschaft des
hl. Amadeus in St. Moritz.**

Fondée: En 1763/1764 pour l'assistance des Savoyards nationaux pauvres habitant le Valais (membres de la confrérie).

Historique: La confrérie prévoit dans les statuts de 1840 des subsides accordés aux apprentis. Depuis 1876—1906, 80 apprentis ont été secourus. (Voir: Bourban, „La Confrérie de St-Amédée“.)

But: Assistance des confrères pauvres; subsides pour l'apprentissage de leurs enfants (à raison de fr. 100 pour les garçons et fr. 50 pour les filles, sur présentation d'un certificat du patron).

Membres: Environ 110 familles.

Ressources: Fr. 1200 annuellement.

Fortune: Fr. 24,000.

Organes: Conseil de 8 membres avec un Prieur.

**Confrérie de St-Louis des Français. — Société française
de St-Louis à St-Maurice. — Bruderschaft des hl. Ludwig
in St. Moritz.**

Fondée: Le 16 VIII 1762 par des Français nationaux.

Historique: Depuis 1856—1906, la Confrérie a dépensé fr. 4555 pour l'apprentissage des orphelins des confrères, etc. (33 garçons et 33 filles).

But: L'assistance de compatriotes pauvres qui viennent réclamer des secours; subsides pour l'apprentissage d'un métier (à fr. 100 pour les garçons et fr. 50 pour les filles).

Membres: 60 familles.

Ressources: Fr. 1200 annuellement.

Fortune: Environ fr. 24,000.

Organes: Conseil de 6 membres avec un Prieur.

**Ouvroir de l'Immaculée Conception. Vestiaire des Dames
à St-Maurice. — Association du vestiaire des Dames,
de St-Maurice.**

Fondé: En 1872/1873.

But: Confection de vêtements, linges, chaussettes, etc., aux pauvres femmes, fillettes et garçonnetts indigents de la commune de St-Maurice.

Ressources: Fr. 350 à 450 par année; reçoit depuis l'année 1904 un subside de fr. 50 du produit 10% de l'alcool.

Membres: 8 à 10 dames et demoiselles de St-Maurice se réunissent et travaillent tous les vendredis après-midi à la confection de ces vêtements.

Organe: Directrice.

Clinique de St-Amé à St-Maurice.

(Clinique civile et militaire, pour les gens peu fortunés surtout.)

Fondée: En 1901 par M. le chanoine Bourban, directeur des établissements de charité de Vérollez.

Historique: Jusqu'au commencement de l'année 1902, les soldats des fortifications de St-Maurice qui tombaient malades, étaient évacués sur l'hôpital d'Aigle. Le Département militaire fédéral, après s'être assuré que la clinique St-Amé répondait à toutes les exigences médicales, accepta en 1902 l'offre de cette clinique, de recevoir tous les malades des forts au même prix que celui qui était réclaté par l'hôpital d'Aigle (fr. 2. 50 par jour et par homme, y compris la nourriture, les soins du médecin et les frais de pharmacie). Le Conseil d'Etat du canton du Valais s'empressa d'accorder à la clinique une allocation annuelle de fr. 350 prise sur le budget du Département militaire cantonal.

But: La clinique soigne tous les malades qui se présentent ou qui sont envoyés par un médecin, plus spécialement du Bas-Valais. La Confédération y met ses malades militaires des forts de St-Maurice et du Bas-Valais.

Places: La maison dispose de 30 à 35 lits. La clinique est munie des installations modernes pour les opérations.

Ressources: Dons particuliers en espèces et en nature, etc.; spécialement pour les secours aux pauvres passants: subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 100).

Fortune: La maison et le parc de l'enclos, plus un fonds de fr. 4000, légué en 1907 par M. Maurice Gard, de St-Maurice.

Organe: Géré et administré par M. le chanoine Bourban. — Il y a des chirurgiens attachés à l'établissement; mais tous les médecins peuvent y envoyer leurs malades.

Société de Secours mutuels de St-Maurice, Valais.

(Section de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.)

Fondée le 15 VIII 1852 comme „Société valaisanne de Secours mutuels, à St-Maurice“.

Réorganisée le 15 VIII 1877.

But: Réunir des personnes qui, par esprit de confraternité et de prévoyance, établissent entre elles et au moyen de cotisations une garantie mutuelle de secours, particulièrement en cas de maladie. La quotité des secours réguliers est fixée comme suit: Le sociétaire atteint d'une maladie qui le rend incapable de tout travail a droit de recevoir un franc par jour de maladie, pendant 60 jours; après 60 jours, 50 cts. par jour pendant 60 jours. Passé ce terme, des secours extraordinaires pourront être accordés aux malades si l'état des fonds disponibles le permet.

Membres: Sont membres de la société les citoyens qui auront payé la finance d'entrée. — Nombre: 100 environ.

Ressources: Le candidat admis paie une finance d'entrée fixée à fr. 10, de l'âge de 15 à 30 ans; fr. 11 de l'âge de 30 à 40 ans; fr. 13 de l'âge de 40 à 55 ans.

Fonds capital: Fr. 7500 environ. — Le fonds se forme des finances d'entrée, des contributions mensuelles et des dons à quel titre que ce soit.

Organes: L'assemblée générale, un Comité (composé d'un président, d'un vice-président, d'un secrétaire, d'un caissier et de 3 autres membres).

Couvent des R^{ds} Pères Capucins. — Kapuzinerkloster St. Maurice.

Fondé: En 1612.

But: Entre autres: Distribution de soupes et de pain aux pauvres, tous les jours, aux portes du couvent.

Abbaye de St-Maurice. — Abtei St. Maurice.

(Abtei der regulierten Augustinerchorherren in St. Maurice.)

Fondée au IV^e siècle.

Historique: 22 IX 517, consécration de l'abbaye (ancien monastère, restauré par Sigismond, roi des Burgondes). — Le 22 V 1571, l'Abbaye se mit sous la protection de l'évêque de Sion et des patriotes des VII dizains.

But: Instruction secondaire et moyenne. Collège de plus de 250 élèves, ayant le caractère d'une institution mixte, cantonale et abbatiale, sous la haute surveillance de l'Etat. — L'abbaye donne, à un prix très modique, la pension aux élèves. — Distribution de soupes et de pain aux pauvres tous les jours (voir Hospice de St-Jacques).

Exploitation agricole: Bétail: 3 chevaux, 27 bêtes à cornes, 14 porcs.

Legs scolaire.

Legs Raas en faveur des écoles de St-Maurice.

Créé en 1881 par Antoine Raas avec un quart de sa fortune, consistant en un immeuble de fr. 5600 environ.

But: Valeur réalisée pour être affectée à l'acquisition de matériel scolaire aux enfants pauvres.

Ressources: Fr. 70 annuellement.

Fortune mobilière: Fr. 1400.

Organe: Géré par le Conseil communal.

Ecole enfantine de St-Maurice.

Fondée: En 1877 par la commune.

But: L'école reçoit les enfants de 4 à 7 ans.

Ressources: Les frais sont supportés par la commune.

Organe: Commission scolaire de la commune.

Section „Prudentia“ des Etudiants abstinents, à St-Maurice, Collège.

Voir: „Etudiants abstinents“ sub Sion.

Membres: 13.

120. Salvan.

(Salvan-Ville, Granges, Marécottes, Miéville, Tretien et Vernayaz.)

Désastres publics. — *Avalanches:* La vallée de Salvan a été très souvent éprouvée par de désastreuses avalanches qui ont ravagé les antiques forêts. Les annales de la commune font mention de celles de 1785, du 12 I 1806, de 1816, 1843, 1878 et, enfin, celles du 17 II 1904 qui ont sérieusement menacé les villages de la Combaz et des Marécottes! Les premiers travaux contre les avalanches sont de l'année 1877. — *Orages:* a) On garde à Salvan la mémoire d'orages qui ont causé des dégâts très sérieux. Le 10 IV 1784, le Reveney s'éboula dans la plaine; le 7 V suivant, c'est le rocher surmontant les ardoisières de Vernayaz qui tombe à son tour. L'antique route cantonale ayant été obstruée sur ce parcours on dut songer à en construire une autre. b) En 1514, le Trient inonda Vernayaz. En 1748 et en 1852, nouvelles inondations. Le 11 XI 1895, trombe d'eau faisant déborder rivières et torrents et emportant les ponts du Mont. — *Coups de vent:* Les coups de vent ont surtout été sensibles depuis les désastres réitérés des avalanches. a) En été 1905, un coup de vent abattit plus de 500 plantes dans la forêt du bois de Gueuroz. b) Vers 1870, un cyclone couchait par terre un amas de sapins au centre de la Jeur des Tschoumes et faisait une vaste clairière dans la forêt protectrice des hameaux du Cergneux et de la Fontaine.

Assistance légale de la commune de Salvan.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: a) Revenus du fonds; b) recettes de la caisse communale; c) œuvres pies, entre autres celle du 2 II 1827; d) produit des collectes faites par les étrangers en séjour à Salvan (non officiel). En 1905, la commune de Salvan a dépensé pour secours aux indigents la somme de fr. 2534. 45.

Fortune: Environ fr. 350 en capital (par des dons de personnes charitables, réunis en 1714).

Organes: La Municipalité (Conseil communal) — Le comité de bienfaisance (composé de 3 membres) — Le R^d Curé de Salvan (non officiel) — Les comités des œuvres pies.

I St. de l'A., I N° 121 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 118.

Livraison de pains aux pauvres à la Noël.

Oeuvre pie, à Salvan.

Instituée: 2 II 1827 (voir Assistance légale de la commune de Salvan).

But: Chaque ménage de la Lenaire (Marécottes) donne annuellement, à la Noël, un pain aux pauvres „les plus dignes de compassion“.

Organe: Comité de l'œuvre.

Société de Secours mutuels à Salvan.

(Section de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.)

Fondée: Le 15 I 1876.

Historique: M. Henri Pache de Bex, Vaud, alors locataire du Grand Hôtel-des-Gorges du Trient, en fut le promoteur. MM. Fr. Revaz, président, L. Délez, juge, J. Coquoz, négociant, Fr. Délez, secrétaire, furent les premiers qui acquiescèrent aux propositions de M. Pache et qui jetèrent, avec d'autres concitoyens encore, les fondements de la Société, qui eut d'abord des débuts pénibles, mais qui triompha cependant des obstacles et devint peu à peu florissante. Les statuts, adoptés par l'assemblée générale du 15 I 1876 et signés par: Le président: Fr. Revaz et par: Le secrétaire: L. Délez, ont dû, dans le cours des années, subir quelques légères modifications dictées par l'expérience, afin que la Société pût assurer sa vie et sa prospérité!

But: Réunir les citoyens — âge d'admission 15 à 55 ans — habitant la commune de Salvan et jouissant des qualités requises par les statuts et qui, par esprit de confraternité et de prévoyance, établissent entre eux et au moyen de cotisations, une garantie mutuelle de secours, particulièrement en cas de maladie.

Tout esprit de parti doit être écarté avec soin, toute discussion étrangère au but de la Société est interdite!

Membres: 130 environ. Chaque membre paye une contribution mensuelle de 50 cts., qui est versée à la caisse de la Société.

Ressources: Cotisations des membres; dons divers. Tous les 3 mois, le montant reçu est placé à intérêts.

Fortune: Fr. 3875 environ.

Organe: Comité de 5 membres (dont un président, un vice-président, un secrétaire, un caissier, un membre).

Ecole ménagère (et de couture) à Salvan. — Haushaltungs- und Nähsschule Salvan.

Fondée: En 1905, par M. le chanoine Troillet, R^d Curé de Salvan, inspecteur scolaire du district de St-Maurice.

But. Instruction et éducation; travaux de ménage. — L'école ménagère est fondée dans le but de former la jeune fille, sortant des écoles primaires à 15 ans, d'après le programme suivant: a) Instruction et éducation; b) Comptabilité pour la bonne tenue d'un ménage; c) Coupe, dessin, confection, broderie, lingerie, tricotage, raccommodage, blanchissage, repassage, cuisine.

Ressources: Finance payée par les élèves (écolage mensuel de fr. 3); subsides de la commune; subventions du canton et de la Confédération (pour 1906: fr. 1150); dons. La commune fournit gratuitement le bois d'affouage.

Fortune: Mobilier scolaire.

Organes des écoles ménagères à Salvan et Vernayaz: a) Comité de 7 membres, dont 3 dames font partie. La présidence est dévolue aux fondateurs respectifs; b) 4 maîtresses au moins sont appelées à diriger les cours surveillés par les fondateurs; c) L'inspection officielle est faite par une inspectrice cantonale et par une inspectrice fédérale.

Ecole ménagère à Vernayaz. — Haushaltungs- und Nähsschule Vernayaz.

Fondée: En 1905 par M. le chanoine Cergneux, R^d Recteur de Vernayaz.

But: Le même que celui de l'„Ecole ménagère à Salvan“.

Ressources: Ecolages; subsides de la commune; subventions annuelles du canton et de la Confédération (pour 1906: fr. 1400).

Organes: Voir „Ecole ménagère à Salvan“.

„Croix-d'Or“, Section de Vernayaz-Salvan de la Ligue valaisanne de tempérance.

Voir: „Croix-d'Or“ (Siège central: Sierre).

Membres: 10—12.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Vernayaz.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: Environ 20. A reconstituer.

121. Vérossaz.

Assistance légale de la commune de Vérossaz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Subvention de la Bourgeoisie et contribution des parents.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 122 — II St. de l'A., II. A. c. 1 N° 119.

Société de Secours aux malades nécessiteux à Vérossaz.

Fondée: En IX 1904.

But: Procurer aux malades nécessiteux de Vérossaz, au début d'une maladie, les soins médicaux que réclame leur état.

Ressources: Contributions (versements) des sociétaires; dons particuliers; toute subvention quelconque.

Fortune: Environ fr. 2500 de fonds. Chaque sociétaire s'engage à verser fr. 3 par an, pendant 5 ans, ou fr. 15 en une seule fois.

Membres: Environ 280 sociétaires.

Organe: Comité de trois membres (plus tard: Conseil municipal, par l'organe d'une commission de 3 membres dont fera partie le desservant de la paroisse).

XI. Sierre.

Le district de Sierre comprend l'ancien dizain souverain de Sierre (la contrée de Sierre, „Sirrum amœnum“, les environs de Sierre et le Val d'Anniviers, incorporé au dizain en 1565), formant dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802 le district de Sierre du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810 le dizain de Sierre de la République valaisanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815 le canton de Sierre de l'arrondissement de Sion du Département français du Simplon (les 21 communes politiques d'Ayer, de Chalais, de Chandolin, de Chermignon, de Chippis, de Granges, de Grimontz, de Grône, d'Icogne, de Lens, de Miège de Mollens, de Montana, de Randogne, de St-Jean, de St-Léonard, de St-Luc, de Sierre, de Venthône, de Veyras et de Vissoie).

122. Ayer.

(Ayer et Mission.)

Assistance légale de la commune d'Ayer.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898: Venir en aide à l'indigent. La commune, comme toutes les autres du canton d'ailleurs, doit donc faire le nécessaire à l'égard de l'indigent. Puis le comité de bienfaisance convoque les parents jusqu'au huitième degré inclusivement, leur donne con-

naissance de la situation, s'informe de la fortune totale de chaque parent et répartit tous les frais entre ces derniers, d'après leur fortune et leur degré de parenté. Si l'indigent n'a pas de parents ou de parents solvables, c'est la commune d'origine qui doit faire face aux frais. Il n'y a pas à Ayer d'autres institutions de bienfaisance. Il en est ainsi pour les ressortissants de la commune établis à l'extérieur. En fait, dans la vallée, chacun se suffit à son entretien par son travail, ou bien la mutualité s'exerce indirectement — par l'assistance de personnes charitables.

Ressources: Les ressources ou fortune sont en premier lieu la caisse municipale et ensuite la répartition par degré de parenté de l'indigent, jusqu'au huitième degré.

Organe: Le Conseil communal dans trois de ses membres, appelé le Comité de bienfaisance. Ce Comité doit se conformer strictement à la loi.

I St. de l'A., I N° 123 en partie — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 120 en partie.

123. Chalais.

(Chalais, Réchy et Vercorin.)

Catastrophe: 11 IV 1892. L'incendie à Chalais. Le village principal de Chalais devint en grande partie la proie des flammes. Le nombre des familles atteintes fut de 112, comprenant 457 membres. 34 maisons d'habitation, 45 granges et écuries et 22 greniers ont été complètement consumés. Les pertes totales ont été évaluées à fr. 158,417. Les dons se sont élevés à fr. 63,939. 73. Les assurances étaient de fr. 27,079. 65.

Assistance légale de la commune de Chalais.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du fonds, versements par la caisse communale, etc.

Fortune: Fr. 1000 (legs fait en 1889 par un vieux célibataire); les intérêts sont régulièrement distribués aux personnes les plus nécessiteuses de la commune.

Organes: Conseil municipal (communal), Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 124 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 121.

124. Chandolin.

(Chandolin et Fang.)

Chandolin forme une paroisse qui est située, avec celle d'Avers, canton des Grisons (Cresta, 1949 m.), à l'altitude la plus haute de l'Europe (1936 m.).

Catastrophe: IX 1898. L'incendie à Sussillon, rière Chandolin (9 habitations, 14 granges et 15 raccards, y compris la récolte). Une collecte a été autorisée en faveur des victimes, dans les districts de Loèche, Sierre, Hérens et Sion.

Assistance légale de la commune de Chandolin.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Versements de la caisse communale, le cas échéant — la commune de Chandolin n'a aucune assistance, puisque le cas ne se présente pas chez elle.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 125 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 122.

125. Chermignon.

(Chermignon supérieur et Chermignon inférieur.)

Assistance légale de la commune de Chermignon.

Historique: A Chermignon, il existait aussi une „Confrérie du St-Esprit“. Les fonds de la „Confrérie du St-Esprit“ ayant été employés pour les écoles (suivant vœux de Monseigneur l'évêque de Sion), celle-ci perdit son nom, et maintenant l'on ne connaît plus que les „Fonds pour les écoles“.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Dons reçus des particuliers.

Fortune: Point.

Organe: Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 130 en partie — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 127 en partie.

„Distributions de pain“, Institution à Chermignon.

Fondée: Inconnu. La tradition dit que cette institution date de l'époque de la peste.

But: La commune fait annuellement deux distributions de pain: l'une le jour de Pâques pour une somme variant de fr. 120 à 200, l'autre le jour de St-Georges, 23 avril, par la bourgeoisie, pour une somme d'environ fr. 100. On distribue le pain, non seulement aux pauvres, mais à tous ceux qui se trouvent présents à ces deux distributions, bourgeois et étrangers. Mais pour les bourgeois, une seule personne de la famille peut prendre les parts de pain pour tous les membres de sa maison, quoique absents, tandis qu'aux étrangers l'on ne donne qu'à ceux qui se trouvent présents.

Ressources: Pour le jour de Pâques, il y a, avec les dons des particuliers, l'intérêt annuel d'un capital de fr. 670. C'est le conseil communal qui gère ce capital.

Pour la St-Georges, il n'y a point de capitaux, c'est la bourgeoisie qui achète le pain nécessaire.

Fortune: fr. 670 en capital (provenant du rachat des dimes en grains).

Organe: Conseil communal.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Chermignon.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 15.

126. Chippis.

Catastrophes: 1834. L'inondation de la Navizance. — 1853. L'incendie du village de Chippis.

Assistance légale de la commune de Chippis.

Historique: En 1834, le village fut complètement dévasté par l'inondation; en 1853, 19 ans plus tard, à peine relevé de ce désastre, le village fut encore complètement détruit par un incendie; tout s'est relevé et reconstruit sans le secours de personne. Ces malheurs ont suffi pour initier la population au travail et à l'économie.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Le besoin ne s'est pas encore fait sentir de créer un fonds pour l'assistance publique. Au cas de nécessité, la bourgeoisie serait la première à seconder les fonds qui manquent.

Fortune: Aucune.

Organes: Comité de bienfaisance (constitué: 1^{er} IV 1899, composé de 5 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 126 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 123.

Société du corps de Dieu, à Chippis.

(Société placée sous le patronage de Saint-Urbain, patron de la paroisse de Chippis, et jouissant du titre de personnalité morale.)

Fondée: En 1865 par une quinzaine de soldats de la commune. Le nom de Corps de Dieu fut donné à la société en vue du but principal. Les statuts vont être refondus sous peu pour les mettre en rapport avec le prescrit du titre XXVIII du C. O. (art. 716).

But: Les membres se sont engagés d'assister en corps militaire pour accompagner le Saint Sacrement à la procession de la Fête-Dieu. La société revêt exclusivement le caractère militaire. Elle ne fait aucune spéculation dans un but lucratif, son fonds a été constitué au début par cotisations personnelles et ensuite par le produit de ses immeubles. Chaque année le surplus de ses recettes est employé dans un but charitable envers les familles des membres décédés, ou versé à une œuvre de bienfaisance ou de philanthropie. Vu son but, la commune exonère la société de l'impôt foncier.

Membres: Les membres doivent être tous soldats. Les membres réformés du service après l'école ou ceux sortis des corps d'élite et de landwehr restent attachés comme membres honoraires. — Nombre: actuellement 35 membres actifs et 30 honoraires.

Ressources: Revenus de la fortune, etc.

Fortune: Fr. 3100 (savoir fr. 2450 en biens-fonds [vignes] et fr. 650 en espèces, argent prêté au 5 %). — La société possède actuellement deux immeubles (vignes) qu'elle fait cultiver, et vend la récolte après avoir gardé deux ou trois cents litres de vin, qui sont bus en commun le jour de la reddition des comptes.

Organe: Comité (composé de trois membres: un commandant, un secrétaire et un procureur-trésorier). Ce comité est nommé pour deux ans; il est rééligible. Le commandant est toujours choisi parmi les membres le plus haut gradés au service. Le secrétaire et le trésorier sont pris ensuite par rang du grade.

127. Granges (Valais).

Granges était au moyen-âge un bourg fortifié, Castrum. Il y avait trois châteaux sur la crête et cinq châteaux dans le village. Des trois premiers il ne reste que des décombres. Une grande tour carrée, qui en 1906 encore semblait défier de nouveaux siècles, s'est écroulée le 3 janvier 1907. — Des cinq châteaux qui devaient se trouver dans le village, il reste encore ce que M. le Chanoine de Rivaz appelle „le Château neuf Tavelli“. C'est maintenant une maison d'habitation. Le propriétaire, M. Roh, veut le réparer et lui conserver son cachet antique. On peut remarquer par-ci par-là dans le village des restes de murs d'une épaisseur considérable (restes des ruines des anciens châteaux?).

Catastrophes: Aucun village du Valais n'a autant souffert des inondations que Granges. On dirait que le Rhône, dont les eaux baignaient les murs de ce bourg, a trouvé un espèce d'agrément de dévaster la plaine de Granges. La plus considérable de ces inondations est sans doute celle qui eut lieu en 1745, date où le Rhône changea définitivement de lit en se portant du côté de la rive droite, contrée de Lens. Maintenant, grâce à l'activité et au courage des habitants de Granges, le fleuve est maintenu en respect par de puissantes digues; des canaux de dessèchement ouverts ces dernières années ont rendu à la culture d'immenses services. Jadis incultes, ils font augurer que d'ici quelques années Granges pourra revoir ses vergers d'autrefois et revivre ses anciens beaux jours.

Assistance légale de la commune de Granges.

Historique: Il existait, à Granges: 1° Une „Confrérie du St-Esprit“ („Bruderschaft vom hl. Geiste in Gradetsch“), mentionnée dans un document de l'année 1299 (Grémaud, Documents, N° 1132). Mais dans les plus anciens actes de visites épiscopales il n'est pas même fait mention de cette confrérie. Ces confréries existaient dans beaucoup de paroisses du Valais. Le jour de la Pentecôte, on faisait, aux frais de cette confrérie, une distribution de pains aux pauvres. Ces pains étaient pour cela appelés „pains du St-Esprit“. Il est fort probable que la chose se pratiquait à Granges comme dans les autres paroisses. L'église de Granges ayant été saccagée lors de la Révolution française, il se pourrait que les fonds de cette confrérie aient pris

le même chemin que tant d'autres choses précieuses. (J. J. P.) — 2° Un „Hospice“ ou „Hôpital“ („Spital in Gradetsch“) mentionné dans un document de l'année 1329.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Les pauvres sont toujours assistés par la commune. Il y a ce qu'on appelle la caisse des pauvres; elle est alimentée par des dons volontaires, par quelques amendes et par la commune. Chaque pauvre de passage à Granges et qui doit y passer la nuit est logé aux frais de la commune.

Fortune: Point.

Organe: Le Comité en est le Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 127 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 124.

Société de tempérance „l'Union“.

(Section de Granges-Grône et environs de la Ligue valaisanne de tempérance „Croix-d'Or“.)

Voir: „Croix-d'Or“ (Siège central: Sierre).

Membres: 12.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), section de Granges.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 20.

Société de Secours mutuels, à Granges.

Fondée: En 1885.

But: Lorsqu'un de ses membres est malade, il reçoit fr. 1.50 par jour aussi longtemps qu'il ne peut travailler; cela pendant trois mois; après trois mois, des subsides spéciaux lui sont accordés.

Membres: Nombre: 50. Chaque sociétaire fournit une contribution mensuelle de 50 centimes.

Fortune: Les fonds de cette société s'élèvent à fr. 1650 environ.

Organe: Comité.

128. Grimentz.

Catastrophe: Au commencement du mois de mai 1906, un épouvantable orage a déraciné plus de 400 plantes (sapins et mélèzes) dans une des plus belles forêts de la bourgeoisie. Dégâts assez considérables pour une petite commune sise à 1573 m. d'altitude.

La commune de Grimentz a construit une route à char de 4 kilomètres; cette route a coûté fr. 120,000.

Assistance légale de la commune de Grimentz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts de la fortune, versements de la caisse communale, etc.

Fortune: Environ fr. 2000 en créances, en partie administrées par la commune (bourgeoisiale) et en partie par la caisse particulière du village.

Organe: Conseil municipal de Grimentz (5 membres), plus deux hommes neutres du village.

I St. de l'A., I N° 128 en partie — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 125 en partie.

Distribution de pain et de fromage par l'alpage de „Torrent“ à Grimentz.

Le jour de St-Antoine (17 janvier) l'alpage de „Torrent“ distribue à tous les enfants du village qui n'ont pas fait leur première communion un morceau de pain et de fromage. Cette fondation a été faite par 3 jeunes filles devenues orphelines lors d'une grande peste qui a douloureusement éprouvé le village de Grimentz au 16^e siècle. L'alpe de Torrent est une des plus belles alpes du Val d'Anniviers; „Torren ly reina, Sorreboi ly bella, ly Lée pourte la flour.“

Fonds en faveur des écoliers pauvres de Grimentz.

Créé: En 1877.

But: Les intérêts de ce capital sont annuellement employés pour achat de matériel scolaire.

Fortune: Environ fr. 1500.

Organe: Une commission de trois membres est chargée de l'administration de ces fonds, parmi lesquels figure aussi M. le régent.

II St. de l'A., II B. d. 4 N° 4.

Association populaire catholique suisse, section de Grimentz-Anniviers.

(Siège d'administration: Grimentz.)

Fondée: Le 12 XII 1904.

But: Maintenir la jeunesse masculine forte contre les dangers des mauvaises sociétés et des mauvaises lectures.

Membres: 43.

Ressources: Cotisations annuelles (à fr. 1. 20 par membre actif).

Fortune: Aucune.

Organe de publicité: „L'Ouvrier.“

Organe: Comité.

129. Grône.

(Grône-Plaine et Grône-Mont.)

Assistance légale de la commune de Grône.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898. Nombre d'indigents: infime.

Ressources: L'assistance des parents; subsidiairement, la caisse ou fortune des pauvres.

Fortune: Fr. 6195. 20.

Organe: Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 129 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 126.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), section de Grône.

En formation.

130. Icogne.

Assistance légale de la commune d'Icogne.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts de capitaux et dons.

Fortune: Fr. 3500.

Organes: Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 130 en partie — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 127 en partie.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section d'Icogne.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 12.

131. Lens.

Par décret du 26 XI 1904, le Grand Conseil du canton du Valais érigea les 4 sections de la commune de Lens en communes séparées sous les noms de Lens, Chermignon, Montana et Icogne. Les biens et avoirs grandbourgeoisiaux, soit appartenant à la Bourgeoisie d'ensemble de la commune de Lens, dite Grande Bourgeoisie, sont à répartir entre les bourgeoisies des nouvelles communes dans la proportion du nombre de leurs bourgeois.

NB. Une „Section de Lens de l'Association catholique suisse“ (fondée le 26 XII 1871) n'a plus d'activité depuis l'année 1904 (à partir de cette année, les cotisations annuelles n'ont plus été payées). On attend une occasion favorable pour réorganiser cette association.

Assistance légale de la commune de Lens.

Historique: Jusqu'à l'année 1905, le cercle d'assistance de Lens comprenait 4 sections, dont chacune avait à sa tête une commission; la fortune était d'environ fr. 900 en immeubles et fr. 11,350 en capitaux.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898, comprend la nouvelle commune de Lens.

Ressources: La récolte de deux vignes donnant annuellement environ 540 litres de vendange foulée; les intérêts du capital.

Fortune: Fr. 7000 en capitaux.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 130 en partie — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 127 en partie.

Donation de Martin Lamon à Lens.

Fondée en 1880 par M. Martin Lamon, ancien président de Lens (Fr. 1000).

But: Pour achat de matériel scolaire.

Ressources: Intérêt de ce capital.

Fortune: Un capital de Fr. 1000. — Les fonds des écoles de Lens comptent au total fr. 20,278 provenant de diverses donations: fr. 16,158 aux écoles des filles, dont fr. 15,000 par M^{lle} Lucie Mabillard, de Lens, religieuse Ursuline à Brigue, pour le traitement de deux sœurs enseignantes; fr. 1000 aux écoles des garçons (c'est la donation Martin Lamon); fr. 3120 pour les écoles de Lens indistinctement.

Organe: Le procureur-recouvreur des fonds scolaires.

Fonds d'études à Lens.

Fondé: Le 16 XII 1805 par M. le chanoine Simon Emery.

But: Pour aider des étudiants de la commune dès qu'ils sont aux rudiments de la langue latine. — En outre, les ressortissants de l'ancienne section de Lens ont la préférence sur le Fonds Bonivini de Lens (voir sub Sion „Places gratuites pour Valaisans à l'Université d'Innsbruck“).

Ressources: Fr. 144. 90 par an.

Fortune: Fr. 3620 en capitaux.

Organes: Un procureur, surveillé par une commission composée du président, du juge et du secrétaire de la commune.

Ecole enfantine, à Lens.

Instituée: En 1891, pour les deux sexes. Il y a eu des interruptions.

But: La garde et l'instruction des petits enfants durant deux mois de l'été dans les pressants travaux de la campagne.

Ressources: Dons annuels et prestations de la commune.

Organe: Une institutrice.

„Croix-d'Or“, Ligue catholique suisse d'abstinence. — S. K. A. L.

Siège: Lens (comme domicile de l'agent central romand).

But: La lutte antialcoolique.

Organes: Secrétaire général (Mr. le chanoine Jules Gross, agent central romand de la S. K. A. L.) — Président central (Mgr. Ruegg, évêque de St-Gall) — Vice-président central allemand (M. Ming, conseiller national, à Sarnen) — Vice-président central romand (Mgr. le curé Membrez à Delémont).

„Réveil“ (Jeunesse catholique abstinent).

Comité central (Président: Mr. le chanoine J. Gross, à Lens — Caissier: Mr. E. Voisard à Fontenais [Jura] — Secrétaire: M^{lle} Charlotte de Chatsonay, Sierre).

Voir: „Réveil“ (Jeunesse abstinent), société valaisanne (siège central: Sierre).

Prêtres abstinents, Section spéciale de la „Croix-d'Or“ (Ligue valaisanne de tempérance).

Voir: „Croix-d'Or“ (siège: Sierre).

Cette section s'est fait inscrire dans la société „Priester-Abstinenten-Bund“ (société fondée pour les pays de langue allemande et dont le président central est le prince Max de Saxe, à Fribourg).

Membres: 15 (la majorité fait partie de l'une ou l'autre section locale).

„Croix-d'Or“, Section de Lens de la Ligue valaisanne de tempérance.

Voir: „Croix-d'Or“.

Membres: 32.

NB. Mr. Jules Gross, poète renommé, a aussi pris l'initiative avec T. Combe, Adolphe Ribaux, J. Autier, etc., de fonder la Société des Littérateurs et Artistes abstinents; elle s'organisera bientôt et comptera un certain nombre de poètes, romanciers, musiciens. On publiera un recueil littéraire annuel, intitulé „L'Idéal“. La société a pris le nom: l'Idéal. Secrétaire ad interim: René Charrey, compositeur à Genève.

„Réveil“ (Jeunesse abstinent), Section de Lens.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 32.

132. Miège.

Assistance légale de la commune de Miège.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Cas échéant: versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 131 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 128.

Institution protectrice de l'enfance (école enfantine), à Miège.

Fondée: En 1905.

But: Exprimé dans le titre.

Fortune: Fr. 2000.

Organe: Conseil communal.

133. Mollens.

(Avec Randogne: La paroisse St-Maurice-le-Laques.)

Assistance légale de la commune de Mollens.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 132 — II St. de l'A., II A. c. I N° 129.

Fonds des pauvres de la paroisse de St-Maurice-le-Laques.

(Communes de Mollens et Randogne.)

Fondé: La date est inconnue.

But: Secourir les indigents.

Ressources: Intérêts des capitaux.

Fortune: Fr. 1600.

Organe: Conseil municipal de Mollens.

II St. de l'A., II B. d. 3 N° 5.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de la paroisse de St-Maurice-le-Laques.

(Commune de Randogne et Mollens.)

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 18—20.

134. Montana.

Assistance légale de la commune de Montana.

Historique: Il existait à Montana, une „Confrérie du St-Esprit“; la donation de cette confrérie fut employée pour le fonds des écoles (suivant approbation de Monseigneur l'évêque).

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: L'assistance légale des pauvres de la commune de Montana s'exerce: 1° par les parents jusqu'au 8° degré et répartie par les soins du comité de bienfaisance de l'endroit; 2° lorsque les parents jusqu'au 8° degré ne possèdent aucune fortune, les pauvres sont assistés aux frais de la commune.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 130 en partie — II St. de l'A., II A. c. I N° 127 en partie.

„Armouna de la Tovachière.“ — Aumône du consortage du bisse de la Tovachière, à Montana.

Il existe, dans la commune de Montana, un consortage ayant pour but l'arrosage de la partie méridionale de la commune. L'irrigation se fait par une fontaine coulant toute l'année, et appelée „Fontanna de la Tovachière“. Le consortage est administré par deux procureurs ayant, entre autres charges, le devoir de distribuer annuellement une soupe ainsi que du pain et du fromage et un verre de vin à tous les besogneux du village de même qu'aux enfants. Cette coutume existe depuis des temps immémoriaux et porte le nom significatif de „Armouna de la Tovachière“.

Station climatérique de Montana. — Sanatorium Stephani (S. A.), à Montana.

Fondé: En 1902, ouvert en juin 1903, faisant suite aux sanatoriums payants fondés à Montana par M. le Dr Stephani en 1897 (l'Hôtel de Beauregard ayant fonctionné comme sanatorium en 1897 et 1898, le Sanatorium de Beauregard ayant fonctionné de 1899 à 1904 est affecté maintenant comme hôtel aux sportsmen, sous le nom de Palace Hôtel Montana).

But: Traitement des affections tuberculeuses internes, spécialement des poumons, à leur début, dans leur phase curable. Clientèle surtout française. Tarif: 9 à 16 francs par jour. 45 lits et dès fin 1907, 55 lits.

Fortune: Société genevoise par actions au capital de fr. 160,000 avec emprunt hypothécaire de fr. 100,000. Exploitation rémunératrice depuis 1906, où le dividende distribué a été de 5 %.

Organes: Conseil d'administration de la „Société anonyme de la Station climatérique de Montana“ à Genève (composé de 3 membres).

135. Randogne.

Sur les territoires des communes de Randogne et de Montana est située la station de Montana-Vermala.

Catastrophe: 31 I 1898. L'incendie du village de Randogne; perte totale fr. 179,896; produit de la collecte fr. 52,479. 60.

Assistance légale de la commune de Randogne.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Les revenus des fonds s'emploient annuellement pour donner des secours aux familles pauvres.

Fortune: La commune de Randogne possède une caisse des pauvres dont les fonds s'élèvent à fr. 1500 environ; elle est administrée par le conseil communal.

Organe: Le Conseil communal forme le Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 133 — II St. de l'A., II A. c. I N° 130.

**Sanatorium populaire genevois de Clairmont-sur-Sierre. —
Sanatorium genevois de Clairmont à la Combaz. —
Volks-Sanatorium für Lungenkranke in Clairmont ob Siders und Genfer Ferienkolonie.**

Fondation genevoise, en conformité de la loi du canton de Genève sur les Fondations du 22 VIII 1849.

Historique: D'après une statistique établie par M. le conseiller d'Etat D^r Vincent, il y a eu à Genève, pendant la période de 1885—1894, 4069 décès dus à la tuberculose sur 22,605, soit plus du cinquième de la mortalité. Il s'agissait donc de lutter, par tous les moyens possibles, contre le fléau, et, en 1896, le Conseil d'Etat de Genève nomma dans ce but une commission médicale. M. le D^r Vincent présenta le 13 III 1897, comme rapporteur de cette commission, un rapport très complet, dans lequel il concluait à la nécessité de créer un sanatorium pour les indigents tuberculeux genevois. Parmi les défenseurs genevois de l'utilité d'un sanatorium, l'un des plus zélés fut le D^r Hippolyte Gosse; il réussit à constituer un comité provisoire en vue de l'étude des voies et moyens pour cette création (1^{re} réunion: 18 III 1898). L'acquisition de 39,037 m² de terrains situés au plateau de Vermala-Montana fut décidée (avec une source, un chalet, les terrassements et une route pour une somme de fr. 43,626.50). Le sanatorium, dont le coût peut paraître élevé (fr. 324,000 environ, sans les terrains ni le mobilier) a été construit avec la plus stricte économie. L'ambition du comité provisoire aurait été de construire le bâtiment et de le meubler avec les seules ressources que lui procurerait la population genevoise; mais les sommes recueillies n'ont pas suffi pour subvenir aux frais de construction et d'aménagement d'un sanatorium correspondant à l'importance de la population du canton de Genève. Aussi, le comité a dû, à regret, solliciter des subventions des autorités gouvernementales et municipales. L'appel a été entendu et les subsides accordés (fr. 100,000 de la ville de Genève sur les fonds de la succession Charles Galland et fr. 75,000 de l'Etat de Genève), joints aux produits de la souscription et des nombreuses soirées données au bénéfice du sanatorium, ainsi qu'aux dons et legs en sa faveur (p. ex. fr. 25,000 de Georges Valloton), ont permis de construire et de meubler le nouvel établissement hospitalier. La commission d'initiative ne possédait pas d'existence légale; pour lui assurer cette existence, l'Etat préférant que le sanatorium restât une institution privée, il convenait de constituer cet établissement en fondation. Le 2 XI 1901, le Grand Conseil du canton de Genève approuvait les statuts de la fondation du sanatorium populaire genevois. Régulièrement et définitivement constituée, la fondation reçut de la

commission d'initiative, dont le rôle était terminé, l'actif recueilli par ses soins. C'est le 23 X 1903 que sont montés à Clairmont les deux premiers malades, et au 31 XII 1904 les malades étaient au nombre de 43 pour 62 lits disponibles. — Un autre établissement, le Sanatorium de Beauregard, sur Montana (à Orsières près Montana), en faillite, n'a pu être vendu en deuxième enchère (1905). Cette entreprise grandiose a coûté en son temps fr. 700,000, mais ne trouva pas d'amateurs pour la somme de fr. 400,000. Ensuite, ce sanatorium a été transformé en hôtel de premier ordre sous le nom de Palace-Hôtel, comme tel il prospère.

Ouverture: 23 X 1903.

But: 1^o Sanatorium populaire: Le sanatorium de Clairmont est exclusivement destiné aux malades indigents ou peu fortunés atteints de phtisie pulmonaire peu avancée, dont l'état est susceptible d'amélioration ou de guérison. Le sanatorium étant en première ligne destiné aux Genevois, puis aux Confédérés et aux étrangers habitant dans le canton, les personnes qui ne seront pas domiciliées dans le canton de Genève depuis 2 ans au moins ne seront admises que par exception et au tarif prévu pour les étrangers. Il est réservé au tarif ordinaire 2 lits aux ressortissants du canton du Valais. La durée de la cure sera fixée pour chaque malade par le médecin-directeur pendant le premier mois de séjour à Clairmont, la cure ordinaire étant de 3 mois. Prix de pension par jour: en dortoir: fr. 3 ordinairement (évent. pour les enfants de 10 à 15 ans fr. 1), fr. 5 pour les étrangers; en chambre particulière: fr. 5 ordinairement, fr. 7 pour les étrangers. — 2^o Colonie de vacances pour enfants tuberculeux ou prédisposés.

Ressources: Revenus des biens de la fondation, subventions de l'Etat de Genève et des communes genevoises, prix de la pension des malades, dons et legs. — Il existe, à Genève, une „Société auxiliaire du Sanatorium de Clairmont sur Sierre“ (fondée le 11 IX 1901) qui a pour but: de faciliter aux malades tuberculeux indigents le séjour dans le Sanatorium; de venir en aide aux familles de malades en séjour dans le Sanatorium; éventuellement aussi de fournir des subsides pour l'exploitation du Sanatorium.

Fortune: fr. 500,000 environ.

Organes: Commission administrative à Genève (composée de 9 membres dont 3 sont nommés par le Conseil d'Etat de Genève, 2 par la Commission administrative de l'Hôpital cantonal à Genève et 4 par la Société auxiliaire du Sanatorium), sous-commission médicale (de 4 docteurs), Bureau de l'Hôpital du canton de Genève, médecin-directeur à Clairmont.

**Section „Santé“ de la „Ligue antialcoolique
(Alkoholgegnerbund)“, à Clairmont.**

(Sanatorium populaire genevois sur Sierre.)

Fondée: IV 1907 (provisoirement).

But: Maintien de l'abstinence après la rentrée des pensionnaires dans la vie ordinaire.

136. St-Jean.

(St-Jean et Pinsec.)

**Confrérie du St-Esprit de la Vallée d'Anniviers.
Bruderschaft vom hl. Geiste im Eifischtal.**

Siège d'administration: A Pinsec (Anniviers).

Historique: Le 1^{er} II 1254, l'évêque Henri I de Rarogne promet de maintenir la Confrérie, qui se fait à Anniviers le jour de la Pentecôte et les 2 jours suivants; 2 II 1266, le donzel Jacques d'Anniviers vend un cens au nom de la Confrérie; 4 II 1267, Pierre dit Ministre de Louèche vend un cens de 6 muids de seigle à la Confrérie; 6 VI 1268, Antoinette de Venhône donne un cens de 6 fichelins de seigle à la Confrérie.

But: Philanthropique (comme dans d'autres localités).

Membres: 5.

Ressources: Dons.

Organe: 1 administrateur.

Assistance légale de la commune de St-Jean.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organe: Conseil communal.

1 St. de l'A., I N° 134 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 131.

137. St-Léonard.

Catastrophe: La commune de St-Léonard a souffert en 1888, 1^{er} VIII, d'une terrible inondation qui a couvert de gravier et de limon toute la plaine et détruit toutes les récoltes. Maintenant tout est remis en culture, excepté quelques mille mètres où la couche de gravier se trouve trop épaisse.

Assistance légale de la commune de St-Léonard.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898. — Les intérêts des familles pauvres sont placés entre les mains d'un comité de bienfaisance établi par la loi. Ce comité répartit les frais d'entretien d'une famille, ou de l'un de ses membres incapable de travail, entre tous les parents jusqu'au huitième degré. Une chambre pupillaire gère princi-

palement les intérêts des mineurs et des interdits, en leur nommant un tuteur ou curateur et en dressant dans des registres spéciaux l'inventaire de leurs biens.

Ressources: Pour les voyageurs pauvres, il n'y a pas non plus de fonds de réserve, c'est la caisse municipale qui en supporte les frais. Il en est de même pour l'entretien des gens de la commune, privés de fortune, incapables de travail et sans parents connus.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres); Chambre pupillaire (elle compte aussi 3 membres et 2 suppléants en plus).

I St. de l'A., I N° 135 — II St. de l'A., II A. c. I N° 132.

Société de Secours mutuels à St-Léonard.

Société philanthropique (n'est pas encore affiliée aux autres sociétés similaires établies en Valais).

Fondée: En 1861.

But: Secourir ses membres malades, à raison de fr. 1 par jour de maladie constatée par déclaration d'un médecin. Les frais de médecin et de pharmacie sont à la charge des malades. Lorsque la maladie dure au-delà de 3 mois, l'assemblée peut voter des subsides extraordinaires. — Il est d'usage aussi, dans la société, de travailler gratuitement les immeubles du malade, si celui-ci ne peut payer des ouvriers pour le remplacer.

Membres: 134 (en 1861: 20). Les cotisations sont de fr. 5 par an et par membre.

Fortune: Fr. 4000 en capitaux et fr. 2000 en immeubles (vignes).

Organes: Comité (de 5 membres), 4 commissaires (nommés pour visiter les malades, pour éviter les fausses réclamations, etc.).

138. St-Luc.

Catastrophes: 1845. L'incendie du village de Luc. — 1^{er} VII 1858, nouvel incendie du village de Luc (60 maisons d'habitation et 60 granges, etc.); pertes fr. 122,973.

Assistance légale de la commune de St-Luc.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: La caisse municipale. — Il n'existe point dans la commune de St-Luc de société de bienfaisance séparée; la „Confrérie du St-Sacrement“ ne fait point d'aumône en dehors de ses membres. C'est la caisse municipale qui contribue à l'assistance des pauvres. Celle-ci reçoit annuellement de la Confédération ou de l'Etat quelques subsides proportionnellement aux dépenses qu'elle fait; c'est pour les écoles que ces subsides sont destinés. L'assistance des pauvres,

dans la commune de St-Luc, regarde principalement les écoles (fourniture de matériel scolaire et pension). Pour le reste chacun se suffit à lui-même.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 136 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 133.

139. Sierre.

Institut cantonal des Sourds-muets du Sacré-Cœur à Géronde, près Sierre, Valais.

Fondé en 1894 par l'Etat du Valais (Convention avec le Rév^me Evêque du Diocèse du 15 III 1894, concernant la remise des bâtiments du monastère ou séminaire Géronde; Arrêté du 24 IV 1894, concernant la création de l'institut; Convention avec la Congrégation de la Ste-Croix à Ingenbohl, canton de Schwyz, du 1^{er} II 1894, concernant la remise de la Direction). Date de l'ouverture de l'institut: 1^{er} X 1894.

Historique: L'idée de la fondation fut donnée par le doyen Blatter. Le Conseil d'Etat soumit un projet au Grand Conseil le 1^{er} XII 1893, qui décida de considérer l'institut de Géronde comme tel. — Plus de 15 ans avant la fondation de Géronde, Monseigneur Blatter (1820—1897), Grand Doyen du Vénérable Chapitre de l'Evêché de Sion et Vicaire Général, Directeur du Séminaire et des orphelinats des garçons et des filles à Sion et fondateur de ce dernier, avait porté son esprit de charité sur ces êtres privés de l'ouïe et de la parole. Le 15 V 1890, la Congrégation de la Ste-Croix à Ingenbohl, canton de Schwyz, ouvrit à Gruyères, canton de Fribourg, un institut de sourds-muets, subventionné par l'Etat de Fribourg. Dès que cette nouvelle fut connue en Valais, Monseigneur Blatter n'eut rien de plus pressé que de visiter ledit institut. Le 1^{er} V 1891, il y plaça les 2 premiers sourds-muets, et le 1^{er} X de la même année Gruyères abrita déjà 10 sourds-muets valaisans, pour lesquels le digne prélat s'était constitué caution solidaire. Son zèle le poussa plus loin. Bientôt il eut gagné pour la cause des sourds-muets M. Léon Roten, alors chef du Département de l'Instruction publique. Lui aussi honora Gruyères de sa visite et en revint avec la ferme résolution d'être un zélé protecteur des sourds-muets. On mit courageusement la main à l'œuvre. Le projet fut soumis au Grand-Conseil qui, dans sa séance du 1^{er} XII 1893, conféra au Haut Conseil d'Etat les pouvoirs nécessaires pour la création d'une institution cantonale pour les sourds-muets. Monseigneur Blatter, de douce et vénérée mémoire, avait fait l'acquisition de la maison Wolf à Sion en vue de la création de l'Institut des sourds-muets. Le Haut Conseil d'Etat

ayant trouvé ce bâtiment trop petit pour une fondation cantonale, M. Jean-Marie de Chastonay, alors Chef du Département de l'Intérieur, fit l'heureuse proposition d'utiliser le vieux monastère de Géronde, si riche en pieux souvenirs et si vénérable par son âge et sa belle construction. Aussi le Révérendissime Evêque de Sion, Monseigneur Abbet, agissant comme administrateur du séminaire diocésain, se fit-il un plaisir de céder à l'Etat la jouissance gratuite de ce bâtiment. Par cet abandon généreux la création de cette œuvre d'éducation et de charité chrétienne fut de beaucoup facilitée. De suite les réparations furent commencées et sagement dirigées par M. de la Pierre, en ce temps chef du Département des travaux publics. La direction et l'administration de cette fondation furent confiées à la Congrégation de la Ste-Croix à Ingenbohl; celle-ci s'engagea d'ouvrir l'établissement le 1^{er} X 1894. Le Haut Conseil d'Etat se réserve la haute surveillance sur cet institut en ce qui concerne l'exécution de la convention du 1^{er} II 1894, faite entre le haut Conseil d'Etat et la dite Congrégation. Il s'engage à faire les réparations majeures et à fournir le gros mobilier. La Congrégation prend à sa charge les réparations locatives et le reste de l'installation. Le 1^{er} X 1894 l'institut des sourds-muets à Géronde s'ouvrit avec 23 élèves, dont 10 venus de Gruyères et 13 de communes avoisinantes. Jusqu'à présent l'Etat consacra chaque année fr. 4000 à l'agrandissement et aux réparations du monastère, qui se firent au fur et à mesure des besoins, et il faudra encore une dizaine d'années pour les terminer. (St Bernalde Jaggy, Directrice.)

But: Instruction et éducation physique, intellectuelle et morale. Apprentissage d'un métier.

Places: 80.

Ressources: Prix de la pension: fr. 1 par jour. L'Etat paye la demi-pension de 40 élèves. L'autre moitié est payée par les parents, les communes, les bienfaiteurs directs, le fonds pour l'Institut des sourds-muets, qui alloue un subside de fr. 50 dans des cas urgents. L'Etat consacre chaque année fr. 4000 du subside fédéral des alcools pour les réparations et installations des bâtiments du monastère.

Fortune: Point.

Exploitation agricole: Effectif du bétail: 4 pièces de l'espèce bovine et 1 porc.

Personnel: Les sœurs de la Ste-Croix à Ingenbohl. Maître cordonnier. Maître menuisier.

Organes: La Directrice, le Haut Conseil d'Etat, le Département de l'Instruction publique, le Département des Finances et le Département des Travaux publics.

N., C. 12 N° 4.

Fonds für die Taubstummen-Anstalt von Gerunden bei Siders.
Fonds pour l'institut des sourds-muets de Géronde
près Sierre.

Errichtet — Créé: 14. XII. 1900 (Datum des Staatsratsbeschlusses). — 14 XII 1900 (date de l'arrêté du Conseil d'Etat).

Zweck — But: Der Fonds ist zum Unterhalt und zur Erweiterung der Taubstummenanstalt (soweit dafür nicht unmittelbar aus Staatsmitteln gesorgt wird), sowie zur tunlichsten Beitragsleistung an das Kostgeld unbemittelter Zöglinge bestimmt. — Le fonds est destiné à l'entretien et au développement de l'institut des sourds-muets de Géronde, pour autant qu'il n'y est pas pourvu directement par l'Etat, et à subvenir dans la mesure du possible au paiement de la pension des élèves pauvres.

Vermögen — Fortune: Fr. 17,666. 25 (Aktivbestand auf 31. XII. 1905), dabei Fr. 9000 Liegenschaften (Reb- und Mattland, Wasserrechte). Den Grundstock bildeten die durch Akt vom 9. II. 1900 von Benedikt Zufferey erworbenen, in Reb- und Mattland bestehenden Grundgüter in Gerunden und die bei der Hypothekar- und Sparkasse von Wallis angelegten, von der Gabensammlung zu gunsten der Anstalt herührenden Geldwerte. — Fr. 17,666. 24 solde créancier au 31 XII 1905 dont fr. 9000 en immeubles (vignes, prés, cours d'eau). La fortune principale est représentée par le domaine de Géronde (vignes et prés) acquis suivant acte du 9 II 1900 de Benoît Zufferey et par les valeurs déposées à la caisse d'épargne et hypothécaire du Valais et provenant des souscriptions faites annuellement en faveur de l'institution.

Mittel — Ressources: Gutsertrag, Geschenke, Gabensammlungen etc. — Produit des immeubles, intérêts, legs et quêtes.

Organ — Organe: Ausschuss (von 5 Mitgliedern, dabei der Anstaltsgeistliche von Amtes wegen). — Commission de 5 membres dont l'aumônier de l'institut fait partie de droit.

Préfecture du district de Sierre.

Compétences: Voir Préfecture de Sion.

Assistance légale de la commune de Sierre.

Historique: Dès 1870 à 1905, la somme annuellement dépensée par la commune pour l'assistance des pauvres a été de fr. 300. Les sommes annuellement imposées aux parents des assistés et versées par eux, ont été en 1900 fr. 650, en 1901 fr. 650, en 1903 fr. 1000, en 1904 fr. 1000 et en 1905 fr. 110.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts du capital, etc.

Fortune: Environ fr. 10,000 („Fonds pour les pauvres de la commune“).

Organes: Comité de bienfaisance (composé de 5 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 137 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 134, et II A. c. 2 N° 1.

Asile St-Joseph à Sierre. — Asile des vieillards de Sierre. — Armen- und Krankenhaus Siders.

Fondé: (Date de l'approbation des statuts par le Conseil d'Etat: 18 V 1896.) Ouverture: XII 1900.

Historique: En 1882, il a été formé un comité d'initiative pour la fondation d'un asile de pauvres. (Membres: M. le curé M. Schnyder, M^{me} Julie de Chastonay, M^{lle} Justine de Courten, etc.). L'initiative est due à la commune et à la bourgeoisie de Sierre.

But philanthropique: Le soulagement des miséreux.

Places: Pour 40 malades ou pauvres.

Ressources: Pension, intérêts, dons; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 50).

Fortune: Fr. 85,000, savoir 55,000 en bâtiments, 25,000 en capitaux, 5000 en rural.

Organes: Comité (de 5 membres) — Direction (sœurs d'Ingenbohl).

Confrérie du Saint-Esprit de Sierre.

Historique: Le 30 V 1337, Jean, vidomne d'Orsières, assignait un cens de quatre fichelins de seigle en faveur du curé et de la Confrérie du Saint-Esprit de Sierre.

But: Entretien des églises, etc.

Membres: 55.

Ressources: Offrandes et intérêts des capitaux.

Fortune: Fr. 14,000.

Organe: Conseil d'administration (de 5 membres).

Société de Secours mutuels de Sierre.

(Section de la Fédération valaisanne de Secours mutuels.)

Fondée: En 1896.

But: Secourir les membres malades.

Membres: 120 environ.

Ressources: Cotisations fr. 12 par an et les intérêts des capitaux.

Fortune: Fr. 9300 environ.

Organe: Comité (de 5 membres).

**Société valaisanne de la Croix-Rouge, section de Sierre. —
Zweigverein vom „Schweizer. Roten Kreuz“ in Siders.**

Fondée le 11 II 1906, comme première organisation de la Croix-Rouge dans le canton du Valais.

But: Formation de samaritains pour soigner les malades.

Membres: 71.

Ressources: Cotisations fr. 2.

Fortune: Fr. 150.

Organe: Comité.

**Catholiques abstinents, Bureau international provisoire,
à Sierre (Suisse).**

But: L'initiative de la fondation d'une Fédération internationale nommée „Catholici Abstinentes“, pour réunir si possible toutes les sociétés catholiques d'abstinence totale du monde entier (environ 300,000 membres). Plusieurs sociétés ont déjà donné leur adhésion (Sobrietas „Hollande“; Ligue St-Michel, Utrecht, Hollande; Verein abstinenten Katholiken Deutschlands, Sitz Hamburg; Société de St-Pierre Claver, Rome; Ligue catholique suisse, S. K. A. L.; Réveil; Prêtres abstinents; adhésion pas encore définitive: Cath. Total Abstinence Union of America; League of the Cross [Angleterre]). La fédération s'organisera au Congrès de Stockholm.

Organes: Directeur (Mr. Jules Gross, chanoine du Grand St-Bernard, à Lens) — Trésorier (Mr. Oscar Monay, abbé) — Secrétaire (M^{lle} Charlotte de Chastonay, Directrice du Secrétariat d'abstinence, à Sierre).

Secrétariat catholique d'abstinence, à Sierre.

Fondé: En 1906.

But: Le bureau tient le dépôt des publications antialcooliques. Il correspond avec les sections valaisannes de la Croix-d'Or et du Réveil (pour la Suisse romande).

Organe: Directrice.

Le Secrétariat: Siège du Bureau provisoire „Catholici abstinentes“.

**„Croix-d'Or“, Section valaisanne de la Ligue catholique
suisse d'abstinence (S. K. A. L.).**

Siège: Sierre (Secrétariat d'Abstinence, domicile du président: Lens).

Fondée: En 1904 sous le nom de „Ligue valaisanne de tempérance et d'abstinence“.

Historique: La ligue valaisanne avait d'abord deux degrés et ne faisait pas partie de la S. K. A. L. Au bout de 6 mois, l'abstinence a prévalu.

Sections formant cette association catholique: diverses sections locales et 2 sections spéciales.

But: La lutte contre l'alcoolisme.

Membres: 260 environ (membres des sections et membres isolés).

Ressources: Cotisations des membres, etc. Entre autres: subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 600).

Organe de publicité: „Réveil suisse“ à Delémont.

Organes: Comité (de 7 membres) — Bureau (Président, deux vice-présidents, secrétaire, caissier).

Section des Maîtres et Maîtresses abstinents, Section spéciale de la „Croix-d'Or“ (Ligue valaisanne de tempérance).

Voir: „Croix-d'Or“.

Membres: 18 (plusieurs, la majorité fait partie de l'une ou l'autre section locale).

**Société de tempérance de Sierre, Section de la Ligue
valaisanne „Croix-d'Or“.**

Fondée: En 1890.

But: La lutte antialcoolique.

Membres: 32.

Ressources: Finances et cotisations des membres; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 80).

Organe: Comité.

„Réveil“, Jeunesse abstinente.

Société valaisanne.

Siège: Sierre.

Fondée en 1906 par M. Osc. Monay, professeur, et M. J. Gross, chanoine.

But: La lutte antialcoolique.

Membres: Environ 470 (membres des sections).

Organe de publicité: „Le Réveil“ (Delémont).

Organes: Présidence cantonale du Réveil (président en 1907: M. l'abbé L. Zufferey, curé de Port-Valais); Secrétariat catholique d'abstinence, à Sierre.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Sierre.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 25 environ.

Jünglingsverein Siders.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vergl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Ecole professionnelle de Sierre. — Cours professionnels institués par la „Société des arts et métiers de Sierre“. — Gewerbeschule Siders. — Gewerbliche Kurse für Knaben.

Fondés: En 1901.

But: Exprimé dans le titre.

Ressources: Subsidés fédéraux, cantonaux et communaux, cotisations (subvention de la Confédération et du canton pour 1906: fr. 800).

Fortune: Aucune.

Organes: Comité (de 3 membres) — 3 professeurs.

Ecole ménagère et de couture de Sierre. — Ecole de couture de Sierre. — Nähsschule Siders. — Haushaltungs- und Nähsschule Siders.

Etablie en 1903/04, à titre d'essai. — Jusqu'à la fin de l'année 1903 il existait à Sierre une école de couture et enfantine („Kleinkinder- und Handarbeitschule“) de la „Congrégation de la Ste-Famille“; conformément à l'art. 52 de la Constitution fédérale et à l'arrêté du Conseil fédéral du 19 VIII 1902, les „Religieuses de la Sainte-Famille“ quittèrent l'établissement en Suisse.

But: Enseignement des travaux de couture, etc.

Ressources: Subventions fédérales, cantonales et communales (subvention de la Confédération et du canton pour 1906: fr. 1500).

Fortune: Aucune.

Organes: 2 professeurs.

140. Venthône.

Assistance légale de la commune de Venthône.

Historique: Le fonds primitif a été, en 1860, incorporé au fonds des écoles. Les fonds des écoles s'élèvent actuellement à fr. 12,000, provenant en grande partie de la vente des parcelles de terrains de la grande bourgeoisie appliquée au fonds des écoles.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas de besoin, versements de la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres dont une demoiselle fait partie).

I St. de l'A., I N° 139 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 135.

141. Veyras.

Assistance légale de la commune de Veyras. — „Comité de bienfaisance.“

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898. La commune de Veyras, qui est

très petite, ne compte aucun établissement de bienfaisance proprement dit; il n'existe que ce comité.

Ressources: Budget municipal. Dans chaque cas particulier le comité répartit les charges par voie de budget sur la population des domiciliés à raison d'un cinquième par ménage et de 4/5^{m^{es}} par fortune. — Le dix pour cent est à la charge de la bourgeoisie.

Fortune: Aucune.

Organe: Les 5 membres du comité faisant partie du Conseil municipal.

I St. de l'A., I N° 138 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 136.

142. Vissoie.

Le village de Vissoie, au val d'Anniviers, dépendant jusqu'en 1904 des communes d'Ayer et de Grimetz, a été érigé, par décret du 28 XI 1904 du Grand Conseil du canton du Valais, en commune autonome, sous le nom de commune de Vissoie.

Catastrophe: 1879. L'incendie du village. (Arrêté du 10 XI 1880 concernant la reconstruction de Vissoie.)

Assistance légale de la commune de Vissoie.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas de besoin, versements de la caisse communale.

Fortune: Point.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 5 membres).

I St. de l'A., I N° 123 et 128 en partie — II de l'A., II A. c. 1 N° 120 et 125 en partie.

„Réveil“ (Jeunesse abstinent), Section de Vissoie.

Voir „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Membres: 15—20.

XII. Sion.

Le district de Sion comprend une partie de l'ancien dizain souverain de Sion (la ville de Sion, „Sedunum caput“, et les environs), formant dès le 22 IV 1798 jusqu'au 5 IX 1802, sans les communes de Veysonnaz et de Salins, le district de Sion du canton du Valais sous la République helvétique, dès le 5 IX 1802 jusqu'au 15 XI 1810, avec la commune de Nendaz, le dizain de Sion de la République valaisanne et dès le 26 XII 1810 jusqu'à l'année 1815, avec les communes de Nendaz, de St-Séverin (Conthey et les alentours) et d'Ayent, le canton de Sion de l'arrondissement de Sion du Département français du Simplon (les 7 communes politiques d'Arbaz, de Bramois, de Grimisuat, de Salins, de Savièse, de Sion et de Veysonnaz).

143. Arbaz.

Assistance légale de la commune d'Arbaz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts des capitaux, produit des quêtes faites entre dames.

Fortune: Fr. 750.

Organes: Comité de bienfaisance (les 3 membres de la chambre pupillaire), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 140 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 137.

144. Bramois.

Assistance légale de la commune de Bramois.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas de besoin, versements de la caisse communale.

Fortune: Nulle.

Organes: Comité de bienfaisance (de 3 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 141 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 138.

Société de secours mutuels pour les hommes en cas de maladie, à Bramois.

Fondée: En 1906.

But: La société secourt les malades par des subsides en nature et au besoin par des travaux, dans des moments pressants.

Membres: 21.

Ressources: La caisse est alimentée par des cotisations mensuelles de 50 cts. par homme.

Fortune: Environ fr. 900 (Fonds de la société).

Organe: La caisse est dirigée par 5 membres.

145. Grimisuat.

Assistance légale de la commune de Grimisuat.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas de besoin, versements de la caisse communale.

Fortune: Point.

Organes: Conseil communal, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 142 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 139.

146. Salins.

Assistance légale de la commune de Salins.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: La commune de Salins, près Sion (Valais), ne possède pas d'institution proprement dite pour assistance légale. — Les pauvres qui tombent à la charge de la commune sont entretenus par la municipalité et le subside de la bourgeoisie. — Une autorité de bienfaisance, composée de 3 membres, veille à ce que tous les pauvres soient secourus, ou par les parents ou par le conseil, à qui elle s'adresse pour les secours nécessaires.

Fortune: Il n'y a point de fonds.

Organes: Autorité de bienfaisance (composée de 3 membres), Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 143 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 140.

147. Savièse.

(Savièse, Chandolin, Drône, Granois et Ornone.)

Assistance légale de la commune de Savièse.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: Intérêts des capitaux; recettes prélevées sur l'impôt et les créances bourgeoises.

Fortune: Environ fr. 1200.

Organes: Conseil communal (de 11 membres), Président de la commune, Comité de bienfaisance (composé de 3 membres).

I St. de l'A., I N° 144 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 141.

148. Sion.

(Sion, Châteauneuf, Maragnenaz, La Muraz et Uvrier.)

Catastrophes: 1628/1629. La peste à Sion; dès le mois de IX 1628 jusqu'au 23 V 1629 on compta dans la capitale 614 victimes. — 24 V 1788. Grand incendie à Sion. 226 bâtiments, dont 126 maisons, furent détruits. Les deux châteaux épiscopaux, Tourbillon et la plus grande partie de la Majorie (Regierungsgebäude), ne présentèrent plus que des ruines. Les pertes furent évaluées à 1 million d'écus bons (1 écu = 25 batz; 1 batz = 15 cts.) Am genannten Tage, mittags, brach bei Tuchhändler Passy an der Kirchgasse Feuer aus. Als Brandursache wird von einigen die Unvorsichtigkeit eines Kretins, von andern die Unvorsichtigkeit einer Köchin, welche, um einem Bettler ein Almosen zu verabreichen, siedende Butter unbewacht über'm Feuer hatte, wieder von andern ein schadhaftes Kamin angegeben. 126 Häuser und 100 Scheunen verbrannten; 300 Familien wurden obdachlos. Liebesgaben: 5557 Kronen von Genf, Fr. 25 von Neuenburg, Fr. 15 von Appenzell, Fr. 200 von Freiburg, Fr. 100 von Solothurn, 100 Kronen von Wallis. — 17 V 1799. Pillages dans la ville de Sion par les Français. Plünderung von Sitten durch die Franzosen.

Grossrat des Kantons Wallis.

Grand Conseil du canton du Valais.

Aufgaben — Compétences: Unter anderem: Sorge für die öffentliche Armenpflege und für die Erziehung der hilflosen und verwahrlosten Kinder (enfance malheureuse) insbesondere nach legislativer Hinsicht. — Entre autres: La loi du 3 XII 1898 sur l'assistance a pourvu plus efficacement à l'assistance publique et à l'éducation de l'enfance malheureuse et abandonnée.

**Staatsrat des Kantons Wallis.
Conseil d'Etat du canton du Valais.**

Aufgaben — Compétences: Unter anderem:
a) Nach dem Armengesetz vom 3. XII. 1898: 1. Antragsrecht zur Gesetzgebung beim Grossen Rat. 2. Aufsicht über die öffentliche Armenpflege (Art. 2). 3. Überwachung der Kinderversorgung (Art. 13). 4. Erteilung der Bewilligung zum Angriff des Kapitalbestandes der Gemeindearmenfonds (Art. 19). *b)* Entscheid über Streitigkeiten betr. der den Burgerschaften für die Armenunterstützung auferlegten Beiträge, über Anstände betr. die Einbürgerung von Heimatlosen etc. etc. (Gesetz betr. Organisation und Amtsbefugnis des Gerichts über Verwaltungsstreitigkeiten vom 1. XII. 1877, Art. 8). — Entre autres: *a)* Conformément à la loi du 3 XII 1898: 1. Droit de proposition auprès du Grand Conseil. 2. Haute surveillance sur l'assistance publique à teneur de l'art. 12 de ladite loi (art. 2). 3. Veille au placement des enfants assistés (art. 13). 4. Autorise l'aliénation de capitaux appartenant au fonds des pauvres (art. 19). Est compétent, en cas de litige, pour régler les questions concernant la fixation du prix et des conditions pour l'admission de nouveaux bourgeois et l'incorporation, de même que la répartition des heimatlosen cantonaux, etc., en ce qui concerne les charges d'assistance. (Loi du 1^{er} XII 1877 sur l'organisation et les attributions du Tribunal du contentieux administratif, art. 8.)

**Staatsmittel und Leistungen für das Armenwesen.
Prestations de l'Etat.**

a) Nach dem Armengesetz vom 3. XII. 1898:
 1. Übernahme der Kosten der an durchreisende kranke Ausländer geleisteten Unterstützungen (Art. 3, Abs. 2).
 2. Subventionierung, resp. Gründung von Wohltätigkeitsanstalten und von Erziehungsinstituten, event. auch Unterstützung von Privatanstalten (Waisenhäuser, Asyle u. s. w.), welche die öffentliche Armenpflege entlasten (Art. 12).
 3. Fürsorge für Kinder (Art. 13).
b) Nach dem Dekret vom 18. V. 1810: Übernahme der Kosten für Findelkinder. — *a)* Conformément à la loi du 3 XII 1898:
 1. Les frais de secours ou de traitement médical occasionnés par des étrangers à la Suisse, atteints de maladie et en passage dans une localité sont supportés par l'Etat (art. 3, alinéa 2).
 2. L'Etat crée ou soutient par des subsides les institutions de bienfaisance et d'éducation de l'enfance malheureuse. Il peut encourager des institutions privées (orphelinats, asiles, etc.) qui poursuivent le même but que l'assistance légale (art. 12).
 3. Il veille au placement des enfants assistés (art. 13).
b) Conformément au décret du 18 V 1810, il supporte les frais de l'assistance des enfants trouvés.

**Departement des Innern des Kantons Wallis.
Département de l'Intérieur du canton du Valais.**

Aufgaben — Compétences: Unter anderem:
 Spezielle Aufsicht über das Gemeindearmenwesen, insbesondere Überwachung der Armengüter und Spezialarmenfonds der Gemeinden (Reglement über Organisation und Verwaltung des Staatsrates, der Staatskanzlei und der Departemente vom 11. XI. 1892, Art. 47, lit. *b*). Das Departement ist zur Ausstellung von Empfehlungsscheinen für den Transport inländischer Armer auf den schweizerischen Transportanstalten nach Reglement vom 1. X. 1899 befugt. — Entre autres: Est spécialement chargé de la surveillance des inventaires des biens des communes, de ceux des pauvres et des fonds spéciaux dont celles-ci ont l'administration. (Règlement du 11 XI 1892 sur l'organisation et l'administration du Conseil d'Etat, de la Chancellerie et des Départements, art. 47, litt. *b*.) Le Département est autorisé d'expédier les déclarations pour le transport, par les entreprises publiques, des pauvres indigènes conformément au règlement du 1^{er} X 1899.

**Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Wallis.
Département de Justice et Police du canton du Valais.**

Aufgaben — Compétences: Unter anderem:
 1. Ausübung der Fremdenpolizei (Reglement über die Organisation des Staatsrates etc. vom 11. XI. 1892, Art. 49, Ziff. 4^{bis}).
 2. Recht zur Ausweisung Kantonsfremder, die von der Polizei wegen Landstreicherei oder Bettel aufgegriffen wurden (Gesetz betreffend die Kantonsfremden vom 20. V. 1893, Art. 37). Das Departement ist zur Ausstellung von Empfehlungsscheinen für den Transport inländischer Armer auf den schweizerischen Transportanstalten nach Reglement vom 1. X. 1899 befugt. — Entre autres: 1. Exerce la police des étrangers. (Règlement du 11 XI 1892 sur l'organisation du Conseil d'Etat, etc., art. 49, chiffre 5.) 2. Prononce l'expulsion d'étrangers au canton, arrêtés par la police pour vagabondage, mendicité ou mauvaises mœurs. (Loi du 20 V 1893 sur la police des étrangers, art. 37.) Le Département est autorisé d'expédier les recommandations pour le transport des pauvres indigènes par les entreprises publiques de transport, conformément au règlement du 1^{er} X 1899.

**Sanitätsrat des Kantons Wallis.
Conseil de santé du canton du Valais.**

Aufgaben — Compétences: Unter anderem:
 Ausübung der Gesundheitspolizei (Gesetz über die Gesundheitspolizei vom 27. XI. 1896, Art. 13), insbesondere Sorge für richtige Behandlung der Armen

durch die Gemeinden während Epidemien (Gesetz über die Gesundheitspolizei vom 24. XI. 1849, Art. 16, Ziff. 11, jetzt: Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Epidemien-gesetz vom 22. I. 1892). Prüfung der von den Ortsgesundheitskommissionen gemachten Vorschlägen betr. die Entschädigung an dürftige, infolge Epidemien auslogierter oder internierter Personen (Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Epidemien-gesetz vom 22. I. 1892, Art. 23). — Entre autres: Exerce la police sanitaire (Loi du 27 XI 1896 sur la police sanitaire, art. 13); veille, en particulier, à ce qu'en temps d'épidémie les communes aient un soin convenable de leurs pauvres. (Règlement du 22 I 1892 pour l'exécution de la loi fédérale sur les mesures à prendre contre les épidémies offrant un danger général.) Les indemnités à allouer pour indigents et résultant des mesures prises en temps d'épidémies offrant un danger général, sont proposées par la Commission locale de salubrité publique et contrôlées par le Conseil de santé du canton.

„Hôpital cantonal (Legs Brunner)“.

„Kantonsspital (Legat Brunner)“.

(Fonds spécial du canton du Valais.)

Fondé: En 1903 par M. Ferdinand Brunner, juge, à Sion (paiements par l'hoirie de feu M. Brunner fr. 42,336).

But: Exprimé par le titre (voir art 19, al. 2, de la Constitution du canton du Valais, du 8 III 1907).

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Environ fr. 55,600.

Organes: Conseil d'Etat; gestion du fonds par le Département des Finances, en attendant l'ouverture de l'établissement.

Fonds de l'hospice cantonal. — Kantonsspitalfonds.

(Fonds spécial du canton du Valais.)

Créé en 1864 par une dotation testamentaire de M. le colonel Xavier de Cocatrix, de St-Maurice.

But: Accorder des subsides pour cures à l'hôpital des pauvres à Loèche-les-Bains et pour secours médicaux.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Environ fr. 5700.

Organes: Conseil d'Etat; gestion du fonds par le Département des Finances, en attendant l'ouverture de l'établissement.

Fonds pour la création d'une clinique cantonale. — Donation de la famille de Lavallaz, de Collombey, en faveur de l'établissement d'un fonds pour la création d'une clinique chirurgicale. — Fonds zur Gründung einer kantonalen Klinik.

(Fonds spécial du canton du Valais.)

Fondé en mai 1900 par M. P.-M. de Lavallaz et ses deux fils Albert et Eugène (voir Affaires adminis-

tratives du Grand Conseil du canton du Valais, session de mai 1900).

Historique: Le don généreux de fr. 10,000 fait par la famille de Lavallaz, de Collombey, a été versé à la caisse de l'Etat vers la fin de l'année 1901, et par celle-ci à la caisse hypothécaire cantonale pour y faire l'objet d'un compte spécial.

But: La création d'une clinique cantonale. Si dans un laps de temps de 12 années le capital n'a pas été appliqué à sa destination, ou, si à ce défaut, il n'a pas atteint à ce moment-là le chiffre de fr. 30,000, soit par des dons, soit par la capitalisation des intérêts, il fera retour, avec ses intérêts, au fonds pour la création d'un hôpital-infirmerie dans le district de Monthey.

Fortune: Environ fr. 12,900.

Ressources: Intérêts du capital.

Organes: Conseil d'Etat; Commission d'initiative de la future clinique (nommée en XI 1896).

Fonds pour maison de travail et asile pour ivrognes (buveurs).

Fonds für ein Arbeitshaus und Trinkerheilsyl.

(Fonds spécial du canton du Valais.)

Historique: Ce fonds a été constitué par des prélèvements sur la dîme du produit du monopole de l'alcool des années 1892, 1893 et 1894. Jusqu'en 1895, il faisait l'objet d'un compte complètement séparé. En 1895, le Conseil d'Etat a estimé qu'il était plus rationnel de le faire figurer à l'avenir dans les fonds spéciaux dont la gestion lui est confiée (actif: fr. 6402.25).

But: Création d'une maison de travail et asile pour ivrognes.

Fortune: Environ fr. 29,000.

Ressources: Intérêts du capital; versements de l'année prélevés sur le fonds du 10 % du monopole de l'alcool (dans la règle fr. 1000).

Organes: Conseil d'Etat; Département des Finances.

Fonds des inondés et incendiés.

Solde de la collecte des inondés et incendiés.

(Fonds spécial du canton du Valais.)

Fondé en 1868.

But: Les intérêts servent à payer les plans de reconstruction et les frais de répartition des collectes, et à accorder des subsides à des victimes, pour pourvoir aux premiers besoins.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Environ fr. 33,500.

Organes: Conseil d'Etat; Département des Finances.

Alkoholzehntel des Kantons Wallis.

10 % du produit du monopole de l'alcool.

Verwendung — Application: Der Alkoholzehntel wird verwendet: 1. Zu Beiträgen an die drei im Kanton bestehenden Waisenhäuser, an die zwei kantonalen Fonds für die Taubstummenanstalt Gerunden und für die Errichtung eines Arbeitshauses und Trinkerheilasyls, sowie an das Blindenasyl in Lausanne. 2. Zu Beiträgen an das Kostgeld: a) für arme Kinder in der Taubstummenanstalt Gerunden (je die Hälfte); b) speziell aus dem zur Verfügung des Staatsrates stehenden Betrag: für Blinde, Irrsinnige, jugendliche Verbrecher und entlassene Sträflinge. 3. Zu Beiträgen an Gemeinden, bezw. Gesellschaften oder Anstalten, für Speisung armer Schulkinder, an Volksküchen, zur Austeilung von Nahrungsmitteln und Kleidern an Arme, an Volksbibliotheken, für die Berufserlernung junger Leute und zur Unterstützung armer Durchreisender. 4. Zu Beiträgen an Temperenzvereine und -Lokale, überhaupt an die Temperenzbewegung. — Les 10 % du produit du monopole de l'alcool sont affectés: 1. A la création ou à l'entretien d'institutions publiques ou privées de bienfaisance ou d'éducation, telles que hôpitaux, cliniques, asiles, orphelinats et hospices, infirmeries, lazarets, pavillons d'isolement et établissements d'instruction publique. 2. A des maisons de correction, ainsi qu'à des établissements destinés à l'enfance vicieuse et abandonnée. 3. A des sociétés philanthropiques ayant pour but l'assistance ou le soulagement des classes pauvres, par l'institution de cuisines populaires et scolaires, ou par des distributions de vêtements. 4. A des conférences à donner sur les effets désastreux de l'alcoolisme et les moyens de le combattre, ainsi qu'à l'encouragement de sociétés de tempérance ou de consommation fournissant à bon marché des denrées de bonne qualité. — Les subsides accordés par le Conseil d'Etat pour le placement d'enfants pauvres, sourds-muets et ressortissants du canton, dans des établissements suisses, subsides prélevés sur la dîme de l'alcool, s'élèvent à la moitié du prix de pension. (Décision du Conseil d'Etat du 4 IX 1891; v. Rapport dud t Conseil, partie générale 1891, page 19.)

Mittel — Ressources: Jährlich zirka fr. 21,500 — par an environ fr. 21,500.

Organe — Organes: Grossrat — Grand Conseil, Staatsrat — Conseil d'Etat, Finanzdepartement — Département des Finances.

Commission cantonale des apprentissages à Sion.

(Institution faisant partie de la „Fédération suisse pour la protection des apprentis“ et de l'„Union suisse des arts et métiers“.)

Nommée: Le 12 II 1904 par le Conseil d'Etat, conformément à l'art. 24 de la loi du 21 XI 1903 sur l'apprentissage.

But: 1° Surveille l'application de la loi. — 2° Prononce sur la capacité des patrons à recevoir des apprentis. — 3° Etablit et soumet au Département de l'Intérieur cantonal le règlement des examens. — 4° Surveille les écoles et cours professionnels et fait rapport annuel sur leur marche. — 5° Prononce sans appel sur les différends relatifs au contrat d'apprentissage. — 6° Rédige les formulaires de contrats. — 7° Examine les contrats et les adresse à la commission communale. — 8° S'occupe du placement des apprentis.

Membres: 3 à 5, avec 2 suppléants.

Organe permanent: Secrétariat cantonal des apprentissages.

Kantonaler Lehrlingsfonds.

Fonds cantonal des apprentissages.

Errichtet — Créé: 21. VI. 1904 (Datum des vom Staatsrat erlassenen Reglements). — 21 VI 1904 (date du règlement élaboré par le Conseil d'Etat).

Zweck — But: Hebung des Fachunterrichts und Verbesserung des Lehrlingswesens. Aus dem Fonds werden gewährt: a) „Prämien“ bei den Lehrlingsprüfungen; b) unverzinsliche Darlehen zur Erleichterung der Bezahlung des Lehrgeldes an junge, dürftige Walliser- oder im Kanton niedergelassene Schweizerbürger; c) unverzinsliche Darlehen, um einzelnen begabten Lehrlingen nach der Fachprüfung den Besuch einer Gewerbe- oder Handelsschule zu ermöglichen; d) ausnahmsweise: Beiträge à fonds perdu (in Form von Gaben ohne Rückzahlung) zur Erlernung eines Berufes, dessen Einführung im Kanton nützlich wäre; zur Ausbildung in einer Fachschule als Lehrer oder Lehrmeister oder zum Studium von beruflichen und gewerblichen Fragen. — Développement de l'enseignement professionnel et perfectionnement des apprentissages. Il est accordé sur ce fonds: a) des „primes“ aux candidats, à l'issue des examens; b) des subsides à titre de prêt sans intérêt, pour aider à payer le denier d'apprentissage aux jeunes gens nécessiteux, valaisans ou suisses, domiciliés dans le canton; c) des subsides à titre de prêt sans intérêt, pour permettre à certains apprentis bien doués de faire, après l'examen professionnel, un stage dans une école spéciale d'industrie ou de commerce; d) exceptionnellement: des subsides à fonds perdus (sous forme de dons sans remboursement) pour l'apprentissage d'un métier ou d'une profession dont l'introduction serait utile au canton, de même que pour la formation dans une école professionnelle de maîtres spéciaux et de patrons, ou pour l'étude de questions d'ordre professionnel ou industriel.

Mittel — Ressources: Kapitalzinse, Staatsbeitrag — Intérêts du capital etc.

Vermögen — Fortune: Fr. 2030. 90 (Bestand auf 1. I. 1907). Der Fonds wird geäufnet: durch Staatsbeiträge (pro Jahr mindestens Fr. 2000), Kapitalisierung der nicht zur Verwendung gelangten Einkünfte, Legate und Geschenke, Bussen betreffend das Lehrlingswesen. — Fr. 2030. 90. Le fonds est nourri: par des subventions de l'Etat (au moins fr. 2000 par an), augmentation du capital par des revenus, des legs, des dons, des amendes, etc. non utilisés.

Organ — Organe: Kantonaler Ausschuss für das Lehrlingswesen — Commission cantonale des apprentissages.

Unterstützung von Lehramtskandidaten.

Subsides et stipendias aux élèves des écoles normales, etc.

(Ecole des élèves-instituteurs français et allemands à Sion. — Lehrerinnen-Seminar in Brig. — Ecole des élèves-institutrices françaises à Sion.)

Die Kosten der Zöglinge während der Dauer des Seminars werden zu $\frac{2}{3}$ bis $\frac{1}{3}$, je nach der Ausführung, den Vermögensverhältnissen etc. der Kandidaten, von der Staatskasse bestritten; die Schullehrer und Lehrerinnen, welche ihren Lehrkurs auf Unkosten des Staates gemacht, haben während 8 Jahren im Kanton Unterricht zu erteilen, unterlassenden Falles haben sie ihre Lehrkosten im Verhältnis der Zeit, während welcher sie nicht im Schuldienst des Kantons standen, zurückzuerstatten, soweit sie dazu im stande sind und nicht besondere Verhältnisse obwalten (Gesetz über den öffentlichen Unterricht vom 4. VI. 1873, Art. 80 und 82). Der Staat verabreicht an junge Leute, welche sich dem höhern Lehramt widmen wollen, Stipendien; die so Unterstützten haben während wenigstens 10 Jahren zur Verfügung des Staatsrates zu stehen; wenn die Stipendiaten in ihren Studien keinen Erfolg haben, oder den auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen, so kann der Staatsrat je nach den Umständen die Staatsunterstützung ganz oder teilweise zurückfordern (Beschluss vom 2. III. 1894). — Les élèves admis à suivre comme élèves réguliers les cours des écoles normales, reçoivent de l'Etat, selon leur conduite et le résultat des études, des subsides variant des $\frac{2}{3}$ au $\frac{1}{3}$ du total de la pension. Ceux qui suivent les cours à leurs frais ne sont pas tenus, le cours terminé, d'entrer dans la carrière de l'enseignement; les autres sont obligés d'enseigner pendant 8 années consécutives dans le canton, à moins d'empêchement justifié, ou de rembourser à l'Etat les subsides qu'ils en ont reçus et proportionnellement au nombre d'années pendant lesquelles ils auraient dû exercer leurs fonctions. (Loi du 4 VI 1873 sur l'instruction publique, art. 82.) Le Conseil d'Etat accorde des subsides aux jeunes gens qui voudraient poursuivre leurs études dans le but de

se vouer à l'enseignement dans les établissements d'instruction supérieure du canton. Celui qui demande un subside doit s'engager, d'une manière expresse, à se tenir à la disposition du Conseil d'Etat pendant 10 ans au moins. S'il renonce à l'enseignement avant ce terme il est tenu au remboursement total ou partiel du subside, sauf motifs majeurs admis par le Conseil d'Etat. Le remboursement du subside pourra également être réclamé de celui qui, faute de succès dans ses études, ne pourrait être admis à l'enseignement.

2 places gratuites pour les élèves du canton du Valais au séminaire archiépiscopal de Milan, dit „Collège Borromée“.

Historique: Le saint cardinal-évêque de Milan, Charles Borromée, avait fondé dans sa ville épiscopale un séminaire-collège pour l'instruction et l'éducation des jeunes gens de la Suisse qui se destinaient à la carrière ecclésiastique. Avant sa mort, il a réglé l'admission au collège helvétique de 2 jeunes gens valaisans qui, avec l'autorisation du Souverain-Pontife, y seront entretenus gratuitement tout le temps de leurs études philosophiques et théologiques, jusqu'à ce qu'ils aient obtenu le doctorat (Lettre de Benoît Allamaniaus à l'évêque Hildebrand de Riedmatten du 24 XI 1584). En 1797, l'Institut fut dissous; la Diète de la Confédération suisse protesta contre cette dissolution. Une convention conclue, le 22 VII 1842, avec le gouvernement I. et R. d'Autriche, assure aux cantons catholiques et mixtes 24 places gratuites au séminaire de Milan. A la suite des événements survenus en 1848, les cours du séminaire de théologie à Milan, où une institution du cardinal-archevêque Ch. Borromée a assuré ces 24 places gratuites aux ressortissants des cantons catholiques, n'ont pu être fréquentés par les Suisses. L'interruption de la jouissance de ce privilège motiva une démarche collective des cantons intéressés, dont les griefs ont été exposés dans une note du chargé d'affaires suisse à Vienne, adressée au ministre des affaires étrangères de S. M. I., démarche qui avait pour but d'obtenir du gouvernement d'Autriche le rétablissement de la Suisse dans la possession de ses droits, et une indemnité en raison de l'atteinte que ceux-ci ont soufferte de la part du gouvernement impérial. La démarche ne demeura pas sans succès, car, par une note du Ministre d'Autriche, en date du 12 VIII 1856, le chargé d'affaires suisse reçut l'assurance que des ordres avaient été donnés au gouvernement-général du Milanais, d'ouvrir de nouveau le collège Borromée aux ressortissants suisses, conformément à ce qui s'est pratiqué antérieurement à 1848. En 1859, il y a eu des négociations, ouvertes par le gouvernement de Schwyz, d'entente avec les autres cantons intéressés, dans le but de faire transférer au séminaire d'Innsbruck

les 24 places gratuites dont les cantons catholiques jouissent au collège Borromée à Milan. Ces négociations, rompues par l'effet de l'annexion de la Lombardie à la Sardaigne, ont dû être abandonnées. Le Conseil fédéral proposa, en 1860, au gouvernement sarde d'opérer le rachat des 24 places gratuites, moyennant une somme à régler entre les parties intéressées. Par pétitions adressées au Conseil fédéral, quelques Etats catholiques demandèrent que cette autorité se désistât de son projet de rachat, et, par un arrêté des 11/16 VII 1860, les Chambres suisses résolurent de ne pas y donner suite. En novembre 1860, le collège Borromée fut ouvert de nouveau aux élèves suisses; mais, avant la fin de l'année scolaire, ceux-ci ont failli en être renvoyés par suite du séquestre que le gouvernement sarde avait opéré sur les 24 places garanties aux cantons catholiques. Des négociations ayant été ouvertes entre les gouvernements suisse et italien pour régler amiablement la question de la séparation et du séquestre des biens des menses épiscopales italiennes, la permission de fréquenter ledit séminaire avait été maintenue, mais à titre provisoire seulement, pour l'année scolaire 1861/1862. En 1869, ensuite d'une pétition présentée par le D^r Ant. Corecco, le Conseil fédéral consulta les cantons pour savoir s'ils étaient disposés à demander au gouvernement italien une modification de la Convention du 22 VII 1842, confirmée par ce gouvernement, permettant aux cantons d'utiliser leurs droits aux places gratuites en plaçant les élèves ou dans le séminaire de Milan, ou dans un institut civil ou militaire du royaume d'Italie. Mais, repoussée par la majorité des Etats confédérés, le Conseil fédéral n'a pas donné suite ultérieurement à la pétition du D^r Corecco. En 1880, une note ministérielle du 5 XII, avait notifié au directeur du séminaire que les 24 places étaient, en principe, supprimées définitivement. Par office du 19 V 1886, le Conseil fédéral a informé les cantons que les 24 places gratuites, supprimées par décret du 6 XII 1880, étaient rétablies. Un 2^e office du Conseil fédéral, daté du 6 X 1886, ajouta que le directeur du séminaire avait l'ordre d'admettre les candidats désignés pour occuper ces places. Le Conseil d'Etat a autorisé Mgr. l'Evêque à désigner les candidats pour occuper les deux places réservées au Valais, moyennant que l'autorisation en soit demandée chaque fois au gouvernement du canton.

But: L'étude de la théologie.

Freiplätze für Walliser an der Universität Innsbruck.

(Stiftungen von Bonivini und Bischof Blatter.)

Places gratuites pour Valaisans à l'université d'Innsbruck.

(Fondations de Bonivini et de l'Evêque Blatter.)

Geschichtliches — Historique: Am 20. VIII. 1729 stiftete Ignatius Bonivini, von Lens, an der

Leopoldskirche in Wien einen Fonds von 5200 Gulden und am 15. VIII. 1750 Bischof Joh. Jos. Blatter von Visp einen solchen von 6666 Gulden; aus jedem dieser Fonds sollten 2 Walliser unentgeltlich an der Universität Wien Theologie studieren können. Am 2. IV. 1859 beschloss das österreichische Ministerium für Kultus und Unterricht, die gestifteten 4 Freiplätze an die Universität Innsbruck zu verlegen. Infolge Äufnung des Stiftungskapitals konnten 1884 die Freiplätze für Walliser an der Universität Innsbruck auf 10 vermehrt werden. — Le 20 VIII 1729, Ignatius Bonivini de Lens créa à l'église Léopold à Vienne un fonds de fl. 5200, et le 15 VIII 1750 l'évêque Jean-Joseph Blatter de Viège un fonds de fl. 6666; chacun de ces fonds devant permettre à deux Valaisans d'étudier gratuitement la théologie à l'université de Vienne. Le 2 IV 1859, le ministre autrichien des cultes et de l'instruction publique décida de transférer les 4 places gratuites à l'université d'Innsbruck. Par suite d'augmentation du capital, on a pu, en 1884, porter à 10 le nombre de ces places gratuites pour Valaisans à l'université d'Innsbruck.

Zweck — But: Im Titel ausgedrückt. — Pension et cours à l'université d'Innsbruck pour les étudiants en théologie. Les ressortissants de la section de Lens, actuellement érigée en commune, ont la préférence sur le fonds Bonivini, puis ceux des autres sections de la paroisse de Lens, aussi maintenant érigées en communes; à ce défaut, les étudiants du canton du Valais peuvent bénéficier.

Vermögen — Fortune: Vide „Geschichtliches“ — voir: „Historique“.

Organ — Organe: Der Bischof von Sitten. L'Evêque de Sion.

Hilfsskasse arbeitsfähiger Weltpriester des Bistums Sitten.

— Caisse de secours en cas d'invalidité pour les prêtres séculiers du Diocèse de Sion.

Gegründet: 27. IX. 1904.

Zweck: Laut Statuten: „Die Invaliditätsversicherung unter den Weltpriestern ist eine Einrichtung, durch welche auf dem Wege der gegenseitigen Unterstützung denjenigen Weltpriestern, die der Versicherung beigetreten, im Falle der Arbeitsunfähigkeit eine jährliche Schadloshaltung geboten wird, damit sie eher standesmäßig leben können.“

Im Falle der Arbeitsunfähigkeit erhält das Mitglied jährlich Fr. 600.

Mitglieder: 85. — Eintrittstermin vom 25. bis 64. Lebensjahre. Einlage Fr. 900 in Annuitäten, je nach dem Alter des Eintretenden zu verteilen.

Mittel: Jahresbeiträge der Mitglieder, eventuelle freiwillige Gaben.

Vermögen: Bestand zu Anfang Juli 1907 rund Fr. 14,000.

Organe: Verwaltungsrat (von 5 Mitgliedern). — Aufsichtsrat (bestehend aus je 1 Mitglieder eines jeden Dekanates.) — Generalversammlung (alle 2 Jahre).

Pensions de retraite pour les membres du corps de Gendarmerie.

Jusqu'à la création de la „Caisse de retraite pour la gendarmerie“, le sous-officier ou le gendarme blessé ou estropié dans l'exercice de son mandat au point de ne pouvoir continuer son service, ainsi que le gendarme devenu infirme, avaient reçu des pensions annuelles dont le chiffre était fixé par le Grand-Conseil sur la proposition du Conseil d'Etat (Art. 28 de la loi du 30 V 1894 sur l'organisation de la gendarmerie, et art. 96 du Règlement du 21 I 1896 pour le corps de Gendarmerie). Les pensions de retraite existantes au 1^{er} I 1906 continuent à être payées par la Caisse d'Etat. — Le gendarme qui, par suite de blessures reçues dans l'exercice de ses fonctions, est dans l'impossibilité de continuer son service, a droit à la pension, quelle que soit la date de son entrée dans le corps. Le chiffre de cette pension est fixée par le Grand-Conseil sur la proposition du Conseil d'Etat et payé par la Caisse d'Etat. Si le gendarme est tué ou s'il meurt des suites de blessures reçues ou de maladies contractées au service, la pension de la demi-solde est accordée à sa veuve, pour autant qu'elle ne contracte pas un nouveau mariage, et aux enfants du défunt jusqu'au moment où le plus jeune ait atteint l'âge de 16 ans.

Caisse de retraite pour la gendarmerie. — Alterskasse für das Landjägerkorps.

Fondée: 1^{er} I 1906, conformément à la loi du 30 XI 1905.

But: Assurer, dans la mesure du possible, l'avenir des gendarmes qui, pour des raisons d'âge ou autres, ne pourraient pas continuer le service actif. Les sous-officiers et les gendarmes ont droit, après 24 ans de service, à une pension de retraite égale à la moitié de leur solde, et, après 30 ans de service, à une pension de retraite égale aux deux tiers. La pension de retraite est reversible, pour la moitié, à la veuve du gendarme, si le mariage a été contracté pendant la durée du service, aussi longtemps qu'elle ne se remarie pas, et aux enfants du défunt jusqu'au moment où le plus jeune ait atteint l'âge de 16 ans.

Fonds de dotation: Les versements effectués par les gendarmes jusqu'au 1^{er} I 1906, un apport

équivalent fourni par la Caisse d'Etat, et les dons et legs qui pourraient être faits à la caisse. Ce fonds de dotation („Dotationsfundum“), géré par l'Etat et productif d'un intérêt du 4 %, sert à la caisse, au besoin, de fonds de roulement destiné à couvrir les déficits, comme à s'augmenter; d'autre part, des excédents annuels. — Fr. 45,000 environ. Montant du fonds de dotation: environ fr. 35,000.

Membres: 70 environ.

Ressources: Intérêt du fonds de dotation; versement annuel de fr. 10 par le gendarme (ce versement peut être pris sur „la masse“ du gendarme¹⁾; finance d'entrée de fr. 20 que tout nouveau gendarme paie lors de son entrée dans le corps; retenue d'un soixantième de la solde journalière; prélèvement du 50 % sur toutes les indemnités aux gendarmes, pour services extraordinaires (tel que manutention des permis de séjour, contrôle des moûts, agence des sels, surveillance de la grève du lac, surveillance du tunnel du Simplon); retenue de 50 cts. par jour pour congé de plus de 10 jours et de moins de 20 jours et de la solde entière pour les congés de plus de 20 jours; retenues faites au gendarme par suite de punitions; valeur de l'habillement que doit rendre le gendarme qui quitte le corps avant d'avoir fini son service; subside annuel de l'Etat fixé à fr. 5000.

Organes: Département de Justice et de Police — Département des Finances — Représentants des brigades de gendarmerie.

Caisse de secours des militaires valaisans.

Hilfsskasse für Walliser Soldaten.

(Fonds spécial du canton du Valais.)

Historique: En 1895, le Conseil d'Etat a créé ce fonds s'élevant à fr. 573. 65. Cette somme provient du solde d'une collecte faite en 1871 pour les internés français et qui ne put être entièrement appliquée à sa destination; elle fut dès lors déposée dans une banque qui fit faillite et, plus tard, elle fut, par inadvertance, confondue avec les autres valeurs attribuées à l'Etat par le décret de collocation porté dans cette faillite.

But: Allouer des subsides à des familles demeurées dans la gêne pendant le service militaire de leurs chefs.

Ressources: Disponibles: fr. 146. 90.

Fortune: fr. 589. 40.

Organe: Département des Finances.

¹⁾ Il est fait à chaque sous-officier et gendarme une retenue de 10 cts par jour; cette somme forme „la masse“ (Art. 26 et 27 de la loi du 30 V 1894 sur l'organisation de la gendarmerie). — Montant du „fonds des masses“ (Landjäger-Sparkassen-Fonds): fr. 20,000 environ.

**Ruhegehaltskasse der Primarlehrer und -Lehrerinnen.
Caisse de retraite pour les instituteurs et institutrices.**

Errichtet — Créée: Durch Dekret vom 24. XI. 1906. — Par le décret du 24 XI 1906, qui est entré en vigueur le 1^{er} I 1907.

Geschichtliches — Historique: Am 20. V. 1905 beschloss der Staatsrat, aus der Primarschulsubvention des Bundes pro 1905 für die zu gründende Ruhegehaltskasse einen Beitrag von Fr. 10,000 zu gewähren. Ein gleich hoher Beitrag wurde auch aus der Schulsubvention pro 1906 in Aussicht genommen. — Le 20 V 1905, le Conseil d'Etat décida d'accorder à cette caisse de retraite pour les instituteurs et institutrices une somme de fr. 10,000, à prélever sur la subvention fédérale aux écoles primaires pour 1905. Une somme de fr. 10,000 fut également prélevée sur la subvention fédérale pour 1906.

Zweck — But: Im Titel ausgedrückt. — De servir à chacun de ses membres une pension viagère.

Mitglieder — Membres: Der Beitritt ist für alle Lehrer und Lehrerinnen weltlichen Standes obligatorisch, für die anderen fakultativ. L'adhésion à la Caisse de retraite est obligatoire pour les instituteurs et institutrices laïques dont le brevet provisoire est postérieur à la mise en vigueur du décret du 24 XI 1906. La participation est facultative pour les autres instituteurs et institutrices.

Mittel — Ressources: Mitgliederbeiträge, Subventionen des Kantons, Kapitalzins, Geschenke, Legate etc. Der Staat kann jährlich eine Summe von im Maximum Fr. 15,000 von der eidg. Schulsubvention der Kasse zuwenden. Les fonds de la Caisse de retraite sont alimentés par les contributions des membres, les subsides ordinaires et extraordinaires de l'Etat, les intérêts du capital et les dons ou legs. — L'Etat pourra prélever chaque année une somme de fr. 15,000 au maximum sur la subvention scolaire fédérale pour pourvoir aux charges qui lui sont imposées.

Organe — Organes: Kommission (5 Mitglieder, wovon 3 der Staatsrat und 2 die Generalversammlung wählen). Generalversammlung. Erziehungsdepartement des Kantons Wallis. — Commission (de 5 membres, dont le président et 2 membres sont nommés par le Conseil d'Etat et 2 autres par l'assemblée générale des membres). Assemblée générale. Département de l'Instruction publique du canton du Valais.

Obligatorische Versicherung der Bergführer.

Assurance obligatoire des guides de montagne.

Geschichtliches — Historique: Im Hinblick auf die beklagenswerten materiellen Folgen, welche

für die Familien der Bergführer (guides de montagne) aus den den letztern bei der Ausübung ihres gefährlichen Gewerbes drohenden Unfällen erwachsen können, fasste am 24. III. 1903 der Staatsrat den Beschluss: Jeder Bergführer muss zur Erlangung seines Patentes im Besitze einer Unfallversicherungs-Police von wenigstens Fr. 2000 sein. Das Justiz- und Polizeidepartement vermittelt diese obligatorische Versicherung der Bergführer. An jede Versicherung leistet der Staat einen Beitrag von Fr. 2. — En raison des suites fâcheuses auxquelles les familles des guides de montagne sont exposées et prenant en considération les accidents qui peuvent se produire pendant l'exercice de leur profession si dangereuse, le Conseil d'Etat a décidé en date du 24 III 1903 ce qui suit: Chaque guide de montagne qui sollicite une patente, doit posséder une police d'assurance sur la vie pour une somme de fr. 2000 au moins. Le Département de Justice et de Police procurera aux guides ces polices obligatoires. L'Etat paie la somme de fr. 2 comme subvention de prime à chaque assuré. La prime pour la période du 1^{er} mai au 31 octobre est fixée à fr. 7 par mille, dont le Club alpin suisse prend à sa charge fr. 5 par mille, au maximum fr. 20 par an. En ce qui concerne les guides qui pour les cours, le service de sauvetage, la patente, etc., ne dépendent pas du Club alpin suisse, ce dernier ne participe au paiement de la prime qu'à raison de fr. 4 par mille, au maximum de fr. 16 par an. En payant une prime supplémentaire de fr. 2 par mille, chaque guide peut s'assurer en même temps pour les six autres mois de l'année, soit pour une année entière, mais avec la restriction que pendant cette seconde période du 1^{er} novembre au 1^{er} mai l'assurance ne s'étend qu'aux cas de mort et d'invalidité par suite d'accidents, à l'exclusion de l'indemnité prévue par l'article C pour incapacité temporaire de travail.

Zweck — But: Vergleiche Geschichtliches; voir Historique.

Organe — Organes: Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Wallis; Zentralkomitee des S. A. C. — Département de Justice et de Police du canton du Valais; Sektion Monte Rosa des S. A. C. (Schweiz. Alpen-Club); Section du Monte Rosa du S. A. C.; Comité central du S. A. C.

Secours médicaux aux étrangers en passage.

Ärztliche Hüfeleistung an arme fremde Reisende.

Institués: Par allocation budgétaire.

But: Secours médicaux aux étrangers en passage.

Moyens: Crédit ordinaire, éventuellement crédits supplémentaires (secours en 1905: fr. 1053. 80).

Organe: Département de l'Intérieur.

Concordat pour la protection des jeunes gens à l'étranger.

Fondé en mai 1875 entre les cantons de Fribourg, Vaud, Neuchâtel et Genève.

Historique: En 1886, le canton du Valais fut invité à se joindre aux 4 cantons; le Grand Conseil du Valais, consulté à ce sujet, y a adhéré avec empressement et a autorisé le Conseil d'Etat à souscrire le concordat et à prendre l'engagement de fournir, pour le Valais, une subvention annuelle de fr. 200 en faveur de cette œuvre charitable.

But: Protection des jeunes gens à l'étranger. — Überzeugt von der Notwendigkeit einer speziellen Organisation der Auswanderung von Lehrerinnen, Erzieherinnen und Kindermädchen nach Österreich-Ungarn, hat die Konferenz der Konkordatskantone zum Schutze junger Leute im Auslande (Freiburg, Waadt, Wallis [seit 17. VII. 1886], Neuenburg, Genf, Bern [seit 23. XII. 1886]) am 26. III. 1887 beschlossen: In jedem Konkordatskantone wird die Aufsicht über diese Auswanderung entweder direkt vom Polizeidepartement oder durch Vermittlung von Patronatskomitees, deren Kontrolle die empfohlenen Agenturen unterstellt sind, ausgeübt. Die Agentur überwacht die Abfassung des Vertrages. Bleiben die Schritte der Agentur für Placierung erfolglos, so wird das Mädchen einem der schweizerischen Homes in Wien und Budapest empfohlen, welche sich an folgende Bedingungen zu halten haben: Sie sollen den ihnen von einer kantonalen Polizeibehörde oder einer empfohlenen Agentur zugewiesenen Mädchen Aufnahme und so lange Unterkunft und Nahrung gewähren, bis dieselben eine angemessene Anstellung finden. Die Mädchen bezahlen in der Regel einen bescheidenen Pensionspreis. Die Homes vermitteln die Rückzahlung der Reisevorschüsse an die empfohlenen Agenturen. Sie haben die stellenlos gewordenen Mädchen wieder aufzunehmen. Die „Homes“ senden alljährlich jedem Konkordatskanton ihren Verwaltungs- und Finanzbericht.

Ressources: Fr. 300 à des sociétés de secours à l'étranger (spécialement aux asiles suisses de Vienne, de Budapest et de Londres).

Organe: Département de Justice et Police du canton du Valais.

Comité cantonal de l'Œuvre catholique de protection de la jeune fille.

Fondé: En 1896.

But: La vigilance à exercer sur les jeunes filles qui sortent de leur foyer pour gagner leur vie, et spécialement sur celles qui partent pour l'étranger.

Membres: Les protectrices contribueront à la prospérité de l'œuvre en lui donnant leur nom et en

payant une finance d'entrée et une cotisation annuelle. Nombre: Environ 400.

Ressources: Finance d'entrée de fr. 1 par membre et cotisation annuelle de fr. 1 par membre.

Organes: Présidente cantonale — Comité (de 6 membres pris dans tout le canton) — Un directeur.

Tiers-Ordre de St-François d'Assise, Fraternités dans le diocèse de Sion.

Historique: Le „Tiers-Ordre“ fut institué l'année 1221 par St-François d'Assise, l'homme de Dieu et du peuple, l'homme riche devenu volontairement pauvre. Les Tertiaires devinrent les instruments les plus actifs et les plus intelligents de la charité. Ils exercèrent la sainte œuvre des Conférences de St-Vincent de Paul, les Sœurs se montraient de vraies Filles de Charité. De nombreuses associations catholiques de bienfaisance se sont fondées avec le temps pour exercer l'action première du T.-O., mais il fit constater, en 1893, qu'à très peu d'exceptions près, tous les présidents de ces Œuvres sont Tertiaires. En Suisse, les 6 couvents de S^{rs} Tert.-Régul. détournent les châtements et attirent les grâces et les bénédictions divines; les „Sœurs de Menzingen“ prospèrent et plus encore les „Theodosiennes“ ou „Sœurs d'Ingenbohl“ (en 1904, 3964 dans 734 écoles et maisons de bienfaisance, les nombreuses novices et postulantes non comprises). Les Tertiaires des cantons allemands, par le „Seraphisches Liebeswerk“, recueillent beaucoup d'enfants exposés et les mettent à même de gagner honnêtement leur vie. Un grand nombre de Fraternités (sections du T.-O.), par des bibliothèques, préservent de la plaie des mauvaises lectures et en offrent de bonnes. La Fraternité des Sœurs, à Fribourg, s'est imposé les frais d'un patronage de jeunes filles, qui sont ainsi retirées de la rue après les classes, formées au travail et à la vertu. — L'érection d'une Fraternité requiert l'autorisation de Sa Grandeur l'Evêque du diocèse. Dans le diocèse de Sion, les Fraternités ont été instituées depuis 1879 (Fraternité de Loèche). D'après un „Etat du Tiers-Ordre dans la Suisse romande du 13 juin 1900“, dressé par M. le Directeur général du T.-O., réver. capucin Père Marcel à Bulle, dans le canton du Valais 54 paroisses avaient ensemble 70 Fraternités (comptant 1360 Frères et 5404 Sœurs); Tertiaires isolés, environ 900; Prêtres tertiaires 103 (MM. les chanoines du St-Bernard et de St-Maurice ne peuvent pas être Tertiaires); 7 prêtres réguliers, outre les Capucins, étaient directeurs de Fraternités.

But: Le but du Tiers-Ordre est éminemment religieux et philanthropique: religieux, parce qu'il se propose de sauver les âmes; philanthropique, parce qu'il se propose de soulager toutes les misères.

Ressources: Les Fraternités du Tiers-Ordre ont une réunion mensuelle, et dans cette réunion il se fait une collecte, dont le produit est employé pour le soulagement des pauvres et pour favoriser toutes sortes de bonnes œuvres. Mais le côté le plus philanthropique du Tiers-Ordre consiste à empêcher le plus possible de devenir pauvre. C'est bien pour un médecin, de guérir un malade, mais c'est encore mieux de l'empêcher de devenir malade; ainsi pour le Tiers-Ordre c'est bien de soulager les malheureux, mais c'est encore infiniment mieux d'empêcher les gens de devenir malheureux.

Organe de publicité: L'unique organe du Tiers-Ordre pour la Suisse romande est le: „Memento mensuel à l'usage des Tertiaires de la Suisse romande“.

Organes: Directeur général pour la Suisse romande, à Bulle — Directeurs locaux — Directoires des hommes et des femmes dans les paroisses.

Association populaire catholique suisse, Fédération cantonale valaisanne. — Schweiz. kath. Volksverein, Kantonalverband Wallis.

Fondée — Gegründet: Est une conséquence de la réorganisation de l'Association des Catholiques suisses comme „Association populaire catholique suisse“ (22 XI 1904) — infolge der Reorganisation des „Schweiz. Katholikenverein“ als „Schweiz. kath. Volksverein“ (mit Sitz in Zürich) am 22. XI. 1904.

But — Zweck: Entre autres: l'exercice de la charité — u. a.: die Pflege christlicher Liebeswerke.

Membres — Mitglieder: Les sections du canton — die Ortsvereine des Kantons.

Organes — Organe: Comité de la Fédération, assemblée générale. — Vorstand; die alle 3 Jahre stattfindende Generalversammlung des Schweiz. kath. Volksvereins („Schweiz. Katholikentag“).

„Maison de correction“ du canton du Valais.

(Annexe prévue à la Maison de détention à Sion.)

Créée: Par lois du 31 V 1803 portant établissement d'une maison de correction et du 19 XI 1803 concernant la création d'un établissement de correction pour les enfants de famille et pupilles.

Historique: „Pour le maintien de la police, pour la réformation des mœurs et pour la graduation équitable des peines“, il fut créée en 1803 une maison de correction „où pussent être renfermés ceux qui, n'étant pas endurcis au crime, sont susceptibles d'être ramenés à une conduite régulière par l'habitude du travail“. Le Conseil d'Etat fut chargé, par loi du 31 V 1803, de faire dans la maison de correction les transformations convenables pour que l'on puisse y en-

fermer les jeunes gens dont le libertinage et l'indocilité ne pourraient être reprisés par l'autorité de leurs pères et mères, tuteurs ou curateurs. Les lois sur les maisons de correction sont toujours en vigueur dans le canton. Toutefois elles seront mises en exécution d'une manière plus profitable par l'établissement prochain d'une annexe prévue à la maison de détention. La peine disciplinaire existe et a été appliquée maintes fois en utilisant d'autres locaux. Les enfants punis de corrections sont habituellement envoyés dans des établissements d'autres cantons.

But: Voir „Historique“. — Le détenu reçoit à titre de gratification une part du produit de son travail, désignée sous le nom de pécule (Règlement pour la maison de détention à Sion et les prisons préventives de Brigue et de Martigny).

Préfecture du district de Sion.

Compétences: Entre autres: Surveille l'administration des communes, des corporations et des établissements d'utilité publique. (Loi du 24 V 1850 sur les attributions des préfets, art. 2, litt. b.) Exerce la surveillance sur l'emploi des fonds dont disposent les administrations communales. (Arrêté du 17 VIII 1894 sur l'organisation du contrôle des comptes des communes, art. 2.) Rend compte annuellement au Département de l'Intérieur de sa gestion comme fonctionnaire chargé de veiller sur la régularité des comptes et des registres divers des administrations communales, des corporations ou autres établissements d'utilité publique et sur les améliorations à y introduire. (Loi précitée du 24 V 1850, art. 5, chiffre 2 b.) Prononce définitivement dans les 10 jours sur les recours de parents qui en appellent au préfet contre une décision du Conseil communal relative à l'imposition de charges d'assistance. La décision prise par le préfet du district est communiquée aux intéressés par pli chargé. (Loi sur l'assistance du 3 XII 1898.) — La préfecture est autorisée d'expédier les recommandations pour le transport des pauvres indigènes sur les entreprises publiques de transport, conformément au règlement du 1^{er} X 1899.

Assistance légale de la commune de Sion.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Historique: Voir „Elémoinaire“ et „Hôpital bourgeoisial“. — Pour le soulagement des pauvres, il existait à Sion une „Confrérie du St-Esprit“ („Bruderschaft vom hl. Geist in Sitten“); le 29 VIII 1249, Bocard de Lacuva remit à cette confrérie une „Korngild“ (cens d'un muid de seigle); 21 VII 1250, Girard Favre

un cens d'un muid de seigle); 6 XI 1269, Waland de Grimisuat un cens de vins; 4 V 1277, Ulric d'Ollon un cens; 2 I 1290, Jean d'Arvilar un cens de trois fichelins de froment. Legs et dons faits à la confrérie: 12 IX 1286, un fichelin de froment de cens par Philippine Hyrisson; 31 III 1293, un don de Guillot; 8 XI 1295, un legs par Jaquette de Blouvignon; 27 V 1296, un legs par Antoine Grand; 24 IX 1299, un don par Guillaume de Lassynna; 1^{er} VIII 1300, un don par Jean de la Chéneau; 18 II 1302, un legs par le chanoine Jacques de Noville; 27 VII 1302, un don par maître Martin, curé de Sion; 7 VIII 1315, un legs par Théodule, major de Sierre; 18 II 1329, un legs par Jacqueline de Plantata. — En 1836 paraissait une brochure du professeur Dr J.-P. Troxler, né en 1780 à Munster (Lucerne), décédé en 1866 à Aarau. Le titre de cette brochure est: „Le crétinisme et ses formes comme dégénération de la race humaine en Suisse“. Elle renferme particulièrement une critique juste, mais très sévère, contre les Etats qui négligent trop ces pauvres crétins; „on ne rencontre que rarement des fondations en faveur des vieux crétins abandonnés; nous en trouvons par exemple à Sion et à Coire“.

Fortune: Elle se compose: 1. de l'„Elémosinaire“; 2. de l'„Hôpital bourgeois de Sion“.

Organes: Municipalité de Sion (Conseil communal), Comité de bienfaisance (composé de 7 membres du Conseil municipal).

I St. de l'A., I N° 145 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 142 et II A. c. 2 N° 2.

„Elémosinaire“ pour les pauvres de Sion. Almosenamnt Sitten.

Historique: 11 IV 1425: Testament de Martini Glassey de Nendaz léguant une propriété dont le revenu doit être distribué annuellement le jour de la Pentecôte aux habitants pauvres de Sion (parchemin 56×40 cm.). 26 I 1604 et 12 II 1631: Par contrat de mariage, Joh. Gentil et Lucrèce Metziltzen donnent à l'élémosinaire un cens annuel de 100 livres (parch. 35×17 cm.). 1620 à 1735: Catalogue des fondateurs, légataires et bienfaiteurs de l'élémosinaire (Msc. 31 pp. 4°). 3 XII 1627: Legs testamentaire de Jacques Valdin, vice-baillif, à l'élémosinaire: annuellement, un fichelin de seigle, un fichelin de froment, un setier de vin et un sac de sel à distribuer aux pauvres de Sion à la fête de l'Ascension (parch. 27×50 cm.). 9 VII 1638: Testament de Julienne Imhof par lequel elle lègue 20 livres à l'élémosinaire (parch. 30×30 cm.). 2 VII 1649: Testament de Pierre de Torrenté qui lègue à l'élémosinaire 50 livres maurisaises (parch. 52×58 cm.). 8 III

1658: Confirmation d'une donation faite en 1654 par Adrien Rubin de la somme de 300 écus bons (parch. 29×33 cm.). 26 XII 1663: Substitution faite par Nicolas Rey, par laquelle il donne à l'élémosinaire, après la mort de ses enfants et descendants, la moitié de sa fortune, dont les revenus sont à distribuer chaque année aux pauvres de la ville (copies, 3 pp. 4°). 25 XI 1664: Donation de 8 ducats faite par Pierre Borgey (parch. 23×32 cm.). 1672: Inventaire des obligations de l'élémosinaire fait par son administrateur Jean-Jacques de Riedmatten (Msc. 4 pp. 4°). 4 IX 1689: Legs de 50 livres maurisaises par dame Ursule Salzgeber, épouse de Jean-Jacques Haus (parch. 25×43 cm.). 20 VIII 1689: Sr Barthélemy Waldin lègue à l'élémosinaire 400 écus bons (Msc. 3 pp. 4°). 14 III 1704: Autre legs du même Waldin pour la même somme (Msc. 11 pp. 8°). (Archives bourgeoises de Sion.)

But: Pension aux sourds-muets de Géronde et aux orphelinats de Sion; bois, vêtements, etc., aux pauvres; soupe des pauvres.

Ressources: Intérêts du fonds.

Fortune: Environ fr. 90,000, provenant de dotations.

Organes: Administration municipale.

Hôpital bourgeois de Sion. — Hôpital de Sion. — Bürgerspital Sitten. — Spital St. Johann in Sitten. (Institution de la bourgeoisie de Sion.)

Historique: Il résulte d'un acte authentique stipulé le 2 III 1425 par Clément Remigii qu'à cette date la ville possédait déjà trois hôpitaux, savoir St-Jean (Spital des hl. Johannes des Täufers), fondé en 1163, appartenant au Vénérable Chapitre de la cathédrale, celui de Notre-Dame ou de la bienheureuse Vierge Marie (Spital der seligsten Jungfrau Maria beim Gundistor) appartenant à l'Evêque (fondé à la fin du XIII^e siècle), celui de St-Georges (Spital des hl. Georg bei der Leukerpforte) appartenant à la bourgeoisie (fondé en 1316 par Christin de Husogny). Ces deux premiers hôpitaux furent plus tard cédés à la bourgeoisie (acte du 18 II 1569). De 1763 à 1780, sous la direction de l'hôpital du R. Père Ignace Schuler, la bourgeoisie s'imposa de grands sacrifices pour la construction du vaste édifice avec enclos, aujourd'hui existants. Le produit des collectes faites dans le pays et même dans une partie de l'Allemagne, joint aux legs de plusieurs familles bourgeoises de la ville, a contribué dans une large mesure à la création de ce bâtiment. Le but de la première fondation a été de fournir un abri et de procurer des soulagements aux passants pauvres, pèlerins et gens de métier. Aussi les malades y sont soignés jusqu'à leur convalescence et, de là, transportés

par les chars de l'hôpital jusqu'à la première station hospitalière. La fortune de l'établissement s'élevait en 1872 à environ fr. 510,000 (fr. 160,000 les créances, fr. 200,000 les bâtiments et fr. 150,000 les biens-fonds). Au XV^e siècle, il existait aussi un hôpital appartenant au couvent de St-Bernard (en 1407). Sion avait en outre une maladrerie (léproserie), mentionnée pour la première fois en 1272, avec une chapelle, dite neuve dans le document du 10 III 1301 concernant la donation de Jacquette du Palais. Les archives bourgeoises de Sion possèdent des documents: 4 IX 1275: Acquisition du droit de souste près de Sion, d'une grange, 2 vignobles, 2 prés à Champsecs, et de 8 écus de cens sur les terres de Bramois (parchemin 19×29 cm.). 14 IX 1276: Acquisition du droit et du revenu de souste, de la grange contiguë et des biens mobiliers et immobiliers de Jérémie Juglar au profit de l'hôpital (parch. 15×30 cm.). 6 IX 1287: Liste de l'hôpital sur la montagne de Cleuson sur Nendaz (parch. 21×53 cm.). 12 IV 1269: Achat d'une vigne à la Comba de Châtroz sur Sion par l'hôpital (parch. 13×22 cm.). 2 III 1307: Accord au sujet des usages sur la montagne de Cleuson sur Nendaz (parch. 13×22 cm.). 17 I 1321: Acquisition du revenu annuel sur le pré de la Ponty près de la Praz sur Sion (parch. 25×27 cm.). 12 VII 1330: Achat d'une maison près de l'hôpital (parch. 18×23 cm.). 5 II 1333: Redevance annuelle au profit de l'hôpital de 8 livres maurisaises et de 1/2 livre de poivre sur une grange vers le Rhône, Sion (parch. 15×28 cm.). 2 VIII 1356: Redevance annuelle de 3 fichelins de seigle sur le pré de Brunet à Sion (parch. 14×28 cm.). 2 III 1425: Acte de collature du recteur de l'hôpital ou érection du presbytère de l'hôpital en rectorat faite par l'archevêque André de Gualdo, administrateur du diocèse de Sion (copie sur papier, 5 pp. 8°). 20 VII 1456: Donation de la montagne Gisseney-Uffenberg faite par Pierre Preti (parch. 32×36 cm.). 2 XII 1527: Donation d'une vigne à la Sionne faite par Balthasar Ambüehl (parch. 20×38 cm.). 22 III 1546: Donation d'une redevance annuelle de 5 livres maurisaises faite par Hanns Teyller (parch. 10×15 cm.). 16 XI 1562: Legs de 100 livres maurisaises fait par M. le chanoine Kalbermatten (parch. 50×33 cm.). 26 III 1569: Donation de 300 écus, valeur de Sion, faite par Frédéric Empken (parch. 17×32 cm.). 12 VII 1582: Testament de Pierre Fallschyer par lequel il lègue à l'hôpital 100 écus bons (parch. 27×36 cm.). 6 IV 1589: Testament de Jean Tennen léguant à l'hôpital une vigne de 6 ou 7 seiteurs à Lentine sur Sion (parch. 26×35 cm.). 19 IV 1595: Donation d'une parcelle de pré aux Petits-Champsecs sur Sion faite par Antoine Charvoz (parch. 20×35 cm.). 24 X 1597: Donation testa-

mentaire de 20 ducats faite par le chanoine Jean Moreri (parch. 26×36 cm.). 8 III 1600: Pierre Frenganti donne par testament à l'hôpital 100 écus valeur de Sion (s. p. 3 pp. 4°). 19 I 1614: Cahier contenant les règles à suivre par l'administration de l'hôpital, données par le Conseil bourgeois de Sion (s. p. 6 pp. 4°). 7 II 1616: Donation testamentaire de la somme de 50 livres maurisaises faite par Jean Lijeon (parchemin 28×32 cm.). 3 IX 1636: Donation testamentaire de 50 livres maurisaises faite par Hildebrand Waldin (parch. 18×28 cm.). — 1785 verordnete der Stadtrat von Sitten (Bürgerarchiv, Tir. 79, Nr. 17), die „Weihnachtsspende“ solle künftighin von zustehenden Beamten eingesammelt und nach Bedarf im Spital ausgeteilt werden.

But: Admission des malades (60 lits). Les bourgeois de Sion sont admis gratuitement, les autres malades contre une taxe par jour de fr. 2 dans les chambres communes et fr. 4 dans les chambres particulières.

Ressources: Intérêts des créances, vignes et campagnes, pensions, etc.; spécialement pour les secours aux pauvres passants: subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 100).

Fortune: Environ fr. 582,000 (y compris fr. 263,923.82 valeur du domaine, fr. 158,444 valeur estimative des bâtiments et fr. 10,000 biens meubles).

Exploitation agricole: Effectif du bétail: 3 mulets, 44 pièces de l'espèce bovine, 33 porcs et 14 moutons.

Personnel: 22 sœurs (barmherzige Schwestern von der schmerzhaften Mutter Gottes) sous la direction d'un aumônier.

Organe: L'Administration de l'hôpital se compose d'une commission mixte bourgeoise-municipale.

N., C. 13 N° 6 — Z. (mit Bild „Burger-Spital in Sitten“).

Orphelinat pour les garçons.

Orphelinat de St-Joseph à Sion. — Knabenwaisenhaus St. Joseph in Sitten.

Fondé le 18 XII 1857 par les efforts et le dévouement de quelques personnes bienfaisantes (membres du comité de création: M. le recteur Emanuel Kuntzen, M. le curé Caspar de Stockalper, M. Franç. de Kalbermatten, M. le comte Eugène de Courten, Mgr. Stoffel, M. Louis de Riedmatten).

Historique: Le 30 XII 1857, le Vénérable Chapitre de la cathédrale acheta la propriété „des Places“ (située sur le territoire de la commune de Grimisuat) pour y installer l'orphelinat qui fut ouvert le 20 III 1858. M. le curé de Stockalper voyagea en France pour collecter en faveur de l'orphelinat; produit



Franz Blatter
Dombuben.

Nach einer Photographie im Mannesaller.

de cette collecte fr. 16,000. En 1881, l'établissement fut installé dans un autre bâtiment (maison à „St-Georges“ dans la ville de Sion). — Directeur de 1870 à 1897: Mgr. F. Blatter. Personnel: 1858 à 1869: Frères de Ste-Marie; 1870 jusqu'à ces jours: Sœurs d'Ingenbohl.

But: Y recevoir et élever des enfants délaissés pour en faire des citoyens chrétiens, aptes à se rendre utiles à la société. (Enseignement allemand et français.)

Enfants assistés: De 40—45 par année.

Ressources: Subside annuel de l'Etat; taxes d'entrée, fr. 200—300; taxes annuelles de fr. 50 par enfant.

Fortune: Environ fr. 70,000.

Exploitation agricole: Effectif du bétail: 12 pièces de l'espèce bovine et 4 porcs.

Personnel: 5 Sœurs d'Ingenbohl.

Organes: Direction, Comité (de 9 membres).

I St. de l'A., II N° 4 — N., A. 2 N° 2.

Orphelinat pour les filles. — Orphelinat des filles „de la Ste-Famille“ à Sion.

Fondé: En 1857 par un comité de dames, à Marnagnaz.

Historique: Plus tard, l'orphelinat fut placé dans la vallée de la Sionne (près Champlan). Le 16 XI 1865, Mgr. Franç. Blatter acheta pour la somme de fr. 47,508, afin d'y transférer l'orphelinat, la propriété d'Odet-Muston, située au nord de la ville de Sion, au lieu dit pré d'Amé, consistant en jardin, pré-verger

et vigne avec maison et édifices ruraux. — Directeur de 1863 à 1897: Mgr. F. Blatter.

But: Education des orphelines pauvres (Enseignement français et allemand). Cours de couture et de ménage.

Nombre d'enfants: De 80—100.

Ressources: Subside annuel de l'Etat; taxe d'entrée, fr. 300.

Fortune: Consistant en bâtiments et terrains. Dotation due en grande partie à Mgr. F. Blatter, vicaire général du diocèse de Sion (né le 23 IV 1820 à Reckingen (Conches, Valais), † 13 II 1897), qui, en 1890, a légué fr. 105,000 à cet orphelinat.

Exploitation agricole: Effectif du bétail: 14 bêtes à cornes et 15 porcs.

Personnel: Dames Ursulines.

Organe: Direction, nommée par Mgr. l'Evêque du Diocèse.

I St. de l'A., II N° 5 — N., A. 2 N° 3.

Hospice Ste-Catherine à Sion. — Asile de vieilles filles à Sion.

Fondé: 1896/97 par M^{lle} Marie-Louise de Stockalper († 1900).

But: Fournir un logement à 10 vieilles filles pauvres qui ont servi à Sion et qui n'ont pu économiser pour leur vieillesse.

Ressources: Legs, tombolas, etc., subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1900: fr. 50).

Fortune: Environ fr. 14,900 (la maison seule est taxée environ fr. 12,000, dont la moitié a été donnée par M. Ernest de Stockalper et sa sœur M^{lle} Louise de Stockalper; le reste a été obtenu par des concerts, représentations, tombolas, etc.).

Organe: Comité de l'hospice.

Association Ste-Catherine. — Gesellschaft für das Katharinenasyl in Sitten.

Fondée le 7 XII 1896 par M^{lles} Marie-Louise de Stockalper et Henriette de Riedmatten. La mort de l'une des sociétaires n'entraîne pas la dissolution de la société: la survivante pourvoira à son remplacement par une autre personne charitable.

But: Fournir un logement à 10 vieilles filles qui ont travaillé toute leur vie et qui n'ont pas le moyen de se loger.

Membres: Quelques jeunes filles.

Fortune: Voir „Hospice Ste-Catherine“.

Organe: Comité de l'hospice.

F. o. s. du c. 1897, N° 61.

Pensionnat évangélique à Sion.

Fondé: En 1876.

But: Admet les enfants en âge de recevoir l'instruction religieuse du pasteur de Sion et en général tous ceux qui habitent trop loin d'une école protestante pour en suivre les leçons.

Places: 28—30.

Ressources: Les enfants paient un prix de pension proportionné aux ressources de leurs parents. Le pensionnat reçoit gratuitement les plus pauvres. Il est entretenu par les comités des protestants disséminés de Berne et de Genève.

Organes: Le pensionnat est dirigé par une directrice, assistée d'un comité de 3 dames domiciliées à Sion. Le pasteur de Sion en surveille la marche générale et est l'interprète du comité auprès des comités de Berne et de Genève.

Lazaret de Sion. — Lazaret d'isolement.

Absonderungshaus und Desinfektionsanstalt in Chandoline.

(Institution de la commune de Sion [Municipalité].)

Fondé: 1904/05 avec subsides de la Confédération (fr. 7583.10) et de l'Etat du Valais (fr. 4600). (Date de la Convention du Conseil d'Etat avec la ville de Sion pour l'établissement d'un lazaret, 10 VI 1904.)

But: Isoler les personnes atteintes de maladies contagieuses ou épidémiques.

Places: Il y a 8 lits pour le moment. On peut en placer encore autant.

Ressources: L'entretien incombe à la ville et à l'Etat.

Fortune: Point.

Organe: La commission sanitaire de la ville de Sion.

Kapuzinerkloster. — Couvent des capucins à Sion.

Gegründet: — Fondé: En 1631.

Zweck — But: Unter anderem: An den Pforten wird täglich Brot und Suppe an Arme ausgeteilt. — Entre autres: Tous les jours, à midi, il y a distribution de soupe et, tout le long de la journée, de pain et souvent autres secours en nature.

Société de Saint-Vincent de Paul, à Sion.

(Dames — Société de bienfaisance.)

Fondée: En I 1853 par M. M. Combalot et C. de Stockalper, curé.

But: Secours à donner aux malades pauvres.

Membres: 120.

Ressources: Quêtes et dons; subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 50).

Fortune: La société dépense annuellement presque tout le montant des quêtes.

Organe: Comité.

Confrérie de la sainte vierge Marie à Sion.

Bruderschaft von der seligsten Jungfrau Maria.

Fondée: En 1272.

Historique: Anciennement, cette Confrérie avait surtout pour but le soulagement des pauvres. Legs et dons: 31 III 1293, un don par Guillot; 27 V 1296, un legs par Antoine Grand; 27 VII 1302, un don par maître Martin, curé de Sion; 23 XII 1320, un don par François de Montjovet; 18 II 1329, un legs par Jacqueline de Plantata.

But: Propager la dévotion envers la Ste-Vierge.

Membres: Impossible de fixer le nombre.

Ressources: Dons volontaires.

Fortune: Aucune: Les dons sont employés à faire dire des messes pour les membres défunts, environ 300 par an.

Organe: M. le Curé de la ville.

Confrérie de St-Sébastien à Sion. — Confrérie Sebastian martyr, établie en la cathédrale de Sion. —

Bruderschaft des hl. Sebastian in Sitten.

Fondée: En 1629 à la suite d'un vœu fait par le conseil et la Bourgeoise lors d'une maladie pestilentielle qui décimait la population.

Historique: La Confrérie fut confirmée par l'évêque Hildebrand Jost en 1636 et par le pape Benoît XIV en 1754 (bref du 10 VII 1754).

But: Le but est la fidélité à un devoir de reconnaissance légué par nos ancêtres, s'assurer de la protection divine pour l'avenir et porter les membres (une centaine) à la pratique des vertus et aux bonnes mœurs en leur ouvrant les trésors de l'Eglise.

Fortune: Fr. 13,000.

Organe: Fondation administrée par la Bourgeoise, représentée par un patron.

Société de secours mutuels de Sion.

(Section de la Fédération valaisanne de secours mutuels.)

Fondée: Le 20 I 1861.

But: Un esprit de confraternité et de prévoyance et une garantie mutuelle de secours en cas de maladie.

Membres: 140 environ.

Ressources: Finance d'entrée, cotisations, dons et amendes.

Fortune: Fr. 11,500 environ.

Organe: Comité (composé de 1 président, 1 vice-président, 1 secrétaire, 1 caissier et un autre membre).

Caisse de secours mutuels de la société industrielle et des arts et métiers de Sion.

Fondée: 1852.

But: Secours en cas de maladie.

Membres: 40 environ.

Ressources: Cotisations et legs.

Fortune: Fr. 2200.

Organes: Assemblée générale et Comité.

Caisse obligatoire de secours des ouvriers de tous métiers de la ville de Sion. — Obligatorische Krankenkasse der Arbeiter jeder Berufsart der Stadt Sitten.

Fondée: En 1850.

Revision des statuts le 6 VII 1904 (date de leur approbation par le Conseil d'Etat du Valais).

But: Secourir ses membres en cas de maladie.

Membres: 82. Tout ouvrier célibataire est tenu d'en faire partie. Les ouvriers mariés, domestiques et employés d'hôtels, peuvent faire partie de la société. Exception peut être faite pour les ouvriers qui prouvent faire déjà partie d'une autre société de secours, leur assurant, en cas de maladie, une indemnité journalière de fr. 4 (les assurances contre les accidents ne sont pas comprises).

Ressources: Tout membre paie, lors de son entrée, une finance d'inscription de fr. 1. La cotisation mensuelle est variable, elle peut être augmentée suivant les besoins de la caisse.

Fortune: Elle se compose d'un fonds de garantie de fr. 500, des intérêts de ce fonds, de la finance d'inscription, des contributions mensuelles et des amendes, des dons qui peuvent être faits à la caisse.

Organe: Un comité composé de 7 membres, dont le président est un membre du Conseil municipal.

Société de Secours mutuels d'Ouvrier (Sion).

Fondée: Le 26 VI 1898.

But: Secourir les membres en cas de maladies et d'accidents.

Membres: 75 à la réunion du 6 I 1907.

Ressources: Cotisation annuelle de fr. 6, plus une journée de travail de vigne.

Fortune: Une vigne payée fr. 2000 plus fr. 670. 45 en caisse.

Organes: Président, secrétaire, caissier.

Società Italiana di Mutuo soccorso, Sion. -- Société italienne de secours mutuels de Sion.

Fondée: Le 19 III 1905.

But: Secours mutuels aux membres malades.

Membres: 30 environ.

Ressources: Cotisations mensuelles.

Fortune: Fr. 1325 environ.

Organe: Comité.

Caisse de secours pour la section de Sion de l'Association populaire catholique suisse. — Caisse de secours de la section sédunoise de l'association catholique suisse, à Sion.

Fondée: En 1896.

But: Secours temporaires en cas d'incapacité de travail (qu'elle résulte de maladie ou d'accident). — Les secours accordés sont les suivants: fr. 1. 50 par jour pendant 3 mois, fr. 1 pendant les 3 mois suivants. La caisse ne paye aucuns frais de médecin ni de pharmacie.

Membres: 88.

Ressources: Cotisations de ses membres (60 cts. par mois); dons.

Fortune: Au 31 XII 1905, fr. 1589. 20.

Organe: Un comité de 5 membres (Comité de l'A. C. S., section de Sion, plus un caissier spécial).

Association populaire catholique suisse, section de Sion.

Fondée: En 1850 sous le nom de „Pius-Verein“.

But: Grouper les forces catholiques de la ville de Sion; favoriser et fonder des œuvres de charité chrétienne.

Membres: 170 environ.

Ressources: Cotisations des membres (de fr. 1 par an).

Fortune: Fr. 200.

Organe de publicité: „L'Ouvrier (Organe de l'Association populaire catholique suisse)“ [Porrentruy].

Organe: La section est dirigée par un comité de 4 membres (1 président, 1 vice-président, 1 secrétaire et 1 caissier).

Œuvre catholique de protection de la jeune fille, section de Sion.

Créée: En 1896.

But: La vigilance à exercer sur les jeunes filles qui sortent de leur foyer pour gagner leur vie, et spécialement sur celles qui partent pour l'étranger.

Membres: Les membres contribueront à la prospérité de l'œuvre en lui donnant leur nom et en payant une finance d'entrée et une cotisation annuelle.

Ressources: Les finances d'entrée et les cotisations annuelles (fr. 1 par an).

Fortune: Fr. 300.

Organe: Comité local (de 5 membres).

Patronage de jeunes filles dans la paroisse de Sion.

Fondé: En 1902.

But: Analogue à celui du „Cercle catholique de jeunes gens de la paroisse de Sion“.

Ressources: Ce patronage n'a pas de fortune non plus, et tire ses ressources uniquement de dons volontaires.

Membres: Peut en faire partie toute jeune fille âgée d'au moins 14 ans. Le nombre des membres varie beaucoup, suivant l'époque de l'année; il est actuellement de 25.

Organe: 1 présidente (M^{me} Luiselle de Riedmatten).

Cercle catholique de jeunes gens de la paroisse de Sion.

Historique: Ce cercle a été fondé en 1906. — Avant la fusion de l'„Association des catholiques suisses“ avec le „Schweiz. kathol. Volksverein“ (Association populaire catholique suisse), cette association avait à Sion un Bureau secondaire du patronage de jeunes gens.

But: Sauvegarder la foi et les mœurs des membres, compléter leur éducation religieuse et morale par des conférences, lectures, etc., combattre l'intempérance, favoriser l'esprit d'économie par une caisse d'épargne, procurer des distractions saines et instructives.

Ressources: Dons volontaires et cotisations des membres honoraires.

Fortune: Néant.

Condition d'admission: 14 ans au moins et 18 ans au plus; s'engager à observer les statuts.

Nombre des membres: Environ 35.

Organes: MM. les curés de la paroisse de Sion.

„Croix-d'Or“, section de Sion de la Ligue valaisanne de tempérance.

Fondée: En 1905.

Reconstituée: En 1907.

Historique: Antérieurement, il existait à Sion une „Société du café-chocolat“, fondée le 30 III 1891 (F. o. s. du c. 1891, n° 169); le „Café-chocolat“ n'existe plus depuis 1899. Une section de la S. K. A. L. (Schweizerische katholische Abstinentenliga) ne s'était pas maintenue. Elle était isolée. — En 1907, une Société de tempérance „La Croix-Bleue“, nouvelle section, est entrée dans la Croix-d'Or de Sion.

But: Relever le buveur et préserver l'homme de l'alcoolisme.

Membres: 45 (actifs et adhérents). — Cotisations à 50 cts. par mois. Buffets (thé) aux réunions publiques. Subsidés de l'Etat, prélevés sur la dîme

de l'alcool (pour 1905, la „Société de tempérance la Ligue“ à Sion, a reçu fr. 250).

Organes de publicité: L'Abstinence, Volkswohl, Réveil.

Organe: Comité.

Société de tempérance la „Croix-Bleue“ à Sion.

(Section rattachée au faisceau cantonal vaudois de la Croix-Bleue.)

Fondée: En septembre 1890.

But: Lutte contre l'ivrognerie; relèvement des buveurs par l'abstinence totale avec le secours de la religion; l'engagement d'abstinence dit: „Je promets de m'abstenir, avec le secours de Dieu, de toute boisson enivrante.“

Membres: 22 membres actifs et 16 adhérents (d'après le recensement du 1^{er} IX 1906, époque réglementaire pour les relevés statistiques annuels de la Société la „Croix-Bleue“). Dans ce nombre sont compris des membres d'autres localités que Saxon, Granges, etc. Les abstinents des 4 localités de Granges-Grône-Chalais-Nax (au nombre de 10) se proposent maintenant de demander au Comité cantonal vaudois l'autorisation de former une section séparée. Les réunions ont lieu le dimanche et le jeudi soir dans un local situé rue du Grand-Pont n° 2.

Ressources: Cotisations mensuelles de 50 cts. au moins; collectes volontaires aux réunions; buffet fonctionnant aux réunions publiques; subsides de l'Etat prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 110).

Fortune: Point, à moins de compter le contenu de la caisse, c. à d. quelques bonis accumulés depuis quelques années.

Organes de publicité: Les organes de la „Croix-Bleue“ suisse et romande: „Feuille de tempérance“, „La Croix-Bleue“, „Arbeiterfreund“.

Organe: Comité (de 3 membres).

„Femmes Abstinentes“, section de Sion.

Voir: „Femmes Abstinentes“ (Siège Monthey).

Membres: 15 (membres pour la plupart de la „Croix-d'Or“).

Section „Sapientia“ des Etudiants abstinents, à Sion, Collège-lycée.

Fondée: En 1905.

Membres: 7.

Organes de publicité: Volkswohl. — Réveil suisse.

NB. Les „Etudiants Abstinents“ (Studentenliga) est une société suisse d'étudiants catholiques abstinents des universités, lycées, collèges, écoles normales et secondaires. Sections: Université de Fribourg, collèges de Schwyz, Sarnen, Lucerne, etc. (16 sections). — Le siège varie chaque année, car le comité central est nommé pour une année. Les sections valaisannes se rattachent directement au comité central sans liens entre elles.

Section „Avenir“ des Etudiants abstinents, à Sion, Ecole normale des Instituteurs.

Fondée: En 1906.

Membres: 18.

Section „Dévouement“ des Etudiantes abstinentes, à Sion, Ecole normale des Institutrices.

Fondée: En 1906.

Membres: 14.

„Réveil“ (Jeunesse abstinente), Section de Sion.

Voir: „Réveil“ (Siège central: Sierre).

Fondation: En 1907.

Membres: 65.

„L'Espoir“, Société de tempérance pour la jeunesse, section de Sion.

Fondé: En 1901.

But: Prévenir les enfants contre les dangers de l'alcool.

Membres: 42.

Ressources: Entre autres: subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: Fr. 30).

Organes: Comité — Enfants-directrice (M^{lle} Soma).

Soupes scolaires, Institution à Sion.

Fondée: En 1880.

But: Venir en aide aux familles pauvres afin que les parents puissent aller en journée.

Ressources: Elémosinaire.

Fortune: Un fonds de fr. 1000 a été versé pour cette institution. Elle ne dépend pas de la „soupe des pauvres“.

Organe: La Commission des pauvres de la ville.

Arbre de Noël.

Œuvre des maitresses de la ville de Sion.

Fondé: En 1876.

But: Distribution de vêtements chauds aux enfants fréquentant les écoles (80 à 100), alternativement une année aux filles et une année aux garçons.

Ressources: Par le public (loteries).

Organe: Les institutrices de la Ville de Sion.

Ecole enfantine à Sion.

(Institution dirigée par les Sœurs d'Ingenbohl.)

Fondée: En 1878 par le „Pius-Verein“.

Historique: L'Ecole enfantine fut reprise par la municipalité en 1880.

But: Cette institution permet aux parents pauvres de consacrer plus de temps au travail.

Places: 300 élèves.

Ressources: Entretienues par la ville.

Fortune: Point.

Organe: Municipalité de Sion.

**Amherdsche Stiftung am bischöflichen Seminar in Sitten. —
Fondation Amherd au séminaire épiscopal à Sion.**

Errichtet: 1819 von Domdekan Alois Amherd von Glis (Freiplatz im Seminar Sitten, in erster Linie für Familienangehörige).

Zweck: Unterstützung der Theologiestudenten der Familie Amherd von Glis.

Vermögen: Fr. 4000 (Stiftungskapital: 1000 Kronen von 25 Batzen).

Organ: Seminardirektion.

Fonds d'études de la famille Joris à Sion.

Créé en 1840 par Mgr. Aloïs Joris, chanoine de la Cathédrale de Sion, décédé à Sion le 12 mars 1840.

But: Formation du clergé séculier du Diocèse de Sion. Le fonds fut créé „en faveur d'un séminariste vertueux et d'espérance pour lequel le défaut des ressources nécessaires serait le seul obstacle à ce qu'il embrassât l'état ecclésiastique“ (extrait du testament).

Ressources: Revenus du legs fait en faveur du séminaire épiscopal de Sion.

Fortune: En biens ruraux dont la valeur n'est pas indiquée.

Organe: Direction du séminaire, assistée d'un conseil d'administration présidé par Mgr. l'Evêque du Diocèse.

Fondation Odet au séminaire épiscopal à Sion.

But: M^r Odet a donné et légué au pieux séminaire épiscopal du Diocèse de Sion, à Valère, une rente annuelle et perpétuelle de 140 francs, qui sera destinée à payer la pension d'un étudiant en théologie privé de fortune, ou pour les ornements de l'église, ou pour les besoins du séminaire. Ses héritiers payeront cette

rente à perpétuité, à moins qu'ils ne la rachètent.
(Le testament doit être aux archives de l'Evêché.)

Ressources: Voir „But“.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation Abbet au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1888 par Mgr. Abbet, révérend curé de Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 3968

Organe: Direction du séminaire.

Fondation Carraux au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1888 par M^{lle} Marie Carraux de Troistorrents.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 2356.27.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation Delaloye au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1887 par M^{lle} Marie Delaloye à Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 500.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation Luyet au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1893 par M^r le curé Germain Luyet.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 1000.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation de Torrenté au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1894 par M^r le curé Adrien de Torrenté à Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 300.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation Grenat au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1896 par M^r le Grand Doyen Antoine Grenat, ancien chanoine de la cathédrale de Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 1000.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation de Riedmatten au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1896 par M^{lle} Madeleine de Riedmatten de Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 100.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation Jardinier au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1896 par Mgr. Adrien Jardinier, Evêque de Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: L'intérêt seul doit être appliqué annuellement (comme des autres bourses fondées au séminaire de Sion en faveur de séminaristes pauvres).

Fortune Fr. 3578.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation en faveur d'un élève indigent au séminaire de Sion.

Créée le 24 VIII 1895 par M^r le syndic Bonvin à Ayent.

But: Assistance d'un séminariste pauvre, de préférence d'un ressortissant d'Ayent s'il y en a.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 1000. L'intérêt seul doit être appliqué.

Organe: Direction du séminaire.

Fondation J. Bonvin au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1898 par M^r le chanoine Jos. Robert Bonvin, curé de Bramois.

But: Assistance de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 4776.30 (capital versé).

Organe: Direction du séminaire.

Fondation A.-M. Bonvin au séminaire épiscopal à Sion.

Créée: En 1906 par M^r Antoine-Michel Bonvin de Sion.

But: Bourse en faveur de séminaristes pauvres.

Ressources: Intérêts du capital.

Fortune: Fr. 500.

Organe: Direction du séminaire.

„Soupe des pauvres.“ — „Soupes gratuites“, institution à Sion. — Volksküche Sitten.

(Branche de l'„Elémosinaire“.)

Etablie: En 1879/1880 par le Conseil municipal de Sion.

But: Distribution journalière de soupe, à raison de 1 litre par personne, pendant les mois de décembre,

janvier, février et mars. — Elle est délivrée en moyenne à 60 pauvres soit 60 personnes à raison d'un litre par tête.

Ressources: Il n'y a pas de capital affecté spécialement à la soupe des pauvres. Les quêtes faites auprès du public sont versées à la caisse municipale pour les pauvres, et c'est elle qui en dispose suivant les besoins. L'institution reçoit des subsides prélevés sur la dîme de l'alcool (pour l'année 1905: fr. 50).

Organe: Commission de bienfaisance (des fonds de l'Elémosinaire).

Ecole professionnelle de Sion. — Ecole des arts et métiers à Sion. — Kantonale Gewerbeschule in Sitten.

Fondée: En 1897 par le Département de l'Instruction publique du Canton.

Historique: Bien que le programme ait prévu trois années, deux cours seulement s'ouvrirent simultanément en automne 1897. Dès l'année suivante (1898 bis 1899) les trois cours furent ouverts. Cette institution remplaça „l'école moyenne“ du collège, auquel la nouvelle école resta attachée. L'école professionnelle fut placée sous la surveillance d'un directeur qui faisait partie de droit du Conseil de l'école comprenant trois membres; ce conseil fut supprimé en 1905. Le premier conseil de l'école fut composé de MM. P.-M. de Riedmatten, J.-M. de Chastonay et Armand Contat de Monthey.

But: Le but de l'école professionnelle n'a pas été, comme on pourrait le supposer, d'initier les jeunes gens à un métier déterminé, mais bien celui de leur procurer une éducation générale qui puisse leur être utile dans leur future vocation professionnelle; elle s'adresse surtout aux jeunes gens de 12 à 15 ans qui ont l'intention de se vouer plus tard à un métier. — La question de la réorganisation de l'école professionnelle pour la transformer en une école industrielle et commerciale est à l'étude.

Ressources: Tous les frais de cette institution sont supportés par l'Etat du Valais (le budget moyen annuel est d'environ fr. 13,000); l'Etat reçoit un subside de la Confédération (jusqu'à l'année 1905: fr. 5000 par an en moyenne). Dépenses pro 1906: fr. 14,121. 55.

Fortune: L'école n'a, à proprement parler, aucune fortune ou fonds; le bâtiment où les cours se donnent appartient à l'Etat; et l'institution ne possède qu'une bibliothèque d'un millier de volumes environ, une collection de modèles intéressants pour le dessin (5 à 600 modèles) et une petite collection d'appareils de démonstration pour l'enseignement de la physique, de la mécanique et de l'électricité.

Organes: Département de l'Instruction publique du Canton — un directeur.

Ecole des apprentis-artisans de la commune de Sion. — Ecole professionnelle des apprentis-artisans. — Schule für Handwerkslehrlinge in Sitten.

Institution dépendant de la Société industrielle de la Ville de Sion (Société fondée en 1851.)

Fondée: En 1851, comme „Ecole du soir pour les jeunes artisans résidant au chef-lieu“, pour donner aux jeunes apprentis les notions qu'ils n'ont pu acquérir dans les écoles primaires et qui sont nécessaires ou seulement utiles dans certains arts et métiers.

Historique: En 1857, l'école fut placée sous la surveillance du Département cantonal de l'Instruction publique. En 1866, la société a aussi fondé une école de jeunes filles adultes, sur les mêmes bases. Cette institution fut subventionnée par l'Etat.

En 1896, les statuts de la Société industrielle de Sion ont été complètement révisés, et c'est ainsi que l'art. 6 porte ce qui suit: „L'Association a pour but: a) de développer l'industrie et le commerce séduinois, d'en défendre les intérêts, etc.; b) d'entretenir des écoles industrielles de perfectionnement destinées aux jeunes gens et aux jeunes filles émancipés de l'école primaire.“ De concert avec le comité-directeur de la société, le Département de l'Instruction publique s'était appliqué, en 1898, à organiser l'„Ecole des apprentis-artisans de Sion“ pour recevoir des subsides fédéraux.

But: Formation des apprentis.

Ressources: Subventions fédérales et cantonales et de la Ville de Sion (subvention de la Confédération et du Canton pour 1906: fr. 1770).

Organe: La municipalité de Sion.

Cours professionnels de la Société des commerçants de Sion. Kurse (für Knaben) des kaufmännischen Vereins Sitten.

Fondés: En 1902.

But: Développement commercial et leçons de langues.

Ressources: Subventions cantonales (pro 1906: fr. 400) et caisse de la société.

Fortune: Fr. 1000.

Organe: Comité.

Ecole professionnelle pour jeunes filles, à Sion. — Ecole des apprenties et école ménagère de Sion. — Mädchen-gewerbeschule Sitten. — Gewerbeschule für Lehrtöchter der Stadt Sitten. — Lehrlingsschule Sitten.

Réorganisée: En 1905.

Historique: En 1903, l'ouvroir de M^{me} Lucie de Courten, fondé en 1886 dans le but d'instruire 12 jeunes

filles pauvres dans les travaux manuels, a été transformé en Ecole ménagère.

But: Cours de 2 ans pour former des jeunes filles au ménage. *Ecole ménagère:* Le but principal est d'instruire les jeunes filles pauvres, de leur donner le goût et l'amour du travail et de former pour plus tard de bonnes mères de familles. — *Cours professionnels:* Pour instruire les jeunes apprenties.

Ressources: Subventions de la Ville, de l'Etat et de la Confédération; dons, etc. (subventions de la Confédération et du Canton pro 1906: fr. 2465).

Organes: Une directrice — Comité local de Sion de l'Œuvre catholique de protection de la Jeune Fille.

149. Veysonnaz.

Assistance légale de la commune de Veysonnaz.

But: L'assistance des pauvres conformément à la loi du 3 XII 1898.

Ressources: En cas échéant, versements par la caisse communale.

Fortune: Aucune.

Organe: Conseil communal.

I St. de l'A., I N° 146 — II St. de l'A., II A. c. 1 N° 143 et II. B. d. 2 N° 3.

Confrérie du St-Esprit.

(Confrérie de Veysonnaz.)

Créée: Date incertaine, entre 1600—1700.

But: Les intérêts du capital sont répartis aux pauvres.

Ressources: Intérêts du capital (fr. 70 par an).

Fortune: Fr. 1400. Ce fonds a été créé et alimenté à diverses époques par la commune.

Organe: Conseil communal.

XIII. Visp.

Der Bezirk Visp umfasst den bis 12. IV. 1798 souveränen Zehnen Visp (von 1798 bis 5. IX. 1802 Distrikte Visp und Stalden des Kantons Wallis der helvetischen Republik, bis 15. XI. 1810 Zehnen Visp der Republik Wallis und bis 1815 Canton de Viège des Arrondissements Brig des französischen Departements Simplon), bestehend aus der Burgschaft Visp („Vespia nobilis“), St. Niklaus, Zermatt, Saas (Viertel Fee, Viertel Eisten, Viertel Grund und Viertel Balen), etc. (die 21 politischen Gemeinden Baltschieder, Eisten, Embd, Eyholz, Grächen, Gründen, Lalden, Randa, Saas-Almagel, Saas-Balen, Saas-Fee, Saas Grund, St. Niklaus, Stalden, Staldenried, Täsch, Törbel, Visp, Visperterminen, Zennegen und Zermatt).

150. Baltschieder.

Gemeindearmenpflege Baltschieder.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls Gemeindebeiträge. In der Gemeinde gibt es keine Vereine oder Anstalten für arme Leute (auch keine Schulsuppenanstalt); in dieser kleinen Gemeinde stand noch 1905 der Steuerfuss auf Fr. 10 per Fr. 1000. Nur die Schule hat Fr. 1100 Fundum, gestiftet von der Burgerschaft Baltschieder.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeindeverwaltung.

A. 1870, I Nr. 147 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 144.

151. Eisten.

Elementarereignisse: Lawinfälle. — Bergrutschungen des Jahres 1905 (im Mai) im Schadenbetrag von Fr. 2500 und des Jahres 1906 (im Oktober) im Schadenbetrag von Fr. 1500.

Gemeindearmenpflege Eisten.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Zins des Vermögens und nötigenfalls Zuschüsse aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Fr. 260 („Ortsarmenfonds“, der jährliche Zins wird unter die zwei ärmsten Haushaltungen der Gemeinde verteilt).

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission (Waisenamt).

A. 1870, I Nr. 148 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 146.

Abgabe von Schulprämien und teilweise Gratisabgabe von Lehrmitteln an die Schulkinder durch die tit. Gemeindeverwaltung Eisten.

Zweck: In der Überschrift ausgedrückt.

Männerverein Eisten.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Männerverein, Zweigverein: Konsumgenossenschaft Eisten. (Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Errichtet: 19. III., 1. VI. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger und gesunder Lebensmittel. 5% des jährlichen Reingewinnes werden in Natura unter die Armen verteilt.

Mitgliederzahl: 55.

Organe: Fünfgliedrige Verwaltung; 1 Verkäufer.

152. Emd.

Im Gemeindegebiet befindet sich der höchstgelegene Weinberg Europas (1355 m. ü. M.).

Gemeindearmenpflege Emd.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Geschenke.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat (aus 5 Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 149 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 147.

Männerverein Emd.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Emd.

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger und gesunder Lebensmittel. Die Genossenschaft bezieht die Waren im Detail von der Genossenschaft Stalden; sie ist aber keine Filiale der letzteren. 5% des jährlichen Reingewinns wird in Natura unter die Armen verteilt.

Mitgliederzahl: Zirka 40.

Organ: Dreigliedriges Komitee.

153. Eyholz.

NB. Die „Spende“ (A. 1890, II. B. d. 2, Nr. 4) ist nicht mehr gebräuchlich.

Gemeindearmenpflege Eyholz.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Nötigenfalls Gemeindebeiträge. — Die Gemeinde Eyholz hatte aber bis dahin keine Armen zu unterstützen.

Vermögen: Keines.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 150 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 145

154. Grächen.

Gemeindearmenpflege Grächen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Der Zins des Armenfonds wird jährlich an die Armen verteilt. Für den Gebrauch des Gletscherwassers zu Wässerungszwecken ist der Gemeinde eine Abgabe zu gunsten der Armen zu entrichten.

Vermögen: Fr. 1800 („Armenfonds“, hypothekarisch veranlagt).

Organe: Gemeinderat. Armenkommission (aus drei Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 151 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 148.

Spenden der Hinterlassenen von Verstorbenen in Grächen.

In der Gemeinde Grächen besteht von alters her die Sitte, dass beim Tod eines Einwohners dessen Hinterlassene 2—20 Brote unter Gemeindearme verteilen lassen, sodann wird für jeden Sterbenden der Gemeinde eine ganze Kleidung einem Armen übergeben und im Laufe der Zeit bis 52 Mass Milch unter Arme verschenkt.

Männerverein Grächen.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Grächen.

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger, gesunder Nahrungsmittel. Die Genossenschaft bezieht vom Verband in Stalden die Waren im Detail, ist aber keine Filiale von diesem letztern. Mindestens 5% des Reingewinns werden jährlich in Natura unter die Armen verteilt.

Mitgliederzahl: Zirka 50.

Organ: Dreigliedriges Komitee.

155. Gründlen.

Gemeindearmenpflege Gründlen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 152 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 149.

156. Lalden.

Gemeindearmenpflege Lalden.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Gesetz vom 3. XII. 1898. Das Land der Burgergemeinde (hauptsächlich „Almeinen“, zum Teil sumpfig oder aber sehr steinig) wird von Bürgern und Nichtbürgern benutzt. In Unglücksfällen werden von der Gemeindebehörde Beisteuern eingezogen (Hauskollektion) und an die Unglücklichen versandt. Wohltätigkeitsanstalten bestehen in der Gemeinde keine. Arme Schulkinder werden im Notfalle aus der Gemeindekasse unterstützt.

Mittel: Nötigenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat. Armenkommission oder Waisenamt (aus: zwei Mitgliedern des Munizipalrates und dem Gemeindeschreiber).

A. 1870, I Nr. 153 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 150.

157. Randa.

Elementarereignisse: 17. XII. 1720. Einsturz des Weisshorngletschers; das halbe Dorf wurde zerstört und 12 Personen kamen um. — 22. IV. 1737. Grosse Verheerungen durch Lawinen; 140 Häuser und Alphütten wurden hinweggerissen. — 27. XII. 1819. Gletscherbruch an der Gipfelwand des Weisshornbergs über dem Dorfe Randa. Dem Fall wehte ein so heftiger Orkan voraus, dass viele der stärksten Lärchbäume mit den Wurzeln aus dem Boden gerissen, Eisblöcke von 4 Kubikfuss im Inhalt eine halbe Stunde weit über das Dorf hinausgeschleudert, der Giebel des Glockenturmes abgebrochen und mehrere Häuser bis auf die Keller niedergelassen, ihr Holzwerk über eine Viertelmeile weit verworfen, acht Ziegen aus ihrem Stalle mehrere hundert Klafter weggetragen wurden. (Aus: Proklamation des Walliser Staatsrates betr. Steuer-sammlung an die Mitlandsleute der Zehnen vom 17. I. 1821.) — 15. VII. 1904. Verheerungen des Wildibaches beim Weiler Wildi. Der Bach riss ein 4–5 m. tiefes Bett auf. Ungeheure Schuttmassen mit sich wälzend, riss er die Brücke der Talstrasse und die Eisenbrücke der Visp-Zermatt-Bahn fort. Die gewaltigen Steinblöcke und der zähe Schlamm sperrte $\frac{3}{4}$ Stunde lang die hochgehende Visp vollständig ab. Dadurch bildete sich ein See, so dass sogar die Schallibücke unter Wasser gesetzt wurde. Eine beträchtliche Fläche, zum Teil frisch kultivierter Boden, wurde deshalb von der Visp mit meterhohem Geröll, Schutt und Schlamm überlaufen. Es werden noch Jahre lang die Folgen dieser Verheerung zu sehen sein.

Gemeindearmenpflege Randa.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Fondszinse etc.

Vermögen: Zirka Fr. 1000 („Armenkasse“).

Organe: Gemeinderat, fünfgliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 154 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 151.

Spenden der Hinterlassenen von Verstorbenen in Randa.

Beim Tode eines Erwachsenen haben die Erben oder Verwandten Fr. 20 zu bezahlen, welches Geld an Kapital gelegt und der Zins hiervon für die Schule verwendet wird. Ferner haben dieselben 60 Liter Milch, eine Kleidung und zirka 2 Kilo Brot unter die Armen zu verteilen.

Männerverein Randa.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirk Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Randa.

(Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger und gesunder Lebensmittel. Gemäss den Statuten werden 5% des jährlichen Reingewinnes unter die Armen verteilt (in Natura).

Mitgliederzahl: Zirka 50.

Organe: Dreigliedriges Komitee und 1 Verkäufer.

158. Saas-Almagel.

Armenfonds der Bürgergemeinde Saas-Almagel. — Gemeindearmenpflege Saas-Almagel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Zinse des Armenfonds.

Vermögen: Zirka Fr. 1132 (Armenfonds der Bürgergemeinde, errichtet von Guttättern).

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 155 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 152 z. Th.

Besonderer Fonds der Primarschule Saas-Almagel.

Zweck: Der Fonds dient dazu, um besonders armen Kindern notwendige Schulsachen anzukaufen, Weihnachtskrippen zu errichten etc.

Mittel: Die jährlichen Zinsen des kleinen Kapitals.

Organ: Gemeindeverwaltung.

Männerverein Almagel.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Saas-Almagel.

(Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger und gesunder Lebensmittel. Statutengemäss sollen 5% des jährlichen Reingewinnes in Natura unter die Armen verteilt werden.

Mitgliederzahl: Zirka 50.

Organe: Dreigliedriges Komitee und 1 Verkäufer.

159. Saas-Balen.

Elementarereignisse: Vgl. „Landeskatastrophen“.

Armenfonds der Bürgergemeinde Saas-Balen. — Gemeindearmenpflege Saas-Balen.

Geschichtliches: Der Fonds ist uralte, herkommend von frommen Stiftungen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898. — Die Zinsen des Armenfonds werden unter die Armen der Gemeinde Balen verteilt.

Mittel: Kapitalzinse.

Vermögen: Fr. 1278.

Organ: Gemeinderat, bestehend aus 5 Mitgliedern.
A. 1870, I Nr. 155 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 152 z. Th.

160. Saas-Fee.

„Armenfonds“ der Munizipalgemeinde Saas-Fee. — Gemeindearmenpflege Saas-Fee.

Geschichtliches: Bis 1892 hatten die vier Gemeinden des Saastals gemeinschaftlich einen Armenfonds; als sich dann die Gemeinde Fee zu einer eigenen Pfarrei konstituierte, fand eine Verteilung dieses Fonds im Verhältnis der Armen jeder Gemeinde statt.

Zweck: Unterstützung der Armen der Gemeinde Fee gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Kapitalzinse und Geschenke.

Vermögen: Zirka Fr. 1540.

Organ: Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 155 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 152 z. Th.

„Burgerbrotspende“ Saas-Fee.

Gegründet: Datum unbekannt; die Stiftung besteht aber schon sehr lange.

Zweck: Verteilung von Broten unter die Bürger der Gemeinde Fee.

Mittel: Zinse von Fr. 1200.

Vermögen: Fr. 1200.

Organ: Gemeinderat.

„Studentenstift“ (Familienfonds), Saas-Fee.

Gegründet: 1834 von Hochw. Hrn. Joh. Baptist Supersaxo von Fee.

Zweck: Unterstützung der Studierenden und Armen der Nachkommen der Brüder und Schwestern des Stifters. — Bedingungen zur Nutzniessung des Fonds sind folgende: 1. Muss der Nutzniesser etwas zum allgemeinen Wohle (als Geistlicher, Arzt, Advokat etc) studieren; 2. muss er ein Nachkomme der Geschwister des Stifters, ob von väterlicher oder mütterlicher Seite, und ein Ansässiger von Fee sein; 3. kann einer diesen Fonds nur 10 Jahre geniessen und hat dann, wenn er Priester ist, der Seele des Stifters 13 hl. Messen zukommen zu lassen; studiert er aber nicht als Geistlicher oder hat er seine Studien aufgehoben, so hat er dem Stifter jährlich für jedes Jahr eine hl. Messe lesen zu lassen. Studieren mehrere aus der Familie, so sollen diese den Betrag miteinander teilen; ist aber einer

merklich ärmer, so soll er den Betrag allein erhalten; dies hat der jeweilige Ortsgeistliche zu entscheiden. Im Falle, dass keiner von der Familie studiert, so soll der Betrag unter die Ärmsten der Familie verteilt werden. Im Auflösungsfall soll die ganze Summe unter die Armen verteilt oder zu andern guten Zwecken verwendet werden.

Mittel: Zinse von Fr. 1930 (1000 Pfund).

Vermögen: Fr. 1300 (1000 Pfund).

Organ: 1 Prokurator aus der Familie.

161. Saas-Grund.

Elementarereignisse: 3. IV. 1849. Lawinensturz, durch welchen ein Haus zerstört wurde und 19 Personen ums Leben kamen. — 1868. Überschwemmung (vgl. „Landeskatastrophen“). Schaden für die Gemeinde Grund Fr. 74,000, die Gemeinde Balen Fr. 29,000, die Gemeinde Fee Fr. 8000 und die Gemeinde Almagel Fr. 6000. Eingegangene Liebesgaben: für die Gemeinde Grund Fr. 7905, für die Gemeinde Balen Fr. 2367, für die Gemeinde Fee Fr. 886, für die Gemeinde Almagel Fr. 968. — 1888. Lawinensturz. Der Schaden am Privateigentum (Gemeindewälder nicht inbegriffen) wurde amtlich auf Fr. 22,630 geschätzt. Liebesgaben wurden gespendet von: MM. Rev. Tasker Fr. 5385, S. A. C. Fr. 5650, Staate Wallis etc. Fr. 7530. — 1902. Brand von Saas-Grund. Schaden: Fr. 36,540. Liebesgaben: Fr. 3794. 50.

Armenfonds der Bürgergemeinde Saas-Grund. — Gemeindearmenpflege Saas-Grund.

Geschichtliches: Der Fonds ist uralt (fromme Stiftung).

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898. — Die Zinsen des Armenfonds werden unter die Armen der Gemeinde *Saas-Grund* verteilt.

Mittel: Kapitalzinse.

Vermögen: Zirka Fr. 2000.

Organ: Gemeinderat (aus 5 Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 155 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 152 z. Th.

Benefizium von Tannmatten, Saas-Grund.

Gegründet: 1710 von Anton Anthanmatten.

Zweck: Unterstützung kranker Priester der Familie des Stifters und des Tales Saas.

Mittel: Kapitalzinse vom Ertrag von Liegenschaften.

Vermögen: Zirka Fr. 20,000.

Organ: Patron (Verwalter) mit einem Vogte oder Schaffner.

Stiftung zu gunsten von Studierenden der Familie Anthanmatten.

Errichtet: 1710 von Anton Anthanmatten, dem Gründer des „Benefizium von Tannmatten“.

Geschichtliches: Der Stifter vergabte 1000 Pfund. Die Studierenden aus der Familie konnten den Zins

davon geniessen, aber nicht mehr denn 10 Jahre lang, mussten jedoch vom Tage, an dem sie ihre Studien vollendet, bis zu ihrem Tode jährlich 13 Messen lesen oder lesen lassen. Waren mehrere Bewerber, so wurden Zins und Pflichten geteilt. Dies verhält sich jetzt noch so, nur die Pflichten wurden erleichtert.

Zweck: Die Studierenden der Familie zu unterstützen.

Mittel: Kapitalzinse Fr. 150.

Vermögen: Fr. 3000.

Organe: Verwalter, der von der Familie gewählt und vom Bischof bestätigt wird, und Pfrundvogt.

Männerverein Saas-Grund.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Saas-Grund.

(Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Sitz: Saas-Grund.

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Billige Beschaffung gesunder Lebensmittel. 5% des Reingewinnes soll jährlich in natura unter Arme verteilt werden.

Mitgliederzahl: Zirka 120.

Organe: Dreigliedriges Komitee und 1 Verkäufer.

162. St. Niklaus.

(St. Niklaus, Ried und Herbriggen.)

Mit Dekret vom 13. I. 1866 wurden St. Niklaus-Dorf und St. Niklaus-Matt zu einer politischen Gemeinde und mit Dekret vom 24. XI. 1870 St. Niklaus und Gasenried zur politischen Gemeinde St. Niklaus vereinigt.

Elementarereignisse: Von Lawinen im „Sparrenzug“ wurden 1618 das Chor der Pfarrkirche, 1750 das Schiff derselben fortgerissen, 1826 der Turm zerstört. — 25. VII. 1855, Erdbeben. Viele Häuser wurden beschädigt und zerrissen; das Kirchengewölbe stürzte ein und verwandelte das Innere der Kirche in einen Schutthaufen. Ungeheure Felsmassen stürzten von den nahen Bergen. Amtlich geschätzter Schaden: Fr. 41,599; Liebessteuern für die Beschädigten: Fr. 27,825 (Kirche und Kapellen wurden mit Fr. 1891 bedacht). Vergl. „Landeskatastrophen“. — V. 1897, Erdsturz bei Schwiedern; ein Teil dieses Weilers wurde zerstört.

Verband der Oberwalliser Jünglingsvereine.

Sitz: St. Niklaus (Wohnort des Verbandspräsidenten).

Gegründet: 1901 zu Visp unter dem Vorsitz des hochw. Pfarrer Brindlen von Glis und dem Ehrenvorsitz Sr. Gnaden Dr. Jul. M. Abbet von Sitten.

Zweck: Gegenseitige Mitteilungen über das Vereinsleben. Periodische Besprechungen und Vorträge in Generalversammlungen.

Verbandsvereine: Die Jünglingsvereine von Mörel, Brig, Glis, Ried-Brig, Mund, Naters, Visp, St. Niklaus, Unterbäch, Eischoll, Leuk, Leukerbad und Siders. Sie bezwecken: Pflege des religiösen, sittlichen Lebens; Fortbildung in Sprachkenntnis etc.; Unterhaltung. — Ein „Jünglingsverein von Grengiols“ ging teils durch unliebsame Vorkommnisse, andererseits durch Auswanderung mehrerer Vereinsmitglieder nach Amerika bald nach seinem Entstehen wieder ein.

Mittel: Unter anderem: Beiträge aus dem Alkoholzehntel (pro 1905: Fr. 80).

Organ: Vorstand von 3 Mitgliedern (aus der Mitte der Generalversammlung der Vereinspräsidenten, die jedes zweite Jahr abgehalten wird, gewählt).

Gemeindearmenpflege St. Niklaus.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Jahreszins des Armenfundums (Fr. 38. 30); jährlicher Zuschuss von Fr. 20 der Kirchenfabrik (die Hälfte davon rührt her von der Stiftung der Therese Brunner).

Vermögen: Fr. 699 — „Armenfundum“.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 156 — A. 1890, II A. c. 1 N. 153.

Stiftung der Therese Brunner.

(Institution der Pfarrei St. Niklaus.)

Errichtet: 1876.

Zweck: Der Zins wird jährlich der „Gemeindearmenpflege St. Niklaus“ übergeben.

Vermögen: Fr. 200.

Organ: Pfarramt St. Niklaus.

St. Niklaus-Spende.

(Institution in der Gemeinde St. Niklaus.)

Errichtet: Datum unbekannt.

Zweck: Die „St. Niklaus-Spende“ wird jährlich um das Fest St. Niklaus herum gesammelt und besteht aus Gaben von Geld, Korn und Brot; die ganze Sammlung wird in Brot umgewertet (Minimum: 120 kg.), das unter die Armen verteilt wird.

Organ: Gemeinderat.

St. Theodul-Spende.

(Institution der Anteilhaber der Riedbach-Suone von St. Niklaus und Grächen.)

Errichtet: Durch ein Gelübde (Datum unbekannt). Dieses Gelübde wurde zum Schutze vor einem Gletscheranwachsen und daraus entstehendem Schaden

an den Wasserleitungen gemacht. (Akt liegt im bischöflichen Archiv zu Sitten.)

Zweck: Am Feste des hl. Theodul (4. IX.) wird jährlich eine Prozession nach dem Wallfahrtsort Schalbetten und zurück zur St. Theodulskapelle beim Weiler Gasenried abgehalten. Hier wird eine Sammlung veranstaltet, deren Ertrag zur Verteilung von Brot unter die Armen dient.

Mittel: Jährlich zirka Fr. 33 (Ertrag der Sammlung). Zu der Sammlung müssen alle Familien, die mit dem Wasser aus dem Riedbach die Wiesen bewässern, per 1000 Klafter Boden 1 Rappen beisteuern.

Organ: Gemeinderat.

Spende der Genossenschaft Jungenberg in St. Niklaus.

Errichtet: Datum unbekannt.

Zweck: Armenunterstützung.

Mittel: Pro Jahr Fr. 20.

Organ: Genossenschaftsverwalter.

Spende der Gutsbesitzer vom Gebiete Stalen in St. Niklaus.

Errichtet: Durch ein Gelübde zum Schutz vor Lawinen und Felssturz vom „Spissenzug“.

Zweck: Armenunterstützung.

Mittel: Der Zins des Fonds (pro Jahr Fr. 20).

Vermögen: Zirka Fr. 400.

Organ: Verwalter.

Spenden der Hinterlassenen von Verstorbenen in St. Niklaus.

Beim Begräbnis einer zum Vernunftgebrauch gelangten Ortsperson (es sterben jährlich ungefähr 10) müssen die Verwandten eine vollständige Kleidung und Ausrüstung bis ins Kleinste (z. B. auch Taschenmesser und Rosenkranz, bei Rauchern ebenfalls eine Tabakspfeife) den Armen geben; ferner haben die Verwandten an die Armen auszuteilen: 50 kg. Brot und 90 Liter Milch.

Freiwillige Gaben an Milch in den Quatemberwochen für die Armen in St. Niklaus.

Eingeführt: Datum unbekannt.

Zweck: In der Überschrift ausgedrückt.

Verabfolgung von Schulsuppe an arme und weitentfernte Schulkinder der Gemeinde.

(Institution der Gemeinde St. Niklaus.)

Errichtet: 1905.

Zweck: Ungefähr 60 Kinder jährlich während 4—5 Monaten mittags zu speisen.

Mittel: Die jährliche Ausgabe von zirka Fr. 800 wird zur Hälfte von der Gemeinde getragen, zur Hälfte

von der Kantonsregierung aus der eidgenössischen Schulsubvention gedeckt.

Organe: Gemeinderat und Schulkommission.

Verabfolgung von Schulmaterial an arme Kinder.

(Institution der Gemeinde St. Niklaus.)

Zweck: In der Überschrift ausgedrückt.

Mittel: Pro Jahr zirka Fr. 100. — 50 % bezahlt die Gemeinde, 50 % der Staat.

Organ: Gemeinderat.

Fundum der Familie von Schallen in St. Niklaus für Studierende.

Errichtet: Im Januar 1698 von Canonicus Johannes de Schallen in Sitten (geb. zu St. Niklaus).

Zweck: Unterstützung von Studierenden in erster Linie aus der Familie, an zweiter Stelle aus der Gemeinde. Wird das Stipendium nicht benützt, so kann $\frac{1}{4}$ der Zinsen für die Primarschule verwendet werden, während $\frac{3}{4}$ zur Äufnung des Fonds zu dienen haben.

Mittel: Die Zinse.

Vermögen: Fr. 2801 Kapital.

Organ: Gemeinderat.

Marianische Frauen-Kongregation mit Mütterverein in St. Niklaus.

Gegründet: 1733.

Reorganisiert: 8. XII. 1906.

Zweck: Neben religiöser Erbauung: Erziehung der Kinder in christlichem Sinne; treue Erfüllung der Standespflichten; Werke der Caritas (Fürsorge für Arme, Kranke, Kinder, Auswandernde).

Mitglieder: Zahl zirka 100.

Organ: Pfarrvorstand.

Marianische Jungfrauen-Kongregation in St. Niklaus.

Errichtet: 1907.

Zweck: Neben Standesheiligung: Fortbildung in Haushaltsarbeiten; Stellenvermittlung; Arbeiten für die Kirche.

Mitglieder: Zahl zirka 50.

Organ: Pfarrvorstand.

Jünglingsverein St. Niklaus.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Gegründet: 1902 von Peter Maria Concina, Pfarrer, zurzeit Präses.

Zweck: Durch Pflege eines tatkräftigen, religiösen und bürgerlichen Geistes und Lebens die Mitglieder zu braven katholischen Männern heranzubilden, für ihre allgemeine und fachliche Fortbildung nach Kräften

zu sorgen und ihnen eine das Gemüt veredelnde Unterhaltung zu bieten. Vierteljährlicher gemeinschaftlicher Sakramentenempfang. Lesen geeigneter Zeit- und Fachschriften und Bücher. Förderung der Sparsamkeit. Vereinsversammlungen mit Vorträgen, praktischen Unterrichts-kursen (Sprachwissenschaft, Landwirtschaft, Buchhaltung etc.). Gesang, Spiele, Deklamation, Theater.

Mitglieder: Der Verein hat Ehren-, Passiv- und Aktivmitglieder und Kandidaten. — Zahl der Aktivmitglieder zirka 30.

Mittel: Zur Bestreitung der Ausgaben dienen: Eintritts-, Monats- und Bussengelder, Erlös von Vorstellungen etc.

Vermögen: Vereinsfahne (im Wert von Fr. 350) etc.

Organe: Vorstand (aus 5 Mitgliedern) — Vereinsversammlung.

Katholischer Männerverein St. Niklaus.

Ortsverein des „Schweizerischen katholischen Volksvereins“. (Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Gegründet: XI. 1904.

Geschichtliches: Der Verein errichtete: 1. die Konsumgenossenschaft (Genossenschaft mit subsidiärer, solidarischer Haftpflicht), Filiale des Verbandes Stalden (1905); 2. die Darlehenskasse, System Raiffeisen (freie Genossenschaft mit unbeschränkter solidarischer Haftpflicht), Glied des Schweizerischen Raiffeisen-Verbands (1906).

Mitglieder: Zirka 150.

Zweck: a) Förderung wahrer Religiosität, Sittlichkeit und rechter Vaterlandsliebe; b) Einigung und festes Zusammenhalten der in der Pfarrei wohnenden kath. Männer; c) moralische und finanzielle Unterstützung der Interessen der Pfarrei (Besuch kranker Mitglieder, Teilnahme an Beerdigung von Mitgliedern, Gründung von Sparkassen etc.); d) Belehrung der Mitglieder über kirchlich-politische, volkswirtschaftliche und andere Zeit- und Tagesfragen; e) Anschaffung und Verbreitung guter passender Lektüren, edle Unterhaltung.

Mitglieder: Zirka 150.

Organ: Vorstand (aus 7 Mitgliedern.)

Konsumgenossenschaft St. Niklaus.

(Filiale des Verbandes Stalden.)

Errichtet: 1. VI. 1905 vom (katholischen) Männerverein St. Niklaus.

Zweck: Ökonomische Besserstellung der Mitglieder. — Statutengemäss werden 5 % vom Reingewinn an die Ortsarmen ausgeteilt.

Mitglieder: Die Mitglieder des Männervereins (zirka 100). Immerhin erhalten auch Witwen und

Familien, die ohne ihre Schuld nicht Mitglieder sein können, vom Reingewinn.

Organe: Dreigliedriges Komitee; 1 Verkäufer.

163. Stalden.

Gemeindearmenpflege Stalden.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Zinsen des Armenfonds und nötigenfalls Gemeindebeiträge.

Vermögen: Fr. 600. — „Armenfonds“.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 157 — A. 1890 II A. c. 1 N. 154.

Verabfolgung von Lehrmitteln an arme Schulkinder.

(Institution der Gemeinde Stalden.)

Zweck: In der Überschrift ausgedrückt.

Mittel: Jährlich Fr. 40—50.

Organ: Gemeinderat.

Männerverein Stalden.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumverband Stalden.

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Es haben sich die Gemeinden Täsch, Randa, St. Niklaus, Grächen, Embd, Törbel, Zeneggen, Staldenried, Eisten, Saas-Balen — Saas-Grund, Saas-Almagel und Stalden zu einem Konsumverband zusammengeschlossen, welche die Bestimmung in ihre Statuten aufgenommen haben, dass wenigstens 5 % vom Reingewinn unter die Armen verteilt werden, und zwar in natura.

Filialen	Gründungsdatum			Ungefähre Mitgliederzahl	Organe		Ungefähre Höhe des unter die Armen verteilten Gewinnes	
	Jahr	Monat	Tag		Allfälliges Filialkomitee	Verkaufspersonal	pro Jahr	Fr. Rp.
1. Täsch . . .	1905	VI.	1.	50	3	1	17	55
2. Randa . . .	"	"	1.	50	3	1	20	70
3. St. Niklaus . . .	"	"	1.	100	3	1	55	95
4. Grächen . . .	"	"	1.	50	bezieht im Detail vom Verband in Stalden		8	95
5. Embd . . .	"	"	1.	40	id.		3	95
6. Törbel . . .	"	"	1.	120	"		17	—
7. Zeneggen . . .	1906	I.	10.	50	"		—	—
8. Staldenried . . .	1905	II.	5.	50	"		—	—
9. Eisten . . .	"	VI.	1.	50	3	1	8	25
10. Saas-Grund ¹⁾	"	"	1.	120	3	1	42	95
11. Saas-Almagel	"	"	1.	40	3	1	9	35
12. Stalden . . .	"	"	1.	100	16	3	25	85

¹⁾ Mit Saas-Balen.

164. Staldenried.

Gemeindearmenpflege Staldenried.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Von jeder verstorbenen Person haben deren Erben je nach den Vermögensverhältnissen Fr. 10 bis 25 in die Armenkasse zu zahlen. Diese Beiträge werden kapitalisiert.

Vermögen: Fr. 1200.

Organe: Gemeinderat, fünfgliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 158 — A. 1890, II A. c. 1 N. 155.

Schulsuppenanstalt Staldenried.

Geschichtliches: Die Institution ist bis jetzt noch nicht fest organisiert, soll aber nächstens durch Einsetzung eines Komitees eine definitive Organisation erhalten.

Zweck: Unterstützung von dürftigen Schülern durch Verabfolgung von Suppe während der strengen Winterszeit.

Männerverein Staldenried.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Staldenried.

(Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Errichtet: 5. II. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger und gesunder Lebensmittel. 5% des Reingewinnes wird jährlich in natura unter die Armen verteilt.

Mitgliederzahl: Zirka 50.

Organ: Dreigliedriger Vorstand.

165. Täsch.

Elementarereignisse: Die Gemeinde und Bewohner von Täsch haben lange Zeit sehr schwere Prüfungen bestanden, hat die Gemeinde ja erstens sehr harte Schäden erlitten von dem Hauptwasser der Visp, welche fortwährend die schöne Ebene überschwemmt hat. Die guten Leute mussten oft mitten im Sommer wochenlang sich gegen das drohende Wasser mit allen Leibeskräften mit Todesgefahr entgegenstellen, und sehr mancher kräftige Mann hat sich in dem eiskalten Gletscherwasser seine Gesundheit ruiniert, und trotzdem mussten sie angesichts zusehen, wie es die schönen Wiesen, die vielleicht vor zwei, drei Jahren aufs Geratewohl wieder kultiviert worden, verwüstet hat. Nicht weniger sind die Bewohner von dem tückischen Täschbach gequält worden; ist er ja nur im Laufe von 30 Jahren 2 Mal von übermässiger Grösse und mit grobem Steingerölle über seine Dämmungen gebrochen und hat den Leuten nicht nur die schönsten Wiesen und Gärten vor und hinter den Häusern verwüstet, sondern auch Häuser (Wohnungen) zwei bis drei Meter hoch eingesandet, so dass sich die Leute samt ihrer Habe für einige Tage flüchten mussten. Jetzt aber, wo man den Bach riesenmässig eingedämmt hat (freilich mit grossen Kosten)-

und durch die Eisenbahn die Ebene gesichert wurde, jetzt steht es besser, und die Leute arbeiten wieder mutig an der Kultur der Ebene.

Gemeindearmenpflege Täsch.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Der jährliche Ertrag (Fr. 60) des Armenfonds.

Vermögen: Fr. 1200. — Dieser „Armenfonds“ wird dadurch geäufnet, dass wenn in der Gemeinde eine Person stirbt, die mehr als 12 Jahre alt ist oder die hl. Kommunion erhalten hat, die Erben Fr. 20 bezahlen müssen, wovon die Hälfte dem Armen-, die Hälfte dem Schulfonds zufliesst.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus 2 Mitgliedern des Munizipal- oder Gemeinderates).

A. 1870, I Nr. 159 — A. 1890, II A. c. 1 N. 156.

„Freiwilliges Almosen“ von Täsch.

Errichtet: 1780, gemäss einem in bezug auf den gefährlichen Täschbach gefassten Gelübde.

Zweck: Alljährlich am 6. XII. werden Esswaren im Werte von zirka Fr. 25 an die Armen ausgeteilt.

Mittel: Jeder muss etwas geben, der nicht bedürftig ist zu nehmen.

Beschaffung von Schulmaterial an arme Schulkinder von Täsch.

Zweck: Im Titel ausgedrückt.

Mittel: Fr. 20 bis Fr. 30 pro Jahr aus der Munizipalkasse.

Organ: Munizipalrat.

Männerverein Täsch.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirk Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumverein Täsch.

Gegründet: 1. VI. 1905.

Zweck: Vom Reingewinn werden statutengemäss 5% in natura unter die Armen verteilt (die 1. Verteilung erfolgte nach dem im Januar 1907 stattgefundenen Rechnungsabschluss).

Mitgliederzahl: Zirka 50.

Organe: Dreigliedriges Komitee; 1 Verkäufer.

166. Törbel.

Gemeindearmenpflege Törbel.

Geschichtliches: In Törbel bestand eine alte sogen. „Theodulspende“, die aber schon längst abge-

schafft wurde; ihre Kapitalien „bilden heutzutage ein Vermögen der Bürgerschaft, aus deren Einkünften alle öffentlichen Lasten bestritten werden“ (Imesch 1901). Ein Gemeindestatut vom 9. I. 1473 über Aufbewahrung und Verwaltung der St. Theodulsspende in Törbel bestimmte: die Gemeinde weist aus ihren gemeinen Einkünften dieser Spende und damit den Armen an: 1 Pfund jährlichen Zins und 14 Fischel Korngild. Sodann schärfte die Verordnung vom 11. I. 1463 ein, dass jede Haushaltung jährlich an die Spende ein Brot gebe, wovon zuerst die Armen gespeist werden sollen, bevor die Vermöglichen etwas erhalten, und verordnet, dass stets zwei Verwalter der Spende der Reihe nach erwählt werden, welche unabweislich annehmen müssen. Eine zweite Akte im Archiv von Törbel, datiert vom 3. VIII. 1544, betrifft Obligationen zu gunsten der Spende des hl. Theoduls in Törbel.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: Fr. 600 (der Zins, Fr. 30, wird verwendet für Schulmaterial an arme Kinder).

Organe: Gemeinderat, Armenkommission (aus 3 Mitgliedern).

A. 1870, I Nr. 160 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 157.

Männerverein Törbel.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Törbel.

(Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Errichtet: 1. VI. 1905.

Zweck: Beschaffung billiger und gesunder Lebensmittel; 5% des jährlichen Reingewinnes werden in natura unter die Armen verteilt.

Mitgliederzahl: Zirka 120.

Organ: Dreigliedriger Vorstand.

167. Visp.

Elementarereignisse: 1746. Brand infolge einer Pulverexplosion. — 29./30. V. 1799. Plünderung von Visp durch die Franzosen (vgl. Landeskatastrophen). — 25. VII. 1855. Erdbeben, wobei ein Kind ums Leben kam (vgl. Landeskatastrophen). — 1868. Einbruch der Visp in die Ortschaft: Häuser, Scheunen, und Ställe wurden zerstört, zwei Menschenleben höchst bedroht, die Ebene mit Schutt belegt.

Regierungsstatthalteramt Visp.

Aufgaben: Vide Regierungsstatthalteramt Brig.

Gemeindearmenpflege Visp.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Geschichtliches: In alter Zeit bestand in Visp: a) eine „Bruderschaft der hl. Jungfrau Maria“: am 4. VII. 1337 testierte Isabella de Boza zu gunsten dieser Bruderschaft „viginti solidos semel, quod luminare fiat pro ipso, pront moris est, per unum annum“; b) eine von Bischof Walter Supersaxo gestiftete „Jahrzeit“; 1472 wurde die Jahrzeitstiftung von Vikar Hilarius Holzer mit 6 Schilling Gild geäufnet.

Mittel: Zinse und erforderlichenfalls Beiträge aus der Gemeindekasse.

Vermögen: a) Die „Burgerspende“, zirka Fr. 11,900 Kapitalien und Fr. 1000 Immobilien. Diese Stiftung besteht in erster Linie für die Ortsbürger, in zweiter Linie für die Einwohner. Sie wurde vor Jahrhunderten (zur Zeit der Johanniter im XII. und XIII. Jahrhundert) von Wohltätern gegründet, vorzüglich von Ortsburgern und zum Unterhalt von verarmten Burgern und auch für Weiterspeditung von Reisenden und Notleidenden. b) Munizipal-Armenfundum, Fr. 1020.

Organe: Spendvogt (als Verwalter, ernannt vom Burgerrat), (seit 1899) Armenkommission aus 3 Mitgliedern, Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 161 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 158.

Munizipal-Armenfundum Visp.

Vgl. „Gemeindearmenpflege Visp“.

„Spenden.“ — Separatarmenfonds der Gemeinde Visp. Burgerspende von Visp.

(Bestandteil des oblig. Armenfonds der Gemeinde.)

Geschichtliches: Aus dieser Spende liess früher der Verwalter alle 3 Monate den Armen 12 Fischel Brot verabreichen.

Zweck: Unterstützung armer Familien durch Verabfolgung von Lebensmitteln u. dgl.

Mittel: Zinse des Kapitals.

Vermögen: Fr. 11,900 Kapital (vgl. „Gemeindearmenpflege Visp“).

Organ: Bürgergemeinde Visp.

Spital der Familie Burgener. — Fremdenspital Visp. Hôpital de Viège.

Gegründet: Im XVII. Jahrhundert von Theodul Lambien durch Überlassung einer Liegenschaft im Werte von 760 Pfund. 1751 wurde vom Landeshauptmann Franz Joseph Burgener das Spital zum Zwecke, die armen fremden Durchreisenden insbesondere zu

beherbergen, dotiert, wobei er für sich und seine Familie das Recht der Verwaltung und Überwachung vorbehielt.

Geschichtliches: La fortune se composait en 1855 de 3733 livres maurisises et de fr. 1023 d'intérêts arriérés au 11 novembre 1854, de deux fichelinées de pâturage, d'un jardin près la scierie, d'une vigne au Bergli et des meubles servant à l'hôpital (Rapport du Conseil d'Etat en 1872).

Zweck: Übernachtung von bedürftigen Reisenden, Spendung von Kost, event. auch Geld.

Platzverhältnisse: Für 10 Personen.

Vermögen: Zirka Fr. 10,000 Hausenschaft und etwelche Liegenschaften; Fr. 7953 Kapital.

Anstaltspersonal: Abwärter („Spittler“) mit Familie.

Organ: Die Familie Burgener verwaltet das Spital.

Unterstützung armer Kinder von Visp durch Abgabe von Schulmaterial und Schulprämien.

Mittel: Jährlich zirka Fr. 250 (von der Gemeinde).

Weihnachtsbaum mit Gabenverteilung an arme Kinder von Visp,

organisiert von wohlthätigen Damen (Art Elisabethenverein). Gaben werden in der Gemeinde gesammelt; Ausgaben jährlich Fr 300—400.

Verabfolgung von Schulsuppen an arme Kinder von Visp während der Winterszeit.

Mittel: Jährlich zirka Fr. 300 (je zur Hälfte vom Staate Wallis und von der Gemeinde Visp getragen).

Kleinkinderschule Visp — Ecole enfantine de Viège.

Gegründet: 1903/04.

Zweck: Vorbereitung auf den Primarschulunterricht.

Mittel: Schulgelder à Fr. 2 per Monat; jährliche Gemeindegeldsubsidie von Fr. 60.

Organe: Lehrerin; Schulkommission von Visp.

Verband der kath. Männervereine im Bezirke Visp.

Gegründet: VI. 1907 in Stalden.

Sektionen: 13 (Täsch, Randa, St. Niklaus, Grächen, Embd, Törbel, Zeneggen, Visp, Stalden, Staldenried, Eisten, Saas-Grund und -Almagel).

Zweck: Der des Schweiz. kath. Volksvereins.

Mittel: Jahresbeiträge der Mitglieder.

Organ: Komitee (aus 5 Mitgliedern).

Männerverein Visp.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Gegründet: 1903.

Mitglieder: Zirka 50.

Vermögen: Zirka Fr. 600 Kapital durch Testament, nebst den Eintritts- und Jahresgeldern der Mitglieder.

Jünglingsverein Visp.

(Sektion des Verbandes der Oberwalliser Jünglingsvereine.)

Vgl. „Verband“ (Sitz: St. Niklaus).

Gegründet: 1903 von Kaplan Pichel.

Mitglieder: 18.

Vermögen: Vereinsfahne; kleine Sparkasse (zirka Fr. 250).

Gewerbliche Fortbildungsschule Visp. — Ecole professionnelle à Viège.

Errichtet: 1905.

Zweck: Geht aus der Überschrift hervor. — Die Schule wird von Herrn Prior Stockalper geleitet; der Unterricht wird dreimal per Woche während dem Winter erteilt. Schülerzahl zirka 10.

Mittel: Unter anderem: Beiträge vom Bund und Kanton (pro 1906: Fr. 800).

168. Visperterminen.

Die alte Schützengesellschaft in Visperterminen (über den Ursprung der „Sociétés de Cible“ in Wallis vgl. Grenat, Histoire moderne, pag. 59) ist im Besitze eines höchstgelegenen Rebberges in Europa.

Elementarereignis: 12. VI. 1907 wurde das Ufer des Gëbüdemsees durchbrochen. Das Wasser leerte sich in den Spielbach, riss bei Visperterminen zwei Sägen und drei Mühlen fort und verschüttete zwischen Visp und Stalden zwei leere Wohnhäuser, Wiesen und Reben. Die Wassermenge überschwemmte mehrere Güter und einen Stall mit acht Stück Vieh. Der Telegraph wurde abgeschnitten, die Strasse und die Strecke der Visp-Zermattbahn auf anderthalb Kilometer unterbrochen. Der Bahnverkehr wurde für einige Tage nur mit Umsteigen und Umladen möglich.

Gemeindearmenpflege Visperterminen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: Opfer, welches in der Kirche entgegengenommen und unter die Ortsarmen verteilt wird.

Vermögen: Keines.

Organe: Gemeinderat, dreigliedrige Armenkommission.

A. 1870, I Nr. 162 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 159.

169. Zeneggen.

Gemeindearmenpflege Zeneggen.

Zweck: Unterstützung der Armen gemäss Gesetz vom 3. XII. 1898.

Mittel: In Zeneggen sind wohl arme Familien und arme Schulkinder, die auf Unterstützung der Gemeinde angewiesen sind; die Gemeinde hat aber keine Fonds und keine wohltätigen Institutionen. Die Mittel werden aus der Gemeindekasse entnommen.

Vermögen: Keines.

Organe: Waisenamt (3 Mitglieder); Gemeinderat.

A. 1870, I Nr. 163 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 160.

Männerverein Zeneggen.

(Sektion des Verbandes der kath. Männervereine im Bezirke Visp.)

Vergl. „Verband“ (sub Visp).

Konsumgenossenschaft Zeneggen.

(Filiale der Genossenschaft Stalden.)

Errichtet: 10. I. 1906.

Zweck: Beschaffung gesunder und billiger Lebensmittel; 5% des Reingewinnes werden jährlich in natura unter die Armen verteilt.

Mitgliederzahl: Zirka 50.

Organ: Dreigliedriger Vorstand.

170. Zermatt.

Im Gemeindegebiet von Zermatt finden sich nicht nur die mit dem Faulhorn-Hotel (2683 m. ü. M.), dem Hotel Dreisprachenspitze in Sta. Maria i. M. (2836 m. ü. M.) und dem Restaurant Piz Languard (3200 m. ü. M.) höchstgelegenen Hotels (Hotel Belvedera auf dem Gornergrat (3136 m. ü. M.) und Hotel Riffelalp (2569 m. ü. M.), sondern auch die höchstgelegenen Getreideäcker der Schweiz (so beim Sommerdorf Findelen, 2100 m. ü. M.). Der Getreidebau reicht hier bis an die Gletscher (vgl. P. Furrer, Statistik von Wallis, 1852, pag. 83).

Gemeindearmenpflege Zermatt.

Zweck: Unterstützung der Armen nach dem Gesetz vom 3. XII. 1898.

Vermögen: Zirka Fr. 3050 zinstragende Kapitalien.

Mittel: Zinse des Armenfonds und event. Gemeindegzuschüsse.

Organe: Gemeinderat; Armenkommission (aus: Waisenamtspräsident, Kassier und drei Beisitzer).

A. 1870, I Nr. 164 — A. 1890, II A. c. 1 Nr. 161.

Absonderungshaus Zermatt. — Lazaret d'isolement.

Gegründet: 1900 von Dr. A. Seiler.

Zweck: Absonderung von Personen, welche an einer ansteckenden Krankheit darniederliegen.

II. Teil.

Die philanthropischen Institutionen nach Zweckbestimmungen.

a) Die Institutionen der Armenpflege.

1. Die obligatorisch-amtliche Armenpflege.

Der Beschluss der eidgenössischen Tagsatzung vom 30. IX. 1551, welcher für die Gemeindearmenpflege in der Schweiz als Rechtsquelle bezeichnet werden kann, wurde ausdrücklich auch für Wallis und Graubünden gefasst. Der Staatsverband Wallis selbst gab keine weiteren Vorschriften über die Ausübung der Armenpflege; dies wurde ganz in die Aufgaben der Zehnen (den souveränen Gliedstaaten) gelegt, und der Landrat verfügte dann unterm 5. XII. 1714 auch ausdrücklich, dass die Armenfürsorgepflicht den Zehnen zukomme. Das helvetische Gesetz vom 13. II. 1799 bestätigte die auf dem Eingangs zitierten Tagsatzungsbeschlüsse beruhende Gemeindearmenpflege. Der Landrat der Republik Wallis (1802—1810) erliess sodann in Erwägung, „dass „der wahrhafte Arme, der nicht im Stande ist, zu arbeiten oder dem seine Arbeit nicht hinreichend ist, „einige Achtung verdient, und dass, wenn man ihm „die Erlaubnis versagen würde, öffentlich das Almosen „zu begehren, man Gefahr lief, ihn auf ein solches „Äusserstes zu bringen, welches sowohl für ihn als für „die Gesellschaft schlimm wäre“, unterm 30. V. 1803 ein „Gesetz über die Bettelei“. Darnach hatten die Gemeinderäte dem Zehnenrat eine Liste ihrer Armen einzureichen; die auf der Liste stehenden Personen waren berechtigt, im Zehnen ihres Wohnsitzes dem Almosen nachzugehen. Die Erlaubnis zum Almosensammeln, welche vom Gemeinderat erteilt wurde, musste jedes Jahr neu nachgesucht werden. — Während der Zeit, in welcher Wallis das Département du Simplon des französischen Kaiserreiches bildete, kam die rekonstruktive Gesetzgebung Frankreichs vom Jahr V, nach welcher der Schwerpunkt der Armenpflege auf die Hospitäler verlegt wurde, wenigstens der Form nach zur Anwendung. Wie Wallis aber ein Kanton der Eidgenossenschaft wurde, traten die früheren Zustände in der Armenfürsorge wieder ein. Das Gesetz vom 30. V. 1803 wurde jedoch bald als unzulänglich befunden und am 23. V. 1827, erliess der Landrat, um „bei Unterdrückung „des Faulenzens den wahrhaft armen Personen einen „sicheren Aufenthalt zu verschaffen“, ein Gesetz über die Abstellung der Bettelei. Das Gesetz stellte die Verwandtenunterstützungspflicht, über welche der Ortsrat zu wachen hatte, in den Vordergrund; soweit diese Pflicht nicht erfüllt werde oder die Armen von der Einwohner-

schaft nicht freiwillig unterstützt würden, habe die Heimatgemeinde einzutreten. Jede Gemeinde hatte deshalb eine Almosenkammer (Bureau de charité) zu errichten, sofern nicht die zu einer Pfarrei gehörenden Gemeinden die Armenpflege gemeinsam ausübten und dann ein zentralisiertes Armenamt besaßen. Der Almosenkammer fiel auch die Beaufsichtigung derjenigen Ortsbewohner zu, welche durch ihren Lebenswandel sich und die ihrigen einem zukünftigen Notstande auszusetzen befürchten liessen; dagegen konnte sie die Verabreichung von Unterstützungen an Gemeindebürger nach auswärts verweigern und die Heimschaffung auswärtiger Angehöriger verlangen. Die Kammer hatte jährlich einen Armenetat und ein Armenbudget aufzustellen. Die Unterstützungen bestanden entweder in regelmässigen Austeilungen, oder in häuslichen Hilfssteuern, oder in der Unterbringung in Familien. Reichten die Hilfsquellen für die Gemeindearmenpflege (Armengutsertrag, Ertrag gewisser Bussen etc.) nicht aus, so durfte von den Einwohnern der Gemeinde eine Armensteuer erhoben werden. Das Gesetz von 1827 wurde durch einen Beschluss vom 29. VII. 1850 über Bettelerei noch ergänzt. Dieser Beschluss hob die Gemeinde- gegenüber der Verwandtenunterstützungspflicht stärker hervor. Er verpflichtete die Gemeinden, bei einer Busse von Fr. 50 im Unterlassungsfalle, vom 1. IX. 1850 an unfehlbar eine Armenkommission (Comité de bienfaisance) an Stelle der früher vorgesehenen Almosenkammern einzusetzen. In einzelnen Gegenden wurden trotz diesem Beschlusse die Armen sozusagen ausschliesslich auf die verwandtschaftliche Unterstützung und nachbarliche Hilfeleistung verwiesen, während in anderen Gegenden die Gesetzesvorschriften genau beobachtet und das freie Almosengeben durch die Gemeindearmenpflege beinahe ersetzt wurde. Im staatsrätlichen Rechenschaftsbericht von 1857 wurden die Täler Anniviers und Illiez, welche annähernd gleiche wirtschaftliche Verhältnisse aufweisen, bezüglich ihren Armenverhältnissen in Vergleich gezogen. Der Umstand, dass die Gemeinden des Illieztals Armenfonds angelegt (Champéry Fr. 16,000, Val d'Iliez Fr. 45,000 und Troistorrents Fr. 40,000) und die Armen nach den gesetzlichen Vorschriften von 1850 unterstützten, während die Gemeinden des Annivierstals ihre Armen ausschliesslich durch die Verwandten und Nachbarn unterstützen liessen, führte zu der irrigen Schlussfolgerung, dass eine gut organisierte Gemeindearmenpflege und grosse Armengüter die Zahl der Armen vermehre. Obwohl das Gesetz von 1827 den Bettel abstellte und daher das Untertützungssprinzip, welches das Gesetz von 1803 postulierte, obsolet geworden wäre, ist das letztere Gesetz tatsächlich erst bei der Neuorganisation der Gemeindearmenpflege, welche mit Gesetz vom 3. XII. 1898 geschaffen wurde, ausser Kraft erklärt worden.

Das neue Armengesetz von 1898 verpflichtet die Heimatgemeinde zur Unterstützung der armen Angehörigen, die nicht selbst für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre ärztliche Behandlung aufkommen können, sofern die Verwandten abgehen oder dieselben die nötige Hülfe nicht zu leisten vermögen. Jede Gemeinde soll eine Armenkasse (Caisse de bienfaisance, Fonds des pauvres, Armenfonds) besitzen; an die jährlichen Ausgaben der Munizipalität für die Armen haben die Burgerschaften Beiträge zu leisten. Die Gemeinderäte (Conseils communaux) haben Armenkommissionen, bestehend aus 3—5 Mitgliedern, in welche auch Frauen wählbar sind, auf je eine Dauer von vier Jahren zu bezeichnen. Die Armenkommission (Wohltätigkeitsausschuss, Comité de bienfaisance) hat folgende Aufgaben:

1. Führung eines Protokolls über die Verhandlungen;
2. jährliche (je im Monat Januar stattfindende) Aufnahme eines Armenetats;
3. Organisierung und Überwachung der Armenunterstützung;
4. Sorge für die Ausübung der Armenkrankenpflege und Anordnung schicklicher Beerdigungen von armen Verstorbenen;
5. Sorge für den Schutz der Kinder und Pflicht zur Anzeige von Fällen der Kindervernachlässigung an den Gemeinderat;
6. Beaufsichtigung der Armen und Pflicht zur Anzeige von Fällen, wo Personen infolge ihres Lebenswandels in Verarmung zu geraten drohen, an den Gemeinderat;
7. Einreichung von Verzeichnissen an den Gemeinderat von denjenigen Personen, denen der Besuch des Wirtshauses untersagt werden soll;
8. Sorge für Arbeitsverschaffung an erwerbsfähige Dürftige;
9. Entgegennahme von Gaben zu gunsten der Armen, Protokollierung der Eingänge und jährliche Rechnungsabgabe hierüber an den Gemeinderat (das zur Kapitalisierung bestimmte Geld ist dem Gemeinderat auszuhändigen);
10. Aufforderung der Verwandten mittelst Veröffentlichung im Amtsblatt (Bulletin officiel) und am gewöhnlichen Ausrufungsorte zur Unterstützung, eventuell Unterbreitung einer Verteilungsskala der von den Verwandten und der Gemeinde zu leistenden Unterstützung an den Gemeinderat.

Für schwereres Verschulden in der Pflichterfüllung können Armenkommissions- und Gemeinderatsmitglieder zur persönlichen Haftbarkeit herangezogen werden.

Im allgemeinen sieht das Gesetz folgende Unterstützungsarten vor: Für Geisteskranke, gebrechliche Greise und unheilbare Kranke: angemessener Unterhalt und nötigenfalls Unterbringung in entsprechende Spezial-

anstalten; für Kranke: nötige Verpflegung und ärztliche Hülfe, eventuell auch Unterbringung in geeignete Anstalten, im Sterbefall schickliche Beerdigung; für Kinder: Verpflegung, gediegene, religiöse Erziehung, hinlänglicher Primarunterricht, eine den Fähigkeiten entsprechende berufliche Ausbildung; für Familien: Zuteilung von Gaben in Naturalien oder Geld, wobei auf die Grösse des Bedürfnisses, die Kinderzahl und die Arbeitskräfte Rücksicht zu nehmen ist.

Im Wallis wurde, wie aus dem Obigen hervorgeht, das Bürgerprinzip der Armenpflege von je her zu Grunde gelegt.

Schon im XII. Jahrhundert gab es in Sitten und St. Maurice Bürgerschaften. Bald entstanden auch anderwärts solche, so im bischöflichen Wallis zu Brig, Visp, Leuk und Martigny, im savoyschen Wallis zu Conthey, Saillon, Sembrancher und Monthey. Im Gebiete ob der Morge bei Conthey vereinigten sich die zur Freiheit gelangten Gemeinden zu souveränen Zehnen. Die Gemeinden hatten also lange vor den Zehnen und diese lange vor dem Lande ihre Rechte, Freiheiten und Verfassungen.

Am 6. XII. 1545 fasste der Landrat den Beschluss, Fremden sei keine Niederlassung zu gestatten, sie weisen denn glaubwürdige Mannrechtsbriefe und Siegel ihres Herkommens und ehrlichen Abschieds vor. Dieser Beschluss wurde am 9. XII. 1556 erneuert. Am 10. XII. 1614 wurde die Aufnahme Fremder ins Zehnen- und Gemeinderecht, wenn diese nicht ihr Mannrecht, Abschied (Entlassung aus fremder Angehörigkeit) und glaubwürdigen Schein ihrer freien Geburt vorlegen, verboten. Es geschah dies unter der Begründung, dass „durch talberige oder leibeigene Personen das Vaterland nicht beschwert werde und gute Geschlechter und Häuser nicht durch sie betrogen werden“. 1616 beklagten sich einige Gemeinden, dass an Orten, wo 10, 20, auch nur 5 oder 6 Häuser sind, eine Gemeinde daraus gemacht wird, welche Satzungen (Bauernzunft) und Bürgerrechte statuiert, so dass ein des Bürgerrechts („Geschnidts“) nicht Teilhafter Einzugssteuern und dgl. zu entrichten habe. Der Landrat erkannte unterm 23. V. 1616, dass solche Auflagen unter Landleuten nicht zulässig seien, man vielmehr „landlich und brüderlich hausen“ solle.

Wer zur Zeit der Helvetik Aktivbürger im Wallis war, aber daselbst noch kein Gemeindebürgerrecht besass, konnte sich nach dem „Gesetz zu gunsten derjenigen, so sich gemäss der Konstitution als Gemeinder wollen aufnehmen lassen“, vom 25. V. 1803, innert Jahresfrist in einer Gemeinde einbürgern, und diejenigen, welche seit dem 27. VIII. 1802 ein Gemeindebürgerrecht erworben hatten, aber das Landrecht noch nicht besaßen, mussten sich nach dem Dekret über Naturalisation, vom 28. XI. 1817, bis am 31. III. 1818

einkaufen, damit sie jenes Gemeindebürgerrechts nicht verlustig gingen. Die Verfassung des Kantons Wallis vom 12. V. 1815 bestimmte nämlich: „Als Bürger Wallesiens werden anerkannt alle diejenigen, welche irgend in einer Burgschaft oder Gemeinde wirkliche Bürger oder Gemeinder sind, oder sich als solche werden annehmen lassen; davon sind ausgenommen jene, welche sich seit 1802 bis 1811 als Bürger oder Gemeinder haben annehmen lassen, ohne vorläufig die durch das Gesetz vorgeschriebene Naturalisation erhalten zu haben. Die Fremden werden nicht als Bürger oder Gemeinder können angenommen werden, bevor sie von dem Landrat sind naturalisiert worden.“

Unterm 18. V. 1818 wurde ein „Gesetz über die Art, wie bei der Aufnahme der Einwohner in die Gemeinden verfahren werden soll“, erlassen:

„Die Sässlinge, sowohl von fremder als landesangehöriger Herkunft, welche nicht Gemeinder sind, sollen in 2 Klassen eingeteilt werden:

1. diejenigen, welche als beständige Einwohner angenommen worden sind;
2. diejenigen, die nur unter dem Titel einer zeitfristigen Duldung zugelassen worden sind.

Zur ersteren Klasse gehören: die vor dem 1. I. 1806 angenommen wordenen, ohne Bestimmung, auf welchem Fusse;

die Landsmänner, welche bei dem 1. I. 1818 sich seit einem Jahr in einer Gemeinde sässhaft befinden, aber kein Gemeindebürgerrecht besitzen;

die Fremdlinge, welche sich mit einer Tochter aus der nämlichen Gemeinde mit Einwilligung ihrer Verwandten verheiratet haben, wenn sie beim 1. I. 1818 dort seit 3 Jahren Wohnsitz gehalten haben.

Zur zweiten Klasse werden gezählt: alle andern in einer Gemeinde seit 1. I. 1806 wohnhaften Fremdlinge.

Die Gemeinden können denjenigen den Wohnsitz bei ihnen versagen, welche kein Gemeinrecht sich dort verschafft haben.

Jeder Walliserbürger, der in irgend einer Gemeinde ein Pachtgut besitzt, kann dasselbe selbst persönlich oder durch einen von ihm zu wählenden Pächter nützen; er ist aber verpflichtet, sowohl für sich als seinen Beständer Zeugnisse des Wohlverhaltens aufzuweisen, und für letzteren eine genügsame Trostung zu geben, dass selber der Gemeinde nicht zur Last sein werde.“

Durch „Gesetz über den Ankauf von Grundgütern durch Nichtlandsmänner“, vom 19. V. 1828, wurde für den Gutserwerb die staatsrätliche Erlaubnis gefordert und unterm 19. XII. 1829 wurde verfügt, dass der Ankauf von Grundstücken auf dem Gebiete der Republik jedem Fremden überhaupt untersagt sei; doch konnte der Landrat in Fällen, wo es vorteilhaft erschien, solche Ankäufe erlauben.

Um den Missbräuchen zu begegnen, welche aus der zu grossen Erleichterung vieler Gemeinden bei der Erteilung des Rechts der beständigen Einwohnung erwachsen, verlangte das Gesetz vom 8. V. 1822 für die beständige Einwohnung die staatsrätliche Bewilligung, sowie die Entrichtung einer Gebühr zu gunsten des Staates.

An Stelle des Gesetzes vom 18. V. 1818 trat dann das „Dekret über die Aufnahme von Einwohnern in den Gemeinden“ vom 11. V. 1830. Die Klassifizierung und die Einholung der staatsrätlichen Bewilligung behält das Dekret bei. „Jede Person ohne Vaterland, bezeichnet unter dem Titel ‚Heimatlose‘ und dem Kanton zugehörend, wird derjenigen Gemeinde zugewiesen, wo dieselbe seit dem 1. I. 1803 den längsten Aufenthalt gehabt hat; sie erhält dadurch die Eigenschaft eines beständigen Einwohners. Dieser Grundsatz hat keine Anwendung auf eine Gemeinde, welche in ihrem Schosse einen Heimatlosen geduldet hat, der mit einem von der Zentralpolizeidirektion ausgefertigten Aufenthaltsschein versehen war. — Die Bewohnung unter dem Titel der Toleranz kann in keiner Gemeinde des Kantons einem Walliser Landsmann verweigert werden, wenn er dem Rat der Gemeinde, wo er sich niederzulassen wünscht, Scheine über Wohlverhalt und gute Sitten, nebst einer Deklaration des Rats jener Gemeinde, deren Angehöriger er ist, vorweist, dass er, seine Familie und seine Nachkommenschaft zu jeder Zeit wieder werden angenommen werden. Die Gemeinden bleiben im Rechte, ihre als toleriert angenommenen Einwohner, sie mögen Walliser oder Fremde sein, zu verschicken, wenn dieselben ihnen zur Last fielen.“

In Ergänzung dieses Dekretes wurde am 11. V. 1830 ein weiteres Dekret erlassen, welches bestimmte, dass den Gemeinden das Recht zustehe, „von den Partikularen, denen sie das Wohnrecht, sei's für immer, sei's zeitfristig, bewilligen, eine Aufnahmegebühr abzufordern, welche vermittelt freiwilliger Übereinkunft reguliert werden wird. Ausser dieser Finanz können die Gemeinden annoch eine bestimmte jährliche Einwohnungstaxe begehren. Diejenigen, welche ihren Einwohnern einigen Genuss der Gemeindegüter bewilligen, können überdies für diesen Gegenstand noch eine besondere Taxe abfordern“.

Die kantonale Verfassung vom 23. XII. 1852 bestimmte sodann, dass zukünftig keine beständigen Einwohner mehr angenommen werden dürfen, und ein Gesetz vom 17. V. 1854 hob die Einwohnungstaxen, welche die Gemeinden zu beziehen berechtigt waren, auf.

Die Bundesverfassung vom 12. IX. 1848 gewährleistete den Schweizerbürgern innerhalb der Eidgenossenschaft das Recht der freien Niederlassung. Die früheren Spezialbestimmungen von Wallis waren zum

Teil unter dem Einfluss der Bestrebungen zur Unterdrückung des Heimatlosenwesens erlassen worden. Am 3. VIII. 1819 war unter den Kantonen ein Konkordat zu stande gekommen, nach welchem der Heimatlosigkeit energisch entgegengesteuert werden sollte; die Heimatlosen sollten danach eingebürgert werden. Am 17. VII. 1828 wurde ein Nachtragskonkordat geschlossen; danach war der jeweilige Vorort bei Streitigkeiten, welche aus dem Vollzug des Konkordates von 1819 entstanden, Vermittler. In die Bundesverfassung von 1848 kam dann als Art. 56 folgende Bestimmung: „Die Ausmittlung von Bürgerrechten für Heimatlose und die Massregeln zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatlosen sind Gegenstand der Bundesgesetzgebung.“ Der gleiche Passus kam als Art. 68 auch in die Bundesverfassung von 1874. In Ausführung des Verfassungsartikels wurde am 3. XII. 1850 das „Bundesgesetz betreffend die Heimatlosigkeit“ erlassen. Das Gesetz verlangte die Einbürgerung der Heimatlosen, und am 24. und 29. VII. 1857 beschloss die Bundesversammlung, dass der Bundesrat bei jeder Zuteilung von Heimatlosen zur Einbürgerung dem betreffenden Kanton eine Frist, innerhalb welcher gegen die Zuteilung Einspruch erhoben werden konnte, anberaumen musste. Am 1. I. 1870 hätte die Einbürgerung aller Heimatlosen erfolgt sein sollen, allein dies war nicht möglich. Am 28. II. 1870 wurde die Regierung von Wallis vom eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement auf ein Rekursbegehren der Heimatlosen von Sitten und Monthey hin ersucht, die Heimatloseneinbürgerung zweckentsprechend zu organisieren. Am 3. VI. 1870 erliess hierauf die Walliser Regierung ein bezügliches Gesetz, zu welchem das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eine Vollziehungsverordnung entwarf. Die „ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais“ reichten dem Bundesrate eine Eingabe ein, wonach „ewige Einwohner“ ohne ihre Einwilligung keiner andern Gemeinde, als der, in welcher sie geduldet wurden, bürgerlich zuteilt werden sollen. Diese Eingabe wurde vom Bundesrate am 4. III. 1872 gutgeheissen. Im gleichen Jahre entschied der Bundesrat auf eine Beschwerde von Heimatlosen von Wallis, dass die Eingebürgerten nicht zur Ausstellung von Schuldurkunden mit auf Jahre hinaus festgesetzten Abzahlungsquoten der Einkaufssumme angehalten werden können, weil die Nachkommen von Eingebürgerten nach dem Bundesgesetz mit der Geburt das volle Bürgerrecht erlangen und ohne Entgelt in den Schranken allfälliger reglementarischen Bestimmungen an dem zur Verteilung kommenden Bürgernutzen partizipieren, aber durch Ausstellung solcher Urkunden schliesslich die Nachkommen von Armen zur Bezahlung von erst verfallenden Raten angehalten

werden könnten. 1878 wurden die letzten 46 dem Staatsrat bekannten Heimatlosen von Wallis unter 39 Gemeinden als Bürger verteilt.

Die Mehrzahl der Gemeinden von Wallis sind nunmehr gemischte Gemeinden. Das im Staatskalender enthaltene Verzeichnis der Gemeindebehörden der Amtsperiode 1905—1909 weist bloss für 13 Gemeinden (Bramois, Brig, Eyholz, Leuk, Mörel, Mollens, Monthey, Randogne, St. Maurice, Sierre, Sion, Venthône und Visp) besondere Behörden für die Bürger- und die Einwohnerschaft auf. Das Gesetz über die Gemeindeverwaltung vom 2. VI. 1851 bestimmt, dass in jeder Gemeinde eine Primar- (Gemeinde-) Versammlung und ein Munizipalrat (Munizipalität) bestehen soll und dass auf Begehren der Burgerversammlung auch ein Bürgerrat eingesetzt werden könne. Die Kantonsverfassungen von 1852, 1875 und 1907 änderten diese Gesetzesbestimmung etwas ab, und zwar die letzte Verfassung dahin, dass es ausser der Urversammlung und dem Gemeinderat (Munizipalität) in jeder Gemeinde auch eine Burgerversammlung geben müsse, welche berechtigt sei, die Bildung eines Burgerrates zu begehren, wenn die Zahl der Nichtbürger wenigstens die Hälfte der Urversammlung bildet, oder der Gemeinderat zur Hälfte aus Nichtbürgern besteht. Das Gesetz von 1851 stellt u. a. in die Befugnisse des Gemeinderates:

„die Polizei über die Fremden, das Hemmen der Bettelei und Landstreicherei;

die Verwaltung des Spitäles, des Armen- und Schulfonds (ausser förmlich dawiderlaufenden schriftlichen Urkunden);

die Erhaltung des Vermögens der Familien durch Hervorrufen der Interdiktion solcher Individuen, welche Unfähigkeit oder schlechten Wandels wegen nicht im stande sind, ihre Geschäfte zu leiten.“

Ein Gesetz vom 29. XI. 1886 über die Verteilung der Munizipallasten und die öffentlichen Arbeiten in den Gemeinden, welches die Gesetze vom 23. XI. 1852, 17. XI. 1858 und 28. V. 1872 aufhob, stellt u. a. zu den Munizipallasten der ersten Kategorie die Unkosten der Massnahmen gegen Feuersbrünste, Überschwemmungen und andere Unglücksfälle, zu denjenigen der zweiten Kategorie die Wohltätigkeitskasse und Armenfonds. Als Mittel für die zweite Kategorie werden bezeichnet: Ertrag der Liegenschaften, Zinse der Obligationen, Beisteuern, Auflagen von Jahr- und Wochenmärkten und von Hausierern, Leistungen und Beiträge der Burgerschaften für die Armen, Bussen der Ortspolizei, eventuell Steuern (Kapital- und Einkommen-, sowie Gewerbesteuern, Haushaltungstaxen, Hundesteuern).

Die Kontrolle der Gemeinderechnungen wird gemäss Beschluss vom 17. VIII. 1894 durch einen dem

Departemente des Innern unterstellten Staatsbeamten ausgeübt. Das Departement des Innern hat für die Gemeinderechnungen und Inventare besondere Formulare aufgestellt. Der Beschluss von 1894 erfolgte in Ausführung der Bestimmung des „Reglements über Organisation und Verwaltung des Staatsrates, der Staatskanzlei und der Departemente“ vom 11. XI. 1892, welches dem Departement des Innern die Überwachung der Inventare der Gemeinde- und Armengüter, sowie der von den Gemeindebehörden verwalteten Spezialfonds zuwies. Schon das Reglement für den Staatsrat vom 3. VII. 1841 hatte zwar die öffentlichen Hilfssteuern und Wohltätigkeitsanstalten in den Ressort des Departements des Innern gestellt. Das vermittelnde Organ zwischen dem Staatsrat und den Gemeindebehörden ist das Regierungsstatthalteramt, dessen Aufgaben in Gesetz vom 24. V. 1850 und in verschiedenen späteren Erlassen, so auch im Armengesetz von 1898, umschrieben werden. Die obligatorisch- amtliche Gemeindearmenpflege steht somit unter der direkten Aufsicht der Regierungsstatthalter und unter der Oberaufsicht des Staatsrates, speziell des Departements des Innern.

Die Unterstützung der Kantonsbürger durch die gesetzliche Gemeindearmenpflege erfolgt in der Regel in der Heimatgemeinde, wodurch aber die Unterbringung gewisser Armen in zweckentsprechenden auswärtigen Anstalten nicht ausgeschlossen wird. In Dringlichkeitsfällen und bei Verweigerung der Unterstützung durch Verwandte und der Heimatgemeinde sind auch nicht-ortsbürgerliche Kantonsangehörige vorübergehend, unter einklagbarem Regressrecht für die daherigen Kosten auf die Heimatgemeinde, zu unterstützen. Um die Mitte des XIX. Jahrhunderts wanderten ziemlich viele Walliser aus. Um nun die Landsleute, welche auszuwandern gesinnt waren, vor unüberlegten Entschlüssen zu wahren, erliess der Staatsrat am 20. XII. 1856 einen Beschluss betreffend die Auswanderung. Durch diesen Beschluss wurde namentlich auch die Auswanderung solcher Personen, denen die zu ihrem Unterkommen nötigen Mittel und die erforderliche Einsicht abgehen und deshalb dem Elende und der Zurückweisung in ihre Heimat ausgesetzt wären, untersagt. Als das Bundesgesetz vom 22. VI. 1875 für kranke, nicht heimtransportfähige Kantonsfremde die territoriale Armenpflege brachte, wurde im Wallis durch Gesetz betreffend die im Kanton niedergelassenen und die dort sich aufhaltenden Schweizerbürger und Ausländer vom 20. V. 1893 diese Armenpflege einfach der Gemeinde überbunden, so dass nun das Armengesetz von 1898 bei der Gemeindearmenpflege auch Kantonsfremde nach Bundesgesetz und Staatsverträgen als unterstützungsberechtigt aufführt. Schon vor 1875 sind im Kanton Wallis gewisse Kantonsfremde gesetzlich unterstützt worden, und zwar gemäss

einer von schweizerischen Kantonen zunächst mit Sardinien abgeschlossenen, dann auf Italien ausgedehnten Vereinbarung von 1856 Italiener in Krankheitsfällen nach dem Prinzip der auf Reziprozität beruhenden Unentgeltlichkeit, und gemäss Vereinbarungen mit Österreich von 1857, mit Württemberg von 1860 und mit Preussen von 1861 Angehörige dieser Staaten in Krankheitsfällen nach dem Prinzip der Kostenrückerstattung. Dagegen war Wallis dem Konkordat vom 16. IX. 1865 betreffend gegenseitige Vergütung von Verpflegungs- und Beerdigungskosten für arme Angehörige der Vertragskantone nicht beigetreten, indem der Staatsrat den schon unterm 11./18. II. 1860 gegenüber Tessin vertretenen Standpunkt der Unentgeltlichkeit einnahm.

Den Gemeinden von Wallis werden gesetzlich folgende *Hilfsquellen (Mittel)* für die Armenpflege zugewiesen:

- a) die Erträge der Armenfonds;
- b) Bussenerträge, Gebühren etc., und zwar:
 1. $\frac{2}{3}$ der Geldbussen, welche über Wirte wegen Nichtbeachtung von Wirtshausverboten verhängt werden (Armengesetz von 1898);
 2. $\frac{2}{3}$ der Bussen, welche ein Gemeindepolizeigericht wegen Übertretung des Gesetzes betreffend die Sonn- und Festtagsruhe ausspricht (Polizeigesetz betreffend die Ruhe an Sonn- und Festtagen vom 30. XI. 1882);
 3. $\frac{1}{3}$ der Bussen betreffend die Übertretung der

feuerpolizeilichen Vorschriften (Gesetz über die Feuerpolizei vom 30. V. 1856);

- 4. die Bussen, welche für Nichtimpfung von Kindern auferlegt werden (Gesetz betreffend den Impfwang vom 19. XI. 1885);

- c) allfällige Vermächtnisse und Geschenke zu Gunsten der Armen;
- d) Beiträge der Burgerschaften;
- e) Steuern;
- f) allfällige Rückerstattungen.

Das Armengesetz von 1898 bestimmt, dass jede Gemeinde einen Armenfonds besitzen müsse. Einzelne Gemeinden haben schon in frühester Zeit solche Fonds angelegt, z. B. Sitten. Ein „Syllabus Eleemosynarius Sedun.“ verzeichnet die dem Armenfonds der Stadt Sitten von 1500 — 1819 zugeflossenen Gaben. Andere Gemeinden haben Fonds aus neuerer Zeit. Mehrere Gemeinden besitzen aber noch gegenwärtig keine Armenfonds. Die schweizerische statistische Gesellschaft veranstaltete pro 1870 und pro 1890 statistische Erhebungen über das Armenwesen der Schweiz; die Fragebogen der Erhebung im Wallis von 1870 wurden im Jahre 1874 noch durch einen vom Staatsrat bezeichneten Kommissär gemäss Weisung aus Bern ergänzt. Die folgende Tabelle gibt nun bezüglich der Armenfonds Aufschluss über die Ergebnisse der beiden erwähnten statistischen Aufnahmen und über das Ergebnis, welches der vorliegende Etat zeitigt.

Bezirke	1870			1890			1906		
	Armenkreise		Gesamtbetrag der Armenfonds Fr.	Armenkreise		Gesamtbetrag der Armenfonds Fr.	Armenkreise		Gesamtbetrag der Armenfonds Fr.
	im gesamten	mit Armenfonds		im gesamten	mit Armenfonds		im gesamten	mit Armenfonds	
1. Brig	11	3	7,652	11	6	20,942	11	8	24,724
2. Conthey	5	3	7,369	5	3	2,386	5	5	12,005
3. Entremont	6	4	84,052	6	5	76,120	6	5	94,937
4. Goms	22	4	3,225	21	10	12,096	21	12	19,183
5. Hérens	9	3	6,740	9	4	12,542	9	5	14,390
6. Leuk	16	4	40,243	15	8	71,664	15	10	76,426
7. Martigny	13	2	3,700	12	5	16,985	13	7	30,275
8. Monthey	9	7	221,801	9	7	237,563	9	8	308,071
9. Raron:									
a) Östlich Raron	10	1	1,060	10	3	2,420	10	4	3,370
b) Westlich Raron	12	1	800	12	2	1,700	12	3	3,098
10. St. Maurice	9	6	11,479	9	7	20,366	9	8	20,930
11. Sierre	17	3	8,218	17	6	25,684	21	7	31,195
12. Sion	7	4	551,393	7	3	673,034	7	3	673,950
13. Visp	18	7	12,583	18	11	25,916	21	14	29,279
Wallis:	164 ¹⁾	52	960,315 ²⁾	161 ¹⁾	80	1,199,418 ³⁾	169 ¹⁾	99	1,341,833

¹⁾ 1870 bestanden in Wirklichkeit nur 161 Armenkreise, indem in der Statistik irrtümlicherweise für Ems 2 Armenkreise, sodann Martigny-mixte wegen einer kirchlichen Stiftung als Armenkreis gezählt wurden. 1890 gab es bei 165 politischen Gemeinden 161 Armenkreise, weil in Ems und Saas die Armenkreise mit den Kirchgemeinden korrespondierten. 1906 bildete jede politische Gemeinde, ausgenommen Ober- und Unterems, einen Armenkreis.

²⁾ 1870 wurden die Fonds der obligatorisch-amtlichen Armenpflege einerseits mit Fonds der freiwilligen Armenpflege, andererseits mit allgemeinen Gemeindefonds vermengt. So figuriert als Armenfonds des Kreises Leukerbad das Vermögen der Badarmenanstalt. Soweit es möglich war, hat man hier des Vergleiches wegen die nötigen Abrechnungen gemacht (Fr. 41,233 Antoni-Spital Brig und Tscherrigstiftung, Fr. 2500 Spendfonds von Mund, Fr. 5750 kirchl. Armenfonds von Conthey, Fr. 9700 Gemeindefonds Bagnes, Fr. 46,000 Badarmenanstalt Leukerbad, Fr. 3000 Gemeindegut Isérables, Fr. 77,262 Spital Martigny, Fr. 9270 Stiftungsgüter Martigny-Ville, Fr. 933 Gemeindegut von Port-Valais, Fr. 6842 Jahrzeit und Berchtoldstiftung von Mörel und Fr. 2009 v. Schallen-Stiftung St. Niklaus, im ganzen also 204,499 Fr.), dagegen war es unmöglich, für Conthey und Entremont eine genauere Ausscheidung zu treffen.

³⁾ Dabei: Fr. 95,449 speziell von den Einwohnergemeinden Sierre und Sitten.

Die 99 Armenkreise, welche gegenwärtig über einen Armenfonds verfügen, lassen sich bezüglich der Grösse dieses Fonds folgendermassen klassifizieren:

Bezirke:	Zahl der Armenkreise mit einem Vermögen von Fr.						
	Bis 500	501 bis 1000	1001 bis 2000	2001 bis 5000	5001 bis 10,000	10,001 bis 25,000	25,001 und mehr
1. Brig	2	1	—	4	1	—	—
2. Conthey	1	1	2	—	1	—	—
3. Entremont	—	—	—	—	1	3	1
4. Goms	3	4	3	1	1	—	—
5. Hérens	1	—	—	4	—	—	—
6. Leuk	2	2	4	—	—	1	1
7. Martigny	—	—	2	2	3	—	—
8. Monthey	1	—	1	—	2	—	4
9. Raron:							
a) Östlich Raron	2	1	1	—	—	—	—
b) Westlich Raron	—	2	1	—	—	—	—
10. St. Maurice	3	—	2	2	1	—	—
11. Sierre	—	1	2	1	3	—	—
12. Sion	—	1	1	—	—	—	1
13. Visp	1	4	7	1	—	1	—
Wallis:	16	17	26	15	13	5	7

Beträchtlicher, als jetzt, waren früher die Mittel, welche der Gemeindepflege aus *Bussen und Gebühren* zuflossen. Schon die Verordnung vom XII. 1619 betreffend Tauf-, Gevatter-, Hochzeit- und Begräbnismahlzeiten sowie Kleider, erlassen zur Beschränkung des Luxus, bestimmte: „Les repas d'invitation sont défendus à quiconque ne possède pas 1000 livres (c. frs. 2000) de rente, sous peine d'une amende de 6 livres, dont le tiers reviendra au juge et le reste à la fabrique d'église ou aux pauvres.“ — Ein Gesetz über die Polizei der Heerstrasse vom 3. XII. 1817 und ein anderes über den Transportdienst der Reisenden auf den Nebenstrassen des Kantons weisen $\frac{1}{3}$ der Bussen, welche wegen Übertretungen der Strassenpolizei verhängt wurden, den Ortsarmen zu. — Das Gesetz vom 23. XII. 1837 über die von Wallisern im Auslande oder von Fremden im Kanton eingegangenen Heiraten und über die paritätischen Ehen, aufgehoben durch das Dekret vom 2. XII. 1875 betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und der Ehe, verfügte, dass eine Walliserin, welche einen Fremden ausser dem Kanton heiratete, Fr. 150 an die Armenkasse ihrer Heimatgemeinde zu entrichten hatte, dass eine Walliserin, welche einen Nichtkatholiken heiratete, zu gunsten der Armen Fr. 200—400 bezahlen musste, dass ein beständiger Einwohner in Wallis, welcher sein Heimatrecht verloren hatte, wenn er die staatsrätliche Heiratsbewilligung nicht nachsuchte, in eine Busse von Fr. 100 bis 300 zu gunsten der Armen-

kasse seiner Wohngemeinde verfiel und, wenn er sich mit einer nichtkatholischen Person verheiratete, in eine solche von Fr. 500. — Nach dem Gesetz über den Gebrauch des Rauchtobaks vom 20. XI. 1849, welches durch das Feuerpolizeigesetz vom 30. V. 1856 aufgehoben wurde, fielen $\frac{1}{3}$ der Bussen betreffend das Rauchverbot der Armenkasse zu. — Das Jagdgesetz vom 30. XI. 1849, welches bis 24. XI. 1869 in Kraft bestand, überwies $\frac{1}{3}$ der Bussen der Armenkasse derjenigen Gemeinde, in welcher das Vergehen begangen wurde. — In der Landratssession vom Herbst 1849 wurde noch ein drittes Gesetz erlassen, welches zu gunsten der Armenkassen Bussenanteile ($\frac{1}{3}$) vorsah: das Gesetz über die Gesundheitspolizei. — Sodann wurden im Gesetz über den Loskauf des Weidgangsrechtes vom 21. XI. 1850 $\frac{2}{3}$ der Bussen wegen Zuwiderhandlung für die Armenkasse bestimmt. — Im Beschluss über die Einsicht der Vormundschaftsprotokolle vom 30. III. 1852 wurde festgesetzt, dass die Hälfte der Bussen, zu welchen ein Richter wegen Pflichtvernachlässigung in der Protokollführung verurteilt wurde, der Armenkasse zufallen sollte.

Über *Legate, Vermächtnisse und Geschenke* bestimmt das in Artikel 658 durch Gesetz vom 24. V. 1880 abgeänderte Bürgerliche Gesetzbuch: „Die milden Gaben, welche der Erblasser im allgemeinen zu gunsten der Armen wird vermacht haben, sollen in die Armenkasse der Gemeinde abgeliefert werden, wo derselbe zur Zeit seines Hinschiedes seinen Wohnsitz hatte. Diejenigen, welche im allgemeinen zu gunsten von Wohltätigkeitsanstalten gemacht werden, und alle anderen ähnlichen Verfügungen, deren Verwendung der Erblasser nicht bezeichnet hätte, oder bei denen er das fromme Werk oder die öffentliche Anstalt, die er zu begünstigen gedacht hat, nicht bestimmt hätte, sollen zur Verfügung des Munizipalrates besagter Gemeinde gestellt werden, welcher dieselben in die Armenkasse zu liefern oder für den öffentlichen Unterricht zu verwenden haben wird. Dasselbe gilt, wenn die Person, welche die Anwendung, das Werk oder die Anstalt, die der Erblasser im Auge gehabt hat, zu bestimmen beauftragt ist, diesen Antrag nicht annehmen kann oder will.“

Die Gesetze über die Burgerschaften vom 23. XI. 1870, über die zum öffentlichen Dienste der Gemeinden bestimmten Bürgergüter vom 27. XI. 1877 und über die Verteilung der Munizipallasten und die öffentlichen Arbeiten in den Gemeinden vom 29. XI. 1886 sehen vor, dass, sobald der allgemeine Steuerfuss der Munizipalgemeinden mehr als 2‰ beträgt, die *Burgerschaften zur Leistung von Beiträgen an die Armenkasse* bis zu einer Höhe von 20‰ des Burgereinkommens verpflichtet werden können.

Nach dem Gesetz über die Verteilung der Munizipallasten vom 29. XI. 1886 ist es ferner gestattet, aus dem Ertrag der *Gemeindesteuern* Beiträge zu erheben. Von der Gemeinde-, wie auch von der Staatssteuerpflicht sind enthoben:

- „die Personen, die der Öffentlichkeit oder den Wohltätigkeitsanstalten gewöhnlich zur Last fallen;
- die ertraglosen Gebäude und die Kapitalien der Waisenhäuser;
- die ertraglosen Gebäude und die Kapitalien der Spitäler und anderer Wohltätigkeits-Anstalten und -Kassen, insofern dieselben von einer öffentlichen Behörde des Kantons verwaltet werden.“

(Finanzgesetze vom 6. XII. 1850, 31. V. 1856, 26. XI. 1862, 28. V. 1872, 28. V. 1874 und 10. XI. 1903, Abänderungsgesetz vom 28. V. 1872 zum Gesetz über die Verteilung der öffentlichen Lasten und Arbeiten in den Gemeinden vom 28. XI. 1852 und Gesetz über die Verteilung der Munizipallasten und die öffentlichen Arbeiten in den Gemeinden vom 29. XI. 1886.)

Betreffend die *Rückerstattungen* bestimmt das Armengesetz von 1898: beim Ableben einer unterstützten Person haben Verwandte und Gemeinden einen aller Erbfolge vorangehenden Rückforderungsanspruch für die gewährte Unterstützung auf etwelches hinterlassenes Vermögen.

Schon das Gesetz vom 18. V. 1810, betreffend „den Unterhalt der unehelichen Kinder von Müttern, die einrätlig und ausser stande sind, sie erziehen zu lassen“, setzte fest:

„Wenn die Gemeinden für die Unterhaltung und die Erziehung dieser Kinder wirklich Auslagen aus ihrem Seckel sollten gemacht haben, und dieses erwiesen ist, werden sie bei eintretenden Fällen ihre Erben werden, und der Staat entsaget allen Rechten auf ihr Vermögen in ähnlichen Fällen.“

Dieses Gesetz hat die Unterstützung der Findelkinder dem Staate zugewiesen. 1906 verausgabte der Kanton für Findelkinder Fr. 170 (Budgetposten Fr. 400).

Es ist schon behauptet worden, dass man die Armut nur dann zum Gegenstand der Statistik machen könne, wenn ihr der Charakter der Massenerscheinung zukomme. Würde sich diese Behauptung als richtig erweisen, so könnte man für Wallis, weil hier der Pauperismus noch ganz zurücktritt, kaum statistische Untersuchungen über die Armut veranstalten. Nun bezieht sich aber die Statistik auf Erscheinungen, welchen eine Gesetzmässigkeit zukommt, ob sie in Massen auftreten oder nicht. Auch für Wallis ist es daher möglich, die Armenziffer statistisch festzustellen. Im Jahre 1857 betrug die *Zahl der öffentlich Unterstützten* 293 (Staatsrätlicher Bericht pro 1857). Die schweizerische Armenstatistik pro 1890 ermittelte 1426 durch die obligatorisch-amtliche Gemeindecarmenpflege Unterstützte, und zwar 89 Unerwachsene, 329 dauernd unterstützungsbedürftige Erwachsene und 1008 vorübergehend unterstützte Erwachsene, welche sich auf 77 Armenkreise verteilen. Es mag auffallen, dass die Mehrzahl der Armenkreise von Wallis keine Unterstützten hatte und dass die Zahl der Armen überhaupt eine sehr kleine ist. Während 1890 im Wallis auf 1000 Einwohner 14 Unterstützte kamen, traf es im Durchschnitt in der Schweiz auf 1000 Einwohner 39 Unterstützte. Tatsächlich aber entspricht die geringe Verhältniszahl von Unterstützten in Wallis den sozialwirtschaftlichen Zuständen des Kantons. Wallis gehört zu denjenigen schweizerischen Kantonen, welche bei einer geringen Bevölkerungsdichtigkeit die Landwirtschaft noch als Haupterwerbsquelle haben, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

Während im Durchschnitt in der Schweiz weniger als $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung landwirtschaftstreibend ist, kommen im Wallis auf 100 Haushaltungen 68 Landwirtschaftsbetriebe. Diese Verhältniszahl wird von keinem andern Kanton erreicht. Graubünden, welcher Kanton auf Wallis folgt, weist bloss eine Verhältniszahl von 52 auf. Weit aus die meisten Walliserbürger wohnen in der Heimatgemeinde; es ist deshalb auch gering

Gebiet	Einwohner auf 1 km ² ¹⁾		Haushaltungen auf 100 bewohnte Häuser ¹⁾	Erwerbsverhältnisse			Einwohner nach Heimatzugehörigkeit ¹⁾			
	feste Bodenfläche	produktives Areal		Auf 100 Haushaltungen kommen ²⁾		Auf 1000 Einwohner kommen unter dem Fabriksschutz stehende Arbeiter ³⁾	Von 1000 Einwohnern schweizerischer Nationalität wohnen			Auf 1000 Schweizerbürger kommen Ausländer
				Landwirtschaftsbetriebe	Vieh- und Bienenbesitzer		in der Heimatgemeinde	in anderen Gemeinden des Heimatkantons	ausserhalb des Heimatkantons	
Schweiz	83	107	168	30	39	73	436	356	208	131
Wallis	22	40	150	68	75	8	770	198	32	77

¹⁾ Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dezember 1900.

²⁾ Eidgenössische Viehzählung vom 19. April 1901.

³⁾ Eidgenössische Fabrikstatistik vom 5. Juni 1901.

Bemittelten möglich, einige Nutztiere (namentlich Ziegen) halten und Gemüse pflanzen zu können, weil ihnen das Burgerland zur Benützung offen steht. Die Geldwirtschaft ist im Wallis noch nicht ganz zum Durchbruch gekommen. Vielfach werden Arbeitsleistungen mit Naturalien (Milchprodukten etc.) abgelöhnt und öfters kommt noch Tauschhandel vor. Vor gar nicht langer Zeit wurden von Familiengliedern der landwirtschaft-treibenden Haushaltungen die Kleider selbst angefertigt und auch andere Handwerksarbeiten besorgt, und noch heute finden wir dies in Gegenden, wo die landwirtschaft-treibende Bevölkerung zur Verrichtung ihrer Arbeiten im Laufe eines Betriebsjahres wandert. Die Volkszählung eruiert jeweilen nur die zur Zeit der Vornahme bewohnten Häuser; in Wallis wäre aber die Zahl der Wohnhäuser grösser, weil viele Haushaltungen, die eben erwähnten migrierenden, besondere Winter-, Sommer-, ja sogar Herbstwohnungen haben. Was Domherr Berchtold in seinem offiziellen Bericht des Hilfskomitees für die Wasserbeschädigten von 1834 von den Eifischtalern (Anniviraden) sagt, kann füglich auch für die übrigen Walliser gelten; er schreibt: „Das Volk besitzt in seiner Arbeitsamkeit und eingeschränkten Lebensart eine unversieglige Quelle der Genügsamkeit, die alle Schläge des Schicksals durch innere Stärke überwindet.“ Und wahrlich, eine bewunderungswürdige innere Stärke haben die Walliser je und je an den Tag gelegt; gibt es ja wenige Talschaften, die von verheerenden Elementarereignissen verschont geblieben sind. Mit Ausdauer und unsäglicher Mühe haben sie den Boden der Kultur zugeführt und mit Lebensgefahr die Suonen (Bisses), die vielerorts zur Erhaltung der Ertragsfähigkeit des Landes unentbehrlich sind, angelegt, und oft über Nacht sind ihre Felder und Wiesen durch Hochwasser, Lawinen, Erdstürze, Steinschläge verwüstet und auf Jahre hinaus unfruchtbar gemacht worden. Alle diese Verhältnisse bewirkten, dass im Wallis der Gegensatz von reich und arm nicht so schroff hervortritt und ein arbeitskräftiger Mittelstand noch heute den Kern des Volkes bildet. Jean Jacques Rousseau schrieb anlässlich seines Aufenthalts in Wallis (Brief an Julie) von den Bewohnern, „que si jamais ils ont plus d'argent, ils seront infailliblement plus pauvres“.

Wenn bis jetzt der Pauperismus im Wallis sich auch nicht so fühlbar gemacht hat, wie in den andern Kantonen, so ist doch erklärlich, dass es infolge der Paupertät Unterstützungsbedürftige gibt. Für diese sollen soweit möglich die Verwandten aufkommen. Die Verwandten (parents) beider Linien bis und mit dem 8. Grad, sowie die Verschwägerten (alliés) sind gesetzlich gegenüber Familienangehörigen, ohne weitere Rücksicht auf ihren Wohnsitz, nach Massgabe der Bedürfnisse

des zu Unterstützenden und im Verhältniss zum Verwandtschaftsgrad und zu den Wohlstandsquellen (Vermögen, Niesbrauchsrechte, Gehalte, gewerblicher Gewinn, täglicher Verdienst etc.) der Pflichtigen, zum Unterhalt verbunden. Die Verwandtenbeiträge werden derart bemessen, dass bei übrigens gleich grossem Vermögensstande der weiter entfernte Verwandte weniger beiträgt als ein näherer Verwandter, und dass bei Ungleichheit des Vermögens ein entfernteres Familienglied stärker belastet werden kann, als ein näherer Angehöriger, der sich in bescheideneren Verhältnissen befindet. Fehlen Verwandte der einen Linie, so fällt die Unterstützungslast ganz auf die Verwandten der andern Linie. Zunächst werden die mutmasslichen Erben zur Unterstützung herangezogen, und zwar, wenn es deren Vermögensverhältnisse gestatten, mit Ausschluss der übrigen Verwandten. Die Skala der Verwandtenbeiträge kann nach Ablauf von wenigstens einem Jahr, wenn in den Vermögensverhältnissen der Unterstützungspflichtigen ein erheblicher Wechsel eingetreten ist, abgeändert werden. Gegen die vom Gemeinderat aufgestellte Skala kann von den Verwandten innert 10 Tagen beim Regierungstatthalter appelliert werden.

Eine besondere Aufmerksamkeit widmete die Gesetzgebung von Wallis dem Schutz der der Paupertät am meisten Ausgesetzten, der Kinder. Um die Mitte des 14. Jahrhunderts fällt die schriftliche Aufzeichnung des ältesten Wohnheitsrechtes, welches bereits Vorschriften betreffend Vormundschaft der Waisenkinder enthält; Ziffer 76 lautet: „De tuour et cureour. Aprez sachez que quant tuour hu cureour de pupille meut cause per le pupille ansois que droit se pregne sur la cause, il doit protester que ce soyremant ly auenoit, que il le fasse per telle guise come il deuroit, cest assauoir de creence.“

In Anlehnung an diese Bestimmungen enthielten die Artikel von Naters vom 28. I. 1446 (aufgehoben am 7. II. 1451) folgendes: „31. De tutelis in iudicio. Item ordinatum est quod pupillis liberis et orphanis debet tutor dari usque ad etatem XIII annorum et femellis usque ad etatem XII annorum, et finito dicto termino loco tutele detur gubernator bonorum dictis liberis usque ad etatem viginti quinque annorum simul et semel constituendo, si requiratur, qui tutor et gubernator faciat iuramentum debitum et consuetum super regimine eidem commisso, ita tamen quod infra dictos viginti quinque annos nichil possint distrahere in ipsorum preiudicium de bonis et proprietatibus immobilibus absque licencia dictorum tutorum, nisi duntaxat pro eorum evidenti utilitate aut necessitate, cui tutori ordinatum est precium quinque sol. pro quolibet anno nomine salarii et expen[sarum] quas in negociis libe-

rorum habuerit, et debet quolibet anno reddere computum et rationem de dicta tutela amicis et iudici, si requiratur saltem.“

Im Val d'Anniviers werden noch heute die Waisenkinder von Verwandten oder Bekannten unentgeltlich erzogen, so dass sich ihr allfälliges Vermögen durch den Zinsaufgang vermehren kann; daher heisst hier ein Sprüchwort: „Por venen ritzo, fâ échre orfeno“.

Überhaupt wird die Gemeindefürsorge in einzelnen Gegenden von Wallis durch nachbarliche Unterstützung ganz erheblich entlastet. Daher kommt es auch, dass verschiedene Gemeinden seit Jahren keine Armen zu unterstützen hatten. Einzelne Gemeinden verteilen, wenn ihnen niemand zur Unterstützung auffällt, den Ertrag des Armengutes jährlich unter die ärmeren Einwohner. Die öffentliche Unterstützung durch die Gemeinden bringt für die Unterstützten gewisse bürgerliche Folgen, von denen Personen durch sonstige Hülfeleistung verschont werden können. Früher die kantonale Verfassung (Verfassungen von 1839, 1844, 1848 und 1852), nunmehr das Gesetz über die Abstimmungen und Wahlen der Urversammlungen vom 24. V. 1876 schliesst die öffentlich Unterstützten vom Stimm- und Wahlrecht aus. Nach einer vom Bunde pro 1884 vorgenommenen Statistik betreffend die in eidgenössischen Angelegenheiten nicht stimmbfähigen Schweizerbürger wurden in 15 Kantonen 7540 Personen ermittelt, deren Ausschlussgrund die Armengekössigkeit bildete; davon entfielen auf den Kanton Wallis bloss 71. Die von Gemeinden Unterstützten, bezw. auch Eltern von unterstützten Kindern, haben ferner nach dem Wirtschaftsgesetz von 1886 dem Wirtschaftsbesuch zu entsagen. An Armengekössige werden gemäss den Gesetzen über die Jagd vom 28. V. 1877 und 26. XI. 1901 keine Jagdpatente ausgestellt. Auch können die Armengekössigen nach den Gesetzen von 1840, 1846, 1896 über das Notariat nicht Zeugen bei einer Aktenverschreibung sein. — Auf der andern Seite mussten aber den Armengekössigen, wie überhaupt den ärmeren Personen gewisse Rechte eingeräumt werden. So sind die Armengekössigen von der Entrichtung der Gemeinde- und Staatssteuern entbunden. Als Bischof Walther auf der Fluo am 31. XII. 1477 die Staatsverwaltung antrat, wurde bestimmt, dass die Armen ausser der Landwehre von den Diensten und Auflagen befreit sein sollen. Im Landfrieden vom 12. IX. 1517 heisst es: „Den Armen soll umsonst Rat getan werden.“ Dieser Grundsatz des Armenrechts in Gerichtssachen wurde in das Gesetzbuch über die bürgerliche Prozessordnung des Kantons Wallis vom 30. V. 1856 aufgenommen: Wer die Prozesskosten nicht zu bestreiten vermag, ohne sich das Notwendige zu seinem oder seiner Familie Unterhalt zu entziehen,

kann das Armenrecht beanspruchen. Er hat zu diesem Zwecke ein gemeinderätliches Armutzeugnis beizubringen. Das Armenrecht befreit den Geniessenden von der Sicherstellung der Kosten, von der Bezahlung der Gerichtsgebühren (exklusive diejenigen des Aktuars für die Ausfertigung der Schriften). Die erlassenen Gebühren sind zu protokollieren und wenn dem Armenrechtgeniessenden Kosten zuerkannt werden, nachzubehalten. Das Armenrecht befreit aber nicht von der Verpflichtung, der Gegenpartei die Kosten zu bezahlen, wenn das Gericht den Armenrechtgeniessenden dazu verurteilt. Das Gericht hat der zum Armenrecht zugelassenen Partei einen Advokaten beizugeben. Diese Armenrechtsanwälte werden der Reihe nach aus der Zahl der in der Praxis stehenden Advokaten der betr. Gerichtskreise gewählt (1. Kreis: Goms, Brig, Visp, Raron und Leuk; 2. Kreis: Sierre, Sion, Hérens und Contthey; 3. Kreis: Martigny, Entremont, St. Maurice und Monthey). Sie haben ihren Beistand unentgeltlich zu leisten, können sich aber, wenn der Klient zu Vermögen gelangt, oder wenn der Gegner des Armen zur Bezahlung von Kosten verurteilt wird, für ihre Bemühungen bezahlt machen. Der Arme kann, wenn erhebliche Gründe obwalten, einen ihm beigegebenen Anwalt ablehnen (Gesetzbuch über die bürgerliche Prozessordnung vom 30. V. 1856, Kapitel III, Art. 344–351; Gesetz vom 1. XII. 1877 betr. Organisation und Amtsbefugnisse des Gerichts über Verwaltungsstreitigkeiten, Art. 43). Um diese Verfügungen mit den Bestimmungen der Bundesgesetze über die Haftpflicht in Einklang zu bringen, erliess der Grosse Rat unterm 26. XI. 1889 ein Gesetz betreffend die Wohltat des unentgeltlichen Rechtsbeistandes (zwei neue Artikel im 3. Abschnitte des IX. Hauptstückes der bürgerlichen Prozessordnung): Den bedürftigen Personen, welche nach Massgabe der eidgenössischen Haftpflichtgesetzgebung Klage erheben, wird auf ihr Begehren vom Justiz- und Polizeidepartement die Wohltat des unentgeltlichen Rechtsbeistandes gewährt, sowie auch der Erlass von Sicherheitsleistungen, Expertenkosten, Gerichtsgebühren, Stempelsteuern, Gebühren für Zeugen, Ortsbesichtigungen und andere im Verlaufe der Einleitung des Handels gemachten Auslagen zugesichert. Der Staat hat diese Kosten für diejenige Partei, welcher die Wohltat des unentgeltlichen Rechtsbeistandes gewährt worden, vorzuschüssen. Falls diese Partei in der von ihr angestregten Klage unterliegt, hat der Staat die genannten Vorschüsse auf sich zu nehmen. Wird die Gegenpartei in die Prozesskosten verurteilt, so hat sie dem Staate alle Vorschüsse zu vergüten.

Armutzeugnisse, Bittschriften um Unterstützung, zu gunsten der Armen errichtete Vermächtnis- und Schenkungsurkunden sind von der Stempelgebühr be-

freit (Stempelgesetze von 1869 und 1875). Ärmeren Personen kann der Staatsrat das Patent zur Ausübung von der Steuer unterworfenen Gewerben unter dem Minimum der Taxe oder unentgeltlich erteilen. Das Dekret vom 29. V. 1890 betreffend den Tarif für die Amtsverrichtungen der Waisenamtsmitglieder sieht für die im Interesse armer Pupillen geleisteten Amtsverrichtungen des Waisenamtes, exklusive Güterversteigerungen, die Unentgeltlichkeit vor. — Bevor der Bund in der Verfassung die Wehrpflicht für jeden Schweizerbürger vorgesehen hatte, wurden im Kanton Wallis auch bezüglich dieser für die Armen Ausnahmen gestattet. Das „Gesetz über die Einrichtung eines Kriegskorps, vom 31. V. 1803“ entthob vom Losziehen: Die einzigen Söhne und einzigen Enkel der 70jährigen, und mit genügsam bewiesener Krank- und Presthaftigkeit behafteten Eltern, welchen der Beistand ihres Sohnes oder Enkels unentbehrlich ist; wenn aber die im Falle dieser Ausnahme sich befindlichen Eltern im Stande sind, sollen sie ihren Sohn oder Enkel durch einen andern Mann ersetzen lassen. Das Gesetz von 1817/19 über die Bildung des Militärs befreite diese Personen vom Dienste im Auszug und in der Reserve, rechnete sie aber zur Landwehr. Nach dem Militärreglement vom 10. XII. 1827 wurden sodann vom Dienste in der Elite und Reserve dispensiert:

- a) der Sohn oder Enkel eines 70jährigen Greises oder einer Witwe von gleichem Alter, oder wenn sei's der eine oder die andere mit wohlerviesenen Gebrechen behaftet wären, so dass der Beistand des Kindes zu ihrem Unterhalte wesentlich notwendig ist;
- b) ein Witwer, Vater von unmündigen Kindern, für deren Unterhalt er nur durch seine Handarbeit Vorsehung tun kann;
- c) ein Vater- und Mutterloser (Waise), der zur Erhaltung seiner Geschwisterten notwendig wäre.“

Diese Bestimmung ging auch in die Militärreglemente vom 53. XI. 1841 und 6. VI. 1846 über. Das Militärgesetz vom 1. XII. 1853 sah folgende Dienstbefreiungen wegen besonderer Familienverhältnisse für den Auszug vor:

- a) der einzige oder der einte Sohn eines wenigstens 60jährigen Wittwers, oder einer Witwe, wenn sie in gemeinsamer Hausenschaft leben;
- b) der Wittwer, wenn er Vater von unmündigen Kindern ist und keine andere Hülfquellen als seine Handarbeit besitzt;
- c) einer von zweien oder mehr Brüdern, die mit ihren armen Eltern in gemeinsamer Hanshaltung leben, sofern der Haushalt nicht durch andere nichtdienstpflichtige Brüder besorgt werden kann.

Schon bevor der Bund das Postregal an sich gezogen und die Portofreiheit in Armensachen eingeräumt hatte, wurden im Wallis gemäss Reglement vom 1. X. 1840 für den Dienst der Briefpost und der Landkutschen die Korrespondenzen und Gegenstände von Wert für Arme, durch Zivil- und geistliche Behörden gehörig bescheinigt, nicht taxiert.

Die Behörden von Wallis haben aber auch von jeher ein Augenmerk darauf gerichtet, der Verarmung möglichst vorzubeugen.

Bereits am 30. I. 1528 wurde ein Verbot gegen den Wucher erlassen, und 1619 beschloss der Weihnachtslandrat, dass die Hälfte der wegen Wuchers konfiszirten Summen an die Kirche für Spital und ad pios usus zufallen soll. Die Strafen auf Wucher wurden sodann im Strafgesetzbuch vom 26. V. 1858 festgesetzt. Überzeugt von der Notwendigkeit, den Wucher und die Vergehen, welche demselben gleichkommen, durch vollständigere und strengere Massregeln zu bestrafen, als dieses in Art. 314 des Strafgesetzbuches geboten wird, erliess der Grosse Rat am 30. XI. 1887 ein Gesetz betr. Bestrafung des Wuchers. Nach demselben wird der einfache Wucher mit einer Busse von Fr. 50—500 oder mit Einsperrung bis zu 6 Monaten, eventuell mit Verlust der bürgerlichen Rechte bis auf 5 Jahre bestraft, der ausgezeichnete mit einer Geldbusse bis Fr. 2000 oder Einsperrung bis zu 2 Jahren, eventuell mit Einstellung des Aktivbürgerrechts und Untersagung des Gewerbes und Handels bis auf 10 Jahre.

Das Bewilligungsrecht zur Haltung konzessionierter und zu Spekulationszwecken bestimmter Lotterien, Spielhäuser und Kasinos ist und bleibt, nach dem Dekret vom 25. V. 1872 ausschliesslich in der Amtsbefugnis der Gesetzgebungsgewalt. Alle Glücksspiele sind in öffentlichen Anstalten gemäss Wirtschaftsgesetz vom 24. XI. 1886 untersagt. Unterm 5. XII. 1726 wurden die Richter ermahnt, verschwenderischen Personen rechtzeitig Vögte zu geben. Eine diesbezügliche Bestimmung kam als Art. 10, § 2, in das 1780 revidierte Landrecht. Die Armengesetze von 1850 und 1898 nehmen nun Bezug auf das Vormundschaftswesen.

Als nach der Helvetik der Preis des Getreides und aller Lebensmittel ausserordentlich hoch stand, erliess der Landrat unterm 30. X. 1802, „in Erwägung, dass es eine der ersten Pflichten der höchsten Behörden sei, das Vaterland vor allgemeinem Mangel, welcher Unzufriedenheit, Krankheit und Tod verursacht, zu schützen“, ein Verbot der Getreideausfuhr; der Staatsrat wurde beauftragt, ungesäumt das für die allgemeine Vorsorge nötige Getreide vom Auslande anzuschaffen und um einen mässigen Preis verkaufen zu lassen.

Durch Gesetz vom 4. XII. 1807 wurde dann die Ausfuhr von Getreide, wenn der Preis des Weizens per Sittener Fischel (= 1,80 eidg. Mass-Viertel) nicht 70 Rappen, des Roggens nicht 45 Rappen übersteigt, gestattet. Der Staatsrat wurde laut Finanzgesetzen vom 25. V. 1840 und 31. V. 1842 ermächtigt, den Eintrittszoll auf die Korn- und Mehllarten und Brote, sowie auch auf die Lebensmittel erster Notwendigkeit zu suspendieren, wenn es das öffentliche Interesse erheischt.

In Anbetracht, „dass die umsichgreifende Kartoffelkrankheit die ärmere Klasse der Konsumenten mit Hungersnot bedroht, und in Erwägung, dass es in der Pflicht der Regierung liegt, diesem Übel durch Verhinderung der Verteuerung alles Getreides vorzubeugen“, verbot der Staatsrat am 10. X. 1845 das Aufkaufen jeder Gattung von Getreide und Mehlf Früchten und die Ausfuhr; Angehörige anderer Kantone wurden zum Ankauf für den eigenen Konsum auf je einen Monat auf Jahr- und Wochenmärkten zugelassen, aber bloss auf Grund eines amtlichen Zeugnisses.

Am 28. X. 1846 wurden die Eintrittsgebühren auf das Getreide eingestellt, da auf den Märkten des Kantons die Preise Fr. 6 für das Fischel Weizen und Fr. 4 für das Fischel Roggen überstiegen. Am 9. XI. 1846 wurde der Vorkauf jeden Getreides oder Kornes, der Kastanien und mehllartiger Hülsenfrüchte untersagt. Für Bäckereien war der Ankauf von Getreide nach Beschluss vom 20. II. 1847 nur auf öffentlichen Wochenmärkten, und da, wo keine solche abgehalten wurden, bei Partikularen, je für das Bedürfnis ihres Debits während einer Woche, gestattet, bei Geldbusse für Übertretungen von Fr. 4 per Fischel und Konfiskation ($\frac{1}{3}$ zu gunsten der Armen derjenigen Gemeinde, wo die „Bevorrätigung“ stattfand). Durch weitere Beschlüsse vom 22. II. und 30. XI. 1854 wurde das Aufkaufen jeder Gattung von Getreide über den Eigenbedarf hinaus verboten. Auf Beginn des Jahres 1855 wurden dann diese Verbote, weil die Preisverhältnisse des Getreides wieder normal waren, aufgehoben.

Im Notjahre 1893 erteilte der Grosse Rat dem Staatsrate die nötige Vollmacht zur Beschaffung von Vorräten. Hierauf beschloss am 26. VII. 1893 der Staatsrat: „Der Staat beschafft auf Rechnung der Gemeinden Vorräte an Weizen, Roggen, Mais in Körnern, Olkuchen (Abgabe zum Selbstkostenpreise auf dem Bahnhofe St. Maurice). Der Staat übernimmt die Transportkosten von St. Maurice bis zur Station des Bestimmungsortes; den von den Eisenbahnstationen entfernten Gemeinden wird eine billige Entschädigung verabfolgt. Die Vorschüsse des Staates an die Gemeinden sind unverzinslich und müssen bis spätestens den 11. XI. 1894 zurückbezahlt werden. Die Gemeinden

haben die Vorräte ihren Angehörigen zum Selbstkostenpreise zu überlassen.“

Willens, durch Schaffung grösserer Leichtigkeit und Sicherheit die Sparsamkeit im Kanton zu ermutigen, und durch Herabsetzung des Zinsfusses für die Hypothekendarlehen besonders die Landwirtschaft zu begünstigen, wurde vom Staate Wallis 1895 die „Hypothekar- und Sparkasse des Kantons Wallis“ errichtet (Gründungsdekret vom 24. VIII. 1895).

Schon durch ein Dekret vom 29. V. 1879 wurde, in Erwägung, „dass eine gegenseitige obligatorische Versicherung vermittelt Verteilung des Schadens unter den grösseren Teil der Bevölkerung denselben erträglicher macht“, eine Kasse unter den Rebbesitzern errichtet. Die Phylloxera trat im Wallis im Jahre 1906 auf; damals erreichte der Kassabestand bereits eine Höhe von zirka Fr. 92,500.

Die Verfassung von 1907 bestimmt ferner, dass der Staat die Viehversicherung organisiert und unterstützt und dass er auch andere Versicherungen, besonders die obligatorische Mobiliar- und Immobilien-Feuerversicherung einführen kann.

Eminent grosse Aufgaben sind dem Kanton Wallis im Landeskulturschutz durch Wildbach-, Lawinen- und Gletscherverbaue, Aufforstungen und Flusskorrekturen erwachsen. In seinen daherigen Bestrebungen wird er finanziell vom Bunde unterstützt. So wie der von General Dufour gemachte Vorschlag einer Nationalsubskription zur Deckung der Sonderbundsschuld den betreffenden Kantonen Nachlass ihrer Kriegskontributionen seitens des Bundes zur Folge hatte, so rief die Initiative, welche die schweizerische gemeinnützige Gesellschaft auf den Notstand der Wasserbeschädigten der Schweiz, insbesondere des Kantons Wallis von 1834 in der Unterstützung der wuhrbelasteten Gemeinden des Rhonetals ergriffen hatte, der denkwürdigen Schlussnahme der eidgenössischen Räte von 1861, durch welche dem Bund ein Drittel der Rhonekorrektionskosten übertragen wurde. An diesen Beschluss, welcher für Wallis den Ausgangspunkt des eidgenössischen Subventionswesens auf dem Gebiete des Landeskulturschutzes bildet, knüpfte Staatsratspräsident Al. Allet, als am 26./27. IX. 1866 die schweizerische gemeinnützige Gesellschaft im Wallis tagte, seine Rede zur Eröffnung der Versammlung; er erinnerte daran, wie gerade durch jene Hülfeleistung der Wasserbeschädigten von 1834 die schweizerische gemeinnützige Gesellschaft, welche in der politischen Strömung Anfang der 1830er Jahre unterzugehen schien, wieder auf ihr Wirkungsfeld gelenkt und ihr Fortbestand gesichert wurde. Die Wasserverheerung vom 27./28. VIII. 1834 hatte aber der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft nicht die erste Gelegenheit geboten, ihre Tätig-

keit auch für Wallis zu entfalten; schon im Juli 1815 hatte sie, ermuntert von der eidgenössischen Tagsatzung, im Anschluss an das Vorgehen der zürcherischen Hilfsgesellschaft eine Liebesgabensammlung für die durch den Heerzug der Österreicher auf der Simplonstrasse vom Juni 1815 geschädigten Walliser eröffnet, deren Ertrag von 5433 fl. 20 ß (= 8693 Liv. 6 Btz.) im Jahre 1817 durch die Unterstützungskomitees von Brig, Turtmann, Sitten, Martigny und Monthey, sowie den Bevollmächtigten der Gesellschaft zur Verteilung gelangte.

Ein Traktandum der Jahresversammlung 1866 der schweizerischen gemeinnütigen Gesellschaft bestand in der Beratung der Vorbeugungsmittel der Verarmung in einem Kanton mit vorwiegend landwirtschaftltreibender Bevölkerung; Referent war der Walliser alt Staatsrat Alexander de Torrenté, dessen ausgezeichnete Vortrag doppelt anerkennungswert befunden wurde, einmal wegen der allgemeinen Grundsätze, die der Referent mit umfassender Fachkenntnis entwickelt hatte, und dann wegen seiner Anwendung auf den Kanton Wallis (vergl. Schweizer. Zeitschr. f. Gem., Jahrgang 1867, pag. 93—139).

Der vom Bunde dem Kanton Wallis jährlich zufließende Alkoholzehntel wird zum Teil zur Vorbeugung der Verarmung, zum Teil zu Armenzwecken verausgabt. Der Zehntel wurde in den Jahren 1905 und 1906 folgendermassen verwendet:

Verwendungsart	Ausgaben	
	1905	1906
	Fr.	Fr.
a) Beiträge an Anstalten und Gründungsfonds von Anstalten	10,200	10,200
b) Kostgeldbeiträge f. Taubstumme, Geistesranke, Blinde, jugendl. Verbrecher etc.	7,679	7,170
c) Beisteuern an die Gemeinden für Schulsuppen, Volksküchen, Volksbibliotheken, Naturalverpflegung etc.	2,020	2,760
d) Beisteuern an Temperenzvereine u. -lokale	1,540	1,500
<i>Total</i>	21,439	21,630

Die Stellen der obligatorisch-amtlichen Armenpflege von Wallis sind:

a) *Gesetzgebende Behörde:*

Grosser Rat des Kantons Wallis.

b) *Aufsichtsbehörden:*

1. Staatsrat des Kantons Wallis,
2. Departement des Innern des Kantons Wallis,
3. bis 15. Regierungsstatthalterämter — Préfectures.

c) *Gemeindearmenpflegschaften:*

1. bis 169. Armenpflege jeder einzelnen politischen Gemeinde, ausgenommen Ems, welcher Armen-

kreis sich mit der Kirchengemeinde gleichen Namens deckt und somit die zwei politischen Gemeinden Ober- und Unter-Ems umfasst.

2. Die fakultativ-amtliche Armenpflege.

a) *Fakultative Armenpflege des Staates.*

Der Staat besitzt einzelne Fonds, aus welchen er Unterstützungen gewähren kann. Auch sind ihm, wie im Abschnitt „obligatorisch-amtliche Armenpflege“ erwähnt, im Alkoholzehntel vom Bunde Mittel zur Verfügung gestellt, welche eine ausgedehntere fakultative Armenpflege gestatten.

Fakultativ-amtliche Institutionen des Staates sind:

1. Fonds des inondés et incendiés,
2. Caisse de secours des militaires valaisans,
3. Alkoholzehntel des Kantons Wallis.

b) *Fakultative Armenpflege der Bürgergemeinden.*

Wenn auch in den meisten Wallisergemeinden die bürgerlichen Geschäfte von der Behörde der Einwohnergemeinde besorgt werden, so müssen doch diejenigen Institutionen, welche ausschliesslich für die Gemeindebürger bestimmt sind, als bürgerliche behandelt werden. Es kommen hier aber nur diejenigen Institutionen in Betracht, die dem Armenwesen im allgemeinen dienen und also nicht in eine der hiernach vorgesehenen Abteilungen gehören. Dagegen kommt es vor, dass burgerliche Spezialfonds als Bestandteile des gesetzlichen Gemeindearmgutes taxiert werden, und diese müssen hier der Vollständigkeit wegen mit aufgeführt werden.

1. Confrérie du Saint-Esprit d'Ayent (Bürgerspense),
2. Armenfundum der Burgerschaft Brig (Spital Tscherrig),
3. Bourse de pauvres de Champéry,
4. Confrérie du St.-Esprit à Champéry (Fonds),
5. „ du sel à Champéry (Fonds),
6. „ de la Ste-Trinité à Champéry (Fonds),
7. Confratria animarum pro calceamentis pauperum distribuendis, Champéry (Fonds),
8. Distributions de pain aux pauvres à Chermignon,
9. Legs Besse de Martigny-Bourg,
10. „ Delaquis de Martigny-Bourg,
11. „ Gross de Martigny-Bourg,
12. Confrérie de Ste-Anne et de St-Crispin à Monthey (Fonds),
13. Fromme Stiftungen von Mund (Spenden),
14. Fondation Charrex à Orsières,
15. Bürgerbrotspende Saas-Fee,
16. Spende von Turtmann (Tag der Armen von Turtmann),
17. Bourse des pauvres bourgeois de Val-d'Iliez,

18. Fondation pour maïs aux familles pauvres de Val-d'Illeiez,
19. Fondation pour sel aux familles pauvres de Val-d'Illeiez,
20. Confrérie du St-Esprit de Veysonnaz (Fonds),
21. Burgerspende von Visp.

c) *Fakultative Armenpflege der Einwohnergemeinden.*

Die geringe Bevölkerungsbewegung, die sich im Wallis vollzogen hat, erklärt die zurücktretende fakultative Armenpflege der Einwohnergemeinden. Einzelne der hier in Betracht fallenden Institutionen bilden Bestandteile des gesetzlichen Gemeindegutes, andere werden infolge ihrer Spezialbestimmung erst in späteren Abschnitten erwähnt.

1. Fondation du chanoine Fardel à Ayent,
2. Fondation Droz de Praz-de-Fort (Orsières),
3. Elémosinaire de Sion,
4. Livraison de pains aux pauvres à la Noël de la Lenaire Marécottes (Salvan),
5. St. Niklaus-Spende in St.-Niklaus,
6. Munizipal-Armenfundum Visp.

d) *Armenpflege der Kirchgemeinden.*

Vor der Entwicklung der obligatorisch-amtlichen Armenpflege nahm sich insbesondere die Kirche der Armen an. Landri de Mont († 10. IV. 1237), 1206 bis 1236 Bischof von Sitten, gab um das Jahr 1219 für die Diözese Sitten Statuten heraus, in welchen er die Priester zur Aufzeichnung aller zu gunsten der Armen gemachten Vermächnisse verpflichtete; diese Weisung lautete: „Item districte praecipimus universis clericis tam majoribus quam minoribus, tam canonicis quam aliis ecclesiastica beneficia habentibus, ut possessiones, elemosynes perpetuas et redditus sive census beneficiorum suorum cum omnibus usagiis eorumdem diligenter in pergamento conscribant infra annum, ut per talem scripturam bona ecclesiastica perpetuae memoriae commendent. Si quis vero dominorum supradicta infra annum scribere contempserit, ipsum ecclesiastico suppominus interdicto.“

In den Decreta synodalia (pag. 86), welche Hildebrand Jost von Geschinen († V. 1638), 1613—1638 Bischof von Sitten, 1635 erliess und welche noch heute Geltung haben, werden die Verwalter von Armengütern zur genauen Rechenschaftsablegung angehalten. Die Statuten sagen: „Wir mahnen und fordern alle und jeden Verwalter von Gütern, die für die Armen bestimmt sind, dringend auf: dass sie genaue Rechenschaft geben über die betreffenden Einkünfte, Almosen und Vergabungen und ja nichts zu andern als den von den frommen Stiftern bestimmten Zwecken verwenden; dass sie den Armen reichlich und liebevoll beispringen; dass

sie von den Gütern der Armen nichts für sich selbst benützen; dass sie allen unnötigen Aufwand vermeiden; dass sie keine Güter verkaufen oder vertauschen ohne Erlaubnis der zustehenden Obern.“ Trotz diesen Vorschriften kamen verschiedene Bischöfe in die Lage, fehlbare Verwalter zu bestrafen.

Nachdem die zwischen Staat und Kirche infolge der Ereignisse von 1847—1848 bestandenen Beziehungen durch Vertrag vom 7. XI. 1879 bereinigt worden, erhielt das Gesetz über die Gemeindeverwaltung von 1851 am 22. V. 1880 folgende Abänderung: Der Diözesanvorstand hat das Recht, die Rechnungen der Wohltätigkeitsanstalten, welche durch ihre Stiftung oder ihre Bestimmung einen frommen Zweck haben, im Interesse ihrer Erhaltung, sich vorweisen zu lassen. Die Befugnisse der Munizipalität erstrecken sich auch auf die Verwaltung des Kirchenvermögens oder dessen, welches zum Gottesdienste bestimmt ist; der Gemeinderat wählt zu diesem Behufe einen Kirchen- oder Fabrikat. Wenn die Pfarrei aus mehreren Gemeinden oder Abteilungen von Gemeinden gebildet ist, so werden die Fabrik- und Benefiziengüter durch eine Pfarrkommission, in welche im Verhältnis der Bevölkerung von jeder Abteilung der Pfarrei Mitglieder gewählt werden, verwaltet.

In einzelnen Kirchgemeinden sind mit Jahrzeiten Almosenverteilungen verbunden. Sodann besitzen verschiedene Kirchgemeinden spezielle Unterstützungsfonds, die zum Teil in Spezialabteilungen gehören. Hier sind folgende Institutionen zu nennen:

1. Fonds paroissial de Conthey (Caisse de bienfaisance),
2. Jahrzeit Clausen in Ernen,
3. „ Grassen „ „
4. „ Schmid „ „
5. „ Steffen „ „
6. Fonds des Pfarramtes Leukerbad zur Unterstützung von armen Familien,
7. Fonds Claivaz de la Paroisse de Martigny,
8. „Grosses Jahrzeit“ der Pfarrei Mörel,
9. Berchtoldischer Armenfonds der Pfarrei Mörel,
10. Hofernjahrzeit in Mund,
11. Fondation Droz de la paroisse de Revereulaz,
12. Fonds des pauvres de la paroisse de St. Maurice-Laques,
13. Stiftung Therese Brunner der Pfarrei St. Niklaus,
14. Fondation pour souliers aux pauvres de Val-d'Illeiez.

e) *Armenpflege der Schulgemeinden.*

Die Institutionen der Armenpflege der Schulgemeinden, welche in Wallis bestehen, beziehen sich auf den Schutz der Schulkinder, weshalb sie in jenem Abschnitte behandelt sind.

3. Die organisierte private Armenpflege.

Die ältesten Organisationen zur Ausübung der christlichen Charitas sind Vereine mit religiösem Charakter, sogen. Bruderschaften. Unter diesen nehmen die Heiliggeist-Bruderschaften die erste Stelle ein.

Die *Heiliggeist-Bruderschaften* wurden in der zweiten Hälfte des XII. Jahrhunderts von Graf Guido von Montpellier in Rom begründet. Das Mutterhaus der Hospitaliter (Bruderschaft) zum hl. Geist war das grosse Spital zum hl. Geist in Rom. Deshalb wurden im Mittelalter die Spitäler auch meist dem hl. Geiste gewidmet. In die Heiliggeist-Bruderschaften konnten Männer und Frauen eintreten; die Aufnahme wurde jedem gewährt, der einen christlichen Lebenswandel führte. Es wurden keine Gelübde abgelegt; nur die gewöhnlichen Regeln waren zu beachten. Die Einkünfte bestanden in jährlichen Beiträgen der Mitglieder und allfälligen Schenkungen. Zu ihren Versammlungen in der Pfingstwoche wurden die Armen eingeladen und reichlich bewirtet. Ausser der Armen- und Krankenpflege stellte sich die Bruderschaft auch zur Aufgabe, die Kirche zu verschönern und zu unterhalten. Schon bald nach der Gründung des Mutterhauses in Rom entstand in Sitten eine Bruderschaft, und von da aus verbreiteten sich die Heiliggeist-Bruderschaften rasch in den Pfarreien von Wallis. Selbst in kleineren Gemeinden, die keine besondere Pfarrei bildeten, wurden Bruderschaften gegründet. Mit Ende des XVIII. Jahrhunderts gingen viele Bruderschaften aber wieder ein und ihr allfällig vorhandenes Vermögen wurde meist zu Armen- und zu Schulzwecken verwendet, und so findet man auch blosser Fonds unter dem Namen „Confrérie“. Einige haben sich, allerdings mit etwas verändertem Zwecke, bis heute erhalten. Die Finanzgesetze vom 25. V. 1840 und vom 5. XII. 1849 sahen noch folgendes vor: „Vom Sachwalter-Einzieherpatent sind alle Personen enthoben, die kehrweise oder amtswegen beladen sind, für fromme Bruderschaften etc. einzuziehen.“

An Stelle der Bruderschaften traten in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts für Ausübung der Armen- und Krankenpflege *Frauen-Armen- und Arbeitsvereine*.

Der Staat gewährt aus dem Alkoholzehntel an Vereine für „Verteilung von Nahrungsmitteln an Arme“ Beiträge; pro 1905 figurirt sub „Beisteuern an die Gemeinden“ in der Staatsrechnung ein diesbezüglicher Posten von Fr. 350, der sich folgendermassen detailliert: Fr. 50 an den Elisabethenverein Brig, Fr. 50 an den Hedwigsverein Leuk, Fr. 50 an das Komitee des Asile des Vieillards in Sierre, Fr. 50 an die Gesellschaft für das Katharinenasyl in Sitten, Fr. 50 an den Vinzenzverein in Sitten, Fr. 50 an die Fabian- und Sebastianbruderschaft in St-Maurice und Fr. 50 an die Association du vestiaire des dames in St-Maurice.

Seit den 1880er Jahren haben sich in den Kirchengemeinden der Diözese von Sitten die *Fraternités der Tertianer* ausgebreitet, welche ihre Tätigkeit aber mehr auf die Vorbeugung der Verarmung, als auf die Unterstützung von Armen richten.

Im Zusammenhang mit diesen *Fraternités* stehen die *Vinzenzvereine*, welche jedoch im Wallis nur ganz vereinzelt auftreten.

Nun gibt es auch Vereinigungen mit wirtschaftlichem Charakter, welche die Charitas ausüben, so *Alp- und Bewässerungsgenossenschaften, Konsumvereine*, etc.

Nachstehend finden sich die hier in Frage kommenden Vereinigungen zusammengestellt:

I. Bruderschaften:

1. Confrérie du Saint-Esprit de Sierre,
2. „ „ „ „ de la vallée d'Anniviers (Pinsec-St-Jean),
3. Antoniusbruderschaft Raron-St-German,
4. Confrérie de St-Amédée à St-Maurice,
5. „ de St-Louis des Français à St-Maurice,
6. „ de S. S. Fabian et Sébastian à St-Maurice,
7. „ de St-Sébastien à Sion;

II. Tiers-Ordre de St-François d'Assise, fraternités dans le diocèse de Sion;

III. Vinzenzvereine und andere religiöse Vereine mit Armenunterstützungszwecken:

1. Société de St-Vincent de Paul d'Ardon,
2. „ „ „ „ „ de Sion (dames),
3. „ du Corps de Dieu à Chippis,
4. Marianische Frauen-Kongregation mit Mütterverein in St. Niklaus;

IV. Frauen-Armen- und Arbeitsvereine:

1. Elisabethenverein Brig,
2. Hedwigsverein Leuk,
3. Œuvre des Dames de Martigny,
4. Société des Dames de Monthey,
5. Ouvroir de l'Immaculée-Conception (Vestiaire des dames) de St-Maurice;

V. Spenden von Alp- und Bewässerungsgenossenschaften, Gutsbesitzern, etc.:

1. „Grosse Spende“ von Ferden der Geteilen der Alpen Faldum, Resti und Kummen,
2. Distribution d'aumônes par l'alpage d'Emousson à Finhaut,
3. Distribution de pain et de fromage par l'alpage de „Torrent“ à Grimentz,
4. „Der Tag der Armen von Turtmann“ (Alpspenden),
5. „St. Theodulspende“ der Riedbach-Suonen-Genossenschaft St. Niklaus und Grächen,

6. „Aumône du consortage du bisse de la Tovachière“ à Montana,
7. Spende der Gutsbesitzer vom Gebiete Stalen in St. Niklaus,
8. Spende der Genossenschaft Jungenberg in St. Niklaus,
9. „La Donne“ de la St-Barthélemy à la Rasse (Evionnaz),
10. Allerseelenspend in der Pfarrei Löttschen;

VI. Konsumvereine¹⁾ mit Verwendung eines Teiles des Reingewinnes zu Armenzwecken:

1. Konsumverband Stalden, nebst Genossenschaft Stalden,
2. Konsumgenossenschaft Eisten,
3. „ „ „ Embd,
4. „ „ „ Grächen,
5. „ „ „ Randa,
6. „ „ „ Saas-Almagel,
7. „ „ „ Saas-Balen,
8. „ „ „ Saas-Grund,
9. „ „ „ St. Niklaus,
10. „ „ „ Staldenried,
11. „ „ „ Täsch,
12. „ „ „ Törbel,
13. „ „ „ Zeneggen.

4. Die freie private Armenpflege.

Pfarrer D. Imesch in Naters schreibt im Zürcher Neujahrsblatt 1901: „Wohl selten klopft ein Armer vergeblich an die Tür eines Wallisers. Er hält es für eine Gewissenspflicht, dem Dürftigen eine milde Gabe zu reichen und ihm Unterkunft zu gewähren. Was der Walliser im Stillen und im Verborgenen wirkt, um die Hungrigen zu speisen, die Durstigen zu tränken und die Nackten zu bekleiden — das alles lässt sich nicht in leblosen Zahlen ausdrücken, das steht eingeschrieben im Buche des Lebens.“ Im Oberwallis lautet denn auch ein Sprichwort:

Was mu den Armun zer Port us git,
Das chunt huufuschwys zun Pfeistrun um i!

Ein alter Brauch, der sich bis tief ins XIX. Jahrhundert hinein erhalten hatte, bestand darin, dass bei Leichenbegängnissen vornehmer Leute 2, 4, ja bis

¹⁾ Nachdem im französischen Teile schon seit den 1880er Jahren einzelne Konsumvereine bestanden hatten, entwickelte sich das Konsumvereinswesen im Wallis von 1903 hinweg sehr rasch. Im deutschen Kantonsteil entstand der erste Konsumverein auf Initiative von Pfarrer P. Imhof in Ried-Mörel. Gegenwärtig bestehen in diesem Kantonsteil ausser dem Verband Stalden (mit 13 Talvereinen) der Oberwalliser Konsumverband (mit 6 Sektionen), der Verband Steg-Gampel (mit 3 Vereinen), sowie 3 unabhängige Konsumvereine, während es im französischen Teile 19 Konsumvereine gibt.

16 Arme zum Tragen der Wappen und Insignien beauftragt wurden; dieselben erhielten dafür Tuch für ein Kleid und wurden reichlich bewirtet. Nicht selten wurden testamentarische Verfügungen zur Austeilung von Gaben an Arme am Begräbnistage getroffen. So errichtete 1704 Bürgermeister Bartolomäus Waldende Courten in Sitten ein Testament, worin er die Verteilung von 50 Fischel Korn, 50 Sester Wein, das Fleisch von 6 Kühen, 6 Säcke Salz, 6 Fischel Gerste und 400 \bar{x} Käse an seinem Beerdigungstage anordnete; seine Frau Elisabeth vermachte den Armen 50 Fischel Brot, 40 \bar{x} Käse, 25 Sester Wein, je 4 Fischel Bohnen, Erbsen und Gerste, etwas Speck, 7 Säcke Salz und 3 Kühe. (Documents sur la Famille de Courten.)

Wolfgang Menzel wies in „Die Sommertage im Wallis 1834“ auf den Brauch hin, dass beim Tode eines Kindes das ärmste annähernd gleichaltrige im Dorfe die Kleidlein des Verstorbenen erbt, welche es beim Begräbnis desselben zum erstenmal anlegt; „so verknüpfen sich in den jungen Gemütern die Ideen von Tod und Wohltun“. Und P. Furrer sagt in seiner „Statistik von Wallis“ (1852), pag. 336/337: „Nichts ist erbaulicher, als die Einwohner solcher Dörfer, welche den Verwüstungen der Waldwasser, der Lawinen oder Bergfälle ausgesetzt sind, zu erblicken, wie sie sich alle Abende in der freien Luft versammeln, um durch ein gemeinschaftliches Gebet sich der Obhut der schützenden Gottheit zu empfehlen; nichts rührender, als . . . ein Armer oder eine Arme vom Alter des Verstorbenen, mit seiner besten Kleidung angetan, die sie von ihm geerbt haben, um an seinem Leichenbegängnis den Begriff von Wohltätigkeit mit demjenigen des Todes und der Auferstehung zu erwecken.“

Die Mehrzahl der Walliser Gemeinden sind Berggemeinden. Von den 170 politischen Gemeinden des Kantons haben 111 die Hauptsiedelung im montanen oder subalpinen Gebiet. Nach dem neuesten Stand der Nivellierung für den Siegfriedatlas gehören an:

	Im franz. Kantonsteil	Im deutsch. Kantonsteil
I. Der Tiefregion:		
a) bis 550 m ü. M.	30 Gem. ¹⁾	—
b) von 550—800 m ü. M.	8 „	20 Gem.
II. Der montanen Region:		
a) von 800—1050 m ü. M.	13 Gem.	11 Gem.
b) von 1050—1300 m ü. M.	16 Gem. ²⁾	22 „
III. Der subalpinen Region:		
a) von 1300—1550 m ü. M.	8 Gem.	32 Gem. ³⁾
b) von 1550—1800 m ü. M.	3 „	6 „
IV. Der Höhenregion	1 Gem.	—

¹⁾ Tiefste Lage: St. Gingolph (361 m ü. M.). — ²⁾ Dabei: Nax (1288 m ü. M.). — ³⁾ Dabei: Zwischbergen (1383 m ü. M.).

Um dem Prinzip des Armengesetzes von 1827, das freie Almosengeben in die geordnete Gemeindearmenpflege überzuführen, zum Durchbruch zu verhelfen, glaubte man, die Totenmähler abschaffen zu müssen. Das Gesetz bestimmte deshalb: „Die durch Testament etc. unter dem Namen „Spende“, „Donnes“, errichteten Lebensmittelausteilungen, Mähler u. dgl. sollen in Geld verwandelt und der Betrag in die Armenkasse gelegt werden. Die Austeilung von Lebensmitteln und die Abhaltung von Totenmählern wird mit einer Busse von Fr. 100 bestraft.“ Auch das neue Armengesetz enthält die Bestimmung, dass für Abhaltung von Begräbnismählern Bussen von Fr. 5 bis 100 durch den Staatsrat auszusprechen seien. Dagegen werden Spenden zum Andenken an Verstorbene in einzelnen Gegenden jetzt noch gemacht; ja in gewissen Gemeinden ist dies sogar zu einer Art Gewohnheitsrecht geworden. Die Bewohner von Wallis beschränken sich aber nicht bloss auf die Ausübung der freien Armenpflege, sondern betätigen sich auch rege auf den Gebieten der Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit. Von dieser letztern Tätigkeit zeugen die Gabensammlungen für Brand-, Wasser- und Lawinengeschädigte, etc. Als z. B. im Jahre 1860 Wallis selbst von einer grossen Landeskatastrophe (Schaden Fr. 600,000 bis 700,000) betroffen worden war, steuerte die Bevölkerung doch im folgenden Jahre Fr. 18,224. 47 an Liebesgaben den Brandbeschädigten von Glarus bei. Das Gottvertrauen, welches die Walliser gegen die Verhütung von Elementarereignissen bekunden, kommt in der Inschrift der die Jahrzahl 1693 tragenden Erner Kirchenglocke zum Ausdruck: *Convoco clerum, suscito populum, defunctos plango, fulgura frango.*“

Der Staat war schon früh genötigt, Normen für die Vergabungen zu frommen Zwecken aufzustellen, damit Hinterlassene nicht allzusehr benachteiligt werden. Gegenwärtig besteht folgende gesetzliche Vorschrift:

„Die juristischen Personen, als da sind: Spitäler, Pfründen, geistliche Körper- und Bruderschaften, sowie öffentliche Wohltätigkeitsanstalten, können nur unter Bewilligung des Grossen Rates aus Testamenten erwerben.

Diese Bewilligung ist jedoch nicht erforderlich, wenn die letztwillige Verfügung bewegliche Sachen zum Gegenstande hat, deren Wert Fr. 1000 nicht übersteigt“ (Art. 595 des bürgerlichen Gesetzbuches, abgeändert am 24. V. 1880.).

Ein alter Brauch, der sich noch bis in die neuere Zeit erhalten hatte, war die Austeilung von Quatember Speise (Brot und Käse) oder Quatembermilch durch die Viehbesitzer unter Dürftige, sowie auch die Austeilung von Nahrungsmitteln der Hablichen zu andern Jahreszeiten.

Hier sind besonders hervorzuheben:

1. Spenden von Hinterlassenen Verstorbener in Grächen,
2. Spenden von Hinterlassenen Verstorbener in Randa,
3. Spenden von Hinterlassenen Verstorbener in St. Niklaus,
4. Freiwillige Gaben an Milch in den Quatemberwochen in St. Niklaus,
5. Freiwilliges Almosen von Täsch.

b) Die Institutionen der Armen-Erziehung und -Verpflegung.

1. Armererziehung.

Im Abschnitt über die obligatorisch-amtliche Armenpflege ist bei Besprechung der Verwandtenunterstützung erwähnt worden, dass die Gesetzgebung von Wallis insbesondere Bezug auf den Schutz der Waisenkinder genommen hat. Pfarrer Imesch sagt: All die zahlreichen Gesetze und Bestimmungen, welche über die Vormundschaft erlassen worden, atmen den Geist christlicher Liebe und Milde gegen die Waisen. In diesem Sinne handelt auch das Walliser Volk.

Kinder, denen eine verwandtschaftliche oder nachbarliche Hülfe nicht zu teil werden kann, werden öfters durch Vereine versorgt. So wirkte von 1804—1811 auf Valeria in Sitten ein Verein von „Schwestern der christlichen Wohltätigkeit in Aufnahme armer Kinder“ (vergl. P. Furrer, Statistik von Wallis, pag. 124).

Im Jahre 1856 erhielt Domdekan Berchtold vom Staatsrate die Bewilligung zur Sammlung von Gaben im Kanton Wallis für die Errichtung der katholischen Rettungsanstalt Sonnenberg der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft; der Grosse Rat selbst bewilligte eine Subvention von Fr. 500.

Auf Initiativen des Domdekans Franz Blatter und des Chorherrn Maurice-Eugène Gard entstanden dann im Kanton selbst Waisenhäuser. Zu gunsten dieser Waisenhäuser werden jährlich von den Schwestern, denen sie anvertraut sind, im Kanton Kollekten veranstaltet, und der Staat subventioniert sie aus dem Alkoholzehntel. 1905 betrug der Staatsbeitrag für das Knabenwaisenhaus Sitten Fr. 2000, für das Mädchenwaisenhaus Sitten Fr. 1000 und für das Waisenhaus St-Maurice Fr. 2000 (nämlich Fr. 1000 an den Betrieb und Fr. 1000 als fünfter Jahresbeitrag für die Erstellung der Trinkwasserleitung). Die neue Kantonsverfassung enthält als Art. 18: „Der Staat gründet oder unterstützt durch Beiträge Erziehungsanstalten für verwaorloste Kinder, sowie andere Wohltätigkeitsanstalten.“

Zurzeit besitzt Wallis folgende spezielle Institutionen der Armenziehung:

1. Orphelinat de St-Joseph à Sion.
2. „ des filles „de la Ste-Famille“ à Sion.
3. „ de Ste-Marie à St-Maurice.
4. „ des garçons, Dépendance de l'Orphelinat de Ste-Marie à St-Maurice.
5. „Kinderverwahranstalt“ Glis (Fonds für Kinder-versorgung).

2. Armenverpflegung.

Bis in die neuere Zeit wurden Personen, welche wegen Verlustes der Arbeitskraft verarmten und nicht in Familien versorgt werden konnten, in Fremden- und Bургerspitälern untergebracht. Nunmehr ist durch Errichtung des Asyls St-Joseph in Sitten ein Anfang zu speziellen Armenverpflegungsanstalten gemacht worden. Einzelne Gemeinden verfügen über einen Armenspittel oder auch bloss in Gemeindegäusern errichtete Armenwohnungen.

Im Wallis bestehen nach dieser Richtung:

1. Asile St-Joseph à Sierre.
2. Hôpital bourgeois à Sion.
3. Bургerspital Leuk.
4. Hôpital de Monthey.
5. Hospice de St-Jacques à St-Maurice.
6. Armenhäuschen Bellwald.
7. Armenwohnung im Gemeindehaus von Oberwald.

c) Die Institutionen der öffentlichen Krankenpflege.

Unterm 22. I. 1892 wurde eine kantonale Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Epidemien-gesetz erlassen. Die Überwachung für eine richtige Behandlung der Armen in Zeiten von Epidemien war schon durch das kantonale Gesundheitspolizeigesetz vom 24. XI. 1849 einem Sanitätsrat übertragen worden. Die Ortsgesundheitskommissionen haben nun dem Sanitätsrate die Vorschläge für die Vergütungen zu machen, welche nach Massgabe des eidgenössischen Epidemien-gesetzes an dürftige auslogierte oder internierte Personen zu leisten sind.

Einzelne Talschaften richten an Ärzte Wartgelder aus, so der Bezirk Goms Fr. 1000 nebst Naturalien an einen Arzt in Münster für die Gemeinden von Obergoms und Fr. 1500 nebst Naturalien an einen Arzt in Fiesch für die Gemeinden von Untergoms. Immerhin gibt es noch Täler, die nicht nur in betreff der ärztlichen Hilfe, sondern auch in betreff der Verkehrsverhältnisse noch sehr übel bestellt sind.

Im Gesetz vom 25. V. 1878, betreffend den Tarif für die Hebammen und die Ausübung ihres Berufes, wird festgesetzt, dass für die Niederkunft der armen

Frauen die Hebamme die Gebühr von der Verwaltung der Gemeinde, in welcher die Wöchnerin ansässig ist, zu beziehen habe. Die Gebühren sollen unter Strafe der Verjährung innert der Frist eines Jahres seit der Niederkunft verlangt werden. Die Gemeindeverwaltung kann ihren Rekurs für Rückbezahlung besagter Gebühren gegen die Heimatgemeinde der Wöchnerin geltend machen.

Für die Krankenpflege im allgemeinen ist also aufzuführen:

Sanitätsrat des Kantons Wallis.

1. Krankenpflegevereine.

Der schweizerische Verein vom Roten Kreuz hat im Wallis zurzeit bloss eine einzige Organisation. Auch Samaritervereine besitzt Wallis noch keine. Dagegen bestehen einzelne Krankenpflegevereine und Vereine, welche neben anderen Aufgaben auch die Krankenpflege in ihren Tätigkeitskreis einbeziehen. Es fallen hier also in Betracht:

1. Société de la Croix-Rouge de Sierre.
2. „ de St-Lazare à Monthey.
3. „ de St-Vincent de Paul à Sion.
4. „ de St-Vincent de Paul à Ardon.
5. „ de secours aux malades nécessiteux à Vérossaz.

2. Anstalten und Anstaltsfonds.

In Wallis gab es schon früh eine Anzahl Krankenhäuser (hôpitals, lazarets, maladreries, léproseries), von denen einige noch heute bestehen. Chorherr Grenat bemerkt in seiner „Geschichte von Wallis“, dass diese Anstalten im XII. bis XVIII. Jahrhundert weniger den Siechen als den Pestkranken gedient haben. Die Pest wütete z. B. 1565/66 in Untergoms derart, dass sich für Richelsmatt, einer seit 1830 entvölkerten Gemeinde, die Sage erhalten hat, dass in ein und derselben Nacht ein Kind in der Wiege alle seine Verwandten bis auf den neunten Grad beerbt habe und dass während bloss 12 Stunden eine Kuh infolge Hinsterbens des jeweiligen Besitzers bis auf den zehnten Meister überging. 1611/12 trat sie dann in Wallis, wie in den eidgenössischen Orten, neuerdings sehr heftig auf.

Im XIII., XIV. und XV. Jahrhundert befanden sich in 10 Wallisergemeinden Siechenhäuser (vergl. Grémaud, Documents relatifs à l'histoire du Valais, n^{os} 846, 885, 1204, 1522, etc.; Dr. F. Bühler, medizinisch-historische Studien über den Aussatz in der Schweiz, 1902/03). Wallis gehört zu jenen Gebieten der Schweiz, wo der Aussatz am verbreitetsten war, weil hier römische Kultur bestand. Die Lepra ist eine ansteckende Krankheit und wird erregt durch einen eigenen Bazillus,

der den Namen seines Entdeckers Hansen führt. Das dritte Buch Moses schreibt die Absonderung der Aussätzigen von der übrigen Bevölkerung vor und in der Bibel kehrt der Aussatz ständig wieder als eine der schweren Prüfungen, die Gott den Sündern als Zeichen seines furchtbaren Zornes auferlegt habe. Durch die Zeugnisse der religiösen Überlieferung kamen die Christen dazu, die Lepra mit einem gewissen heiligen Schrecken anzusehen. 583 befahl die Synode in Lyon den Bischöfen, sich in ihren Diözesen der einheimischen Siechen anzunehmen, für deren Nahrung und Kleidung zu sorgen, damit das Herumfahren der Unglücklichen aufhöre. Zur Zeit der Kreuzzüge, als mit der Zunahme kriegerischer Missionen und frommer Pilgerfahrten nach Palästina die Krankheit regelmässig Auffrischung erhielt, führte die besondere Achtung, welche man den von der heiligen Fahrt Heimgekehrten zollte, dazu, dass das Volk mit gleicher Achtung auch die Siechen ansah. In der Renaissance hört die Lepra auf, im mystischen und philanthropischen Gefühlsleben der Christenheit eine Hauptrolle zu spielen.

Bei der Rekrutenaushebung 1906 wurde von den Ärzten für Guttet ein Fall von Aussatz konstatiert. Nach den sachbezüglichen Erörterungen von Prof. Jadassohn (Bern) und Dr. Bayard (Leuk) im „Korrespondenzblatt für Schweizer Ärzte“ betrug die Zahl der Leprakranken 4, meist nahe Verwandte. Die ganze Bevölkerung der drei Dörfchen Guttet, Feschel und Oberems, die 132, 146 und 179 Einwohner zählen, wurde ärztlich genau untersucht, allein ausser den 4 Fällen, die übrigens schon längst bekannt waren, wurden keine Lepraverdächtigen entdeckt. Bei der Weltabgeschiedenheit der infizierten Ortschaften ist an eine Weiterverbreitung nicht zu denken; ob es sich bei den vorliegenden Fällen um den Überrest eines mittelalterlichen Lepraerdes, wie angenommen wird, handelt, oder ob eine neuere Einschleppung von auswärts vorliegt, konnte nicht ermittelt werden.

Einzelne Fremdenspitäler nehmen auch Kranke auf. Nach dem Gesetz vom 26. V. 1803 dehnt sich „die Befugnis der Gemeinderäte in dem, was die Ortspolizei angeht“, auch aus auf „die Aufsicht auf die Spitäler in den Gemeinden, welchen sie vermöge alter Gebräuche zugehörten“. Das Gesetz vom 27. XI. 1877, „bezeichnend die zum öffentlichen Dienste der Gemeinden bestimmten Bürgergüter“, sagt: Die Spitäler burgerlichen Ursprunges sind gehalten, die ihnen von der Gemeinde zugesandten Kranken gegen eine mässig zu bestimmende Entschädigung aufzunehmen, insofern Platz und Ausstattung es erlauben. Diese Entschädigung fällt weg, wenn die Einkünfte der Anstalt genügen. Das Sanitätsgesetz vom 27. XI. 1896 weist die Überwachung der zur Aufnahme von Kranken be-

stimmten Anstalten des Staates, der Gemeinden, Bürger-schaften, Genossenschaften, Gesellschaften oder Privaten inbezug auf öffentliche Gesundheit oder deren Pflege dem Staatsrate zu. In die Verfassung von 1907 wurde als Art. 19 aufgenommen: „Der Staat wird die Errichtung von Bezirks- oder Kreisspitälern, Kliniken und Krankenhäusern fördern und unterstützen. Er kann auch eine gleichartige kantonale Anstalt errichten.“

Institutionen dieser Abteilung sind:

I. Badarmenanstalten:

Hôpital des bains des pauvres à Loèche-les-Bains.

II. Krankenanstalten:

1. Clinique de St-Amé à St-Maurice,
2. Hôpital bourgeoisial à Sion,
3. Burgerspital Leuk,
4. St. Antoniuspital Brig,
5. Spital der Baugesellschaft des Simplontunnels in Brig,
6. Asile St. Joseph à Sierre.

III. Fonds für Errichtung von Krankenanstalten:

1. Fonds de l'hospice cantonal (Fonds de X. de Cocatrix),
2. Fonds de l'hôpital cantonal (Legs Brunner),
3. Fonds pour la création d'une clinique cantonale (Donation de Lavallaz),
4. Fonds für Errichtung eines Krankenhauses im Oberwallis (Brig),
5. Fonds pour la création d'une infirmerie du district de Martigny,
6. Fonds pour la création d'une infirmerie-hôpital dans le district de Monthey.

IV. Sanatorien und Erholungsanstalten:

1. Sanatorium populaire genevois de Clairmont sur Sierre,
2. Station climatérique de Montana,
3. Erholungsheim des Missionshauses Immensee auf dem Simplon.¹⁾

V. Absonderungshäuser:

1. Absonderungshaus und Desinfektionsanstalt Brig,
2. Lazaret de Bouveret,
3. Lazaret de Sion,
4. Absonderungshaus Zermatt.

d) Die auf Gegenseitigkeit beruhenden Institutionen.

Die Institutionen auf Gegenseitigkeit des Kantons Wallis sind zur Hauptsache örtliche *Krankenkassen*;

¹⁾ Man ist gegenwärtig im Begriffe, eine Gesellschaft zur Übernahme und Weiterführung des Unternehmens zu gründen (Initianten: Regierungsrat Schmid, in Baar, Dr. Henggeler, in Zug, u. a.).

die ältesten reichen in die 1850^{er} Jahre zurück. Die 37 Krankenkassen und Krankenvereine gruppieren sich nach den Gründungsjahren folgendermassen:

1850—59	entstanden	6	solcher	Institutionen,
1860—69	"	4	"	"
1870—79	"	2	"	"
1880—89	"	7	"	"
1890—99	"	9	"	"
1901—03	"	2	"	"
1904—06	"	7	"	"

Im Jahre 1875 schlossen sich 7 Vereine zu einem Verbands („Fédération valaisanne de secours mutuels“) zusammen. Dem Verbands gehörten 1903 (dem Erhebungsjahr der eidg. Statistik über die gegenseitigen Hilfsgesellschaften) 16 und 1906 20 Vereine an. Überdies bestanden im Jahre 1903 noch 16 dem Verbands fern gebliebenen Krankenkassen (wovon 2 seither wieder eingegangen sind) und 1906 17. Unter diesen letztern 17 Kassen figurieren 2, welche nicht nur Einwohner von Wallis, sondern auch von Frankreich als Mitglieder aufnehmen, nämlich zwei Vereine von St-Gingolph; ferner bestehen 2 Vereine für italienische und 1 Verein für französische Staatsbürger. Im übrigen gibt die folgende Tabelle über das Krankenkassawesen von Wallis näheren Aufschluss.

Neben diesen örtlichen Krankenkassen bildeten sich in neuerer Zeit für einzelne Stände (Geistliche, Lehrer, Landjäger) kantonale Alters- und Invaliden-

kassen. Zwei dieser Kassen unterstützt der Staat. Im weiteren leistet der Staat auch Beiträge an die obligatorische Versicherung der Bergführer gegen Unfall.

Die im 1. Teil des Etats verzeichneten Institutionen sind:

a) Krankenversicherung (Kassen, Vereine, Verband):

1. Fédération valaisanne de secours mutuels à Saxon.
2. Société de secours mutuels d'Ardon.
3. " " " " de Bagnes.
4. " " " " l'„Union“ de Bagnes.
5. " de sauvetage du Bouveret (Port-Valais).
6. " de secours mutuels de Bramois.
7. Krankenunterstützungsverein von Brig u. Umgb.
8. Société de secours mutuels de Chamason.
9. " " " " de Collombey-Muraz.
10. " " " " de Conthey.
11. " " " " l'„Union“ de Fully.
12. " " " " de Granges.
13. " " " " de Martigny.
14. " " " " de Monthey.
15. " française de secours mutuels de Monthey.
16. " italienne " " " de Monthey-Collombey.
17. Caisse des maladies de la verrerie de Monthey.
18. Société de cible de Nax.
19. " de secours mutuels de Nax.
20. " " " " de Nendaz.

Bezirke	Sektionen der „Fédération valaisanne de secours mutuels“			Weitere Krankenvereine und Kassen			Vereine mit Krankenunterstützung als Nebenzweck			Total		
	Zahl	Anzahl Mitglieder	Vermögensbestand Fr.	Zahl	Anzahl Mitglieder	Vermögensbestand Fr.	Zahl	Anzahl Mitglieder	Vermögensbestand Fr.	Zahl	Anzahl Mitglieder	Vermögensbestand Fr.
1. Brig . . .	1	85	3,500	—	—	—	—	—	—	1	85	3,500
2. Conthey .	4	305	11,350	—	—	—	—	—	—	4	305	11,350
3. Entremont	3	215	7,100	1	150	1,500	—	—	—	4	365	8,600
4. Goms . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Hérens . .	1	22	—	1	70	1,900	1	54	1800	3	146	3,700
6. Leuk . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Martigny .	4	575	28,950	—	—	—	—	—	—	4	575	28,950
8. Monthey .	3	600	30,250	4	321	17,010	2	122	1)	9	1043	47,260
9. Raron: . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
a) östlich .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) westlich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. St-Maurice	2	230	11,375	—	—	—	—	—	—	2	230	11,375
11. Sierre . .	1	120	9,300	2	184	7,650	—	—	—	3	304	16,950
12. Sion . . .	1	140	11,500	6	336	9,163	—	—	—	7	476	20,663
13. Visp . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wallis	20	2292	113,325	14	1061	37,223	3	176	1800	37	3529	152,348

1) Caisse centrale de la société de Sauvetage du lac Léman.

21. Société de secours mutuels d'Orsières.
22. " " " " de Riddes.
23. " " " " de St-Gingolph.
24. " de sauvetage de St-Gingolph.
25. " de secours mutuels de St-Léonard.
26. " " " " de St-Maurice.
27. " " " " de Salvan.
28. " " " " de Saxon.
29. " " " " de Sembrancher.
30. " " " " de Sierre.
31. Caisse obligatoire de secours des ouvriers de tous métiers de la ville de Sion.
32. Caisse de secours mutuels de la société industrielle et des arts et métiers de Sion.
33. Société de secours mutuels de Sion.
34. Caisse de secours pour la section de Sion de l'Association catholique suisse.
35. Société italienne de secours mutuels de Sion.
36. Société de secours mutuels d'Uvrier (Sion).
37. " " " " de Vex.
38. " " " " de Vouvry.

b) Unfallversicherung:

Assurance obligatoire des guides de montagne.

c) Alters- und Invaliditätsversicherung:

1. Caisse de retraite pour la gendarmerie.
2. " " " " les instituteurs et institutrices.
3. Caisse de retraite pour le Clergé du Diocèse de Sion — Hilfskasse arbeitsunfähiger Weltpriester des Bistums Sitten.

**e) Die Institutionen zur Hebung der Volks-
ernährung und Erhaltung guter Sitten, sowie der
Fürsorge für physisch und moralisch Schwache.**

1. Hebung der Volksernährung.

Der Staat unterstützt aus dem Alkoholzehntel die Bestrebungen für eine gesunde Volksernährung. 1905 verausgabte er hierfür Fr. 170 (vide Staatsrechnung sub „Beisteuern an die Gemeinden“), nämlich Fr. 50 an die Volksküche Brig, Fr. 50 an diejenige von Sitten, Fr. 30 an die Cuisine populaire de Monthey und Fr. 40 an die Cuisine populaire de Vouvry.

Der Staat gewährt ferner auch Unterstützungen aus der eidgenössischen Schulsubvention an die Speisung armer Schulkinder (vergl. Abschnitt f 2). Im weitern beteiligt er sich mit dem Bund an der Subventionierung der Haushaltungsschulen (vergl. Abschnitt g 1).

Von jeher haben die geistlichen Stifte Armen Brot und Suppe verabfolgt und noch heute geschieht dies an den Pforten der Klöster.

Hier fallen somit in Betracht:

a) Volksküchen:

1. Volksküche Brig.
2. Armensuppenanstalt Leukerbad.
3. „Soupes des pauvres“ à Sion.
4. Fonds pour la distribution des soupes économiques à Monthey.
5. Cuisine populaire de la commune de Vouvry.

*b) Suppen- und Brotausteilung von geistlichen
Stiften:*

1. Ursulinenkloster Brig (gegr. 1663).
2. Bernhardinerinnenkloster Collombey (gegr. 1643).
3. Kapuzinerkloster Sitten (gegr. 1631).
4. Kapuzinerkloster St. Maurice (gegr. 1612).
5. Abtei St. Maurice (gegr. im IV. Jahrhundert).

2. Erhaltung guter Sitten.

Für Wallis sind die Bestrebungen für die Bekämpfung des Alkoholismus und des Tabakmissbrauchs keine modernen Erscheinungen. Schon am 16. XII. 1534 stellte der Landrat ein Verbot des *übermässigen Trinkens* auf (Busse 3 lib.). Dasselbe erfuhr am 9. XII. 1573 dadurch eine Erweiterung, dass bestimmt wurde: kein Wirt soll dem Gast über ein Hauptmahl mehr als $\frac{1}{2}$ Mass Weins geben bei 3 lib. Busse. Am 18. III. 1637 erliess Bischof Hildebrand Jost eine Verordnung über Wirtschaften in Hérens, in welcher er strenge Vorschriften über den Wirtschaftsbesuch aufstellt. Diese wurde 1638 und 1640 erneuert. In ähnlichem Sinne erhielt die Gemeinde Evolène unterm 16. II. 1645 eine Verordnung. Hierzu bemerkt in den „Rechtsquellen des Kantons Wallis“ (Basel, 1890) Prof. Dr. A. Heusler: „Wie sich die Zeiten ändern! Heutzutage entbehren die Dörfer, welche auf der Höhe liegen, wie Hérérence, der Wirtschaften ganz, und an der nach Evolène führenden Poststrasse sind solche nur vereinzelt in ein paar Ortschaften zu finden.“ Im Dekret, welches der Landrat 1616, anlässlich der Pest in Sitten, zur Bekämpfung dieser Epidemie erliess, wird unter anderem bestimmt: „Il est défendu de vendre du vin sur les marchés de Sion, car c'est après avoir bu que les hommes sont le plus imprudents“.

Am 6. XI. 1802 erliess der Landrat, in Erwägung, „dass das Bier ein ungewöhnliches Getränk in Wallis ist, in welchem es überflüssig Wein gibt, dass die Einbringung dieses Getränks schädlich ist“, ein Verbot der Biereinfuhr. Nebenbei sei erwähnt, dass unterm 2. VI. 1808 auch der Kaffeeverkauf in Wallis verboten wurde, „weil der Gebrauch des Kaffees zu einem übermässigen Grade angewachsen, dieser Konsum zu einer beträchtlichen Ausfuhr der Barschaft ge-“

worden“. Hierbei musste aber auf die Bedürfnisse der Reisenden und „derjenigen, denen dieses Getränk für ihre Gesundheit notwendig ist“, Rücksicht genommen werden. Diese beiden Verbote waren natürlich nur ephemerisch. „Weil die allzugrosse Freiheit, Wein zu verkaufen, einen traurigen und schädlichen Einfluss auf Sitten und Vermögen hat, die allzugrosse Anzahl der Wirts- und Schenkhäuser nicht weiter ausgedehnt werden soll, als dass sie den Reisenden für die Jahr- und Wochenmärkte und zum mässigen Gebrauch des Landmannes hinlänglich sind“, gab der Landrat am 14. V. 1803 ein Gesetz betreffend die Wirts-, Schenk- und Kaffeehäuser und am 24. V. 1803 ein solches über die Wirtschaftspolizei. Unter letzterem Datum erliess der Landrat auch ein Gesetz, durch welches die Einfuhr fremder Weine verboten wurde, „weil die Menge, so das Land hervorbringt, zum Gebrauche seiner Bewohner hinreicht“. An Stelle des Wirtschaftspolizeigesetzes vom 24. V. 1803 trat dann, in Anbetracht, dass im Interesse der Sitten und der öffentlichen Ruhe, der Gesundheit und des Privatvermögens der Verkauf des Weines und jeder andern geistigen Getränke einer tätigen und strengen Polizei zu unterwerfen sei, das Gesetz über die Polizei der Gasthöfe, Wirtshäuser, Weinschenken, Kaffeehäuser und Tanzsäle, vom 16. XII. 1833.

In Ausführung der bundesrätlichen Vorschriften über die Verwendung des Alkoholzehntels verabfolgt der Staat den Temperenz-Vereinen und -Lokalen aus dem Alkoholzehntel Beiträge. Im Jahre 1905 erhielten 9 Vereine und 2 Lokale zusammen Fr. 1540, nämlich die Société de tempérance la Ligue in Sitten Fr. 250, das Secrétariat antialcoolique suisse in Lausanne Fr. 100, der Verein der katholischen Trinkerheilstätte in Sarnen Fr. 100, die Ligue valaisanne de tempérance „Croix d'or“ in Sierre Fr. 600, der Cercle militaire in Colombier Fr. 100, der Jünglingsvereinsverband in St. Niklaus Fr. 80, die Société de tempérance in Sierre Fr. 80, die Société de tempérance „Croix bleue“ in Sitten Fr. 110, die Société de tempérance „L'Espoir“ in Sitten Fr. 50, das Institut populaire in Martigny Fr. 50 und das „Café-Chocolat“ in Bagnes Fr. 40. — Im nämlichen Jahre wurde aus dem Alkoholzehntel der kantonale Fonds für Errichtung einer Trinkerheilstätte und eines Arbeitshauses mit Fr. 1000 als 12. Jahresbeitrag geöffnnet.

Im Jahre 1675 wurde ein Verbot erlassen gegen „das *schädliche Tabaksaufen*, dadurch nicht allein grosse Feuersgefahr entsteht, sondern auch grosses Geld aus dem Lande gezogen wird“ (Busse 3 lib., für den Tabakverkauf 25 lib.). 1681, bei Erlass eines Luxusmandates (Loi somptuaire) wurde dieses Verbot erneuert, ebenso 1717. Von 1768 bis 1793 wurde der Tabakbau und -Handel im Unterwallis an eine Kon-

zession gebunden. In einem Dekret, betitelt „so gewisse Verbote wider den Gebrauch der Tabakspfeife enthält“, vom 30. V. 1806, wurde den Personen unter 25 Jahren (sofern nicht gesundheitshalber von einem Arzt verordnet) aus Gesundheitsgründen das Tabakrauchen verboten und zwar bei einer Strafe von Fr. 8, im Wiederholungsfall von Fr. 16. Auch wurde das Rauchen in Ställen etc., bei einer Busse von Fr. 50, und des Doppels im Wiederholungsfall, untersagt (gegen Feuersbrünste). $\frac{1}{4}$ der Bussen kam den Ortsarmen zu ($\frac{1}{4}$ dem Angeber, eventuell, wo ein solcher fehlte, auch den Armen). Das Finanzgesetz vom 16. XII. 1815 knüpfte den Tabakbau und -Handel wieder an eine Konzession, welche vom Staate für 10 Jahre verliehen wurde. In verschiedenen Finanzgesetzen wurde dies erneuert, zuletzt im Finanzgesetz vom 31. V. 1843. Die Bussen, welche wegen Uebertretung der diesbezüglichen Vorschriften ausgesprochen wurden, fielen anfänglich den Armenkassen, später den Schulen zu. Mit Gesetz vom 20. XI. 1849 wurde allen im Kanton domilizierten Einwohnern das Rauchen vor vollendetem 20. Lebensjahre bei einer Busse von Fr. 2, die im Rückfalle zu verdoppeln war und bei Nichtbezahlung in Gefängnis von 1—3 Tagen umgewandelt werden konnte, verboten. Es wurde ferner verboten, in Scheunen etc. (zur Vermeidung von Feuersbrünsten) zu rauchen, bei Strafe von Fr. 4—20, im Rückfall Doppel. Die Bestimmungen dieses Gesetzes wurden durch das Gesetz vom 30. V. 1856 über die Feuerpolizei aufgehoben. Hier wird das Rauchverbot für Personen, die das 20. Altersjahr noch nicht erfüllt haben, in Scheunen, Ställen und Gebäuden mit leicht entzündlichen Sachen statuiert. Auf die Beachtung dieser Verfügung hat 1898 der Staatsrat die Gemeinderäte und das Polizeikorps zu verschärfter Aufmerksamkeit eingeladen.

Die Luxusmandate von 1619 und 1681 wurden bereits erwähnt; inwieweit dieselben berechtigt waren, sei dahingestellt. Noch heute hat sich aber bei den „Gommern“ in bezug auf das kostbare Band des alten Walliserhuts die Redensart erhalten: „En Wybe Grind chostet es Zytrind.“

Für die Erhaltung guter Sitten wirken insbesondere die katholischen Männervereine.

Die in diesen Abschnitt gehörenden Institutionen beziehen sich also auf die Erhaltung guter Sitten im allgemeinen und dann speziell auf die Bekämpfung der Trunksucht. Die Bekämpfung des Tabakmissbrauchs ist ausschliesslich Sache des Staates geblieben.

Auf Seite 158 findet sich eine Übersicht der Verbreitung der Abstinenzvereine in den Walliser Gemeinden.

Die Vereine, bzw. ihre Verbände, stehen durch ein Sekretariat miteinander in Verbindung. In Wallis

Bezirke	Croix d'Or		Réveil		Etudiants abstinents		Femmes abstinentes		Andere Vereine		Total	
	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder
1. Brig . . .	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	2	20
2. Conthey .	1	12	1	25	—	—	—	—	—	—	2	37
3. Entremont	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Goms . . .	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—	1	8
5. Hérens . .	—	—	1	8	—	—	—	—	—	—	1	8
6. Leuk . . .	1	9	—	—	—	—	—	—	—	—	1	9
7. Martigny .	1	20	5	92	—	—	1	9	—	—	7	121
8. Monthey .	2	48	3	104	—	—	1	5	—	—	6	157
9. Raron:												
a) östlich .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) westlich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. St. Maurice	1	11	1	20	1	13	—	—	—	—	3	44
11. Sierre . .	3	77	7	156	—	—	—	—	—	—	10	233
12. Sion . . .	1	45	1	65	3	39	1	15	2	80	8	244
13. Visp . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wallis:	11 ¹⁾	230 ¹⁾	19 ²⁾	470	6	72	3	29	2	80	41	881

¹⁾ Zu den 11 Ortsvereinen kommen noch 2 Spezialvereine, deren Mitglieder aber meist auch Ortsvereinen angehören. Ausser den Ortsvereinsmitgliedern gibt es noch ca. 30 isolierte Mitglieder.
²⁾ 2 Vereine finden sich noch in Bildung.

befindet sich auch der Sitz des provisorischen internationalen Bureaus der „Catholici Abstinentes“, sowie der Sitz des Generalsekretariats der schweizerischen katholischen Abstinentenliga und der Sitz des Zentralpräsidiums des schweizerischen Abstinentenverbandes Réveil.

Die Institutionen zur Erhaltung guter Sitten, sind:

I. Katholische Männervereine, bezw. auch Verbände solcher:

1. Association populaire catholique suisse, Fédération cantonale valaisanne (à Sion).
2. Association populaire catholique suisse, Section de Grimentz-Anniviers.
3. Männerverein Kippel-Ferden-Wiler.
4. Association populaire catholique suisse, Section de Leytron.
5. „Union catholique“ de Martigny.
6. Männerverein für Gemeinnützigkeit und öffentliche Wohlfahrt in Naters.
7. Association populaire catholique suisse, Section de Sion.
8. „Fidélité“ de Troistorrents.
9. Association populaire catholique suisse, Section de Vionnaz.
10. Verband der katholischen Männervereine im Bezirke Visp (in Visp).

11. Männerverein Eisten.
12. „ “ Embd.
13. „ “ Grächen.
14. „ “ Randa.
15. „ “ Saas-Almagel.
16. „ “ Saas-Grund.
17. „ “ St. Niklaus.
18. „ “ Stalden.
19. „ “ Staldenried.
20. „ “ Täsch.
21. „ “ Törbel.
22. „ “ Visp.
23. „ “ Zeneggen.

II. Institutionen zur Bekämpfung des Alkoholismus:

a) Vereine:

1. Catholiques Abstinents, Bureau international provisoire à Sierre.
2. Secrétariat catholique d'abstinence à Sierre.
3. „Croix-d'Or“, Ligue catholique suisse d'Abstinence (S. K. A. L.) à Lens.
4. „Croix-d'Or“, Section valaisanne de la Ligue catholique suisse d'Abstinence à Sierre.
5. Maîtres et Maîtresses abstinents, Section spéciale de la „Croix-d'Or“ (Ligue valaisanne de tempérance), à Sierre.

6. Prêtres abstinents, Section spéciale de la „Croix-d'Or“ (Ligue valaisanne de tempérance), à Lens.
7. „Croix-d'Or“, Sektion Binn.
8. „ „ Section des Evouettes (Port-Valais).
9. „ „ de Granges, Grône et env.
10. „ „ de Lens.
11. „ „ Sektion Leuk.
12. „ „ Section de Monthey-Collombey.
13. „ „ de Nendaz.
14. „ „ de Riddes, Isérables et env.
15. „ „ de Sierre.
16. „ „ de Sion.
17. „ „ de Vernayaz-Salvan.
18. „Réveil“ (Jeunesse abstinente), Comité central de la Suisse romande, à Lens.
19. „Réveil“, Société valaisanne à Sierre.
20. „ „ Section d'Ayent.
21. „ „ de Bouveret.
22. „ „ de Chermignon.
23. „ „ de la Crettaz (Martigny-Combe).
24. „ „ des Evouettes (Port-Valais).
25. „ „ de Granges.
26. „ „ de Grône (en formation).
27. „ „ d'Icogne.
28. „ „ d'Isérables.
29. „ „ de Lens.
30. „ „ de Leytron.
31. „ „ de Monthey.
32. „ „ de Nendaz.
33. „ „ de Riddes.
34. „ „ de Saillon (en formation).
35. „ „ de St-Maurice-Laques (Randogne et Mollens).
36. „Réveil“, Section de Saxon.
37. „ „ de Sierre.
38. „ „ de Sion.
39. „ „ de Vernayaz (Salvan).
40. „ „ de Vissoye.
41. „Etudiants abstinents“, Sektion des Kollegiums Spiritus Sanctus in Brig.
42. „Etudiants abstinents“, Sektion „Hoffnung“ des Lehrerinnenseminars in Brig.
43. „Etudiants abstinents“, Section „Prudentia“ au Collège à St-Maurice.
44. „Etudiants abstinents“, Section „Sapientia“ au Collège-lycée à Sion.
45. „Etudiants abstinents“, Section „Avenir“ à l'Ecole normale des Instituteurs à Sion.
46. „Etudiants abstinents“, Section „Dévouement“ à l'Ecole normale des Institutrices à Sion.
47. „Femmes abstinentes“, Section valaisanne de la Ligue suisse (F. A. B.) à Monthey.
48. „Femmes abstinentes“, Section de Monthey.

49. „Femmes abstinentes“, Section de Riddes.
50. „ „ „ „ de Sion.
51. Société de tempérance de la „Croix-Bleue“, Section de Sion.
52. „Ligue antialcoolique“ (Alkoholgegnerbund), Section „Santé“ à Clairmont-Randogne.
53. „L'Espoir“, Société de tempérance pour la jeunesse, Section de Sion.

b) Lokale:

Institut „Café-chocolat“ de Bagnes.

c) Fonds:

Fonds pour maison de travail et asile pour ivrognes (buveurs) du canton du Valais — Kantonaler Fonds für Errichtung eines Arbeitshauses und Trinkerheilasyls.

3. Fürsorge für physisch Schwache.

Die Schweiz und namentlich Wallis gehören zu denjenigen Ländern, in welchen der Kretinismus besonders häufig anzutreffen ist; die Schweiz gab aber auch den Anstoss zur Fürsorge für die von diesem Gebrechen Betroffenen. 1574 schildert der Zürcher Geschichtsschreiber Josias Simler in „Descriptio Valesiae et Alpium“ den Zustand der Kretinen und 1624 gab der Walliser Felix Plater, Professor der Medizin in Basel, die erste umfassende Beschreibung des Idiotismus. Ende des 18. Jahrhunderts trat Horace de Saussure (Genfer Naturforscher) in warmer Fürsprache für die Idioten ein. 1812 veröffentlichte Heinrich Zschokke einen Bericht über die Verheerungen des Kretinismus in der Schweiz. 1799 fielen im Wallis zahlreiche Kretinen dem französischen Militär zum Opfer; die armen Geschöpfe, welche die ihnen drohende Gefahr nicht ahnten, empfangen mit ihrem gewöhnlichen Lächeln den Todesstoss (P. Sigismund Furrer, Statistik von Wallis, 1852, pag. 18 und 135). Der Kretinismus wird auf mangelhafte Entwicklung der Schilddrüsen zurückgeführt; durch künstliche Zuführung des Schilddrüsensekrets in Präparaten aus Schilddrüsen von Schafen bewirkte man in neuerer Zeit bei Kretinen einerseits eine stärkere Entwicklung des Knochensystems und andererseits eine Erhöhung der Intelligenz.

Als 1841 Dr. Joh. Guggenbühl aus Meilen auf dem Abendberg bei Interlaken die erste Anstalt für Schwachsinnige eröffnete, beschloss der Staatsrat von Wallis, dieselbe zu unterstützen. Der Anstalt wurde 1845 von Gräfin Hahn-Hahn mit Fr. 7500 ein Fonds zu gunsten eines Walliser Zöglings zugewiesen. Mit dem Zerfall der Anstalt ging auch dieser Fonds verloren.

Von Wallis aus wurden gut veranlagte Taubstumme auf die Bemühungen von Wohltätern, unterstützt durch Vereine und den Staat, schon früh in An-

stalten untergebracht, namentlich in Hohenrain und Greyerz. Nach der Volkszählung von 1870 gab es in Wallis 477 Taubstumme (zirka 5 auf 1000 Einwohner). Von diesen hatten aber trotz den erwähnten Bemühungen die wenigsten eine angemessene Bildung erhalten. Der Initiative von Domherr Franz Blatter ist die Errichtung einer kantonalen Taubstummenanstalt zu verdanken.

Blinde werden besonders im Blindenasyl Lausanne untergebracht, weshalb dieses Institut vom Staate Wallis aus dem Alkoholzehntel mit Beiträgen bedacht wird, pro 1905 mit Fr. 200. Aus dem Alkoholzehntel werden auch Beiträge an den Fonds der kantonalen Taubstummenanstalt Gerunden (pro 1905 Fr. 4000 als 14. Jahresbeitrag), sowie an das Kostgeld für arme Taubstumme dieser Anstalt (pro 1905 für 36 Taubstumme Fr. 5544) verabfolgt. Für die Versorgung von *Geisteskranken* werden aus dem Alkoholzehntel ebenfalls Kostgeldbeiträge gewährt (pro 1905 für 11 Kranke Fr. 1705). Seit 1901 besteht in Wallis eine Irrenanstalt, über welche jährlich im staatsrätlichen Rechenschaftsbericht statistische Ausweise gebracht werden. Auch für *Altersschwache und Invalide* bestehen im Kanton Wallis einzelne Einrichtungen.

An Institutionen für physisch Schwache zählt Wallis:

1. Fonds pour l'institut des sourds-muets de Géronde près Sierre,
2. Institut cantonal des sourds-muets du Sacré-Cœur à Géronde près Sierre,
3. Maison de santé de Malévoz à Monthey,
4. Hospice Ste-Catherine (Asile des vieilles filles) à Sion,
5. Association Ste-Catherine à Sion,
6. Fondation Débonnaire en faveur des vieillards indigents de St-Maurice,
7. Benefizium von Tannmatten, Saas-Grund,
8. Pensions de retraite pour les membres du corps de Gendarmerie du Canton du Valais.

4. Fürsorge für moralisch Schwache.

Am 9. XII. 1562 wurde im Wallis für liederliches Leben eine Körperstrafe eingeführt.

Nach dem westfälischen Frieden (Vertrag vom 24. X. 1648), nach welchem nicht nur die Eidgenossenschaft, sondern ausdrücklich auch Wallis unabhängig erklärt wurde, befürchteten die eidgenössischen Stände, ihr Gebiet würde von Landstreichern überströmt, und tatsächlich machte sich das fremde Gesindel sehr bemerkbar. Zürich kündigte deshalb dem Landrat von Wallis im Mai 1649 an, dass auf den 11. bis 13. Juni eine allgemeine „Betteljagi“ angeordnet werde und dass

in Wallis Massnahmen zur Verhütung des Eindringens der Verfolgten getroffen werden sollten. Der Gouverneur von Monthey wurde hierauf angewiesen, die Grenzen überwachen zu lassen; auch wurden an den Bergpässen Wachen aufgestellt.

Ein „Gesetz über die Polizei der Fremden, vom 24. V. 1803“ bestimmte: „es sollen zur Nachsetzung von Landstreichern Polizeihäscher aufgestellt werden, deren Einrichtung dem Staatsrate überlassen ist,“ und ein „Gesetz vom 26. V. 1803, das die verschiedenen Gegenstände bestimmt, welche den Gemeinderäten im Fach der Ortspolizei übertragen sind“, weist die Vollziehung der Gesetze über Bettler und Landläufer den Gemeinden zu. Am 30. V. 1803 wurde dann das Gesetz über die Bettelei erlassen, welches als Art. 1 enthält: Es ist Jedermann verboten, ausserhalb des Wohnzehens zu betteln, bei einer Gefängnisstrafe von 4 Stunden beim ersten, 6 Stunden beim zweiten, 8 Stunden beim 3. Betreffen. Beim 3. Betreffen werden dem Aufgegriffenen überdies die Haare geschoren. Die Bettler sind an ihren Wohnort zurückzuführen, und zwar durch die Betteljäger (Marechaussées).

Mit Dekret vom 4. XII. 1815 wurde eine Zentralpolizeidirektion geschaffen, welche unter anderem durch das ihr beigegebene Landjägerkorps die Aufsicht und Wachtbarkeit über alle Landstreicher, Bettler und Leute ohne Stand und Beruf auszuüben hatte; die Aufgegriffenen mussten, wenn kantonsfremd, über die Grenzen geführt und ihnen das Wiederbetreten des Staatsgebietes unter Androhung von Leibesstrafen verboten werden.

Das Armengesetz von 1827 brachte dann das allgemeine Verbot des Bettels, und das Reglement für das Landjägerkorps vom 13. V. 1828 stellte in die Pflichten und Dienste desselben, „auf die Landstreicher, das Gesindel und die Bettler ein wachsames Auge zu haben und selbe anzuhalten“.

In Ergänzung des Beschlusses vom 4. XII. 1815 betreffend die Errichtung einer kantonalen Polizeidirektion wurde durch das Fremdenpolizeigesetz vom 20. V. 1893 verordnet: Das Justiz- und Polizeidepartement ist berechtigt, aus dem Kantonsgebiet wegzuweisen: unter anderem diejenigen, welche wegen Bettelei oder Landstreicherei aufgegriffen werden.

Im Anhang zum Reglement über das Landjägerkorps vom 21. I. 1896 finden sich diejenigen Artikel des kantonalen Strafgesetzbuches, welche auf den Landjägerdienst Bezug haben, zusammengestellt, speziell über das Bettelwesen und die Landstreicherei: „Landstreicher oder Heimatlose sind solche, die weder einen bestimmten Wohnsitz noch Unterhaltungsmittel haben und gewöhnlich weder ein Handwerk noch eine Profession treiben. Die dem Kanton angehörigen Land-

streicher sollen nach ihrer Gemeinde zurückgeführt, die landesfremden über die Grenzen des Kantons gewiesen werden. Im 2. Rückfalle können sie zu Einsperrung bis auf 3 Monate verurteilt werden. Alle, selbst die nicht gesunden Bettler, die sich Drohungen oder Gewalttätigkeiten zu schulden kommen lassen, die Verwundungen oder Gebrechen vorschützen, die sich falscher Zeugnisse bedienen, oder auf denen Waffen, Feilen, Dietriche oder sonst derlei zur Verübung von Diebstählen oder irgend anderer Vergehen dienliche Instrumente gefunden werden, sind mit Einsperrung bis auf 6 Monate zu bestrafen.“

Durch den Beschluss betreffend das Armenwesen vom 29. VII. 1850 waren die Gemeinden angewiesen worden, je einen Polizeibeamten zur Verhinderung des Bettelns einzusetzen. Das Armengesetz von 1898 enthält bezüglich des Bettelwesens folgende Vorschriften: Bettel und Landstreicherei ist untersagt. Auf dem Bettel Betroffene, sowie Landstreicher sollen von den Landjägern oder den Polizeibeamten sofort der Gemeindebehörde des Wohnorts der Zuwiderhandelnden zugeführt werden; Kantonsfremde sind aus dem Kanton zu weisen. Die Gemeinden können die Eingebrachten durch das Polizeigericht (Tribunal de police) disziplinarisch bestrafen lassen. Für Duldung des Bettels und der Landstreicherei werden die Gemeinden mit einer vom Staatsrat auszusprechenden Busse von Fr. 5—100 bestraft.

Dieses Gesetz verordnet ferner im Einklang mit Art. 256 des Strafgesetzbuches von 1858: Personen, welche mit der Sorge für Schwächliche, Kranke, Blödsinnige, Greise, Kinder, etc. beauftragt sind, ihre dahingehenden Pflichten aber vernachlässigen, werden, wenn der Mangel an Sorge das Leben der Schutzbefohlenen gefährdet oder deren Gesundheit dabei sehr gelitten hat, mit Einsperrung oder mit einer Busse bis auf Fr. 300 bestraft.

Über die Zahl der Verhaftungen und Abschiebungen von Landstreichern und Bettlern in den letzten Jahren gibt nachstehende Tabelle Aufschluss:

Jahr	Zahl der verhafteten Landstreicher und Bettler							Zahl der abgesehenen Vaganten und Bettler
	Im gesamt	Nach Nationalität						
		Walliser	Anderer Schweizer	Italiener	Franzosen	Angehörige anderer Staaten	Zigeuner	
1900	171	52	23	40	50	6	.	436
1901	149	38	26	29	32	24	.	428
1902	188	34	41	26	48	39	.	341
1903	335	46	44	47	123	48	27	573
1904	414	77	35	27	114	87	74	692
1905	412	51	19	39	115	39	149	903
1906	367	41	31	56	88	52	99	916

Mit der Eröffnung der Simplonbahn wurden die Kosten der Abschiebungen für Wallis erheblich grösser, indem in Domodossola ein Polizeiposten ganz besonders für die Vermittlung der Abschiebungen auf 1. VI. 1906 errichtet werden musste; 1906 mussten für Geleite Fr. 5606.97 ausgelegt werden, während 1905 Fr. 4726.09 für solche verausgabt wurden.

Das Gesetz über das Hausierwesen vom 26. XI. 1900 sieht vor, dass die Hausierbewilligung denjenigen verweigert wird, welche sich in Ausübung und unter dem Deckmantel der Hausiertätigkeit des Bettelns schuldig machen. In früheren Zeiten war das Hausieren im Wallis gänzlich verboten. Das Verbot, mit einer Bussandrohung von 3 lib., wurde erstmals im August 1527 unter der Begründung erlassen, dass durch das Hausieren die Käufer meist betrogen werden. Dasselbe wurde dann im Laufe der Zeit öfters wiederholt, gemeinsam mit dem Verbot des Eindringens ambulanten Gewerbetreibender (wie „Byangger“, „Kesselbietzer“) in Häuser; am 7. XII. 1756 wurde die Busse auf 10 lib. angesetzt. Am 31. VI. 1808 wurde in Erwägung, dass:

1. die Kaufleute des Landes (sässhaften) die Gemeinde- und Handelslasten zu tragen und also auch Anspruch auf Schutz haben,
2. die Leute nicht zum Ankauf unnötiger Gegenstände verführt werden,
3. schlechte Waren um teures Geld losgeschlagen werden sollen,
4. schon früher solche Gesetze bestanden haben, ein Hausiergesetz erlassen, welches die Hausierpatente einführt.

Von den Gedanken geleitet, „dass zur Beibehaltung der Polizei, zur Verbesserung der Sitten und zur billigen stufenweisen Bestimmung der Strafen, es notwendig ist, ein Zuchthaus zu haben, wo man jene einschliessen könne, welche, da sie im Laster noch nicht verhärtet sind, zu einem ordentlichen Lebenswandel zurückgeleitet werden können, wenn man sie zur Arbeit gewöhnt, und jene, welche zwar nicht in schwerere Strafen verfallen, aber aller Besserung unempfänglich erkannt sind, ausser stand gesetzt werden müssen, der Gesellschaft zu schaden“, erteilte der Landrat mit Gesetz vom 31. V. 1803 dem Staatsrate die Befugnis, ein Korrektionshaus (maison de correction) „für die Mannsleute und eines für die Weibsleute aufzurichten. Die Mannsleute werden darin einen schwarzen und einen weissen Strumpf, die Weibsleute aber eine halb schwarze und halb weisse Haube tragen, die Kleider der einen sowohl als der andern werden eben auch halb schwarz und halb weiss ganz von ungefärbtem Landtuche sein. Der Staatsrat kann die Gefangenen, um sie arbeiten zu lassen, Gemeinden oder Partikularen leihen und ihr Loan wird zum Unterhalte des Hauses

verwendet werden können. Der Staatsrat ist ferner beladen, in diesem Korrektionshaus die erforderlichen Anstalten zu machen, dass die jungen Leute, deren Ausgelassenheit und Ungehorsam durch die Auktorität ihrer Väter, Mütter, Vögte und Schaffner nicht mag unterdrückt werden, allda können eingesperrt und zu innern Arbeiten gebraucht werden.“

Am 19. XI. 1803 folgte dann ein Gesetz betreffend die Einsperrung Jugendlicher als Familienzüchtigung: Junge Leute, beiderlei Geschlechts, welche einen schlechten Lebenswandel führen, aber nicht durch die Kriminal- oder Zuchtpolizeigerichte bestraft werden können, sollen durch Beschluss der Anverwandten unter Vorsitz des Ortsrichters in das Zuchthaus verbracht werden, wo sie je nach Verfügung der Verwandtenversammlung (welche wenigstens aus 7 Verwandten bestehen muss) arbeiten müssen oder nicht. Die Kosten haben in der Regel die Verwandten zu tragen. Eventuell können solche Leute auch in die Zehnenarrestkammern verbracht werden. Durch solche Einsperrungen wird der Ehre des Gezüchtigten nichts geschadet.

Unter dem Vorsitz von Bundesrat Dubs kamen am 14. XI. 1862 Abgeordnete von 21 Kantonen (dabei auch von Wallis) zur Besprechung der Gründung von Besserungsanstalten für jugendliche Verbrecher zusammen; durch die eidgenössische Verfassungsrevision wurde die Sache aber zurückgestellt.

Von einem Verein, dessen Statuten vom 18. IX. 1890 datieren, wird in Drognens bei Siviriez (Kanton Freiburg) eine Kolonie für jugendliche Verbrecher der katholischen Schweiz unterhalten; in diesem Verein hat jeder beteiligte Kanton 2 Vertreter.

Im vorliegenden Etat figurieren folgende unter diesen Abschnitt fallende Institutionen:

1. Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Wallis.
2. „Maison de correction“ du canton du Valais, annexe prévue à la maison de détention à Sion.
3. Fonds pour maison de travail et asile pour ivrognes (buveurs).

f) Die Institutionen für Schutzbedürftige.

1. Die Institutionen für Kinder im vorschulpflichtigen Alter.

In verschiedenen Gemeinden des Kantons bestehen Kleinkinderschulen. Das „Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz“ gibt für Wallis pro 1903 und 1904 im ganzen 32 Kleinkinderschulen an. Hier liegt aber ein Irrtum vor; denn das kantonale Erziehungsdepartement bestätigte unterm 10. September 1907, dass die hiernach gegebene Zusammenstellung richtig sei. 1904 bestanden tatsächlich bloss 10 Kleinkinderschulen; möglicherweise figurieren im erwähnten Jahrbuch Ecoles primaires mixtes als Ecoles enfantines.

Der staatsrätliche Bericht pro 1887 weist im Abschnitt „Mendicité“ auf die Vorteile solcher Schulen hin; einerseits seien sie im Interesse der sonst sich selbst überlassenen Kinder, andererseits gestatten sie den ärmeren Eltern, mehr Zeit auf die Arbeit zu verlegen.

1. Ecole enfantine des sœurs, à Martigny (gegr. 1870),
2. „ „ de St. Maurice (gegr. 1877),
3. „ „ de Vouvry (gegr. 1877),
4. „ „ de Sion (gegr. 1878),
5. „ „ de Monthey (gegr. 1878),
6. „ „ mixte de Vionnaz (gegr. 1880),
7. „ „ de la Commune de Martigny-Ville, (gegr. 1890),
8. Ecole enfantine d'Orsières (gegr. 1891),
9. „ „ de Lens (gegr. 1891),
10. Kleinkinderschule Visp (gegr. 1903/1904),
11. „ Brig (gegr. 1905),
12. Ecole enfantine de Miège (gegr. 1905),
13. „ „ de Val-d'Iliez (gegr. 1905),
14. Kleinkinderschule Mörel (gegr. 1906),
15. „ „ Leukerbad (gegr. 1907).

2. Die Institutionen für Kinder im schulpflichtigen Alter.

Bevor auf diese Institutionen eingetreten wird, soll hier in Kürze die Entwicklung des Unterrichtswesens in Wallis dargestellt werden. Schon im XIII. Jahrhundert bestand in Sitten eine Domschule; diese wurde im XIV. Jahrhundert als Landesschule der Staatsbehörde unterstellt. Daneben gab es in Ernen, Leuk, Mörel, Münster, Naters, Raron, Visp etc. Pfarrschulen, in welchen eine Anzahl Landratsabgeordnete ihre Bildung genossen hatten. In diesen Schulen wurde Unterricht in der deutschen und lateinischen Sprache erteilt. Im XVI. Jahrhundert sanken zwar die Pfarrschulen von ihrer früheren Höhe; der Unterricht wurde nun meist nicht mehr von Pfarrern, sondern von Laien gehalten und das Lehramt vererbte sich häufig von Vater auf Sohn. Für die Erziehung und Bildung der Jugend, insbesondere der Mädchen, wirkten auch Frauenvereine; schon im XII. Jahrhundert finden sich in Wallis, wie in andern Gebieten der heutigen Schweiz, „Beguinen“, „Feldnonnen“, „Waldschwwestern“, „Klausnerinnen“, um Werke der Barmherzigkeit zu üben und zu lehren. Die Beguinen im Wallis hatten sich 1339 unter den Regeln des h. Augustinus zu einer klösterlichen Gemeinschaft gesammelt.

Anfangs des XVII. Jahrhunderts wurden zu Venthône und Ernen Jesuitenschulen errichtet. Diese beiden Anstalten wurden 1615 vereinigt und damit die Kräfte des Jesuitenordens zu Venthône gesammelt. 1776 entstand das Gymnasium in Bagnes. Nachdem schon in den Chorherrenstiften St-Bernhard und St-Maurice

Priesterschulen bestanden, wurde 1748 in Sitten ein Priesterseminar eröffnet.

Unterm 15. XII. 1828 wurde ein Dekret über den Primarunterricht erlassen und damit im Wallis die Schulgesetzgebung begründet. Für den Erlass dieses Dekretes wirkte besonders Domdekan Jos. Ant. Berchtold. Das Dekret bestimmte unter anderm: „In den Gemeinden, welche nicht so viel Einkünfte haben, um den Gehalt ihrer Schulmeister stiften und die Schulkosten bestreiten zu können, sei's im ganzen, sei's zum Teil, wird ihnen erlaubt sein, diesen Abgang durch eine Steuer zu ersetzen, welche von den Eltern oder Verwandten derjenigen Kinder eingezogen wird, die laut ihrem Alter in die Schule zu gehen verbunden sind, und auch von den Personen, die sie freiwillig besuchen werden. Der Anteil der armen Verwandten zugehörigen Kinder soll durch die Gemeinde bezahlt werden.“

Dieses Dekret wurde durch das Gesetz über den Primarunterricht vom 31. V. 1844 ersetzt, welchem die „Anordnung für die Primarschulen“ vom 18. IX. 1845 folgte. Die Anordnung schrieb unter anderm vor: Die dürftigen Eltern, welche ihre Kinder nicht fleissig in die Schule schicken, sollen von der Ortskommission gemahnt werden, und wenn nach zweimaliger Ermahnung und 4 aufeinander folgenden Abwesenheiten das Kind in der Schule nicht erscheint, so ist dem Inspektor darüber einzuberichten. Die Kommission hat auch zu wachen, dass die Kinder weder Tabak rauchen noch die Schenkhäuser besuchen. Der Ertrag der von gegenwärtiger Schulordnung ausgesprochenen Geldbussen wird verwendet werden, um den dürftigen Kindern Bücher und Papier anzuschaffen.

1849 wurde die Schulgesetzgebung abermals reorganisiert. Das Gesetz vom 31. V. 1849, über den öffentlichen Unterricht bestimmte, dass jede Gemeinde den Kindern ihrer armen Angehörigen die zur Schule erforderlichen Gegenstände unentgeltlich zu liefern habe, eine Bestimmung, die auch in die Verordnung vom 5. IX. 1849 für die Bürgerschulen des Kantons Wallis überging.

Am 4. VI. 1873 wurde in Erwägung, „dass der Unterricht eine der Grundlagen des moralischen und materiellen Wohls eines Volkes ist“, ein neues Gesetz über den öffentlichen Unterricht erlassen; Art. 1 setzt fest: Der Unterricht wird in den Volksschulen und in den Staatsanstalten unentgeltlich erteilt. Das Gesetz sieht ferner auch vor, dass die Gemeinde den armen Kindern die notwendigen Schulsachen gratis abzugeben habe.

Mit Kreisschreiben vom 5. I. 1897 machte das Finanzdepartement die Gemeindebehörden darauf aufmerksam, dass unter den Institutionen, welche aus dem

Alkoholzehntel subventioniert werden können, in erster Linie Schulsuppenanstalten für weit vom Schulhause wohnende Kinder stehen. Auf ein Gesuch hin, die von den Gemeinden für Schulsuppen gehaltenen Auslagen mitzuteilen, wurden von folgenden Gemeinden diesbezügliche Angaben gemacht:

Gemeinden	Ausgaben	Gemeinden	Ausgaben
	Fr.		Fr.
<i>I. Brig:</i>		<i>IX. Raron:</i>	
1. Naters . .	420. —	7. Unterbäch .	18. 75
<i>V. Hérens:</i>		<i>XII. Sion:</i>	
2. Ayent . .	180. —	8. Sion . . .	282. —
<i>VI. Leuk:</i>		<i>XIII. Visp:</i>	
3. Ergisch . .	12. —	9. Baltschieder	17. —
4. Feschel . .	100. —	10. Lalden . .	21. 60
5. Leuk . . .	600. —	11. Saas-Almagel	42. 50
<i>VIII. Monthey:</i>		12. Saas-Balen .	68. 40
6. Champéry	45. —	13. Staldenried .	30. 60
		14. Zeneggen .	5. —

Nunmehr werden die Beiträge des Staates an Schulen für Speisung aus der eidgenössischen Schulsubvention entnommen.

Nach der Errichtung der Hypothekarkasse erliess das Unterrichtsdepartement ein Kreisschreiben (d. d. 24. X. 1898), in welchem die Errichtung von Schulsparcassen empfohlen wurde. Die Hypothekarkasse verzigt pro 1905 von 9 Bezirken Schulkassaeinlagen von zusammen Fr. 1985. 50, nämlich: Fr. 2. 40 von Conthey, Fr. 50. 10 von Entremont, Fr. 268. 80 von Hérens, Fr. 35. 25 von Leuk, Fr. 453. 90 von Martigny, Fr. 240. 15 von Monthey, Fr. 264. 50 von St-Maurice, Fr. 307. 50 von Sierre und Fr. 362. 45 von Sion.

Die Institutionen dieser Abteilung sind:

a) *Institutionen zur Beschaffung von Schulmaterial an arme Kinder und zur Erteilung von Schulprämien:*

1. Separatschulfonds Bitsch.
2. Achat de matériel scolaire pour les enfants pauvres de Chamoson.
3. Abgabe von Schulprämien und Lehrmitteln durch die Gemeindeverwaltung Eisten.
4. Fonds en faveur des écoliers pauvres de Grimentz.
5. Donation de Martin Lamon à Lens.
6. Legat zu gunsten armér Schüler von Leuk.
7. Separatschulfonds Mörel.
8. Fonds pour la distribution gratuite d'objets scolaires aux enfants indigents de Monthey.
9. Fondation Franc de Monthey.

10. Remise aux enfants pauvres des manuels, objets et fournitures scolaires d'Orsières.
11. Besonderer Fonds der Primarschule Saas-Almagel.
12. Legs Raas en faveur des écoles de St-Maurice.
13. Verabfolgung von Schulmaterial an arme Schüler von St. Niklaus.
14. Fonds en faveur des écoles de Saxon.
15. Verabfolgung von Lehrmitteln an arme Schulkinder von Stalden.
16. Beschaffung von Schulmaterial an arme Schulkinder von Täsch.
17. Legs scolaire de Vétroz.
18. Unterstützung armer Kinder von Visp durch Abgabe von Schulmaterial und Schulprämien.

b) Schulsuppenanstalten:

1. Soupes scolaires d'Ayent.
2. Soupes scolaires de Champéry.
3. Schulsuppenanstalt Leuk-Suste.
4. Armensuppenanstalt Leukerbad.
5. Schulsuppenanstalt Naters.
6. Soupes scolaires d'Orsières.
7. Schulsuppenanstalt St. Niklaus.
8. Soupes scolaires de Sion.
9. Schulsuppenanstalt Staldenried.
10. Soupes scolaires de Val-d'Iliez.
11. Schulsuppenanstalt Visp.
12. Cuisine populaire de Vouvry.

c) Weihnachtsbescherungen und Bekleidung armer Schulkinder:

1. Arbre de Noël de Champéry.
2. Arbre de Noël, Œuvre des maîtresses de la ville de Sion.
3. Weihnachtsbescherung in Visp.
4. Caisse libre pour les pauvres de Troistorrents.

d) Pensionnat évangélique à Sion.

3. Die Institutionen für die der Primarschule entwachsenen jungen Leute.

Da nach Art. 49, Lemma 3, der Bundesverfassung von 1875 mit dem 16. Altersjahr die väterliche oder vormundschaftliche Gewalt über die Kinder bezüglich der religiösen Erziehung aufhört, tritt die kantonale Gesetzgebung betreffend Wirtschafts- und Tanzwesen, Sonntagsheiligung etc. ausgleichend in den Widerspruch zwischen Pflichten und Rechten der Kinder und Eltern.

In Wallis erklärte schon 1531 der Weihnachtslandrat das Fluchen und den Missbrauch des Namens Gottes als strafbar. Falls der Flucher nicht sofort auf Ermahnung niederfiel und das Erdreich küsste, kam er ins Halseisen. Diese Bestimmung wurde in das Landrecht von 1571 aufgenommen (cap. CLVIII).

Unterm 12. X. 1846 beschloss der Staatsrat, in Hinsicht auf die kritische Lage der schweizerischen Eidgenossenschaft, alle Belustigungen, wie Bälle und Maskeraden, während des Winters 1846/47 zu verbieten, und zwar bei einer Busse von Fr. 10—100 zu gunsten der Armenkassen.

Im Interesse der Volksbildung bestehen in verschiedenen Orten Bibliotheken. An dieselben werden in jüngerer Zeit aus dem Alkoholzehntel Beiträge geleistet; 1905 gewährte der Staatsrat hierfür im ganzen Fr. 400, nämlich an die Volksbibliotheken von Grächen Fr. 20, Loèche-Ville Fr. 20, Loèche-les-Bains Fr. 20, Sion Fr. 100, Isérables Fr. 20, Martigny Fr. 70, Trient Fr. 30, Liddes Fr. 20, St-Maurice Fr. 80, Ferden Fr. 20.

Sodann gibt es im Wallis auch Jünglings- und Jungfrauenvereine, deren Mitglieder einander gegenseitig schützen und die auch Nichtmitgliedern ihren Schutz angedeihen lassen. Im Oberwallis haben sich die Jünglingsvereine zu einem Verbandsverbande zusammengeschlossen. Speziell für den Schutz der Mädchen wirken die Sektionen der „Freundinnen junger katholischer Mädchen“ (Zentralsitz: Freiburg). Wallis ist auch dem Konkordat zum Schutze junger Leute in der Fremde beigetreten.

Die hier in Betracht fallenden Institutionen sind:

a) Jünglingsvereine:

1. Verband der Oberwalliser Jünglingsvereine.
2. Jünglingsverein Brig.
3. „ Eischoll.
4. „ Glis.
5. „ Leuk.
6. „ Leukerbad.
7. „ Mörel.
8. „ Mund.
9. „ Naters.
10. „ Ried-Brig.
11. „ St. Niklaus.
12. „ Sierre.
13. Cercle catholique de jeunes gens de la paroisse de Sion.
14. Jünglingsverein Ulrichen.
15. „ Unterbäch.
16. „ Visp.

b) Jungfrauenvereine:

1. Marianische Junfrauen-Kongregation in St. Niklaus.
2. Confrérie de la sainte vierge Marie à Sion.
3. Patronage de jeunes filles dans la paroisse de Sion.

c) Vereine der Freundinnen junger katholischer Mädchen:

1. Œuvre catholique de protection de la jeune fille, Comité cantonal à Sion.

2. Œuvre catholique de protection de la jeune fille, Section de Sion.
3. Œuvre catholique de protection de la jeune fille, Section de Monthey.

d) *Concordat pour la protection des jeunes gens à l'étranger.*

e) *Volkshäuser :*

Institut populaire à Martigny.

4. Die Institutionen für Durchreisende.

Zu den sieben Werken der christlichen Barmherzigkeit gehört auch die Fürsorge für die reisenden Fremden. Die Kirche stellte sich daher in frühester Zeit zur Aufgabe, die armen Reisenden zu unterstützen, und es wurden zu diesem Zwecke an den Verkehrsstrassen Hospizien (von hospes = Fremdling) errichtet. Chorherr Boccard schreibt in seiner Walliser Geschichte, Abschnitt „Wallis während der Frankenzeit (534 bis 888)“: „La charité chrétienne, qui toujours s'épuisa à soulager toutes les infortunes, avait déjà placé près des glaces éternelles ces asiles auxquels le malheur fut redevable de tant de consolations. Le père des fidèles, attentif aux besoins de ses enfants, veillait avec la plus tendre sollicitude à la prospérité de ces institutions si précieuses à l'humanité, fruits du dévouement le plus sublime, et que la religion seule peut inspirer.“ Papst Hadrian I (772—775) ermahnte Kaiser Karl den Grossen, den Fremdenhospizen in den Alpen seinen besonderen Schutz zu gewähren (Hospitalia quæ in alpibus sita sunt, pro susceptione peregrinorum — Labbe, Collect. des Conciles, Ep. Adriani ad Carol. Mag.).

Einzelne geistliche Orden lenkten ihre besondere Aufmerksamkeit auf diese Fremdenfürsorge, so die Augustiner und die Johanniter. Die Augustiner Chorherren übten die Hospitalität auf dem Grossen St. Bernhard aus; von 1228 bis Anfang des XIV. Jahrhunderts hatten sie auch in Sièlva (Münstertal, Graubünden) ein Fremdenspital, das Hospital von Silvaplana. Die Johanniter bildeten ursprünglich eine mönchsartige Gemeinschaft zur Verpflegung der Reisenden, Armen und Kranken, die sich vom Spital der Kirche Johannes des Täufers in Jerusalem aus verbreitete. Diese Spitalgesellschaft verwandelte sich aber schon im XII. Jahrhundert in einen Ritterorden (Maltheser) zum Kampfe gegen die Ungläubigen; die ursprüngliche Aufgabe wurde zwar beibehalten, allein die Erfüllung derselben den dienenden Brüdern zugewiesen. Das Hospiz der Johanniter auf dem Simplon stand unter der Ordenskomturei von Conflans (Savoyen) und hing von dem Johanniter-Hause in Salgesch ab (vide hiavor: Gemeindearmenpflege Salgesch).

Der Landrat von Wallis musste sich wiederholt mit den Fremdenspitälern, wie es aus den geschichtlichen Notizen über die Berghospizien auf dem Simplon und dem Grossen St. Bernhard hervorgeht, befassen. 1548 bewilligte er auf Antrag der Gomser einen Beitrag an den Wiederaufbau des abgebrannten Grimselhospizes (die Gomser selbst lieferten einen Teil des Holzes) und 1555 erteilte er den Oberhaslern die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sammlung zu gunsten dieses Berghospizes.

Im Jahre 1859 machte das Departement des Innern darauf aufmerksam, dass mit der Eröffnung der Eisenbahn bis Sitten verschiedene Fremdenspitäler (Fondations dites de St-Jean) ihre Bedeutung verlieren werden und Massnahmen zur Erhaltung des Unterstützungszweckes der Fonds getroffen werden sollten. 1874 wurde in Saillon das Vermögen des aufgehobenen Hôpital de St-Jean dem Gemeindearmenfonds einverleibt.

Das Armengesetz von 1898 überträgt die Pflicht für die Naturalverpflegung armer Durchreisender, sofern nicht Fremdenspitäler, Berghospizien etc. eintreten, den Gemeinden.

Als in den 1860er Jahren die Unterstützungsbeträge für durchreisende Italiener, welche dazumal der Staat zu tragen hatte, von Jahr zu Jahr zunahmen, suchte der Staatsrat durch Vermittlung des Bundesrates bei der italienischen Regierung die Rückerstattung dieser Auslagen nach. Es handelte sich dabei nicht um die Auslagen der Fremdenspitäler und Berghospizien, oder um die Auslagen nach der Vereinbarung betreffend die gegenseitige unentgeltliche Unterstützung von Kranken von 1856, sondern wirklich um Auslagen des Staates für Durchreisende. Italien wies aber das Gesuch ab. Die Bundesverwaltung gewährte hierauf die Vergünstigung, dass Personen mit Armutzeugnissen zu halben Taxen mit der Post befördert werden. Die Posttaxe von Sion nach Iselle betrug 1868 Fr. 18.

Wallis hatte unter verschiedenen Malen auch Gelegenheit, die Hospitalität gegen Ausländer in grösserem Massstab auszuüben, wie übrigens auch andere Kantone, z. B. protestantische nach der Waldenser verfolgung von 1687. Die Waldenser (Luzernois oder Vaudois) bildeten eine reformierte Religionsgemeinschaft in Piemont, gegründet von Pierre de Valdo von Vaux bei Lyon. Durch die Aufhebung des Edikts von Nantes im Jahre 1685 erhielt diese Gemeinschaft einen starken Zuwachs von Protestanten aus Frankreich. Nachdem der Herzog von Savoyen die Reformierten aus seinem Lande gewiesen, flüchteten sie sich in die Schweiz und es entstand deswegen zwischen Wallis und Bern ein Konflikt. — 1793 wurden in Frankreich die geistlichen Orden für aufgehoben erklärt, infolgedessen wanderten viele Geistliche aus und eine Anzahl der-

selben fanden ein gastliches Asyl in Wallis. Bis zum Herbst 1794 genossen in Wallis 450 Priester und 250 Laienbrüder die Hospitalität. — Wallis beteiligte sich auch an der Polen-Unterstützung; nach der Abrechnung von 1865 waren für Unterhalt und Verpflegung Fr. 3377.50 und für Reiseunterstützung Fr. 871.65 verausgabt worden, wovon der Bund Fr. 1782.30 und der Kanton Fr. 2466.85 trug. — Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 stellte an die Schweiz nicht bloss die Aufgabe, die Neutralität zu wahren, sondern auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit die Aufgabe, die französischen Internierten zu verpflegen. Auch an Wallis wurden Internierte zur Verpflegung zugeteilt. Der kantonale Hilfsverein für die französischen Internierten und die schweizerischen Wachtruppen verteilte Franken 6903, nämlich Fr. 2700 an das Zentralkomitee in Bern, Fr. 1500 an das Komitee in Strassburg, Fr. 1810 unter Walliser Soldaten, Fr. 793 unter französische Soldaten und Fr. 100 an die Dominikaner in Gerunda. Sodann überwies der Verein Fr. 500 an Wassergeschädigte von Fully und der Rest der gesammelten Liebesgaben (Fr. 663.24) dem kantonalen Militärdepartement zur Bildung eines Hilfsfonds für Walliser Soldaten. Ausserdem wirkte in Wallis ein Frauenkomitee für Beschaffung von Wäsche und Verbandstoffen.

Unter den Beisteuern an die Gemeinden aus dem Alkoholzehntel figuriert jeweilen auch ein Ausgabe-posten „Unterstützung an arme Durchreisende“; dieser bezifferte sich 1905 auf Fr. 1030, indem erhielten: das Badarmenspital Leukerbad Fr. 200 (2 Jahresbeiträge), das St. Antonispital Brig Fr. 100, das Burgerspital Leuk Fr. 100, das Burgerspital Sitten Fr. 100, das Spital des heiligen Theodul in Martigny Fr. 100, das Hospice de St-Jacques in St-Maurice Fr. 100, das Hôpital de Monthey Fr. 100, die Clinique St-Amé in St-Maurice Fr. 100, die Cantine de Proz Fr. 100 und die Gemeinde Riddes Fr. 30.

Einschlägige Institutionen dieser Abteilung sind:

I. Berghospizien (inklusive Propstei der Augustiner Chorherren):

1. Maison religieuse du St-Bernard à Martigny,
2. Hospice du Grand St-Bernard,
3. Simplon-Hospiz;

II. Cantinen:

Cantine de Proz (Bourg-St-Pierre);

III. Fremdenspitäler:

1. Hôpital de Bourg-St-Pierre,
2. „ de Martigny,
3. „ de Monthey,
4. „ de Plan-Contthey,

5. Hôpital de St-Maurice,
6. „ de Sembrancher,
7. Fremdenspital Visp;

IV. Budgetkredite:

1. Secours médicaux aux étrangers en passage par l'Etat,
2. Assistance et logement des étrangers nécessiteux en passage par la municipalité d'Orsières.

g) Die Institutionen für das Berufsbildungswesen.

1. Hauswirtschaftliche und berufliche Bildungsanstalten.

Zur Zeit der neuburgundischen Herrschaft (888 bis 1032) gab Königin Bertha das Vorbild für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten. Diesem Vorbilde folgten die Beguinen, die auch im Wallis ihre Tätigkeit entfalteten.

Nach der Helvetik wirkte Domdekan Berchtold dahin, dass die Mädchenarbeitsschulen staatlich organisiert wurden. 1906 beschloss die Gemeinde Münd, in der Mädchenarbeitsschule das Spinnen wieder zu lehren. Der Unterricht in weiblichen Handarbeiten wird, seit ein Frauenkomitee in Leuk bahnbrechend vorging, in Haushaltungsschulen weitergeführt.

Das gewerbliche Bildungswesen wurde in Wallis schon seit den 1850er Jahren gepflegt. Der Bericht des Erziehungsdepartementes von 1876 führt neben der Ecole des apprentis-artisans in Sitten auch Lehrlingsschulen in Martigny-Ville und in Sierre auf. Erstere besteht noch heute, die letztern dagegen gingen ein und wurden erst wieder ersetzt, als der Bund an Wallis Subventionen für das gewerbliche Bildungswesen verabfolgte. Die Gewerbeschulen werden nun durch einen kantonalen und einen eidgenössischen Experten regelmässig inspiziert.

Über die kantonalen und eidgenössischen Beiträge an die hauswirtschaftlichen, gewerblichen, kommerziellen und landwirtschaftlichen Bildungsanstalten pro 1906 gibt die Tabelle auf Seite 167 Aufschluss:

Die hier einschlägigen Institutionen sind:

A. Landwirtschaftliche Bildungsanstalten:

Ecole pratique d'agriculture à Ecône près Riddes.

B. Gewerbliche und kommerzielle Bildungsanstalten:

a) Knabenanstalten:

1. Ecole professionnelle du canton à Sion.
2. „ „ de Bagnes.
3. „ „ de Martigny.
4. Gewerbeschule Mörel.
5. Ecole professionnelle de Monthey.
6. „ „ de St-Maurice.
7. „ „ de Sierre.

Bezirke	Anzahl Anstalten				Kantonale Beiträge	Bundesbeiträge
	im gesamten	davon				
		für Knaben	für Mädchen	für Knaben und Mädchen		
1. Brig	1	—	—	1	Fr. 1,150.— ²⁾	Fr. 140.—
2. Conthey	1	—	—	1	150.—	140.—
3. Entremont	2	1	1	—	800.—	2,292.—
6. Leuk	1	—	1	—	700.—	1,000.—
7. Martigny	3	2	1	—	11,198.55 ³⁾	9,438.— ⁵⁾
8. Monthey	3	1	2	—	1,200.—	2,206.—
9. Raron, östlich	2	1	1	—	450.—	350.—
10. St. Maurice	8	1	7	—	2,750.—	5,675.—
11. Sierre	2	1	1	—	900.—	1,400.—
12. Sion	4	3	1	—	13,337.65 ⁴⁾	5,399.— ⁶⁾
13. Visp	1	1	—	—	400.—	400.—
<i>Wallis</i>	28 ¹⁾	11	15	2	33,056.20	28,440.—

¹⁾ 27 Privat- und Gemeinde- und 2 kantonale Institutionen. In St. Maurice besteht sodann noch eine Haushaltungsschule, welche nicht staatlich subventioniert wird. — ²⁾ Fr. 600 an einen Kochkurs inbegriffen. — ³⁾ Fr. 10,573.55 an die Schule Ecône. — ⁴⁾ Fr. 11,157.65 an die kantonale Gewerbeschule. — ⁵⁾ Fr. 8790 an die Schule Ecône. — ⁶⁾ Fr. 2964 an die kantonale Gewerbeschule.

- 8. Ecole des apprentis-artisans de Sion.
- 9. Cours professionnels de la Société industrielle et commerciale de Sion.
- 10. Gewerbliche Fortbildungsschule Visp.

b) Mädchenanstalten:

- 1. Cours professionnel pour apprenties de Martigny.
- 2. Gewerbliche Mädchenfortbildungsschule in Mörel.
- 3. Ecole professionnelle pour apprenties de Monthey.
- 4. " " " " de St-Maurice.
- 5. " " " " de Sion.

c) Gemischte Anstalten:

- 1. Cours professionnels mixtes à Ardon.
- 2. Gewerbeschule Brig.

C. Haushaltungsschulen:

- 1. Ecole ménagère et de couture à Bagnes.
- 2. " " " " à Collonges.
- 3. Haushaltungsschule Leuk.
- 4. Ecole ménagère et de couture de Monthey.
- 5. " " " " de St-Maurice-Ville.
- 6. " " et pensionnat du Sacré-Cœur à St-Maurice.
- 7. Ecole ménagère et de couture de Salvan.
- 8. " " " " de Sierre.
- 9. " " de Sion, Section de l'Ecole professionnelle pour apprenties de Sion.
- 10. Ecole ménagère à Vernayaz (Salvan).
- 11. Ecole de Vérolliez (St-Maurice).

D. Anstalt zur Ausbildung von Lehrerinnen für Haushaltungsschulen:

Cours normaux de perfectionnement à Vérolliez (St-Maurice).

2. Stipendienwesen.

Der Staat gewährt an Zöglinge der Lehrerseminare, Hebammenschulen, der Ackerbauschule etc. und an Handwerks- und Handelslehrlinge Stipendien. Einzelne Gemeinden besitzen auch Lehrlings-Unterstützungsfonds. Für Studierende bestehen Freiplätze an gewissen Anstalten, sowie Stipendienfonds von Gemeinden und Familien.

Das Lehrlingswesen ist staatlich organisiert und die staatlichen Lehrlingsunterstützungen werden durch die kantonale Kommission für das Lehrlingswesen verabfolgt.

Die hier einschlägigen Institutionen sind:

I. Für Handwerkslehrlinge:

- 1. Commission cantonale des apprentissages à Sion
- 2. Fonds cantonal des apprentissages.
- 3. Legs Aubert pour subsides d'apprentissage de Martigny-Ville.
- 4. Elsig-Stiftung in Mörel.
- 5. Confrérie de St-Louis des Français à St-Maurice.
- 6. Confrérie de St-Amédée à St-Maurice.
- 7. Fondation de Val-d'Illiez pour enfants pauvres qui veulent apprendre un art ou métier.

II. Für Gymnasiasten, Lehramtskandidaten und Studenten:

1. Subsidés et stipendias aux élèves des écoles normales par l'État.
2. Places gratuites pour les élèves du canton du Valais au séminaire archiépiscopal de Milan, dit „Collège Borromée“.
3. Places gratuites pour Valaisans à l'Université d'Innsbruck.
4. Fondation Abbet en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
5. Fondation Bonvin (1895) en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
6. Fondation J. Bonvin (1898) en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
7. Fondation A. M. Bonvin (1906) en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
8. Fondation Carraux en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
9. Fondation Delaloye en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
10. Fondation Grenat en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
11. Fondation Jardinier en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
12. Fondation Luyet en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
13. Fondation Odet en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
14. Fondation de Riedmatten en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
15. Fondation de Torrenté en faveur des élèves indigents au séminaire de Sion.
16. Amherd'sche Stiftung in Sitten (Familienfonds).
17. Stiftung Anthanmatten für Studierende in Saas-Grund (Familienfonds).
18. Fonds d'études de la famille Joris à Sion.
19. Familienstudienfonds Kræig in Ernen.
20. Fundum der Familie von Schallen in St. Niklaus.
21. Studentenstift Supersaxo in Saas-Fee.
22. Stiftung Tenisch in Binn.
23. Fonds d'études à Lens.
24. Fondation du curé Lorenz Bovier à Nax.
25. Fonds d'études de la commune de Troistorrents.

h) Die Institutionen für Arbeitsverschaffung.

In Anbetracht, dass Wallis noch ein vorwiegend agrikoler Kanton ist und für die Landwirtschaft die Stellenvermittlung sich bis jetzt nicht als ein Bedürfnis erwiesen hatte, lässt sich erklären, weshalb diesem Zweig

der Gemeinnützigkeit noch wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. In einzelnen Berggemeinden kennt man überhaupt unter der landwirtschaftstreibenden Bevölkerung den Unterschied zwischen Besitzenden (Betriebsinhaber) und Besitzlosen (Lohnarbeiter) noch nicht; hier leisten sich die Einwohner in landwirtschaftlichen Arbeiten gegenseitig Aushilfe. — Immerhin kann doch ein Anfang auf dem Gebiete der Arbeitsverschaffung vermerkt werden; es besteht nämlich eine Stellenvermittlung des Verbandes der Jünglingsvereine von Oberwallis (Sitz: Ried-Brig).

Schlusswort.

Tempora mutantur, et nos mutamur in illis!
 Durch die Entwicklung des Fremdenverkehrs, durch den Bau der Alpenbahnen, durch die vielverheissenden Anfänge in der Ausnützung der Wasserkräfte, durch die vom Staate geförderten Bestrebungen zur Einführung von Industrien haben schon in einzelnen Gegenden von Wallis die patriarchalischen Zustände den modernen Verhältnissen weichen müssen. Aber auch die übrigen, selbst die entlegenen Gegenden werden vom Zeitstrom erfasst werden, und nicht mehr lange wird es währen, so wird im Wallis die Geldwirtschaft mit ihren Sonn- und Schattenseiten voll und ganz zum Durchbruche kommen. Der „Kampf ums Dasein“, das „Ringens nach Besitz“ wird dann stärker hervortreten; wirtschaftlich Schwache werden in diesem Kampfe unterliegen. Wenn gegenwärtig noch das Armengesetz von Wallis für einzelne Gegenden im Hinblick auf den Stand ihrer sozialwirtschaftlichen Entwicklung zu modern ist und deshalb seine Bestimmungen für verschiedene Gemeinden gar nicht notwendig erscheinen, so wird in absehbarer Zeit das Gesetz doch auch für diese Gemeinden sich als zutreffend erweisen. Die Anforderungen an die Sozietät für Hülfeleistungen werden sich steigern und demgemäss werden sich auch in Wallis die philanthropischen Werke mannigfaltiger ausbilden müssen. Mögen dem Walliservolk im Flügelschlag der Zeit, der es entgegengeht, die materiellen und geistigen Vorteile in vollem Masse zukommen, ihm aber auch die angestammten Sitten, gepaart mit Fleiss, Genügsamkeit und Einfachheit, erhalten bleiben. Und wie seit Jahrhunderten die Suonen die trockenen Gefilde befruchteten, so möge in der anbrechenden Epoche der Zeitgeist die Tatkraft der Walliser stählen, zum Heil ihres schönen Heimatlandes und zum Frommen des gesamten Schweizervolkes!